Nordost-Archiv

Zeitschrift für Regionalgeschichte

Zwischen Staatsnation und Minderheit. Litauen, das Memelland und das Wilnagebiet in der Zwischenkriegszeit

Neue Folge Band II/1993 Heft 2

Institut Nordostdeutsches Kulturwerk Lüneburg

Nordost-Archiv

Zeitschrift für Regionalgeschichte
Neue Folge

Das Nordost-Archiv beschäftigt sich mit der Geschichte des nördlichen Ostmitteleuropa. Geographisch wird dieser Raum annähernd begrenzt von der Ostsee und den Karpaten im Norden und Süden, von der Oder und Newa im Westen und Osten. Ethnisch umschließt er die Hauptsiedlungsgebiete der Polen, Litauer, Letten und Esten und beträchtliche Teile des Siedlungsgebietes der (Groß-, Weiß- und Klein-)Russen, über Jahrhunderte auch der Juden und Deutschen.

Im Vordergrund der Aufmerksamkeit werden die Deutschen stehen, die einst, wie sonst nur noch die Juden, in nahezu dem ganzen Raum ansässig gewesen sind und ihn zu Zeiten in erheblichem Maße geprägt haben. Allerdings können die Deutschen nicht isoliert gesehen werden. Als Nachbarn, als Eroberer oder Kolonisten, Herren oder Untertanen, Mehrheit oder Minderheit haben sie immer und überall in so enger Berührung mit den anderen ethnischen Gruppen gestanden, daß die deutsche so wenig wie die polnische oder estnische Geschichte Ostmitteleuropas zu verstehen und zu beurteilen ist, wenn man sie ausschließlich vom Blickpunkt eines einzelnen Volkes betrachtet.

Das Nordost-Archiv will:

— die Deutschen stets als Element des Raumes sehen, den sie mit anderen geteilt haben. Den grundlegenden Bezugsrahmen wird deshalb auf unterer Ebene die Landesgeschichte, auf höherer Ebene die Geschichte der Gesamtregion bieten;

— dem Verhältnis zwischen den ethnischen Gruppen besondere Beachtung zuwenden. Neben den „objektiven" Beziehungen, z. B. in Handel und Kultur, werden auch „subjektive" Aspekte zu behandeln sein, insbesondere „das Bild vom Anderen", die Vorstellungen, die die Gruppen wechselseitig voneinander ausgebildet, tradiert und verändert haben;

— die weite und anhaltende Verbreitung der Deutschen im nördlichen Ostmitteleuropa zu historischen Vergleichen nutzen;

— Autoren aus allen Ländern des nördlichen Ostmitteleuropa zusammenführen und dazu beitragen, daß überkommene nationalhistorische Sehweisen untereinander konfrontiert, aneinander abgearbeitet und womöglich miteinander ausgeglichen werden.

Aus der Zielsetzung der Zeitschrift ergibt sich, daß ihre Schwerpunkte in Zeiten liegen, in denen der deutsche Anteil an der Geschichte des nördlichen Ostmitteleuropa besonders hoch gewesen ist: im späteren Mittelalter, der frühen Neuzeit und den späteren Jahrhunderten bis zum Ausgang des Zweiten Weltkrieges. Das Nordost-Archiv hält sich aber auch offen für Fragen der Zeitgeschichte und der Gegenwart, wenn sie die Deutschen und deren Verhältnis zu ihren Nachbarn berühren.

Die halbjährlich erscheinenden Hefte werden sich jeweils um einen gemeinsamen Gegenstand gruppieren. Die Themen können sich beziehen auf einzelne Orte, eine Landschaft oder Sachfragen, die die Gesamtregion betreffen, und schließen grundsätzlich alle Bereiche der historischen Wirklichkeit ein.

Nordost-Archiv

Zeitschrift für Regionalgeschichte

Zwischen Staatsnation und Minderheit. Litauen, das Memelland und das Wilnagebiet in der Zwischenkriegszeit

Neue Folge Band II/1993 Heft 2

Institut Nordostdeutsches Kulturwerk Lüneburg

Herausgeber:
Institut Nordostdeutsches Kulturwerk
Conventstr. 1, D-21335 Lüneburg
Postfach 2323, D-21313 Lüneburg
Telefon (04131) 37097
Telefax (04131) 391143

Redaktionskollegium:
Dr. Eckhard Matthes (verantwortlich)
Sabine Bamberger-Stemmann M.A. (Redaktion)
Sophia Kemlein
Dr. des. Konrad Maier (Redaktion)
Dipl.-Bibl. Ulrich Ribbert
Ute Richter-Eberl
Prof. Dr. Karl-Heinz Ruffmann
Dr. Joachim Tauber

Verantwortlich für dieses Heft:
Dr. Joachim Tauber

Gedruckt mit Unterstützung des Bundesministers des Innern

Bezugsbedingungen:
Nordost-Archiv erscheint halbjährlich jeweils im Juni und Dezember.
Preis pro Heft 35 DM, Jahresabonnement 60 DM zuzüglich Versandkosten.
Ein Abonnement gilt zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen des Abonnements können nur zum Ablauf eines Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November des laufenden Jahres beim Verlag eingegangen sein.

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben vorbehalten.

Gesamtherstellung: Nordlanddruck GmbH, Lüneburg

Verlag Nordostdeutsches Kulturwerk, Lüneburg ISSN 0029-1595

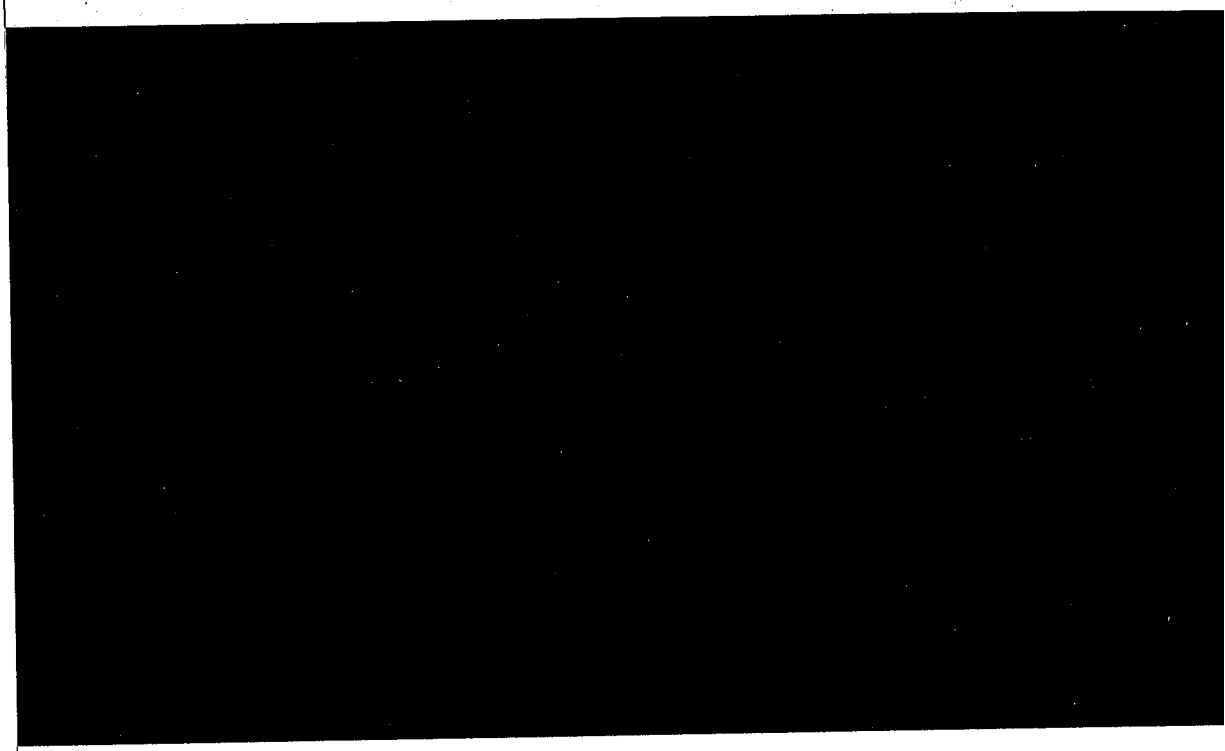
Das Thema des nächsten Heftes (Juni 1994):

Deutsche in St. Petersburg und Moskau

mit Beiträgen u.a. von:

Margarete Busch: Deutsches Vereinsleben in St. Petersburg vom 18. Jahrhundert bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs.
Andreas Keller: Das Kulturleben der Deutschen in Moskau vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis 1914.
Tatjana Ilarionova: Deutsche Presse in Moskau vor dem Ersten Weltkrieg.
Natal'ja Juchneva: Deutsche in einer multikulturellen Stadt.
Michael Schippan: Die Deutschen in St. Petersburg und Moskau vom 18. Jahrhundert bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs in der historischen Literatur der DDR.
Ralph Tuchtenhagen: Bildung als Auftrag und Aufgabe.
Michael Schippan: Die Geschichte der Wolgadeutschen in der historischen Literatur der DDR.
Dittmar Dahlmann: „Vom Glück begünstigt?" Deutsche Unternehmer in Moskau im 19. und 20. Jahrhundert.
Dietmar Neutatz: Literaturbericht: Neuere Publikationen zur Geschichte der Rußlanddeutschen.

Schwerpunkte der Folgehefte:
450 Jahre Universität Königsberg (Dezember 1994)
Geschichte sichtbar machen. Museen und ihre Region (Juni 1995)
1945–1995. Vertreibungsgebiete und ihre Bevölkerung (Dezember 1995)
Völker im Nordosten — Das Bild vom Anderen in Geschichte und Gegenwart
Die Ansichtspostkarte als historische Quelle
Denkmalpflege in den Baltischen Staaten



Zwischen Staatsnation und Minderheit. Litauen, das Memelland und das Wilnagebiet in der Zwischenkriegszeit

Joachim Tauber: Editorial 213

Abhandlungen

I. Außenpolitik zwischen Revision und Status Quo

Karl-Heinz Ruffmann (Köln): Deutsche und litauische Memelpolitik in der Zwischenkriegszeit. Ein Vergleich 217

Vytautas Žalys (Vilnius/Washington): Das Memelproblem in der litauischen Außenpolitik (1923–1939) 235

Piotr Łossowski (Warszawa): Das Wilna-Problem in der polnischen Außenpolitik 1918–1939 279

Regina Žepkaitė (Vilnius): Die fehlende Hauptstadt: Litauens Politik im Zeichen der Wilnafrage 299

II. Minderheitenpolitik

Manfred Klein (Bielefeld): Die versäumte Chance zweier Kulturen. Zum deutsch-litauischen Gegensatz im Memelgebiet 317

Česlovas Laurinavičus (Vilnius): Aus der Geschichte des provisorischen litauischen Komitees von Wilna (April bis Juni 1919) 361

Andrzej Skrzypek (Warszawa): Die polnische Minderheitenpolitik im Wilnagebiet (1916–1939) 377

Alfred Erich Senn (Madison): Perspektiven der Nationalitätenfrage in Litauen 403

Forschungsbericht

Adomas Butrimas (Vilnius): Die Darstellung der deutsch-litauischen Beziehungen in litauischen Geschichtslehrbüchern 417

Mitteilungen

Die Vergangenheit ist kein anderes Land. Literarische und übrige Topoi deutsch-litauischer Nachbarschaft (Dietmar Albrecht) 441

Das Litauische Kulturinstitut in Deutschland (Vincas Bartusevičius) 454

Das neugegründete Institut für Baltistik an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald (Liane Klein) 461

Gründung eines Instituts für Interdisziplinäre Baltische Studien an der Westfälischen Wilhelms-Universität, Münster (Friedrich Scholz) . . . 465

Eine friedliche akademische Konferenz im stürmischen Klaipėda (Alfonsas Eidintas) 468

Deutsch-litauische Historikertagung vom 16.–18. Oktober 1992 in Lüneburg (Sven Ekdahl) 470

Die Tagung zum 150. Gründungsjubiläum der Estländischen Literärischen Gesellschaft am 22.–23. September 1992 in Tallinn/Reval und zum 200. Gründungsjubiläum der Livländischen Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät am 25. September 1992 in Tartu/Dorpat (Sirje Kivimäe) 482

Erster baltischer Kongreß in Frankreich (Alfred Erich Senn) 490

Rezensionen

Die baltischen Nationen: Estland, Lettland, Litauen, hrsg. v. Boris Meissner. (Alfonsas Eidintas) 493

David M. Crowe, The Baltic States and the Great Powers. Foreign Relations, 1938–1940. (Ralph Tuchtenhagen) 496

Gilbert H. Gornig, Das Memelland: gestern und heute. Eine historische und rechtliche Betrachtung. (Vytautas Žalys) 500

Die Grenze als Ort der Annäherung. 750 Jahre deutsch-litauische Beziehungen, hrsg. v. Arthur Hermann unter Mitarbeit v. Helga-Martina Skowera. (Dietmar Albrecht) 504

Manfred Hellmann, Grundzüge der Geschichte Litauens und des litauischen Volkes. (Jūratė Kiaupienė) 510

John Hiden and Patrick Salmon, The Baltic Nations and Europe. Estonia, Latvia and Lithuania in der Twentieth Century. (Joachim Tauber) 514

Ulla Lachauer, Land der vielen Himmel. Memelländischer Bilderbogen. Die Photosammlung Walter Engelhardt. (Hartmut Boockmann) 518

Lietuvos valstybės tarybos protokolai 1917–1918 (Protokolle des Litauischen Landesrats 1917–1918), hrsg. v. Alfonsas Eidintas u. Raimundas Lopata. (Arthur Hermann) 519

Hubertus Neuschäffer, Das „Königsberger Gebiet". Die Entwicklung des Königsberger Gebietes nach 1945 im Rahmen der baltischen Region im Vergleich mit Nord-Ostpreußen der Vorkriegszeit. (Alvydas Nikžentaitis) 524

Polacy, Litwini, Niemcy w kręgu wzajemnego oddziaływania. Z zagadnień Litwy Pruskiej i stosunków niemiecko-litewskich i polsko-litewskich w drugiej połowie XIX i XX wieku (do 1939 roku), ed. Andrzej Skrzypek, Stanisław Szostakowski (Polen, Litauer und Deutsche im Kreis gegenseitiger Beeinflussung. Zu Fragen Preußisch-Litauens sowie der deutsch-litauischen und polnisch-litauischen Beziehungen in der zweiten Hälfte des 19. und im 20. Jahrhundert <bis 1939>). (Sabine Bamberger-Stemmann) 528

Alfred Erich Senn, Lithuania Awakening. (Joachim Tauber) 532

Liudas Truska, Vytautas Kancevičius, Lietuva. Stalino ir Hitlerio sandėrio verpetuose (Litauen. Im Strudel der Abmachungen Stalins und Hitlers). (Liane Klein) 535

Joachim Wallat, Die völkerrechtliche Stellung des Memelgebietes. (Zenonas Butkus) 543

Petronelė Žostautaitė Klaipėdos kraštas 1923–1939 (Das Memelland 1923–1939). (Ruth Kibelka) 550

Editorial

Die Friedensordnung am Ende des Ersten Weltkrieges, symbolisiert in den Pariser Vorortverträgen, veränderte die politisch-territoriale Gestalt Ostmitteleuropas in radikaler Weise. Im Zeichen des Selbstbestimmungsrechts der Völker, so die bekannte zeitgenössische Formulierung, entstand eine Reihe souveräner Staaten, die ihre raison d'être nicht zuletzt als die eines Nationalstaates begriffen.

Dies kann nicht überraschen, stand Europa doch ganz im Zeichen eines Nationalismus, dessen Funktion im Ziel der *nation une et indivisible* deutlich wird. Für Ostmitteleuropa jedoch ließ sich das eben formulierte Ziel der Einheit zwischen staatlicher Herrschaft und Ethnos nicht in Einklang bringen. Die historische Entwicklung der Region hatte zu einer vielfältig vermischten, territorial nicht ein- bzw. ausgrenzbaren ethnischen Besiedlung geführt, so daß die Kongruenz von Staat(sgrenze) und Nation von vornherein eine Chimäre sein mußte. Zwei Bevölkerungsgruppen, die über das gesamte Gebiet verstreut lebten, nämlich Juden und Deutsche, können als die treffendsten Beispiele angeführt werden.

Diese Konstellation führte zu zwei in fast allen Staaten Ostmitteleuropas erkennbaren und für die Zwischenkriegszeit charakteristischen Erscheinungen. Nach außen gewendet handelte es sich dabei um territoriale Konflikte mit den Nachbarstaaten, mithin um Revision bzw. Sicherung von Grenzen, nach innen um die in dem jeweiligen Staatsgebiet siedelnden Minoritäten und die ihnen gegenüber verfolgte Politik.

Auch der wieder- bzw. besser: neuentstandene litauische Staat machte hierin keine Ausnahme, ja er unterlag sogar besonderen Bestimmungsfaktoren, gab es doch zwei Regionen, die aus litauischer Sicht für die Staatsnation als unverzichtbar galten. Da war zum einen das ostwärts der Memel gelegene Gebiet (lit.: Klaipėdos kraštas), bewohnt von Kleinlitauern und Deutschen, das bis 1918/19 zum Deutschen Reich gehört hatte. Die Angliederung an Litauen im Januar 1923 erfüllte zwar die Sehnsüchte des litauischen Nationalismus, schuf aber zugleich auf lange Sicht innenpolitisch das Problem einer deutschsprachigen Minorität im litauischen Gesamtstaat und außenpolitisch das der Absicherung des Besitzstandes gegenüber dem zwar im Ersten Weltkrieg geschlagenen, aber in seiner wirtschaftlichen und politischen Potenz weit überlegenen Deutschen Reich.

Fast noch mehr Bedeutung kam dem Gebiet um Wilna (lit.: Vilnius, poln.: Wilno) zu. Die alte Hauptstadt des mittelalterlichen Großfürstentums Litauen sollte auch zur Metropole des neuzeitlichen litauischen Staa-

tes werden. Wilna gehörte jedoch in der Zeit zwischen den Weltkriegen zu Polen, die litauischsprachige Bevölkerung war damit selbst zur Minderheit geworden. Galt in bezug auf Memel die litauische Politik dem Status quo von 1923, so zielte sie in Wilna auf die Veränderung desselben.

Die oben angeführten territorialen Konflikte und die Lage der Minderheiten einerseits, die entgegengesetzte, quasi seitenverkehrte Situation Litauens in Memel und Wilna andererseits bilden das zentrale Thema dieses Heftes des Nordost-Archivs. Der damit gegebene, inhärent komparative Ansatz des Bandes spiegelt sich auch in der Gliederung wider: Ist der eine Teil den außenpolitischen Ereignissen gewidmet, so steht im anderen die jeweilige Minderheit im Mittelpunkt.

Fortgeführt wird die angestrebte Parallelisierung, indem jeweils ein litauischer und ein polnischer bzw. deutscher Historiker zum gleichen Themenkomplex Stellung nehmen. Dabei blieb die eigentliche Ausgestaltung den Autoren überlassen. Beispielhaft zeigt sich dies bei der Behandlung der inneren Struktur der Wilnafrage. Während der Beitrag von Andrzej Skrzypek chronologisch den gesamten Zeitraum zwischen 1919/20 und 1940 darstellt, richtet der Parallelartikel von Česlovas Laurinavičius sein Augenmerk auf eine begrenzte Zeitspanne des Jahres 1919 als der entscheidenden Phase der gegenseitigen Wahrnehmung zwischen polnischer Staatsmacht und litauischer Minderheit. Der Artikel von Vytautas Žalys zur Memelfrage verknüpft — trotz einer starken Betonung außenpolitischer Probleme — äußere und innere Aspekte in so enger Weise, daß auf einen gesonderten litauischen Beitrag zur Minderheitenpolitik verzichtet wurde. Vom selben Autor erschien 1993 in Lüneburg eine Monographie unter dem Titel „Ringen um Identität. Warum Litauen zwischen 1923 und 1939 im Memelgebiet keinen Erfolg hatte". Einen Einblick in die Probleme aller Minderheiten in Litauen bietet Alfred Erich Senn, der bei der Auswertung des Tagebuchs seines berühmten Vaters zeitgenössische Wertungen mit historischer Analyse verbindet.

Daneben sei auf zwei weitere Aspekte des Heftes verwiesen. Adomas Butrimas beschäftigt sich mit der Darstellung Deutschlands und der Deutschen in litauischen Schulbüchern und liefert damit grundlegende Informationen zu Fragen, die in Gesprächen über historisches Unterrichtsmaterial zwischen litauischen und deutschen Fachwissenschaftlern aufgegriffen wurden.

Für die deutsche Historiographie stellte Litauen nie ein bevorzugtes Objekt der Forschung dar. Um so wichtiger erschien es daher, den wenigen deutschen Institutionen, die sich mit diesem baltischen Staat, seiner Bevölkerung und Sprache beschäftigen, Raum zur Vorstellung der eigenen Einrichtung zu geben.

Grenzfragen und Minderheitenpolitik: die in diesem Heft erstmals versuchte Synthese der Ereignisse in Wilna und Memel im Sinne einer historischen Komparation, die immer im Spannungsverhältnis von Vergleichbarem und Unvergleichbarem steht, ergibt sich aus der Gesamtheit der Beiträge. Die dabei deutlich werdenden Gemeinsamkeiten und Spezifika beanspruchen nicht nur Gültigkeit für die historische Situation Litauens, sondern können als Typika des *gesamten* ostmitteleuropäischen Raumes der Zwischenkriegszeit und durchaus auch der aktuellen zeitgeschichtlichen Entwicklung betrachtet werden. Nicht zuletzt diese Kontinuität zeigt, welche Bedeutung dem Hauptthema dieses Bandes zukommt.

Joachim Tauber

ABHANDLUNGEN

Deutsche und litauische Memelpolitik in der Zwischenkriegszeit. Ein Vergleich

von Karl-Heinz Ruffmann

I.

In der inzwischen recht umfangreichen Fachliteratur ist, nach meiner Kenntnis, das im Aufsatztitel angekündigte komparatistische Vorhaben noch nicht durchgeführt worden. Dabei legt im Grunde der allein schon zeitlich immer größere Abstand zum Zwischenkriegsgeschehen den Versuch nahe, durch Vergleichen einmal der gesondert, jeweils für sich hinreichend analysierten deutschen wie litauischen Regierungspolitik in der Memelfrage, zum anderen der daraus erwachsenen Folgen für die Bewohner des Memelgebiets zu einer einigermaßen ausgewogenen Gesamtwürdigung im angegebenen Zeitrahmen zu gelangen.

Ermutigt durch den jetzt angelaufenen Dialog des Lüneburger Instituts Nordostdeutsches Kulturwerk und der Ostsee-Akademie Travemünde mit dem Forschungszentrum für die Geschichte Westlitauens und Preußens an der Universität Klaipėda und dem Institut für Geschichte Litauens in Vilnius, will dieser Beitrag die gerade umrissenen Aufgaben in Angriff nehmen. Er stützt sich dabei kaum zufällig auch auf erste Produkte dieses Dialogs, darunter insbesondere auf jüngste Untersuchungen von Vytautas Žalys und Joachim Tauber.[1]

Die Auswertung des insgesamt recht reichhaltigen Schrifttums nebst Erörterung sich daraus ergebender Probleme folgt zwei Maximen, sucht ihnen gerecht zu werden:

1. Vergleichen heißt nicht gleichsetzen; es geht vielmehr darum, Vergleichbares und Unvergleichliches festzuhalten bzw. zu unterscheiden

---

[1] Es handelt sich um jeweils zwei Arbeiten der beiden Autoren: Vytautas Žalys, Kova dėl identiteto. Kodėl Lietuvai nesisekė Klaipėdoje tarp 1923–1939 m. / Ringen um Identität. Warum Litauen zwischen 1923 und 1939 im Memelgebiet keinen Erfolg hatte. Lüneburg 1993; ders., Das Memelproblem in der litauischen Außenpolitik (1923–1939), in: Nordost-Archiv (in diesem Heft); sowie Joachim Tauber, Die Memelfrage im Rahmen der deutsch-litauischen Beziehungen 1919–39, in: Deutschland und Litauen. Bestandsaufnahmen und Aufgaben historischer Forschung (im Druck).

und so allgemeiner gültige bzw. verallgemeinerbare Erkenntnisse zu gewinnen.

2. Um historisches Geschehen voll begreifen und würdigen zu können, muß der Historiker es einerseits in seinem Eingebundensein in die Zeit, in der es stattgefunden hat, zu erfassen trachten, seine innergeschichtlichen Proportionen nach Zeitalterbestimmtheit bemessen. Insoweit haben Zeugnisse unmittelbaren zeitgenössischen Erlebens einen hohen Stellen- und Aussagewert. Andererseits ist dem Historiker der Verzicht auf späteres, posthumes Wissen weder möglich noch erlaubt. Denn erst im Rückblick sieht man die Ereignisse mit ihren Folgen, die Personen und Institutionen mit ihren Wirkungen, kurzum, sie alle mit der ihnen zugeordneten, unvorhergesehenen Zukunft. Es bleibt die Unmöglichkeit bestehen, die Folgen beim Urteil über vergangenes Geschehen, das immer auch vergangene Zukunft ist, außer Betracht zu lassen. Insoweit sind Zeugnisse unmittelbaren zeitgenössischen Erlebens kritisch zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren.

Bei solchen Grundeinsichten bietet sich als Untersuchungseinstieg eine Feststellung zum Stichwort „Unvergleichliches" an, die zunächst keiner näheren Begründung oder weiteren Differenzierung bedarf: Deutschland war trotz Versailles eine Großmacht geblieben, Litauen hingegen erst durch Versailles ein unabhängiger Staat von „ungleich" geringerer Größe und Macht geworden. Dieser unstrittige Sachverhalt wird in unserer komparatistisch zentrierten Untersuchung zu berücksichtigen sein — bis hin zu der Frage, inwieweit die litauische Inbesitznahme des Memelgebietes im Januar 1923 und dessen deutsche Wiederinbesitznahme im März 1939 noch vergleichbare Vorgänge sind, zumal — nach längst übereinstimmender internationaler Forschungsmeinung — Hitlers Außenpolitik ab 1938/39 alle bis dahin gültigen Maßstäbe grundsätzlich sprengte. Doch darüber mehr erst nach dem Gewinn weiterer Kriterien und Einsichten.

Richtungweisend könnte die eher rhetorische, weil sofort zu bejahende Frage sein, die überdies die Bedeutung des zuvor gemachten Vergleichsvorbehalts zu relativieren scheint: War nicht das Nationale, der Nationalismus Haupttriebkraft und wichtigster Bestimmungsfaktor der deutschen ebenso wie der litauischen Memelpolitik, durchzog dieses überall vorherrschende Prinzip zur Organisation und Gestaltung von Großgruppen nicht beide und damit das gesamte deutsch-litauische Beziehungsgeflecht im Memelgebiet wie ein roter Faden?! Eine gewiß zutreffende Auffassung, fast eine Binsenwahrheit, jedoch (wie die meisten derartigen „Wahrheiten") eine reichlich oberflächliche, undifferenzierte und wenig aussagekräftige, sowie man mit Blick auf beide Seiten bloß stichwortar-

tig nachfragt: Wie war ihr Verhältnis zu nationaler und demokratischer Selbstbestimmung, zu Minderheitenrecht und -schutz, zum Freund-Feind-Denken und -Verhalten, wie die Rolle ökonomisch-kommerzieller Interessen, wie überhaupt Beschaffenheit und Interdependenz von Innen- und Außenpolitik, wie schließlich bzw. vorab Funktion und Gewicht der Memelfrage in ihrer jeweiligen Gesamtpolitik?

Diese eng miteinander verzahnten, deshalb weder scharf getrennt noch in fester Rangfolge behandelbaren Fragestichworte bezeichnen, über einige inhaltliche Teilzäsuren im Untersuchungszeitraum hinweg, ein Bündel unaufgelöster Dissonanzen, die sowohl die deutsche als auch die litauische Memelpolitik kennzeichneten, an denen beide gekrankt und dementsprechend ebenfalls die zeitgenössischen deutschen wie litauischen Bewohner des Memelgebietes gelitten haben. Das ist die zentrale These dieses Beitrags, und es gilt nunmehr, sie unter Verdeutlichung relevanter Einschnitte oder auch Abweichungen im einzelnen zu erläutern und zu belegen.

II.

Erste Auskünfte zur Größen- und Rangordnung unseres Untersuchungsgegenstandes erteilt bereits ein kurzer Vergleich von Gewicht und Stellenwert der Memelfrage in der unter Einschluß ökonomisch-kommerzieller Faktoren jeweiligen Gesamtpolitik beider Staaten. Hier schlug natürlich der Abstand einer „kleinen" von einer „großen" Macht besonders stark zu Buche. Gewiß beanspruchten beide das Gebiet und seine Bewohner jeweils für sich. Aber das Erreichen und die Sicherung dieses Ziels hatte für die eine als „beständige geopolitische Konstante" (Žalys) höchste Priorität, während es für die andere vor allem ums Prinzip und Prestige ging. Für die eine war es, noch dazu nach Polens Zugriff auf das Wilna-Gebiet, ein Existenzproblem und Rettungsanker, für die andere ein im Vergleich zu Problemen anderer „unerlöster" Volksgruppen eher marginaler, jeweils untergeordneter Bestandteil eines militanten, aber (noch) kontrollierten Revisionismus vor 1933 und eines aggressiv expansiven Radikalnationalismus danach.

Es gab jedoch — anfänglich — auch Gemeinsamkeiten. An erster Stelle ist eine antipolnische Funktion und Interessengemeinschaft zu nennen, die nicht zuletzt in der Memelpolitik beider Regierungen klar zutage trat und hier nur insoweit zu behandeln ist. Zunächst (ab 1919/20) befürchteten beide einen direkten oder indirekten polnischen Zugriff auf Memel auf dem Umweg über eine nicht nur von der französischen Besatzungsmacht favorisierte Umwandlung der Stadt nebst Umland in einen Freistaat nach

Danziger Vorbild. Der Argwohn war so stark, daß er in Kaunas und in Berlin eine geradezu verblüffende Übereinstimmung bei der Bewertung des tatsächlichen litauischen Zugriffs vom Januar 1923 bewirkte. Die entschiedene außenpolitische Argumentation der litauischen Regierung, damit Warschau, seinem Prestige und seiner Stellung im Ostseeraum einen ernsten Stoß versetzt zu haben[2], deckte sich voll mit der Rechtfertigung des litauischen Vorgehens durch den deutschen Gesandten in Kaunas als „in erster Linie eine(r) Abwehrhaltung" gegen drohendes polnisches Eindringen.[3] Wohl konnte die Schlußfolgerung des Diplomaten: „Diese Tendenz des Unternehmens verstößt an sich weder objektiv gegen die deutschen Interessen, noch enthält sie subjektiv eine uns verletzende Note" der deutschen Öffentlichkeit aus innenpolitischen Gründen so natürlich nicht präsentiert werden. Indessen brachte die Reichsregierung, die nach außen hin sogar Entrüstung zeigen mußte, noch 1923 gegen ausdrücklichen memeldeutschen Widerstand einen Handelsvertrag mit Litauen zum Abschluß; und wenig später verhinderten Berlin und Kaunas in enger Kooperation, daß ein polnischer Vertreter in die Memeler Hafenkommission aufgenommen wurde. Dadurch blieb Polen von der wirtschaftlichen Nutzung eines für alle Ostseeanrainer wichtigen kommerziellen Umschlagplatzes ausgeschlossen.

Aus alledem ist für die Anfangsphase, also für die 20er Jahre, zweierlei klar ersichtlich: Das Memelgebiet erschien Kaunas wie Berlin eher als gemeinsames Sorgenkind denn als Zankapfel; und Wirtschafts- und Handelsinteressen eröffneten eine weitere Ebene von Gemeinsamkeiten. Fast die gesamte Ausfuhr Litauens einschließlich der des Memelgebietes ging in der zweiten Hälfte der 20er Jahre nach Deutschland, das seinerseits darauf hinarbeitete, Litauen vollständig in den deutschen Wirtschaftsraum einzugliedern und eine Zollunion mit ihm herzustellen. Ein Grenz- und Schiedsvertrag von 1928 sowie ein Handelsabkommen von 1929 mit dem baltischen Nachbarn sollten, aus der Sicht der Reichsregierung, Teilschritte auf dem Weg zu diesem Ziel sein. Litauen hingegen mußte ein solches Konzept, mit dessen Hilfe nach dem (natürlich nicht veröffentlichten) Willen seines Urhebers, des damaligen Leiters der Osteuropaabteilung im Auswärtigen Amt, expressis verbis auch das „Memelgebiet praktisch wieder angegliedert" werden sollte[4], schon deshalb, aber inzwischen ebenfalls aus anderen Gründen total inakzeptabel erscheinen.

---

2 Žalys, Kova / Ringen (wie Anm. 1), S. 31.

3 Akten zur deutschen auswärtigen Politik (ADAP), Serie A, Bd. VII, Nr. 36, zit. nach Tauber, Memelfrage (wie Anm. 1).

4 Denkschrift Dirksen vom 3. Dezember 1925; ADAP, Serie A, Bd. II/1, Nr. 36, zit. nach Tauber, Memelfrage (wie Anm. 1).

Allerdings traf dann die 1934 erfolgte Sperrung des deutschen Marktes für litauische Agrarprodukte Kaunas so hart, daß, als Berlin wegen der jetzt erst recht miserablen ökonomischen Lage im Memelgebiet seine Bereitschaft zu neuen Wirtschaftsverhandlungen signalisierte, Anfang August 1936 noch einmal ein litauisch-deutsches Handelsabkommen zustande kam. Die Memelfrage bewirkte mithin, ja erzwang geradezu eine Aufrechterhaltung geregelter ökonomisch-kommerzieller Beziehungen. Hingegen sollte es im sonstigen wechselseitigen Verhältnis letztendlich nicht einmal eine derartige „unfreiwillige" Kontinuität geben.

Daß Kaunas sowohl die deutsche als auch die sowjetische Regierung vorab über sein Memelunternehmen vom Januar 1923 informiert und für es von beiden grünes Licht bekommen hatte,[5] war Ausdruck eines außenpolitischen Dreiecksverhältnisses, das seine Existenz und zeitweise durchaus erfolgreiche Tätigkeit der einfachen Devise „Der Feind meines Feindes (= Polen) ist mein Freund" verdankte. Solange diese „Horizontale Berlin - Kovno-Moskau"[6] einigermaßen funktionierte, ließ sich das Spannungsniveau in der Memelfrage relativ niedrig und für alle erträglich halten. Als dieses informelle Dreiecksverhältnis ausgangs der 20er Jahre immer brüchiger wurde, und erst recht als Hitler ihm endgültig den Garaus machte, indem er nach seiner „Machtergreifung" das bolschewistische Rußland zum neuen „Todfeind" erklärte und zugleich mit Polen einen Nichtangriffspakt einging, kam es auch in der Memelfrage zu einem radikalen Lageumschwung. Ab etwa 1930 fanden immer heftigere deutsch-litauische Auseinandersetzungen im und um das Memelgebiet statt, die Mitte des Jahrzehnts auch im ökonomischen Bereich ihren Höhepunkt erreichten. Am Ende wurden daraus Spielwiese und Spielball eines totalitären Regimes.

Das alles wird uns noch mehrfach begegnen und dann etwas genauer zu kennzeichnen und zu würdigen sein. Hier mag als Zwischenergebnis genügen: Die bislang berücksichtigten Bestimmungsfaktoren und -merkmale deutscher und litauischer Regierungspolitik in der Memelfrage haben höchstens kurzfristig zur Verbesserung bzw. Stabilisierung der ohnehin recht labilen Großwetterlage im östlichen Mitteleuropa beigetragen, die außenpolitische Manövrierfähigkeit insbesondere Litauens

---

5 Žalys, Memelproblem (wie Anm. 1). Zur deutschen Haltung außerdem Alfred Erich Senn, Die litauische Besetzung Memels im Januar 1923, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 10 (1965), S. 334-352.

6 So der deutsche Gesandte in Kaunas Zechlin in einem rückblickenden Bericht vom 12. Dezember 1933. ADAP, Serie C, Bd. II/1, Nr. 125, zit. nach Tauber, Memelfrage (wie Anm. 1).

dauerhaft belastet und schließlich völlig eingeschränkt, Kaunas in eine höchst gefährliche Isolierung getrieben. Weitere, womöglich noch gewichtigere Faktoren ließen die Memelfrage, spätestens ab 1935, für Litauen zur politischen Sackgasse werden.

III.

Als Haupttriebkraft und das heißt zugleich auch als ergiebigster und wichtigster Vergleichsgegenstand sind nationale Selbstbestimmungsforderungen anzusehen, ihr Charakter und Inhalt sowie ihr Verhältnis zu demokratischen Selbstbestimmungsforderungen. Die hier in der Memelpolitik beider Regierungen unüberhörbaren Dissonanzen hatten einen allgemeinen Grund in der Auffassung vom Nationalstaat, die im damaligen Europa vorherrschend war. Staat und Volk, so dachte man, müßten im Nationalstaat zusammenfallen, und unter „Volk" verstand man nicht wie die Schweizer eine Gesamtheit von Bürgern, sondern die Angehörigen einer einzelnen und einzigen Sprachgemeinschaft und Kultur. Jedenfalls im Memelgebiet paßte die Wirklichkeit nicht zu dieser Norm, hatten sich vielmehr im langen Lauf der Geschichte, von anderen Mischungen abgesehen, die benachbarten Sprach- und Volksgruppen des Deutschen und des Litauischen auf vielen Wegen ineinandergeschoben. Als das Land nördlich der Memel im Friedensvertrag von Versailles von Deutschland abgetrennt wurde, antworteten die alliierten Hauptmächte auf den Protest der Reichsregierung: „Die Region ist immer litauisch gewesen. Die Mehrheit der Bevölkerung ist litauisch nach Ursprung und Sprache."[7] Ethnisch stimmte die Behauptung ebensowenig wie das Gegenteil. Politisch widersprach sie dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung.

Daß beides die Gestalter der neuen europäischen Friedensordnung gar nicht interessierte, enthüllt der nächste Satz im eben zitierten (von Clémenceau unterzeichneten) Schreiben: „Die Tatsache, daß die Stadt Memel selbst zu großen Teilen deutsch ist, rechtfertigt nicht das Verbleiben der ganzen Region unter deutscher Oberhoheit, besonders weil der Hafen von Memel Litauens einziger Zugang zum Meer ist."[8] Daraus folgt: In Versailles ging es überhaupt nicht um das nationale Selbstbestimmungsrecht im Memelgebiet.

Hingegen war dieses nationale Selbstbestimmungsrecht, zumindest offiziell, Dreh- und Angelpunkt der diesbezüglichen litauischen und

---

7 Zit. nach H. de Chambon, La Lithuanie moderne. Paris 1933, S. 83.
8 Ebenda.

deutschen Regierungspolitik. Bei genauerer Betrachtung galt jedoch auch das nur mit Einschränkungen, sind schwerwiegende Abweichungen und Widersprüche zu registrieren. Sie hatten dabei — schließlich qualitativ — unterschiedlichen Charakter, was Konzeption und Verhalten einerseits in Kaunas, andererseits in Berlin anbelangt.

Die Gründung der Republik Litauen am Ende des Ersten Weltkrieges erfolgte mit dem Anspruch, den neuen Staat innerhalb von — möglichst weit gespannten — ethnographischen Grenzen einzurichten, oder (nach den Worten des späteren Präsidenten Antanas Smetona[9]) wenigstens etwas genauer: ihn nach dem historisch auf den „litauischen Stamm" bezogenen und so begründeten ethnographischen Prinzip zu errichten und auszudehnen. Ein solcher Anspruch betraf natürlich zuallererst die alte Hauptstadt Vilnius, zugleich aber auch Teile Nordostpreußens, darunter insbesondere das Memelgebiet mit einer Einwohnerschaft überwiegend litauischer Volks- und Sprachherkunft. Genau so begründete Kaunas dann auch im Jahre 1923 seinen militärischen Zugriff auf das Memelgebiet nebst dessen anschließender politischer Inbesitznahme.

Unter dem Aspekt nationaler Selbstbestimmung bedenklich ist dabei allein schon der zweifelsfreie Tatbestand, daß die dafür verantwortlichen Instanzen in Kaunas, allen voran der damalige Ministerpräsident Ernestas Galvanauskas, über die hinsichtlich ihrer „Befreiung" völlig passive Haltung der litauischen Memelländer sehr genau Bescheid wußten.[10] Diese Haltung fand nicht zuletzt darin ihren Niederschlag, daß — wie jüngst Vytautas Žalys[11] anhand bisher unveröffentlichter Quellen nachgewiesen hat — an der als innermemelländischer „Aufstand" deklarierten Aktion neben 1050 „Helfern" aus Litauen nur etwa 300 einheimische Memelländer beteiligt waren, von denen überdies viele wahrscheinlich erst nach deren Gelingen aus durchaus unpatriotischen Beweggründen „Aufständische" wurden. Vytautas Žalys, dem wir diese neuen Zahlen und Auskünfte verdanken, kommt bei seiner Analyse der litauischen Memelpolitik von 1923 bis 1939 zu dem Ergebnis, „daß ein großer Teil der litauischen Memelländer schon damals für Litauen unwiderruflich verloren gewesen ist."[12] Eine ausdrücklich zur Verwirklichung nationaler Selbstbestimmung angetretene Politik war mithin gescheitert, und sie mußte scheitern, weil

---

9 Antanas Smetona, Die litauische Frage. Vortrag gehalten vor einer Versammlung deutscher Politiker im Hotel Adlon zu Berlin am 13. November 1917. Als Manuskript gedruckt. Berlin 1917, S. 18.

10 Žalys, Kova / Ringen (wie Anm. 1), S. 23 ff.

11 Ebenda, S. 27.

12 Ebenda, S. 89.

sie von der im Memelgebiet eben nicht gegebenen Allgemeingültigkeit der (übrigens genuin deutschen) Auffassung und Bestimmung der Nation als Gesamtheit aller Stamm- und Sprachverwandten ausging. Ein verhängnisvoller Irrtum! Quintessenz: Wohl nicht bloß in historischer Perspektive sollte man allein aus Herkunfts- und Sprachverhältnissen keine voreiligen Schlüsse auf die nationale Einstellung einer Volksgruppe ziehen.

Bewußt verstoßen gegen das nationale Selbstbestimmungsprinzip hat die litauische Regierung in ihrer Memelpolitik dadurch, daß sie im Untersuchungszeitraum über 30000 Menschen aus Großlitauen in das Memelgebiet mit dem Ziel übersiedeln ließ, um hier anstelle der offensichtlich unzuverlässigen Kleinlitauer, die man doch eigentlich hatte befreien wollen, eine zuverlässige Stütze der Zentralgewalt zu gewinnen.[13] Auch wenn diese Zuwanderer in ihrer großen Mehrheit infolge miserabler Existenzbedingungen in ihrer neuen „Heimat" so gar nicht fungieren bzw. funktionieren konnten, bleibt ein fader Nachgeschmack übrig. Der Sachverhalt als solcher stellt einen Kompositionsfehler mit schriller Dissonanz in der für das Memelgebiet so laut herausposaunten litauischen Selbstbestimmungsmelodie dar.

Sich sogar völlig in Melodie und Tonart vergriffen zu haben, lautet das Urteil über die diesbezügliche Memelpolitik der deutschen Regierung. Das gilt freilich so „nur" für die Zeit des Dritten Reiches, die hier einmal mehr einen tiefen Einschnitt markiert. Wohl war in der Weimarer Republik nationalistischer Revisionismus hauptsächliche Triebkraft und Legitimation deutscher Außen- wie Innenpolitik. Wohl kam auch für Stresemann eine deutsche Beteiligung an internationalen Garantieerklärungen für Länder wie Polen und Litauen, deren Grenzen noch „diskutiert" würden, nicht in Frage.[14] Aber bis etwa 1930 bemühte sich die Reichsregierung, unnötige Steigerungen nationalpolitischer Spannungen im Memelgebiet zu vermeiden, und lehnte eine gewaltsame Lösung ab.

Genau sie bezog dagegen Hitler, nach eigenem Bekunden ab Ende 1935,[15] in seine Memel-Kalkulationen mit ein. Unter dem Deckmantel „nationaler Selbstbestimmung" waren schon im Sommer 1933 zwei neue, eindeutig von der NSDAP initiierte und dirigierte Parteien im Memelgebiet — erstaunlich erfolgreich — tätig geworden. Die litauische Regierung bereitete ihnen zwar 1934/35 ein relativ rasches Ende durch ihre Zwangsauflösung und drakonische (an anderer Stelle noch kritisch zu würdigende) Strafurteile eines Militärgerichts gegen nahezu ihr ganzes Führungs-

13 Ebenda, S. 87.
14 Tauber, Memelfrage (wie Anm. 1).
15 Ebenda.

personal. Dieser laut offizieller Version „Hochverratsprozeß" offenbarte jedoch insofern auch die Schwäche, ja Hilflosigkeit einer im internationalen Vergleich kleinen Macht, als auf ihm aus diplomatischen Gründen, d.h. mit Rücksicht auf die Großmacht Deutschland, die Rolle von deren Memeler Generalkonsulat als wichtigster Schaltstelle aller gegen Litauen gerichteten Aktivitäten im Memelgebiet ausgeblendet wurde. Diese Institution, mit etwa 50 Mitarbeitern personell fast so stark besetzt wie das gesamte damalige diplomatische Korps in Kaunas,[16] wirkte in der Zwischenkriegszeit durchgehend auf die Memelländer mit politischen und finanziellen Mitteln ein, in der Zeit der Weimarer Demokratie in der Regel eher mäßigend, dagegen schroff antilitauisch ab Beginn der 30er Jahre und nationalistisch aufhetzend in der NS-Zeit.

Die einen jungen deutschen Historiker (mit Fug und Recht) überraschende „Selbstverständlichkeit", mit der „Berlin Einfluß auf die memelländischen Parteien und Vertreter zu nehmen gewohnt war",[17] erklärten und rechtfertigten (nach eigenem Miterleben) Memeldeutsche damals ganz einfach damit, das Verhalten des Generalkonsulats entspreche nur genau dem der litauischen Gouverneure, sei als Gegengewicht gegen deren (in der Tat) zahlreiche rechtswidrige Eingriffe in die memelländische Selbstverwaltung sogar unerläßlich. Eine solche Argumentation übersah allerdings geflissentlich, was beide Institutionen fundamental unterschied. Die eine war diplomatische Vertretung einer ausländischen Macht, die (1929) die Zugehörigkeit des Memelgebiets zu Litauen völkerrechtlich verbindlich anerkannt hatte, die andere eine nicht weniger offizielle und legale Instanz des Staates, dessen Bürger auch alle Memelländer waren. Vom Historiker festzuhalten sind mithin, was deutsche und litauische Regierungspolitik in der Memelfrage anbelangt, zwei qualitativ verschiedene Instrumente und Wege zur Durchsetzung nationaler Selbstbestimmungsforderungen.

Vor diesem Hintergrund ist (erneut) zu fragen, inwieweit die litauische Inbesitznahme des Memelgebiets im Januar 1923 und dessen deutsche Wiederinbesitznahme im März 1939 vergleichbare Vorgänge sind. Der Zeit- und Erlebniszeuge vor Ort wird — völlig zutreffend — als wesentlichen Unterschied hervorheben, daß die litauische Aktion dem Willen der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit widersprach, die deutsche hingegen eben diesem Willen genau entsprach. Im historischen Rückblick, in inzwischen sicherer Kenntnis dessen, was die meisten Zeit- und Erlebniszeugen nicht wußten bzw. nicht erkannten, ist jedoch ungleich gewichti-

[16] Žalys, Kova / Ringen (wie Anm. 1), S. 57.
[17] Tauber, Memelfrage (wie Anm. 1).

ger die Einordnung des Geschehens vom März 1939 in Hitlers schon damals forcierten allgemeinen Expansions- und Kriegskurs, der auf Errichtung der deutschen Vorherrschaft in Mittel- und Osteuropa abzielte, als Grundlage eines rassisch fundierten Großreiches im Osten. Auch die Abtretung des Memelgebietes durch Litauen diente der Verstärkung dieser Grundlage, eben der deutschen Hegemonie im ostmitteleuropäischen Raum. Demgegenüber war Hitlers Berufung auf das nationale Selbstbestimmungsrecht nur vorgeschoben, kein selbständiger Eigenzweck mehr. Als der „Führer" am 21. Oktober 1938, nur drei Wochen nach dem Münchener Abkommen, der deutschen Wehrmacht befahl, sich auf baldige militärische Einsätze vorzubereiten, nannte er ganz konkret in einem Atemzug, ohne jede Differenzierung, die „Erledigung der Rest-Tschechei" und die „Inbesitznahme des Memellandes".[18] Unter dem Stichwort „nationale Selbstbestimmung" waren mithin die Memelunternehmen von 1923 und 1939, was die jeweiligen Hauptzielsetzungen und Grundüberzeugungen der handelnden Regierungen in Kaunas und Berlin betrifft, unvergleichliche Vorgänge.

Untermauert und verstärkt wird ein solches Urteil, wenn man die äußere und innere Ohnmacht Litauens, sein Ausgeliefertsein an das totalitäre NS-Regime in Deutschland mit berücksichtigt, beides spätestens ab Herbst 1938 vor aller Welt evident und nicht mehr überwindbar. Denjenigen, die immer noch von einem freiwilligen Verzicht Litauens auf das Memelgebiet am 21./22. März 1939 reden, sei Goebbels' Tagebucheintragung unter diesem Datum zur genauen Lektüre und zum Nachdenken empfohlen: „Beim Führer zu Mittag. Ribbentrop hat dem litauischen Außenminister in ziemlich ultimativer Form des Führers Forderung auf Rückgabe des Memellandes überreicht (...) Aus Kowno kommt ein Kommuniquévorschlag. Der ist so unbrauchbar. Wir redigieren ihn vollkommen um. Aber noch keine endgültige Entscheidung. Unterdes veröffentlicht Kowno das von ihm vorgeschlagene Kommuniqué, und dann gehen die Minister dort schlafen. Nun schlägt's aber 13. Unser Gesandter wird beauftragt, sie aus den Betten zu holen und ihnen die Pistole auf die Brust zu setzen. Entweder — oder. Diese kleinen Ganoven von Versailles müssen nun den Raub herausrücken. Sonst gibt's Saures."[19] Hier treten Stil und Charakter der NS-Außenpolitik in einer Weise zutage, die letztlich

---

[18] Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur Staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, hrsg. v. Herbert Michaelis u. Ernst Schraepler. Bd. XII, Berlin 1958 ff., S. 534.

[19] Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, hrsg. v. Elke Fröhlich. T. I, Bd. 3, München 1987, S. 579.

nur mit dem — von einem damaligen deutschen Spitzendiplomaten stammenden — Prädikat der „Unsittlichkeit“[20] zu kennzeichnen ist.

IV.

Mißtönend und unglaubwürdig klingen die von beiden Seiten für das Memelgebiet erhobenen demokratischen Selbstbestimmungsforderungen; die diesbezüglichen Maßnahmen und Verhaltensweisen beider Regierungen lassen sich zwar erklären, aber kaum gutheißen. Eine zweifellos wichtige generelle Erklärung liefert die innenpolitische Grundkonstellation in beiden Ländern, die hier wie dort durch tiefreichende Demokratie- und Parlamentarismuskrisen gekennzeichnet war, in Litauen (1926) zur Errichtung eines autoritären, in Deutschland (1933) eines diktatorischen Regimes führte. Wohl auch deshalb entwickelten und vertraten beide Regierungen ein sehr ähnliches Einstellungs- und Argumentationsmuster gegenüber der Memelkonvention von 1924, d.h. der völkerrechtlich verbindlichen Verfassungsgrundlage für das Gebiet. Ausgearbeitet und gebilligt vom Völkerbundsrat sowie danach unterzeichnet und ratifiziert von den Hauptsiegermächten des Ersten Weltkrieges und von Litauen, legte diese Konvention (in Art. 2) fest: „Das Memelgebiet bildet unter der Souveränität Litauens eine Einheit, die in Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung und Finanzen (...) Autonomie genießt.“[21]

Nur zum Zeitpunkt ihrer Unterzeichnung war die Konvention wegen der damaligen internationalen Rahmenbedingungen in Berlin und Kaunas begrüßt, in der litauischen Hauptstadt vielfach sogar „als großer Sieg für die Außenpolitik der jungen Republik“ (Žalys) gefeiert worden. Danach diente sie erneut beiden primär und fortlaufend a) als Instrument zur Durchsetzung jeweils eigener egozentrischer Teilinteressen und zu permanenter Einmischung in innermemelländische Angelegenheiten, sowie b) als Hebel und Übergangslösung auf dem Weg, zu dem Ziel, das Memelgebiet restlos in den eigenen Staatsverband zu integrieren. Letztendlich ging es beiden um die allmähliche Aushöhlung und schließlich Beseitigung der Autonomie — natürlich jeweils zu ihren Gunsten.

Hier findet das Paradoxon seine Erklärung, daß sich ausgerechnet Hitlers Drittes Reich als Verteidiger demokratischer Ordnungsrechte im

---

[20] Gregor Schöllgen, Ulrich von Hassell 1881–1944. Ein Konservativer in der Opposition. München 1990, S. 93.

[21] Ernst-Albert Plieg, Das Memelland 1920–39. Deutsche Autonomiebestrebungen im litauischen Gesamtstaat. Würzburg 1962, S. 232.

Memelgebiet aufspielte, während seinen wahren Absichten spiegelbildlich das Konzept von Gouverneur Jonas Navakas in seiner Amtszeit 1933–1935 entsprach, „das Memelgebiet in einen einfachen Bezirk der Republik Litauen und den Präsidenten des Direktoriums in einen einfachen Verwalter dieses Bezirks zu verwandeln".[22] Eine solche Zielsetzung war praktisch deckungsgleich mit der Auffassung des autoritären Regimes in Kaunas, der Memelländische Landtag sei „eine politische Anomalie".[23]

Auch für die Reichsregierungen der Weimarer Republik stellte das memelländische Autonomiestatut keinen demokratischen Eigenwert dar, sondern wurde von ihnen eingeschätzt und (soweit möglich) genutzt kurzfristig als Mittel zur politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Stabilisierung dieser deutschen Minderheit, mittel- und langfristig als Hebel zur Rückgliederung des Gebiets in den eigenen Staatsverband. Selbst bei Stresemann spiegelte auch die Memelfrage das allgemeine Dilemma der deutschen Minderheitenpolitik insofern wider, als Verständigungswille mit nationalem Revisionismus ständig kollidierte, ohne daß eine einigermaßen stabile und glaubwürdige Lösung gefunden werden konnte.[24] Im Endeffekt wurde seine auf Litauen und die Memelfrage bezogene Verständigungspolitik dadurch konterkariert und zumindest aus litauischer Sicht stark entwertet, daß den Forderungen der memeldeutschen Minderheit nach einer sicheren Finanzierung ihrer Organisationen und nach nicht bloß diplomatischer Unterstützung durch das Deutsche Reich in beträchtlichem Umfang entsprochen wurde.

Die mithin auf deutscher wie litauischer Seite destruktive Einstellung zu Memelkonvention und Memelstatut wirkte sich in der Praxis, im memelländischen Alltag, verhängnisvoll aus: Statt die hier gebotene Chance eines gewiß nicht konfliktfreien, aber vernünftig geregelten Zusammenlebens wahrzunehmen, wurden vor allem im national*kulturellen* Bereich heftige national*politische* Auseinandersetzungen ausgetragen, die in massiven wechselseitigen Vorwürfen gipfelten, die totale „Germanisierung" bzw. „Lithuanisierung" des Gebiets und seiner Bewohner anzustreben. Weil die Sprach- und Bildungs-, Kultur- und Kirchenpolitik beider Seiten während der 20er und 30er Jahre an anderer Stelle dieses Heftes ausführlich behandelt wird,[25] mag hier eine ganz knappe, bewußt gegenwartsbezogene

---

22 Žalys, Kova / Ringen (wie Anm. 1), S. 83.
23 Ebenda, S. 81.
24 Vgl. dazu allgemein wie im einzelnen Bastiaan Schot, Nation oder Staat? Deutschland und der Minderheitenschutz. Zur Völkerbundspolitik der Stresemann-Ära. Marburg/Lahn 1988 (Historische und landeskundliche Ostmitteleuropastudien. 4.).
25 Durch Manfred Klein.

Würdigung derartiger „Nationalisierungs"-Vorgänge am Ende unseres Beitrags genügen.

V.

Um der eingangs umrissenen Aufgabenstellung in etwa gerecht zu werden, sind jetzt noch einige wesentliche (längst nicht alle) Folgen deutscher und litauischer Regierungspolitik in der Memelfrage für die davon betroffene Bevölkerung vergleichend zu skizzieren, für deutsche und litauische Memelländer ebenso wie für zugewanderte Großlitauer. Was wohl sie alle gleichermaßen hart traf, waren die Auswirkungen der ökonomischen Streitigkeiten zwischen Berlin und Kaunas, die zeitweise in einen regelrechten Wirtschaftskrieg ausarteten. Solange der deutsche Markt für Waren aus Litauen unter Einschluß des Memelgebiets gesperrt wurde, blieben deren Bauern, d.h. die große Bevölkerungsmehrheit, auf ihren ohnehin viel zu hohen Überschüssen an landwirtschaftlichen Produkten, d.h. den Haupterzeugnissen des Landes, sitzen, fielen die Erzeugerpreise ins Bodenlose, mußten Landwirte ihre Wagenräder mit Butter schmieren, kurische Fischer ihre vollen Fangnetze wieder ins Haff kippen, deutsche wie litauische Beamte einen Teil ihres Gehalts in Naturalien (darunter in Enten und Gänsen) entgegennehmen. Es konnte eigentlich auch niemand verwundert sein über die Unzufriedenheit selbst vieler litauischer Memelländer mit dem scharfen Vorgehen der litauischen Regierungsinstanzen gegen den memeldeutschen Direktoriumspräsidenten Böttcher, der ohne vorherige Absprache mit der Zentralgewalt in Kaunas, d.h. unter Verstoß gegen das Memelstatut, in Berlin ganz offiziell eine dringend erforderliche Erhöhung der Absatzkontingente für memelländische Agrarprodukte ausgehandelt hatte.

War das bloßer Opportunismus? Bedachtsein nur auf den eigenen Vorteil? Orientierung allein am persönlichen Nutzen? Genau dies und ein ausgesprochen „unpatriotisches" Verhalten haben Kaunas und Berlin vornehmlich, aber keineswegs nur zu Beginn der 20er Jahre jeweils „ihren" Memelländern bescheinigt. Derartige Vorwürfe lassen indessen sehr viel eher auf einen noch nicht durch nationalistische Gefühlsduselei korrumpierten Pragmatismus und auf nüchternen Wirklichkeitssinn schließen. Leider haben erneut Berlin und Kaunas dafür gesorgt, zumindest erheblich dazu beigetragen, daß sich das verhältnismäßig rasch änderte, nationalistische Zielsetzungen und Gefühle bei den Memelländern, gleich welcher Volks- und Sprachzugehörigkeit, polarisierend wirksam wurden.

Den seit 1919 für die territoriale Neuordnung Mittel- und Osteuropas vornehmlich vom Völkerbund initiierten Minderheitenschutzverträgen, darunter auch der Memelkonvention, lag die Konzeption ihrer Urheber zugrunde, es sei „nicht nur ein Vorrecht, sondern sogar die Pflicht dieser Minderheiten, sich gemeinsam und ohne irgendeinen Vorbehalt mit den Angehörigen der Mehrheit an der politischen Willensbildung im neuen Staat zu beteiligen".[26] Eine solche Grundeinstellung und ein ihr gemäßer Demokratiebegriff, wonach sich alle Bürger auf die Einrichtung ihres Gesamtstaates und dessen wichtigster Aufgaben einigen, war der memeldeutschen Minderheit im Litauen der Zwischenkriegszeit völlig fremd. Sie benutzte — in absoluter Übereinstimmung mit den deutschen Regierungen — die ihr gewährte Autonomie primär zur Errichtung eines Staates im Staate, um auf diesem Wege möglichst rasch ihre Rückkehr ins Deutsche Reich zu bewerkstelligen und eine durch Versailles verschuldete nationale Schmach zu beseitigen. Dem litauischen Staat standen die meisten mehr oder weniger schroff ablehnend gegenüber. Weil sie nur zu gerne verdrängten, daß sie litauische Staatsbürger waren, tendierten sie von ihrer Denkweise und Gefühlslage her zu einer, was Litauen anbelangte, staatsfeindlichen Grundhaltung, die sich, wie Vytautas Žalys völlig zutreffend festgestellt hat, „in strenger innerer und oft auch aktiver äußerer Opposition der litauischen Zentralgewalt gegenüber äußerte". Der junge Historikerkollege aus Vilnius fährt fort, was genauso bemerkens- und bedenkenswert erscheint: „Unbehagen und Mißtrauen prägten (...) das Verhältnis wechselseitig; denn in Kaunas wurden die memelländischen Deutschen meist nur als Hindernis bei der Integration des Gebietes in den litauischen Staat betrachtet."[27]

Vor diesem Hintergrund sei auf mögliche negative Wirkungen des schon angesprochenen Hochverratsprozesses von 1934/35 in Kaunas aufmerksam gemacht. Die überraschend harten Militärgerichtsurteile dürften zusammen mit massiven Eingriffen in die memelländische Selbstverwaltung erst das Entstehen einer *breiten* nationalsozialistischen Grundstimmung in der memeldeutschen Bevölkerung herbeigeführt, die nicht minder überraschende, weil schon nach zwei Jahren verfügte Freilassung der Verurteilten den litauischen Staat als Schwächling ohne Zukunftsperspektive diskreditiert haben. In jedem Fall machte sich die Regierung in Kau-

---

[26] Bastiaan Schot, Nationale Autonomie und demokratischer Einheitsstaat. Das Dilemma der deutschen Minderheitenpolitik der Weimarer Ära, in: Deutsche, Slawen und Balten. Aspekte des Zusammenlebens im Osten des Deutschen Reiches und in Ostmitteleuropa, hrsg. v. Hans Hecker u. Silke Spieler. Bonn 1989, S. 152.

[27] Žalys, Kova / Ringen (wie Anm. 1), S. 91.

nas durch ihre eindeutige, schließlich fast einseitige Option für die meist zugewanderten Großlitauer bei den memelländischen Litauern unglaubwürdig. Mochten diese im Autonomiestatut nicht nur einen Schutz vor großlitauischer Überfremdung, sondern auch ein Sprungbrett sehen, selbst in bislang nur von Memeldeutschen besetzte Führungspositionen zu gelangen, dominierten doch bei ihnen eindeutig und ohne Unterbrechung ihre traditionell engen preußisch-deutschen Bindungen im kulturell-kirchlichen wie im politisch-wirtschaftlichen Bereich. Der Hinweis auf das — vom Schulbesuch bis zu Eheschließung oder Vereinszugehörigkeit — weitgehende Fehlen gesellschaftlicher Kontakte und Gemeinsamkeiten zwischen Deutschen und Litauern im Memelgebiet der Zwischenkriegszeit rundet dieses Bild ab.

Es erlaubt die Schlußfolgerung: Zweifellos haben alle Beteiligten eine große Chance vertan, weil sie keinen Versuch gesamtstaatlicher Integration unternommen, ihn nicht einmal gewollt haben. Der häufig (gelegentlich bis heute) vorgebrachte Einwand, ein solcher Versuch sei im Zwischenkriegseuropa prinzipiell und generell nicht realisierbar gewesen, läßt sich leicht entkräften: In ostmitteleuropäischen Staaten mit leidlich funktionierendem Parlamentarismus, so in Estland und vor allem in der Tschechoslowakei, ist die angestrebte Integration der Minderheiten in ihre jeweiligen Staatskörper, zumindest zeitweise (d.h. bis zu den Aggressionsakten des Dritten Reiches), durchaus gelungen.

Insgesamt drängt sich der Eindruck auf, daß Kaunas wie Berlin in den Bewohnern des Memelgebiets mehr Objekte als Subjekte sahen, sie dabei fast nur ihre eigenen Landsleute im Visier hatten, ihre Konzeptionen wie Handlungen allein auf sie ausgerichtet waren. Daher kann man von einer deutschen Memelpolitik und einer litauischen Klaipėdapolitik sprechen. Von deren Ergebnissen handelte unter komparatistischen Vorzeichen dieser Beitrag.

VI.

Abschließend werden, mit bewußt stark gegenwarts- und zukunftsorientierter Blickrichtung auf das Zusammenleben verschiedener Volksgruppen in einem Staat, fünf Sachverhalte bzw. Einsichten besonders hervorgehoben:

1. Das politisch-verfassungsmäßige Herzstück der Memelfrage und der darin involvierten deutsch-litauischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit war die Memelkonvention von 1924. Sie garantierte, zusammen mit dem vom neuen Souverän Litauen in Kraft gesetzten Memel-

statut, den Bewohnern des Memelgebiets rechtlich ein Eigenleben, das sich an den damals international gültigen Prinzipien des Minderheitenschutzes orientierte und ihnen soweit wie möglich gerecht zu werden trachtete. Mithin bestanden insoweit gute Voraussetzungen für ein gedeihliches Zusammenleben.

2. In einem gemischtnationalen Gebiet kann Minderheitenschutz, fußend auf noch so einleuchtenden und verallgemeinerbaren rechtlichen Prinzipien, in der Praxis nur funktionieren, wenn diejenigen, für die er gilt, beim Versuch, ihre jeweiligen nationalpolitischen und nationalkulturellen Ziele zu verwirklichen, auf dem Boden und im Sinne dieses Minderheitenschutzes verständigungsbereit und kompromißfähig sind. Deshalb war die Nichtbereitschaft von deutscher und litauischer Regierungspolitik in der Memelfrage, aber genauso von Memeldeutschen wie Litauern zum Sich-Arrangieren auf dem Boden der an sich beide bindenden Abkommen von 1924 Hauptursache für ein streckenweise hohes Spannungs- und Konfliktniveau. Beide Seiten versuchten, Memelkonvention und Memelstatut für ihre maximalistischen Absichten und Ziele zu instrumentalisieren.
3. Jedes zukunftsorientierte Geschichtsbild sollte, gerade auch in Deutschland und in Litauen, so ausgerichtet sein, daß jene originäre Idee des frühneuzeitlichen europäischen Bürgertums endlich voll zum Tragen kommt und dominiert, die die Nation primär innenpolitisch bzw. innergesellschaftlich bestimmt sah und verstand, nämlich als Inbegriff, Organisation und Garantie politischer, sozialer und kultureller Freiheitsrechte mündiger Bürger. Genau dies war, ist und bleibt der eigentliche Kern des nationalen Selbstbestimmungsrechts. Nationale Selbstbestimmung muß, wenn sie auf Dauer glaubwürdig sein und funktionieren will, stets zugleich demokratische Selbstbestimmung sein. Demokratische Selbstbestimmung verstanden als Herstellung und Garantie individueller wie kollektiver Bürger- und Menschenrechte, und die Nation in diesem Sinne verstanden als der große Hut, unter dem es wimmeln kann. So sind bzw. werden nationale und demokratische Selbstbestimmung deckungsgleich. Deutsche und litauische Regierungspolitik, Memeldeutsche und Litauer haben in der Memelfrage während der Zwischenweltkriegszeit diese Deckungsgleichheit überhaupt nicht angestrebt, geschweige denn erreicht.
4. Nur in einem funktionierenden Rechtssystem mit allseits respektierten Menschen- und Bürgerrechten können ethnische Konflikte wenn nicht vermieden, so wenigstens entschärft und reguliert werden. Die überall zu beobachtende „Nationalisierung" in der Sprachen-, Kultur-, Bildungs- und auch Kirchenpolitik, d.h. die Durchsetzung des

Vorrangs der jeweiligen Mehrheit im öffentlichen Leben, in den politischen und Bildungseinrichtungen, war und ist zwar einerseits Ausdruck einer späten nationalen Emanzipation, andererseits aber auch eine Sackgasse. Europa steht heute, wie schon einmal in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, vor der Aufgabe, Minderheitenrechte und Kulturautonomie für ethnische und religiöse Gruppen in allen Staaten anzuerkennen und auch durchzusetzen; der Völkerbund ist seinerzeit damit gescheitert; und auch deutsche und litauische Regierungspolitik in der Memelfrage haben damals versagt.

5. Im und nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Memelländer ebenso wie viele Litauer die Heimat verloren. Heimat ist aber immer auch geistiger Besitz, der für sich, d.h. unabhängig davon, ob diese Heimat territorial zur Verfügung steht, durchaus erhalt- und tradierbar bleibt. Voraussetzung ist freilich das Vorhandensein eines Geschichtsbildes, Geschichtsverständnisses und Geschichtsbewußtseins, die frei sind und ihre Träger und Konsumenten frei machen von Ressentiments und Tabus, vom Gesetz von Druck und Gegendruck, von Parteilichkeit, Zorn und unbereinigtem Gewissen sowie von Legendenbildungen aller Art. „Wo das gelingt, ist Geschichte nicht nur das lebensverlängernde, sondern auch das versöhnende Gedächtnis des Menschen" (Hermann Heimpel).

Ist es nicht für Deutsche und Litauer eine lohnende und jetzt durchaus lösbare Aufgabe, in einem solchen Grundverständnis und mit einer solchen Zielsetzung *gemeinsam* die Geschichte der Memelfrage aufzuarbeiten? Wenn das gelingt, wird das Memelgebiet nochmals das werden, was es jahrhundertelang ganz selbstverständlich war: Bindeglied zwischen Deutschen und Litauern.

Das Memelproblem in der litauischen Außenpolitik (1923–1939)

von Vytautas Žalys

Das Territorium, das die Litauer Klaipėdos kraštas nennen und die Deutschen Memelland, entspricht in seiner Größe kaum der Rolle, die es in der europäischen Geschichte spielte. Das „Memelproblem" besaß in der Zwischenkriegszeit internationale Bedeutung, bei dessen Lösung die Interessen mehrerer Völker und Staaten aufeinanderprallten. In diesem kleinen Küstenwinkel trafen nicht nur die Aspirationen der beiden Nachbarstaaten Deutschland und Litauen aufeinander, sondern — wenn auch verschieden starkes — Interesse am Memelland zeigten auch die Entente-Staaten, Polen und Rußland (später die UdSSR). Aufgrund der damit gegebenen Konstellation befand sich Litauen in einer höchst unsicheren Lage, da alle erwähnten Länder, vielleicht mit Ausnahme der Entente, aggressive Absichten hegten. Immerhin hatte Litauen seine vitalen Interessen zu verteidigen und mußte so in Konkurrenz, ja sogar in einen offenen Kampf mit viel mächtigeren Staaten treten. Die erste Kampfrunde 1923 gewann Litauen, bei der zweiten 1939 unterlag es. Die dritte Runde fand schon ohne Litauen statt, endete jedoch für das Land positiv.

1. Historiographischer Einschub

Traditionsgemäß erfreuten sich Forschungen zum Memelproblem großer Aufmerksamkeit in der litauischen Geschichtsschreibung. Schon 1932 erschien in Memel ein Werk von Rudolfas Valsonokas, das bis heute nichts von seiner Aktualität eingebüßt hat.[1] Anläßlich des 15. Jahrestages des Anschlusses an Litauen wurde 1938 ein Almanach von Jonas Vanagaitis herausgegeben, der ein Panorama der kleinlitauischen Kulturbewegung, Biographien bekannter Persönlichkeiten Kleinlitauens sowie Erinnerungen von Teilnehmern der Ereignisse 1923 etc. enthielt.[2] Während des Prozesses in Kaunas (1934) wurden Dokumente von Ernst Neumann, Theodor von Saß und anderen unter dem Titel „Kaltinamasis aktas" (Anklageschrift) veröffentlicht, die trotz der Spezifika, die solche Editionen an sich

1 Rudolfas Valsonokas, Klaipėdos problema (Das Klaipėdaproblem). Klaipėda 1932.
2 Kovos keliais (Auf Kampfeswegen). Klaipėda 1938.

haben, eine der wichtigsten Quellen für den Beginn der nationalsozialistischen Bewegung im Memelland darstellen.[3]

1934 erschien des weiteren eine Monographie von Marija Urbšienė.[4] Einige Völkerrechtsspezialisten beschäftigten sich mit dem Memelproblem der Vorkriegszeit. Hervorzuheben ist die gründliche Arbeit von Jokūbas Robinzonas, in der die Memellandkonvention und das Statut von allen Seiten untersucht werden.[5] Vorwiegend statistische Informationen bietet der Beitrag von Vincas Vileišis.[6]

In der sowjetischen Periode schrieben hauptsächlich Historiker wie Robertas Žiugžda, Konstantinas Navickas, Petronėlė Žostaustaitė und Regina Žepkaitė zur Memelfrage.[7] Der ideologische Druck und die Dogmatisierung der sowjetischen Historiographie gestatteten den erwähnten Historikern jedoch nicht, ihr wissenschaftliches Potential voll auszuschöpfen. Ab 1988/89 wurden in Litauen die Memoiren der berühmten litauischen Diplomaten und Staatsmänner Juozas Urbšys, Petras Klimas, Edvardas Turauskas und Vincas Krėvė verlegt.[8] Gemeinsam mit den im Exil veröffentlichten politischen Erinnerungen aus der Vorkriegszeit

---

3 Ernst'o Neumann'o, Theodor'o von Sass bei kitų bylų „Kaltinamasis aktas" (Ernst Neumanns, Theodor von Sass' sowie weitere Akten „Anklageschrift"). Abschrift. Kaunas 1934.

4 Marija Urbšienė, Klaipėdos kraštos istorijos parastėje (Am Rand der Geschichte des Memellandes). Kaunas 1934.

5 Jokūbas Robinzonas, Klaipėdos krašto konvencijos komentaras (Kommentar zur Memellandkonvention). Bd. 1-2, Kaunas 1934.

6 Vincas Vileišis, Tautiniai santykiai Mažojoje Lietuvoje ligi Didžiojo karo istorijos ir statistikos šviesoje (Die nationalen Verhältnisse in Kleinlitauen bis zum Weltkrieg im Spiegel der Geschichte und Statistik). Kaunas 1935.

7 Robertas Žiugžda, Po diplomatijos skraiste. Klaipėdos kraštas imperialistinių valstybių planuose 1919–1924 m. (Unter dem Mantel der Diplomatie. Das Memelland in den Plänen der imperialistischen Staaten 1919–1924). Vilnius 1973; ders., Lithuania and the Western Powers 1917–1940. Vilnius 1987; ders., Vokietijos ir Lietuvos santykiai 1919–1940 (Die deutsch-litauischen Beziehungen 1919–1940). Vilnius 1981; Konstantinas Navickas, TSRS vaidmuo ginant Lietuvą nuo imperialistinės agresijos 1920–1940 m. (Die Rolle der UdSSR bei der Verteidigung Litauens vor der imperialistischen Aggression 1920–1940). Vilnius 1966; Petronėlė Žostautaitė, Klaipėda — Lietuvosuostas (Klaipėda — Der Hafen Litauens). Vilnius 1990; dies., Klaipėdos kraštas 1923–1939 m. (Das Memelland 1923–1939). Vilnius 1992; Regina Žepkaitė, Lietuva tarptautinės politikos labirintuose (1918–1922) (Litauen im Labyrinth der internationalen Politik <1918–1922>). Vilnius 1973; dies., Lietuva ir didžiosios valstybės 1918–1939 m. (Litauen und die Großmächte 1918–1939). Kaunas 1986.

8 Juozas Urbšys, Lietuva lemtingaisiais 1939–1940 metais (Litauens Schicksalsjahre 1939–1940). Vilnius 1988; Petras Klimas, Iš mano atsiminimų (Aus meinen Erinnerungen). Vilnius 1990; Edvardas Turauskas, Lietuvos Nepriklausomybės netenkant (Der Verlust der litauischen Unabhängigkeit). Kaunas 1990; Vincas Krėvė, Apie Klaipėdos atvadavimą (Über die Befreiung Klaipėdas), in: Bolševikų invazija ir liaudies vyriausybė (Die bolschewistische Invasion und die Volksregierung). Vilnius 1992.

zeichnen sie ein recht breites Panorama des Memelproblems in der litauischen Außenpolitik nach.[9] Die litauische Geschichtsschreibung im Exil hebt die umfassende Arbeit von Pranas Čepėnas „Naujųjų laikų Lietuvos istorija" (Neueste litauische Geschichte) hervor, die den Fragen der Geschichte Kleinlitauens und dem Problem Memel dennoch breite Aufmerksamkeit widmet.[10] Die Memelfrage wurde auch von ausländischen Historikern, insbesondere von Polen und Deutschen bearbeitet. Leider fand Litauen in manchen dieser Arbeiten einzig als Objekt der internationalen Beziehungen Beachtung.

Der folgende Beitrag konzentriert sich auf einen einzigen — den außenpolitischen — Aspekt des Problems, wobei das Hauptaugenmerk auf den Kampf Litauens um die Wiedergewinnung eines Zugangs zur Ostsee und dessen Erhalt in der Zwischenkriegszeit gelegt wird.

2. Die geopolitische Besonderheit des Territoriums zwischen Nemirseta (Nimmersatt) und der Memel sowie dessen Bedeutung

Das Territorium, das seit der Pariser Friedenskonferenz Memelgebiet genannt wurde, hatte bis 1919 keine eigene Verwaltung, obwohl es immer eine geographische Einheit bildete, deren Bedeutung von verschiedenen Fakten abhing. Eine beständige geopolitische Konstante konnte es nur für Litauen haben. Da aber im Großfürstentum die „Ostorientierung" dominierte und sich die internationale Konjunktur im Westen vergleichsweise ungünstig gestaltete, konnte der Faktor Memel (Meer) nicht ausgenutzt werden, obwohl Anstrengungen in diese Richtung unternommen wurden. Die Kontrolle über die Küste und der „Blick nach Westen" hätten für die Entwicklung der litauischen Eigenstaatlichkeit von schicksalshafter Bedeutung sein können. Die Möglichkeit eines zweiten „autonomen" Fensters nach Europa hätte zweifellos die litauisch-polnischen Beziehungen wesentlich beeinflußt und vielleicht auch die gesamte weitere politische und kulturelle Orientierung des litauischen Staates.

Für die Deutschen besaß das Gebiet wechselnde Bedeutung. Zwischen dem 13. und 15. Jahrhundert war es als „Korridor" von höchster strategischer Wichtigkeit, um die Ostpolitik des Ordens abzusichern. Als die

---

9 Stasys Raštikis, Kario atsiminimai (Erinnerungen eines Soldaten). Bd. 1, Los Angeles 1956; M. Anysas, Kova dėl Klaipėdos. Atsiminimai 1927–1939 (Der Kampf um Klaipėda. Erinnerungen 1927–1939). Chicago 1978.

10 Pranas Čepėnas, Naujųjų laikų Lietuvos istorija (Neueste litauische Geschichte). Bd. 2, Chicago 1986.

Litauer diesen „Korridor" in der Höhe von Polangen durchbrachen und im Kampf um Schemaiten siegten, verringerte sich der Einfluß der Deutschen. Seit dem 16. Jahrhundert wandelte sich die politische Situation am Ostufer der Ostsee. Andere Länder wie Rußland, Polen oder Schweden zeigten jedoch nur sporadisches Interesse.

Seit dem Frieden vom Melnosee stellte das Territorium einen eigenartigen „Appendix" dar, der nach geopolitischer Logik früher oder später „herausoperiert" werden mußte. Aus diesen Gründen bestimmten strategische Faktoren das Geschick der Region. Deutschland betrachtete das Gebiet im Hinblick auf einen eventuellen Krieg mit Rußland als potentielle Beute des Feindes. Andererseits war auch Königsberg nicht an einem nahegelegenen wirtschaftlichen Konkurrenten zum eigenen Hafen interessiert. Diese Fakten bestimmten die Abgeschiedenheit und Zurückgebliebenheit des Landstriches und berechtigten voll und ganz zu der Bezeichnung „ostpreußische Achselhöhle". Die geringe Einschätzung des Wertes aus deutscher Sicht bezeugt auch die Tatsache, daß Bismarck unter bestimmten Bedingungen ein Abtreten der Region an Rußland vorgeschlagen hatte.[11]

Rußland betrachtete das Gebiet zwischen Nimmersatt und Memel als potentiellen Vorposten des Feindes mit einem bedeutenden strategischen Element: dem eisfreien Hafen. So sah man in St. Petersburg die Gegend als mögliches Schlachtfeld bei einem Krieg mit Deutschland. Rußlands permanentes Ziel war, das Gebiet zu isolieren, den Hafen möglichst klein zu halten und nicht zuzulassen, daß das Land als Aufmarschplatz für einen Angriff gegen Rußland genutzt werde.

Aus litauischer Sicht jedoch eröffnete das Gebiet umfassende Perspektiven; die historische Frage der litauischen Ost-West-Orientierung konnte gelöst werden und Litauen sich nach Westen wenden. Litauische Passivität andererseits hätte dazu geführt, daß Litauen noch jahrhundertelang in der Einflußsphäre des Ostens geblieben wäre.

3. Das Memelproblem in den neuzeitlichen politischen Zielsetzungen Litauens

Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts tauchte das Memelproblem in den politischen Zielen Litauens auf, als es um die Idee ging, Groß- und

[11] M. Šlaža, Klaipėdos krašto reikšmė Lietuvos valstybei (Die Bedeutung des Memellandes für den litauischen Staat), in: Naujoji Romuva Nr. 108 vom 22. Januar 1933, S. 77.

Kleinlitauen zu verbinden. Die Bewegung der nationalen Wiedergeburt, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Großlitauen entstand, bewies nicht nur große kulturelle, sondern auch politische Energie, die sich in mehrere Richtungen äußerte: dem Streben nach Autonomie (als Zwischenstufe zur Wiedererringung der Unabhängigkeit) und der Vereinigung der ethnographischen litauischen Gebiete zu einer politischen Einheit. Im Gegensatz zum ersten Ziel fand das zweite nicht überall Zustimmung.

Bei Beginn des Ersten Weltkrieges wurde klar, daß sich unabhängig davon, wer der Gewinner sein würde, die politische Landkarte Europas verändern würde. Beide Parteien, die im Osten Krieg führten, Rußland und Deutschland, hatten bezüglich Litauens ihre eigenen Zielsetzungen.

Rußland plante für den Fall des Sieges über Deutschland, seine Grenze an der Memel zu ziehen und eventuell noch einen Teil Ostpreußens auf der linken Memelseite zu beanspruchen. Dem russischen Ziel pflichtete auch der Bündnispartner Frankreich bei. Es ist interessant, daß die in den Plänen des russischen Generalstabs vorgesehene Grenze zu Deutschland durch Ostpreußen mit der Besiedlungsgrenze der Litauer in jenem Gebiet übereinstimmte.[12] Natürlich bedeutete das keinesfalls, daß Rußland dieses Territorium in Besitz nehmen wollte, um die litauischen Ländereien zu vereinigen, und noch weniger, sie zu einer selbständigen administrativen politischen Einheit zu verbinden. Rußland hielt seine territorialen Ziele am Ostufeer der Ostsee nicht geheim. 1914 wurde mit Kenntnis des Außenministeriums in Moskau eine Landkarte herausgegeben, in deren Kommentaren erklärt wurde, daß Rußland Ostpreußen mit Königsberg „anschließen" und „Ostpreußen bis zur Weichsel wieder russisches Gebiet werde".[13] Erklärungen des russischen Außenministers Sazonov sowie die Publikation ähnlicher Landkarten verhießen den litauischen Politikern wirkliche Hoffnung. So erhielt die Idee einer Vereinigung Groß- und Kleinlitauens eine neue Qualität. Die Integration von Memel als Hafenstadt und der übrigen ostpreußischen, von Litauern bewohnten Gebiete wurde untrennbarer Bestandteil des politischen Programms zur Wiederherstellung des litauischen Staates. Die litauischen Politiker bemühten sich, den für sie günstigen Moment zu nutzen, da ihr Streben,

---

[12] Predpoloženije gen. Želinskogo o buduščej granice s Germanijei (Vorschlag des Generals Želinski über die künftige Grenze zu Deutschland), in: Russisches innenpolitisches Archiv. Geheimarchiv. Op.467, D.580/625, S. 74 (die Angabe stammt aus einem unveröffentlichten Manuskript des Historikers Raimundas Lopata).

[13] K. Rosen-Zawadski, Karta buduszej Europy (Karte des künftigen Europa), in: Studia z dziejów ZSSR i Europy Srodkowej 8 (1972), S. 141-144.

beide Volksgruppen zusammenzuführen, bis zu einem gewissen Punkt mit den Plänen der russischen Regierung übereinstimmte. Im August 1914 wurde im Namen der Wilnaer Litauer die sogenannte „Bernsteindeklaration" verfaßt, die der Dumaabgeordnete Martynas Yčas der russischen Regierung, der obersten Heerführung und den ausländischen Gesandten in St. Petersburg überreichte. In dieser Deklaration verlieh man der Hoffnung Ausdruck, daß Rußland im Falle eines Sieges Kleinlitauen von Deutschland erhalten und es mit Großlitauen vereinigen werde.[14]

Yčas' Forderungen in der Duma bezüglich einer Verbindung von Klein- und Großlitauen zu einer Einheit im russischen Verband kann man als taktischen Schritt interpretieren (was er sicherlich auch war), der in der Hoffnung getan wurde, daß man später über eine litauische Autonomie reden könne. Es läßt sich anschaulich verfolgen, daß die Idee mit fortschreitender Zeit immer mehr in praktische Nähe zu rücken schien. Yčas war in dieser Angelegenheit auch 1916 aktiv, als er gemeinsam mit dem Pfarrer J.S. Vasilčikov bei Sazonov intervenierte und die russische Regierung aufforderte, sich um den Hafen von Memel zu bemühen. Sazonov versprach, die Memelfrage in das russische Kriegszielprogramm einzubeziehen.[15]

Durch die deutsche Besatzung mußten die litauischen Politiker mit neuen Realitäten rechnen, weswegen sie sich aus taktischen Gründen nur sehr vorsichtig über die zukünftigen Grenzen eines litauischen Staates äußerten. Die kleinlitauischen Vertreter hingegen, die bis zum Beginn der Kämpfe Deutschland sehr wohlgesonnen waren, schwiegen oder bekundeten „dem Kaiser ihre ewige Treue und Gehorsam".[16] Deswegen wurden die territorialen Forderungen häufiger im Exil erhoben, obwohl in den meisten Manifesten der Emigrantenorganisationen bis 1917 auch nur über die Notwendigkeit der Vereinigung von Groß- und Kleinlitauen gesprochen wurde, ohne Memel direkt zu erwähnen.

1917 veränderte die Lage an der Front die Situation. Im August und September fanden zwei besonders wichtige litauische politische Konferenzen statt, in deren Beschlüssen die Territorialansprüche wie folgt formuliert wurden: „Litauen benötigt zu seiner freien Entfaltung (...) einen Staat in seinen ethnographischen Grenzen, der für die Entwicklung des Wirtschaftslebens die nötigen Verbesserungen bringt." Was bedeuteten im

---

14 Martynas Yčas, Atsiminimai. Nepriklausomybės keliais (Erinnerungen. Auf den Wegen der Unabhängigkeit). Bd. 1, Chicago 1991, S. 229; Bd. 2, Chicago 1991, S. 236.

15 Valsonokas, Klaipėdos (wie Anm. 1), S. 390.

16 Klimas, Iš atsiminimų (wie Anm. 8), S. 342.

damaligen litauischen politischen Verständnis „ethnographische Grenzen" und „nötige wirtschaftliche Verbesserungen"? Unter anderem sollte damit klargemacht werden, daß die Litauer Kleinlitauen und einen Hafen, also Memel, für sich beanspruchten.

Die erste namentliche Forderung nach einem litauischen Hafen wurde in den Beschlüssen der litauischen Konferenz von Bern (2.-10.11.1917) festgehalten. Dennoch findet sich der Name Memel dort nicht. Das ist jedoch unschwer zu erklären, da einige Teilnehmer aus dem deutsch besetzten Litauen angereist waren und dorthin zurückkehren wollten. Aber hätte noch jemand gefragt, wo die Litauer denn einen Hafen finden wollten, hätte er nur die Zeitung „Pro Lithuania", herausgegeben vom litauischen Informationsbüro in Lausanne, lesen zu brauchen, in deren Nummer 7 aus dem Jahre 1918 über den „litauischen Hafen Memel" geschrieben wurde!

4. Im Vorfeld der Friedenskonferenz

Das Ende des Ersten Weltkrieges, die deutsche Niederlage, die Revolution in Rußland und die Wiederbegründung des polnischen und des litauischen Staates schufen eine völlig neue Situation in der baltischen Region sowie in ganz Europa. Gleichzeitig veränderte sich auch das litauische politische Programm. Ein Zugang zum Meer, der sich nur über Memel oder Libau realisieren ließ, wurde lebensnotwendig. Im Hinblick auf die lettische Staatsgründung entfiel die zweite Variante. Die Niederlage Deutschlands und seine „Bestrafung" durch den Versailler Friedensvertrag eröffneten Litauen eine reale Perspektive, das nun von Ostpreußen abgetrennte Gebiet zu beherrschen.

Die litauischen Territorialansprüche waren auch der deutschen Besatzungsmacht bekannt. In den Jahren 1918–1919 kam es wegen der litauischen Aspirationen mehrmals zu ernsthaften Konflikten zwischen den Litauern und dem Generalbevollmächtigten des Reiches Zimmerle. Im Sommer 1919 schrieb Zimmerle in einem Bericht nach Berlin, daß „wegen der (litauischen) Agitation und Bekenntnisse zu dieser Frage in der litauischen Presse bei der litauischen Regierung mehrfach scharfer Protest eingelegt wurde. Die litauische Regierung hat auf diese Vorwürfe stets erklärt, daß sie die Propaganda in Preußisch-Litauen beseitigt (...) Dennoch war die litauische Politik in dieser Hinsicht nie offen. Ungeachtet der Erklärungen der litauischen Regierung sind deren Emissäre in Paris und London tätig, damit ihnen das deutsch-litauische Gebiet zurückerstattet werde (...)".[17] Deutschland gebrauchte verschiedene Mittel, so auch öko-

nomischen Druck, um Litauen von seinen Ansprüchen auf einen Teil Ostpreußens abzubringen. Als die litauische Regierung im Frühjahr 1919 in Berlin um einen Kredit bat, wurde ihr mitgeteilt, daß die Deutschen nur dazu bereit seien, wenn „die litauische Regierung erklärt, daß sie nicht beabsichtigt, deutsche Territorien, d.h. Preußisch-Litauen, anzuschließen (...) und keinen Vertrag mit Polen gegen deutsche Interessen abzuschließen".[18]

Die litauische Regierung glaubte lange Zeit, daß der „Schlüssel zu Memel" in London und Paris liege. Darum ist es nicht verwunderlich, wenn man besonders Anfang 1919 mit der Pariser Friedenskonferenz größte Hoffnungen verband, von der man sich nicht nur internationale Anerkennung, sondern auch ein umfangreiches Gebiet am linken Memelufer versprach. Die litauische Delegation trug ihre Ansichten am 24. März 1919 in einer Note an den Vorsitzenden der Friedenskonferenz vor. In diesem Dokument wurde nicht nur das Memelland, sondern auch ein beträchtlicher Teil Ostpreußens gefordert. Litauen erhob Anspruch auf 125 000 km² mit sechs Millionen Einwohnern, davon 6 700 bis 10 000 km² ostpreußisches Territorium, in dem etwa 400 000 bis 500 000 Menschen lebten, von denen laut offiziellen Statistiken nur etwa 100 000 Litauer waren. Diese Maximalforderungen erschienen längst nicht allen als irreal. Die Delegation der Vereinigten Staaten war bereit, Litauens Ansprüche auf 132 000 km² mit 6,1 Millionen Einwohnern als gerechtfertigt anzuerkennen.[19] Bezüglich der litauischen Forderungen in Ostpreußen meinten die Amerikaner, daß die litauische Grenze 15 km oder noch weiter südlich der Memel verlaufen sollte. So wären Litauen von der gesamten Fläche Kleinlitauens mit 11 400 km² etwa 4 500 km² zugefallen. Diesen Plan bewerteten die Amerikaner als Kompromißvariante, zeigten jedoch keinerlei Initiative, was seine Realisierung anging.

Zur Verwirklichung der territorialen Ansprüche bemühte sich die litauische Delegation in Paris, die „kleinlitauische Karte" als höchsten Trumpf

---

17 E. Zimmerle, Memorandum „Apie Vokietojos reicho generalinino igaliotinio Lietuvai politini darba nuo 1918 m. lapkričio mėn. iki 1919 m. birželio mėn." (Memorandum „Über die politische Arbeit des Generalbevollmächtigten des Deutschen Reiches für Litauen von November 1918 bis Juni 1919"), in: Lietuvos istorijos metraštis. 1974. Vilnius 1976, S. 121-125. [Bei dem Zitat handelt es sich um eine Rückübersetzung, d. Red.]

18 1919.05.08. J. Purickio pranešimas iš Berlyno (Mitteilung von J. Purickis aus Berlin vom 8.5.1919). Lietuvos Valstybinis archivas (Litauisches Staatsarchiv) (LVA), F. 383, Ap. 7, B. 9, S. 3.

19 D.H. Miller, My Diary of the Conference at Paris with Documents. Vol. 4., New York 1924, S. 226.

auszuspielen, und zwar um so mehr, als die litauische politische Bewegung zu jener Zeit unter dem Einfluß der Revolution in Deutschland und endlich der großlitauischen Ermahnungen ledig am linken Memelufer schon äußerst aktiv geworden war.[20] Am 8. April 1919 sandte der litauische Delegationsleiter Augustinas Voldemaras dem Vorsitzenden der Pariser Konferenz ein Memorandum des Nationalrates der preußischen Litauer (verfaßt am 6. Februar 1919 in Tilsit), in dem der von Litauern besiedelte Teil Ostpreußens dargestellt war (vom Südufer des Kurischen Haffs bis etwa zur Pregellinie) und die Bitte um Vereinigung des Gebietes mit Litauen ausgesprochen wurde. Am 12. April wandte sich die litauische Delegation an Marschall Foch mit dem Ansinnen, Litauen noch vor der allgemeinen Konferenzentscheidung den Unterlauf der Memel und den Hafen von Memel zur freien Verfügung zu übergeben. Am 2. Mai überreichte die litauische Delegation noch ein Kommuniqué über die mögliche litauische Grenze mit Polen und Deutschland.

Die Tätigkeit der litauischen Delegation hatte auf die Beschlüsse der Konferenz keinen großen Einfluß, da die Staaten der Entente Litauen nicht ernsthaft als staatliche Einheit betrachteten, sondern eher für eine lebensunfähige Erfindung hielten. Die für Litauen wichtigen Beschlüsse der Pariser Friedenskonferenz wurden von Kräften bestimmt, deren Zielen eine litauische Staatsgründung nicht nur zuwiderlief, sondern geradezu im Wege stand. Diese Kräfte waren Frankreich und sein Protegé Polen. Bei einer Bewertung der Tätigkeit der litauischen Delegation in Paris sollte hinsichtlich des Anschlusses von Memel sowie der kleinlitauischen Gebiete linksseitig der Memel andererseits berücksichtigt werden, daß den Territorialforderungen hauptsächlich taktische Berechnungen zugrunde lagen. Durch die Gebietsforderungen hoffte Litauen auf internationaler Ebene schneller aus der Objekt- in die Subjektrolle gelangen zu können und so die gewünschte Anerkennung der Unabhängigkeit zu erhalten.

---

[20] Am 16. November 1918 fand in Tilsit eine Versammlung von Kleinlitauern statt, die einen Nationalrat der preußischen Litauer wählten, durch den die kleinlitauische politische Bewegung nun angeführt wurde. Am 30. November veröffentlichte der Rat einen Aufruf, daß die Litauer Kleinlitauens nach dem von Präsident Wilson ausgerufenen Selbstbestimmungsrecht der Völker den Wunsch hätten, sich an Großlitauen „anzulehnen". Am 25. April 1919 fand in Tilsit eine Versammlung des Nationalrats der preußischen Litauer statt, auf der Richtlinien für die politische Betätigung der Kleinlitauer festgelegt wurden. Dabei wurde auch die erste Vereinigung zur Verteidigung litauischer Interessen gegründet. Die gesamte Tätigkeit hatte die Vereinigung mit Litauen zum Ziel. Übrigens sollte die Arbeit nach Beginn der Friedenskonferenz auch die Territorialansprüche der litauischen Delegation in Paris unterstützen.

Es sei angemerkt, daß Litauen während der Konferenz Polens Unterstützung in der Memelfrage erwartete. Natürlich hatte Warschau eigene Überlegungen angestellt. Polen strebte die Abtrennung des Memelgebietes von Deutschland und den Anschluß an Litauen für den Fall an, daß zwischen Litauen und Polen „organische Verbindungen" hergestellt würden; bis zur endgültigen Klärung des litauischen Status sollte das Gebiet Kondominium der Entente sein. Die Entente-Staaten hatten gegen den polnischen Vorschlag nichts einzuwenden. Jeder von ihnen war mit seinen Problemen beschäftigt: die Franzosen wollten aufgrund ihrer strategischen Interessen Polen stärken, die Engländer waren, welch seltener Fall, bereit, die Franzosen in dieser Frage zu unterstützen, und die Amerikaner verhielten sich in der Angelegenheit völlig indifferent. Diese episodische, wenn auch für die litauischen nationalen Interessen wichtige Haltung Polens in der Memelfrage war kein Paradoxon, sondern ein bewußtes Vorgehen im Rahmen der polnischen Konzeption zur Verteidigung der eigenen Staatsinteressen. Ein Paradoxon besteht allerdings darin, daß der Friedensvertrag von Versailles in dieser Angelegenheit letzten Endes nicht Polen nützte, sondern dem im Vertrag unterbewerteten Litauen.

Der Protest der deutschen Delegation gegen die Abtrennung des Memellandes bewirkte keinen Meinungsumschwung der Entente-Staaten. Im Gegenteil provozierte er eine scharfe Antwort des Vorsitzenden der Konferenz Georges Clemenceau vom 16. Juni 1919, in der es hieß, daß die Staaten der Entente nicht der Meinung seien, daß die Abtrennung des Memellandes dem Selbstbestimmungsrecht der Völker widerspreche, da dieses Gebiet „immer litauisch war. Die Tatsache, daß die Stadt Memel selbst deutsch ist, rechtfertigt in keiner Weise das Verbleiben des ganzen Gebietes unter deutscher Hoheit, insbesondere da der Memeler Hafen Litauens einziger Zugang zur See ist. Es ist bestimmt worden, daß Memel und das benachbarte Gebiet den alliierten und assoziierten Mächten überlassen wird, da die Rechtsverhältnisse der litauischen Territorien noch nicht endgültig sind", heißt es in dem Dokument.[21] Nach dieser Antwort

[21] Robinzonas, Klaipėdos (wie Anm. 5), Bd. 1, S. 24. Nach Ansicht der litauischen Regierung hatte der Brief von Clemenceau, der im Namen der Entente-Staaten verfaßt war, einen großen juristischen Wert, da er eine authentische Interpretation des Art. 99 des Versailler Friedensvertrages gab. Aus ihm geht hervor, daß die Abtrennung des Memellandes von Deutschland zwei Gründe hatte: einen nationalen und einen ökonomischen (Litauens einziger Zugang zum Meer). So wurde die Abtrennung nicht allein durch das ethnische Prinzip bestimmt, denn damals herrschte noch die Überzeugung, ein Staat ohne Zugang zum Meer könne nicht existieren. Die beiden Prinzipien führten logisch zur Einbindung des Gebietes in den litauischen Staatsverband und berechtigten ihn, diese Einbindung zu fordern. So entstand das juristische

Clemenceaus auf den deutschen Protest konnten die litauischen Politiker ihr Sektglas erheben, obwohl noch ein langer und schwerer Kampf bevorstand.

5. Antanas Semtona: „Ohne *de facto* auch kein *de jure*!"

Mit der Abtrennung des Memellandes von Deutschland eröffnete sich Litauen anscheinend eine reale Perspektive für einen Zugang zum Meer. Dennoch mußten vorher zwei komplizierte Aufgaben angegangen werden: zum einen die Anerkennung der Unabhängigkeit *de jure,* zum anderen Widerstand im harten Konkurrenzkampf mit Polen, das sich, ungewiß über die Zukunft Danzigs und Frankreichs Unterstützung, vorsichtshalber noch an einem zweiten Zugang zur Ostsee interessiert zeigte. Die antideutschen Tendenzen in der französischen Außenpolitik und Litauens Möglichkeiten, sein angestrebtes Ziel zu verwirklichen, konterkarierten einander. Einerseits war die Abtrennung des Memellandes von Deutschland durch den Frieden von Versailles nur infolge dieser Tendenzen möglich; andererseits unterstützte und motivierte Frankreich, das Deutschland in die „Zange" nehmen wollte, seinen neuen Bündnispartner Polen, sich an der Ostsee entlang nach Memel vorzuschieben und so Ostpreußens Einschließung zu vollenden. Der polnische Akzent der französischen Ostpolitik wirkte sich auf die internationale Situation Litauens wie auch auf das litauische Bestreben, Memel zu erhalten, sehr ungünstig aus.

Mit Blick auf die reale Lage verließen sich die litauischen Politiker nicht ausschließlich auf die Beschlüsse des Versailler Friedensvertrages und den guten Willen der Alliierten. Gleichzeitig versuchten sie, die Frage des Zugangs zum Meer auch in Berlin zu klären. Schon im Sommer 1918, als die Unabhängigkeit Litauens noch rein formell war, reiste eine Delegation der litauischen Taryba (Antanas Smetona, Juozas Purickis, Martynas Yčas sowie Konstantinas Olšauskas) zu dem damals designierten litauischen

Fundament der litauischen Territorialansprüche auf das Gebiet, wodurch gleichzeitig auch die Ansprüche einiger anderer Entente-Staaten verneint wurden. Bezüglich der juristischen Form der Einbindung des Memelgebietes in den litauischen Staatsverband waren neben den bereits erwähnten Prinzipien keine weiteren Bedingungen außer der des litauischen Status vorgegeben. Das bestätigten auch andere Dokumente. So unterstrich eine öffentliche Erklärung, die vom französischen Parlamentsabgeordneten Charles Benoist im Namen der Überprüfungskommission des Versailler Friedensvertrages am 6. August 1919 im Parlament vorgetragen wurde, daß die Entscheidung zur Memelfrage vorläufig sei und die Entente-Staaten das Gebiet als Mandat erhielten, bis die Frage bezüglich der Anerkennung Litauens geklärt sei.

König, Herzog von Urach, und traf sich bei einem Zwischenaufenthalt in Berlin mit dem deutschen Außenminister Admiral von Hinze. Bei diesem Treffen warfen die Delegationsmitglieder auch die Frage nach Memel auf. Der Reichsminister erklärte, daß er nach der Einigung über die Konventionen und andere grundlegende bilaterale Prinzipien zur Zusammenarbeit beider Staaten keine unüberwindbaren Hürden sähe, daß man Memel zum litauischen Hafen erklären könne. Er bezweifle nicht, daß man irgendeine Form des Kondominiums finden werde. Gleichzeitig gab er zu bedenken, ob es sich für Litauen überhaupt lohne, „so ein Fischerdorf auszubauen, da es doch ein leichtes sei, für den internationalen Handel die Häfen in Königsberg und Pillau, die übrigens sehr daran interessiert seien, mitzubenutzen". (Zitat rückübersetzt, d. Red.) Bei der Zusammenkunft mit von Urach in Freiburg warf „Mindaugas II." selbst die Frage nach dem Hafen von Memel auf und informierte die litauische Delegation, daß seines Wissens nach die Reichsregierung den Litauern Memel unter „bestimmten Bedingungen abtreten werde (...)".[22] Wenn man den Inhalt der Konventionen kennt, kann man sich leicht vorstellen, welchen Nutzen Litauen gehabt hätte, zu solchen Bedingungen den Hafen zu bekommen.

Auch später verbargen die litauischen Politiker im direkten Umgang mit den Vertretern Deutschlands nicht ihr Begehren bezüglich des Memellandes. In der Schlußphase der in Berlin stattfindenden Verhandlungen mit Deutschland wurde im Februar 1919 über Insterburg, Tilsit und Memel gesprochen. Sleževičius bestand darauf, daß dieses Thema ein „Erbe der preußischen Litauer ist, also auch in deren Entscheidung liegt". Dem deutschen Außenminister Brockdorff-Rantzau gegenüber bekannte er offen: „Wir brauchen die Memel, Memel und den Zugang zum Meer. In welcher Form das geschieht, ist Angelegenheit der Konferenz (...)".[23]

Bald nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles unternahm die litauische Regierung konkrete Schritte, um ihren Anspruch auf das Memelland zu verdeutlichen. Im Herbst 1919 wurde in dem Gesetz zu den Wahlen des Gründungsseimas festgelegt, daß die preußischen Litauer (wobei nicht präzisiert wurde, ob es sich hierbei um alle Bewohner Kleinlitauens oder nur um die des Memellandes handelte) ihre Vertreter für den Seimas nach den gleichen Prinzipien wählen, auch wenn ihnen ein anderes Wahldatum zufallen könnte. Diese Festlegung des Ge-

---

[22] Martynas Yčas, Recenzija R. Valsonoko knygai (Rezension von R. Valsonokas' Buch), in: Vairas (1932), Nr. 11, S. 252 ff. [Bei dem Zitat handelt es sich um eine Rückübersetzung, d. Red.]

[23] M. Sleževičiaus pranesimas iš Berlyno [be datos] (Mitteilung von M. Sleževičius aus Berlin [ohne Datum]). LVA, F. 923, Ap. 1, B. 40, S. 342.

setzes war prinzipieller Natur und sehr symptomatisch. Es war der erste Staatsakt Litauens, bei dem das Memelland als Teil des litauischen Staatsterritoriums behandelt wurde. Mit anderen Worten: Durch das Wahlgesetz wurde der Anschluß des Gebietes an den litauischen Staat deklariert, da an den Wahlen zum Seimas nur Bürger eines Staates teilnehmen konnten. Das Wahlgesetz wurde am 30. Oktober 1919 angenommen, also zu einer Zeit, als in völkerrechtlicher Hinsicht das Memelland nicht zu Litauen gehörte und Litauen selbst noch nicht als Subjekt internationaler Beziehungen anerkannt war. So wurde das Memelland nach konstitutionellem Recht (nicht nach Völkerrecht!) aufgrund der Verkündung dieses Gesetzes ein territorialer Bestandteil des litauischen Staates, der zeitweise besetzt war. Nach litauischem Recht bestand das Memelproblem Ende 1919 nicht mehr darin, das Gebiet zu erwerben, sondern es wiederzubekommen.[24]

Am 20. März 1920 kooptierte der litauische Staatsrat die Mitglieder des Nationalrates der preußischen Litauer. Während der Zeremonie geriet die Erklärung des litauischen Premierministers Ernestas Galvanauskas zu einer eigenen politischen Demonstration, als er mitteilte, daß die Teilnahme der Vertreter der Entente-Staaten an der Feierlichkeit nichts anderes bedeute als ihre Zustimmung zum Anschluß von Kleinlitauen an Großlitauen. Auch der französische Oberst Cohendet, der aus Elsaß-Lothringen stammte, begrüßte in seiner Rede „die Vereinigung der beiden Schwestern (...)".[25]

Man begnügte sich nicht mehr mit Erklärungen und Deklarationen. Am 8. November 1921 übergab die sozialdemokratische Fraktion der Regierung eine Interpellation bezüglich Memels. In der Antwort darauf befürwortete der litauische Außenminister Juozas Purickis den Anschluß Memels mit einem autonomen Status an Litauen. Diese Resolution hatte allerdings nur konstitutionellen Charakter und konnte daher das Problem nicht grundlegend lösen. Diese und ähnliche Handlungen besaßen eher symbolischen, aber keinen juristischen Wert. Völkerrechtlich gesehen konnten einseitige Handlungen Litauens keinerlei Recht schaffen. Dennoch wurde so die Meinung im Land wie auch außerhalb der Grenzen geformt. Gleichfalls demonstrierte man Entschlossenheit, die Memelfrage so oder so zu lösen.

Die Jahre 1920 und 1921 brachten keine Veränderung, obwohl das Problem selbst eine neue Qualität erlangte. Zu jener Zeit galten die Ostgren-

---

[24] Im „Wahlgesetz zum Seimas" von 1922 wurden keine preußischen Litauer oder das Memelland als Staatsgebiet erwähnt.

[25] Klimas, Iš atsiminimų (wie Anm. 8), S. 350.

zen Litauens als wichtigstes außenpolitisches Thema, wodurch die Memelfrage etwas in den Hintergrund rückte, sich aber zugleich eine Perspektive zu ihrer Lösung auftat. Seit März 1920 wurden die litauischen Interessen im Memelland durch eine Militärmission (später durch eine Vertretung) unter der Leitung von Hauptmann Leopoldas Dymša vertreten. Der Posten diente nicht nur der Wahrung litauischer Staatsinteressen, sondern auch der Sorge für Angelegenheiten der Litauer des Gebietes. Damit verbunden war auch eine andere, subtilere Aufgabe, nämlich die Verbreitung prolitauischer Propaganda und die Vorbereitung für den Anschluß an Litauen. Die litauische Regierung sparte dabei nicht an Geld, obwohl ihre finanziellen Möglichkeiten zu jener Zeit sehr beschränkt waren.

Die Idee des Anschlusses Memels an Litauen lag also ständig in der Luft; sie wurde im Seimas, in Regierungskreisen und in gesellschaftlichen Organisationen beraten. Die erste reale Gelegenheit zur Einnahme der Stadt ergab sich Mitte März 1920, als in Deutschland der Kapp-Putsch stattfand. Gerüchten zufolge sollten die Putschisten auch ins Memelland einmarschieren, und General Odry war bereit, Polen oder Lettland um Hilfe zu ersuchen, als einige memelländische Litauer der litauischen Regierung vorschlugen, die günstige Gelegenheit zu nutzen und Militär nach Memel zu schicken. Das litauische Außenministerium stimmte den Empfehlungen zwar nicht zu, aber dennoch wurden Vorbereitungen für einen eventuellen Einmarsch von litauischen Militäreinheiten ins Memelland getroffen.[26] Doch die internationale Lage zeigte sich nicht günstig für ein derartiges Vorgehen.

1922 veränderte sich die Situation. Langsam zeigten sich Konturen einer permanenten Lösung der Frage, die sehr ungünstig für Litauen waren, da Polen, durch Frankreich unterstützt, versuchte, seine Stellung in dem Gebiet zu stärken. In einer ersten Phase nutzte Polen die Unterstützung der französischen Verwaltung und das deutliche Übergewicht seines ökonomischen Potentials, um eine dominierende Position im Gebiet zu beziehen und später die *de facto*-Kontrolle in eine *de jure* umzuwandeln. Dafür waren anscheinend alle Bedingungen vorhanden: Litauen erschien zu schwach, um sich der Entwicklung entgegenzustellen (frühere Erfahrung mit Litauen, d.h. die völlige Inaktivität sämtlicher internationaler Institutionen anläßlich litauischer Territorialforderungen, stimmte Polen optimistisch), die Sowjetrussen und Deutschen hatten anscheinend genug eigene Probleme, um eine Realisierung des Planes zu behindern. In allen drei Punkten sollte sich Polen empfindlich irren.

---

[26] Žiugžda, Po (wie Anm. 7), S. 73.

Dennoch mußte vor den für Litauen schicksalshaften Ereignissen noch ein äußerst wichtiges Dilemma gelöst werden. Im Frühjahr 1922 bot Großbritannien der litauischen Außenpolitik eine eigene Lösungsvariante an. Im Gegenzug für die faktische Anerkennung, die Übergabe Memels zu „speziellen Bedingungen" und finanzielle Unterstützung sollte Litauen auf seine Rechte an Wilna verzichten. Der Vorschlag fand Anhänger und wurde ernsthaft erwogen, wobei nach dem Grundsatz „Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach" verfahren wurde. Aber die politische Lage in Litauen stellte sich so dar, daß jede Regierung — welcher Couleur auch immer —, die auf Wilna verzichtet hätte, binnen Stunden gestürzt worden wäre. Sprengstoffladungen unter dem Schlafzimmerfenster von Premierminister Galvanauskas, der das Hyman-Projekt erwog, waren ein beredtes Zeichen. Und überhaupt, was bedeutete „spezielle Bedingungen"? Das litauische Außenministerium konnte sich des Gedankens nicht erwehren, daß das einem Wilnaanschluß nach Hymans Plan ähneln würde. Am 30. März 1922 beurteilte der Direktor der politischen Abteilung des litauischen Außenministeriums, Bronius Kazys Balutis, in einem Brief an den litauischen Gesandten in London, Tadas Naruševičius, die versprochene Anerkennung wie folgt: „(...) faktische Anerkennung, gleichzeitig eine Hand (Wilna) völlig abgehackt, die andere (Memel) durch spezielle Bedingungen gelähmt, hätte nicht viel reale Bedeutung (...)"[27] So entschied man, daß die Nachteile größer waren als die Vorteile. Der deutsche Vertreter in Kaunas, Schönberg, war über den britischen Vorschlag sehr beunruhigt und wandte sich deswegen sogar an das litauische Außenministerium. Dort wurde ihm lakonisch geantwortet: „Von solchen Tauschaktionen kann gar keine Rede sein: uns gehören beide Territorien!"[28] Immerhin scheint es, daß die englische Initiative und die Möglichkeit, bei der Lösung der Memelfrage ins Abseits zu geraten, Berlin zu mehr Aktivitäten bewog, was konkret bedeutete, Litauen im Entscheidungsfall mehr zu unterstützen.

In der nun entstandenen Situation mußte sich die litauische Regierung entscheiden: Entweder blieb man passiv und wartete auf die Entscheidung der Entente, die möglicherweise für Litauen ungünstig ausfiel, oder man startete eine Aktion in Memel. Zur gleichen Zeit, etwa 1922, verstärkte sich in Litauen die Tendenz, eine Unterstützung zur Lösung des Memelproblems nicht in London oder Paris zu suchen, sondern zuallererst in Berlin und eventuell in Moskau. Diese Veränderung der politischen

---

[27] LVA, F. 383, Ap. 7, B. 134, S. 113.

[28] 1922.04.25. V. Jurgučio pokalbio su Schönberg'u. Pro memoria (V. Jurgutis' Gespräch mit Schönberg vom 25.4.1922. Pro Memoria). LVA, F. 838, Ap. 7, B. 283, S. 57.

Orientierung bedeutete im Fall Memel, daß die litauische Regierung die zweite Alternative wählte.

Anfang 1922 wurde Hauptmann Dymša nach Kaunas zurückgerufen, und der energische Jonas Žilius nahm seinen Platz ein. Kaum hatte er sein Beglaubigungsschreiben dem französischen Statthalter Petisné am 11. Januar überreicht, als er schon in einem Bericht vom 13. Februar Kaunas empfahl, die bewaffnete Einnahme Memels vorzubereiten. Er forderte, unverzüglich konkrete Operationspläne auszuarbeiten, den Grenzwachen die entsprechende Zahl an Soldaten zur Verfügung zu stellen, etc. Seiner Meinung nach gab es für Litauen in der entstandenen Situation keinerlei Alternative zu einer solchen Aktion.[29] In Kaunas berücksichtigte man die Empfehlungen, erwog verschiedene Möglichkeiten, so auch die, das Memelland mit bewaffneten litauischen Kräften einzunehmen. General Silvestras Žukauskas war der Ansicht, daß bei einem Einsatz regulärer Truppen das Memelland innerhalb von 24 Stunden besetzt werden könne.[30]

Doch die Zeit war noch nicht gekommen, um eine Aktion in dieser Weise durchzuführen, weswegen das Außenministerium den Vorschlägen von Žilius nicht zustimmte. Übrigens gab man in Kaunas immer noch einer diplomatischen Lösung den Vorzug. Es ließ sich unschwer vorstellen, daß bei einem litauischen Vorgehen in Memel Frankreich und Polen eine äußerst negative Haltung einnehmen würden. Die Frage war nur, wie weit ihr Widerstand reichen würde. Was die Haltung Großbritanniens anging, hatte die litauische Regierung Grund zu der Annahme, daß sie nicht definitiv negativ sein würde. London hatte mehrmals den litauischen Diplomaten zu verstehen gegeben, daß es keine Einwände gegen eine Übergabe Memels an Litauen habe.

Um eine eventuelle Reaktion Frankreichs und Polens bestmöglichst neutralisieren zu können, benötigte Litauen Bündnispartner. Der Blick der Regierung richtete sich auf Deutschland und Sowjetrußland. Dies waren die einzigen Staaten, die, so meinte man in Kaunas, aus ihrer eigenen Interessenlage heraus Litauen im Kampf um Memel unterstützen konnten. So drängten Franzosen und Polen quasi Litauen in die offenen Arme Moskaus und Berlins und versuchten dabei überdies (besonders Polen), Litauen einer provokanten und prosowjetischen Orientierung zu bezichtigen.

---

[29] 1922.02.13. J. Žiliaus laiškas Užsienio reikalų ministrui Vladui Jurgučui (Brief von J. Žilius an den Außenminister Vladas Jurgutis vom 13.2.1922). LVA, F. 383, Ap, 7, B. 424, S. 152 f.

[30] Alfred Erich Senn, Die Besetzung Memels im Januar 1923, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 10 (1965), S. 334-352.

Worauf stützte sich die Hoffnung auf die beiden Nachbarstaaten? In Kaunas glaubte man, daß Deutschland unter zwei Übeln das kleinere wählen werde und Berlin daran interessiert sei, daß eine Lösung der Memelfrage auf der litauischen Konzeption und nicht der polnischen beruhen werde. Die deutsche Einstellung spiegelte sich in der deutschen Presse schon seit 1921 wider.[31] Geheime Konsultationen deutscher und litauischer Vertreter begannen schon im Frühjahr 1922 und fanden auf verschiedenen Ebenen statt.

Die Initiative zu Kontakten auf Staatsebene ging von deutscher Seite aus. Am 22. Februar 1922 teilte der litauische Vertreter in Deutschland, Viktoras Gailius, Kaunas mit, daß ihm halb offiziell, halb geheim mitgeteilt worden sei, die deutsche Regierung blicke mit Wohlwollen auf Litauen und würde ihm gerne das Memelland überlassen, damit Frankreich von dort vertrieben werde. Gleichzeitig gab man Gailius zu verstehen, daß Deutschland diese Haltung niemals öffentlich vertreten werde. Die Fortsetzung der Gespräche fand in Kaunas statt. Am 25. April besuchte der deutsche Gesandte in Litauen, Schönberg, Jurgutis und bekräftigte ihm gegenüber, daß die Memelfrage in der nächsten Zukunft entschieden werde. „Der Anschluß des Memellandes an Litauen wird auf deutscher Seite keinen Widerstand finden", versicherte er. Gleichzeitig merkte der Gesandte an, daß die deutsche Regierung gerne eine Versicherung dafür hätte, daß die deutschen Kultur- und Wirtschaftsrechte im Memelland garantiert würden. Jurgutis erinnerte Schönberg daran, daß der litauische Seimas im Herbst 1921 die kulturelle und wirtschaftliche Autonomie des Memelgebietes verkündet habe, woraufhin der Gesandte erwiderte, daß die deutsche Regierung einen deutlicheren Akt wünsche. Schönberg bekräftigte, daß Berlin eher um die „kulturelle als die territoriale Autonomie besorgt sei". Er empfahl folgende Prozedur: Deutschland würde sich mit einem speziellen Schriftstück an die litauische Regierung wenden und diese gäbe dann schriftlich eine Garantie für den autonomen Status des Memellandes.[32] Jurgutis durchschaute unschwer den Sinn des Vorschlages: Berlin wollte das Problem in ein bilaterales verwandeln und beanspruchte für ein Territorium, das juristisch gar nicht mehr zum Deutschen Reich

---

31 Am 27.10.1921 schrieb die „Germania", es gebe keinen anderen Weg als eine kantonale Unabhängigkeit des Memellandes von Litauen. Die Königsberger Allgemeine Zeitung (Nr. 449 vom 24. September 1922) war der Ansicht, daß die deutsche Regierung in Kaunas entsprechende Maßnahmen in Gang gesetzt, ihr völliges Desinteresse an Memel bekundet und den Forderungen der litauischen Regierung nach dem Gebietsanschluß beigepflichtet habe, etc.

32 1922.04.25. V. Jurgučio Pro memoria (V. Jurgutis' Pro memoria vom 25.4.1922). LVA, F. 383, Ap. 7, B. 283, S. 57.

gehörte, Garantien. Damit reservierte sich Berlin das Recht, in Zukunft Litauens Handlungen im Gebiet zu bewerten. Jurgutis erklärte, daß er die Deklaration des Seimas bezüglich des Autonomiestatus für ausreichend halte. In einem Gedächtnisprotokoll, das er sofort nach dem Treffen anfertigte, schrieb Jurgutis: „Die Deutschen wollen uns in einen Kontrakt wegen des Memellandes einwickeln, aber sie haben jetzt keine Stimme über das Schicksal des Landes und werden sie auch in Zukunft nicht haben."[33]

Dennoch schätzte Jurgutis die Situation nicht völlig richtig ein. Im Herbst 1922 wurde vollkommen klar, daß Litauen nur durch entschiedenes Handeln und deutsche Unterstützung im Konkurrenzkampf mit Polen und Frankreich um das Memelland bestehen würde. So beschloß man, die Vorbereitungen für die Aktion im Landesinnern zu verstärken und den „Berliner Weg" zu aktivieren. Auf einer geheimen Ministerratssitzung (der Seimas hatte keine Kenntnis davon) im Herbst 1922 wurde entschieden, die Organisation der Aktion Ernestas Galvanauskas zu übergeben, der als wichtigster Taktiker und Stratege des „Aufstands" seinen Helfern (J. Žilius, J. Polovinskas-Budrys) den Weg mit einem detaillierten Plan ebnete, in dem konkrete ökonomische, politische und diplomatische Mittel vorgegeben waren. Der litauische Premierminister legte die Priorität auf diplomatische Aktivitäten. Da man das Vorgehen der Regierung bei den folgenden Ereignissen verständlicherweise nicht publik werden lassen wollte, bemühte sich Galvanauskas, die Vorkehrungen für den „Sturm auf Memel" auf niedrigem Niveau stattfinden zu lassen. In seinen Plänen wurden für den letzten Schritt der Schützenverband und dessen Leiter auserkoren, die von Galvanauskas' Rolle keine Ahnung hatten. Diese Vorsichtsmaßnahmen wurden für den Fall eines Mißerfolges getroffen.

Die Leitung des litauischen Schützenverbandes begann voller Energie mit der Realisierung der Idee, die ihr Galvanauskas, auf welche Art und Weise auch immer, zugespielt hatte. So begann eine parallele „Aufstands"-Vorbereitung. Am Vorabend der Aktion besuchten Vertreter des Schützenverbandes Berlin, wo sie der Chef der Reichswehr, von Seeckt, empfing, um zu versichern, „daß kein Deutscher auf die Litauer schießen wird".[34] Gleichfalls wurden Waffen für die Aufständischen bei einem privaten deutschen Händler erworben, was gleichfalls zeigt, daß Berlin der Aktion nicht feindlich gesonnen war. Die Leitung des Schützenverbandes begann nun auch im Landesinnern mit den Vorbereitungen zum „Sturm auf Memel". Vincas Krėvė war sich sicher, daß er selbständig handelte,

[33] Ebenda.
[34] Krėvė, Apie atvadarimą (wie Anm. 8), S. 107.

doch ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß der wirkliche Drahtzieher der Aktion, der Premierminister, während der gesamten Zeit die Fäden in der Hand hielt. Daher auch Galvanauskas' und Krėvės Diskussion über die Regierung und die Rolle des Schützenverbandes beim Anschluß Memels an Litauen. Krėvės Unkenntnis über Galvanauskas' Pläne und Taten zeigen sich auch in seinen Memoiren, aus denen hervorgeht, daß er die Hintergründe nicht begriffen hatte und auch Budrys' Rolle nicht richtig einschätzte.

Währenddessen war Galvanauskas weiter tätig. Seine Kontakte mit den offiziellen deutschen Vertretern waren vielversprechend; die Deutschen zeigten gegenüber den litauischen Plänen nicht nur ihr Einverständnis, sondern versprachen auch, die Memelländer zu bewegen, bei einem eventuellen Einmarsch des litauischen Militärs keinen Widerstand zu leisten. Daß die Versprechungen eingehalten wurden, beweist das Verhalten des deutschen Konsuls in Memel am Vorabend der Ereignisse und während der Aktion selbst, als er die deutsche Bevölkerung ermahnte, den Litauern keine Hindernisse in den Weg zu legen. Das Vorgehen des Konsuls verwunderte zwar die Memelländer, zeigt aber gleichzeitig, daß Berlin den politischen Absichten Litauens durchaus gewogen gegenüberstand. In seinen Memoiren beschwerte sich der ehemalige deutsche Konsul später, daß die Deutschen in Memel „auf dem Altar der deutsch-russisch-litauischen Freundschaft geopfert wurden".[35] So war die Haltung Deutschlands zwar zweifellos wohlwollend, aber dennoch mußte Kaunas auch ins Kalkül ziehen, daß die internationale Position Deutschlands zu dieser Zeit zu schwach war, um etwas in konkreten Kombinationen gegen die alliierten und assoziierten Mächte bewirken zu können. Immerhin war sich Kaunas sicher, daß jede erdenkliche antifranzösische Aktion Berlins stumme Zustimmung finden würde.

Dennoch konnte Deutschlands Unterstützung allein nicht ausreichen. Bei der Suche nach einem Gegengewicht zu dem in Osteuropa dominierenden Polen fiel der Blick der litauischen Regierung natürlich auf Moskau. Die sowjetrussischen Politiker demonstrierten ihr Interesse an einer Lösung des Memelproblems nachdrücklich. Ihre innenpolitische Lage war damals nicht besonders stabil, wohl aber ausgesprochen deutschfeindlich, zudem waren sie den Entente-Staaten in keiner Weise politisch verpflichtet. Darüber hinaus war es schon damals für Kaunas kein Geheimnis, daß ein großes und starkes Polen die Antithese der sowjetischen

[35] John Hiden, Security Problems between the Two World Wars, in: The Baltic and the Outbreak of the Second World War. Cambridge 1992, S. 9.

Außenpolitik war. Diesen Trumpf wollten die litauischen Politiker in Moskau ausspielen.

Eine erste günstige Gelegenheit zum Gespräch mit den Sowjets ergab sich im Spätherbst 1922. Am 29. November hatte der sowjetische Außenminister Čičerin auf dem Weg nach Genf einige Stunden Aufenthalt in Kaunas. Auf dem Bahnhof entspann sich zwischen ihm und Galvanauskas, während man auf die Abfahrt des verspäteten Zuges wartete, ein bedeutungsvolles Gespräch. Der litauische Premierminister verbarg seine Absichten nicht. Nachdem er seine Beschwerden über die nicht eingelösten Versprechen der Entente-Staaten vorgetragen hatte, erklärte er ohne Umschweife, daß Litauen beschlossen habe, das Memelland einzunehmen. Auf seine Frage, wie sich die Sowjetrussen in diesem Falle verhalten würden, antwortete Čičerin, daß ein derartiges Vorgehen der litauischen Regierung der sowjetischen Einstellung nicht zuwiderlaufe. „Ich verstehe Litauens Lage und rate zu diesem Zug", erklärte der sowjetische Außenminister. Darüber hinaus erinnerte er unzweideutig daran, daß Sowjetrußland Polens Bemühungen um Litauen nicht gefielen und für den Fall, daß Polen bewaffnete Aktionen gegen Litauen unternähme, Moskau kein tatenloser Zuschauer bleiben werde ... Aus der Unterredung mit Čičerin zog Galvanauskas die Schlußfolgerung, daß die Sowjetrussen nicht geneigt waren, im Abseits stehen zu bleiben, auch wenn sie noch nicht genug Kraft für „große" Politik gesammelt hätten.[36]

Gleich nach diesem Gespräch traf sich der litauische Premier mit dem deutschen Gesandten Olshausen. Nachdem sie die französische und polnische Politik im Memelland beraten hatten, wies Galvanauskas darauf hin, daß die litauische Regierung nicht untätig darauf warten könne, bis die Entente-Staaten eine für Litauen ungünstige Lösung fällen würden, und „fest entschlossen sei, den französischen Plänen den Weg zu durchkreuzen und das Memelland bald einzunehmen".[37] Er äußerte den Wunsch, daß Berlin den Marsch auf Memel nicht als antideutsches Handeln mißverstehen möge, und bat, die Deutschen im Memelland darauf hinzuweisen, sich während der Aktion abseits zu halten.

Nachdem er Galvanauskas angehört hatte, erklärte Olshausen seinerseits, er pflichte der Haltung der litauischen Regierung bei. Nachdem er mit Berlin gesprochen hatte, informierte er am folgenden Tag den Premierminister, daß die deutsche Regierung ihre frühere Erklärung bestätige und zudem versprochen habe, die Memelländer zur Ruhe aufzurufen. Das

---

[36] Ernestas Galvanauskas, Kova dėl Klaipedos (Der Kampf um Klaipėda), in: Draũgas vom 25. Januar 1961.

[37] Ebenda.

Versprechen wurde gehalten, denn die deutschstämmigen Bürger von Memel verhielten sich, wie bereits erwähnt, während der Januarereignisse neutral und bei einigen Gelegenheiten (z.B. anläßlich des Einlaufens des polnischen Kriegsschiffes „Komendant Piłsudski" in den Hafen von Memel) sogar litauenfreundlich.

Trotz des Segens aus Berlin und Moskau für die geplante Aktion war sich die litauische Regierung vollständig im klaren, welches Risiko sie einging. Es gab keinerlei Garantien und konnte auch keine geben, daß Frankreich sich nicht entschließen würde, den *Status quo* in Memel gewaltsam wiederherzustellen, Deutschland und Sowjetrußland Litauen gegenüber den Entente-Staaten im Stich ließen oder Polen sich aufmachen würde, um „die Gerechtigkeit wiederherzustellen". Dennoch entschloß sich die litauische Regierung zur Tat.

Die Aktion (9.-15. Januar 1923) verlief in militärischer Hinsicht ohne Probleme. Die französische Besatzungsmacht war nicht darauf vorbereitet, Memel bis zum letzten Soldaten zu verteidigen. Ihre Gegenwehr war mehr symbolisch. Deswegen gaben die „Aufständischen" den Franzosen ihre Waffen nach kurzer Zeit zurück und nahmen ihnen dafür das Versprechen ab, daß diese nicht mehr auf sie gerichtet würden.

Die litauische Regierung gab einige Zeit vor, nichts mit den „Aufständischen" zu tun zu haben. Galvanauskas bot sich sogar an zu verhandeln. Dennoch war es unmöglich, die Teilnahme von litauischen Freiwilligen am Einmarsch zu verheimlichen. In der Öffentlichkeit dementierte die Regierung eine Teilhaberschaft an der Aktion und verfuhr, als handle es sich um einen *fait accompli.* Die Führer des „Aufstands" betonten ständig, daß es im Land ruhig sei, Ordnung herrsche und niemand die Autorität der Entente-Staaten verletzen wolle etc. In Kaunas herrschte die Meinung vor, unter diesen Umständen werde niemand mit Kanonen auf Spatzen schießen.

Wie erwartet, reagierte die französische Regierung, die zudem äußerst stark durch die Ruhrbesetzung in Anspruch genommen war, mit einem entschiedenen Protest. Der erste Sturm ging auf den litauischen Gesandten in Paris, Oskaras Milašius, nieder, der am Quai d'Orsay freimütig bekannte, daß er nichts wüßte. Milašius sprach die Wahrheit, denn keiner der litauischen Gesandten im Ausland war vorher von den Regierungsplänen bezüglich Memels in Kenntnis gesetzt worden. Der litauische Gesandte mußte unangenehme Augenblicke durchleben, denn G. Laroche drohte völlig außer sich, Memel „von der Erdoberfläche verschwinden zu lassen und die Aufständischen ins Meer zu werfen".[38] Gleichsam als

[38] Draũgas vom 28. Januar 1961.

Bekräftigung dieser Drohungen liefen drei französische Kriegsschiffe in den Hafen von Memel ein.

Die französische Presse äußerte sich ebenfalls sehr scharf über Litauen, nannte die Litauer „pangermanische Korporale" und beschuldigte die litauische Regierung der „totalen Germanophilie". Marija Urbšienė konstatierte nach der Analyse der französischen Presse vom Januar und Februar 1923, daß man offensichtlich Deutschland und Sowjetrußland für die wirklichen Initiatoren des „Aufstands" hielt.[39]

Zur selben Zeit bemühte sich die litauische Presse, keinerlei Angriffe gegen die Entente-Staaten zu drucken. Die eigene Politik verteidigte sich recht einfallsreich. Als Poincaré dem litauischen Premier den Gebrauch unstatthafter Maßnahmen vorwarf, bemerkte jener bescheiden, daß Litauen in Memel nur die französische Erfahrung mit Elsaß-Lothringen genutzt habe.[40]

In den ersten Tagen nach der Einnahme Memels war die polnische Presse gleichfalls äußerst kriegerisch gestimmt. Man erwog die Möglichkeit einer militärischen Intervention ernsthaft. Wie zur Bestätigung der Warschauer Entschlossenheit, „den Emporkömmling zu bestrafen", lief am 16. Januar das polnische Kriegsschiff „Komendant Piłsudski" in den Hafen von Memel ein. Das Erscheinen des polnischen Adlers am Horizont der Stadt erboste nicht nur die Litauer, sondern auch die Deutschen. „Besser bei den Litauern als bei den Polen", sagten die Deutschen von Memel.[41] Die „Komendant Piłsudski" mußte, um ernsthafte Komplikationen zu vermeiden, den Hafen schnell wieder verlassen.

In Kaunas blieb nicht unbemerkt, daß sich die polnischen offiziellen Kreise ganz im Gegensatz zur Presse recht gemäßigt verhielten. Schon am 16. Januar erklärte die polnische Regierung nur ihren Protest, und am 25. Januar nahm der polnische Sejm eine bescheidene Resolution an, die der Regierung empfahl, zu „fordern", daß der vorherige Zustand wiederhergestellt und Polens Interessen im Hafen von Memel gesichert würden. Was bewirkte Polens Zurückhaltung?

Die polnische Mäßigung wurde nicht so sehr von der Furcht vor einer eventuellen sowjetischen Militäraktion bestimmt — in Kaunas lagen Angaben vor, daß die Sowjetrussen Truppen im Minsker Raum konzentrierten[42]— als von dem Wunsch, den sowjetischen Politikern keinen

---

39 Urbšienė, Klaipėdos (wie Anm. 4), S. 36 ff.

40 Galvanauskas, Kova (wie Anm. 36).

41 Lietuvos atstovybės Klaipėdos krašte pranešimas į URM [be datos] (Bericht der litauischen Vertretung im Memelland an das Außenministerium [ohne Datum]). LVA, F. 383, Ap. 7, B. 378, S. 188.

42 Valsonokas, Klaipėdos (wie Anm. 1), S. 104; Galvanauskas, Kova (wie Anm. 36).

Anlaß zu geben, sich in die europäische Politik einzumischen. Mit der Verschiebung des Problems auf diplomatische Ebene glaubte die polnische Regierung, gleich zwei Erfolge auf einen Schlag erzielen zu können: sie wollte den sowjetischen Einfluß in der Memelfrage lähmen und später mit Unterstützung der Entente-Staaten Litauen an den Verhandlungstisch bringen. Der erste Teil des Planes ging vollständig auf. Als sich bald darauf herausstellte, daß der Streit zwischen Litauen und den Entente-Staaten auf besonderem diplomatischen Weg entschärft werden sollte, hatte die Sowjetunion faktisch keine Möglichkeiten mehr, sich in die Lösungsversuche einzumischen. So wurde dem russischen Faktor schon zu Handlungsbeginn Einhalt geboten.

Das Ausgrenzen der Sowjetunion lag unter den komplizierten Umständen nicht im Interesse Litauens, besonders als sich herausstellte, daß auch Deutschland Schritt für Schritt ins Lager der Widersacher wechselte. Dieses Verhalten kam nicht unerwartet und folgte einer inneren Logik. Nachdem man zufrieden war, daß Frankreich eine schallende Ohrfeige erhalten hatte, und sicher war, daß Polens Einfluß im Memelgebiet seine Grenzen gefunden hatte, begann man sich in Berlin zu sorgen, ob dem Gebiet denn tatsächlich weitreichende Autonomierechte innerhalb des litauischen Staates zugesprochen würden. Unter diesem Blickwinkel trafen sich die Interessen der Entente-Staaten und Deutschlands. So verlor Litauen beide Bündnispartner und blieb allein in einem ungleichen diplomatischen Kampf, von dessen Ausgang weitaus mehr abhing als ein Zugang zum Meer.

Polen hegte noch weitergehende Absichten, als es die Angelegenheit auf die diplomatische Ebene beförderte. In Warschau dachte man, daß nun eine günstige Situation entstanden sei, Litauen zu zwingen, den *Status quo* in Wilna anzuerkennen. Darum wurde der „Wilnaer Trumpf" auch besonders aktiv gespielt. Die polnische Regierung begann bereits, das Terrain für eine eventuelle estnische Vermittlung zwischen beiden Staaten zu sondieren. Als Verhandlungsgrundlage sah man vor, die Litauer in Memel zu unterstützen, wenn sie sich dafür von Wilna trennen würden. Die Warschauer Pläne wurden auch von Paris unterstützt.[43] Am 20. Januar wurde Oskaras Milašius am Quai d'Orsay mitgeteilt, daß „Wilna für Litauen endgültig verloren ist, denn nach dem Anschlag auf Memel, wird die Wilnafrage nicht mehr revidiert werden".[44] Daß man Memel als Kompensa-

[43] 1923.02.02. Lietuvos atstovo Taline V. Gailiaus telegrama į URM (Telegramm des litauischen Gesandten in Tallinn V. Gailius an das Außenministerium vom 2.2.1923). LVA, F. 383, Ap. 7, B. 378, S. 86.

[44] Ebenda, S. 128-132.

tion für Wilna zu betrachten begann, zeigten auch weitere, dem litauischen Außenministerium aus Rom und London vorliegende Informationen. Die Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 15. März 1923 zur Wilnafrage belegt, daß es keinen Grund mehr zur Ängstlichkeit gab.

Ende Januar/Anfang Februar 1923 erreichte der diplomatische Kampf um Memel seinen Höhepunkt. Sogar die Sowjetunion, die aus der Angelegenheit eigentlich bereits ausgeschlossen war, führte beharrlich den „Notenkrieg" mit den Entente-Staaten weiter. Am 27. Januar, dem Tag, an dem das Ultimatum der Entente-Staaten an die „Aufständischen" ablief, erreichte die litauische Regierung eine Nachricht aus Moskau, in der die sowjetischen Politiker „ihr Mitgefühl im Kampf der Memeler um ihre Rechte und ihren Willen zum Anschluß an Litauen ausdrück(t)en".[45] Nach einigen Tagen, am 31. Januar, informierte Galvanauskas den litauischen Vertreter in Memel, daß „die Russen sehr daran interessiert sind, daß das Memelland an Litauen fällt".[46] Dennoch hatte auch die andere Seite sowjetische „Unterstützung", mit der man gleichfalls rechnen mußte. Die sowjetische Hilfe für Litauen kompromittierte das Land nämlich in den Augen der Entente-Staaten, weswegen sich Litauen bemühte, die Verbindungen zur Moskauer Regierung nicht allzu bekannt werden zu lassen. Trotzdem verstärkte sich im weiteren Verlauf der Entwicklung (beispielsweise bei der Beantwortung des Ultimatums durch die Leitung der „Aufständischen") der französische Verdacht über den „sowjetischen Schatten" in Memel, der durch manche Schritte sowjetrussischer Diplomaten noch vergrößert wurde. Übrigens hatten die sowjetischen Proteste vom Januar und Februar (wie die Note an die Entente-Staaten vom 22. Februar) den Eindruck hinterlassen, daß ein geheimes Übereinkommen mit Deutschland und Litauen existiere.[47] Offensichtlich handelte es sich dabei um eine bewußte Taktik. Andererseits ließen die Ratschläge des Auswärtigen Amtes an den litauischen Gesandten in Berlin, sich auf die Sowjetunion und Deutschland zu berufen, die Schlußfolgerung zu, daß sich Sowjetrussen und Deutsche[48] schon untereinander bezüglich Memels beraten hätten.

---

45 1923.01.27. A. Smetonos ir E. Galvanausko pasikalbėjimas telegrafu (Telefongespräch zwischen A. Smetona und E. Galvanauskas vom 27.1.1923). Ebenda, S. 75 f.

46 1923.01.31. A. Smetonos ir E. Galvanausko pasikalbėjimas telegrafu (Telefongespräch zwischen A. Smetona und E. Galvanauskas vom 31.1.1923). Ebenda, B. 427, S. 54 f.

47 1923.02.24. O. Milašiaus pranešimas į URM (Bericht von O. Milašius an das Außenministerium vom 24.02.1923). Ebenda, B. 421, S. 173.

48 1923.02.20. V. Sidzikausko pranešimas E. Galvanauskui (Bericht von V. Sidzikauskas an E. Galvanauskas vom 20.2.1923). Ebenda, B. 375, S. 159.

Auch die Politik der Entente-Staaten war diesmal nicht sehr einheitlich, was Litauens Lage erleichterte. Im Gegensatz zu Frankreich dramatisierten Großbritannien und Italien die Lage nicht. In London und Rom war man mehr auf Sicherung des Prestiges bedacht. Nach einem Gespräch mit Benito Mussolini und anderen hochrangigen italienischen Politikern bot sich dem litauischen Gesandten in Rom, Jurgis Šaulys, folgende Position dar: „Italiens Haltung bezüglich Memel ist uns gegenüber in jeder Hinsicht voller Sympathie und Gewogenheit"; alle Bemühungen der italienischen Regierung gingen dahin, „die Angelegenheit ohne große Komplikationen zu beenden und Memel (...) so schnell wie möglich Litauen zuzuerkennen".[49] Nach Mussolinis Angaben weigerte sich Italien, Litauen ein scharfes Ultimatum zu übergeben. Der italienische Vertreter in Memel erhielt am 3. Februar 1923 ein Telegramm, in dem er angewiesen wurde, einen Kompromiß mit Antanas Smetona zu suchen. Durch Šaulys übergaben die Italiener sogar ihren Kompromißvorschlag nach Kaunas, den Galvanauskas entgegennahm.[50] Dennoch kündigte Šaulys auch an, daß sich Italien einem eventuellen Tausch Memel — Wilna nicht verweigern werde.

Es bestehen verschiedene Versionen über das diplomatische Spiel hinter den Kulissen während des Memelland-Anschlusses, doch die Kräfteverteilung zur Zeit der Ereignisse war zweifellos wie folgt: Litauen wurde von Deutschland und Sowjetrußland unterstützt, Frankreich und Polen opponierten. Die deutsche Zustimmung für den litauischen Einmarsch ist sogar dokumentarisch nachzuweisen. Der ehemalige litauische Premier Augustinas Voldemaras war ebenfalls der Meinung, daß Litauen das Memelland „nur durch Deutschlands Güte erhielt": „Ironie des Schicksals! Dank Deutschlands erhielt Litauen das Memelland!", schrieb er in seinem Buch „Litauen und seine Probleme".[51]

Bei der Analyse fremder Einflüsse zur Entscheidung der Memelfrage 1923 sollte auch an das Genfer Gespräch zwischen Austen Chamberlain und Gustav Stresemann über den litauischen Putsch vom 17.12.1926 erinnert werden. Der englische Premier erhielt aus diesem Anlaß zwei Telegramme: das eine aus Warschau, das andere aus Berlin. Im ersten wurde mitgeteilt, in Litauen habe ein Putsch stattgefunden, um gegen die Deutschen aufzuhetzen, im zweiten, daß der Umsturz von Polen organisiert

---

[49] 1923.02.03. J. Šaulio pranešimas iš Romos E. Galvanauskui (Bericht von J. Šaulys aus Rom an E. Galvanauskas vom 3.2.1923). Ebenda, B. 378, S. 87 f.

[50] 1923.02.04. J. Šaulio pranešimas iš Romos E. Galvanauskui (Bericht von J. Šaulys aus Rom an E. Galvanauskas vom 4.2.1923). Ebenda, S. 89 f.; 1923.02.05. E. Galvanausko telegrama J. Šauliui (Telegramm von E. Galvanauskas an J. Šaulys vom 5.2.1923). Ebenda, S. 76.

[51] Augustinas Voldemaras, Raštai (Schriften). Chicago 1983, S. 264.

worden sei. Schließlich erfuhr Chamberlain, daß Čičerin ihn persönlich für den Urheber des Putsches halte.[52] Ähnlich war es auch im Januar 1923. Alle Reden über die verschiedenen diplomatischen Winkelzüge beim Anschluß des Memelgebietes an Litauen pflegen in der Regel einen ins Auge springenden Fakt zu ignorieren: die litauischen Staats- und Volksinteressen sowie die Mündigkeit, diese Interessen zu verteidigen.

Am 17. Februar beschloß die Botschafterkonferenz, die Souveränität über das Memelland Litauen zu übertragen, wodurch der Anschluß legalisiert wurde. In den weiteren Verhandlungen mit den von der Botschafterkonferenz (Laroche) und dem Völkerbund (Davis) eingesetzten Kommissionen wurde nicht mehr über das Prinzip der Autonomie, sondern über deren Inhalt verhandelt. Mit der Kommission der Botschafterkonferenz konnten die Litauer keine Einigung erzielen, da deren Vorsitzender Laroche geneigt war, den Polen überaus große Erleichterungen und Privilegien im Hafen von Memel zu gewähren, was Litauen als Verletzung seiner Souveränität ansah und als nicht annehmbar zurückwies. Bedeutend konstruktiver verliefen die Verhandlungen mit der Kommission des Völkerbundes unter Vorsitz von Davis, deren Mitglieder sämtlich aus Vertretern neutraler Staaten bestanden. Die komplizierte Auseinandersetzung endete im Mai 1924 mit der Unterzeichnung der Memelkonvention und des Memelstatuts. Dies war ein großer Sieg für die Außenpolitik der jungen Republik. „Die jungen Diplomaten hatten die ‚diplomatischen Füchse' besiegt", schrieb im Stolz über die Resultate des diplomatischen Zweikampfes zwischen den Entente-Staaten und Litauen ein Teilnehmer, der damalige stellvertretende Außenminister Petras Klimas, in seinen Memoiren.[53]

So wurde die erste Runde, die Gebietsübernahme aus den Händen der Entente, gewonnen. Die Unterzeichnung der Konvention und des Statuts beseitigte formal das Memelproblem als internationales Streitobjekt, genauer gesagt: transponierte es auf eine andere Ebene, nämlich die der Interpretation des Statuts, was aber nicht mehr Litauens Souveränität in dem Territorium in Frage stellte. Übrigens glaubte die litauische Regierung nicht an eine endgültige Regelung, solange die Memelfrage nicht im Kontext der deutsch-litauischen Beziehungen geregelt war. Die Grenze mit Deutschland mußte durch ein bilaterales Abkommen festgelegt werden, völlig unabhängig vom Versailler Vertrag. Nach langen und äußerst schwierigen Verhandlungen wurde auch am 29. Januar 1928 in Berlin ein

---

52 Gustav Stresemann, Les papiers de Stresemann. Vol. 3, o.O. o.J., S. 83.
53 Klimas, Iš atsiminimų (wie Anm. 8), S. 36.

Vertrag über die beiderseitigen Staatsgrenzen unterzeichnet, in dem Deutschland Litauen das Memelland zuerkannte. Das Abkommen wurde am 24. April 1929 ratifiziert und am 13. Mai gleichen Jahres beim Völkerbund registriert. Leider erfüllten sich Litauens Hoffnungen, daß die Angelegenheit Memel künftig in das Ressort des Innenministeriums falle und nicht mehr vom Außenministerium behandelt werden müsse, nicht. Der Kampf um Memel ging weiter, er erreichte nur eine neue Qualität.

6. Die Suche nach Ausgleich: Veränderungen in der litauischen Sicherheitskonzeption

Bis zum Jahresende 1930 betrieb Deutschland seine memelländische Politik wenigstens formal im Rahmen der bilateralen Beziehungen zu Litauen. Äußerlich wurden die Beziehungen durch keinen Schatten getrübt. Besonders dynamisch entwickelten sie sich zu Voldemaras' und Stresemanns Zeiten. Voldemaras' Außenpolitik, die von dem Grundsatz „Die Feinde unserer Feinde sind unsere Freunde" bestimmt wurde, war stärker auf Deutschland als auf irgendeinen anderen Staat ausgerichtet. So ist es auch kein Zufall, daß sich eine der beiden litauischen außenpolitischen Konzeptionen mit Voldemaras' Namen verbindet (während die andere mit Lozoraitis identifiziert wird). Trotzdem fand auch in dieser Periode ein stiller Kampf um Memel statt. Neue Momente in der Auseinandersetzung deuteten sich im Herbst 1926 an, als Deutschland einen ständigen Sitz im Völkerbundrat erhielt. Seit Ende 1926 war Berlins Taktik einfach, aber effektiv. Man benutzte komplexe Fragen der Interpretation des Statuts, um bei allen möglichen internationalen Institutionen die Verletzung der Rechte der deutschen Minderheit im Memelgebiet anzuprangern. Diese Methode wurde zu einem wirksamen Mittel, den *Status quo* zu zerstören und die Position des litauischen Staates im Gebiet zu schwächen.

Bis zum Beginn des „Kalten Krieges" bevorzugte Deutschland zwei politische Stoßrichtungen: eine zielte nach Kaunas, die andere nach Memel. Die beiden Positionen wurden durch das Handeln der deutschen Botschaft in Kaunas und des Generalkonsulats in Memel bestimmt. Die Botschaft, die um gute Kontakte zwischen Kaunas und Berlin bemüht war, spielte die Forderungen der Deutschen aus Memel herunter, während das Konsulat diese noch bestärkte. Immerhin waren die Beziehungen beider Staaten bis 1933, abgesehen von den Auseinandersetzungen in Genf und Den Haag, recht stabil. 1933 wandelte sich die Lage. Die Memelpolitik bekam absolute Priorität in den Gesprächen zwischen Berlin und Kaunas, die Qualität der Beziehungen zwischen Litauen und Deutschland

wurde zweitrangig, der Konflikt permanent. Eine Analyse der Bedeutung des gesamten Memelkomplexes für die litauische Außenpolitik hat festzuhalten, daß dieser einen bedeutenden Einfluß auf die internationale Stellung Litauens hatte.

Der Faktor Memel wirkte sich auch auf die Zusammenarbeit der baltischen Staaten aus. Am Vorabend der Gründung der baltischen Entente 1933/34 wurde die Memelfrage in Riga und Tallinn häufig diskutiert, wobei es um die Möglichkeit ging, daß Lettland und Estland in einen möglichen litauischen Konflikt mit Deutschland hineingezogen werden könnten. Immerhin kamen die stellvertretenden Außenminister Lettlands und Estlands, Munters und Laretei, zu der übereinstimmenden Ansicht, daß eine deutsche Aktion in Memel auch ihren Ländern gefährlich werden könne. Darum wurde noch vor der Unterzeichnung des Vertrages mit Litauen festgelegt, daß die Memelfrage „in der Zusammenarbeit mit Litauen kein Hindernis darstellen kann".[54] Die Haltung Lettlands und Estlands wurde auch in dem geheimen Protokoll des am 12. September 1934 unterzeichneten Konsultativvertrages festgehalten, in dem die Position der Staaten bezüglich des Artikels III des Abkommens[55] konkretisiert wurde und man übereinkam, daß nach allgemeiner Ansicht aller drei Staaten nur die Wilnafrage für ein spezifisches Problem gehalten werde.[56] Dennoch begannen sich Lettland und Estland aufgrund der komplizierten internationalen Situation in Europa allmählich von den Vereinbarungen zurückzuziehen. Die ersten Anzeichen, daß Lettland und Estland die Memelfrage als ausschließliches Problem der litauischen Außenpolitik ansahen, gab es bereits auf der baltischen Außenministerkonferenz 1935 in Kaunas. 1937 erklärte dann der estnische Botschafter in Litauen, Öpik, dem litauischen Außenminister Lozoraitis, daß „Estland in dieser Frage nicht bereit sei und auch keinerlei Veranlassung sehe, Litauen Ratschläge zu erteilen, da der Konsultativvertrag für spezifische Probleme keinerlei Zusammenarbeit vorgesehen habe". Auf Lozoraitis' Entgegnung, eine

---

54 1934.05.07-08. V. Munters'o ir H. Laretei pasitarimų Rygoje užrašai (Niederschrift der Beratungen von V. Munters und H. Laretei in Riga vom 7.-8.5.1934). Eesti Riigiarhiiv (Estnisches Staatsarchiv) (ERA), F. 957, Ap. 5, B. 844, S. 149-152.

55 Im Artikel III des Vertrages vom 12.9.1934 wurde festgelegt, daß „spezifische Probleme existieren, für die schwerlich eine gemeinsame Position festgeschrieben werden kann", weswegen die im Artikel I dargelegten Verpflichtungen der Staaten (über die Abstimmung besonders wichtiger außenpolitischer Fragen sowie die gegenseitige diplomatische und politische Unterstützung) für diese Probleme nicht zutreffen.

56 Procès-Verbal de la Conférence préparatoire entre la Lettonie, l'Estonie et la Lithuanie pour la conclusion d'un Traité de collaboration entre les trois Pays. La Conférence a eu lieu à Riga, le 29 aout 1934, au Ministère des Affaires Etrangères. LVA, F. 383, Ap. 18, B. 186, S. 45 f.

Aggression gegen Memel bedeute Krieg mit Deutschland und daß „Litauen bis zum Ende kämpfen werde", bemerkte der estnische Botschafter kühl, daß sich in diesem Fall „kein einziger Staat auch nur rühren werde, um Litauen zu helfen".[57]

Das Memelproblem berührte auch die litauisch-polnischen Beziehungen. Bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten 1938 sah Warschau Memel immer als zusätzliches Druck- und Lockmittel. Die lettischen und estnischen Diplomaten hatten häufig eine Vermittlerrolle zu übernehmen. So informierte J. Munters Urbšys, Józef Beck habe, wie aus sicherer Quelle bekannt geworden sei, gesagt, daß er im Fall eines polnisch-litauischen Einverständnisses „selbst mit polnischen Panzern in Memel einrücken werde, und die Deutschen dann verstehen müßten, was das bedeute".[58]

Die Spannung, die seit Ende 1933 die deutsch-litauischen Beziehungen belastete, wirkte sich nicht nur auf die Verhältnisse Litauens zu seinen Nachbarstaaten aus, sondern beeinflußte ganz allgemein Litauens politische Orientierung. Aufgrund der wachsenden Aggressionsgefahr aus Deutschland setzte 1935 in der litauischen Außenpolitik ein Umbewertungsprozeß des „deutschen" und des „polnischen" Faktors ein. Die Smetona nahestehenden Berater begannen immer häufiger den Gedanken zu äußern, daß sich Litauen nun bezüglich eventueller Bündnispartner und potentieller Gegner bei einem Krieg zur Wahrung der Unabhängigkeit klar festlegen müßte. Allmählich begann die Meinung vorzuherrschen, daß man unabhängig von dem besetzten Wilna einen *modus vivendi* mit Polen finden müsse. In den 30er Jahren wurde der „polnische Faktor" nicht mehr als Gefahr für die litauische Unabhängigkeit angesehen, obwohl das Ultimatum vom Frühjahr 1938 die Litauer zwang, ihre Interpretation der polnischen Intentionen zu überdenken.

Der „deutsche Faktor" hingegen ließ weitere künftige Konfrontationen vermuten. Der Wechsel in den Planungen der litauischen Armee für den Ernstfall veranschaulicht den Prozeß sehr deutlich. Der Vertreter des lettischen Generalstabs, Oberst Hugo Rozenstein, empfahl anläßlich einer Visite in Kaunas 1933 General Petras Kubliūnas, die Gefahr deutscher Expansionspläne gegen beide Staaten zu erwägen und zu überlegen, welche Sicherheitsmaßnahmen Litauen und Lettland ergreifen könnten. Der Vorstoß wurde von dem litauischen General abgelehnt, da seiner Meinung

---

[57] 1937.11.23. O. Öpik'o pranešimas į Taliną (Bericht O. Öpiks nach Tallinn vom 23.11.1937). ERA, F. 957, Ap. 14, B. 439, S. 33 f.

[58] 1938.04.05. J. Urbšio Pro memoria (J. Urbšys' Pro memoria vom 5.4.1938). LVA, F. 383, Ap. 7, B. 2080, S. 51.

nach keine Gefahr aus Deutschland drohe.[59] 1934 dagegen beschäftigte die Heeresleitung schon die Frage, ob es möglich sei, Einheiten von der Demarkationslinie mit Polen abzuziehen, um sie an die Grenze nach Deutschland längs der Memel zu stellen.

Schritt für Schritt entwickelte sich in Litauen eine neue Sicherheitskonzeption, die maßgeblich von Außenminister Stasys Lozoraitis und General Stasys Raštikis bestimmt wurde, deren größte Opponenten Premierminister Juozas Tūbelis und Justizminister Stasys Šilingas waren. Am 18. April 1935 ließ Lozoraitis Präsident Smetona ein geheimes Memorandum zukommen, in dem er empfahl, folgende Prämissen zu unterstützen: „Memel haben wir, aber dem Gebiet droht große Gefahr; Wilna haben wir nicht und werden wir wohl auch in der nächsten Zeit nicht wiederbekommen. Die Notwendigkeit, Memel mit allen Mitteln zu verteidigen, verletzt natürlich keinesfalls unsere juristische Position hinsichtlich Wilnas. An zwei Fronten — Wilna und Memel — können wir nicht diplomatisch kämpfen, von einem militärischen Einsatz ganz zu schweigen, da wir, wie es der Präsident der Republik und andere verantwortliche Politiker wiederholt erklärt haben, nicht beabsichtigen, Wilna im Kampf zu nehmen."

In dem Memorandum wurde konstatiert, daß sich die bisher von Litauen verfolgte Taktik in den Beziehungen zu Polen (Verweigerung der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen, Proteste etc.) nicht bewährt habe. Im Gegenteil habe die Wilnafrage in der internationalen Politik an Aktualität eingebüßt. Darum schlug Lozoraitis vor, den bis dahin aus der litauischen Politik verdrängten „polnischen Faktor" wieder einzubeziehen und gegen Deutschland einzusetzen. Die einzige Forderung, die nach Meinung des litauischen Außenministers gegenüber Polen erhoben werden sollte, bestand in der Anerkennung, daß zwischen beiden Staaten territoriale Streitigkeiten existierten. Nach Meinung von Lozoraitis nütze diese Taktik nicht nur Litauen im Kampf um Memel, sondern gebe auch der Wilnaangelegenheit einen neuen Impuls. „In unserer Politik hat der Gedanke zu dominieren, daß uns aus Deutschland große Gefahr droht. Wir haben zur Abwehr alle nur erdenklichen politischen Kombinationen zu nutzen, darunter auch die mit Polen", resümierte der Außenminister.[60] Das war eine prinzipiell andere Sicht der litauischen Außenpolitik und ihrer spezifischen Probleme. Damit begann eine neue Periode, was bedeu-

---

[59] 1935.05.01. Lietuvos pasiuntinybės Rygoje pranešimas į Kauną (Mitteilung der litauischen Botschaft in Riga nach Kaunas vom 1.5.1935). LVA, F. 929, Ap. 2, B. 1030, S. 24.

[60] Antanas Merkelis, Antanas Smetona. New York 1964, S. 485-489. Der Verfasser verfügt über eine Photokopie dieses Dokuments, dessen Original im Hoover Institution of Peace and War aufbewahrt wird.

tete, daß die bis dahin gültige außenpolitische Konzeption Voldemaras' (die Suche eines Ausgleichs mit Moskau und Berlin gegen Warschau) von der qualitativ andersartigen Konzeption Lozoraitis' abgelöst wurde, die mehr dem Zeitgeist entsprach. Leider gestatteten weder die kurzsichtige Politik Becks noch die Unentschlossenheit des litauischen Präsidenten und Premierministers Möglichkeiten zur konkreten Überprüfung des vorgeschlagenen Weges.

Auch in den Jahren 1936 und 1937 überhäufte Lozoraitis, stets von Raštikis aktiv unterstützt, den Präsidenten mit Vorschlägen zur Regelung der Beziehungen mit Polen. Die größte Stimulanz dieser Initiativen stellte die wachsende deutsche Gefahr für Memel und die litauische Unabhängigkeit dar. „Es ist sehr schwer vorstellbar, daß das erstarkte Deutschland den Litauern das Memelland läßt (...) Um die deutsche Gefahr zu eliminieren, (...) gibt es kein Mittel. Es gibt nur Mittel, sie in die fernere Zukunft zu verschieben, und diese bestehen darin, die militärische Kraft so weit wie möglich zu stärken und sich Staaten und deren Blöcken anzunähern, die daran interessiert sind, Deutschland in Schach zu halten (...)", schrieb Raštikis im Mai 1937 in einem Rapport an den Minister für Landesverteidigung, Oberst Stasys Dirmantas.[61] Da der Bericht eigentlich für Smetona bestimmt war, ermahnte Raštikis auch den Präsidenten, angesichts der deutschen Gefahr die Beziehungen zu Polen zu revidieren. Dennoch konnte sich Smetona nicht zu grundsätzlichen Entscheidungen durchringen, weswegen sich Litauen zur Zeit der schicksalshaften Ereignisse mit der Memelfrage in einer *splendid isolation* befand.

7. Wer ist bereit, für Memel zu sterben?

Zu Beginn des Frühjahrs 1938 durchlebte Litauen eine erste Erschütterung: das polnische Ultimatum. Fiebrig wurden verschiedene Varianten einer Ausweitung des Konfliktes mit Polen in Kaunas erwogen, während ein Bericht des litauischen Gesandten in Berlin, Jurgis Šaulys, vollkommen der Aufmerksamkeit entging, in dem er über ein Treffen mit Joachim von Ribbentrop am 18. März berichtete. Während des Gespräches hatte der Reichsaußenminister den Wunsch geäußert, daß Litauen nach der Lösung des Konfliktes mit Polen seine Unstimmigkeiten mit Deutschland bereinigen möge. Natürlich war der Zeitpunkt für eine derartige Erklärung nicht zufällig gewählt. So mußte die litauische Regierung während

[61] LVA, F. 929, Ap. 3, B. 1136, S. 1-7.

ihrer Überlegungen zur Reaktion auf das polnische Ultimatum auch mit dem „deutschen Faktor" für den Fall eines Krieges mit Polen rechnen. In Kaunas herrschte kein Zweifel, daß Berlin dem Lauf der Dinge gleichgültig folgen werde. Es blieb nur die Frage, wo die Wehrmacht stehenbliebe: an der Grenze des Memellandes, der Dubysa oder gar am Nevėžis? Die Gefahr eines deutschen Angriffs im „Rücken" hatte großen Einfluß auf die Entscheidung der Regierung, die polnischen Forderungen anzunehmen.

Am 25. März 1938 wurde Šaulys ein Memorandum mit elf Punkten überreicht. Im Prinzip wurde in dem Dokument völlige Handlungsfreiheit für die Vorbereitung der Abtrennung des Memelgebietes von Litauen gefordert. Obwohl die litauische Souveränität noch nicht in Frage gestellt wurde, hatte die Regierung Grund genug, besorgt zu sein. Es war ein erstes Klopfen an die Tür von Memel. Am 11. April informierte Lozoraitis die litauischen Botschafter in Großbritannien und Frankreich und verpflichtete sie, den führenden ausländischen Politikern beider Staaten unter dem Siegel der Verschwiegenheit Kenntnis über den Inhalt des Memorandums zu geben und diese um „freundschaftlichen Rat" zu bitten. Der Quai d'Orsay bewertete die Forderungen als „Annonce für weitere Feldzüge". Der Direktor des politischen Départements, René Massigli, forderte die litauische Regierung auf, selbst die Initiative zu ergreifen, um die Beziehungen zu Deutschland in Ordnung zu bringen.[62] Da die Engländer eine ähnliche Meinung vertraten, kam man zu dem Schluß, im Falle einer Krise von den Signatarstaaten der Memelkonvention keine ernsthafte Unterstützung erwarten zu dürfen.

In der entstandenen Situation wurde in Kaunas mit allen nur möglichen Mitteln ein Weg gesucht, eine Krise in der Hoffnung zu vermeiden, daß sich die internationale Situation mit der Zeit in eine für Litauen günstigere ändern werde. Deswegen bediente man sich einer recht risikovollen Taktik, die zum einen ein maximales Entgegenkommen bei der Interpretation des Memelstatuts vorsah, um eine wie auch immer geartete Erklärung der deutschen Regierung zu erreichen, daß es „keinen territorialen Anschlag von deutscher Seite auf Litauen" gebe;[63] zum anderen, die Signatarstaaten über jede Forderung des Reiches und jeden Schritt der litauischen Regierung zu informieren.

---

62 1938.04.23. P. Klimo pranešimas S. Lozoraičiui (Bericht von P. Klimas an S. Lozoraitis vom 23.4.1938). LVA, F. 383, Ap. 7, B. 2048, S. 312 f.

63 1938.06.14. URM generalinio sekretoriaus J. Urbšio aplinkraštis pasiuntinybei Berline (Rundschreiben des Generalsekretärs des Außenministeriums J. Urbšys an die Botschaft in Berlin vom 14.6.1938). Ebenda, S. 270.

Am 7. Mai benachrichtigte Šaulys das Auswärtige Amt, die litauische Regierung stehe den deutschen Wünschen positiv gegenüber, obwohl sie Zeit benötige, um die Lage im Memelland zu stabilisieren. Šaulys hob hervor, daß seine Regierung gezwungen sei, auch die Stimmung der litauischen Öffentlichkeit zu berücksichtigen. Anscheinend genügte diese Antwort Berlin vorläufig vollauf, denn am 21. Mai wurde dem Botschaftssekretär in Berlin, K. Karečka (der vorübergehend das Botschafteramt wahrnahm), mitgeteilt, das Reich erhebe nicht die Forderung, seine Wünsche sofort in die Tat umzusetzen. Wenn sie innerhalb eines halben Jahres verwirklicht würden, könnte über die Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes gesprochen werden.[64] Gleichzeitig wurde der litauischen Regierung mitgeteilt, sie solle sich nicht um die Unterstützung der Signatarstaaten bemühen. Deutschland beabsichtigte mit der Verlagerung der Angelegenheit auf die bilaterale Ebene, den Signatarstaaten formell die Verantwortung für das Schicksal des Gebietes zu entziehen.

Am 24. Juni gab Ribbentrop bei einem Treffen mit Lozoraitis (der sich in der Nähe von Dresden erholte) zu, die Lage im Memelland habe sich gebessert.[65] Das sahen die Nationalsozialisten in Memel allerdings etwas anders. 1938 wurde ihre Bewegung im Memelland, die man vom anderen Memelufer aus offen unterstützte, unkontrollierbar. Die Zugeständnisse der litauischen Regierung (z.B. die Zulassung nationalsozialistischer Propaganda im Memelland) schwächten deren Ansehen und Stellung dort noch beträchtlich. Der deutsche Generalkonsul Reinhold von Saucken und andere Konsularangestellte begannen völlig offen an den lokalen Veranstaltungen der Nationalsozialisten teilzunehmen. So betraten von Saucken und sein Gefolge, geschmückt mit allen nationalsozialistischen Insignien, den memelländischen Landtag und grüßten in der Öffentlichkeit demonstrativ mit dem Hochreißen des rechten Arms.[66]

Das Müchener Abkommen und die Übergabe des Sudetenlandes an das Reich waren ein neuerliches Klopfen an die Tür von Memel. Die Signatarstaaten der Memelkonvention waren *in corpore* Teilnehmer und Initiatoren des schändlichen Abkommens. So bestand in Kaunas, unbeschadet der

---

64 1938.05.23. K. Karečkos Pro memoria (K. Karečka Pro memoria vom 23.5.1938). Ebenda, S. 277 f.

65 1938.06.25. S. Lozoraičio pranešimas Ministrui Pirmininkui Vladui Mironui (Bericht von S. Lozoraitis an den Premierminister Vladas Mironas vom 25.6.1938). Ebenda, B. 1891, S. 22 u. 26 ff.

66 1938.06.27. Valstybes saugumo policijos Klaipėdos apygardos viršininko Kazlausko pranešimas Klaipėdos krašto gubernatoriui (Bericht des Leiters der Staatssicherheitspolizei Kreis Klaipėda, Kazlauskas an den Gouverneur des Memellandes). Ebenda, B. 2054, S. 35.

Erklärung Adolf Hitlers vom 26. September 1938, das Reich habe nach der Regelung der Sudetenfrage keinerlei territorialen Ansprüche an Europa mehr, kein Zweifel, daß der nächste Ort, an dem die Signatarstaaten gleichgültig die rote Fahne mit dem Hakenkreuz betrachten würden, Memel sein werde.

Im Oktober kam es zu einer neuen Entwicklung in den litauisch-deutschen Beziehungen. Berlin forderte, den Kriegszustand im Gebiet zu beenden, und der Berater im Auswärtigen Amt, Werner von Grundherr, erklärte Šaulys, Deutschland werde nun keine Rücksicht mehr darauf nehmen, daß es „formell nicht zu den Unterzeichnern der Memelkonvention" gehöre.[67] Im Hinblick auf den sich verstärkenden Druck wurde Karečka angewiesen, am 20. Oktober dem Auswärtigen Amt mitzuteilen, die litauische Regierung unternehme alle Anstrengungen, um jeglichen Uneinigkeiten bezüglich Memels auszuweichen, und bitte darum, die Bemühungen nicht zu komplizieren.[68]

Am 1. November 1938 wurden Kriegszustand und Pressezensur im Memelland aufgehoben. Damit hörte gewissermaßen die Kontrolle der litauischen Regierung über das Gebiet auf. Die Aufhebung geschah am Vorabend der Wahlen zum Memelländischen Landtag! Die Memeler Nationalsozialisten dachten gar nicht daran, ihre Verbindungen zum Reich zu verbergen. Anfang Dezember begleitete der am 14. November zum Führer aller Memeldeutschen ernannte Ernst Neumann den Generalkonsul in Memel, von Saucken, nach Berlin. Das litauische Außenministerium erfuhr, daß Neumann an Beratungen im Auswärtigen Amt teilnahm, bei denen diskutiert wurde, wie man das Memelland am besten ans Reich anschließen könne. Aus Berlin zurückgekehrt, erklärte Neumann in einer öffentlichen Rede, „daß wir zwar noch litauische Bürger sind, aber innerlich keinerlei Bindungen mehr haben", und verkündete den Kampf für „Freiheit und Recht".[69]

Seit November 1938 gelangten ständig Meldungen ins Außenministerium, die nichts Gutes verhießen. Der Militärattaché der Berliner Botschaft, Oberst Kazys Grinius, kam ins Außenministerium nach Kaunas und konstatierte, daß „Memels Stunde anscheinend geschlagen habe". Seiner Meinung nach „würden die Deutschen im Fall von Widerstand nicht

---

67 1938.10.16. J. Šaulio Pro memoria (J. Šaulys' Pro memoria vom 16.10.1938). Ebenda, B. 2048, S. 22 f.

68 1938.10.20. J. Urbšio instrukcija K. Karečkai (Instruktion von J. Urbšys an K. Karečka vom 20.10.1938). Ebenda, S. 226.

69 1938.12.09. J. Urbšio telegrama Lietuvos pasiuntinybėms užsienyje (Telegramm von J. Urbšys an die litauischen Botschaften im Ausland vom 9.12.1938). Ebenda, S. 89 f.

an der memelländischen Grenze haltmachen, sondern so schnell wie möglich weitermarschieren (...)".[70] Oberst Grinius pflichtete zudem Botschafter Šaulys bei, der die Lage am 14. November wie folgt beurteilte: „Man kann nicht anderer Meinung sein: die deutsche Politik beabsichtigt, das Memelland wiederzubekommen. Der Meinungsunterschied betrifft nur taktische Fragen: unter welchen Umständen und zu welcher Zeit."[71]

Die litauische Regierung versuchte, die Absichten Deutschlands zu ergründen, doch alle Bemühungen blieben fruchtlos. Die Beamten des Auswärtigen Amtes ignorierten im November, d.h. am Vorabend der Wahlen zum Memelländischen Landtag, sämtliche Vorschläge litauischer Diplomaten zur Erörterung der Memelfrage. Mit dieser Taktik wollte Deutschland die litauische Regierung vor vollendete Tatsachen stellen, d.h. das Ergebnis der Landtagswahlen als Votum der Einwohner für den Anschluß ans Dritte Reich abwarten. Im Hinblick auf dieses Vorgehen war Kaunas gezwungen, über inoffizielle Kanäle zu handeln. Nach Angaben von General Raštikis wurde Oberst Grinius beauftragt, „in seinem Namen und auf seine Initiative" in Militärkreisen die Pläne des Dritten Reiches zu sondieren und Sorge dafür zu tragen, daß sich „jemand aus der litauischen Regierung mit Hitler trifft".[72] Ein Zugang zu Hitler (über Erich Koch) wurde auch von Generalkonsul Leopoldas Dymša in Königsberg versucht. Darüber hinaus wurde der Journalist Valentinas Gustainis mit einer speziellen Mission nach Berlin geschickt. Gustainis, der mit solchen Aufträgen Erfahrung hatte, sollte „irgendwie herausfinden, womit das Reich im Memelland noch nicht zufrieden ist". Er war beauftragt, den Deutschen mitzuteilen, daß Litauen bereit sei, die Interessen des Reiches so loyal wie nur möglich zu respektieren.[73]

Doch auch diese Bemühungen waren umsonst. Das kompromißlose Verhalten Berlins weckte in Litauen zwar feindliche Gefühle, aber dennoch dominierte die Absicht, eine für beide Seiten annehmbare Interpretation des Memelstatuts zu finden, ohne auf die Souveränität im Memelland zu verzichten. Die Regierung informierte Berlin über ihren Ent-

---

70 Stasys Raštikis, Įvykiai. Įvykiai ir žmonės (Ereignisse. Ereignisse und Menschen). T. 3, Chicago 1972, S. 377.

71 J. Šaulio pranešimas iš Berlyno URM generaliniam sekretoriui (Bericht von J. Šaulys aus Berlin an den Generalsekretär des Außenministeriums). LVA, F. 383, Ap. 7, B. 2048, S. 194.

72 1938.11.28. S. Lozoraičio telegrama pasiuntinybei Berlyne (Telegramm von S. Lozoraitis an die Botschaft in Berlin vom 28.11.1938). Ebenda, S. 159.

73 1938.11.28. S. Lozoraičio telegrama pasiuntinybei Paryžiuje (Telegramm von S. Lozoraitis an die Botschaft in Paris vom 28.11.1938). Ebenda, S. 154 f.

schluß, sogar die deutsche Interpretation der juristischen Streitigkeiten anzuerkennen.[74]

Es gab aber auch Empfehlungen, keine weiteren Kompromisse wegen Memel einzugehen und die Forderung nach dem Abzug der litauischen Sicherheitspolizei im Gebiet mit Forderungen nach Garantien für die territoriale Einheit Litauens zu beantworten.[75] So bildeten sich in Litauen zwei Ansichten über das Verhalten im Fall einer eventuellen Krise mit Deutschland heraus. Die Entschlossenheit zum Widerstand war in den oppositionellen Kreisen und unter einigen Militärs stärker ausgebildet.

Einer der Unterzeichner der litauischen Unabhängigkeit, der damalige Botschafter in Frankreich, Petras Klimas, empfahl sein eigenes Projekt zur Lösung des Memelproblems. In einem Bericht an Kaunas vom November 1938 schlug er der Regierung vor, allen Memelländern, die die litauische Souveränität nicht anerkennen wollten, ähnlich wie 1924/25 die Ausreise nach Deutschland zu gewähren oder sie gegen ostpreußische Litauer auszutauschen. Klimas empfahl, dem deutschen Gesandten Zechlin dies deutlich werden zu lassen oder, wenn das nicht ausreiche, öffentlich zu erklären, daß Litauen nicht beabsichtige, dem Beispiel der Tschechoslowakei zu folgen, und „bereit sei auch gegen ein vierfaches Deutschland zu kämpfen!"[76] Aber auch Klimas verlor seine kriegerische Attitude, nachdem die Ergebnisse der Landtagswahlen verkündet worden waren. Schon im Dezember hatte sich der Ton seiner Berichte stark verändert, und er begann zu fordern, die Politik hinsichtlich Memels zu revidieren und sich um den Hafenbau in Šventoji zu kümmern.[77]

Auch einige polnische Diplomaten rieten, hart zu bleiben. So erklärte der stellvertretende polnische Außenminister M. Arciszewski am 12. Dezember 1938 in Warschau dem vorläufigen Botschafter Antanas Trimakas: „Haltet Memel, solange es geht, und macht den Deutschen nicht zu große Zugeständnisse!"[78] Außer diesen Ermutigungen hatte Polen Litauen leider nichts Konkretes zu bieten.

Im Dezember 1938 informierte die litauische Regierung den lettischen und estnischen Vertreter über die Gefahr, die der litauischen Souveränität

---

74 1938.12.09. J. Urbšio telegrama Lietuvos pasiuntinybėms užsienyje (Telegramm von J. Urbšys an die Botschaften im Ausland vom 9.12.1938). Ebenda, S. 89 f.

75 1938.11.20. Dr. V. Kaupo pranešimas J. Urbšiui (Bericht von Dr. V. Kaupas an J. Urbšys vom 20.11.1938). Ebenda, S. 176 f.

76 1938.11.21. P. Klimo pranešimas S. Lozoraičiui iš Paryžiaus (Bericht von P. Klimas an S. Lozoraitis aus Paris vom 21.11.1938). Ebenda, S. 166 ff.

77 1938.12.02. P. Klimo pranešimas S. Lozoraičiui (Bericht von P. Klimas an S. Lozoraitis vom 2.12.1938). Ebenda, S. 130 f.

78 1938.12.15. Dr. A. Trimako pranešimas iš Varšuvos (Bericht von Dr. A. Trimakas aus Warschau vom 15.12.1938). Ebenda, S. 58 f.

in Memel drohte. Am 12. Dezember erklärte der stellvertretende estnische Außenminister Öpik dem litauischen Botschafter Bronius Dailidė ausdrücklich, daß nach Angaben „einer verantwortlichen Person in Berlin" der Anschluß von Memel unausweichlich sei. Laut desselben Gewährsmannes sei das Reich an der litauischen Unabhängigkeit interessiert und werde sogar im Falle der Besetzung des Gebietes im Hafen von Memel völlige Freiheit walten lassen: „Deutschland (bemüht) sich derart um den Anschluß, daß so die Beziehungen zu Litauen nicht zerstört, sondern noch verbessert werden könnten (...)" Es läßt sich unschwer vorstellen, wie erfreulich solch eine Perspektive den litauischen Diplomaten erschien. Darüber hinaus teilte Öpik Dailidė noch mit, der litauische Vorschlag, den Deutschen bezüglich der Statusinterpretation entgegenzukommen, sei abgelehnt und als nicht diskutierbar empfunden worden. Selters, der an dem Gespräch teilnahm, bezweifelte ganz allgemein, „ob es Litauen mit Memel besser ginge". Er verglich die Stadt mit einem von Brand befallenen Bein, das besser amputiert werden müsse, um den restlichen Körper zu retten. Der estnische Außenminister gab zu verstehen, daß Litauen in der entstandenen Situation von keinem, auch nicht von den Signatarstaaten, Hilfe erwarten könne. Er setzte Dailidė „die Meinung aller Esten" über die Memelfrage auseinander: Memel sei für Litauens Existenz gefährlich, behindere die ruhige und normale Entwicklung des litauischen Volkes und Staates und verschlinge zahlreiche Gelder. Zudem verstärke die Frage das Unsicherheitsgefühl Estlands und anderer Kleinstaaten und bedrohe auch deren Unabhängigkeit. Selters empfahl der litauischen Regierung nachdrücklich, das Problem mit Deutschland „endgültig zu regeln".[79]

Am nächsten Tag lud Selters, der augenscheinlich bezweifelte, daß seine Argumente in Kaunas zu Konsequenzen führen würden, den litauischen Botschafter erneut ein und erklärte ihm, ein hoher Vertreter des Auswärtigen Amtes wünsche, daß Estland „die Initiative ergreift und Wege und Möglichkeiten findet, um mit der litauischen Regierung zu sprechen, damit diese sich entscheidet, einen mutigen, klaren, endgültigen und staatlich klugen Schachzug zu tun", d.h. selbst die Rückgabe Memels zu empfehlen. Wenn das geschehe, habe der erwähnte Vertreter gesagt, „werden wir Litauen goldene Brücken bauen!" Selters erklärte, daß er zur Vermittlung bereit sei, wenn die litauische Regierung dies nur wünsche.[80] Dennoch hielt die Regierung Mitte Dezember 1938 eine estnische Vermittlung für unerwünscht.

---

[79] 1938.12.12 ir 1938.12.13. B. Dailidės pranešimai J. Urbšiui (Berichte von B. Dailidė an J. Urbšys vom 12.12.1938 und 13.12.1938). Ebenda, S. 70 ff.

[80] Ebenda.

Lettland sah gleichfalls keine Perspektiven für die Erhaltung Memels. Ende 1938 erklärte Munters bei einem Aufenthalt in London dem Direktor der Zentralabteilung des Foreign Office, Walter Strang, daß in der jetzigen Situation „Litauen Libau benutzen muß und für die Zukunft den Hafen in Šventoji ausbauen soll". Er war der Meinung, daß „die Litauer anstatt Memel zu benutzen und den Deutschen dafür Geld zu geben, diese Summen lieber dem befreundeten Lettland zukommen lassen sollten (...)".[81] So zweifelte der lettische Außenminister nicht am Schicksal Memels und interessierte sich mehr für die ökonomische Seite der Angelegenheit. Es war offensichtlich kein Zufall, daß in den Tagen der Memelkrise, als auch der litauischen Unabhängigkeit reale Gefahr drohte, der lettische Landwirtschaftsattaché Zolmanis in der litauischen Botschaft in London anrief und sich erkundigte, ob es nicht möglich sei, daß, „wenn die Deutschen Litauen besetzen, Litauen seine Baconquote an Lettland weitergibt (...), da wir doch immerhin zu den eigenen Leuten zählen!"[82] Diese „brüderlichen" lettischen Anwandlungen erregten viel Ärger in Kaunas, das beim lettischen Außenministerium wegen der Taktlosigkeit offiziellen Protest einlegte. Die bedeutungslose Episode illustriert die Vorkriegssolidarität der Balten vorzüglich.

Die Haltung der litauischen Regierung bezüglich Memels wurde nicht so sehr von Lettland und Estland beeinflußt, sondern von der Position Großbritanniens und der anderen Signatarstaaten. Aber auch von dieser Seite war kein Trost zu erwarten. Einige Zeit ging es um eine direkte Antwort auf die Frage: „Wie würde sich Großbritannien verhalten, wenn Litauen seine Souveränität im Memelland verteidigt?" L. Collier erklärte am 7. Dezember 1938, daß „die Engländer Litauen nicht mit Waffen verteidigen können, sondern nur mit diplomatischen Schachzügen".[83] Derartige Erklärungen ließen hoffen, daß die Krise vielleicht hinausgeschoben werden konnte, trotzdem warnte Bronius Kazys Balutis die litauische Regierung, daß „die Engländer ihre Finger nicht ins Feuer stecken werden".[84]

---

81 1938.12.06. Lietuvos pasiuntinybės Londone patarėjo H. Rabinavičiaus pranešimas iš Londono (Bericht des litauischen Botschaftsrates H. Rabinavičius in London vom 6.12.1938). Ebenda, S. 119.

82 1938.05.12. E. Turausko instrukcija l.e. Pasiuntinio Latvijoje p. K. Karečkai (Turauskas' Instruktion an den zeitweiligen Botschafter in Lettland, Herrn Karečka vom 12.5.1938). Ebenda, B. 2152, S. 22 f.

83 1938.12.29. H. Rabinavičiaus Pro memoria (H. Rabinavičius' Pro memoria vom 29.12.1938). Ebenda, B. 2048, S. 7.

84 1938.12.20 ir 1938.12.30. B.K. Balučio pranešimas į Kauną (Bericht von B.K. Balutis nach Kaunas vom 20.12.1938 und 30.12.1938). Ebenda, S. 7 u. 33.

In dieser unbestimmten Situation zeigte nur Moskau seine „Besorgnis", und zwar nicht nur bezüglich Memels und Litauens, sondern hinsichtlich des Schicksals aller baltischen Staaten. Am 21. Dezember teilte der sowjetische Außenminister Litvinov dem litauischen Botschafter Jurgis Baltrušaitis mit, daß die Sowjetunion nicht passiver Beobachter der Ereignisse bleiben werde.[85] An welche Aktivitäten man dachte, erläuterte Litvinov allerdings nicht genauer. Was er vorhatte, stellte sich erst heraus, als die UdSSR am 28. März 1939 Lettland und Estland Noten überreichte.

So stand die Regierung vor der Alternative, entweder die Ereignisse laufen zu lassen oder dem Reich entgegenzukommen. Im ersten Fall existierte immerhin ein Fünkchen Hoffnung, daß Hitlers Erklärung, Deutschland habe nach der Sudetenfrage keinerlei territorialen Forderungen mehr an Europa, doch von Bedeutung sei. Im zweiten Fall konnte Litauen nach den Informationen von Selters auf eine größere Kompensation und wirtschaftliche Privilegien im Hafen von Memel hoffen.

Aus politischen und moralischen Gründen wählte die Regierung die erste Variante. Noch Ende 1938 wurde die Entscheidung angenommen. Am 31. Dezember informierte Urbšys den Generalkonsul in Königsberg, Dymša, über die Position der Regierung und erklärte, daß die litauischen Empfehlungen zur Statusinterpretation der Verbesserung der bilateralen Beziehungen und den Normen ihrer Unterhaltung entsprächen. Diese Empfehlungen, die sich auf das Prinzip des *Status quo* stützten, waren laut Urbšys „die äußerste Grenze, die Litauen als unabhängiger Staat beschreiten kann". Würde man versuchen, „weiter zu gehen, (...) würde das als Anschlag auf die litauische Unabhängigkeit und deren territoriale Gesamtheit verstanden werden und in diesem Fall würde sich Litauen mit allen zur Verteidigung stehenden Mitteln zur Wehr setzen".[86] Die Haltung der Regierung wurde auch der Presse mitgeteilt.

War Litauen wirklich zum Kampf bereit? Nach den öffentlichen Erklärungen von Smetona, Urbšys und Raštikis zu urteilen, unter gewissen Umständen ja. Das bestätigt auch das Vorgehen der litauischen Diplomaten in den Krisentagen des März 1939. Noch lange vor der eigentlichen Krise gaben die litauischen Vertreter in London und Paris deutlich zu verstehen, daß, wenn die Zeit käme, gegen die Aggression der Nazis Widerstand zu leisten, Litauen seine Souveränität in Memel mit der Waffe vertei-

---

[85] 1938.12.21. J. Baltrušaičio pranešimas J. Urbšiui (Bericht von Baltrušaitis an J. Urbšys vom 21.12.1938). Ebenda, B. 2115, S. 189 f.

[86] 1938.12.31. J. Urbšio telegrama Lietuvos gen. konsului Kionigsberge (Telegramm von J. Urbšys an den litauischen Generalkonsul in Königsberg vom 31.12.1938). Ebenda, Ap. 4, B. 2048, S. 3.

digen werde. Um die feste Entschlossenheit zum Kampf zu demonstrieren, wurden sogar Anfang März einige Panzereinheiten ins Memelland verlegt. Doch es fand sich keine Kraft in Europa, die Litauen im Kampf um das Memelland unterstützen wollte. Das allein gelassene Litauen hatte von vornherein keine Chance. Die moralische Kapitulation, für die die Signatarstaaten zum großen Teil die Verantwortung trugen, hatte schon vor der Reise Urbšys' nach Berlin stattgefunden.

Die Besetzung der Tschechoslowakei am 15. März 1939 war das letzte Klopfen an die Tür von Memel. Fünf Tage später, auf der Rückreise von Rom nach Kaunas, hielt sich der litauische Außenminister Urbšys in Berlin auf, da er schon vorher von der Regierung beauftragt worden war, die Beziehungen mit Deutschland zu klären. In Begleitung des Botschafters Škirpa kam Urbšys am 20. März ins Auswärtige Amt. Hier erwarteten die beiden litauischen Diplomaten einige Überraschungen. Als erstes wurde der Botschafter nicht in Ribbentrops Arbeitszimmer gelassen. Man bat ihn, bis zum Ende des Gesprächs vor der Tür zu warten. Die zweite Überraschung war noch merkwürdiger, ja sogar bedrohlich. Kaum hatte Urbšys das Arbeitszimmer betreten, schloß der Hausherr die Tür zu und steckte den Schlüssel in die Tasche.[87]

Das Gespräch zwischen den beiden Ministern ist in der historischen Literatur detailliert beschrieben worden, weswegen die Aufmerksamkeit des Lesers nur darauf gelenkt sei, daß das Treffen so verlief, wie es traditionell zwischen einem Reichsvertreter und einem litauischen Vertreter zu sein pflegte, was bedeutet, daß von Ribbentrop einen langen Monolog hielt und Urbšys nicht einmal Luft holen ließ. Dem litauischen Außenminister blieb nur übrig, auf die Fragen kurz mit „ja" oder „nein" zu antworten. Dieses Mal beendete von Ribbentrop seinen Monolog mit der Kierkegaardschen Formel „entweder-oder". Entweder gebe Litauen das Memelland an das Reich zurück, oder die Wehrmacht marschiere ein. „Die Lage im Memelland ist so, daß dort jede Minute deutsches Blut vergossen werden kann. Wenn dann die deutsche Wehrmacht nach Litauen einmarschiert, kann keiner vorher sagen, wo sie stehenbleibt (...)", sagte der Reichsaußenminister.[88] Das war ein Ultimatum. Wie auch dem tschechoslowakischen Präsidenten Hacha wurde Urbšys eine direkte Telefonverbindung zu seiner Regierung angeboten. Doch im Gegensatz zu dem Kollegen in Prag ließ sich der litauische Außenminister nicht auf die Erpressung ein und verweigerte das Angebot mit der Begründung, daß er über

[87] Raštikis, Įvykiai (wie Anm. 70), S. 378.
[88] Urbšys, Lietuva (wie Anm. 8), S. 11.

keine Vollmacht für derartige Entscheidungen bezüglich Memels verfüge. Zum Schluß warnte der Reichsminister noch mit drohender Stimme, nicht bei den Signatarstaaten um Unterstützung nachzusuchen.

Noch vor der Abreise Urbšys' nach Kaunas fand in der litauischen Botschaft in Berlin eine erste Beratung statt, an der außer Urbšys und Škirpa noch der ehemalige Botschafter in der Tschechoslowakei, Edvardas Turauskas, und der Militärattaché in Deutschland, Oberst Grinius, teilnahmen. Alle verstanden den Ernst der Lage. Es herrschte kein Zweifel darüber, daß Deutschland im Fall einer litauischen Weigerung seine Waffendrohung realisieren werde. Andererseits konnte man angesichts des tschechoslowakischen Präzedenzfalles keinerlei Hoffnung auf die Hilfe der Signatarstaaten hegen. Immerhin wurde beschlossen, ungeachtet der Ribbentropschen Drohung die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs vertraulich über den Inhalt des Ultimatums zu informieren, was unter größten Vorsichtsmaßnahmen geschah. Turauskas wurde nach Warschau geschickt, wo er sich mit den Botschaftern der Signatarstaaten der Memelkonvention treffen sollte, und Oberst Grinius bekam die Anweisung, die Engländer und Franzosen über deren Militärattachés in Berlin zu informieren. Mit dem gleichen Ziel wurde die Sekretärin der Botschaft, Gerutienė, auf diskrete Weise mit diplomatischer Post zu Klimas nach Paris geschickt. Turauskas übernahm eine besonders verantwortungsvolle Mission. Ohne die Vollmacht der Regierung (zu deren Einholung vermutlich die Zeit nicht ausreichte) handelte er so, wie es in der Sitzung am 20. März in der litauischen Botschaft in Berlin beschlossen worden war. Bei dem Treffen mit dem französischen Botschafter Leon Noël unterstrich Turauskas, daß er zwar nicht bevollmächtigt sei, im Namen der Regierung zu sprechen, und erklärte, daß er den Signatarmächten ein Zeichen gegeben habe, daß Litauen Memel verteidigen werde.[89] Noël versprach, die Erklärung nach Frankreich weiterzuleiten. Das war alles, was er tun konnte. Ähnlich endete auch die Begegnung mit dem englischen Botschafter. Šaulys versuchte noch, Beck zu treffen, wurde aber nicht vorgelassen. Oberst Grinius handelte analog, als er die Militärattachés von Großbritannien, Frankreich und Polen darüber informierte, daß die Entscheidung Litauens für oder gegen Widerstand von der Antwort ihrer Regierungen abhänge.[90]

---

[89] Turauskas, Lietuvos (wie Anm. 8), S. 31; Leon Noël, Agresja Niemiecka na Polsce (Die deutsche Aggression in Polen). Warszawa 1968, S. 266.

[90] Raštikis, Įvykiai (wie Anm. 70), S. 379.

Auf die Sondierung der litauischen Diplomaten hinsichtlich Unterstützung und Ermutigung antworteten die Signatarstaaten „Non possumus". Am 22. März 1939 bekundete Lord Halifax dem Vertreter der litauischen Regierung, Balutis, gegenüber sein Beileid und fügte hinzu, daß es nach seiner Meinung mit jedem nur erdenklichen Staat möglich gewesen wäre, die Angelegenheit zu regeln, nur nicht mit Deutschland.[91]

In diesen kritischen Tagen sondierte die Regierung auch die Haltung der Sowjetunion. Aus Vorsichtsgründen geschah das auf Umwegen. Der Premierminister Vladas Mironas bat den Leiter der Kanzlei des Ministerrates, Mykolas Žilinskas, „äußerst vorsichtig und rein persönlich" über den sowjetischen Botschafter in Kaunas, Nikolaj Pozdniakov, Erkundigungen einzuziehen, ob die UdSSR Litauen für den Fall des Widerstandes gegen Deutschland militärische Unterstützung leisten werde. Nicht zufällig wurde Žilinskas ausgewählt. Mironas war über die recht freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Kanzleileiter und dem Botschafter sowie über deren gemeinsame Jagden informiert. Andererseits war die Angelegenheit eilig und vertraulich, ein persönlicher Kontakt versprach daher den größten Erfolg. Pozdniakov versprach Žilinskas, am nächsten Tag „etwas Prinzipielles mitzuteilen". Zweifellos mußte er Rückfrage in Moskau halten. Am folgenden Tag besuchte der Gesandte das Anwesen von Žilinskas in Abromiškės und übergab ihm während eines Spazierganges durch den Park die Antwort Moskaus: „Jetzt gebt Memel zurück. Es kommt eine Zeit, da werden wir es euch zurückgeben und Königsberg noch hinzufügen (...)"[92] Man kann Žilinskas zustimmen, daß die Antwort des sowjetischen Botschafters keinesfalls naiv war; sie bezeugte, daß die UdSSR zum Krieg rüstete und eigene Vorstellungen über ein Nachkriegseuropa hegte.

Während Urbšys seine Unterredung mit von Ribbentrop hatte, nahmen Wehrmachtseinheiten bereits ihre Ausgangsposition zum Angriff auf Litauen ein. In dieser Situation konnte schon keine Rede mehr davon sein, ob Litauen Memel zurückgeben wollte oder nicht. Die Stunde X schwebte wie ein Damoklesschwert über Litauen. In Kaunas verstand man sehr gut, daß eine bewaffnete Auseinandersetzung mit Deutschland nicht nur eine territoriale Einbuße, sondern auch den Verlust der Unabhängigkeit zur Folge haben konnte. Am 21. März wurde auf der Regierungssitzung beschlossen, das Ultimatum als unausweichlich und widerstandslos anzunehmen. Später schrieb Urbšys, daß die Regierung bei diesem Beschluß

---

[91] Turauskas, Lietuvos (wie Anm. 8), S. 32.
[92] Tiesa vom 14. Juni 1989.

„auch die große Unbeständigkeit der internationalen Lage im Blick gehabt habe, die gestattete, den Raub des Territoriums für zeitweilig anzusehen, da sich das Rad der Geschichte rasch dreht und das Hitlerreich an sein Ende geraten wird".[93] Am gleichen Abend noch gab die litauische Nachrichtenagentur (ELTA) ein Kommuniqué heraus, das den Zwangscharakter der Überlassung des Memellandes und die Tatsache unterstrich, daß das Recht auf litauischer Seite sei. Als Zechlin davon erfuhr, zwang er die Regierung in der Nacht vom 21. zum 22. März, den Text zurückzuziehen.

Am 22. März reiste Urbšys mit einer Linienmaschine nach Berlin, um den Vertrag mit Deutschland zu unterzeichnen. Am gleichen Tag lief der Kreuzer „Deutschland" mit Adolf Hitler an Bord, begleitet von einer ganzen Armada, aus und setzte Kurs in Richtung Memel. Bereits auf hoher See erhielt der „Führer" ein Telegramm mit der Nachricht über Litauens Kapitulation. In Memel erwarteten den von der Seekrankheit arg mitgenommenen „Führer" jubelnde Massen und ein großes Programm. Der Auftritt auf dem Theaterplatz glich dem Triumphzug eines römischen Feldherrn. Doch zur großen Enttäuschung der einheimischen Nationalsozialisten verbrachte Hitler nur wenige Stunden in der Stadt.

Währenddessen bereitete das Auswärtige Amt den Text für den Vertrag zwischen Deutschland und Litauen vor. Da die prinzipielle Frage schon geklärt war, bemühten sich die Deutschen, laut Urbšys, um den Anschein „normaler Verhandlungen". Am 22. März um Mitternacht wurde der „Staatsvertrag zwischen der Republik Litauen und Deutschland über die Übergabe des Memellandes" unterzeichnet. Der Vertrag bestand aus fünf kurzen Artikeln und einer Anlage zum Artikel 3. Außer der Übergabe des Memellandes enthielt er noch zwei wichtige Aspekte, nämlich die Verpflichtung Deutschlands, Litauen eine Freihandelszone im Hafen von Memel zu gewähren (Artikel 3 und Anlage), und eine Nichtangriffsklausel (Artikel 4). Dennoch waren diese Artikel ein schwacher Trost, da der Verlust, den Litauens Wirtschaft durch die Einbuße des Memellandes erlitt, kaum mit den Verlusten der Kriegszeit zu vergleichen ist.[94]

Die Opposition (wie auch die Mehrzahl der Regierungsmitglieder) betrachtete den Vertrag vom 22. März „nicht als Rechtsakt, sondern als Unrechtsakt". Premierminister Mironas wurde beschuldigt, die litauische

---

[93] Urbšys, Lietuva (wie Anm. 8), S. 13.

[94] Im Memelland, in dem nur 6% aller Einwohner Litauens lebten, wurden 27% der gesamten litauischen Industrieproduktion erzeugt, hier konzentrierte sich fast die gesamte Zellulose- und Baumwollindustrie. Über den Hafen von Klaipėda (in den 40 Mio. Litas investiert worden waren) wurden 80% des litauischen Außenhandels abgewickelt etc.

Verfassung verletzt und die Memelkonvention gebrochen zu haben.[95] Am 23. März wurde sein Kabinett zum Rücktritt gezwungen.

Leider erlitt Litauen nicht nur politische und wirtschaftliche Verluste. Zum zweiten Mal innerhalb eines kurzen Zeitraums befand sich Litauen am Rand des Abgrunds. Wie im Frühjahr 1938 stand nicht nur das Ansehen des Staates, sondern auch seine Existenz auf dem Spiel. Die Memelkrise drückte schwer auf die Stimmung der Bevölkerung. Hatte man zur Zeit des polnischen Ultimatums in der Gesellschaft und beim Militär feste Entschlossenheit zur Verteidigung der litauischen Unabhängigkeit spüren können, war diese in den Märztagen 1939 und vor allem danach gewichen. Die litauische Gesellschaft durchlebte einen Schock, von dem sie sich bis zur sowjetischen Okkupation nicht erholte.

Bald stellte sich auch heraus, daß der Vertrag vom 22. März 1939 nicht mehr als ein Stück Papier war, da Deutschland ohne Rücksicht auf Artikel 4 Litauen dem sowjetischen „Schutz" übergab: der Okkupation und Annexion im Sommer 1940.

[95] Im März 1939 galt die 1938 angenommene Konstitution, die zur Zeit der Vertragsunterzeichnung mit Deutschland weder außer Kraft gesetzt noch modifiziert worden war. Nach den Festlegungen dieser Konstitution war die Abtrennung des Memellandes vom litauischen Staat unmöglich. Kein kompetentes Organ konnte dieses Gebiet ohne Verfassungsänderung abtrennen. Da es jedoch geschehen war, wurde Mironas des Verfassungsbruchs beschuldigt. Genauso scharf wurde er wegen der Verletzung des Memelstatuts kritisiert, da es dort im Artikel 15 heißt, daß „die souveränen Rechte des Memellandes oder deren Ausübung nicht ohne Zustimmung der Signatarstaaten übergeben werden dürfen" etc.

Das Wilna-Problem in der polnischen Außenpolitik 1918–1939

von Piotr Łossowski

Die Bedeutung des Wilna-Problems in der Außenpolitik der zweiten polnischen Republik trat deutlich vor dem Hintergrund des polnisch-litauischen Konflikts hervor. In dieser Frage hatte die polnische Diplomatie Ganzheit und Integrität des Staates gegen Territorialansprüche eines Nachbarn zu verteidigen. Da die Standpunkte beider Seiten, Polens und Litauens, sich wechselseitig ausschlossen, zog sich die Auseinandersetzung über Jahre hin und nahm an Schärfe zu. Sie bildete einen gefährlichen Brandherd im östlichen Mitteleuropa, weckte die Aufmerksamkeit der Politiker, Diplomaten und Publizisten und zog später das Interesse der Forscher auf sich. Gewiß erschöpfte sich die Gesamtheit jener Schwierigkeiten, die mit dem polnisch-litauischen Konflikt zusammenhingen, nicht in der Wilna-Frage. Sie war aber unlösbar in den Zusammenhang eingebunden und stellte eines seiner Hauptprobleme dar.

Die polnische Haltung gegenüber Litauen wurde bereits in einer Äußerung Józef Piłsudskis vom 18. Dezember 1918 deutlich. An eine Delegation von Litauern gewendet, sagte er, daß er nichts dagegen habe, wenn ein unabhängiger litauischer Staat entstehe. Er forderte allerdings, daß die Litauer ihre Ansprüche auf das ethnographische Litauen beschränkten, weil zum historischen Litauen unzweifelhaft polnische Gebiete gehörten.[1] Mit anderen Worten: Er gab zu verstehen, daß nur ein föderativ mit Polen verbundenes Litauen auf den Besitz Wilnas zählen könne. Andernfalls werde es sich auf rein ethnographische Territorien beschränken müssen.

Piłsudskis Haltung war insoweit begründet, als sogar die in den Jahren 1916/17 von den Deutschen durchgeführte Volkszählung für die Stadt Wilna 54% Polen, 41% Juden und nur 2,1% Litauer nachwies. Das betraf auch die nächste Umgebung der Stadt. Der Volkszählung nach gab es im Wilnaer Kreis mit 63 000 Einwohnern 56 000 Polen und 2 700 Litauer.[2]

Die unterschiedliche Haltung Polens und Litauens zeigte sich in vollem Umfang schon bei der Pariser Friedenskonferenz. Am 28. Februar 1919

---

1 J. Piłsudski, Pisma zbiorowe (Gesammelte Werke). Bd. 5, Warszawa 1937, S. 42.

2 P. Łossowski, Stosunki polsko-litewskie 1918–1920 (Die polnisch-litauischen Beziehungen 1918–1920). Warszawa 1966, S. 20.

überreichte der polnische Vertreter Roman Dmowski dem Forum eine Note, die die Eingliederung des gesamten litauischen Staates in den polnischen Staat forderte. In einem Schreiben an die Friedenskonferenz vom 3. März erklärte Dmowski: „Das Gebiet mit litauischer Sprache sollte als ein gesondertes Land in die Grenzen des polnischen Staates eingegliedert werden."[3]

So weit ging Piłsudski nicht. Konsequent hielt er sich an seine im Dezember 1918 festgelegte Haltung. Vor dem Beginn der Offensive gegen Wilna, im April 1919, schickte er eine Delegation nach Kaunas, die der litauischen Regierung die Erneuerung der Union und eine Wiederherstellung des ehemaligen Großfürstentums Litauen offiziell anbot. Der Vorschlag wurde abgelehnt. Trotzdem ließ Piłsudski nach der Befreiung Wilnas aus der Hand der Bolševiki einen Aufruf „An die Bevölkerung des ehemaligen Großfürstentums Litauen" verbreiten, in dem er zusagte, daß die Bewohner über ihre Zukunft selbst entscheiden sollten. Ihre in demokratischen Wahlen berufenen Vertreter würden über die Lösung innerer, nationaler und religiöser Angelegenheiten entscheiden.[4] Nach der Eroberung Wilnas stoppte er den Vormarsch des polnischen Heeres nach Westen, so daß das ethnographische Litauen nicht besetzt wurde. Zwischen dem polnischen und litauischen Heer wurde eine Demarkationslinie festgelegt.

Als Roman Dmowski, der Führer der polnischen Nationaldemokraten, von der Einnahme ganz Litauens sprach, bestanden auch von seiten Litauens sehr weitreichende territoriale Ansprüche. Am 24. März 1919 trat in Paris Augustinas Voldemaras mit einer Note an den Vorsitzenden der Friedenskonferenz heran, die Ansprüche auf die Rückforderung verschiedener Gebiete enthielt. Die Note umfaßte folgende Gouvernements: Wilna, Kowno, Grodno und Suwalki sowie einen Teil Kurlands und Ostpreußens. Insgesamt forderte Litauen ein Gebiet von etwa 125 000 km², mit einer Bevölkerungszahl von 6 Millionen.[5] Auf diesem Territorium waren kaum ein Drittel der Bewohner Litauer.

Aufgrund der großen Unstimmigkeiten ist es nicht verwunderlich, daß die mehrmals aufgenommenen Verhandlungen erfolglos blieben. Am Ende beschränkte sich die litauische Haltung auf die entschlossene Forde-

---

3 R. Dmowski, Polityka polska i odbudowanie państwa (Die polnische Politik und der Wiederaufbau des Staates). Warszawa 1925, S. 624.

4 K. Kumaniecki, Odbudowa państwowości polskiej. Najważniejsze dokumenty 1912 – styczeń 1924 (Der Wiederaufbau des polnischen Staatswesen. Die wichtigsten Dokumente 1912 – Januar 1924). Warszawa/Kraków 1924, S. 172 f.

5 Documents diplomatiques, Conflict polono-lithuanien, Question de Vilna 1918–1924. Kaunas 1924, Dokument 3, S. 5 ff.

rung, Wilna einzugliedern, bei der gleichzeitigen Weigerung, wieder Beziehungen zu Polen aufzunehmen. Abgesehen von der extremen Haltung Dmowskis reduzierte sich die Position der polnischen Regierung auf eine Anerkennung des eingetretenen Status quo durch die Litauer. Die Abtretung Wilnas wurde von dem Einverständnis für eine Föderation abhängig gemacht. Die polnische Seite war insoweit in einer besseren Situation, als die Stadt selbst in ihrer Hand war.

Aber schon im nächsten Jahr änderte sich die Situation vollständig. Infolge der Offensive der sowjetischen Armee im Juli 1920 wurden die polnischen Truppen zum Rückzug gezwungen. Litauen schloß jetzt einen Friedensvertrag mit Rußland, in dem vereinbart wurde, daß die sowjetische Seite Litauen nicht nur Wilna abgab, sondern auch Braclaw, Lida und Grodno, also Gebiete, in denen fast keine litauische Bevölkerung lebte. Der scheinbaren Großzügigkeit der sowjetischen Regierung lagen zwei Motive zugrunde: Rußland wollte Litauen auf seiner Seite in den Krieg einbeziehen und war überzeugt, im Falle eines Sieges Litauen sowieso in die Hand zu bekommen. Letztlich verletzte Litauen seine neutrale Haltung im laufenden Krieg, was sich am deutlichsten im aktiven Eingreifen litauischer Truppen gegen die sich aus der Wilnaer Region zurückziehende polnische Armee zeigte. Die sowjetischen Machthaber gaben den Litauern Wilna jedoch nicht sofort zurück. Die Übergabe der Stadt erfolgte erst am 26. August 1920 — zu einer Zeit, als die geschlagene sowjetische Armee sich schon von Warschau zurückzog.

Die polnische Regierung erkannte den litauisch-sowjetischen Vertrag nicht an, mußte sich jedoch im belgischen Spa, da sie von den Westmächten Hilfe im Krieg gegen die Bolschewisten suchte, den Alliierten gegenüber zur Bereitschaft verpflichten, „die Entscheidung des Höchsten Rates über die litauischen Grenzen zu akzeptieren".[6] Diese Verpflichtung wirkte sich auf das weitere Verhalten der Regierung in der Wilna-Frage aus. Als nach der gewonnenen Schlacht an der Memel die polnische Armee das Operationsfeld der litauisch-weißrussischen Gebiete betrat, stellte sich für Marschall Piłsudski die Frage nach dem Wie der Rückgewinnung Wilnas — nur nach dem Wie, denn der Sachverhalt an sich ließ keinen Zweifel. Józef Piłsudski war von der Notwendigkeit einer Rückeroberung Wilnas überzeugt, da die Stadt seinerzeit durch die Kriegsgeschehnisse unter Zwang verlassen werden mußte und darüber hinaus Litauen die Zusage seiner Neutralität im polnisch-sowjetischen Krieg nicht eingehalten hatte.

---

6 Kumaniecki, Wiederaufbau (wie Anm. 4), S. 291 f.

Eine Schwierigkeit bildeten jedoch die in Spa eingegangenen Verpflichtungen. In dieser Situation beschloß Piłsudski, sich einer Täuschung zu bedienen und gegenüber den Westmächten eine angebliche Meuterei jener Teile der polnischen Armee, deren Soldaten aus litauischen Gebieten stammten, vorzuschieben. Eine solche Aktion wurde unter der Leitung des Generals Lucjan Żeligowski vorbereitet und führte am 9. Oktober 1920 zur Besetzung Wilnas. Auf dem besetzten Territorium gründete General Żeligowski einen Quasi-Staat mit dem Namen Mittellitauen. Politisch versuchte sich Polen der Verantwortung für die Wilna-Aktion Żeligowskis zu entziehen, gab aber gleichzeitig zu verstehen, daß der General durch die polnische Regierung gedeckt sei. Mit dem darin liegenden Widerspruch kam man kaum zurecht.

In Piłsudskis Konzept war Mittellitauen als Trumpfkarte für die Verhandlungen mit Litauen gedacht. In Polen hoffte man, die Litauer würden für das Angebot, Wilna zurückzugeben, der Föderation bzw. einer anderen Verständigungs- oder Kompromißform zustimmen. Man begegnete aber, ähnlich wie früher, einer unnachgiebigen Haltung. Es kam lediglich am 29. November zu einem Waffenstillstand. Die späteren Gespräche, die zuerst nur zwischen den beiden Staaten, dann unter Vermittlung des Völkerbundes geführt wurden, endeten ebenfalls erfolglos. Unter diesen Umständen reifte auf polnischer Seite der Entschluß, die Frage der Zukunft Wilnas einseitig und ohne Rücksicht auf Litauen zu lösen. Es wurde beschlossen, Wahlen zum Wilnaer Sejm, der über die Zukunft der Region entscheiden sollte, in Mittellitauen durchzuführen. Die polnische Seite bemühte sich, die Wahlen möglichst frei und ohne Druck abzuhalten. General Żeligowski verließ aus diesem Grund mit seinem Heer das der Abstimmung unterliegende Gebiet. Mit der Durchführung der Wahlen beauftragte Polen eine Gruppe bewährter Personen mit dem Generalkommissar Zygmunt Zabierzowski an der Spitze. Alle Nationalitätengruppen bekamen die Möglichkeit, ihre Kandidaten vorzuschlagen. Manche litauischen Funktionäre jedoch riefen zu einem Wahlboykott auf. Sie bemühten sich, auch andere nationale Minderheiten zur Verweigerung der Stimmabgabe zu veranlassen. Da die Teilnahme an den Wahlen freiwillig war, befolgte ein Teil der Minderheiten den litauischen Aufruf.

Die litauischsprachige Bevölkerung nahm nur in geringem Umfang an den Wahlen teil (8,2% aller Wahlberechtigten). Nicht groß war ebenfalls die Beteiligung der Juden (15,3%). Dagegen gingen 41% der Weißrussen sowie 66% der Karaimer und Tataren zu den Urnen. Die Wahlbeteiligung der polnischen Bevölkerung, die die Mehrheit bildete, war desgleichen sehr stark. Im Endergebnis zeigte sich, daß 64,4% aller Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht hatten. Die Wahlbeteiligung war

damit insgesamt sehr groß.[7] Der neu gebildete Wilnaer Sejm sprach sich am 20. Februar 1922 für die Eingliederung Wilnas und des umliegenden Gebietes nach Polen aus. Dieser Entscheidung stimmte der polnische gesetzgebende Sejm in Warschau am 24. März des Jahres zu. Die litauische Regierung dagegen verlieh ihrem Protest energisch Ausdruck, indem sie die Wahlen und die Entscheidungen des Wilnaer Sejm nicht anerkannte.

Daher bemühte sich die polnische Seite in der Wilna-Frage um internationale Sanktionen, um den Status quo sowie die geschaffenen und vollendeten Tatsachen beibehalten zu können. Litauen gegenüber bemühte man sich um Verständigung und Herstellung regulärer diplomatischer Beziehungen, jedoch unter der Bedingung, daß es den derzeitigen Zustand anerkennen sollte. In einem Schreiben an den Ratsvorsitzenden des Völkerbundes, Paul Hymans, stellte der polnische Außenminister Konstanty Skirmunt am 23. Januar 1922 fest: „Conformemant aux désires du Conseil le Gouvernement Polonais ne manquera pas de renouveler au Gouvernement Lithuanien la proposition d'établir immédiatement entre les deux Gouvernements des relations diplomatiques et consulaires, qui ne peuvent que contribué désormais de la façon la plus effective à consolider les rapports pacifiques de bon voisinage si justement recommandés aux deux Gouvernements par le Conseil."[8]

Ähnliche politische Schritte wurden auch direkt an Litauen gerichtet. Dabei hielt man sich an folgende Regel: „Unsererseits nehmen wir, zumindest vorläufig, die Frage Wilnas aus dem Bereich der polnisch-litauischen Beziehungen heraus und streben nach einer Verständigung mit Litauen auf der Grundlage der gemeinsamen Interessen zweier benachbarter Staaten. Zur Zeit bestehen keine Chancen für eine solche Verständigung. Da wir jedoch immer energischer unsere Bereitschaft dazu hervorheben, schaffen wir eine für uns bequemere Situation, um in der Frage Wilnas zu gewinnen."[9]

In der oben dargestellten Haltung zeigten sich im Vergleich zu der vorherigen Zeit neue Faktoren. Die Hoffnung auf Gründung einer Föderation mit Litauen wurde immer weiter hinausgeschoben, in den Vordergrund trat jetzt die Frage nach einer Regelung der gegenseitigen staatlichen Beziehungen, dies aber auf der Grundlage des nun geschaffenen Status

---

7 Wybory do sejmu w Wilnie, 8 stycznia 1922. Oświetlenie akcji wyborczej i jej wyników na podstawie źródeł urzędowych (Wahlen zum Sejm in Wilna, 8. Januar 1922. Die Beleuchtung des Wahlkampfes und seiner Ergebnisse aufgrund der offiziellen Quellen). Wilno 1922, S. 23 ff.

8 Archiwum Akt Nowych (Archiv Neuer Akten) (AAN), Zespół ambasady Londyn (Fonds der Botschaft London), Bd. 721, S. 6.

9 AAN Ambasada Paryż (Botschaft Paris), Bd. 119, S. 7.

quo. Sehr deutlich wurde das in einem 1922 vom polnischen Außenministerium verfaßten Memorandum unter dem Titel „Das Programm der polnischen Politik gegenüber dem gegenwärtigen litauischen Staat". In der Ausarbeitung mit Weisungscharakter war unter anderem zu lesen: „Man soll jede Anstrengung unternehmen, um zu Litauen diplomatische Beziehungen herzustellen. Die ‚de jure' Anerkennung Litauens ist der Preis, der gezahlt werden muß, um konsularische Beziehungen herstellen zu können." Weiter wurde festgestellt: „Es könnten zur Zeit folgende reale Vorschläge an die litauische Hauptstadt Kaunas gerichtet werden:

a) De jure Anerkennung Litauens als Gegenleistung zur Herstellung der diplomatischen Beziehungen (mindestens Konsulate),
b) gegenseitige Förderung des privaten Handels zwischen Polen und Litauen."

Zum Konflikt um Wilna heißt es eindeutig: „Das Thema Wilna ist nicht nur aus den Verhandlungen mit Litauen herauszuhalten, sondern es soll auch weder daran erinnert noch durch Repressalien gegen Litauer in diesem Gebiet Salz in die Wunden gestreut werden."[10]

Dieser Haltung lag das Bestreben nach einer möglichst schnellen rechtmäßigen Anerkennung des politischen Status quo zugrunde. Das anzustrebende Ziel faßte Stanisław Baczyński 1938 in internen Ausarbeitungen des Außenministeriums folgendermaßen zusammen: „Litauen hatte im politischen Spiel dem Völkerbund gegenüber alles zu gewinnen, Polen konnte nur verlieren, da es das ganze zurückgewonnene Land unter seiner Macht beließ. Der einzige Gewinn und damit das Ziel der polnischen Politik war unter diesen Bedingungen eine Veränderung der Lage aus einer Situation du fait in eine du droit." Diesem Punkt waren die gesamten Bemühungen der polnischen Seite untergeordnet.[11]

Wegen des entschlossenen Widerstandes der litauischen Seite war die Aufgabe nicht leicht zu bewältigen. Dennoch wurde an beruhigenden Erklärungen Litauen gegenüber nicht gespart. Minister Skirmunt erklärte am 22. Mai 1922 in der Sitzung des Sejm: „Als Antwort auf unbegründete Drohungen des Delegierten Litauens sage ich, daß Polen — gemäß der vor dem Rat des Völkerbundes eingenommenen Verpflichtung — Litauen nicht überfallen wird. Wir sind immer bereit, mit der litauischen Regierung direkte Verhandlungen aufzunehmen, um die Beziehungen im Sinne einer guten Nachbarschaft zu regeln."[12]

---

10 AAN (wie Anm. 8), Bd. 347, S. 62f.

11 S. Baczyński, Litwa-Polska 1914–1927. Opracowanie (Litauen-Polen 1914–1927. Abhandlung). Warszawa 1938, Manuskript. AAN, Sammlung Nr. 6, S. 241.

12 K. Skirmunt, Exposé na posiedzeniu sejmowym 31.05.1922 (Exposé der Sejm-Sitzung am 31.05.1922). Warszawa 1922, S. 12.

Der Nachfolger Skirmunts, Gabriel Narutowicz, nahm eine ähnliche Haltung ein. Er legte vor allen Dingen Wert darauf, daß die polnische Regierung angesichts der Entscheidung des Wilnaer Sejm der Meinung sei, die Frage der Zugehörigkeit Wilnas zu Polen bereits endgültig geklärt zu haben. „Die Frage Wilnas", sagte er in einem Presseinterview am 25. Juli 1922, „sollte nicht Gegenstand von Tagungen auf internationaler Ebene sein. Das Schicksal der Region Wilna ist durch den Volkswillen definitiv besiegelt."[13]

Die Haltung der litauischen Seite war ähnlich entschlossen und unversöhnlich. Polnische Vorschläge, Verbindung zueinander aufzunehmen, und das Lockmittel einer rechtsverbindlichen Anerkennung Litauens machten in Kaunas keinen Eindruck. Unerschütterlicher Grundsatz war, daß keine litauische Regierung, die auf Wilna verzichtete, länger als einen Tag an der Macht bleiben würde.[14]

Die Politik der litauischen Machthaber stand im Gegensatz zum Verhalten der polnischen Seite. Je lauter in Warschau erklärt wurde, die Wilna-Frage sei kein internationales Problem, desto stärker bemühte man sich in Kaunas, bei jeder Gelegenheit öffentlich an das Thema zu erinnern und hervorzuheben, daß die Frage weiterhin offen und ungeklärt sei.

Wenn man tiefer in die Problematik eindringt, erweist es sich, daß für die litauischen Politiker die Situation eines andauernden Konflikts mit Polen sogar gewisse Vorteile bot. Dies wird in vielen Quellen bestätigt, unter anderem in den Worten von Aleksandras Merkelis, dem Sekretär des Präsidenten Smetona, der nach Jahren schrieb: „Aus der Tatsache, daß Litauen mit Polen keine Beziehungen unterhielt, hatte es mehr Nutzen als Schaden. Bevor eine Generation mit einem starken Nationalbewußtsein aufwuchs, wurde die polnische Überflutung gestoppt. Diplomatische Beziehungen hätten der Wirtschaft Litauens wenig genutzt. An das Fehlen bilateraler Beziehungen mit Polen hatte man sich schon so gewöhnt, daß es eigentlich selbstverständlich und natürlich zu sein schien und anders nicht vorstellbar war."[15]

Weil es unmöglich war, sich mit der litauischen Seite zu verständigen, blieb der polnischen Regierung nur übrig, unter Vermittlung dritter Staaten zu handeln. Das war nötig, um die Einwilligung und Sanktionierung

---

[13] T. Hołówko, Prezydent Gabriel Narutowicz. Życie i działalność (Präsident Gabriel Narutowicz. Leben und Tätigkeit). Warszawa 1924, S. 125 f.

[14] A. E. Senn, The Great Powers, Lithuania and the Vilna Question 1920–1928. Leiden 1966. S. 104.

[15] A. Merkelis, Antanas Smetona. Jo visuomenine, kulturine ir politine veikla (Antanas Smetona. Seine Tätigkeit in Gesellschaft, Kultur und Politik). New York 1964, S. 493 f.

der Westmächte für die Eingliederung Wilnas in polnisches Staatsgebiet zu erhalten. Dabei handelte es sich um eine wichtige außenpolitische Aufgabe, um die sich die polnischen Diplomaten besonders seit Ende 1922 bemühten. Zu Beginn des Jahres 1923 beschloß Warschau, die willkürliche litauische Besetzung von Memel auszunutzen, um die Zustimmung zur endgültigen Einvernahme Wilnas zu erreichen. Unmittelbar nach dem litauischen Überfall wurde vor der Konferenz der Botschafter ein Protest gegen die Verletzung der Rechte Polens auf Nutzung eines freien Hafens in Memel überreicht und die juristisch verbindliche Anerkennung der polnisch-litauischen Grenze gefordert.

In London gab man zu verstehen, daß Großbritannien bereit sei, für die Anerkennung der östlichen Grenzen des polnischen Staates zu sorgen. Eine große Rolle spielte ebenfalls die Initiative der italienischen Regierung, die am 30. Januar 1923 vorschlug, daß die Botschafter-Konferenz die Memel-Frage nach der der polnischen Ostgrenzen untersuchen und diese endgültig klären solle. Der polnischen Diplomatie gelang es unterdessen (3. Februar) jedoch, die Einwilligung des Völkerbundes zu erhalten, den zwischen Polen und Litauen noch bestehenden neutralen Streifen zu teilen. Ein solcher Schritt wäre gleichbedeutend mit einer Anerkennung der Grenzen zwischen beiden Ländern gewesen.

Die polnische Regierung beschloß, andere Länder weiterhin unter Druck zu setzen, um die Angelegenheit endgültig zu klären. Der Sejm betonte am 12. Februar 1923 in einem Beschluß, die Anerkennung der polnischen Ostgrenzen sei eine politische Notwendigkeit und zugleich Bedingung für den Frieden insgesamt. Die polnische Regierung ihrerseits wandte sich am 15. Februar an die Botschafterkonferenz und verlangte offiziell, den Artikel 87 des Versailler Vertrags anzuwenden, in dem stand: „Polnische Grenzen, die in diesem Vertrag nicht festgelegt wurden, werden später durch die verbündeten und vereinigten Hauptmächte festgelegt."[16]

Die polnischen Bemühungen endeten erfolgreich. Am 14. März 1923 fiel die Entscheidung der Botschafterkonferenz, und am 15. März erfolgte die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum Versailler Vertrag. Darin wurde die Grenze Polens zu Rußland und Litauen bestätigt. Das war ein großer Erfolg der polnischen Diplomatie; der polnisch-litauische Konflikt um Wilna verlor damit an internationalem Interesse. Zugleich entstand eine neue Situation im Bereich der polnisch-litauischen Beziehungen.

[16] Tekst Traktatu (Vertragstext), in: Dziennik Ustaw RP (Gesetzblatt der Republik Polen), 26.04.1920, Nr. 35, S. 63.

Die litauische Regierung war sich der Lage bewußt. Dennoch versuchte sie zu protestieren und die Diskussion über die Wilna-Frage auf die Ebene des Völkerbundes zu bringen. Das Sekretariat des Völkerbundes stellte in einer Erklärung vom 27. März aber eindeutig fest, daß der Entschluß der Botschafterkonferenz „dem System der am 8. Oktober 1920 begonnenen provisorischen Abgrenzungen ein Ende bereitet". Von diesem Zeitpunkt ab seien Verhandlungen seitens des Völkerbundes nicht mehr erforderlich. Angesichts des weiteren Drucks erklärte am 21. April der Vertreter des Völkerbundes, Paul Hymans, dem litauischen Delegierten, daß der Bund seine Aufgabe, den Frieden zu bewahren, erfüllt habe. Seine Intervention habe einen Krieg zwischen Polen und Litauen verhindert. Jetzt werde die politische Grenze gemäß dem von der litauischen Regierung anerkannten Versailler Vertrag gezogen.[17]

Während die litauische Diplomatie auch weiterhin nicht resignierte und gegen den Beschluß vom 15. März 1923 vorzugehen suchte, bereitete die Botschafterkonferenz weiteren Diskussionen ein Ende. In einer Note an die Regierung Litauens vom 3. Dezember 1923 hielt die Konferenz fest, daß die Frage der polnisch-litauischen Grenze „abgeschlossen" sei, und gab ihrer Hoffnung Ausdruck, daß Litauen „im eigenen Interesse" friedliche Beziehungen zu Polen herstelle.[18]

Obwohl die litauische Regierung auf dem internationalen Parkett erfolglos geblieben war, setzte sie mit Entschlossenheit ihre Politik fort. Hartnäckig wiederholte sie, daß es nach der Besetzung Memels die nächste Aufgabe sei, die Wegnahme Wilnas rückgängig zu machen. Ähnliche Worte wurden vor allem im internen Gebrauch verwendet. Man betonte immer wieder, daß eine litauische Regierung, die eine „Verständigung mit Polen suche", ohne Wilna zurückzufordern, die Macht nicht lange innehaben könne.[19] Zur Betonung des unbeugsamen Willens, um Wilna zu kämpfen, und zur gleichzeitigen Mobilisierung der Gesellschaft wurde im April 1925 ein Verein zur Befreiung Wilnas gegründet. Der Verein wuchs schnell und zählte bereits Ende 1931 288 Ortsgruppen mit zusammen 15000 Mitgliedern. Im Statut stand, daß „das Ziel des Vereins die Befreiung des besetzten Ostlitauens" sei.

In Polen beobachtete man aufmerksam das Vorgehen Litauens. Man versuchte, die Argumente der litauischen Propaganda in bezug auf Wilna zu entkräften und zu widerlegen. So wurde z.B. in einem in den europäi-

---

17 Senn, Powers (wie Anm. 14), S. 115 f.
18 Ebenda, S. 138.
19 AAN, Akta attachatów wojskowych (Akten der Militärattachés), Bd. A/2/117/3, S. 76.

schen Hauptstädten verbreiteten Memorandum im November 1924 formuliert: „Vilno ne constitue point un élément pouvant décider de l'existence de l'Etat lithuanien indépendant; bien au contraire, l'opinion lithuanienne atteste à l'unanimité que du moment, où Vilno aurait été réuni à la Lithuanie, la situation économique actuelle si désastreuse de l'Etat s'en trouverait aggravée (...)"[20]

Immer wieder gab es seitens der litauischen Diplomatie Versuche, die Wilna-Frage in das Forum des Völkerbundes einzubringen. Als 1924 die litauische Delegation auf die Tagesordnung der 5. Sitzung der Vollversammlung des Völkerbundes die Wilna-Frage setzen wollte, versuchte die polnische Diplomatie alles, um dies nicht zuzulassen. Sie wurde dabei von der französischen und japanischen Delegation unterstützt.[21]

Andererseits unternahm man viel, um Litauen zu einer Regelung der Beziehungen zu Polen zu bewegen, wobei man jede erdenkliche Gelegenheit nutzte. 1924 bot sich die Ratifikation der Memel-Konvention durch Litauen an. Einer der Punkte der Konvention enthielt die Verpflichtung Litauens, den freien Verkehr auf der Memel zu sichern. Die polnische Seite nahm diesen Passus als Ausgangspunkt, und es kam mit Unterstützung der westlichen Mächte im August 1925 in Den Haag zu offiziellen polnisch-litauischen Gesprächen.

Die Einstellungen und Ziele beider Seiten waren von Anfang an völlig gegensätzlich. Die polnische Delegation strebte eine vollständige Regelung der Beziehung an, die litauische Delegation dagegen bekam von ihrer Regierung die Anweisung, sich nur mit technischen Problemen des Transits und der Flußfahrt auf der Memel zu befassen. Im Endeffekt wurde nicht einmal eine konsularische Betreuung der Flößer vereinbart. Die Gespräche in Den Haag endeten erfolglos. Allein der Hartnäckigkeit der polnischen Delegation war es zu verdanken, daß nach einigen Wochen die Verhandlungen in Lugano wieder aufgenommen wurden. Da die litauische Delegation die Anweisung hatte, sich „in weiteren Verhandlungen nicht zu engagieren", endeten auch die Gespräche in Lugano ohne Erfolg. Eine große Rolle spielte dabei der organisierte Druck der litauischen öffentlichen Meinung, der sogar eine Regierungskrise herbeiführte.[22]

Weder in Den Haag noch in Lugano ließ die polnische Seite zu, daß die Wilna-Frage angesprochen wurde. Trotzdem existierte das Problem und

---

20 AAN (wie Anm. 8), Bd. 348, S. 117f.

21 Ebenda, Bd. 721, S. 29f.

22 R. Žepkaitė, Diplomatija imperializmo tarnyboje. Lietuvos ir Lenkijos santykiai 1919–1939 (Diplomatie im Dienst des Imperialismus. Die litauisch-polnischen Beziehungen 1919–1939). Vilnius 1980. S. 173ff.

tauchte bei jeder Gelegenheit auf. Beispielsweise legte Anfang des Jahres 1926, als sich die polnische Diplomatie um einen nicht ständigen Sitz im Rat des Völkerbundes bemühte, Mečislovas Reinys, der Außenminister Litauens, dem Rat des Völkerbundes eine Note vor (12. März), in der er gegen die Erteilung des Sitzes an Polen protestierte und gleichzeitig daran erinnerte, daß die Wilna-Frage für Litauen „offen" bliebe.[23]

Die neu gewählte Mitte-Links-Regierung Litauens brach aus der Solidargemeinschaft der Ostsee-Anliegerstaaten aus und schloß am 28. August 1926 einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion ab. Der litauischen Diplomatie gelang es dadurch, die indirekte Unterstützung der sowjetischen Seite in der Wilna-Frage zu gewinnen, denn alle Beschlüsse des litauisch-sowjetischen Friedensvertrags von 1920 sollten in Kraft bleiben. Weiterhin erklärte die sowjetische Regierung in einem Zusatzprotokoll, daß „die faktische Verletzung der litauischen Grenze gegen den Willen des litauischen Volkes das im Vertrag vom 12. Juli 1920 festgelegte Verhältnis zur territorialen Souveränität nicht erschüttert".[24]

In Warschau betrachtete man das als einen die Rigaer Beschlüsse verletzenden Akt der Sowjetunion gegen Polen. Der stellvertretende Außenminister Roman Knoll protestierte scharf gegenüber dem sowjetischen Botschafter, indem er betonte, daß „in Polen keine Wilna-Frage bestehe und Wilna samt Grodno polnisch sei".[25]

Am 17. Dezember 1926 erfolgte in Litauen ein politischer Umschwung. Die diktatorische Macht ging in die Hände der nationalen Partei unter Antanas Smetona und Augustinas Voldemaras über. Ministerpräsident Voldemaras erklärte schon bald, daß „ohne Rückgabe Wilnas keine Rede von einer Versöhnung Polens und Litauens sein" könne. „Wilna ist für Litauen nicht nur eine politische, sondern auch eine Ehrenfrage. Ein Übereinkommen zwischen Polen und Litauen kann ausschließlich Wilna betreffen."[26] Das konnte nur eine Verhärtung der bisherigen Haltung bedeuten.

In Litauen nahm die Verfolgung der polnischen Minderheit drastisch zu; Ministerpräsident Voldemaras betonte bei jeder Gelegenheit, Litauen befinde sich im Krieg mit Polen. Ende 1927 waren so die polnisch-litauischen Beziehungen in eine tiefe Krise geraten. Marschall Piłsudski sagte am 29. November 1927 vor der Presse: „Der Kriegszustand, den Litauen

---

23 AAN (wie Anm. 8), Bd. 249, S. 20f.

24 Dokumenty Wnieszniej Politiki SSSR (Dokumente der Außenpolitik der UdSSR). Bd. 9, Moskwa 1964, Dok. 271, S. 446 u. Dok. 272, S. 448.

25 Ebenda, Dok. 275, S. 456.

26 Lietuvis Nr. 5 vom 11.1.1927.

uns gegenüber aufrecht erhält, ist zur Zeit einmalig in der Welt; er ist in dieser Region der Erde anormal und krankhaft. Unsere Grenzen zu Litauen sind aus diesem Grund keinen anderen Grenzen in dieser Welt ähnlich. Sie sind Gegenstand andauernder Furcht und Unruhe, da hier keine Arbeit ungestört gemacht werden kann."[27]

Da er die Lage nicht länger hinnehmen konnte, beschloß Piłsudski, die Angelegenheit auf die Spitze zu treiben. Er begab sich nach Genf, um dort in der Sitzung des Völkerbundrates am 10. Dezember 1927 „eine eindeutige Erklärung von Voldemaras zu erhalten, daß zwischen Litauen und Polen Frieden herrscht". Nach einer kurzen Diskussion, in der Voldemaras eine eindeutige Antwort vermied, erzwang Piłsudski — im wahrsten Sinne des Wortes — von ihm eine Erklärung, daß „zwischen Litauen und Polen kein Kriegszustand herrscht".[28] In dieser Situation griff auch der Völkerbundrat ein. Er empfahl den Regierungen Polens und Litauens, „möglichst schnell direkte Verhandlungen aufzunehmen, um das zwischen den beiden benachbarten Ländern herrschende gute Einvernehmen, von dem auch der Frieden abhinge, zu festigen".[29]

Am 11. Dezember fand ein Gespräch des polnischen Außenministers August Zaleski mit Voldemaras statt, in dem der Auftakt zu direkten Verhandlungen auf den Januar 1928 festgelegt wurde. Die Aufnahme von Gesprächen und die Festlegung der Themen brachte bereits viele Schwierigkeiten mit sich. Die litauische Seite stellte vor der Aufnahme Bedingungen, um Zeit zu gewinnen. Am 9. Februar 1928 trieb Zaleski Voldemaras insofern in die Enge, als er anfragte, ob Litauen sich dem Beschluß des Völkerbundes unterordne und direkte Verhandlungen aufnehmen wolle, die zu friedlichen Beziehungen zwischen Polen und Litauen führen würden. Voldemaras betrachtete eine solche Fragestellung als „Ultimatum". Dennoch schlug er in seiner Antwort vor, am 30. März Verhandlungen in Königsberg zu beginnen. Zaleski war damit einverstanden.[30]

In Wirklichkeit jedoch war Voldemaras an der Führung und vor allem an einem Erfolg der Verhandlungen nicht interessiert. Die Regelung der Beziehungen mit Polen ohne Rückgewinnung Wilnas war für die litauische Regierung undenkbar. Schon nach dem zweiten Verhandlungstag in Königsberg gewann die polnische Seite den Eindruck, daß „Voldemaras

---

27 Baczyński, Litwa-Polska (wie Anm. 11), S. 342.

28 S. Sierpowski, Piłsudski w Genewie. Dyplomatyczne spory o Wilno w roku 1927 (Piłsudski in Genf. Diplomatische Streitgespräche über Wilna im Jahre 1927). Poznań 1990, S. 104.

29 Ebenda, S. 112.

30 AAN, Akta MSZ (Akten des Außenministeriums), Bd. 6106.

nur einen Vorwand sucht, um die Gespräche abzubrechen". Die polnische Delegation ihrerseits führte die Verhandlungen sehr vorsichtig und suchte auch den kleinsten Fehler zu vermeiden. Über den Verlauf wurden der Völkerbund und die Regierungen der Westmächte genauestens informiert. Für die litauischen Delegierten bedeutete das einen besonderen Druck. Voldemaras mußte Rücksichten nehmen und konnte die Gespräche deswegen nicht einfach abbrechen. Die polnisch-litauische Konferenz in Königsberg vom 30. März bis 5. April 1928 endete mit einer formalen Vereinbarung über die Einrichtung dreier gemischter Kommissionen. Die Resultate ihrer Tätigkeit sollten im Herbst 1928 der Plenarsitzung des Völkerbundes vorgelegt werden.

Die Taktik der litauischen Seite bei der Arbeit in der Kommission war, alle — sogar technische — Fragen mit Wilna in Zusammenhang zu bringen. Die polnischen Delegierten widersprachen dem entschieden und meinten, daß Themen der Grenzänderung nicht Gegenstand der Diskussion sein könnten. Das Ergebnis der Tätigkeit der Kommission fiel sehr bescheiden aus. Die spätere Wiederaufnahme von Verhandlungen stieß auf erhebliche Schwierigkeiten. Der Ausdauer der polnischen Delegation ist es zu verdanken, daß am 3. November 1928 die Verhandlungen fortgesetzt wurden. Das fünf Tage andauernde Treffen brachte nur wenig Fortschritte. Der einzige konkrete Gewinn bestand in der Ratifikation eines Vertrages über den kleinen Grenzverkehr. Das tägliche Leben erzwang diese Vereinbarung, weil die Unzufriedenheit mit der bisherigen Situation sowohl auf der polnischen als auch auf der litauischen Seite deutlich spürbar war.

Im allgemeinen brachten die Gespräche 1928 in den wichtigsten Punkten kein Weiterkommen, was hauptsächlich auf die Unnachgiebigkeit der litauischen Seite zurückzuführen ist, die keine, nicht einmal eine teilweise Regelung der Beziehungen mit Polen ohne die Rückgabe Wilnas eingehen wollte. In der Abschlußsitzung der Konferenz wies Zaleski unter anderem darauf hin und sagte mit Sorge über den ungelösten polnisch-litauischen Konflikt: „Le conflit polono-lithuanien constitue non seulement une menace constante pour le développement normal des deux Etats, mais il porte une préjudice sérieux aux intérêts économiques des Etats tiers. Il crée en cette partie de l'Europe une atmosphère malsaine d'inquiétude et de malaise".[31]

Die litauische Regierung machte kein Geheimnis daraus, daß sie in der bestehenden Situation weiterhin an einer Regelung der Beziehungen mit

[31] A. Zaleski, Przemowy i deklaracje (Reden und Erklärungen), Warszawa 1929. Bd. 1, S. 192.

Polen nicht interessiert sei. Sie stellte zum Beispiel in einem Aide-mémoire vom 23. Januar 1929 deutlich fest: „(...) ausschließlich und einzig die gewaltsame Wegnahme Wilnas durch General Żeligowski (ist) der Grund, daß es keine diplomatischen und anderen Beziehungen zwischen Litauen und Polen gibt. Solange keine Wiedergutmachung des Litauen angetanen Schadens erfolgt, solange wird Litauen mit der Aufnahme der Beziehungen zu Polen warten."[32]

Die Hartnäckigkeit und die Unnachgiebigkeit der litauischen Seite zogen das Interesse ausländischer Beobachter auf sich. Sie waren der Meinung, daß die Wilna-Frage nur ein Vorwand sei; in Wirklichkeit profitiere Litauen von der Auseinandersetzung mit Polen. Adolf von Grabowsky schrieb zum Beispiel im November 1928 in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung": „Wilna ist, richtig betrachtet, für Litauen nur der Anlaß, um den entschiedenen Gegensatz zum großen polnischen Nachbarn deutlich zu machen und bei diesem Konflikt ein eigenes litauisches Nationalgefühl und damit erst den litauischen Staat gründlich herauszuformen. (...) Solange der Staatsbildungsprozeß noch nicht abgeschlossen sei, glaubt man der Wilna-Frage als stärkstem nationalen Reizmittel nicht entbehren zu können."[33]

In seinem Konflikt mit Polen rechnete Litauen mit der Unterstützung Deutschlands und Rußlands. In Kaunas ging man davon aus — das galt fast wie ein unerschütterlicher Grundsatz —, daß Warschau auf unabsehbare Zeit mit Berlin und Moskau in Konflikt stehe. Auf dieser Grundlage entwickelte man seine Pläne und gründete seine Hoffnungen. Mittlerweile — Anfang der 30er Jahre — zeichnete sich jedoch eine radikale Änderung der Situation ab, die die ganze Konstruktion ins Wanken brachte. Den ersten Schwachpunkt stellte 1932 die Verschlechterung der litauisch-deutschen Beziehungen vor dem Hintergrund der Unstimmigkeiten in Memel dar. Gleichzeitig besserten sich die polnisch-sowjetischen Beziehungen. Das zeigte der am 25. Juli 1932 geschlossene polnisch-sowjetische Nichtangriffspakt.

Zum wichtigsten Ereignis jedoch, welches das ganze Fundament der bisherigen Politik Litauens erschütterte, wurde am 26. Januar 1934 die Unterzeichnung der polnisch-deutschen Erklärung über Gewaltverzicht. Die Reaktion auf diesen Vertrag war in Litauen sehr heftig. Die Presse beschäftigte sich ausführlich mit dem Problem. Das größte Aufsehen erregte damals das Vorgehen von Voldemaras. Der ehemalige, inzwischen

[32] Lietuvos Aidas Nr. 20 vom 24. Januar 1928.
[33] Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 524 vom 7.11.1928.

entmachtete Ministerpräsident trat zu einem offenen Angriff gegen die Regierung an. In der Zeitschrift „Tautos Balsas" veröffentlichte er einen Artikel unter dem Titel „Auf den Wegen der Bestimmung" (die Zeitungsausgabe wurde übrigens sofort beschlagnahmt). In dem Beitrag verglich Voldemaras den Vertrag vom 26. Januar mit einem Blitzschlag und betonte, daß dadurch Litauen auf Polens Gnade angewiesen sei. „Was die Sicherheit des Staates betrifft", schrieb Voldemaras, „gerät Litauen in eine so schwierige Lage, wie es sie in seiner ganzen Existenz noch nicht kennengelernt hat". Daneben griff er auch die aktuelle Politik scharf an.[34]

Andere Funktionäre gingen noch weiter. Es wurden wieder Stimmen laut, die die Notwendigkeit einer Überprüfung des Verhältnisses zu Polen und zur Wilna-Frage betonten. Am 2. Mai 1934 organisierte man unter anderem an der Universität Kaunas eine große Diskussion. Vincas Čepinskis, der als erster das Wort ergriff, wies auf die Notwendigkeit der Gründung eines Bundes der Ostsee-Anliegerstaaten und der Schaffung einer Verständigungsmöglichkeit mit Polen hin. Er äußerte die Meinung, daß eine sofortige Rückgabe Wilnas an Litauen zu einer Wirtschaftskrise führen könne. „Das Schicksal selbst", sagte er, „schützt Litauen vor der Rückgewinnung Wilnas. Litauen sollte mit Polen die wirtschaftlichen Fragen regeln und für die Rückführung Wilnas andere Wege als bisher gehen". Andere Redner wiesen ebenfalls auf die Notwendigkeit einer Verständigung mit Polen hin und ließen die Wilna-Frage offen.[35] Derartige Aussagen stießen zwar auf die Kritik der regierungstreuen Presse und nationalistischer Kreise, trotzdem setzte sich das Bewußtsein durch, nach neuen Lösungswegen zu suchen. In dieser Situation kam es zu einer Intensivierung vertraulicher polnisch-litauischer Kontakte sowie zu einer Reise der Gesandten Piłsudskis, des ehemaligen Ministerpräsidenten Aleksander Prystor und des Diplomaten Anatol Mühlstein, nach Litauen.

Während eines Treffens mit dem litauischen Außenminister Stasys Lozoraitis am 22. Juni 1934 sprach Prystor von der Notwendigkeit, einen Durchbruch in den beiderseitigen Beziehungen zu erreichen. Er versicherte, daß die Polen uneingeschränkt für eine Verständigung mit Litauen seien. Mühlstein schlug im Gespräch mit Lozoraitis am 24. Juli 1934 vor, zwischen Polen und Litauen normale Beziehungen herzustellen. Mühlstein betonte seine Überzeugung, daß Litauen in der neuen Situation nichts verliere, da es ausdrücklich erklären könne, daß sich seine Haltung prinzipiell nicht geändert habe. Lozoraitis fragte Mühlstein daraufhin, auf

[34] Tautos Balsas Nr. 2 vom 29.2.1934.
[35] Lietuvos Zinios Nr. 100 vom 3.5.1934.

welche Art und Weise dies zur Rückgewinnung Wilnas durch Litauen beitragen würde. Mühlstein antwortete, daß die Herstellung guter Beziehungen um den Preis eines Verzichtes auf Wilna für die polnische Regierung nicht annehmbar sei.[36]

Diese grundlegende Differenz blieb bestehen. Die neue internationale Konstellation sowie die damit verbundene Fehlkalkulation in der Außenpolitik Litauens erwiesen sich als zu schwache Faktoren, um zu einer generellen Änderung der Einstellung der litauischen Regierung in der Wilna-Frage und im Verhältnis zu Polen beizutragen. Andererseits war die polnische Position ebenfalls unnachgiebig. Für Polen kam eine Regelung der Beziehungen ausschließlich auf der Grundlage des Status quo in Frage.

Nach den in den Jahren 1934 und 1935 geführten Gesprächen und gegenseitigen Sondierungen erfolgte eine deutliche Verhärtung der beiderseitigen Haltung. Der jahrelang andauernde Konflikt belastete die polnische Regierung immer mehr. Minister Józef Beck wurde zum entschlossenen Gegner jeglicher Teil- und Halblösungen oder einer Verständigung auf dem Wege kleiner Schritte. Er vertrat die Ansicht, daß vor allem Vereinbarungen über die Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen eine grundlegende Bedingung darstellten. Folglich suchte er nach verschiedensten Mitteln, um Litauen durch Druck zu Zugeständnissen zu zwingen. Doch die Litauer waren harte, unnachgiebige Gegner. Trotz der Zweifel eines Teils der öffentlichen Meinung hatte die litauische Regierung die Mehrheit des Volkes auf ihrer Seite. Sie benutzte geschickt die Wilna-Parole.

Die polnisch-litauischen Beziehungen nahmen in den Jahren 1936 und 1937 angesichts dieser Situation erneut an Schärfe zu. An der Grenze mehrten sich die Zwischenfälle. Bei einem derartigen Zusammenstoß wurde ein Soldat des polnischen Grenzdienstes in der Nacht vom 11. März 1938 von litauischen Grenzsoldaten erschossen. In Warschau beschloß man, den Fall für einen harten Protest gegen die litauische Seite auszunutzen, und reagierte auf den Vorfall mit einem scharf formulierten Kommuniqué. Die polnische Seite zögerte jedoch mit einer endgültigen Entscheidung bis zur Rückkehr Becks aus dem Ausland. Nach seiner Ankunft am 16. März wurde auf dem Zamek ein Treffen unter der Leitung des Präsidenten der Republik einberufen. Anfänglich waren die Meinungen der Anwesenden geteilt. Präsident Ignacy Mościcki und Vizepremier Eugeniusz Kwiatkowski lehnten entschiedene Schritte gegenüber Litauen

[36] Lietuvos Valstybinis Archyvas (Litauisches Staatsarchiv) (LVA), F. 383, Bd. 1508, S. 25ff.

ab. Andere waren dagegen für weitreichende Forderungen, u.a. den offiziellen Verzicht Litauens auf Wilna. Minister Beck plädierte für eine entschlossene Haltung, beschränkte aber die Forderungen auf die Wiederherstellung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Seine Meinung setzte sich durch.[37]

Auf dieser Grundlage wurde eine ultimative Note verfaßt, die u.a. folgende Aussage enthielt: „Die polnische Regierung teilt mit, daß sie für die einzige der Situation angemessene Lösung die sofortige Herstellung der normalen diplomatischen Beziehungen hält, ohne jegliche conditions préalables." Der Termin für die Antwort war sehr knapp bemessen — er betrug nur 48 Stunden. Die litauische Regierung gab, nachdem sie keine Hilfe erhielt, dem Druck nach und nahm das Ultimatum an. Weder während der Zeit, in der das Ultimatum lief, noch direkt danach wurde in den polnisch-litauischen Verhandlungen die Wilna-Frage angesprochen. Die polnische Position setzte sich durch. Zwischen beiden Staaten wurden auf der Grundlage des Status quo diplomatische Beziehungen aufgenommen. Das bedeutete aber nicht, daß die Wilna-Frage gänzlich aus der Sicht beider Partner verschwand.

Der litauische Außenminister Juozas Urbšys äußerte sich nach Jahren folgendermaßen zu den Ereignissen: „Das Ultimatum Polens verlangte in drohender Form nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, ohne Wilna zu erwähnen. Also, Litauen nahm das Ultimatum an, ohne auf Wilna zu verzichten. Heutzutage wird diese Entscheidung als positiv empfunden. Wäre es vernünftig gewesen, das Land der Gefahr eines Krieges wegen der Nichtherstellung von diplomatischen Beziehungen auszusetzen? Die Antwort ergibt sich aus der Frage selbst. Sich externen Forderungen zu beugen, verletzt, wie jeder weiß, den Stolz eines Volkes; jedoch, wenn man sich zwischen zwei Übeln entscheiden muß, ist es selbstverständlich, daß man das kleinere wählen soll."[38]

Nach der Märzkrise verbesserten sich die polnisch-litauischen Beziehungen zunächst allmählich, dann immer schneller. Die Wilna-Frage belastete sie dennoch weiterhin. Im Frühjahr 1938 wurde eine neue litauische Verfassung angenommen. Sie enthielt auch einen Passus, daß Wilna die Hauptstadt Litauens sei. Die polnische Seite reagierte: Man beauftragte den neuen polnischen Gesandten in Kaunas Franciszek Charwat, für die Zeit der Verfassungsfeierlichkeiten nach Polangen zu fahren, und teilte der

[37] J. Beck, Ostatni raport (Der letzte Rapport), Warszawa 1987, S. 139f.
[38] J. Urbšys, Lietuva lemtingaisiais 1939–1940 metais (Litauen in den verhängnisvollen Jahren 1939/1940). Vilnius 1989, S. 92.

litauischen Regierung mit, daß Polen eine Regelung der gesamten Fragen mit Litauen anstrebe. Durch die Beibehaltung des Wilnaer Artikels in der neuen Verfassung wurde eine Ausweitung der Gespräche auf politisches Gebiet unmöglich.[39]

Trotz dieses Hindernisses läßt sich in den gegenseitigen Beziehungen besonders seit Herbst 1938 eine deutliche Verbesserung erkennen. Die größere Initiative kam von litauischer Seite. Die polnische Diplomatie gab zu verstehen, daß sie bereit sei, auf das Annäherungsangebot einzugehen, erwartete aber eine Geste des guten Willens. Der Vizeminister Jan Szembek notierte am 9. November 1938 in seinem Tagebuch, daß Beck „die litauische Initiative, die gegenseitigen Beziehungen zu erweitern, annehme. Eine Vorbedingung sei jedoch die Auflösung des Vereins für die Befreiung Wilnas, danach könne man sich mit dem litauischen Museum in Wilna befassen, Handelsvereinbarungen aufnehmen und gegenseitig Konsulate einrichten."[40]

Als Maßstab für die litauischen Absichten galt schon bald die Erfüllung der polnischen Wünsche; am 25. November 1938 wurde der Verein für die Befreiung Wilnas aufgelöst. Das war eine deutliche Geste in die polnische Richtung. Eine andere Maßnahme war der Wechsel auf dem Posten des litauischen Gesandten in Warschau. Die Stelle von Kazys Škirpa nahm Jurgis Šaulys ein, der wegen seiner propolnischen Orientierung seit Jahren bekannt war. Dem litauischen Vorgehen lag die Hoffnung auf polnische Unterstützung in der Memelfrage zugrunde, da ein immer größer werdender Druck der deutschen Seite spürbar wurde.

Wie den Dokumenten zu entnehmen ist, fühlte sich Litauen in gewissem Grade enttäuscht über das Fehlen einer entsprechenden polnischen Reaktion auf einen derart entscheidenden Schritt wie der Auflösung des Vereins für die Befreiung Wilnas. Oberst Leon Mitkiewicz, der polnische Militärattaché, berichtete am 19. Dezember 1938, daß der Leiter der zweiten Abteilung des litauischen Generalstabs, Oberst Kostas Dulksnys, sich bei ihm beklagt habe, daß „auf so einen bedeutenden und risikoreichen Schritt Litauens, wie die Auflösung des Vereins für die Befreiung Wilnas, keine ähnliche Geste von der polnischen Seite folge. Dabei ging es ihm um die Litauische Wissenschaftliche Gesellschaft in Wilna, die noch nicht den Litauern zurückgegeben wurde. Er sagte noch, daß die Auflösung des Vereins für die Befreiung Wilnas der litauischen Regierung große innenpolitische Schwierigkeiten bereite und die Unzufriedenheit der Bevölke-

[39] Diariusz i teki Jana Szembeka (Tagebuch und Ministerposten Jan Szembeks). Bd. 4, Londyn 1972, S. 142.
[40] Ebenda, S. 348.

rung hervorgerufen habe. Versöhnliche Gesten von seiten Polens seien unbedingt notwendig, um die öffentliche Meinung zu beruhigen und den guten Willen Polens zu dokumentieren."[41]

Die litauischen Anregungen wurden 1939 erfüllt, als die Litauische Wissenschaftliche Gesellschaft in Wilna unter dem Namen „Litauische Gesellschaft der Freunde der Wissenschaft" wiedergegründet wurde.[42] Man unternahm auch viel zur Verbesserung der allgemeinen Situation der litauischen Minderheit in Polen.

Angesichts des sich verschärfenden Konflikts mit dem Dritten Reich war der polnischen Regierung sehr an einer Entspannung der Beziehungen zu Litauen gelegen. Es ging ihr vor allem um die litauische Neutralität. Wegen dieser Neutralität gab Litauen bei Ausbruch des Krieges dem Druck Deutschlands und der Anregung, Wilna manu militari zu besetzen, nicht nach.

Als Folge der Aggression der UdSSR gegen Polen und der Besetzung Wilnas durch die sowjetische Armee am 19. September 1939 änderte sich die Situation jedoch radikal. Der Ribbentrop-Molotow-Pakt, insbesondere der „Grenz- und Freundschaftsvertrag" vom 28. September 1939 brachte Litauen in den sowjetischen Interessenbereich. Stalin nutzte die Situation, rief die Vertreter der litauischen Regierung nach Moskau und verlangte von ihnen das Einverständnis für die Errichtung sowjetischer Stützpunkte auf dem Territorium Litauens.

In diesen Tagen des politischen Wandels notierte der ehemalige Rektor der Universität Kaunas, Riomeris, in seinem Tagebuch unter dem 8. Oktober 1939: „Solange Polen stand, war Litauen ohne Wilna sicherer und freier als heute, wenn es unter der sowjetischen Besatzung Wilna bekäme, nachdem Polen gefallen ist."[43]

Einen Tag später, am 10. Oktober, erzwang die sowjetische Regierung von Litauen einen Vertrag, der ihr ermöglichte, ihre Armee auf dem litauischen Territorium zu stationieren. Gleichzeitig übergab die Sowjetunion Litauen Wilna mit einem Teil des umliegenden Gebietes. Unter diesen Bedingungen kam Litauen in den Besitz der ersehnten Stadt.

Dieser Akt wurde von der polnischen Seite nicht anerkannt. Nach einer Vereinbarung mit der polnischen Exilregierung überreichte der polnische

---

41 AAN (wie Anm. 19), Bd. A2/118, S. 915 f.

42 B. Makowski, Litwini w Polsce 1920–1939 (Litauer in Polen 1920–1939). Warszawa 1986, S. 319.

43 M. Riomeris, Dziennik (Tagebuch). Vilniaus Universiteto Bibliotekos Rankraščių Skyrius (Abteilung der Handschriften der Universitätsbibliothek Vilnius) (VUBRS), Bd. 37, S. 286.

Gesandte Charwat am 13. Oktober 1939 dem litauischen Außenministerium eine Protestnote mit folgendem Inhalt: „Im Namen meiner Regierung protestiere ich hiermit öffentlich und kategorisch gegen diesen mit dem internationalen Recht und den Menschenrechten nicht konformen Akt. Polen wird nie diesen ungerechten Schritt anerkennen und wird mit allen Mitteln um die Wiederherstellung seiner Rechte und seines Territoriums kämpfen."[44] Als ein Zeichen des Protests verließ Franciszek Charwat bald darauf samt seinem Personal die Botschaft in Kaunas. Dies war in den Jahren 1918 bis 1939 die letzte polnische Handlung zur Wilna-Frage.

[44] Zitiert nach R. Žepkaitė, Vilniaus istorijos atkarpa, 1939 m. spalio 27 d. – 1940 m. birzelio 15 (Ein Abschnitt der Geschichte Wilnas, 27. Oktober 1939–15. Juni 1940). Vilnius 1990, S. 40.

Die fehlende Hauptstadt: Litauens Politik im Zeichen der Wilnafrage

von Regina Žepkaitė

Ein Schwerpunkt der litauischen Geschichtsschreibung zur Wilnafrage liegt verständlicherweise auf der Zeit zwischen den Weltkriegen. Der litauisch-polnische Konflikt wird umfassend behandelt und seine entscheidende Auswirkung auf die Beziehungen der beiden Länder aufgezeigt. Insbesondere das in der Republik Polen vorhandene Archivmaterial ermöglicht es, manche Aspekte des Problems zu ergänzen und zu präzisieren. Dabei zeigt sich deutlich, daß in den litauisch-polnischen Beziehungen neben der Wilnafrage noch andere komplizierte Probleme existierten. Daraus ergeben sich die Zielsetzungen dieses Beitrages: Zum einen sollen die Ursachen, die das Verhältnis der beiden Länder bestimmten, behandelt werden; zum anderen soll die Funktion der Wilnafrage in den litauisch-polnischen Beziehungen aufgezeigt werden.

Als Ausgangspunkt für die Behandlung des Problems können die territorialen Bestrebungen des entstehenden litauischen Volkes und von Persönlichkeiten des politischen und öffentlichen Lebens, die den Stimmungen der Nation Ausdruck verliehen, gelten. Schon während der ersten russischen Revolution, im November 1905, übergab eine Gruppe von politisch profilierten Litauern mit J. Basanavičius an der Spitze dem russischen Ministerpräsidenten Graf Witte ein Memorandum, in dem betont wurde, daß das von Litauern bevölkerte Territorium die Gouvernements von Wilna, Kaunas, Grodno, Suwalki und einen Teil von Kurland umfasse.[1] In diesem Memorandum wurden die zentralen territorialen Aspirationen Litauens dargelegt, die mit unbedeutenden Veränderungen auch später, einschließlich der Jahre des Ersten Weltkrieges, Gültigkeit besaßen.

Nach Kriegsende wurden der Friedenskonferenz die territorialen Vorstellungen in einer Revendikationsnote am 24. März 1919 mitgeteilt. Die Ansprüche bezogen sich nicht nur auf die oben genannten Gebiete, sondern auch auf einen Teil Ostpreußens.[2] Bei den im November 1918 in Wilna stattfindenden Verhandlungen mit Vertretern Polens forderten die litauischen Politiker die Anerkennung dieses Staatsgebietes für Litauen

---

1 Vgl. Vilniaus žinios Nr. 267 vom 13. November 1907.

2 Vgl. Lietuvos Valstybinis Archivas (Litauisches Staatsarchiv) (LVA), F. 383, Ap. 7, B. 23, L. 199.

mit der Hauptstadt Wilna. Die gleiche Forderung wurde auch in direkten Verhandlungen mit Delegationen der polnischen Regierung im Laufe des Jahres 1919 erhoben (so während des Aufenthaltes der Mission von J. Šaulys in Warschau und der Gesandtschaft von S. Staniszewski und L. Wasilewski in Kaunas). Auch bei den Friedensverhandlungen Litauens mit der Sowjetunion im Jahre 1920 hielt man an den schon bekannten territorialen Wünschen fest.[3] Das von den litauischen Politikern erstrebte Gebiet umfaßte rund 123 000 km² mit ca. 6 Mio. Einwohnern.

Bis zum Jahre 1920 vertrat die litauische Politik das Ziel eines großen litauischen Nationalstaates. Dieses Streben war mit der Hauptstadtfrage untrennbar verbunden. Aus den Dokumenten geht hervor, daß eine Selbständigkeit Litauens ohne Wilna als völlig unmöglich angesehen wurde. Sämtliche Ansprüche wurden mit dem historischen Recht Litauens auf die erwähnten Gebiete begründet. Allerdings sollte man dabei nicht übersehen, daß hinter den offiziell betonten historischen Rechten handfeste Interessen des litauischen Staates steckten: Ein größeres Staatsgebiet versprach politische und ökonomische Vorteile; es offerierte zuverlässigere Möglichkeiten einer selbständigen Verwaltung mit einer deutlich geminderten Einflußnahme anderer Mächte, vor allem Polens.

Die Bestrebung der litauischen Führer, einen selbständigen, mit Polen gleichberechtigten Staat aufzubauen, die sich schon während des Ersten Weltkrieges zu zeigen begonnen hatte, trat besonders klar in der Tätigkeit der litauischen Delegation in Paris im Jahre 1919 (Note an Clemenceau vom 16. Februar 1919, Revendikationsnote vom 24. März 1919 u.a.) bzw. in den Verhandlungen der litauischen Regierung mit Vertretern Polens hervor. Litauen legte seine Ansprüche, die eigene staatliche Souveränität in den beanspruchten Gebieten mit der Hauptstadt Wilna anzuerkennen, offen und sprach sich entschieden gegen irgendeine föderative Bindung, insbesondere eine Unionsbeziehung mit Polen aus. Als polnische Truppen am 22. April 1919 Wilna besetzten, hieß es von litauischer Seite, falls Wilna nicht an Litauen zurückgegeben werde, könne nicht nur keine Rede von einem Militärbündnis, sondern auch nicht von einem Zusammenleben an sich sein. Die nationale litauische Politik stieß somit von Anfang an mit den Zukunftsplanungen Polens zusammen.

Der extreme rechte Flügel der polnischen Politik, die Endecija (ND; Narodowa Demokracija, d.i. Nationaldemokratie), sprach sich offen für die Inkorporation Litauens in den polnischen Staat aus. Die Position der Endecija wurde im Ausland durch das polnische Nationalkomitee in Paris

[3] Vgl. ebenda, B. 77, L. 147-151.

vertreten, das von R. Dmowski geleitet wurde. Als äußerste Konzession sah Dmowski die Möglichkeit einer Autonomie für Litauen an, wären doch die Litauer für ein selbständiges staatliches Leben zu schwach und nicht reif genug.[4]

Inzwischen gewann in Westeuropa das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker immer mehr an Popularität, was auch von den Führern der siegreichen Großmächte nicht bestritten wurde. Ein Teil der polnischen Politiker, der dieser Entwicklung flexibler gegenüberstand, vertrat die Anerkennung der Selbständigkeit Litauens in Form einer Föderation mit Polen. Die Programme der Föderalisten waren von sehr unterschiedlicher Gestalt. Es lassen sich u.a. die Konzepte von I. Paderewski, W. Wielhorski, L. Wasilewski nennen. Alle wurden von einem Hauptgedanken geleitet: In Form einer Föderation sollte Litauen eine gewisse Selbstverwaltung zugestanden werden, um auf diese Weise Polen einen bequemen und sicheren Zugang zur Ostsee sowie die Benutzung des litauischen Territoriums für strategische, ökonomische und andere Interessen zu sichern.[5] Auch J. Piłsudski zählte zu den Anhängern der Föderation.

Die Gegensätze unter den polnischen Politikern und den jeweiligen Gruppierungen führten zu einer Politik, die zwischen den beiden Positionen lag. Unter dem Einfluß äußerer Faktoren begann die Endecija, dem Gedanken beizupflichten, daß es unmöglich sei, ganz Litauen zu inkorporieren. Jetzt bezogen sich die Pläne nur noch auf einen Teil Litauens — Wilna und das umliegende Gebiet.

Der Gedanke einer Abtrennung dieser Region von Litauen und einer Angliederung an Polen faßte Fuß unter den Anhängern des „Föderalisten" Piłsudski. Ein enger Mitarbeiter, L. Wasilewski, schrieb in einem Bericht an Piłsudski vom 3. April 1919: „Es wird erst dann möglich sein, ernsthaft mit den Litauern zu sprechen, wenn wir Wilna fest in unseren Händen haben."[6] Konkret äußerte sich diese Politik durch die Besetzung Wilnas im April 1919 und die Entsendung einer halboffiziellen Delegation nach Kaunas. Sie übergab der litauischen Regierung den Vorschlag Piłsudskis,

---

4 Rede von R. Dmowski in der Sitzung des polnischen Nationalkomitees vom 27. Dezember 1918. Archiwum Akt Nowych w Warszawie (Archiv der neuen Akten in Warschau) (AAN), Komitet Narodowy Polski w Paryżu (KNP), T. 4.

5 J. Lewandowski, Federalizm. Litwa i Bialorus w polityce obozu belwederskiego (Föderalismus. Litauen und Weißrußland in der Politik des Belvederschen Lagers). Warszawa 1962.

6 Rapport von L. Wasilewski aus Paris vom 3. April 1919. Centralne Archiwum Wojskowe (Zentrales Kriegsarchiv) (CAW), Wojenne Biuro Historyczne, T. 589.

das Großfürstentum Litauen wiederherzustellen und eine Union mit Polen zu schließen.[7] Die gleichen Vorschläge wurden der Gesandtschaft von J. Šaulys in Warschau im April 1919 unterbreitet. Hieraus ergibt sich, daß die Besetzung Wilnas unter anderem Litauen verhandlungsbereiter machen und es zwingen sollte, auf die Ziele der polnischen Politik einzugehen.

Die Einnahme Wilnas stellte eine deutliche Warnung an Litauen dar, daß seine eigenen Bestrebungen gefährdet waren. Doch noch glaubte man, es handle sich um eine notwendige Maßnahme im Kampf Polens gegen die Bolševiki in Litauen und Weißrußland.[8] Litauens Führung hoffte, die Frage der staatsrechtlichen Zugehörigkeit von Wilna mit Hilfe der westlichen Staaten im litauischen Sinne lösen zu können. Verstärkt wurde diese Erwartung durch die internationale Situation, durch die sichtbare Uneinigkeit der britischen und französischen Politik und insbesondere durch ein Interesse Großbritanniens an Litauen. Zu noch größerer Zuversicht verführte die Lage im Sommer 1920: Anläßlich des Friedensvertrages mit der Sowjetunion (12. Juli 1920) wurde Wilna der litauischen Regierung übergeben.

Der entscheidende Schlag erfolgte dann im Herbst 1920. Nach Abschluß eines Waffenstillstandsvertrages zwischen Litauen und Polen (7. Oktober) besetzte der polnische General Lucian Żeligowski auf Anordnung Piłsudskis vom 9. Oktober den östlichen Teil Litauens mit der Stadt Wilna, wobei er vorgab, sich mit dieser Aktion gegen die polnische Heeresleitung zu empören.

Aufgrund der allgemeinen Lage konnte Wilna nicht sofort offen in das polnische Staatsgebiet integriert werden. Man benötigte einen Vorwand, um das eigentliche Ziel zu verbergen. Daher wurde ein angeblich selbständiger Staat, Mittellitauen (Litwa Środkowa) genannt, gegründet. Die oberste Gewalt ging von General Żeligowski aus, die Exekutive von einem provisorischen Regierungsausschuß. Zum Regierungsprogramm gehörte, einen Sejm zu wählen, der die staatliche Zugehörigkeit des Gebietes entscheiden, d.h. es in den polnischen Staat eingliedern sollte.

Okkupation aber bleibt Okkupation. Die Konvention von Den Haag aus dem Jahre 1907 stipuliert, daß jeder Staat für Handlungen seiner Armee, unabhängig davon, in welcher Form sie auftritt, verantwortlich ist. Die Disziplin der Streitkräfte muß gewährleistet sein, andernfalls trägt

---

7 Vgl. P. Łossowski, Stosunki polsko-litewskie w latach 1918–1920 (Die polnisch-litauischen Beziehungen in den Jahren 1918–1920). Warszawa 1964, S. 78.

8 Vgl. Lietuvos aidas vom 10. Oktober 1933; Vairas Nr. 8 vom 23. Februar 1939, S. 143.

das Staatswesen die Verantwortung für die Verletzung internationaler Verpflichtungen, die infolge seiner Nachlässigkeit entstanden sind. Die Besetzung Wilnas am 9. Oktober 1920 konstituierte daher für Polen kein Recht, Besitz von der Stadt zu ergreifen.

Die Handlung von Żeligowski prägte die Spezifik der litauisch-polnischen Beziehungen. In Litauen entstand die Einstellung, sich mit Polen nicht zu versöhnen, bis Wilna zurückgegeben worden sei; das bedeutete auch, keine politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen mit Warschau zu unterhalten. Fast 18 Jahre lang sollte der Kampf Litauens um Wilna in dieser Form geführt werden.

Inzwischen unternahm Polen weitere einseitige Schritte, um der Inkorporation von Wilna Gesetzeskraft zu verleihen: Am 8. Januar 1922 wurden Wahlen zum „mittellitauischen" Landtag durchgeführt, der am 20. Februar den Beschluß zum Anschluß an Polen faßte. Dieser Beschluß wurde am 24. März vom polnischen Sejm bestätigt. Die neutrale Zone, die noch durch den Waffenstillstand vom 29. November 1920 festgelegt worden war, wurde nun durch eine neue Demarkationslinie (3. Februar 1923) aufgeteilt. Am 15. März 1923 erkannte die alliierte Botschafterkonferenz in Paris die Demarkationslinie als Grenze zwischen Polen und Litauen an.[9]

Parallel zu den eben geschilderten Vorgängen verstärkte sich die Überzeugung der litauischen Politiker, daß Litauen Wilna endgültig verloren habe. Diese Meinung trug dazu bei, daß sie ihre Blicke immer häufiger auf das Memelgebiet richteten und Pläne zu seiner Vereinigung mit Litauen schmiedeten. Innenpolitisch orientierte man sich nunmehr am Aufbau und der Festigung des Nationalstaates und paßte sich einem Leben ohne die Hauptstadt Wilna an. Seit Herbst 1920 tauchte die Idee eines Großlitauen in den Parteiprogrammen nur noch vereinzelt auf. Ab 1921 errang die Haltung, sich mit den Gegebenheiten abzufinden und einzurichten, ein eindeutiges Übergewicht. Das zeigen auch die Verhandlungen mit Polen in Brüssel und Genf im gleichen Jahr. Die Ablehnung der Vorschläge von P. Hymans, eine Föderation mit Polen zu schließen und so Wilna zurückzuerhalten, bedeutete vor allem die Aufgabe der alten Hoffnung, einen großen, multinationalen Staat Litauen aufzubauen. Darüber hinaus zeigte der Verzicht auf den Föderationsplan das Bestreben, den litauischen Staat vor dem politischen, ökonomischen und kulturellen Einfluß Polens und dessen Folgen zu schützen. Aus eben diesem Grund erteilten die

[9] Ausführlich dazu R. Žepkaitė, Lietuva tarptautinės politikos labirintuose (Litauen im Labyrinth der internationalen Politik). Vilnius 1973.

litauischen Politiker der letzten Möglichkeit, die Wilnafrage zugunsten Litauens mit Hilfe internationaler Vermittlung zu lösen, eine Absage.

Die Analyse der populärsten Quelle jener Zeit — der Presse — verdeutlicht, daß die handelnden Personen keineswegs naiv waren, sondern klar erkannten, daß nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Polen und des internationalen Vermittlungsversuches keine Aussicht mehr bestand, die Wilnafrage durch Beschlüsse des Völkerbundes oder der alliierten Botschafterkonferenz ohne gravierende Veränderungen der internationalen Lage zu lösen.

Dennoch gehörte die Frage der Wiedereingliederung Wilnas zu den Zielen der litauischen Außenpolitik, wurde weiterhin im Völkerbund erhoben und mit Vertretern der Großmächte besprochen. Man erhob Einspruch gegen das einseitige Vorgehen Polens bei der Legitimierung der Eingliederung des Gebietes in das polnische Staatsgebiet. Am 14. Dezember 1921 richtete die litauische Regierung eine Note an den Völkerbund, in der sie gegen die bevorstehenden Wahlen zum Wilnaer Sejm Protest einlegte. Am 1. April 1922 protestierte man gegen den Beschluß des polnischen Sejm, Wilna als zu Polen gehörig zu betrachten. Litauen erklärte sich mit der neuen, vom Völkerbund am 3. Februar 1923 festgelegten Demarkationslinie nicht einverstanden. Der Beschluß der alliierten Botschafterkonferenz vom 15. März 1923, der Wilna Polen zusprach, wurde von Litauen nie anerkannt. Am 16. April 1923 wurde an den Völkerbundrat eine Note gerichtet, in der es hieß, daß der Beschluß der Botschafterkonferenz ohne Zustimmung Litauens und ohne die Teilnahme eines Vertreters der litauischen Regierung zustande gekommen sei. Zugleich wurde betont, daß die litauische Regierung niemals mit der festgelegten litauisch-polnischen Grenze und der Abtretung des Wilnagebietes einverstanden sein werde. Die am 15. März 1923 festgelegte Trennungslinie wurde in Litauen nie als Grenze bezeichnet. Die von Litauen geführte Politik vermied somit jegliche Legitimierung des polnischen Vorgehens, um die Einseitigkeit der Aktionen deutlich zu machen.

Daraus ergibt sich die Frage nach den Ursachen dieser widersprüchlichen litauischen Politik. Eine kurze Antwort hat einerseits die staatlichen Interessen Litauens, andererseits die Einstellung der litauischen Bevölkerung hervorzuheben. Ohne ausführliche Erläuterung kann festgehalten werden, daß die Unabhängigkeit und Selbständigkeit den Einwohnern Litauens am Herzen lag. Hiermit verbunden beschäftigte der Verlust von Wilna die Litauer, und viele empfanden ihn als sehr schmerzhaft.

Die Regierung sowie die an der Macht befindlichen oder in Opposition stehenden Parteien nutzten die Einstellung des litauischen Volkes gegenüber der Wilnafrage in vielfältiger Weise aus. Alle Gruppierungen hielten

es für wichtig, der Bevölkerung aufzuzeigen, wieviel Aufmerksamkeit man der Wiedereingliederung von Wilna widme und welchen zentralen Platz die Frage in der eigenen Tätigkeit einnehme. Jede Seite wollte dabei die andere übertreffen. Darauf sind beispielsweise die von der Regierung veranstalteten Feierlichkeiten zum 600jährigen Jubiläum von Wilna (1922/23) und die in jedem Jahr begangenen Trauertage zum Andenken an die Eroberung der Stadt (9. Oktober) zurückzuführen. Mit Unterstützung von Regierungsorganen wurden 1925 die Gesellschaft für die Befreiung Wilnas und 1932 die Eiserne Stiftung von Wilna gegründet. Zur Propagierung der Wilnafrage wurden noch andere Mittel, die hier nicht in extenso aufgeführt werden sollen, verwendet.

Von oppositioneller Seite wurde die Wilnafrage zur Kritik an der Regierung und der sie tragenden Parteien weitgehend instrumentalisiert, indem man auf angebliche Fehler verwies und keine Erfolge zu erkennen glaubte. So war etwa das Jahr 1921 durch scharfe Angriffe der oppositionellen Parteien auf die Regierung wegen der Verhandlungen in Brüssel und Genf geprägt. Ebenfalls 1921 schlug die Opposition Alarm, als es zu Gesprächen der christlich-demokratischen Regierung mit polnischen Vertretern in Kopenhagen und Lugano kam. Besonders hart wurde der Kampf verständlicherweise vor Wahltagen geführt, als man mittels einer Zuspitzung der Wilnafrage danach trachtete, besondere Popularität bei den Wählern zu gewinnen und somit möglichst großes politisches Kapital herauszuschlagen. Selbstverständlich griff die Regierung ihrerseits die Opposition an und warf den politischen Kontrahenten ebenfalls völliges Versagen vor.

Der Staatsstreich der Nationalisten vom 17. Dezember 1926 brachte, auch was die Wilnaproblematik angeht, neue Elemente in die Innenpolitik. Die neue Regierung nutzte die Stimmungslage der Öffentlichkeit in bezug auf Wilna nicht nur besonders aus, sondern stachelte sie noch an. Um die Bevölkerung auf seine Seite zu ziehen, betonte das Regime schon in den ersten Tagen nach dem Putsch, daß „(...) die Beziehungen zu Polen die gleichen wie zuvor bleiben" und ein „Verzicht auf Wilna Landesverrat wäre".[10] In der Regierungserklärung vom 25. Februar wurde nachdrücklich erklärt, daß „Litauen unabhängig mit seiner Hauptstadt in Wilna sein soll" und „Litauen ohne Wilna keinen einheitlichen und vollständigen Organismus darstellt".[11] Im Unterschied zur Verfassung von 1922 wurde

[10] Lietuva vom 21. Dezember 1926.
[11] Lietuva vom 26. Februar 1927.

in die neue Verfassung im Jahre 1928 ein Artikel aufgenommen, der Wilna als die Hauptstadt Litauens bezeichnete.[12] Während ihrer gesamten Regierungszeit betonten die Nationalisten, Beziehungen zu Polen könnten nur im Falle einer Rückgabe Wilnas aufgenommen werden und Verhandlungen mit Polen seien nur über das Thema Wilna möglich.

Die nationale Presse bemühte sich, die Wilnafrage zur Erhöhung der Autorität der Regierung und ihrer Führer zu benutzen. „Keine andere litauische Regierung hat die Wünsche des litauischen Volkes hinsichtlich Wilnas so gut verstanden und für sie so gekämpft wie die gegenwärtige nationale Regierung", schrieb das offiziöse Presseorgan „Lietuvos aidas". „Von ihren sechzehn Kampfjahren steht sie schon zehn Jahre lang auf der Wache zur Befreiung Wilnas, und ihre Wachsamkeit wird sich nicht mindern, bis die Wilnafrage auf ehrenhafte Weise gelöst wird."[13]

Das Wilnaproblem wurde weitestgehend als Propagandamittel für die Einheit der Nation verwendet. In der Presse wurde der Gedanke hervorgehoben, daß Zersplitterung, gegenseitige Streitigkeiten und Auseinandersetzungen sowie Angriffe gegen die Regierung der Befreiung von Wilna größten Schaden zufügen würden. „Man müßte im Volk den Satz verkünden und verbreiten, daß jeder, der die Einheit des Volkes stört, auch die Befreiungsarbeit für Wilna stört und dem Okkupanten hilft", schrieb das Organ des litauischen Schützenbundes „Trimitas".[14] Über das Wilnaproblem versuchte man, die Opposition zu unterdrücken und eine gegen die Regierung gerichtete Tätigkeit zu verhindern.

Sowohl die Regierung als auch die politischen Gruppierungen übten einen nicht geringen Einfluß auf die Haltung der litauischen Nation in bezug auf die Beziehungen zu Polen aus, weil ja vorgeblich jede Vereinbarung mit Polen das weitere Schicksal von Wilna beeinflußte. Ausschließlich unter diesem Aspekt betrachtete ein Teil der Bevölkerung die litauisch-polnischen Beziehungen.

Die aktive Beteiligung der Parteien und der Intellektuellen am Kampf um Wilna formte die Einstellung des litauischen Volkes und machte sie von Jahr zu Jahr stärker. Dabei herrschte die Ansicht vor, daß Vereinbarungen Litauens mit Polen eben nicht nur die litauischen Rechte auf Wilna, sondern die Unabhängigkeit und Souveränität Litauens überhaupt bedrohten. Bei Aufnahme normaler Beziehungen würde Polen seinen politischen, ökonomischen und kulturellen Einfluß verstärken und Li-

12 Vyriausybės žinios Nr. 275 vom 25. Mai 1928.
13 Lietuvos aidas vom 21. Januar 1937.
14 Trimitas Nr. 41 vom 8. Oktober 1931.

tauen in eine halbe Kolonie verwandeln. Eine Regelung der litauisch-polnischen Beziehungen würde nach übereinstimmender Überzeugung von Politikern und Bevölkerung dazu führen, daß Litauen zu einem militärischen Anhängsel gemacht und den strategischen Interessen Polens untergeordnet würde. Das alles wäre für Litauen von Grund auf unannehmbar. Jedoch konnte die Regierung auch die Stimmungen im Innern des Landes nicht unberücksichtigt lassen; diese bestimmten die eine oder andere Wende der Politik gegenüber Polen.

Jede Regierung befolgte allerdings im Hinblick auf die litauisch-polnischen Beziehungen folgenden quasi offiziellen Standpunkt: Normale Beziehungen zu Polen würden erst dann möglich sein, wenn der Litauen zugefügte Schaden wiedergutgemacht und Wilna zurückgegeben worden sei. Politische, ökonomische und kulturelle Kontakte seien zuvor nicht möglich. Derartige Grundsätze verkündete jede Regierung bei Amtsantritt.

Das eben formulierte Prinzip der litauischen Politik wendeten die Regierenden jedoch auch in anderen innenpolitischen Bereichen an. Somit wurde die Wilnafrage zu einem herausragenden Schutzwall vor polnischen Einflüssen und dessen Einmischung in innere Angelegenheiten Litauens. Das gilt beispielsweise für die innenpolitisch äußerst wichtige Bodenreform. Als sie begonnen wurde, gehörten 53% des Großgrundbesitzes laut offiziellen statistischen Angaben Grundherren polnischer Nationalität.[15] Der Angriff über die Agrarreform auf die wirtschaftliche Stellung der polnischen Grundbesitzer war von großer Bedeutung; verringerte er doch nicht nur das ökonomische, sondern auch das politische Gewicht der polnischen Minorität. Zugleich entzog das Fehlen jeglicher offizieller Beziehungen zwischen Kaunas und Warschau Polen die Möglichkeit, die Betroffenen zu unterstützen.

Auch für den Aufbau des litauischen Nationalstaates besaß die Abgrenzung zu Polen zentrale Bedeutung. Innerhalb dieses Konsolidierungsprozesses ist in unserem Zusammenhang besonders die litauische Politik gegenüber der nationalen polnischen Minderheit von Interesse. Laut offiziellen Volkszählungsangaben aus dem Jahre 1923 waren 3,02% der Gesamtbevölkerung Einwohner polnischer Nationalität.[16] Dagegen zählte das polnische Außenministerium aufgrund der Wählerlisten zum litaui-

[15] Vgl. Lietuvos žemės ukis ir žemės reforma (Die litauische Landwirtschaft und die Bodenreform). Kaunas 1922, S. 42 f.

[16] Vgl. Lietuvos statistikos metraštis 1924–1926 m. (Statistisches Jahrbuch Litauens 1924–1926). Kaunas 1927, S. 22.

schen Seimas 202 026 in Litauen lebende Polen, also fast 10% (9,99%) der Bevölkerung.[17]

Das polnische Archivmaterial zeigt, daß die polnische Regierung trotz des Fehlens staatlicher Kontakte über Möglichkeiten verfügte, die gesamte Aufklärungs- und Kulturarbeit unter den Polen in Litauen zu finanzieren und zu unterstützen. Dafür wurden beispielsweise in der ersten Hälfte des Jahres 1927 107 000 $ ausgegeben,[18] in der zweiten Jahreshälfte 1927 und im ersten Quartal 1928 110 065 $.[19]

Die litauische Seite ging ihrerseits von der Theorie aus, es handle sich bei den in Litauen lebenden Polen um polonisierte Litauer, und widmete ihrer „Relituanisierung" besondere Aufmerksamkeit. Aus diesem Grunde wurden in erster Linie die polnischen Grundschulen in ihrer Tätigkeit eingeschränkt. Die Verminderung der Zahl der polnischen Schulen spiegelt im übrigen die offizielle litauische Statistik nicht wider. Aufgrund der Materialien des polnischen Außenministeriums wird jedoch sichtbar, daß zwischen 1926 und 1928 von den 74 polnischen Schulen in Litauen praktisch nur 18 einen wirklichen Schulbetrieb aufrechterhalten konnten.[20] Nach der Machtübernahme der Nationalisten wurde die Zahl polnischer Schulen weiter eingeschränkt, so daß 1928/29 nur noch zehn Schulen Unterricht erteilten.[21] Polen konnte das eben geschilderte Vorgehen nicht verhindern. Das Archivmaterial zeigt, daß Warschau gegen die litauischen Maßnahmen durch ein analoges Vorgehen gegen litauische Schulen im Wilnagebiet „protestierte".[22]

Trotz der damit gegebenen Zuspitzung der Wilnafrage und der vielfältigen Instrumentalisierung im Innern standen sowohl die nationale Regierung wie ihre demokratischen Vorläuferinnen in inoffiziellen Kontakten zu Polen. Daraus ergibt sich die Frage, wie sich die Wilnaproblematik in diesen Verhandlungen widerspiegelte. Zur Beantwortung möchten wir die zwischen 1933 und 1936 stattgefundenen Gespräche eingehender behandeln.

Vorausgeschickt sei, daß die Versuche politischer Gruppierungen, die Beziehungen zu Polen am Beginn der 30er Jahre auf eine neue Basis zu stellen, durch zunehmende Spannungen mit Deutschland hervorgerufen wurden. Litauische Historiker haben in ihren Arbeiten oft auf die Verschlechterung der Beziehungen hingewiesen. Ihre Forschungen zeigen

---

17 Vgl. AAN, Ministerstwo Spraw Zagranicznych (MSZ), T. 6144, L. 54-57.
18 Vgl. ebenda, T. 6145, L. 26.
19 Vgl. ebenda, L. 28.
20 Vgl. ebenda, T. 6144, L. 66.
21 Vgl. ebenda, T. 6141, L. 7.
22 Vgl. ebenda, T. 6144, L. 97.

den Versuch der litauischen Regierung, die Souveränität Litauens im Memelgebiet auszubauen und eine weitergehende Integration des Gebietes in den litauischen Staat zu erreichen. Auch die ökonomischen Gegenmaßnahmen Deutschlands werden in der litauischen Historiographie ausführlich behandelt.[23]

Das polnische Außenministerium sah im Jahre 1934 zwei Optionen der litauischen Politik: Entweder müsse Kaunas vor Deutschland kapitulieren oder sich mit Warschau versöhnen, um Polens Unterstützung gegen Deutschland zu erlangen.[24]

In der litauischen Öffentlichkeit und Politik zeichnete sich eine Aufsplitterung in verschiedene Gruppen ab. Die im Archiv des litauischen Außenministeriums aufbewahrten Berichte des inoffiziellen Vertreters Polens in Kaunas, T. Katelbach (1933–1936), und andere Dokumente erlauben die Einteilung in zwei deutliche Lager. An der Spitze der einen Seite stand S. Lozoraitis (zunächst Direktor der politischen Abteilung des Außenministeriums, später Außenminister). Er trat für eine harte Haltung gegen Deutschland ein, befürwortete die weitere Integration des Memelgebietes und meinte, daß man für diese politischen Ziele Unterstützung bei Polen suchen müsse. Eine gegenüber Deutschland kompromißbereite Politik vertraten vor allem D. Zaunius, S. Šilingas und ihre Anhänger.[25] Eine derartige Ausrichtung der litauischen Politik fand auch die Billigung der nationalen Anhänger von Voldemaras.

Sowohl innen- als auch außenpolitisch von besonderer Bedeutung war eine Besserung der wirtschaftlichen Lage im Memelgebiet. Von ihr waren die Festigung der litauischen Position, der angestrebte Integrationsprozeß und andere Aspekte abhängig. Daneben ergaben sich große Schwierigkeiten für den litauischen Export, als Deutschland sich zu wirtschaftlichen Repressionsmaßnahmen entschloß. Eng damit verbunden war auch das Problem des allgemeinen Transits in mitteleuropäische Länder.

---

[23] Vgl. dazu K. Navickas, TSRS vaidmuo, ginant Lietuvą nuo imperialistinės agresijos 1920–1940 metais (Die Rolle der UdSSR bei der Verteidigung Litauens gegen die imperialistische Aggression in den Jahren 1920–1940). Vilnius 1966; A. Gaigalaitė, Hitlerininkų pastangos 1933–1945 atplėšti nuo Lietuvos Klaipėdos Kraštą (Die Versuche von Anhängern Hitlers in den Jahren 1933–1935, das Memelgebiet von Litauen abzutrennen). Vilnius 1962 (Lietuvos TSR MA darbai <Arbeiten der Wissenschaftsakademie der LSSR>. Serija A. 2.); P. Žostautaitė, Klaipėdos Krašto ekonomika ir kultura 1923–1939 m. (Wirtschaft und Kultur des Memelgebietes 1923–1939). Bd. 1: Pramonė (Industrie); Bd. 2: Žemės ukis (Landwirtschaft). Vilnius 1972/73 (Lietuvos TSR MA darbai <Arbeiten der Wissenschaftsakademie der LSSR>. Serija A. 4., Serija A. 1.).

[24] Vgl. Bericht der polnischen Vertretung in Riga an den Chef der Abteilung für den Osten im Außenministerium vom 2. März 1934. AAN, MSZ, T. 6117, L. 46-47.

[25] Vgl. ebenda.

Eben diese Fragenkomplexe wurden, wie die Berichte Katelbachs belegen, von litauischer Seite an Warschau zur Stellungnahme weitergeleitet. Insbesondere im Jahre 1935 sah sich die litauische Regierung mit der wirtschaftlichen Krise konfrontiert, da eine sehr unruhige Stimmung unter der bäuerlichen Bevölkerung herrschte. Daneben standen Wahlen für den Memelländischen Landtag bevor. Daher setzten im Sommer und Herbst 1935 die Anhänger einer propolnischen Politik große Hoffnung auf Warschau und erwarteten von dort konkrete Hinweise.[26] „Jeder beliebige Vorschlag muß die wirtschaftliche Seite der Frage betreffen: Eine Beseitigung des Warenüberflusses in Litauen muß gewährleistet werden (...)", hieß es in einem dringenden Bericht der polnischen Vertretung in Riga an das Außenministerium vom 29. August 1935.[27]

Einen besonderen Platz in den „Aussöhnungsgesprächen" nahm natürlich die Wilnafrage ein. Die von den Anhängern einer propolnischen Orientierung eingenommene Haltung veränderte sich abhängig von der allgemeinen Situation Litauens. Zu Beginn der Annäherungsversuche, im Jahre 1933, sprachen sie sich dafür aus, daß Polen die Existenz von Streitfragen zwischen beiden Ländern anerkennen solle.[28] In der für Litauen äußerst schwierigen Lage in den Jahren 1934/35 und zu Beginn des Jahres 1936 mäßigte sich ihre Zielsetzung. Jetzt galt es vor allem, die von polnischen Organen aufgenommene Verfolgung des litauischen Kulturlebens im Wilnagebiet zu stoppen.[29] Manche Politiker vertraten die Ansicht, daß nach einer allgemeinen Regelung der gegenseitigen Beziehungen Warschau immerhin erklären sollte, daß man über die Wilnafrage auf Regierungsebene Gespräche führen könne. Vor Beginn der Verhandlungen sollte sich Polen mit einer einseitigen Deklaration Litauens einverstanden erklären, daß die litauische Position zum Wilnaproblem unverändert sei.[30] Im Falle eines polnischen Eingehens auf die Offerte erhoffte man sich insbesondere vom litauischen Offizierskorps Unterstützung für die eigene Politik.[31] Ein Wandel der polnischen Politik in Wilna wäre ein wichtiger Faktor für die Stimmungslage der Öffentlichkeit gewesen und hätte die Verhandlungen über den toten Punkt hinwegbringen können.[32]

---

26 Vgl. Bericht von T. Katelbach vom 20. Juli 1935. AAN, MSZ, T. 6079, L. 88-91; dringender Bericht der polnischen Vertretung in Riga vom 29. August 1935. Ebenda, L. 142-143.

27 Ebenda.

28 Vgl. ebenda, T. 6077, L. 105.

29 Vgl. ebenda, L. 99.

30 Vgl. ebenda, T. 6078, L. 253-254.

31 Vgl. ebenda, T. 6079, L. 95.

32 Vgl. ebenda, T. 6080, L. 64.

Damit lassen sich zwei Momente aus den Überlegungen hervorheben: Litauen war zu einer Regelung der Beziehungen bereit, wenn Polen dafür Kompromißbereitschaft in Wilna signalisiert oder zumindest den Konflikt als ungelöst anerkannt hätte. Konkrete Vorschläge von litauischer Seite zielten auf eine allgemeine Verbesserung der politischen Atmosphäre und der Lage der litauischen Minorität im Wilnagebiet ab. Kennzeichnend bleibt des weiteren die große Aufmerksamkeit, die die Regierung bei ihren Überlegungen der öffentlichen Meinung zollte.

Eine Erörterung der Problematik wäre unvollständig, würde nicht wenigstens kurz auf die polnische Position eingegangen. Bis zum Ende der Regierungszeit Piłsudskis erreichten Kaunas nur undeutliche Signale. So wurde Lozoraitis 1934 mitgeteilt, die polnische Regierung habe gegen eine einseitige litauische Erklärung nichts einzuwenden.[33] Eine deutliche Wende fand nach dem Tod Piłsudskis (Mai 1935) statt, als J. Beck die Leitung der polnischen Außenpolitik übernahm. Anfangs forderte man kategorisch, Litauen habe zunächst bedingungslos Beziehungen zu Polen aufzunehmen; erst danach werde man sehen, welche Fragen zwischen den beiden Staaten überhaupt verhandelt werden müßten.[34] Vorab wurde Kaunas informiert, daß territoriale Veränderungen ebenso ausgeschlossen seien wie die Anerkennung, daß ein Teil polnischen Gebietes Gegenstand eines bilateralen Streitfalls sein könne.[35] Als Zugeständnis gaben die polnischen Politiker zu verstehen, sie würden einen offiziellen Verzicht Litauens auf Wilna nicht für nötig erachten.[36] Das litauische Bestreben, noch vor Aufnahme normaler zwischenstaatlicher Beziehungen polnische Unterstützung in der Memelfrage, den Transitproblemen und wirtschaftliche Hilfe zu bekommen, wurde ignoriert.[37] Kategorisch abgelehnt wurde auch eine Änderung der Minoritätenpolitik im Wilnagebiet. Polen hoffte, durch eine kompromißlose Haltung gegenüber der litauischen Minderheit Kaunas zur politischen Kapitulation zwingen zu können.[38]

Eine Rückwirkung auf die propolnische Gruppierung innerhalb der litauischen Politik war unter den gegebenen Umständen unvermeidlich. Zudem steigerte sich die Ablehnung der öffentlichen Meinung gegen

---

[33] Vgl. ebenda, T. 6078, L. 253.
[34] Vgl. ebenda, T. 6080, L. 40-42 u. 62.
[35] Vgl. ebenda, T. 6117, L. 65 u. 140.
[36] Vgl. das Schreiben des Außenministers an den polnischen Botschafter in Berlin vom 17. März 1936. Ebenda, L. 66; sowie die Instruktion für die polnische Botschaft in London vom 17. Juni 1936. Ebenda, L. 140-141.
[37] Vgl. ebenda, T. 109, L. 1-2.
[38] Vgl. ebenda, T. 6124, L. 11.

Polen noch mehr. Die Tendenzen, zu einer Verständigung mit Deutschland zu gelangen, erhielten neuen Auftrieb. Da die inoffiziellen Gespräche mit Warschau keine positiven Ergebnisse erbracht hatten, wurden sie Ende 1936 abgebrochen. Polnischerseits wurde die gegen die im Wilnagebiet lebenden Litauer geführte Politik fortgesetzt.

Im polnischen Außenministerium kam man bei der Analyse der Kontaktversuche zwischen 1933 und 1936 zu dem Schluß, daß es unmöglich sei, die Probleme mit friedlichen Druckmitteln zu lösen. Eine effektive Wirkung sei daher nur von einem Ultimatum zur sofortigen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu erwarten. Im Falle einer Weigerung sei Litauen mit Krieg zu drohen. „Innerhalb von 24 Stunden nach der Übergabe eines solchen Ultimatums würde Litauen in die Knie gehen", lautete das Resumé der Besprechung.

Weder in den litauischen noch in den polnischen Archiven finden sich Materialien, die über die gegenseitige Einschätzung im Jahre 1937 Aufschluß geben. Erst 1938 wurden wieder geheime Verhandlungen aufgenommen, über die nur die Bevollmächtigten beider Staaten informiert waren. Man vereinbarte, einen Ausschuß zur Festlegung des endgültigen Grenzverlaufs zu schaffen. Dazu kam es jedoch nicht, weil der litauische Präsident Smetona eine Änderung der polnischen Minderheitenpolitik forderte. Am Ende der Kontakte stand das polnische Ultimatum an Litauen vom 17. März 1938.

Oft wird die Meinung vertreten, Litauen habe durch die Annahme des Ultimatums endgültig auf Wilna verzichtet. Betrachten wir zu einer Klärung der Frage das polnische Archivmaterial. Das Ultimatum enthielt weder im direkten noch im indirekten Sinn eine solche Forderung. Die polnischen Akten belegen, daß Warschau glaubte, Litauen könne wegen eines derartigen Passus das Ultimatum ablehnen. Das lag aber nicht im Sinn der polnischen Regierung, obwohl sie sich auf extreme Maßnahmen — Kriegshandlungen gegen Litauen — vorbereitet hatte. Zentrale Forderung war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Diese Deutung vertraten auch andere Staaten, die Litauen zur Annahme des Ultimatums rieten. Das Sekretariat des Völkerbundrates hob hervor, daß Warschau weder die Aufhebung des Artikels 5 der Verfassung von 1928, der Wilna als rechtmäßige Hauptstadt bezeichnete, noch eine Anerkennung der Demarkationslinie, die in Polen als Grenze bezeichnet wurde, verlangt habe.[39]

[39] Vgl. LVA, F. 383, Ap. 7, B. 2080, L. 286.

Die Haltung Deutschlands wurde nicht eingehend erforscht, doch aus einzelnen Akten geht hervor, daß Göring dem polnischen Botschafter zu verstehen gab, Polen könne den Konflikt mit Litauen nach eigenem Ermessen lösen.[40] Materialien des litauischen Generalstabes belegen, daß man im Falle eines militärischen polnisch-litauischen Konfliktes mit der Besetzung des Memelgebietes durch deutsche Truppen rechnete.[41] Im Gespräch mit dem litauischen Botschafter bezeichnete der deutsche Außenminister von Ribbentrop die polnische Note als „sehr maßvoll"[42] und riet, die polnischen Forderungen zu akzeptieren. Am 19. März nahm die litauische Regierung das Ultimatum Polens an.

Die Annahme ließ die öffentliche Meinung um das Schicksal Wilnas fürchten. Am 24. März verkündete das Zentrale Komitee der Gesellschaft für die Befreiung Wilnas in dem Aufruf „Söhne und Töchter Litauens", man solle den Gerüchten über Wilna keinen Glauben schenken. Wilna werde auch weiterhin ein Ziel der Bestrebungen des litauischen Volkes bleiben; die Kräfte für den Kampf um die Stadt müßten vereinigt werden. Im „Lietuvos aidas" vom 5. April wurde betont, es bestehe nicht die Absicht, diese Einstellung, die den Wünschen des Volkes entspreche, zu ändern.

Die Haltung der öffentlichen Meinung und der Presse entsprach der der litauischen Regierung. Ministerpräsident V. Mironas betonte sowohl im Seimas am 9. April als auch bei der in Šiauliai stattfindenden Tagung des Bundes der Nationalisten am 24. April, daß das litauische Volk auch unter den neuen Bedingungen nicht auf seine Rechte auf Wilna verzichten werde. Auf der vom 20. bis 22. April währenden Lehrertagung, an der auch der Präsident der Republik, der Führer des Schützenbundes P. Saladžius und andere prominente Persönlichkeiten teilnahmen, erklärte der Vorsitzende der Gesellschaft für die Befreiung Wilnas J. Papečkys, in bezug auf Wilna habe sich nichts geändert, Litauen werde die Stadt zurückbekommen. Um der Einstellung des litauischen Volkes Ausdruck zu verleihen, sang man ein Lied mit dem Titel „O Welt, wir werden uns ohne Wilna nicht beruhigen".[43] Am deutlichsten wurde die offizielle Politik in der neuen Verfassung vom 12. Mai 1938, deren Artikel 6 die Forderung nach Wilna als Hauptstadt aus der alten Verfassung übernahm.[44]

---

40 Vgl. das Telegramm des polnischen Botschafters in Berlin an die polnische Regierung vom 16. März 1936. AAN, MSZ, T. 6120, K. 47.

41 Vgl. LVA, F. 383, Ap. 7, B. 111, L. 1, 207, 49 u. 64; sowie ebenda, B. 2080, L. 203.

42 Vgl. ebenda, B. 2080, L. 203.

43 Vgl. Lietuvos aidas vom 21. April 1938.

44 Vgl. Vyriausybės žinios Nr. 608 vom 12. Mai 1938.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1939 zeichneten sich wesentliche Veränderungen in der Wilnafrage ab. Nachdem Deutschland und die Sowjetunion Polen besiegt hatten, besetzte die Rote Armee am 19. September den zu Polen gehörenden Teil Weißrußlands sowie Wilna und das umliegende Gebiet. Die Rückgabe Wilnas an Litauen wurde bereits im Geheimen Zusatzprotokoll des Ribbentrop-Molotow-Paktes vom 23. August 1939 besprochen. Dabei handelte es sich zweifelsohne nicht um eine „humane" Geste, sondern um reine Machtpolitik; beide Seiten verfolgten dabei ureigenste Ziele. Das in den litauischen Archiven vorhandene Material belegt, daß Deutschland, dem gemäß der Abmachung vom 23. August Litauen als „Interessensphäre" zugeteilt worden war, Kaunas aufforderte, das Wilnagebiet Polen mit Gewalt zu entreißen. Hätte Litauen dem Vorschlag zugestimmt, wäre es ohne Zweifel zu einem Verbündeten Deutschlands im Zweiten Weltkrieg geworden.

Aber die litauische Regierung weigerte sich, Gewalt gegen Polen anzuwenden und die eigene Neutralität zu brechen, die sie am 1. September, dem ersten Tag des Krieges, erklärt hatte. Die nachfolgende Entwicklung veränderte die Lage wiederum vollständig. Als Litauen durch den am 28. September zwischen Deutschland und der Sowjetunion geschlossenen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit in den Einflußbereich der Sowjetunion geraten war, beschlossen die sowjetischen Führer, ihre Position in Litauen zu festigen. Dazu fand noch einmal die Wilnafrage Verwendung. Die Zugehörigkeit der Stadt zu Litauen wurde ein zweites Mal durch den Vertrag zwischen Litauen und Sowjetrußland vom 10. Oktober bestätigt. Nach Abschluß des Grenzabkommens und der Vereinbarung zur Schaffung von Stützpunkten für die Rote Armee wurde Wilna zusammen mit einem kleinen Teil Ostlitauens Litauen überlassen. Kaunas erhielt ein Territorium von ungefähr 6656 km², das laut statistischen Angaben von Anfang 1939 ca. 457500 Einwohner zählte.[45] Außerhalb der nunmehrigen Staatsgrenze verblieben der östliche Teil des Bezirks Švenčionis mit den Kreisen Tverečius, Mielagėnai, Kazitiškis, Kamajai und der südliche Teil mit Marcinkonys, Druskininkai, Varenavas und Rodunė. Vorhandene Archivalien (Pro Memoria des Außenministers J. Urbšys vom 4. Dezember 1939 und des litauischen Gesandten in Moskau L. Natkevičius vom 3. Oktober) zeigen, daß die litauische Delegation während der Verhandlungen mit Moskau über die Rückgabe Wilnas und den gegenseitigen Beistandspakt mit der vorgeschlagenen Grenze nicht einverstanden war und erklärte, daß von Litauern bewohnte Gebiete

[45] Vgl. Statistikos biuletenis (Statistisches Bulletin) (1939), Nr. 10, S. 1.

außerhalb dieser Grenze blieben. Der Einspruch der Delegation wurde kategorisch zurückgewiesen. Er fand demgemäß auch beim Abschluß des litauisch-sowjetischen Grenzvertrages am 27. Oktober 1939 keine Berücksichtigung.

Am 28. Oktober rückte die litauische Armee in Wilna ein. Bereits am 16. Oktober hatte der in Kaunas residierende polnische Gesandte F. Charwat in Absprache mit der polnischen Exilregierung in Paris der litauischen Regierung eine Note vom 13. Oktober zukommen lassen, in der die Inbesitznahme Wilnas durch die Sowjetunion als Verletzung internationalen Rechts und der Menschlichkeit bezeichnet wurde.[46] Am 14. Oktober übergab das litauische Außenministerium dem polnischen Vertreter, der schon im Begriff war abzureisen, seine Antwort. Dort hieß es, Litauen habe bei der Übernahme des Gebietes von der Sowjetunion keinerlei rechtliche Verpflichtungen gegenüber Polen verletzt, niemals sei die Zugehörigkeit zu Polen anerkannt worden, man habe jetzt nur bekommen, was Litauen rechtmäßig gehöre. Die scharfe Ablehnung der polnischen Note spricht für sich. Die litauische Armee bekam Wilna zurück, nachdem an Polen die faktische Herrschaft über die Stadt, nicht aber die rechtliche, die es niemals besessen hatte, verloren worden war.

Damit begann ein komplizierter und schwieriger Integrationsprozeß des Wilnagebietes in den litauischen Staat, der aber nicht mehr Thema unserer Erörterungen sein kann.

Zusammenfassend lassen sich die folgenden Schlußfolgerungen ziehen:

1. Die führenden litauischen Politiker verknüpften die Frage der staatlichen Zugehörigkeit von Wilna mit dem Aufbau eines großen, starken, mit anderen Nationen gleichberechtigten litauischen Staates. Wilna sollte Hauptstadt dieses Staates, sein politisches, wirtschaftliches und kulturelles Zentrum sein.

2. Während der Entstehungsphase des litauischen und polnischen Staates (1918–1920) waren die polnischen Politiker mit der Errichtung eines großen, dem mittelalterlichen Großfürstentum ähnlichen litauischen Staates mit der Hauptstadt Wilna zwar einverstanden und boten auch ihre Unterstützung an, aber nur unter der Bedingung, daß der zukünftige litauische Staat in einem föderativen Verhältnis zu Polen stehen würde. Andernfalls beabsichtigten sie aus politischen und strategischen Gründen, Wilna von Litauen abzutrennen.

3. Der Verlust von Wilna im Herbst 1920 veranlaßte die litauische Politik, auf die konkrete Situation Rücksicht zu nehmen und sich auf Aufbau

[46] Vgl. LVA, F. 383, Ap. 7, B. 2240, L. 69.

und Festigung eines kleineren Nationalstaates hin zu orientieren. Die Wilnafrage wurde gegen Polen instrumentalisiert, um Litauen vor polnischen Einflüssen auf politischem und kulturellem Gebiet zu schützen und um von polnischer Einmischung in innere Angelegenheiten sowie wirtschaftlicher Konkurrenz frei zu sein. Zugleich hielt man sich die Möglichkeit offen, unter günstigen politischen Umständen das Problem im Sinne Litauens zu lösen.

4. Die Wilnafrage stellte eine von mehreren Ursachen dar, die eine Regelung der litauisch-polnischen Beziehungen erschwerte. Litauen diente sie als Waffe für die Verteidigung seiner Interessen.

5. Nach der Verschlechterung der internationalen Lage und insbesondere der Beziehungen zu Deutschland (1933–1936) spielte ein Teil der Politiker und der öffentlichen Meinung mit dem Gedanken, die Beziehungen mit Polen auf eine neue Basis zu stellen. In den Verhandlungen wurde die innenpolitisch immer erhobene Forderung nach einer Rückgabe Wilnas, die einer Aussöhnung mit Polen vorauszugehen habe, nicht erhoben. Allerdings benötigte die litauische Regierung für die innenpolitische Durchsetzbarkeit ihres Kurses unbedingt bestimmte Zugeständnisse von seiten Polens. Die kompromißlose Haltung Warschaus, die Verbesserung der inneren Situation Litauens und eine Entspannung in den deutsch-litauischen Beziehungen führten zum Ende der litauisch-polnischen Sondierungsgespräche.

Die versäumte Chance zweier Kulturen. Zum deutsch-litauischen Gegensatz im Memelgebiet

von Manfred Klein

„Schräge der Stadt Ragnit gegenüber an der anderen Seite der Memel erhebt sich hart an dem Ufer des Stroms ein ziemlicher Berg, mit vielen Spitzen und Löchern und bewachsen mit Fichten. Der Berg heißt der Rombinus. Hier war vor Zeiten der heiligste Ort, den die alten Litthauer hatten, denn dort war der große Opferstein, auf welchem ganz Litthauen dem Ersten seiner Götter, dem Perkunos, opferte; von dort aus wurde Heil und Segen über das ganze Land verbreitet. Der Opferstein stand auf der Spitze des Berges. Der Gott Perkunos hatte ihn selbst sich dort hingelegt. Unter dem Stein war eine goldene Schüssel und eine silberne Egge vergraben; denn Perkunos war der Gott der Fruchtbarkeit; darum begaben auch bis in die späteste Zeit die Litthauer sich zum Rombinus und opferten dort (...).

Es war eine alte Sage, daß das Glück nicht von dem Lande weichen werde, so lange der Stein noch stehe und der Berg unter demselben (...)"

Die Sage, deren Eingangszeilen sich hier mitgeteilt finden, veröffentlichten aus der mündlichen Überlieferung Tettau und Temme in ihrer Sammlung von Volkssagen aus Ostpreußen, Litauen und Westpreußen im Jahr 1837. Sie konnten dabei schon auf frühere Erwähnung der mythischen Bedeutung dieses Berges in der älteren historisch und ethnographisch orientierten Literatur verweisen.[1]

Der Gegenstand dieses Interesses, der Rombinus (lit. Rambynas), liegt in jenem Streifen Landes jenseits der Memel, der sich etwa vom Städtchen Schmalleningken (lit. Smalininkai) im Südosten bis hinter die Hafenstadt Memel (lit. Klaipėda) erstreckte und als nördlichster Teil Ostpreußens nach dem Ersten Weltkrieg unter der Bezeichnung Memelgebiet zum Streitobjekt internationaler Politik wurde. Die Erzählung eröffnet uns, worum es hier auch ging: Dieses Fleckchen Erde war den Litauern heilig und sie betrachteten es samt der umgebenden Landschaft als das ihre. Doch wohnten sie hier nicht allein, sondern bewirtschafteten die frucht-

---

[1] W.J.A. v. Tettau, J.D.H. Temme, Die Volkssagen Ostpreußens, Litthauens und Westpreußens. Hildesheim/New York 1974 (Nachdruck der Ausg. Berlin 1837), S. 162 ff.; vgl. zum Thema „Rombinus" auch C. Hennenberger, erclerung der preüssischen grössern landtaffel oder mappen. Königsberg 1595, S. 389.

baren Flußniederungen gemeinsam mit Deutschen, — das Land hatte seit den Zeiten des Ordensstaates zu Preußen gehört. Auch einen der damit denkbaren Konflikte vermeldet die Sage in ihrem weiteren Verlauf: Der Opferstein wurde entweiht, ja, sogar entfernt. Ein Müller aus dem benachbarten Dorf Barten (d.i. Barden, lit. Barzdėnai) benötigte 1811 zwei neue Mühlsteine: „Er besah sich den Opferstein auf dem Rombinus, und er glaubte ihn zureichend, daß er die beiden Steine daraus könne hauen lassen. — Der Müller war ein Deutscher."[2] Er bekommt die Genehmigung der (ebenfalls deutschen) Behörden dazu — allen Protesten der Bauern der ganzen Umgebung zum Trotz. Er sprengt den Stein mit Hilfe von Leuten, die von weiterher hinzugezogen werden müssen, da von den ansässigen Litauern niemand zur Beihilfe zu dem Sakrileg bereit ist. Die Täter ereilt alsbald die numinose Strafe in Form von Blindheit, Knochenbruch und Tod, doch ändert das nichts am Ergebnis eines Geschehens, das in der Folge in volksläufigen Erzählungen im Land weiterleben wird.

Aus heutiger Sicht können wir unschwer hinter dem Bericht und seiner sagenhaften Ausdeutung die Geschichte einer tiefgreifenden Verletzung wahrnehmen. Verletzt wurden die kulturell verwurzelten Gefühle einer Volksgruppe durch Angehörige einer anderen. Solche Verletzungen — und deren gab es viele im von Litauern besiedelten Ostpreußen — sitzen tief und zeitigen Folgen.

Die kurze Geschichte der „Memeldeutschen" im litauischen Staat ist einer jener ideologisch und praktisch oft so wirksamen Rechtsfiktionen zu danken, die als sogenannte „historische Rechte" in der europäischen Geschichte eine bis in die Gegenwart bedeutsame Rolle spielten und spielen. Deren Beliebtheit in der politischen Argumentation und Legitimation dürfte in direktem Zusammenhang mit ihrer kaum überprüfbaren Fundierung stehen, die subjektiven und damit einseitigen Interpretationen jeden nur wünschenswerten Raum gibt.

Das im 19. Jahrhundert sich entwickelnde litauische Nationalbewußtsein war anfänglich durchaus noch an der Wiederherstellung eines unabhängigen litauisch-polnischen Staatsgebildes in den ehemaligen Grenzen der Rzeczpospolita der Lubliner Union von 1569 orientiert gewesen. Ähnlich hatte es auch noch das Programm der Sozialdemokratischen Partei Litauens (LSDP) 1896 formuliert: „Eine unabhängige demokratische Republik, die aus Litauen, Polen und anderen Gebieten besteht, gestützt auf eine freie Föderation."[3] Ein knappes Jahrzehnt später, beim großen

---

2 Tettau, Temme, Volkssagen (wie Anm. 1), S. 163.

3 Programas Lietuviškos social-demokratiškos partijos (Programm der Litauischen sozialdemokratischen Partei). Tilsit 1896, S. 8 f. Zur Entwicklung der litauischenNa-

Landtag (lit. seimas), der 1905 im Verlauf der revolutionären Ereignisse in Rußland nach Wilna (lit. Vilnius) einberufen wurde, erhoben erstmals in aller Form Vertreter aller Parteien und Schichten Litauens die Forderung nach Herstellung eines autonomen Territoriums innerhalb ethnographischer Grenzen: „Ein autonomes Litauen muß gebildet werden aus dem gegenwärtigen ethnographischen Litauen als Kern und den Randgebieten, die aus wirtschaftlichen, kulturellen, nationalen oder anderen Gründen zu diesem Kern tendieren (traukia prie to branduolio) und deren Bewohner dazugehören wollen."[4]

Damit war ein Anspruch erhoben, der im litauischen Verständnis eindeutig über die Grenzen der damaligen Gouvernements hinauswies, die man als *Russisch-Litauen* bezeichnete[5], insbesondere waren damit gemeint das Gebiet westlich des Memelbogens (lit. *Suvalkija* oder *Užnemunė)* und *Klein-* oder *Preußisch-Litauen* (lit. *Mažoji Lietuva*), wozu auch die ostpreußischen Kreise Memel, Heydekrug und die nördlich der Memel gelegenen Teile der Kreise Niederung, Tilsit und Ragnit gehörten, das Gebiet mithin, das 14 Jahre später als *Memelgebiet* (lit. *Klaipėdos kraštas*) zunächst unter internationale Verwaltung gestellt und dann der Republik Litauen angegliedert wurde. Abgeordnete aus Preußisch-Litauen hatten an den Beratungen teilgenommen.[6] Der Passus in der Resolution des

---

tionalbewegung vgl. die ausführliche Darstellung bei M. Hellmann, Die litauische Nationalbewegung im 19. und 20. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Ostforschung 2 (1953), S. 66 ff.

4 J. Basanavičius, Rinktiniai raštai (Gesammelte Werke). Vilnius 1970, S. 243. Zwischen den Begriffen „Autonomie" und „Unabhängigkeit" scheinen viele litauische Politiker auch noch während der späteren Diskussionen in den Jahren des Ersten Weltkrieges nicht immer klar unterschieden zu haben. Die Begriffe wurden mitunter synonym benutzt. Vgl. dazu eine entsprechende Tagebuchnotiz bei P. Klimas (1891–1969, Mitglied von „Lietuvos taryba"), Dienoraštis. 1915.XII.1 – 1919.I.19 (Tagebuch, 1.12.1915 – 19.1.1919). Chicago 1988, S. 94. Bei der zitierten Stelle der Resolution ist jedoch zweifelsfrei noch an Autonomie innerhalb Rußlands gedacht: „Die Beziehungen mit den benachbarten Ländern Rußlands müssen auf der Grundlage einer Föderation beruhen", heißt es wenig später im gleichen Beschluß (ebenda, S. 244). Der Text wurde dem Generalgouverneur in Wilna überreicht und von diesem zur Bearbeitung durch die Reichsduma entgegengenommen. Vgl. zu diesem Vorgang Hellmann, Nationalbewegung (wie Anm. 3), S. 94.

5 Zu dieser Interpretation vgl. u.a. K.J. Čeginskas, Didysis Vilniaus seimas ir demokratinės minties raida Lietuvoje (Der Große Rat von Vilnius und die Entwicklung des Demokratiegedankens in Litauen), in: Jahrestagung 1985, hrsg. v. Litauischen Kulturinstitut. Lampertheim 1986, S. 122, und J.A. Stiklorius, Lithuania Minor in International Treaties, in: Lithuania Minor. A Collection of Studies in her History and Ethnography, hrsg. v. M. Brakas. New York 1976, S. 36.

6 Čeginskas, Vilniaus seimas (wie Anm. 5), S. 117 ff. Das als „Užnemunė" bezeichnete Gebiet war 1867–1915 Bestandteil des Gouvernements „Suvalki" und wurde deshalb bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts auch amtlich oft „Suvalkija" genannt. Vgl. dazu Tarybų Lietuvos enciklopedija (Enzyklopädie Sowjetlitauens). 4 Bde., Vilnius 1985–1988, hier Bd. 4, S. 396.

Landtages von 1905 blieb freilich mit der zweiten Satzhälfte bei einer ziemlich unpräzisen Umschreibung denkbarer Wünsche, deren Realisierbarkeit den Autoren angesichts der historischen Situation zweifelhaft erschienen sein muß. Bemerkenswert bleibt jedoch im Hinblick auf die späteren Ereignisse das zu diesem Zeitpunkt noch eingeräumte Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung.

Das damit formulierte Nationalstaatsprinzip — eingebracht von der bürgerlich-demokratischen Intelligenz ebenso wie von den Sozialdemokraten Litauens — führte unmittelbar in die Gründung der unabhängigen Republik zu Ende des Ersten Weltkrieges — mitsamt dem Anspruch, diesen Staat innerhalb ethnographischer Grenzen einzurichten. Wie und wo die allerdings verlaufen sollten, war faktisch weder unter litauischen Politikern noch mit den benachbarten Regierungen einvernehmlich zu klären, denn eine siedlungsgeographisch eindeutige Grenzziehung zwischen Litauern und ihren Nachbarethnien war aus historischen Gründen nirgends möglich. Überall an den Rändern hatte sich gemischtethnische Besiedlung herausgebildet, waren Siedlungsinseln bis weit in das jeweilige Hinterland hinein entstanden. Solche ethnischen Überschneidungen betrafen allein in den ins Auge gefaßten Grenzgebieten Letten, Weißrussen, Polen und Deutsche. Maximalwünsche, die innerhalb des im September 1917 mit Billigung der deutschen Reichsregierung gegründeten Landesrates (lit. Lietuvos taryba), aber auch in den Vertretungen der Auslandslitauer geäußert wurden, griffen mitunter weit über jedes nachvollziehbare ethnische Prinzip hinaus. So forderte im November 1917 eine Konferenz litauischer Politiker in Bern auch die Angliederung des Gouvernements Grodno (wegen der dort vorhandenen Industrie) und des Hafens von Libau.[7]

Von Preußisch-Litauen war zu dieser Zeit in der politischen Öffentlichkeit explizit kaum die Rede. Angesichts der realen Machtverhältnisse nach der Revolution in Rußland und der Anwesenheit der deutschen Besatzungsarmee in den litauischen Gouvernements schwor Antanas Smetona (1874–1944), Teilnehmer des Großen Rates von 1905, nun Vorsitzender der Taryba und späterer Präsident der Republik Litauen, seine Mitstreiter auf einen deutschfreundlichen Kurs ein. Schließlich konnte vorläufig nur von dieser Seite eine faktische Duldung oder sogar Unterstützung der litauischen Unabhängigkeitsbestrebungen erwartet werden. Smetona versicherte auf einem Vortrag im November 1917 in Berlin, Litauen sei „dar-

[7] A. Eidintas, Antanas Smetona. Politinės biografijos bruožai (Antanas Smetona. Skizzen einer politischen Biographie). Vilnius 1990, S. 48.

auf angewiesen, mit Deutschland enge Beziehungen zu unterhalten",[8] legte aber gleichwohl in Litauen diese Wahl als das kleinere Übel dar; zwischen Deutschland und Rußland gebe es zur Zeit keinen dritten Weg, vielleicht jedoch später bei einer Friedenskonferenz — womit die Vorläufigkeit dieser taktischen Politik umrissen war.[9]

Die Unabhängigkeitserklärung durch die Taryba am 16. Februar 1918 enthielt dementsprechend auch keinen Hinweis auf die „ethnographischen Grenzen" Litauens, erhob hingegen unmißverständlich Anspruch auf die Hauptstadt Vilnius[10] — auch dabei ging es um ein „historisches Recht", das umgehend zum Streitfall zwischen Litauen und Polen wurde. Freilich hatte Smetona in seinem erwähnten Vortrag eine wichtige Modifikation des so häufig angesprochenen ethnographischen Prinzips vorgenommen, welches „aber nicht mit dem sprachlichen zu verwechseln" sei und auf den „litauischen Stamm" bezogen werden müsse.[11] Damit waren aus litauischer Sicht die territorialen Ansprüche der späteren Republik hinreichend begründet; denn gemeint waren damit sowohl die polnisch sprechende Mehrheit in Wilna und weiten Teilen des im Südosten und Süden daran grenzenden Gebietes als auch die deutschsprachige in Preußisch-Litauen, wo Polonisierung bzw. Germanisierung eines großen Teils der jeweiligen autochthonen Bevölkerung vorausgesetzt wurden. Smetonas territoriale Ansprüche bezogen sich auch ohne die zu Deutschland gehörenden Gebiete bereits auf rund 80000 qkm (die heutige Republik Litauen umfaßt 65200 qkm).[12]

Die mit dem Waffenstillstand und nachfolgendem Friedensvertrag grundlegend veränderten Machtverhältnisse in Mitteleuropa erlaubten es

---

8 A. Smetona, Die litauische Frage. Vortrag gehalten vor einer Versammlung deutscher Politiker im Hotel Adlon zu Berlin am 13. November 1917. Als Manuskript gedruckt. Berlin 1917, S. 29.

9 Eidintas, Smetona (wie Anm. 7), S. 43.

10 Text des Protokolls mit der Erklärung bei Eidintas, Smetona (wie Anm. 7), S. 60 ff. In der zweiten Sitzung des Tages gegen Abend wurde der Delegation, die nach Berlin reisen sollte, der Auftrag mit auf den Weg gegeben, dort unbedingt die Eingliederung Polangens (lit. Palanga) in das unabhängige Litauen zu verlangen (ebenda, S. 63 f.). Der Ort, jenseits Memels und der Grenze Ostpreußens an der Ostsee gelegen, sollte offenbar wenigstens einen schmalen Zugang zur Küste sichern. Ein Hinweis darauf, daß mit Verhandlungen über den Hafen von Memel von litauischer Seite zu dieser Zeit nicht gerechnet werden konnte.

11 Smetona, Frage (wie Anm. 8), S. 18.

12 Ebenda, S. 19 ff. Zu den damit angesprochenen Prozessen ethnischer Assimilation und ihren historischen Ursachen vgl. M. Jučas, I. Lukšaitė (u.a.), Lietuvos istorija. Nuo seniausių iiki 1917 metų (Geschichte Litauens. Von den ältesten Zeiten bis 1917). Vilnius 1988, S. 58 ff., 95 ff. u. 186 ff.; der polnische Standpunkt der Zeit findet sich in „Pro Lithuania". Berlin o.J.; zur Lage und Entwicklung der litauischen Bevölkerung Ostpreußens insbesondere A. Matulevičius, Mažoji Lietuva XVIII amžiuje. Lietuvių tautinė padėtis (Klein-Litauen im 18. Jahrhundert. Die nationale Situation der

dem unabhängigen Litauen (Wahl der konstituierenden Versammlung, des Seimas, im April 1920), seine territorialen Ziele nun auch im Hinblick auf seine westlichen Grenzen energisch zu verfolgen. Bereits im März 1919 hatte Augustinas Voldemaras (1883–1942), Litauens erster Ministerpräsident und dann Außenminister, in einer Denkschrift an die Versailler Friedenskonferenz den Anspruch auf das „litauische Ostpreußen" geltend gemacht.[13] Daß die litauische Auffassung dort zwar auf Verständnis, aber doch nur begrenzte Zustimmung stieß, zeigt Clemenceaus Antwortschreiben vom 16. Juni 1919 auf deutsche Proteste, in dem es hieß: „(...) Das fragliche Gebiet war immer litauisch, die Mehrheit seiner Bewohner ist nach Herkunft und Sprache litauisch. Die Tatsache, daß die Stadt Memel zum größeren Teil deutsch ist, könnte die Rückgabe des ganzen Gebietes an Deutschland nicht rechtfertigen, insbesondere, weil der Hafen von Memel den einzigen Zugang Litauens zum Meer darstellt."[14]

Den sehr viel weiter gehenden Gebietsforderungen Litauens, die auch das nordöstliche Ostpreußen links der Memel betrafen, folgte Clemenceau damit zwar nicht, doch hatte er sich — und mit ihm der „Rat der Vier" — das „ethnographische" Argument Litauens wenigstens für das Memelgebiet zu eigen gemacht. So gerieten die Bewohner des Memelgebietes als Ergebnis des Versailler Friedensvertrages und des litauischen Zugriffs im Januar 1923 in das Staatsgebiet der Republik Litauen unter der Voraussetzung, litauischer Herkunft oder gar Litauer zu sein. Wie brüchig die Argumentation letztlich doch erscheinen mußte, verdeutlicht die geopolitische Begründung für die Einbeziehung der Stadt Memel in die Gebietsabtretung.

Es war diese zentrale Behauptung, nach der das „fragliche Gebiet" immer litauisch gewesen sei, die im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen um das Memelgebiet stand, aber ebenso die grundsätzlichen Haltungen der betroffenen Bevölkerung wie auch „der Deutschen" und „der Litauer" ganz allgemein bestimmte. Es ging in diesem Streit keineswegs nur um den aktuellen ethnischen Bestand im Memelland — der Hinweis Smetonas, das ethnographische Prinzip dürfe nicht mit dem sprachli-

---

Litauer). Vilnius 1989. Zur besonderen Bedeutung Ostpreußens für das Überleben der litauischen Sprache, für die Entwicklung von Sprachwissenschaft, Literatur und Buchkultur vgl. jedoch J.D. Range, Preußisch-Litauen in kulturhistorischer Sicht, in: Deutsche, Slawen und Balten. Aspekte des Zusammenlebens im Osten des Deutschen Reiches und in Ostmitteleuropa, hrsg. v. H. Hecker u. S. Spieler. Bonn 1989, S. 55-81.

13 M. Hellmann, Grundzüge der Geschichte Litauens und des litauischen Volkes. 2., durchges. Aufl., Darmstadt 1976, S. 142; zu den Vorstößen der eigentlich ungeladenen litauischen Delegation bei den Friedensverhandlungen, soweit sie Ostpreußen betrafen, vgl. Stiklorius, Lithuania Minor (wie Anm. 5), S. 38 ff.

14 Zit. nach H. de Chambon, La Lithuanie moderne. Paris 1933, S. 83.

chen verwechselt werden, zeigt klar, daß die Ungunst der demographischen Situation der litauischen Seite durchaus bewußt war. Vielmehr bildete den Kern der Argumentation — und zwar auf beiden Seiten — eine Art historisch begriffenes ethnographisches Prinzip. Dessen zentrales Problem stellte die Frage dar, ob die litauische Bevölkerung im nordöstlichen Ostpreußen und im Memelland autochthon sei oder nicht. Das hieß, konkreter ausgedrückt: Saßen hier vor oder bei der Ankunft des Deutschen Ordens litauische Stämme oder Prußen und Kuren, war gar das Memelland zu diesem Zeitpunkt eine unbesiedelte Wildnis? War es zunächst noch im 19. Jahrhundert um die ausschließlich wissenschaftlich interessierende Frage gegangen, wie weit litauisches Siedlungsgebiet sich überhaupt innerhalb der Grenzen Ostpreußens erstreckt hatte,[15] so akzentuierte man unmittelbar mit den litauischen Ansprüchen nach 1918 das Problem anders und schärfer: Handelte es sich bei den von Litauen beanspruchten Gebieten um altes litauisches Siedlungsland, oder waren die Litauer erst nach der Eroberung durch den Orden zugewandert?

Kaum ein anderes Thema — es war untrennbar verwoben mit der „Memelfrage" — hat die deutsch-litauischen Beziehungen so belastet wie dieses, kaum ein anderes hat seriöse Wissenschaftler beider Seiten derart zur spekulativen Polemik verleitet wie dieses.[16] Die mitunter absurde Züge annehmende Auseinandersetzung ist nur zu begreifen vor dem Hintergrund der darauf sich gründenden Rechtskonstruktion bzw. deren Abwehr. Forstreuters 1953 niedergeschriebene These, „(...) der Ursprung dieses Litauertums auf altpreußischem Boden ist heute geklärt. Die Litauer sind erst im 15. und 16. Jahrhundert dort eingewandert",[17] hatte nur den Wunsch als Vater des Gedankens aufzuweisen, jedenfalls war sie ohne Berücksichtigung der litauischen Perspektive aufgestellt worden. Zwar darf man durchaus auf gewisse Annäherungen in Einzelfragen verweisen, die sich in jüngster Zeit zwischen deutschen und litauischen Historikern ergeben haben,[18] doch dürfte die erwähnte Kernfrage auch

---

15 So z.B. in den Untersuchungen von A. Bezzenberger, Die litauisch-preußische Grenze, in: Altpreußische Monatsschrift 19 (1882), S. 651-655 und M. Toeppen, Historisch-comparative Geographie von Preußen. Gotha 1858.

16 Vgl. den umfassenden Überblick bei A. Hermann, Die Besiedlung Preußisch-Litauens im 15.–16. Jahrhundert in der deutschen und litauischen Historiographie. Ein Forschungsbericht, in: Zeitschrift für Ostforschung 39 (1990), S. 321-341; aus litauischer Sicht zusammenfassend Matulevičius, Mažoji Lietuva (wie Anm. 12), S. 9-24.

17 K. Forstreuter, Die Anfänge der Sprachstatistik in Preußen und ihre Ergebnisse zur Litauerfrage, in: Zeitschrift für Ostforschung 2 (1953), S. 330. Er beruft sich dabei auf die zweifellos wichtige Arbeit von H. u. G. Mortensen, Die Besiedlung des nordöstlichen Ostpreußens bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts. Bd. I u. II, Leipzig 1937–1938.

18 Hermann, Besiedlung (wie Anm. 16), S. 322.

weiterhin unterschiedlichen Ansichten unterworfen sein. Obwohl sich möglicherweise angesichts der Quellenlage überhaupt keine unanfechtbare Antwort finden lassen wird, ist leider nicht unbedingt damit zu rechnen, daß das Streitthema begraben werden könnte. Zu eng ist es mit fundamental unterschiedlichen Einschätzungen politischer Vorgänge der jüngeren und jüngsten Geschichte verbunden. Das zeigt bereits die jeweilige Terminologie auf deutscher wie litauischer Seite bei der Beschreibung der Ereignisse um das „Memelgebiet". Wird das Eindringen litauischer Freischärler und militärischer Einheiten am 10. Januar 1923 in das Memelgebiet deutscherseits bis in die Gegenwart meist als „Annexion" bezeichnet,[19] spricht man in Litauen lieber von „Anschluß" oder sogar „Rückgabe an Litauen",[20] womit das historische Recht auch verbal in Anspruch genommen wird. Umgekehrt wird die Wiedereingliederung in das Reich von 1939 in der deutschen historischen Nachkriegsliteratur ebenso euphemistisch als „Rückgabe" oder „Zession"[21] bezeichnet, wogegen man auf litauischer Seite vorzugsweise von „Wegnahme" und „Raub" rechtmäßigen Besitzes spricht.[22]

Letztlich spiegelt die Terminologie die jeweilige Interessenlage und die allerdings weit voneinander abweichenden Rechtsauffassungen wider. Zu deren argumentativer Absicherung bedient man sich auch weiterhin der bekannten Thesen von der mehr oder weniger erzwungenen Germanisierung alten baltischen Siedlungsgebietes und dessen rechtmäßiger Rücknahme auch nach Verlauf eines halben Jahrtausends auf der einen, bzw. der Akkulturation zugewanderter Litauer durch „innere Kolonisation" auf der anderen Seite.[23] Einzuräumen ist jedoch, daß das Thema in

---

19 So z.B. bei G. von Rauch, Geschichte der baltischen Staaten. 3. Aufl., München 1990, S. 105.

20 Vgl. Enciklopedija (wie Anm. 6), Bd. 2, S. 329, und V. Daugirdaitė-Sruogienė, Lietuvos istorija (Geschichte Litauens). Vilnius 1990, S. 333.

21 So bei E.-A. Plieg, Das Memelland 1920–1939. Deutsche Autonomiebestrebungen im litauischen Gesamtstaat. Würzburg 1962, S. 214 u. 223 (Marburger Ostforschungen. 19.), wo er sich W. Schätzels (Das Reich und das Memelland. Das politische und völkerrechtliche Schicksal des deutschen Memellandes bis zu seiner Heimkehr. Berlin 1943, S. 246) Auffassung mit dem Begriff „Zession" vorbehaltlos anschließt.

22 R. Žepkaitė, Vilniaus istorijos atkarpa 1939 m. spalio 27 d. – 1940 m. birželio 15 d. (Ein Abschnitt der Geschichte von Wilna vom 27. Oktober 1939 bis zum 15. Juni 1940). Vilnius 1990, S. 16 f., und P. Žostautaitė, Autonominio Klaipėdos krašto istorija „Ostforšerių" leidiniuose (Die Geschichte des autonomen Memelgebietes in den Veröffentlichungen der „Ostforscher"), in: Lietuvininkai ir Mažoji Lietuva amžių bėgyje. Konferencijos pranešimųtezės (Preußische Litauer und Preußisch-Litauen im Laufe der Jahrhunderte. Thesen der Konferenzvorträge. Klaipėda 1989, S. 20.

23 So z.B. bei V. Plečkaitis, Die Memellandfrage gestern und heute, in: Jahrestagung 1989/1990, hrsg. v. Litauischen Kulturinstitut. Lampertheim 1991, S. 81-93, und

Deutschland mit dem politischen Ergebnis des Zweiten Weltkrieges und dem Verlust Ostpreußens und des Memellandes in den letzten Jahrzehnten viel weniger Aufmerksamkeit in Anspruch nahm als vergleichsweise in Litauen, wo gerade nach dem Umbruch der Verhältnisse im Verlauf der Auflösung der UdSSR das fortbestehende Interesse an der Geschichte des Memellandes und, darüber hinaus, an Geschichte, Gegenwart und Zukunft des nordöstlichen Ostpreußens, also des Kaliningrader Gebiets, wieder manifest wurde.[24]

Für den permanenten Widerstand des größeren Teiles der Bevölkerung des Memelgebietes gegen die Eingliederung in die Republik Litauen muß zunächst sicher der Umstand verantwortlich gemacht werden, daß sie zu Opfern neuer politischer Grenzziehungen gemacht wurde, ohne dazu befragt worden zu sein. Schon die Lösung vom Deutschen Reich gemäß Artikel 99 des Versailler Vertrages erfolgte ohne jede Abstimmung, ebenso die Unterstellung unter das „Kondominium", ganz zu schweigen von der abschließend international anerkannten Einverleibung in das Staatsgebiet Litauens. Der zähe Kampf der meisten Memelländer um ihre kulturelle Autonomie bestimmte jedoch den Alltag viel nachhaltiger als die allgemeinpolitischen Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung in Kaunas und ihrem Gouverneur in Memel. Beide Teile, die sich als deutsch verstehenden Memelländer einerseits, die litauisch gesinnten und die mit ihnen verbündete Regierung in Kaunas andererseits, fochten auf diesem Felde ihre erbittertsten Auseinandersetzungen aus — fast immer ging es darin, wenigstens vordergründig, um die Sprache. Man sieht sich damit wiederum auf den Kern des litauischen Anspruchs auf das Memelgebiet zurückverwiesen und stößt zugleich auf den eigentlichen Grund, aus dem es zu

Žostautaitė, Autonominio Klaipėdos (wie Anm. 22). Die Auffassung auf deutscher Seite findet sich, gegenüber früheren Untersuchungen des gleichen Autors mit neuen Ergebnissen modifiziert, bei H. Mortensen, Einwanderung und innerer Ausbau in den Anfängen der Besiedlung des Hauptamtes Ragnit, in: Acta Prussica (1968), S. 67-76.

[24] Seit 1989 erschien eine Flut von Aufsätzen in Zeitschriften und Tageszeitungen Litauens zur Geschichte und aktuellen Lage des Kaliningrader Gebietes, das in diesem Zusammenhang meist als „Mažoji Lietuva", also Klein-Litauen bezeichnet wird. Unabhängig davon wurde auch die besondere Geschichte des Memellandes und seiner historischen Bevölkerung neu entdeckt. Die Einrichtung eines Forschungszentrums für die Geschichte Westlitauens und Preußens an der Universität in Klaipėda steht ebenso in diesem Zusammenhang, wie die Gründung zahlreicher Vereinigungen und Gesellschaften, die sich mit Kultur und Geschichte beider Gebiete befassen wollen. Vgl. dazu beispielsweise die 1989 begonnene Zeitschrift „ramuva", die herausgegeben wird von der Vereinigung „Ramuva", der Vydūnas-Gesellschaft, dem „Klub der Prußen" und dem Verein der Lietuvininkai (wie sich die Litauer Ostpreußens selbst bezeichnen).

einer wirklich konstruktiven Interaktion zwischen dem autonomen Gebiet und der Republik nie kommen konnte.

Zwar hatte seinerzeit Smetona auf die begrenzte Rolle der Sprache für das „ethnographische Prinzip" verwiesen, doch war in der Praxis der Demographie bzw. der dazu angewandten statistischen Verfahren von Anfang an auf die Sprachzählung zurückgegriffen worden. Die erste Sprachzählung in Preußen fand 1817 im Regierungsbezirk Gumbinnen statt und erfaßte Deutsch, Litauisch und Masurisch. Dabei wurde auch die Muttersprache der Schulkinder erhoben, in der jeweils Religions- und Leseunterricht erteilt wurden. Das noch wenig entwickelte Verfahren gab der Regierung in Gumbinnen bei der nächsten Zählung 1835 Anlaß zu der Anweisung an die Landräte, nicht die Verkehrssprache, sondern die in den Familien gebräuchliche Sprache zu erfassen.[25] Zwar bemühte sich die preußische Regierung, die Methoden der Erhebungen fortlaufend zu verbessern, doch blieben die Ergebnisse naturgemäß immer umstritten. Das zentrale Problem war in dem Moment geboren, als auch explizit Sprache mit der Nationalität der Befragten verbunden wurde. Zwar hatte sich der Leiter des statistischen Büros Preußens, Ernst Engel, anläßlich der Volkszählung in der ganzen Monarchie von 1861 noch relativ vorsichtig ausgedrückt mit seinem Hinweis, die Sprache sei in gewissem Grade gleichbedeutend mit der Nationalität,[26] doch wurden in der Folge in den statistischen Auswertungen Sprache und Nationalität meist bedingungslos gleichgesetzt. Kritik an diesem Prinzip erhebt sich eigentlich nur dort, wo die eigene politische Position davon negativ berührt wird.

Erstaunlicherweise hat sich an dieser Handhabung der statistischen Daten bis in die Zeit des Memelgebietes wenig oder nichts geändert. So geht beispielsweise *Vileišis* in seiner sehr gründlichen Untersuchung über die Nationalitätenverhältnisse in Klein-Litauen angemessen kritisch mit Verfahren und Ergebnissen der Erhebungen bis 1910 um, spricht auch vorsichtshalber meist nur von „litauisch Sprechenden",[27] benutzt aber gleichwohl das Material der letzten beiden Befragungen vor dem Ersten Weltkrieg, um, mit Ausnahme der Stadt Memel, eine Mehrheit von Litauern für das Memelland nachzuweisen: „Ohne die Stadt Memel stellten 1905 die Litauer im Memelland 57,4%. Im Jahre 1910 stellten die Litauer 48,9% aller Einwohner des Gebietes, ohne die Stadt Memel jedoch

25 Forstreuter, Anfänge (wie Anm. 17), S. 336 ff.
26 Ebenda, S. 339.
27 V. Vileišis, Tautiniai santykiai Maž. Lietuvoje ligi Didžiojo Karo istorijos ir statistikos šviesoje (Die nationalen Beziehungen in Klein-Litauen bis zum Großen Kriege im Lichte der Geschichte und Statistik). Kaunas 1935, S. 144 ff.

56%. 1910 waren von den übrigen Bewohnern des Memellandes 1361 israelitischen Glaubens und 336 Personen anderer (weder litauischer noch deutscher) Muttersprache (...)"[28]

Die Personen „israelitischen Glaubens" werden deshalb ausdrücklich erwähnt, weil sie zwar deutsch als Muttersprache angaben, vom Autor hingegen mit dem Verweis auf die gerade begonnene Praxis in NS-Deutschland einer anderen Volksgruppe zugewiesen werden und damit der eigenen Interpretation der Statistik entgegenkommen. Bei Nutzung kirchlicher Zählungen kommt er schließlich für die Zeit zwischen 1910 und 1912 zu einem Anteil von 50,3% Litauern, bei Ausschluß von Memel sogar zu 57,1% unter den Einwohnern des Memellandes.[29] Längst sind aus dem gezählten Sprachverhalten wieder Nationalitäten geworden, womit sich der Autor dem ethnographischen Prinzip anschließen und Clemenceaus Schreiben an die deutsche Regierung von 1919 ausdrücklich zustimmen kann.[30]

Kaum anders jedoch die Handhabung des Materials auf deutscher Seite: Die ein Jahr nach Abschluß der Memelkonvention erschienene Arbeit von Ganß, die das gesamte verfügbare Zahlenwerk älterer und jüngerer Statistiken zur Stützung des deutschen Standpunktes heranzieht und auch die umstrittene Besiedlungsfrage im passenden Sinne abhandelt, definiert den Zusammenhang zwischen Sprache, Ethnos und Nationalität in umgekehrter Reihenfolge genauso widersprüchlich wie Vileišis, so wie es ihm für die polemische Argumentation opportun erscheint. Bezogen auf die Zählung von 1897 und die damit festgestellte Grenze zwischen Kirchspielen mit oder ohne Gottesdienste in litauischer Sprache, kommt er zu der apodiktischen Folgerung: „Südlich dieser Linie wurden litauische Gottesdienste nicht mehr abgehalten, da Litauer dort nicht mehr vorhanden waren."[31] Wenig später jedoch, als es um die Sprachverhältnisse und die Ergebnisse der Volkszählung von 1910 nur noch im späteren Memelgebiet geht, schränkt der Autor plötzlich ein: „Dabei wollen wir vorweg anmerken, daß im folgenden das Wort ‚Litauer' nur die Sprachenzugehörigkeit, nicht die Nationalität bezeichnen soll."[32] Die Absicht ist klar: Wo es nur noch wenig litauisch Sprechende gibt, kann man behaupten, daß es auch keine Litauer im Sinne einer Nationalität mehr gebe, weil das der eigenen politischen Perspektive ohnehin entspricht. Nördlich der Memel, wo

---

28 Ebenda, S. 180.
29 Ebenda, S. 181.
30 Ebenda, S. 180.
31 J. Ganß, Die völkischen Verhältnisse des Memellandes. Berlin 1925, S. 49.
32 Ebenda, S. 52.

nahezu die Hälfte der Bevölkerung sich als litauisch sprechend deklariert hat, wäre die gleiche Argumentationslinie im Interesse aktueller politischer Optik ausgesprochen riskant, — also wird die Gleichung *Sprache* gleich *Nationalität* außer Kraft gesetzt. Noch nach dem Zweiten Weltkriege bewegte sich Forstreuter allzu unbesorgt durch die verfängliche Terminologie, indem er die verschiedenen statistischen Erhebungen kommentierend mal einfach von Deutschen und Litauern, dann von deutsch bzw. litauisch Sprechenden oder sogar von Deutsch- bzw. Litauertum in gleichen Zusammenhängen spricht.[33]

Es ist hier nicht der Ort, sich auf die noch nicht abgeschlossene Diskussion um den Begriff der *Nation* einzulassen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß er im vorliegenden Falle auf beiden Seiten offenbar im mittel- und osteuropäischen Sinne in der Bedeutung „Volksstamm" verstanden worden ist und sich damit der älteren (und heute veralteten) Vorstellung des *Ethnos* annäherte.[34] Der gewiß tragisch zu nennende Irrtum bestand darin, daß man in Litauen glaubte, auf dieser im Grunde romantischen Vorstellung den *Nationalstaat* aufbauen zu können — und in Deutschland, vor allem aber im Memelland selbst, daß man in der Ablehnung dieses Vorhabens auf den gleichen falschen Voraussetzungen fußte.[35] Zweifellos bildete jedoch die litauisch sprechende Bevölkerung im nordöstlichen Ostpreußen in vieler Hinsicht eine ethnische Einheit, einen *Ethnos* im soziologischen Sinne. Er konstituierte sich in allererster Linie dadurch, daß sie sich selbst als eine Gruppe verstand, die durch Herkunft, soziale Beziehungen, Kultur und Sprache sich verbunden fühlte und sich mit der Bezeichnung *Lietuvininkai* zu eigener Identität bekannte.[36] In vielen Äußerungen der

---

[33] Z.B. Forstreuter, Anfänge (wie Anm. 17), S. 346. In litauischen Veröffentlichungen bezog man sich bis in die jüngste Zeit mehr oder weniger explizit auf den Nationen-Begriff Lenins (lit. meist als „tauta" = Volk im Sinne von Nation, völkische Abstammungsgemeinschaft bezeichnet) und sah wenig Anlaß, ihn zu hinterfragen.

[34] Auf die Problematik des deutsch-ostmitteleuropäischen Begriffs der Nation wies im Zusammenhang mit dem Streit um das Memelgebiet K.-H. Ruffmann, Deutsche und Litauer in der Zwischenkriegszeit. Erinnerungen eines Memelländers, Überlegungen eines Historikers. Lüneburg 1989, S. 17 f. (Lüneburger Vorträge zur Geschichte Ostdeutschlands und der Deutschen in Osteuropa. 12.), hin, der an gleicher Stelle auch darauf aufmerksam macht, daß im nicht-deutschen Mittel- und Osteuropa eine Identität von Nation und Staat fast nie herstellbar war. Zum Begriff „Nation" vgl. K. Fuchs, H. Raab, dtv-Wörterbuch zur Geschichte. 2 Bde., 6., bearb. u. erw. Aufl., München 1987, hier Bd. 2, S. 548.

[35] Zur Herkunft dieser Vorstellungen, gerade auch der Gleichsetzung von Volk und Sprachgemeinschaft, aus Herders „Volksgeist" und der daraus resultierenden Mythisierung des „Volkes" vgl. W.E. Mühlmann, Geschichte der Anthropologie. 4. Aufl., Wiesbaden 1986, S. 67 ff.

[36] Mit dieser Bezeichnung leben sie auch im Versepos „Das Jahr" (oder: „Die Jahreszeiten"; lit. „Metai") des Kristijonas Donelaitis (1714–1780), hier geschrieben als „Lietuvininkai". Vgl. z.B. K. Donelaitis, Raštai (Werke). Vilnius 1977, S. 130.

Gruppe oder ihrer Vertreter aus dem 19. und beginnenden 20. Jahrhundert bezeichnen sie sich als besonders treue Untertanen des Preußischen Königs und Deutschen Kaisers, vertreten jedoch auch in Petitionen an eben diesen Kaiser ihren Anspruch auf bessere Pflege ihrer Sprache. Umgekehrt wird auch von den zahlreichen außenstehenden Beobachtern, seien es nun ethnographisch interessierte Autoren oder Beamte aus der Verwaltung, die Einheit *Preußische Litauer* als solche von anderen Gruppen abgegrenzt.[37]

Der so verstandene Ethnos-Begriff konnotiert aber auch die Tatsache, daß eine solche Einheit niemals isoliert für sich betrachtet werden kann, sondern nur in ihren geschichtlichen und sozialen Beziehungen zu anderen Einheiten beschreibbar ist. Er ist deshalb nicht „als Zustands-, sondern als System- oder sozialer Prozeß aufzufassen".[38] Ethnos als „Bewußtseins- und Willensgemeinschaft"[39] — das erklärt eine Menge von dem, was nach 1919 und vor allem nach der Besetzung durch Litauen im Memelgebiet und in Litauen vor sich ging. Vielleicht verband Forstreuter ähnliche Vorstellungen mit seiner Bemerkung, die „preußischen Litauer" hätten „als eine besondere Nationalität" zu gelten.[40] Umgekehrt läßt sich jedoch aus diesem Verständnis auch keineswegs ableiten, Preußens Lietuvininkai hätten ihrerseits nichts mit den Litauern jenseits der Grenzen zu Rußland zu tun gehabt oder gar haben wollen. Äußerungen dieser Richtung finden sich häufiger in der deutschsprachigen Literatur schon des ausgehenden 19. Jahrhunderts, also in etwa parallel zur Wahrnehmung der ersten Anzeichen erwachender nationaler Interessen in Russisch-Litauen. Sie wurden zuletzt ausgerechnet von Wilhelm Gaigalat (1870–1945), wenig später einer der wirkungsvollsten Proponenten des Anschlusses Preußisch-Litauens an die Republik Litauen, 1915 wiederholt: „Die preußi-

---

37 Eine Auflistung der Petitionen seit 1879 mit den Zahlen der Unterzeichner gibt P. Pakarklis, Lietuvių vokietinimas Mažojoj Lietuvoj (Die Germanisierung der Litauer in Klein-Litauen). Moskau 1942, S. 16 ff.; vgl. dazu den Überblick bei D. Kaunas, Mažosios Lietuvos bibliotekos (iki 1940 metų) (Die Bibliotheken Klein-Litauens <bis 1940>). Vilnius 1987, S. 55 ff. Der Verfasser geht darin nicht nur auf die Petitionen und die Zahl ihrer Unterzeichner ein, sondern umreißt auch die kulturellen Aktivitäten der Gruppe im Pressewesen, Buchdruck, Vereinsleben etc. Freilich wird auch in dieser Veröffentlichung wenig reflektiert von einem „nationalen Kampf" gesprochen (ebenda, S. 56). Zu den interkulturellen Beziehungen zwischen Deutschen und preußischen Litauern, in denen sich ebenfalls der Bestand der besonderen ethnischen Einheit ausdrückt, vgl. Range, Preußisch-Litauen (wie Anm. 12). In Litauen definierte jüngst Matulevičius, Mažoji Lietuva (wie Anm. 12), die „Lietuvininkai" als „ethnographische Gruppe" der Litauer (S. 7).

38 Mühlmann, Geschichte (wie Anm. 35), S. 236.

39 Ebenda.

40 Forstreuter, Anfänge (wie Anm. 17), S. 344.

schen Litauer haben — das ist jedem Kenner dieses Volksstammes ganz klar — nicht die mindeste Lust, einem anderen Staate, einer anderen Verwaltung, als gerade der preußisch-deutschen anzugehören. Sie leben in gutem Wohlstande, sind dankbar für die nutzbringende Fürsorge des preußischen Staates und würden ihre gegenwärtige hochentwickelte wirtschaftliche Lage nimmer gegen eine zweifelhafte Zukunft eintauschen wollen."[41]

Der Pfarrer und Abgeordnete im Preußischen Landtag sieht weiterhin das Nationalgefühl seiner Gruppe nicht besonders entwickelt und fügt hinzu, es bestünde so gut wie kein Verkehr, „weder nationaler noch wirtschaftlicher Art zwischen den beiden litauischen Grenznachbarn; sie sind einander fast fremd". Er ist in eigener Person ein beredtes Beispiel für die diffizilen Bedingungen jeder Art nationaler Bekenntnisse und Haltungen im Spannungsfeld zwischen Deutschen und Litauern. Die oben zitierte Meinung ist durchaus auf der Höhe ihrer Zeit. Noch kann ihr Autor auf einen Sieg des Deutschen Reiches im Weltkriege setzen, preußisch-deutscher Patriotismus scheint dem preußischen Litauer nicht zuletzt in der Eigenschaft als politischer Vertreter seiner Gruppe angebracht zu sein. Mit Veränderungen in der politischen Geographie Ostmitteleuropas kann er noch nicht rechnen und wenn, dann nur unter deutschem Patronat. Nur drei Jahre später, als Gaigalat beginnt, für die Republik Litauen zu kämpfen, haben sich die Grundlagen für die Existenz seiner ethnischen Einheit geändert: Rußlands Herrschaft über Litauen scheint vorbei zu sein, Deutschlands Niederlage macht die soziale und wirtschaftliche Zukunft ungewiß, Grenzen werden in Frage gestellt, und ein von Polen unabhängiges Litauen entsteht in unmittelbarer Nachbarschaft. Dennoch wäre es wiederum ein Fehler, seine Entscheidung für die selbstverständliche zu halten. Das kontinuierliche Wahlverhalten der übergroßen Mehrheit im Memelgebiet, offensichtlich auch der Mehrzahl der litauisch Sprechenden, zeugt von ganz anderen Prioritäten, die angesichts nationaler Entscheidungen getroffen werden können.

Aus litauischer Sicht müßte man sich nun die Frage stellen, warum es nicht gelungen ist, im Memelgebiet wenigstens den litauisch sprechenden Teil der Bevölkerung im Sinne einer „nationalen Wiedergeburt"[42] zu mo-

---

41 W. Gaigalat, Die litauisch-baltische Frage. Berlin 1915, S. 22 f.; zur Biographie Gaigalats (lit. Vilius Gaigalaitis) vgl. Enciklopedija (wie Anm. 6), Bd. 1, S. 562. Über die angebliche Distanz preußischer Litauer zu den Grenzgängern aus Russisch-Litauen vgl. auch z.B. die entsprechenden Bemerkungen bei M. Friedeberg, Bilder von der Ostgrenze. Tilsit 1886, S. 18 (Bilder aus Ostpreußen. 2.).

42 Die geläufige Metapher verwendet auch Smetona, Frage (wie Anm. 8), im Vorfeld der Staatsgründung gerne; vgl. ebenda, S. 11.

bilisieren. Die Gelegenheit dazu gab es schon seit Einrichtung des Kondominiums, auf jeden Fall aber mit allen Möglichkeiten nach der Besetzung im Januar 1923. Wenn man davon ausgeht, daß sich ein Ethnos im Bewußtsein einer Gruppe konstituiert, dann räumt man damit auch ein, daß es objektive Kriterien für eine nationale Zuordnung im herkömmlichen Sinne — hier Deutscher, dort Litauer — nicht geben kann. Um so näher liegt der Gedanke, auf der ideologischen Ebene entsprechende Bewußtseinsinhalte für eine nationale Identität zu vermitteln. Man kann nicht behaupten, daß die junge litauische Intelligenz nichts dergleichen versucht hätte, doch stieß sie in Preußisch-Litauen auf erstaunlich geringe Resonanz gerade beim eigentlichen „Volk" auf dem Lande.

Die Voraussetzungen zu einer nationalen Orientierung, sollte man annehmen, müßten gerade in Preußisch-Litauen ideal gewesen sein, war doch von hier aus ein ganz wesentlicher Teil der vorbereitenden Kämpfe zur Gründung eines neuen Staatswesens geführt worden. Die entscheidenden geistigen Anstöße zur Formierung eines litauischen Nationalbewußtseins mußten zumindest technisch-organisatorisch von Ostpreußen her vermittelt werden, als zur Zeit des zaristischen Druckverbotes (1864–1904) in Russisch-Litauen keine litauischen Schriften in lateinischen Lettern erscheinen durften. Die Druckereien in Tilsit, Königsberg und Memel stellten während dieser Zeit das her, was dann bei Nacht und Nebel über die Grenze geschmuggelt wurde: Bücher, Kalender und Zeitschriften. Darunter auch die politisch und kulturell einflußreichsten wie die von Jonas Basanavičius (1851–1927) redigierte „Aušra" (Morgenröte) und der von Vincas Kudirka (1858–1899) redigierte „Varpas" (Die Glocke). Davon abgesehen war Preußisch-Litauen überhaupt die Wiege des litauischsprachigen Zeitungs- und Zeitschriftenwesens, seit 1849 bis 1880 war in Königsberg die Wochenschrift „Keleiwis" (Der Wanderer) erschienen, ganz zu schweigen von den vielen religiös orientierten Zeitschriften, die ganz speziell für die evangelischen preußischen Litauer herausgegeben wurden. Auch Gaigalat war in diese publizistische Tradition eingebunden, arbeitete an Zeitschriften mit und verantwortete ab 1904 die Monatsschrift „Pagalba" (Beistand), die zunächst in Tilsit, dann kurz in Kaunas und später in Memel erschien. Sie war das Organ des Vereins Sandora, einer ungemein wirksamen Gesellschaft für Wohltätigkeit und kulturelle Anliegen der Lutheraner litauischer Muttersprache in Ostpreußen. Ihr Zentrum war in Memel und blieb dort auch, als ab 1923 die Tätigkeit sich hauptsächlich auf das Memelgebiet erstreckte.[43] Berücksichtigt man

[43] Die meisten der hier genannten Periodika finden sich, wenigstens teilweise, in Verwahrung der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz innerhalb des Depositums

weiterhin den Umstand, daß der Bildungsstand der preußischen Litauer dank eines schon längere Zeit entwickelteren Schulsystems durchschnittlich höher gewesen sein dürfte als der der Landbevölkerung östlich der russischen Grenze, dann findet man eigentlich günstige Bedingungen für die Mobilisierung nationaler Orientierungen.

Zudem war die Gruppe der Lietuvininkai — wie schon erwähnt — mehrfach für ihre kulturellen Belange aktiv geworden, es hatte Konflikte und Kampfmaßnahmen in der Sprach- und Unterrichtsfrage gegeben[44], — das heißt, der Ethnos war formiert, seine Angehörigen waren sich zum großen Teil der Problematik ihrer Lage im Deutschen Reich bewußt geworden.

Es soll keineswegs behauptet werden, Nationalbewußtsein sei unter den preußischen Litauern zu Beginn des 20. Jahrhunderts und nach dem Ersten Weltkrieg nicht anzutreffen gewesen. Schon die Beteiligung einzelner am Großen Landtag 1905 in Wilna belegt ein *litauisches* Bewußtsein bei Angehörigen der Intelligenz, vielleicht auch bei Arbeitern und Bauern. Wichtiger in diesem Kontext ist jedoch das Treffen vom 16. November 1918 in Tilsit, an dem 50 Vertreter aus Preußisch-Litauen teilnahmen und einen „Litauischen Nationalrat" (lit. „Prusų Lietuvių tautos taryba") ins Leben riefen. Der Kreis trat in erweiterter Zusammensetzung am 30. November erneut zusammen und verabschiedete eine Deklaration, in der es hieß: „(...) im Hinblick darauf, daß wir Litauer hier in Preußisch-Litauen leben und die Mehrheit der Einwohner dieses Landes bilden, berufen wir uns auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker gemäß Wilson und fordern den Anschluß Klein-Litauens an Groß-Litauen. Alle, die mit ihrer Unterschrift diese Erklärung annehmen, verpflichten sich, alle ihre Kräfte der Verwirklichung dieses Anliegens zu weihen."[45]

Vilius Gaigalaitis; vgl. Baltica. Depositum Vilius Gaigalaitis. Aus der Bibliothek Eduard Hermann, bearb. v. J.D. Range. Berlin 1980, S. 12 ff. (Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz. Osteuropa-Abteilung.). Zum Verein „Sandora" s. Enciklopedija (wie Anm. 6), Bd. 3, S. 622. Ausführlicher über die weitgespannten Aktivitäten des Vereins und besonders über seine 1912 eröffnete Bibliothek in Memel bei Kaunas, Mažosios Lietuvos (wie Anm. 37), S. 157 ff. Der Autor unterstellt ihm jedoch wegen seiner „klerikalen Ideologie" ohne weitere Begründung eine negative Rolle für den Fortschritt der kulturellen Entwicklung Klein-Litauens (ebenda, S. 158).

44 So wurde wiederholt versucht, sich gegen die gesetzlichen Verbote das Recht zum öffentlichen Gebrauch der litauischen Sprache in Gerichts- und Verwaltungsangelegenheiten zu erkämpfen. 1907 beispielsweise wurde in Tilsit eine gewisse Ida Kruminus zu 24 Stunden Arrest verurteilt, weil sie vor Gericht nur in litauischer Sprache aussagen wollte. Vgl. Preußische Zeitung vom 7. September 1907.

45 Zit. nach K. Budginas, Dvi Deklaracijos (Zwei Resolutionen), in: Lietuvininkai (wie Anm. 22), S. 17.

Präsident des Rates wurde Vilius Gaigalaitis. Nach der Abtrennung des Memelgebietes übersiedelte der Rat 1919 nach Memel und erhob von dort aus seine Forderungen auf Anschluß an Litauen gegenüber der Entente und der Botschafterkonferenz. Mitglied des Arbeitsausschusses war auch Erdmonas Simonaitis (1888–1969), der später dem ersten, noch vom französischen Gouverneur *Ordry* ernannten, Landesdirektorium beitrat.

Vielleicht war es gerade die Entschiedenheit und Schnelligkeit dieses politischen Handelns klein-litauischer Interessenvertreter, die zu einer illusionären Einschätzung der Verhältnisse international wie auch in Litauen beitrugen. Man hielt eine Gruppierung und deren Haltung für repräsentativ, die nicht nur formal ohne ausdrückliches Mandat handelte, sondern offenbar auch ohne die Gefolgschaft einer Mehrheit blieb. Der Vorgang läßt sich erst aus heutiger Perspektive und mit der heutigen Einsicht über Entstehung und Entwicklung ethnischer Einheiten einigermaßen konstruktiv beschreiben: Verwechselt wurden — historisch womöglich unvermeidlich — von allen Beteiligten die *ethnische Gruppe* mit einer ausdifferenzierten und sich ihrer selbst bewußten *Nationalität.* Überflüssig zu bemerken, daß auch die Geschichtsschreibung bis in die Gegenwart in nationaler Befangenheit solche Fehlschlüsse wiederholte, wobei sie sich, wie oben gezeigt, immer noch allzugern auf die fatale Sprachzählerei beruft.

Der Ethnos konstituiert sich grundlegend anders und weniger ideologisch überbaut als das viel beschworene Nationalbewußtsein und erst recht der Nationalismus:[46] Ethnos bildet sich unmittelbar am Lebenszentrum der Menschen, in und mit ihrer lokalen Gruppe, das heißt für die hier angesprochenen Verhältnisse, im Dorf und im Pfarrsprengel. Gewiß spielt für die Herausbildung der Gruppenidentität die Sprache eine nicht zu vernachlässigende Rolle, doch orientiert sich die Identitätsfindung mindestens genau so stark, wenn nicht entschiedener, an anderen kulturellen Mustern sozialer und auch wirtschaftlicher Provenienz. Gleiche berufliche Tätigkeit z.B., gemeinsame Religion und deren Ausübung beim sonntäglichen Gottesdienst in der Kirche, gemeinsamer Erfahrungshin-

[46] Um den Weg vom Ethnos zur Nationalität zu beschreiben, bedurfte es eingehender Untersuchungen im überschaubaren Mikro-Raum des Dorfes und der kleinen Siedlungseinheiten, wie sie in jüngster Zeit z.B. für Südkärnten und das Burgenland in Österreich vorgenommen wurden (Vom Ethnos zur Nationalität. Der nationale Differenzierungsprozeß am Beispiel ausgewählter Orte in Kärnten und im Burgenland, hrsg. v. A. Moritsch. Wien/München 1991 <Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit. 18/1991.>). Zur grundsätzlichen, auch terminologischen Problematik des Begriffs „Ethnos" und der damit verbundenen Kriterien vgl. J.V. Bromlej, Ethnos und Ethnographie. Berlin 1977, S. 28 ff.

tergrund im gesellschaftlichen und praktischen Leben — das alles formiert eine ethnische Gruppe weit vor jeder Entwicklung zur Nation. Vor allem ist diese Verhaftung am lokalen und überschaubaren Kulturhorizont außerordentlich dauerhaft und widerstandsfähig. Die Sprache läßt sich wechseln, es gibt oft gute Gründe dafür; wie weit die ethnische Identität davon tangiert wird, ist eine offene Frage.

Bekanntlich ergaben die Sprachzählungen in Ostpreußen immer wieder, daß im urbanen Bereich auch des eigentlich litauischen Siedlungsgebietes nur sehr wenig litauisch gesprochen wurde.[47] Es gibt keinen Grund zur Annahme, es seien keine Familien litauischer Muttersprache in die kleineren oder größeren Städte zugezogen, doch scheinen sie dort bald auf die Deklaration ihrer Muttersprache verzichtet zu haben, was nicht heißen muß, daß sie sie nicht mehr benutzt hätten. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts ist parallel zum sich entwickelnden Schulsystem mit Zweisprachigkeit bei der litauischen Bevölkerung Ostpreußens auch auf dem Lande zu rechnen. Bilingualität jedoch eröffnet in der sozialen Dimension den Betroffenen die Möglichkeit der Wahl, die dann für gewöhnlich dem sozialen und ökonomischen Vorteil entsprechend getroffen wird, wie das auch bei der Wahl der deutschen Sprache wenigstens im städtischen Bereich zweifellos der Fall war. Es bedurfte der nationalen Ideologien des 19. Jahrhunderts, diesen Vorgang europaweit zum Problem werden zu lassen.

Wenn es der litauischen Nationalbewegung letztlich nicht gelang, das ganze ethnische Potential der preußischen Litauer für die Loslösung von Deutschland zu mobilisieren, dann ist das die Folge unzureichender Formierung national-litauischen Bewußtseins bei der breiteren Bevölkerung. Dem standen jedoch objektive Größen im Wege, die eben den Ethnos der Lietuvininkai herausgebildet hatten. Einmal hatten sie jahrhundertelang im Herrschaftsbereich des preußischen politischen Systems und damit im Nahverhältnis zum deutschen Kulturraum gelebt. Umgekehrt waren die Litauer jenseits der Grenze ebenfalls über Jahrhunderte dem kulturellen und politischen Einfluß Polens, später auch noch Rußlands ausgesetzt gewesen. Das heißt, daß die beiden ethnischen Gruppen, die man durchaus als Litauer zusammenfassen kann, jenseits von Sprache und Stammesverwandtschaft höchst unterschiedliche kulturelle und damit verbundene soziale und ökonomische Erfahrungen gemacht hatten. Solche Erfahrungen konstituieren, ethnisch gesehen, eigene Identität und Zugehörigkeit.

---

[47] Vgl. etwa Forstreuter, Anfänge (wie Anm. 17), S. 345 f. Der Verfasser bindet den Vorgang der Assimilation in die Städte gezogener Litauer ebenfalls ausschließlich an den Sprachgebrauch bzw. dessen Deklarierung.

Darüber hinaus: Bedingt durch die unterschiedliche historische Betroffenheit gehörten beide Ethnien unterschiedlichen Religionsgemeinschaften und damit unterschiedlichen Glaubensinhalten an. Gerade in deren Umfeld jedoch entwickeln sich die wirkungsvollsten gruppenintegrierenden Faktoren. Das Leben in und mit der Pfarrgemeinde bestand ja keineswegs nur aus dem sonntäglichen Gottesdienst und anschließendem Gasthausbesuch, sondern es begleitete oder dominierte sogar das gesellschaftliche Leben im Jahresbrauchtum, das sich wiederum am kirchlich vorgegebenen Festkalender orientierte.[48] Die Integrationskraft in diesem Rahmen ist so groß, daß sie auch die Grenzen sprachlich oder stammesgeschichtlich definierter Ethnien zu sprengen vermag, woraus unmittelbar neue Gruppenidentitäten entstehen können. Man braucht in diesem Zusammenhang nur an die spezifische Ausprägung pietistischer Bewegungen im nordöstlichen Ostpreußen im 19. Jahrhundert zu denken. Die Gemeinschaftsbewegungen der „Surinkimininker" (auf deutsch auch als „Stundenhalter" oder „Alte Versammlung" bezeichnet) mit ihren Gebetsversammlungen und Laienpredigern hatten ihre Hauptanhängerschaft unter der litauisch sprechenden Landbevölkerung und trugen ganz erheblich zur Identität der preußischen Litauer bei.[49] Gerade mit ihrem ausgeprägten Bezug auf das allgemeine Priestertum stellten sie ein ausgesprochen antikatholisches Element dar, das ihre Mitglieder zu partieller Distanz zum katholischen Litauer jenseits der deutschen Grenze bewog.

Jede ethnische Identität wird weitgehend durch das kulturelle Selbstverständnis einer Gruppe geprägt, denn „die ethnischen Gruppen unterscheiden sich im wesentlichen durch ihre kulturellen Äußerungen und grenzen sich durch diese gegeneinander ab".[50] Damit ist für den konkreten Fall

---

[48] Zur kommunikativen Leistung des Brauchtums und der Feste vgl. A.C. Bimmer, Brauchforschung, in: Grundriß der Volkskunde. Einführung in die Forschungsfelder der Europäischen Ethnologie, hrsg. v. R.W. Brednich. Berlin 1988, S. 311-328. Beispielhaft über die Möglichkeiten der Pfarrer auch im Prozeß nationaler Differenzierung geben die Untersuchungen in Südkärnten Auskunft, wozu auch kirchliches Quellenmaterial herangezogen wurde; vgl. Vom Ethnos (wie Anm. 46), S. 55 ff.

[49] Dazu J. Sprogies, Aus der Geschichte der „Alten Versammlung", in: Memeler Dampfboot 104 (1953), Nr. 24, [o.S.] und H. Masalskis, Maldeninkai (Die Stundenhalter), in: Nemuno kraštas 6 (1969), Nr. 3, S. 32 f.; Nr. 4, S. 33; Nr. 5, S. 33; Nr. 6, S. 32. Ob die Surinkimininker tatsächlich besondere Bedeutung für den Erhalt des „Litauertums" gehabt haben, wie mitunter vermutet wurde — vgl. J. Vilgalis, Surinkimininkų įtaka lietuviškumo šilaikymui (Die Bedeutung der Stundenhalter für den Erhalt des Litauertums), in: Lietuvos pajūris (1986), Nr. 52, S. 417 f. —, muß in diesem Zusammenhang offen bleiben. Der litauischen Nationalbewegung scheinen sie jedenfalls nicht nahegestanden zu haben. Vgl. dazu A. Hermann, Das Nationalbewußtsein der litauischen Lutheraner in Preußisch-Litauen und in Litauen, in: Lutherische Kirche in der Welt 35 (1988), S. 126 f.

[50] A. Schenk, Interethnische Forschung, in: Grundriß (wie Anm. 49), S. 281.

auch gesagt, daß die Lietuvininkai sich mit Sicherheit in ihren kulturellen Äußerungen von ihrer deutschen Umgebung abgrenzen konnten, genauso gewiß jedoch auch von den Litauern Russisch-Litauens. Mit beiden benachbarten Gruppen standen sie umgekehrt aber auch in einem ständigen Interaktionsprozeß, der sie selbst kulturell beeinflußte, in dem sie aber ebenfalls Innovationen nach außen vermittelten. Sie in die nationale Ideenwelt des 19. Jahrhunderts einzubinden, mußte deshalb schwer sein, dem Nationalismus des beginnenden 20. Jahrhunderts scheinen sie in ihrer Mehrheit eher pragmatisch begegnet zu sein.

Diese lange und von Hoffnungen und illusionären Vorstellungen gekennzeichnete Vorgeschichte des Memelgebietes und der Memelländer vor Augen, läßt sich nun der Widerstand eines großen Teiles der Bevölkerung gegen die Republik Litauen auf kulturellem Felde nachzeichnen. Zu Anfang ist klarzustellen, daß die „Memelländer" — der Begriff wird auch in Litauen seit einigen Jahren gern gebraucht — als Bürger des Memelgebietes zu verstehen sind und nicht als ethnische Einheit.[51] Der Terminus findet sich in Artikel 13 der „Memelkonvention", in dem es heißt: „Alle Personen, die (...) die Eigenschaft als Memelländer erwerben, sind bis zum 1. Januar 1930 vom Militärdienst befreit." Im folgenden Artikel ist dann vom „Bürger des Memelgebiets" die Rede, und Artikel 5 des Memelstatuts spricht vom Erwerb „des memelländischen Bürgerrechts".[52] Ethnisch gesehen können „Memelländer" also sowohl deutscher wie litauischer Provenienz sein. Davon zu trennen ist jedoch ihr politisches Verhalten in konkreten Situationen und vor allem in den verschiedenen Abstimmungen und Wahlen. Betrachtet man nur die letzteren, das heißt die sechs Wahlen zum Memelländischen Landtag zwischen 1925 und 1938, so ist festzustellen, daß die Parteien der „Einheitsfront", die man allgemein als „deutsch" und als Befürworter der Autonomie des Memelgebietes einordnen konnte, nie unter einen Stimmenanteil von 80% gerieten und entsprechend nie weniger als 24 der insgesamt 29 Abgeordneten im Landtag (lit. seimelis) stellten. Aus der anderen Perspektive gesehen: mehr als fünf Abgeordnete bei einem Stimmenanteil von maximal 19,2% (1932) konnten die Parteien, die als „großlitauisch" galten, während der ganzen

---

51 Mitunter erweckt die Literatur zum Thema den Eindruck, „Memelländer" seien generell als Deutsche zu betrachten, vgl. z.B. bei Plieg, Memelland (wie Anm. 21), S. 221. Auch die Tätigkeit der Landsmannschaft könnte, wenn auch unbeabsichtigt, hier und da zu ähnlichen Anschauungen geführt haben.

52 Die Memelkonvention und das Statut des Memelgebietes finden sich abgedruckt bei Plieg, Memelland (wie Anm. 21), S. 231-241.

Geschichte des Memelgebietes nicht erringen, obwohl kontinuierlicher Zuzug aus Litauen (etwa 10000 Personen)[53] eigentlich für eine Verstärkung des litauischen Stimmenanteils hätte sorgen sollen. Schließlich sank der Prozentsatz der Stimmen, die man als „großlitauisch" bezeichnen könnte, bei der schon unter nationalsozialistischer Orientierung verlaufenden Wahl vom Dezember 1938 auf 12,8% oder, absolut gezählt, 9261.[54] Man wird deshalb cum grano salis behaupten können, daß es der deutschnationalen Bewegung des Memelgebietes insgesamt gelungen ist, den größten Teil der ethnisch litauischen Bevölkerung, politisch gesehen, auf ihre Seite zu bringen und in den Kampf für die möglichst weitgehende Autonomie oder sogar den Anschluß an das Deutsche Reich einzubeziehen.

Entsprechend den von litauischer Seite gesetzten Prämissen, die wir als historisch und ethnographisch definierte „Rechte" zu umschreiben versucht haben, vollzog sich diese Auseinandersetzung vorzugsweise auf dem Gebiet der wesentlichsten kulturellen Äußerungen der ethnischen Gruppen, das sind Religion und Sprache. Konkreter gefaßt und auf strukturelle Zentren bezogen heißt das: zu Schlachtfeldern wurden insbesondere Kirche und Schule, die Sprache betreffend aber auch Bibliotheken, Medien und Vereinswesen. Miteinbezogen waren natürlich auch Musik und Sport, die jedoch im folgenden Überblick vernachlässigt bleiben sollen. Wie wesentlich die evangelisch-lutherische Religion für die Identität der preußischen Litauer geworden war, ließ sich bereits andeuten. Sie verband die Gruppe innerhalb einer kirchlichen Organisation mit dem weitaus größten Teil der ethnisch deutschen Memelländer und, darüber hinaus, mit den Traditionen der altpreußischen Landeskirche und der Leitung der ostpreußischen Provinzialsynode. Nach der Volkszählung von 1920 lebten im späteren Memelgebiet unter 141000 Einwohnern 133000 Evangelische, 5400 Katholiken, 1350 Juden und rund 1100 Andersgläubige.[55]

Mußte es nach Inkrafttreten des Memelstatuts im Interesse der souveränen Republik Litauen liegen, die Bindungen der Kirche des Memelgebietes an die Kirchenorganisationen des Deutschen Reiches zu kappen, so

---

[53] Plieg, Memelland (wie Anm. 21), S. 218, spricht von 10000 „oder mehr", vgl. auch dort S. 87, Anm. 12 u. 13.

[54] Zahlen zu den Wahlen bei W. Horn, Das Deutschtum im Memelland auf Grund des Ergebnisses der Landtagswahl vom 11. Dezember 1938, in: Petermanns Geographische Mitteilungen 85 (1939), S. 73 f.

[55] F. Gregor, Zur Geschichte der evangelischen Kirche des Memellandes 1919–1939, in: Jahrbuch für ostpreußische Kirchengeschichte 6 (1940), S. 66.

erschien es den Evangelischen und ihren Kirchengemeinden schon aus wirtschaftlichen Gründen unerläßlich, gerade diese Beziehungen auch auf organisatorischem Gebiet aufrecht zu erhalten. Die Kirchenleitung sah dazu aber auch von Anfang an erhebliche theologische und pastorale Probleme auf die Kirche in der neugeschaffenen politischen Einheit zukommen: die 30 Gemeinden mit 38 Geistlichen durften nicht von Ausbildungsmöglichkeiten für den theologischen Nachwuchs abgeschnitten werden. Angesichts der geringen Anzahl von Protestanten in Litauen — bei Gründung der Republik zählte man ca. 70 000 Lutheraner, wovon der größere Teil der deutschen und lettischen Minderheit angehörte[56] — gab es vorläufig keine Aussichten auf eine theologische Hochschuleinrichtung.

Die ostpreußische Kirchenbehörde hatte bereits am 1. Juni 1919, also noch vor Unterzeichnung des Friedensvertrages, als dessen Bedingungen aber schon zu überblicken waren, einen „Evangelischen Kirchenausschuß Nordmemelland" gebildet, der „die Gesichtspunkte der Freiheit und Selbständigkeit der Kirche gegenüber dem künftigen Machthaber zur Geltung zu bringen" hatte.[57] Es lag mithin noch nicht fest, um welchen „Machthaber" es sich konkret auf die Dauer handeln würde, als die memelländischen Kirchengemeinden in einer Resolution mit Berufung auf Artikel 93 des Friedensvertrages für ihre amtliche Vertretung forderten, „daß ihr unter allen Umständen die uneingeschränkte Zugehörigkeit zu der Landeskirche der älteren Provinzen des preußischen Staates dauernd gewährleistet werde. Sie erhebt diese Forderungen aus kirchlichen und religiösen Gründen im Namen der Glaubens- und Gewissensfreiheit."[58]

Dennoch muß allen Beteiligten der litauische Anspruch auf das Memelgebiet bewußt gewesen sein. Er wurde jedenfalls umgehend auch im kirchlichen Raum bestätigt, als am 30. Juni 1919 auf einer Gesamtsynode aller im Memelgebiet ansässigen Mitglieder der Kreissynoden unter Vorsitz des Superintendenten Franz Gregor wiederum von Vilius Gaigalaitis als Sprecher einer kleineren Gruppe die Loslösung der evangelischen Gemeinden von der altpreußischen evangelischen Kirche und der Anschluß an die evangelische Kirche des neuerstandenen litauischen Staates verlangt wurde. Von den 102 Abgeordneten aus allen Kirchengemein-

---

56 Hermann, Nationalbewußtsein (wie Anm. 49), S. 128; Gregor, Geschichte (wie Anm. 55), S. 69, spricht von etwa 60 000 Lutheranern in Litauen. Die zahlenmäßig noch sehr viel kleineren reformierten Gemeinden bleiben in unserem Zusammenhang vernachlässigt.

57 Gregor, Geschichte (wie Anm. 55), S. 68.

58 Zit. ebenda, S. 68.

den stimmten 85 für den Verbleib bei der altpreußischen Landeskirche, zwei stimmten dagegen, 15 enthielten sich der Stimme.[59]

Man kann diesen Vorgang als Schlüssel zum Verständnis der nachfolgenden Haltungen beider Seiten zur Rolle der Kirche in der Auseinandersetzung um die Autonomie des Memelgebietes und der endlichen Rückgabe an das Deutsche Reich betrachten. Nicht zuletzt einer der Hauptakteure, der Superintendent und spätere Generalsuperintendent des Memelgebietes Gregor, gibt dazu wesentlichen Aufschluß. Er, der in seiner hier mehrfach zitierten Schrift den Wiederanschluß an Deutschland 1939 als „Befreiung" versteht und seiner Kirche „standhafte Treue" und einen Beitrag „zur Erhaltung und Stärkung des Deutschbewußtseins" bescheinigt,[60] unterschied schon in diesem Falle zwischen der „Kirchentreue der großen Mehrheit", die er als „hocherfreulich" empfand, und der „großlitauisch gerichteten Minderheit", deren Äußerungen ihm „recht unerfreulich" erschienen.[61] So viele sachliche und religiöse Gründe für eine Fortsetzung der Gemeinschaft mit der Landeskirche angeführt werden konnten, — meist unausgesprochen waren sie längst der nationalen Frage untergeordnet worden. Gregor definiert zwar die Ziele der Gegenseite als „großlitauisch", also national orientiert, bezeichnet aber die Position der Mehrheit, die auch seine war, bewußt schlicht als „kirchentreu", womit er glaubt, sich jeden nationalen Hinweis sparen zu dürfen. Daraus wird eine der uns schon bekannten stereotypen Vorstellungen, die nicht zuletzt auch das Denken innerhalb der Kirche dominierten: die Nationalisten sind die anderen. Noch dreißig Jahre nach dem Ende des Memelgebietes heißt es über diese Abstimmung in einer deutschen Veröffentlichung: „(...) zwei Litauer, einer der bekannte Chauvinist Dr. Gaigalat, (stimmten) für das Ausscheiden."[62]

Wichtiger jedoch als solche ideologischen Stiche wurde für das spätere Verhältnis der memelländischen Kirche zum litauischen Staat die praktische Maßnahme, die aus diesem Anlaß gesetzt wurde: Der zwar nicht gerade minderheitenfreundlichen, aber doch demokratisch verlaufenen Abstimmungsniederlage der „Litauer" folgte die kirchenbehördliche Ausgrenzung der Abweichler mittels eines statuierten Exempels: Gaigalaitis, damals Pfarrer in Coadjuthen (lit. Katyčiai), wurde noch im glei-

---

59 W. Hubatsch, Geschichte der evangelischen Kirche Ostpreußens. 3 Bde., Göttingen 1968, hier Bd. 1, S. 435.

60 Gregor, Geschichte (wie Anm. 55), S. 65 bzw. 102.

61 Ebenda, S. 69.

62 H.A. Kurschat, Das Buch vom Memelland. Heimatkunde eines deutschen Grenzlandes. Oldenburg 1968, S. 474.

chen Jahr in den Ruhestand versetzt (also im Alter von 49 Jahren).[63] Der Akt mag kirchenrechtlich durchaus begründet und abgedeckt gewesen sein, aus heutiger Sicht bedeutete er nicht weniger als die Verweigerung eines notwendigen Dialoges, den Abbruch jeglicher Kommunikation über ein unter Zukunftsaspekten latentes Thema. Bei den nationallitauisch gesinnten Memelländern ebenso wie in Litauen muß der Vorgang als Signal verstanden worden sein für eine kompromißlos deutschnationale Orientierung der Kirche des Memelgebietes. Daran änderten auch die späteren Bemühungen seitens der Landessynode des Memelgebietes und der ostpreußischen Provinzialsynode nichts mehr, die nach der Angliederung an Litauen gleichermaßen bestrebt waren, möglichst keine Anlässe zum Konflikt mehr zu geben.[64] Ein konstruktives Verhältnis ließ sich nie mehr herstellen, zumal der gemaßregelte Pfarrer Dr. Gaigalaitis in der Folge einflußreiche Positionen innerhalb der lutherischen Kirche in der Republik Litauen übernahm.[65]

Diese Entscheidung von 1919 ist jedoch auch noch in anderer Hinsicht von Interesse. Es erscheint heute erstaunlich, daß Gaigalaitis in Anbetracht der realen Kräfteverhältnisse überhaupt zu so frühem Zeitpunkt und so unvermittelt sein kirchenpolitisches Ziel zu erreichen versuchte. Mochte er sich immerhin durch die hier schon erwähnte Entschließung vom 30. November 1918 zu einem solchen Schritt verpflichtet gefühlt haben, so muß er doch mit etwas mehr Unterstützung für seinen Antrag in diesem Gremium gerechnet haben, als er dann tatsächlich erhielt. Glaubte er wirklich, wie vermutet wurde,[66] sich auf die „Stundenhalter" (lituanisierend „Surinkimininker") der Gemeinschaftsbewegung stützen zu können, so muß er bitter enttäuscht worden sein. Die 15 Stimmenthaltungen zeigen, daß von den preußischen Litauern, sofern sie nicht entschieden für den Verbleib bei der Landeskirche waren, mindestens zu diesem Zeitpunkt keine Exponierung in dieser Frage zu erwarten war. Den Mitgliedern der Gemeinschaftsbewegung, der sich etwa 40% der erwachsenen

---

63 Gregor, Geschichte (wie Anm. 55), S. 69.

64 Diese Zurückhaltung wurde z.B. im Bericht über den Verlauf der ostpreußischen Provinzialsynode 1925 an den Oberkirchenrat in Berlin aktenkundig gemacht. In der Schlußpassage heißt es dort: „Seitens der Synode wurde bei der Besprechung über die Loslösung des Memellandes alles vermieden, was dortselbst irgendwie in nationalistischem Sinne ausgenutzt werden könnte." Evangelisches Konsistorium der Provinz Ostpreußen. Gesch.-Nr. J. 8657. Abgedruckt bei Hubatsch, Geschichte (wie Anm. 59), Bd. 3, S. 366-375.

65 Er übernahm 1925 die Leitung des Konsistoriums der Lutheraner Litauens und begründete im gleichen Jahre in Kaunas eine Ev. theol. Fakultät. Vgl. dazu Hermann, Nationalbewußtsein (wie Anm. 49), S. 128.

66 So Hubatsch, Geschichte (wie Anm. 59), Bd. 1, S. 435.

preußischen Litauer zugehörig fühlten, wurde jüngst, bei allen Verdiensten um die Erhaltung der litauischen Sprache in Preußen, Abstinenz von der litauischen Nationalbewegung bescheinigt.[67] Im Memelgebiet engagierten sie sich auf jeden Fall nur zum geringsten Teil national-litauisch, und Gaigalaitis erwartete auch in dieser Situation vergeblich „nationales" Verhalten bei seiner ethnischen Gruppe.

So konnte die evangelisch-lutherische Kirche des Memelgebietes von Anfang an auf beiden Seiten als Hort des „Deutschtums" begriffen werden, und das, obwohl ein großer Teil ihrer Gläubigen wie auch eine Reihe ihrer Amtsträger sich ethnisch als preußische Litauer fühlten. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß sie während der ganzen Zeit der Gültigkeit der Memelkonvention ihrer Verpflichtung diesem Teil ihrer Gemeinden gegenüber in der Praxis des Gottesdienstes gerecht wurde. In den Landgemeinden fanden durchweg sonntags zwei Hauptgottesdienste in beiden Landessprachen statt, beim Eröffnungsgottesdienst der neugewählten Synode des Memelgebietes am 6. April 1926 hielt der dann zum Generalsuperintendenten gewählte Franz Gregor die Festpredigt auf deutsch und litauisch.[68] Fast alle Geistlichen beherrschten beide Landessprachen, worauf bei der Ausbildung seit jeher größter Wert gelegt worden war. Diese Praxis wurde erst abrupt nach dem 22. März 1939 beendet, als die litauischen Gottesdienste eingestellt wurden. Ob das tatsächlich, wie später in Deutschland behauptet, dem Willen der Bevölkerungsmehrheit entsprach, kann dahingestellt bleiben; die Bedürfnisse der Minderheit wurden auf jeden Fall offiziell nicht mehr berücksichtigt, die litauische Sprache in die Versammlungen der Stundenhalter abgedrängt und selbst dafür noch posthum als politische Demonstration einiger Fanatiker verunglimpft.[69]

Konnten die engen Bindungen der memelländischen Kirchenkreise an das Konsistorium in Königsberg während der Jahre des Kondominiums unbehindert fortbestehen, wurden sie nach der litauischen Besetzung des Memelgebietes am 10. Januar 1923 alsbald in Frage gestellt. Zwar war das Direktorium bei Verhandlungen mit Vertretern des Berliner Oberkirchenrates am 28. September 1923 in Memel zu einem Modus von Neuwahlen und Neubildung der Gemeinde- und Synodalorgane gekommen, der auch die Anerkennung der weiteren direkten Zugehörigkeit der memelländischen Kirche zum Evangelischen Oberkirchenrat enthielt, doch wurden die Vereinbarungen litauischerseits gebrochen, bevor noch die Neubil-

[67] Hermann, Nationalbewußtsein (wie Anm. 49), S. 126; vgl. auch Anm. 49.
[68] Gregor, Geschichte (wie Anm. 55), S. 88.
[69] So bei Kurschat, Buch (wie Anm. 62), S. 479.

dung der kirchlichen Verwaltungsorgane abgeschlossen war. Entscheidend für die litauische Seite war vermutlich die Erkenntnis, daß die Wahlen im Januar 1924 keinerlei substantielle Veränderungen in der Zusammensetzung der kirchlichen Leitungsorgane zugunsten der groß-litauischen Interessen gebracht hatten. Ergebnis dieser Einsicht war die für die Kirche offenbar völlig überraschende Verordnung vom 22. März desselben Jahres, die u.a. die Einsetzung eines Kirchenkommissars mit diktatorischen Vollmachten durch das Direktorium enthielt. Dieser Kommissar wurde gleich mitgeliefert, es war der noch junge Pfarrer Valentin Gailius, der Bruder des amtierenden Landespräsidenten.[70]

Hier ist nicht der Ort, den weiteren Verlauf der Kirchengeschichte des Memelgebietes nachzuzeichnen, zumal sie, wenigstens in Deutschland, einigermaßen eingehend dargestellt wurde. Wesentlich festzuhalten ist lediglich die Tatsache, daß es nach der Ratifikation des Memelstatuts zu einem am 31. Juli 1925 mit Zustimmung der litauischen Regierung geschlossenen Vertrag zwischen dem Landesdirektorium und dem Evangelischen Oberkirchenrat kam. Er gab der Kirche des Memelgebietes eine eigene Verfassung und unterstellte sie — wie schon 1923 vereinbart — direkt dem Oberkirchenrat in Berlin. So weit wäre eine konstruktive Grundlage für eine an der deutschen evangelischen Kirche orientierte memelländische Kirche im autonomen Memelgebiet unter der Souveränität der Republik Litauen garantiert gewesen — wenn nicht schon durch den Umsturz in Kaunas und die Verhängung des Kriegsrechtes am 17. Dezember 1926, das auch für das Memelgebiet geltend gemacht wurde, neue Schwierigkeiten und Konflikte für die folgenden Jahre garantiert gewesen wären. Vor allem lag der Regierung in Kaunas daran, durch ihren Gouverneur möglichst alle tradierten Verbindungen des Memelgebietes zum Deutschen Reich zu minimieren.[71] Das betraf auch die Kirche und ihre zahlreichen Kontaktmöglichkeiten bis hin zum unrechtmäßigen Versuch der litauischen Regierung, 1933 das Kirchenabkommen außer Kraft zu setzen. Natürlich gelang es, insbesondere nach Erlaß des litauischen Gesetzes „zum Schutz von Volk und Staat" am 8. Februar 1934, die Arbeit der Kirche hier und da empfindlich zu behindern, dennoch blieben ihre Verbindungen zum Oberkirchenrat und zur ostpreußischen Kirchenprovinz weitgehend intakt.

---

[70] Zu diesem und den folgenden Vorgängen vgl. die eingehende Darstellung bei Gregor, Geschichte (wie Anm. 55), S. 77 ff.; ebenso Plieg, Memelland (wie Anm. 21), S. 29 f.

[71] Aus litauischer Sicht konnten insbesondere die ständigen politisch-konsultativen Aktivitäten des deutschen Generalkonsulats in Memel als bedrohliche Einmischung empfunden werden. Der rege Schriftverkehr des GK mit dem AA in Berlin zählt heute zu den wichtigsten Quellen zur politischen Geschichte des Memelgebietes. Vgl. dazu besonders Plieg, Memelland (wie Anm. 21).

Das erwies sich unbedingt auf dem politisch sensibelsten und für die deutsche Orientierung der Kirche und ihrer Gläubigen entscheidenden Feld der Finanzhilfen. Sie waren unter Berücksichtigung der angespannten wirtschaftlichen Lage der Kirche in Deutschland nicht unbeträchtlich und bezogen sich zunächst auf die Unterstützung von Baumaßnahmen bzw. Ankauf von Grundstücken. So wurden beispielsweise dem Konsistorium des Memelgebietes ein Gebäude in der Alexanderstraße in Memel gekauft (1927), eine Kirche in Heydekrug (lit. Šilutė) gebaut (Einweihung 1926), ebenso in Pogegen (lit. Pagėgiai). Die Instandsetzung der Stadtkirche in Memel erfolgte mit einer Zuwendung in Höhe von 10000 RM aus der Schatulle des Reichspräsidenten von Hindenburg, und das Land wurde mit einem Netz neuer Gemeindehäuser bzw. -räume überzogen.[72] Da die Hilfe der Gesamtkirche weder zu übersehen war, noch verschwiegen werden sollte, dürfte sie eine sichtbare und vor allem nachhaltige Sympathiewerbung unter den Gläubigen beider Bevölkerungsgruppen für die „deutsche" Kirche dargestellt haben. Wie solche Dotationen gehandhabt werden konnten, wurde anläßlich des Besuches eines Vertreters des Oberkirchenrates im Dorf Ramutten (lit. Ramučiai) bei Heydekrug geschildert, wo es für eine arme Gemeinde bislang nur eine baufällige Kapelle gegeben hatte: „Nun bat auch sie um ein neues Kirchlein. Es war ergreifend, als die Kirchenältesten und Gemeindeverordneten, lauter kleine, meist litauische Bauern, ihrem Gast versicherten, sie hätten in ihrer Armut und Abgeschiedenheit als einzige Freude und Erquickung nur die Kirche und ihre Gottesdienste. Davon tiefbewegt, versprach D. Conrad Hilfe, und wirklich, auch diese Gemeinde erhielt ein genügend großes, hübsches Kirchlein, sogar mit Turm, als Geschenk der Gesamtkirche. Es wurde am 16. Dezember 1929 geweiht (...)"[73]

Darüber hinaus dürften auch erhebliche Mittel aus kirchlichen und staatlichen Quellen in das evangelische Vereins- und Gemeindeleben geflossen sein. Der ehemalige Generalsuperintendent berichtet von Zuwendungen des „Vereins für das Deutschtum im Ausland", die der kirchlichen Jugendarbeit durch Vermittlung des „Memelländischen Kulturbundes" zugeflossen seien.[74]

Wenn es der evangelischen Kirche gelang, ihre Gläubigen wie auch die Geistlichkeit nahezu geschlossen für die enge Bindung an die deutsche Mutterkirche zu gewinnen, so darf an dieser Stelle nochmals an die über-

---

[72] Gregor, Geschichte (wie Anm. 55), S. 89 ff.; ebenso Hubatsch, Geschichte (wie Anm. 59), Bd. 1, S. 439.
[73] Gregor, Geschichte (wie Anm. 55), S. 90.
[74] Ebenda, S. 91.

ragende Bedeutung religiöser (und kirchlicher) Identität für die Konstitution ethnischer Gruppen erinnert werden. Für die Konsequenzen dieser Erscheinung bis zur Ausbildung neuer Nationalitäten gibt es europäische Beispiele; ein Blick nach Nordirland, wo Katholiken und Protestanten gleicher Muttersprache sich scheinbar unversöhnlich auf politischem Felde gegenüberstehen, oder auf den Weg der muslimischen Bosnier bis zum Kampf für einen Nationalstaat, mag hier genügen.[75] Den Fehler, diese Bindungen zu verkennen, machte Gaigalaitis mit seinem frühen und verletzenden Vorstoß ebenso wie später die Regierung in Kaunas. Ein Blick auf die Praxis der Volkssprache im katholischen Litauen, wo man die lutherischen Litauer gern als *Prūsai,* also als „Preußen" bezeichnete, hätte da schon eines Besseren belehren müssen. Denn damit wurde nicht mehr und nicht weniger ausgedrückt als die Distanz zu einer Gruppe anderer Religion, der man damit auch eine andere Nationalität zuwies. Tatsächlich darf man bei den evangelischen Litauern des Memelgebietes ein historisch gewachsenes preußisches Staatsverständnis unterstellen, das mit ihrem Luthertum eine schwer auflösbare Einheit bildete.[76]

Das Memelstatut wies im Artikel 5 Angelegenheiten des Religionswesens ebenso wie das gesamte Unterrichtswesen der Zuständigkeit der autonomen Regierung des Memelgebietes zu. Gleichzeitig hatte es im Artikel 27 die litauische und die deutsche Sprache „zu gleichen Rechten" als Amtssprachen im Memelgebiet verbindlich gemacht. Beide Artikel haben, schon die Plazierung im Statut weist darauf hin, inhaltlich scheinbar wenig miteinander zu tun. In der Praxis jedoch wurde die Sprachenfrage zu einem unlösbaren Bestandteil der Bildungspolitik und damit des Schulwesens, denn die Gleichberechtigung der „Amtssprachen" mußte solange ein Phantom bleiben, wie ein großer Teil der Bevölkerung nur eine der beiden Sprachen, nämlich die deutsche, beherrschte. Sieht man von der Geistlichkeit ab, betraf das ausgerechnet wesentliche Teile der Führungsschicht in der Rechtspflege, im Unterrichtswesen, in der Verwaltung und Wirtschaft. Zudem meinte man in Kaunas immer die Hoch- oder

---

[75] Auf diese Beispiele wies R. Grulich, Kirche, Muttersprache und Nation, in: Baltisches Jahrbuch 3 (1986), S. 20, hin, als er nicht gar so seltene Zusammenhänge zwischen Kirche und Nation auch in der Gegenwart des 20. Jahrhunderts fand.

[76] Vgl. dazu vor allem W. Kahle, Luthertum und nationale Identität der Völker im baltischen Raum, in: Baltisches Jahrbuch 3 (1986), S. 31; zur Bezeichnung „Prūsai" und ihrer Bedeutung im Dialekt vgl. A. Senn, A. Salys, Wörterbuch der litauischen Schriftsprache. Litauisch-Deutsch. Begonnen v. M. Niedermann, A. Senn u. F. Brender. 5 Bde., Heidelberg 1932–1968, hier Bd. 3, S. 442; ebenso Lietuvių kalbos žodynas (Wörterbuch der litauischen Sprache). 2. Aufl., Vilnius 1968 ff. [bisher 15 Bde.], hier Bd. 10, S. 826.

Literatursprache, wenn von Sprache im öffentlichen Leben die Rede war. Im Memelgebiet wurde jedoch das unter den preußischen Litauern geläufige Idiom gesprochen, dessen dialektale Besonderheiten nicht nur in die Lautung, sondern auch tief in Lexik und Syntax hineinreichten.[77] Sollte der Anspruch des Statuts je Wirklichkeit werden, war eine bilinguale Erziehung in der Schule unausweichlich, wenn nicht von vornherein ein Teil der heranwachsenden Memelländer von zukünftiger Tätigkeit im Öffentlichen Dienst und öffentlichen Ämtern ausgeschlossen bleiben sollte. Zu einem befriedigenden Modus ist es in dieser Hinsicht nie gekommen, das Schul- und Unterrichtswesen blieb, solange das Memelgebiet bestand, wegen der Sprachenfrage ein Gegenstand erbitterter Auseinandersetzungen zwischen Direktorium, Landtag und litauischer Regierung bzw. ihrem Gouverneur, in die auch die Bevölkerung zwangsläufig involviert war.

Seit dem Erlaß der preußischen Regierung vom November 1865 hatte sich im Schulwesen der gemischtsprachigen Gebiete der Provinz Ostpreußen Deutsch als Unterrichtssprache durchgesetzt, abgesehen von den ersten Grundschulklassen durfte nur noch im Religions- und Gesangsunterricht die litauische Sprache benutzt werden.[78] Diesen Zustand fand die litauische Regierung nahezu unverändert im Memelgebiet vor, in den Jahren des Kondominiums war am Status quo nicht wesentlich gerüttelt worden. Das gesamte Bildungssystem entsprach dem deutschen und blieb auch nach 1923 im großen und ganzen diesem zugeordnet, wofür es durchaus praktische Gründe (Versorgung mit Lehrbüchern etc.) gab. Die

---

77 Das erscheint erstaunlich, wenn man berücksichtigt, daß die litauische Literatursprache ganz wesentlich von Klein-Litauen aus entwickelt und verbreitet wurde, Ende des 19. Jahrhunderts nicht zuletzt durch die früher schon erwähnten Zeitschriften. Die Volkssprache jedoch verblieb zum Teil in einem älteren Sprachzustand (worauf zahlreiche Archaismen hinweisen), der Verhältnisse des 17. und 18. Jahrhunderts konserviert hat. Er wurde durch den Gebrauch von Gesangbüchern, Bibeln und Katechismen tradiert. Teilweise nahm sie jedoch auch, vor allem im 19. Jahrhundert, einen hohen Anteil von Germanismen auf. Zu berücksichtigen ist ferner, daß die preußischen Litauer ihre Sprache bis ins 20. Jahrhundert hinein in gotischen Drucklettern lasen, so daß ihnen die in lateinischen Buchstaben gedruckten Schriften für Russisch-Litauen nicht ohne besondere Mühe zugänglich waren. Vgl. dazu J. Janavičienė, Danieliaus Kleino gramatikos reliktai šių dienų Lietuvininkų šnektoje (Spuren der Grammatik Daniel Kleins in der Mundart heutiger Preußisch-Litauer), in: Lietuvininkai ir Mažoji Lietuva (wie Anm. 22), S. 41 f.; Z. Zinkevičius, Buvusios Mažosios Lietuvos tarmės (Die Dialekte des früheren Klein-Litauen), in: Ramuva (1989), S. 35-37; D. Kaunas, Iš Lietuvių knygos istorijos. Klaipėdos krašto lietuvių knyga iki 1919 metų (Aus der Geschichte des litauischen Buches. Das litauische Buch des Memellandes bis 1919). Vilnius 1986, S. 168.

78 W. Hubatsch, Masuren und Preußisch-Litthauen in der Nationalitätenpolitik Preußens 1870–1920. Erster Teil, in: Zeitschrift für Ostforschung 14 (1965), S. 653 f.

litauisch orientierten Memelländer — und mit ihnen die Regierung in Kaunas — bezogen das Prinzip der Gleichwertigkeit der beiden Landessprachen nach Artikel 27 des Statuts unbedingt auch auf die Schulen und beriefen sich bei ihrer Politik zusätzlich auf den Artikel 25, nach dessen Wortlaut der Lehrplan in den Volksschulen nicht hinter dem zurückbleiben durfte, „der für die entsprechenden Schulen der übrigen Teile des Litauischen Staatsgebietes" galt.[79] Daraus ließ sich zur Not ein Hebel konstruieren, mit dessen Hilfe sich die Quantität des Litauisch-Unterrichts ebenso beeinflussen lassen sollte wie die Qualität des Geschichtsunterrichts.

Die Beamten konnten auf dem Verordnungswege durch den Gouverneur gezwungen werden, die zweite Amtssprache — in der Regel war das für sie die litauische — innerhalb einer Frist von fünf Jahren in Wort und Schrift zu erlernen. Wie weit das Vorhaben im Einzelfall tatsächlich gelang, ist nicht bekannt.[80] Schwieriger war die Absicht durchzusetzen, dem Litauischen mehr Geltung in den Schulen zu verschaffen. 1923 gab es im Memelgebiet 241 Volksschulen, in denen 433 Lehrer 17794 Schüler unterrichteten.[81] Nur in einer dieser Schulen (Paupeln-Peter, lit. Paupuliai, Kreis Memel) galt die litauische Unterrichtssprache, in den übrigen 240 wurde grundsätzlich auf deutsch unterrichtet. Da die Lehrer entweder im Lehrerseminar in Memel oder sonst irgendwo in Deutschland ausgebildet worden waren, rechnete die litauische Seite nicht mit allzuviel Entgegenkommen von ihnen. Obwohl ihnen vom deutschen Generalkonsulat Garantien für eine spätere Wiedereinbürgerung gegeben wurden, waren bei weitem nicht alle Volksschullehrer bereit, die litauische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Nach Ablauf der Optionsfrist 1926 waren von insgesamt 436 Lehrern 130 deutsche Staatsbürger geblieben. Da die Einstellung von Lehrern in die Kompetenz der Regierung des Memelgebietes fiel, änderte sich auch weiterhin nur wenig an diesen Verhältnissen, da die deutsch orientierten Direktorien und der Landtag die Aufnahme litaui-

---

79 Zit. nach Plieg, Memelland (wie Anm. 21), S. 239. Zur litauischen Interpretation vgl. P. Žostautaitė, Klaipėdos krašto ekonomika ir kultūra 1923–1939 m. (3 Pradžios mokyklos) (Wirtschaft und Kultur des Memelgebietes 1923–1939 <3. Die Grundschulen>), in: Lietuvos TSR Mokslų akademijos darbai (Arbeiten der Akademie der Wissenschaften der LSSR). Serija A. T. 3 (44), 1973, S. 161.

80 Plieg, Memelland (wie Anm. 21), S. 52; ursprünglich wollte Gouverneur Merkys nur zwei Jahre Frist einräumen, ließ sich schließlich auf Drängen des Landtagspräsidenten für eine Verlängerung auf fünf Jahre gewinnen. Plieg bezieht sich bei dieser Mitteilung auf die Aufzeichnungen des Landtagspräsidenten v. Dreßler.

81 Diese und die folgenden Zahlen finden sich bei Žostautaitė, Klaipėdos krašto (wie Anm. 79), die sich in ihren Statistiken vorzugsweise auf Material des Zentralen Staatsarchivs der Litauischen SSR stützt.

schen Lehrpersonals in die staatlichen Schulen meist zu verhindern wußten.

Die ersten Maßnahmen des Direktoriums Gailius bald nach der Besetzung des Memelgebietes 1923 zielten auf eine durchgreifende Änderung der für die litauische Perspektive höchst ungünstigen Ausgangssituation. Mit Verordnung vom 4. April 1923 sollten die Kinder des Memelgebietes in ihrer jeweiligen Muttersprache unterrichtet werden. Das hieß, an litauischen Schulen litauisch, an deutschen entsprechend deutsch, und an gemischten Schulen in der Sprache der Mehrheit der Schüler. Die jeweils andere Sprache sollte als Fremdsprache ab dem fünften Schuljahr mit fünf Wochenstunden (also als Hauptfach) gelehrt werden. Ziel des Vorhabens war, alle Schulabsolventen in die Lage zu versetzen, in beiden Sprachen mündlich und schriftlich verkehren zu können. In einer späteren Durchführungsverordnung wurde ausdrücklich die litauische Hochsprache als Kommunikationsinstrument und Lehrgegenstand vorgeschrieben, nur dadurch schien der litauischen Seite eine Annäherung der Memelländer an die Kultur Litauens erreichbar zu sein.[82]

Diese Verordnung spiegelt die grundlegenden Absichten der litauischen Regierung und ihrer memelländischen Anhänger hinsichtlich der Durchsetzung der „Staatssprache" auf längere Sicht. Alle späteren Modifikationen des Konzeptes blieben taktische Varianten, die einzig seiner Realisierung dienten. Von einer beabsichtigten Verdrängung des Deutschen aus Umgang und Amtsverkehr, also einer energischen Lituanisierung, kann, wenigstens in dieser Konzeption, nicht die Rede sein. Was auf den ersten Blick durchaus im Sinne angestrebter Zweisprachigkeit vernünftig erscheinen mag, erweist sich allerdings schon beim zweiten als wenig überlegter und wohl hauptsächlich ideologisch-politisch fundierter Dilettanten-Streich. Auf absehbare Zeit stand nicht einmal das entsprechend ausgebildete Lehrpersonal zur Verfügung, mit dem sich das Konzept auch nur ansatzweise hätte verwirklichen lassen. Vor allem jedoch basierte das Projekt auf den alten, eigentlich schon längst als untauglich erkennbaren Vorgaben der Spracherhebungen. Wie anders sollten die jeweiligen Mehrheiten festgestellt werden als durch Erhebung der Umgangs-, Mutter-, Familien- oder — später tatsächlich so geschehen — der „Denksprache".[83] Vom Willen der Eltern war in dieser Konzeption nicht die Rede. Statt dessen sollten zweimal, 1924 und noch einmal 1934 unter dem Direktorium

---

[82] Ebenda, S. 165.

[83] In der Zählung vom 15. Mai 1928 wurden u.a. die Sprache des Elternhauses, aber auch die Sprache, in der „gedacht" wurde, erhoben; vgl. Plieg, Memelland (wie Anm. 21), S. 53, und Kurschat, Buch (wie Anm. 62), S. 484 f.

Reisgys (Reizgys) die Familiennamen der Kinder zur Grundlage der Entscheidung über die Unterrichtssprache gemacht werden. Im zweiten Falle, nachdem im Widerspruch zum Statut das Schulwesen dem Bildungsministerium in Kaunas unterstellt worden war, wurden Schüler mit litauisch klingenden Familiennamen mit solchen, die zu Hause litauisch sprachen, zu neuen Mehrheiten zusammengefaßt. Das ermöglichte ein erstaunliches Resultat: Plötzlich gab es nur noch sechs Schulen im ganzen Memelgebiet, die berechtigt gewesen wären, die deutsche Unterrichtssprache zu benutzen.[84] Abgesehen von den schnell sich ändernden politischen Bedingungen verhinderte aber auch in diesem Falle Mangel an geeignetem Personal die Durchführung der drakonischen Maßnahme. Nach einer Zusammenstellung der Kanzlei des Gouverneurs im gleichen Jahre 1934 beherrschten von 441 Lehrern und Lehrerinnen nur 145 die litauische Sprache — die meisten von ihnen waren ohnehin in den litauischen Privatschulen tätig —, 256 verfügten nur über Anfangskenntnisse, der Rest über gar keine.[85]

Der heftige Widerstand, den 1923 die erste Maßnahme des litauisch orientierten Direktoriums im Verein mit der Politik der Republik bei den meisten Memelländern auslöste, war zunächst dem Zwangscharakter der Verordnung zu danken. Sie erfolgte völlig unvorbereitet, undurchdacht und bevor eine Memelkonvention mit entsprechendem Statut vorlag, blieb also mit dem Odium der Ungesetzlichkeit behaftet. Zum anderen war sie eingebettet in eine Reihe von Eingriffen, angefangen von der Einsetzung eines Kriegskommandanten, der Übernahme von Post-, Bahn- und Zollverwaltung durch litauische Beamte, bis hin zum Einsatz von Militär gegen einen versuchten Generalstreik am 7. April mit Toten und Verletzten als Folge. In den genannten Einrichtungen wurden deutsche Beamte entlassen und die deutsche Verkehrssprache zugunsten der litauischen ausgesetzt. Die Bevölkerungsmehrheit konnte die Schulpolitik nur in diesem Rahmen teils gewalttätiger Zwangsmaßnahmen verstehen und behielt das hier entwickelte Mißtrauen für die Zukunft bei. Auf dieser Basis war die Frage der Unterrichtssprache in den öffentlichen Schulen nicht zu lösen, Elternproteste und Schulstreiks verhinderten schon 1924 Ansätze zur Verwirklichung des Konzeptes der Zweisprachigkeit. Auch als Fremdsprache, etwa an den wenigen Gymnasien, wollte die deutschorientierte Mehrheit das Litauische nicht sehen. Als das Direktorium ebenfalls 1923 forderte, am Luisengymnasium in Memel Litauisch als Fremdsprache zum Hauptgegenstand auf Kosten anderer Fächer einzu-

[84] Žostautaitė, Klaipėdos krašto (wie Anm. 79), S. 172; vgl. auch Plieg, Memelland (wie Anm. 21), S. 141.

[85] Žostautaitė, Klaipėdos krašto (wie Anm. 79), S. 172.

führen, protestierten nicht nur Eltern, sondern auch der „Deutsch-litauische Heimatbund" beim Gouverneur Smetona, allenfalls als Wahlfach war man bereit, Litauisch als Unterrichtsgegenstand zu akzeptieren.[86] Wie gesagt, lagen alle diese Ereignisse und Reaktionen noch weit vor Inkrafttreten von Memelkonvention und -statut, fielen also in einen, genau genommen, rechtlich nicht präzise definierten Statuts des Memellandes. Sie prägten jedoch Gegenstände und Stil der späteren Auseinandersetzungen um Schule und Sprache zur Zeit der Gültigkeit der Memelkonvention.

Der zusammengebrochene Generalstreik am 7. April 1923 hatte litauische Gegendemonstrationen auf den Plan gerufen, die hauptsächlich darin bestanden, nachts die Memeler Denkmäler Kaiser Wilhelms I. und der „Borussia" niederzureißen. Eine Verfolgung der Täter wurde zwar zugesagt, fand jedoch offensichtlich nicht statt. Hier, auf der Ebene, auf der Symbole zerschlagen werden, ist offenbar auch das Handlungsfeld angesiedelt, auf dem die scheinbaren Absurditäten eines solchen Sprachenstreites ausgetragen werden. Sprache, im Verbund der — menschlicher Interaktion zur Verfügung stehenden — Zeichensysteme selbst vorzugsweise in Symbolen organisiert, bietet sich an, bei Konflikten zwischen den Ethnien symbolische Qualität anzunehmen. Unbenommen ihrer tatsächlichen Bedeutung für die Entwicklung ethnisch-kultureller Identität einer Gruppe — Sprache zählt mit Sicherheit zu den greifbarsten Charakteristika eines bestimmten Ethnos[87] —, wird sie doch gerade bei nationalen Auseinandersetzungen immer wieder zum Absoluten erhoben. Sie wird zu einem überschätzten Prestige-Objekt interkultureller und politischer Beziehungen jenseits aller rational zu ermittelnden Grundlagen. Mangelnde Sprachloyalität, aus welchen sozialen Gründen sie auch immer auftreten mag, wird in solchen Fällen zur nationalen Sünde gestempelt, der Rang des Prestiges einer Sprache kann scheinbar nur noch auf Kosten der anderen Sprache bestimmt werden.

Der junge litauische Nationalstaat blieb sich und der ihm vorauseilenden Nationalbewegung in dieser Hinsicht treu und fiel den alten Fehleinschätzungen anheim. Die Sprache sollte jetzt und für die Zukunft den historischen Rechtsanspruch auf das Memelland untermauern. Statt mit Geduld und Sympathiewerbung auf Zeit und Entwicklung zu setzen, wurde gründlich Porzellan zerschlagen, wiederum nicht nur bei den ethnisch Deutschen, sondern auch bei den Lietuvininkai, wie man deren poli-

---

[86] Plieg, Memelland (wie Anm. 21), S. 27; zum weiteren Verlauf des Konfliktes in den Gymnasien vgl. Kurschat, Buch (wie Anm. 62), S. 487 ff.

[87] Schenk, Forschung (wie Anm. 50), S. 280.

tischer Option entnehmen muß. Dennoch darf aus solcher Erkenntnis kein moralisches Urteil abgeleitet werden. Zu groß sind die Sorgen zahlenmäßig kleinerer Sprachgemeinschaften um den Bestand ihres wichtigsten Kulturgutes,[88] als daß man ihnen das Verständnis auch für Fehler entziehen könnte. Das gilt um so mehr, als die parallelen Fehlhaltungen bei der sich als deutsch verstehenden Mehrheit der Memelländer ebenso anzutreffen waren. Auch von dieser Seite wurde der Schul- und Sprachenstreit mit gleicher rigoroser Erbitterung und ähnlich geringer Einsicht geführt. Die Ablehnung des Litauischen selbst als Pflichtfach im fremdsprachlichen Unterricht signalisierte mehr als deutlich die Geringschätzung dieser Sprache und damit der in ihr lebenden Kultur. Vor allem jedoch verriet die weitgehende Verweigerung der Zweisprachigkeit auch etwas über die Einstellung der meisten Memelländer zur Konvention und zum litauischen Staat: Sie betrachteten beide als zeitlich begrenzte Geschäftsgrundlagen memelländischer Existenz, sicherlich nicht als historische Chance eines Lebens im Schnittpunkt zweier europäischer Kulturen.[89]

So bestand der Gipfelpunkt der Erfolge aus litauischer Sicht darin, daß man 1929 unter den 221 staatlichen Volksschulen des Memelgebietes 57, das sind 25,7%, zählen konnte, in denen Litauisch Unterrichtssprache war, schon 1933 waren es nur noch zehn. Rechnet man die „Misch"-Schulen dazu, blieben 1938 insgesamt 51 staatliche Volksschulen, an denen Kinder litauisch unterrichtet werden konnten. Ein großer Teil der Eltern, die ihre Kinder mit litauischer Muttersprache aufwachsen sehen wollten, hatte sich an der Gründung rein litauischer Privatschulen beteiligt, von denen es 1938 im Memelgebiet 60 gab, an denen, finanziell von der Republik unterstützt, insgesamt 2520 Kinder lernten.[90] Noch weniger Erfolg war der litauischen Bildungspolitik in den Mittelschulen und Gymnasien beschieden, auch hier mußten Neugründungen den muttersprachlichen Unterricht und Unterweisung in litauischer Geschichte sicherstellen. Nur eine von ihnen, das 1922 von Gaigalaitis zunächst privat gegründete „Vytautas der Große"-Gymnasium, wurde von der Regierung des Me-

---

88 Dem Thema widmete vor wenigen Jahren in Litauen B. Kuzmickas eine kleine Monographie, in der sich im Kapitel über die preußischen Litauer und ihren jahrhundertelangen Assimilationsprozeß häufiger der Begriff „nutautėjimas" findet, der soviel bedeutet wie „Entnationalisierung", „Entfremdung vom eigenen Volk". Immer klingt in diesen oder ähnlichen Wendungen Schmerz und Sorge um den Substanzverlust der eigenen Nation mit. Vgl. B. Kuzmickas, Tautos kultūros savimonė (Das kulturelle Selbstverständnis des Volkes). Vilnius 1989, S. 70 ff.

89 So auch die Einschätzung der Situation bei Ruffmann, Deutsche (wie Anm. 34), S. 7.

90 Žostautaitė, Klaipėdos krašto (wie Anm. 79), S. 179.

melgebietes unterhalten, während das 1926 gegründete „Donelaitis"-Gymnasium in Pogegen und die „Vydūnas"-Mittelschule in Heydekrug immer Privatschulen, freilich mit Förderung aus Kaunas, blieben.[91]

Das Ende des Kampfes um die Unterrichtssprache verband sich wiederum mit den uns bekannten symbolischen Akten, in deren Gesellschaft er auch begonnen hatte: Schon in der Nacht zum 20. November 1938, also nach der Aufhebung des Kriegszustandes, hatten Memeler das Borussia-Denkmal wiedererrichtet, im Januar 1939, nach Amtsantritt des nationalsozialistisch geführten Direktoriums Bertuleit, verschwanden die litauischen Staatswappen und das Porträt des Staatspräsidenten aus allen Schulen,[92] Kaiser Wilhelms Denkmal wurde am 19. März 1939 wieder aufgerichtet, und im Januar und Februar 1939, also noch vor der Wiedereingliederung des Memelgebietes in das Deutsche Reich, wurde der Unterricht in litauischer Sprache an allen staatlichen Schulen eingestellt, — mit Berufung auf den Elternwillen.[93]

War das litauische Konzept konsequent zweisprachiger Erziehung schon nicht auf Dauer durchsetzbar gewesen, so konnte bei anderen kulturellen Einrichtungen litauischer Einfluß noch sehr viel weniger zur Geltung kommen, war vermutlich zum Teil auch gar nicht beabsichtigt. Man kann auf den meisten Gebieten für die ganze Zeit des Memelgebietes die Arbeit paralleler Organisationen und Institutionen beobachten, denen sich die Bevölkerung je nach politischer Einstellung — am wenigsten wohl nach sprachlichen Gesichtspunkten — zuwandte. Für die litauische Seite bestand die Schwierigkeit darin, daß, im Gegensatz zu Schule und Lehrerbildung, für solche Kultureinrichtungen keine staatliche Leistungspflicht und damit auch kein Anspruch bestand. So blieben litauische Bemühungen, etwa im Bibliothekswesen oder Musikleben, immer auf der Ebene privater Organisation und von der Förderung aus Kaunas abhängig. Das deutsche kulturelle Leben konnte sich hingegen mit Berufung auf seine Traditionen zum Teil in öffentlich geförderten Institutionen entfalten. Wesentlich wichtiger für seine Entwicklung war jedoch die Tätigkeit eines mächtigen Dachverbandes, des „Memelländischen Kultur-

---

[91] P. Žostautaitė, Klaipėdos krašto ekonomika ir kultūra 1923–1939 m. (4. Bendrojo lavinimo vidurinės mokyklos) (Wirtschaft und Kultur des Memelgebietes 1923–1939 <4. Die allgemeinbildenden Mittelschulen>), in: Lietuvos TSR (wie Anm. 79), T. 2 (47), 1974, S. 106 f.

[92] Plieg, Memelland (wie Anm. 21), S. 199 bzw. 204.

[93] Tatsächlich wurden Befragungen der Eltern durchgeführt. Die Ergebnisse wurden jedoch widersprüchlich dargestellt, so daß auch nach litauischen Quellen bisher keine abschließende Aussage über das Votum möglich erscheint. Vgl. dazu Žostautaitė, Klaipėdos krašto (wie Anm. 79), S. 177 f.

bundes", Nachfolger des oben schon erwähnten „Deutsch-litauischen Heimatbundes". Er stellte eine Art Volkstumsorganisation dar und „umfaßte mit rund 50000 Mitgliedern (bei 150000 Einwohnern des Memelgebietes) praktisch die gesamte deutsch orientierte memelländische Bevölkerung".[94] Offiziell bündelte er die Interessen der ihm angehörenden Sport-, Krieger- und im eigentlichen Sinne kulturell tätigen Vereine und verteilte die aus dem Reich zufließenden Fördermittel. Diese wurden größtenteils über den „Volksbund für das Deutschtum im Ausland" zugewiesen, dem der Kulturbund als Mitglied angehörte.

Von 1923 bis 1933 konnte der Kulturbund weitgehend unbehelligt seinen ungemein verzweigten Aufgaben nachgehen, obwohl es allen Beteiligten und auch den litauischen Behörden klar war, daß er aufs engste mit den deutschorientierten Parteien zusammenarbeitete, diese in Wahlkämpfen unterstützte und auch personell mit ihnen verflochten war. Man hatte in Kaunas sehr wohl wahrgenommen, daß der Organisation direkt oder über die angeschlossenen Vereine zahlreiche litauische Memelländer angehörten.[95] Direkte Angriffe oder administrative Maßnahmen verboten sich deshalb zunächst. Erst als die politischen Verflechtungen des Kulturbundes seine schnelle Unterwanderung durch Nationalsozialisten ermöglichten und er seine Tätigkeit in deren Interesse modifizierte, wurde litauisches Einschreiten unvermeidlich. 1933 war dem langjährigen Vorsitzenden Heinrich Conrad, der auch Vorsitzender der Landwirtschaftspartei war, der Pfarrer Jürgen Podszus, Mitglied der „Sovog", in der Leitung gefolgt. Nicht zuletzt diese enge Anbindung an Neumanns nationalsozialistische Organisation ermöglichte im Herbst 1934 die Auflösung des „Memelländischen Kulturbundes" im Gefolge des Staatsschutzgesetzes vom 8. Februar und der damit verbundenen Verbote der beiden Nazi-Parteien „CSA" und „Sovog". Es entbehrt deshalb auch nicht einer gewissen Logik, daß die Nachfolgeorganisation, der „Memeldeutsche Kulturverband", am 14. Oktober 1938 gleich von Ernst Neumann gegründet wurde und von Anbeginn mit einem eher politischen als kulturpolitischen Programm antrat. Überdies deklarierte sich der Verband ziemlich offen als nationalsozialistisch, was nicht verhinderte, daß auch ihm nicht wenige litauische Memelländer mehr oder minder freiwillig beitraten. Nach dem 23. März 1939 verlor er seine Bedeutung, löste sich bald selbst auf und

---

[94] M. Broszat, Die memeldeutschen Organisationen und der Nationalsozialismus 1933–1939, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 5 (1957), S. 273.

[95] Das wurde und wird auch von litauischer Seite so gesehen, ebenso der unübersehbare Einfluß, den die Organisation über die Mitglieder hinaus auf den ethnisch litauischen Teil der Bevölkerung hatte. Vgl. Enciklopedija (wie Anm. 6), Bd. 2, S. 426 f.

führte seine Untergruppierungen in die entsprechenden Organisationen der NSDAP.[96]

Beide Verbände waren, wenn auch graduell sicher unterschiedlich, konzeptionell und auch praktisch nicht nur auf Stützung und Propagierung deutscher Kultur in einer Minderheitssituation bezogen, sondern verstanden ihren nationalkulturellen Auftrag auch politisch. Man geht angesichts der Praxis sicher nicht fehl mit der Behauptung, es sei von Anfang an nicht nur um Wahrung der ethnischen Identität gegangen, sondern ebenso um Verteidigung einer deutschen Position im benachbarten Ausland mit der Option auf einen Wiederanschluß an das Reich. Sie reagierten damit allerdings durchaus auf die längerfristigen litauischen Perspektiven, in denen der Wiedergewinn eines nationalen Verlustes, das heißt einer durch Assimilation verlorengegangenen ethnischen Gruppe, eine besondere Rolle spielte. Im Memelgebiet ging es eben nicht nur um einen Streifen Landes und den Hafen von Memel, es ging vielmehr um Menschen. Diese Absichten und Anschauungen waren in Deutschland bekannt. Schon im Januar 1923, unmittelbar nach der Besetzung des Memelgebietes durch Litauen, hatte eine Königsberger Zeitung die in Tilsit erscheinende „Prusu Lietuwiu Balsas" (Stimme der preußischen Litauer) zitiert, wo der Schulkommission des Direktoriums in Memel nahegelegt worden war, umgehend für eine Lituanisierung der Schulen zu sorgen und sicherzustellen, „daß die Germanisierung der Kinder unseres Volkes" sofort aufhöre.[97]

Es erwies sich bald, daß der „Kulturbund" (und sein späterer Nachfolger) den entsprechenden litauischen Organisationen auf diesem Gebiet weit überlegen war. Zum einen verstand man den Kulturbegriff viel umfassender und auch politischer als in Litauen, womit man auch den vielfältigen Facetten ethnischer und nationaler Identitätsbildung entschiedener entsprach. Zum anderen war die finanzielle Ausstattung bei allen wirtschaftlichen Problemen im Reich immer erheblich besser, als litauische Verbände und Vereine je für sich erhoffen konnten. Nicht einmal in einer entscheidenden Phase der krisenhaften Entwicklung im Memelgebiet zwischen 1934 und 1938 gelang es, die Regierung in Kaunas zu massiveren Zuwendungen für kulturelle und soziale Zwecke zu gewinnen. Das zeigte drastisch der Besuch des Ende 1934 eingesetzten prolitauischen

---

[96] Ebenda, S. 427; vgl. auch Plieg, Memelland (wie Anm. 21), S. 198. Zur nationalsozialistischen Infiltration des Kulturbundes und der offenen NS-Orientierung des Kulturverbandes s. vor allem das Gutachten von M. Broszat, in dem auch die Anlehnung an die Strukturen der NSDAP mit Ordnungsdiensten, Sicherheitsabteilung und Jugendorganisation aufgezeigt wurde; Broszat, Organisationen (wie Anm. 94), S. 276 f.

[97] Königsberger Allgemeine Zeitung Nr. 19 vom 23. Januar 1923; vgl. dazu auch Ganß, Verhältnisse (wie Anm. 31), S. 121.

Direktoriums Bruvelaitis in Kaunas bei Staatspräsident Smetona und Regierungschef Tūbelis. Angesichts der verzweifelten wirtschaftlichen Lage im Memelgebiet und der bedrohlichen Arbeitslosigkeit unter den Arbeitern auf der einen, der beabsichtigten Lituanisierung des Schulwesens und des öffentlichen Lebens auf der anderen Seite, bat das Direktorium dringend um wirtschaftliche und finanzielle Hilfe, die in diesem historischen Moment tatsächlich im Interesse Litauens unumgänglich erschien. Smetona verwies wortreich auf das Ideal des litauischen Nationalstaates, Tūbelis lehnte angesichts der auch in Litauen angespannten Wirtschaftslage rundweg ab.[98]

Auf dieser Basis blieben auch die rigidesten Versuche, die Gesellschaft des Memelgebietes wenigstens graduell stärker zu lituanisieren, allen extensiv genutzten politischen Möglichkeiten zum Trotz zum Scheitern verurteilt. Auch die übrigen wichtigeren Kultureinrichtungen blieben unter memeldeutscher Kontrolle. Das Stadttheater in Memel war gleich nach der Abtrennung des Memellandes noch 1919 kommunalisiert worden. Es blieb ein deutschsprachiges Theater mit meist reichsdeutschem Personal. Erst 1935 gelang es den Litauern, das Gebäude wenigstens für einen oder zwei Wochentage zu bekommen, an denen Gastspiele der Theater aus Kaunas oder Šiauliai stattfanden. 1937 wurde dem Theater ein kleines Orchester angegliedert, so daß nun auch Musiktheater möglich wurde.[99] Schon 1920 war in Memel eine Stadtbibliothek eröffnet worden, deren Bestand bis 1938 auf ca. 36 000 Bände anwuchs. Offenbar wurde ihr für die kulturelle Auseinandersetzung mit Litauen einige Bedeutung zugemessen, übertraf doch ihr Etat zeitweise den des Theaters.[100] Auch sie blieb eine im wesentlichen deutsche Bibliothek mit geringerem litauischen Bücherbestand. Angebote, ihr die Buchsammlungen litauischer Vereine zu übertragen, blieben ohne Antwort. Dennoch bildete sich in den 30er Jahren vor allem durch Dotationen und Nachlässe ein Fond litauischer Bücher, der 1939 ca. 3 000 Bände umfaßte. Ab 1931 unterhielt die Bibliothek auch ein umfangreiches Angebot aktueller litauischer Periodika. 1933 wurde der Bestand im NS-Sinne „gesäubert", laut litauischen Presseberichten wurden Bücher von Feuchtwanger, Remarque u.a. marxistischen

---

98 M. Anysas, Kova dėl Klaipėdos. Atsiminimai 1927–1939 (Kampf um Memel. Erinnerungen 1927–1939). Chicago 1978, S. 172 f. Der als Mitglied des Direktoriums beteiligte Augenzeuge Martynas Anysas berichtet resigniert von einem nicht endenwollenden Monolog des Präsidenten und vermutet als Hintergrund der Ablehnung, in Kaunas seien die Litauer des Memellandes für Gegner des Tautininkai-Regimes gehalten worden. Vgl. Eidintas, Smetona (wie Anm. 7), S. 146.

99 Kurschat, Buch (wie Anm. 62), S. 514 ff.; Enciklopedija (wie Anm. 6), Bd. 2, S. 326.

100 Kaunas, Mažosios Lietuvos (wie Anm. 37), S. 139.

oder pazifistischen Autoren entfernt. Dafür tauchten verstärkt nationalsozialistische Periodika auf.[101] Sieht man von den seinerzeit üblichen Schulbüchereien und einer privat organisierten „Volksbücherei" in Heydekrug ab[102], gab es keine weiteren öffentlichen Bibliotheken im Memelgebiet.

Dennoch waren die Litauer auf diesem Felde nicht untätig, wenn sie auch nicht auf Mittel der Stadt oder des Direktoriums rechnen konnten. Eine Anzahl von Vereinen und Gesellschaften unterhielt kleinere oder größere Bibliotheken, deren Bestände auch in die Kleinstädte ausgeliehen wurden. Die bedeutendste darunter war die Bibliothek des früher schon erwähnten Wohltätigkeits- und Bildungsvereins „Sandora",[103] der 1904 in Memel gegründet worden war und 1933 951 Mitglieder zählte. Die Bücherankäufe mußten aus Beiträgen der Mitglieder und Ausleihgebühren bestritten werden, in der Hauptsache jedoch lebte die Bibliothek von Buchspenden ihrer Mitglieder und Förderer. Während der Jahre des Memelgebietes lieferte auch der litauische Staat gelegentlich Buchspenden. 1939, bei ihrer erzwungenen Auflösung, zählte die Bibliothek rund 7500 Bände, Sachliteratur, Periodika und Belletristik, vorwiegend in litauischer Sprache. Von ähnlicher Bedeutung und Größenordnung war auch die Bibliothek der liberalen Kulturvereinigung „Aukuras".

Blieben Theater und öffentliche Bibliothek als typisch städtische Kulturinstitute schon strukturell bedingt in deutscher Hand, so konnte sich das Pressewesen auf eine lange Tradition und damit auf eine zahlreiche Stammleserschaft stützen, die durch eine Änderung der politischen Verhältnisse nicht ohne weiteres zur Veränderung ihrer Lesegewohnheiten zu bewegen war. Eines der profiliertesten Blätter im ostdeutschen Raum, das „Memeler Dampfboot", erschien dort seit 1849, die wichtigste Zeitung in litauischer Sprache, die „Lietuviška Ceitunga" (Litauische Zeitung), seit 1878 — beide übrigens zur Zeit des Memelgebietes im gleichen Verlagshaus Friedrich Wilhelm Siebert.[104] Demgegenüber konnte die litauisch orientierte Seite nur mit Neugründungen aufwarten, die gegen die Traditionsblätter einen schweren bis aussichtslosen Stand hatten. So ließ sich

---

101 Ebenda, S. 140.

102 Kurschat, Buch (wie Anm. 62), S. 500; Kaunas, Mažosios Lietuvos (wie Anm. 37), S. 148.

103 S. Anm. 43; zum folgenden Kaunas, Mažosios Lietuvos (wie Anm. 37), S. 157 ff.

104 Vgl. hierzu und zu den folgenden Angaben Kurschat, Buch (wie Anm. 62), S. 536 ff.; zu den einzelnen Druck- und Verlagshäusern sowie ihrer Produktion in litauischer Sprache D. Kaunas, Mažosios Lietuvos spaustuvės 1524–1940 metais. Žinynas (Die Druckereien Klein-Litauens von 1524 bis 1940. Dokumentation). Vilnius 1987, insbes. S. 62-143.

beim Ende des Memelgebietes leicht bescheinigen, die „ganze Presse" sei ab dem 10. Januar 1920 einen klaren „volksdeutschen Weg" gegangen[105] — auch wenn das nicht ganz der Wahrheit entsprach. Mit dem „Memeler Dampfboot", dessen Verbreitungsgebiet das ganze Memelland war (verkaufte Auflage in den 30er Jahren etwa 17000 Exemplare), war auch die „Lietuviška Ceitunga" eindeutig autonomie- bzw. deutschfreundlich orientiert. Mit Rücksicht auf diese Tatsache hatten Litauer bereits 1921 in Memel die Druckerei und Verlagsgesellschaft „Rytas" gegründet. Ihr wesentlichstes und dauerhaftestes periodisches Produkt, die Tageszeitung „Lietuvos keleivis" (Litauens Wanderer), erschienen von 1924 bis 1939, vertrat die Meinung der litauenfreundlichen Memelländer und galt als ausgesprochen großlitauisch orientiert. Ihre Auflagenhöhe kam jedoch nie über die der „Ceitunga" hinaus, beide konnten im fraglichen Zeitraum Auflagen zwischen 3500 und 4000 Exemplaren erreichen. Noch weniger glücklich waren die deutschsprachigen Zeitungsprojekte des gleichen Hauses, mit denen man Leser deutscher Muttersprache für den gleichen litauischen Standpunkt zu gewinnen hoffte. In steter Folge, mal als „Memel-Zeitung" (1923), mal als „Memeler Allgemeine Zeitung" (1927), dann als „Memeler neueste Nachrichten" (1933) oder „Ostsee-Beobachter" (1934), schließlich als „Baltischer Beobachter" (1936), mußten alle diese Versuche, da wirtschaftlich gescheitert, bald wieder aufgegeben werden; die Auflage war nicht über 2000 bis 3000 Stück zu bringen.[106] Unschwer ist hinter dieser litauischen Niederlage auf dem Zeitungsmarkt die ungleiche Verteilung auch der materiellen Ressourcen wahrzunehmen — da die „deutschen" Blätter nicht nur die weitaus größere Leserschaft, sondern auch das einträglichere Anzeigenaufkommen für sich verbuchen konnten, waren doch gerade die dominierenden Wirtschaftsbetriebe wie auch die größten Banken in memel- oder auch reichsdeutschem Besitz verblieben.[107] Mindestens auf dem Wege über die Parteienfinanzierung und daraus resultierende Anzeigen waren auch Mittel des Kulturbundes bzw. des Kulturverbandes in die Verlage zu steuern.

Andererseits gab es faktisch keine Pressefreiheit. Seit 1923 durch Eingriff des Kriegskommandanten und ab 1934 verstärkt mittels des litauischen Staatsschutzgesetzes versuchte die Regierung der deutsch orientier-

[105] W. Heide, Die Presse im deutschen Memel, in: Zeitungs-Verlag. Organ des Reichsverbandes deutscher Zeitungsverleger 40 (1939), Nr. 13, S. 196.

[106] Ebenda, S. 196 f.

[107] Žostautaitė, Klaipėdos krašto ekonomika ir kultūra 1923–1939 m. (1. Pramonė) (Wirtschaft und Kultur des Memelgebietes 1923–1939 <1. Die Industrie>), in: Lietuvos TSR (wie Anm. 79) T. 4 (41), 1972, S. 173.

ten Pressedominanz durch oft kleinliche und das Absurde streifende Zensurmaßnahmen zu begegnen, die später mit Bußgeldern in drakonischer Höhe durchgesetzt werden sollten. Eine weitere Störmaßnahme bestand in der ersten Zeit nach der Besetzung des Memelgebietes darin, mißliebige Redakteure des Landes zu verweisen, soweit sie deutsche Staatsbürger waren.[108]

Litauen hatte den Kampf um das Memelgebiet — besser wäre zu sagen: um die Memelländer — bereits verloren, bevor in Deutschland die Nationalsozialisten zur Macht kamen. Für das Scheitern lassen sich viele Gründe nennen, außenpolitische und wirtschaftliche, litauisch hausgemachte wie von außen durch Einmischung aufgezwungene. Im Zentrum stand jedoch, so die These dieses Beitrages, ein verfehlter, ebenso überflüssiger wie unsinniger Kulturkampf in Kirche und Schule. Wie erbittert er von beiden Seiten an allen Fronten geführt wurde, konnte an einigen Beispielen hoffentlich verdeutlicht werden. Weil die Republik Litauen von einem ideologisch schwach fundierten Ausgangspunkt mit materiell unterlegenen Waffen in diese Auseinandersetzung zog, griff sie zunehmend zur staatlichen Repression, womit sie meist das Memelstatut verletzte. Die Anwendung des Gesetzes „Zum Schutz von Nation und Staat" vom 8. Februar 1934 stellt so gesehen nur einen konsequenten Höhepunkt der Eskalation dar. Der auf dieser Basis angestrengte Prozeß in Kaunas gegen 126 Memelländer enthielt in der Anklageschrift vom 30. September 1934 eine Fülle von Vorwürfen gegen kulturelle Institutionen des Memelgebietes und die darin tätigen Personen, aber auch gegen Verbände innerhalb und außerhalb des Gebietes, die allesamt im weiteren Sinne als „kulturelle" Vereinigungen zu bezeichnen wären. Die Anklagepunkte bezogen sich also, ganz abgesehen von den politischen Parteien, auf den Lehrerverein des Memelgebietes, auf den Kulturbund, sämtliche memeldeutsche Zeitungen und deren deutsche Finanzierung, auf das Theater, die Bibliotheken, Vereine, aus Deutschland eingeführte Schulbücher, Zeitschriften und schließlich auf den „Memellandbund", den „Bund Deutscher Osten" und ähnliche Vereinigungen im Reich. Umfangreiche Teile des Aktenmaterials beschäftigten sich allein mit dem Vorwurf der Illoyalität des Schulsystems und der Lehrerschaft gegenüber der Republik.[109]

---

[108] Kurschat, Buch (wie Anm. 62), S. 536 f.; Plieg, Memelland (wie Anm. 21), S. 46 u. 182; Heide, Presse (wie Anm. 105), S. 196 f.

[109] Plieg, Memelland (wie Anm. 21), S. 122 ff. Zahlreiche Einzelheiten aus den Akten des Prozesses benutzte P. Žostautaitė für ihren Überblick über Schulwesen und Schulpolitik im Memelgebiet. Vgl. Žostautaitė, Klaipėdos krašto (wie Anm. 79), und dies., Klaipėdos krašto (wie Anm. 91).

Die Devise, unter der die litauische Nationalbewegung einst angetreten war, den Nationalstaat nach dem „ethnographischen Prinzip" zu schaffen, mußte zwangsläufig in diese Konfrontation zweier Kulturen führen; denn sie diktierte das Programm der Re-Lituanisierung für das Memelgebiet, das die nationale Fiktion in Realität umwandeln sollte. Keine der beiden ethnischen Gruppen mochte sich ihm unterordnen, die deutsche gar nicht, die litauische nur zum geringeren Teil. Diese Erkenntnis greift neuerdings auch in Litauen Raum. Die kulturelle Divergenz zwischen Klein-Litauern und den Zuwanderern aus Litauen ins Memelgebiet beschrieb vor kurzem ein junger Historiker als einen der Hintergründe des Scheiterns: „Die Hoffnung, sich auf die Einwanderer aus Groß-Litauen stützen zu können, erfüllte sich nicht. Die Organisationen der Großlitauer blieben schwach und unpopulär sogar unter den ansässigen Litauern. Ein großer Teil der Übersiedler, Auswanderer aus verarmten Dörfern Žemaitens, konnte kaum schreiben und lesen, viele waren sogar Analphabeten. Ihre einzige Sorge war, eine Überlebensquelle für sich zu finden. Mit ihrer armseligen Existenz kompromittierten sie nicht nur Litauen in den Augen der Memelländer, sondern konnten auch kaum als potentielle politische Stützen der Zentralregierung gelten."[110]

Die Akkulturation und teilweise Assimilation der Lietuvininkai Preußisch-Litauens war Ergebnis eines jahrhundertelangen Prozesses, der mit dem Begriff „Germanisierung" nur auf gefährlich unzureichende Weise darstellbar ist. Sie innerhalb weniger Jahre aufheben zu wollen, konnte nicht gelingen. So wäre die oben aufgestellte These dieses Beitrages um eine weitere zu ergänzen: Die Integration des Memelgebietes in die Republik Litauen scheiterte nicht zuletzt an den litauischen Memelländern, die in ihrer Mehrheit ihre ethnische Identität, mit der sie sich von den Groß-Litauern abzugrenzen wußten, in Gefahr sahen. Die Re-Lituanisierung als übergreifende nationale Aufgabe zu begreifen, vermochten offensichtlich nur wenige.

Der Überblick begann mit der Wiedergabe einer alten Sage aus dem Memelland. Sie erzählte die Geschichte einer Verletzung, in der die einen die kulturellen Werte der anderen nicht zu achten wußten. Das Miteinanderleben von Deutschen und Litauern war nie frei von solchen Verletzungen auf der Ebene ihrer kulturellen Identität. Daß es meist die Litauer Ostpreußens waren, die als Minderheit die tieferen Wunden aus solchen mißglückten Begegnungen davontrugen, soll nicht verschwiegen werden. Denn daraus erklären sich viele der litauischen Überreaktionen im Streit

[110] V. Žalys, Kodėl Lietuvai nesisekė Klaipėdoje. Reziumė (Warum die Litauer in Memel erfolglos blieben. Ein Resümee), in: Annabergo Lapelis (1992), Nr. 23, S. 44.

um das Memelgebiet, der die Geschichte dieser Verletzungen weiterführte. Der Opferstein auf dem Berge Rombinus war ein Symbol, mit seiner Zerstörung traf man ein ganzes Volk. Im Ringen um das Memelgebiet und seine Bewohner spielten Symbole die gleiche Rolle: Man verletzte sich gegenseitig durch Attacken auf solche Symbole. Denkmäler wurden gestürzt und wieder aufgerichtet, aber im Mittelpunkt stand die Sprache; ob man sie lernt oder nicht, spricht oder nicht, hört oder nicht, mag oder nicht mag, — das wurde plötzlich zur Frage nationaler Ehre und Existenz. Die Memeldeutschen und ihre Hinterleute im Deutschen Reich haben sich dabei mehrheitlich weder einsichtiger noch menschenfreundlicher gezeigt als ihre litauischen Antipoden, Zweisprachigkeit in einem Gebiet, in dem zwei Kulturen gut hätten zusammenleben können, war sicher nicht ihr Ziel. Es ist schade um die vertane Chance, die nun Geschichte ist.

Aus der Geschichte des provisorischen litauischen Komitees von Wilna (April bis Juni 1919)

von Česlovas Laurinavičius

Der polnische Historiker Bronisław Makauskas hat eine wertvolle und umfassende Monographie über die Wilnaer Litauer verfaßt, in der diese sowohl als Subjekt einer im polnischen Staat agierenden nationalen Minderheit wie auch als Objekt der polnischen Regierungspolitik beschrieben werden.[1] Für weitere Forschungen besteht daher nur noch ein eng begrenzter Raum, wie beispielsweise eine Untersuchung der litauischen Regierungspolitik gegenüber der litauischen Minderheit in Polen in den Jahren zwischen 1920 und 1939.

Ein weiteres Forschungsgebiet stellt die Geschichte der Wilnaer Litauer unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkrieges dar, also jener Zeitabschnitt, als sie schon polnischer Herrschaft unterstanden, jedoch formal noch nicht als nationale Minderheit behandelt wurden. Diese historische Periode ist verwickelt und wechselhaft, woraus vielleicht die Verführung herrührt, die kurze Zeitspanne auf Möglichkeiten zu untersuchen, die es den Litauern ermöglicht hätten, den Status einer nationalen Minderheit zu vermeiden. Diesem Thema soll der folgende Beitrag gewidmet sein. Im Prinzip geht es um Pläne und Zielsetzungen eines noch zu schaffenden Staatsvertrages zwischen Litauen und Polen, wobei den Wilnaer Litauern die Rolle eines Indikators zufiel.

In der historischen Literatur scheint eine solche Fragestellung bislang nicht aufgegriffen worden zu sein. Auch in den Erinnerungen der Wilnaer Litauer findet sich nichts über derartige Konzeptionen.[2] Darum sei mit einer Arbeitshypothese begonnen: Die Gründung des Provisorischen Litauischen Komitees von Wilna (PLKV) war als Meilenstein auf dem Weg zu einem litauisch-polnischen Abkommen gedacht. Unsere These soll nicht durch subjektive Interpretationen, sondern durch eine konkrete Situationsanalyse abgesichert werden.

---

1 B. Makauskas, Vilnijos lietuviai 1920–1939 metais (Die Wilnaer Litauer in den Jahren 1920–1939). Vilnius 1991.

2 D. Alšeika, Vilnaus krašto lietuvių gyvenimas 1919–1934 metais (Das Leben der Litauer des Wilnagebietes in den Jahren 1919–1934). Vilnius 1935; M. Biržiška, Dėl musų sostinės (Um unsere Hauptstadt). London/Nida 1960; J. Cicenas, Vilnius tarp audrų (Wilna zwischen den Stürmen). Chicago 1953.

1. Die politische Satzung des PLKV

Das Komitee wurde am 22. April 1919 gegründet, also am gleichen Tag, als das polnische Militär Wilna einnahm und Józef Piłsudski seinen berühmten Aufruf an die Bewohner des Litauischen Großfürstentums erließ.[3] Der Aufruf wurde vor allem bekannt, weil er auf den historischen litauischen Staat Bezug nahm. Nach Meinung vieler war dieser Staat schon lange unwiederbringlich und unumkehrbar in der Vergangenheit versunken, ohne Volk oder Gebiet zu hinterlassen. Aber Piłsudski wandte sich in seiner Deklaration an die Bewohner des historischen Litauen wie an „eine Allgemeinheit"[4] und versprach eine Einigung ohne polnischen Druck. Eine provisorische, nicht militärische, sondern zivile Verwaltung, an der sich auch die lokalen Einwohner beteiligen könnten, sollte sich mit der Vorbereitung einer Lösung der Probleme befassen. Mit der Verantwortung für Organisation und Tätigkeit der Administration wurde Jerzy Osmołowski betraut.

Bis heute herrscht in der litauischen Geschichtsschreibung die Ansicht, daß die Initiative Piłsudskis nur eine weitere Form der polnischen imperialistischen Expansion darstellte.[5] Diese Meinung hat ihre Logik. Rückblickend gesehen war der erfolgreiche Angriff des polnischen Militärs gegen die in Wilna agierenden Bolševiki ein Schlag gegen die litauische Regierung in Kaunas, um so mehr als man auch dort Pläne für die Einnahme Wilnas geschmiedet hatte.[6] Doch der Sachverhalt war noch komplizierter. Das Archivmaterial zeigt, daß Mykolas Šleževičius, der damals dem Ministerkabinett vorstand, nach der polnischen Besetzung Wilnas nicht wußte, wie er reagieren sollte. Jurgis Šaulis, der zur gleichen Zeit zwecks Verhandlungen in Warschau weilte, wurde nicht rechtzeitig genug als Zeichen des Protestes zurückgerufen.[7] Wer weiß, ob nicht allein die

---

3 Sprawy Polskie na konferencji pokojowej w Paryżu w 1919 r. Dokumenty i materiały (Die polnische Angelegenheit auf der Friedenskonferenz in Paris 1919. Dokumente und Materialien). T. II, Warszawa 1967, S. 412 f.

4 Ebenda, S. 426.

5 P. Klimas, Iš mano atsiminimų (Aus meinen Erinnerungen). Vilnius 1990, S. 235-240; P. Miškinis, Lietuvos ir Lenkijos santykių tarptautiniai teisiniai aspektai 1919–1939 (Die litauisch-polnischen Beziehungen unter völkerrechtlichem Aspekt 1919–1939). Vilnius 1976, S. 20 ff.; R. Žepkaitė, Diplomatija imperializmo tarnyboje. Lietuvos ir Lenkijos santykiai 1919–1939 m. (Diplomatie im Dienst des Imperialismus. Die litauisch-polnischen Beziehungen 1919–1939). Vilnius 1980, S. 44 f.

6 Lietuvos Ministru kabineto posedžių protokolai (Sitzungsprotokolle des litauischen Ministerkabinetts) 24.3.1919, 14.4.1919. Litauisches Staatsarchiv (Lietuvos Valstybinis Archivas) (LVA), F. 923, Ap. 1, B. 24, S. 124 u. 157.

7 P. Łossowski, Stosunki polsko-litewskie w latach 1918–1920 (Die polnisch-litauischen Beziehungen 1918–1920). Warszawa 1966, S. 86-94.

ausbleibende klare Reaktion der Kaunaer Regierung schicksalshaft wirkte?

Auch das PLKV protestierte nicht gegen den Einmarsch polnischen Militärs in die litauische Hauptstadt, obwohl deren Vorsitzender Mykolas Biržiška die Möglichkeit dazu und auch einschlägige Erfahrungen besessen hätte. Denn in den ersten Januartagen 1919 hatte er als Bevollmächtigter der litauischen Regierung General V. Veitkas eine Protestnote gegen das Eindringen der polnischen Armee nach Wilna überreicht,[8] und die Wilnaer Litauer betrachteten ihn, wie er später selbst zugab, im April immer noch als Regierungsvertreter.[9]

Nicht nur das. Sofort nach dem sowjetrussischen Abzug aus Wilna wurde der Machtwechsel in dem neuen PLKV-Organ „Nepriklausomoji Lietuva" (Unabhängiges Litauen) in sachlicher und durchaus positiver Weise beschrieben: „Der Druck der Bolševiki war schon zu schwer (...) die einseitige ‚Schlächter'-Literatur langweilig genug, mit der Ankunft der Polen beginnen wir leichter zu atmen (...) die Polen *versprechen keine Okkupation, sondern Schutz*" (Hervorhebung durch den Autor).[10]

Einen Tag nach der Gründung des PLKV fand ein Treffen zwischen Biržiška und Osmołowski statt. Dem Gesprächsstenogramm nach zu urteilen, war die Unterhaltung recht lang, wobei Biržiška mehr zuhörte als redete. Osmołowski bezog ostentativ gemäßigte Positionen, drückte seine Bewunderung für den litauischen Sozialradikalismus aus, bezeichnete die Lituanisierung von Wilna als unausweichliche Perspektive, erklärte, daß in der litauisch-polnischen Kontroverse die Wahrheit auf der Seite der Litauer stünde, verwandte den Begriff der Union nicht, wiewohl er unterstrich, daß angesichts der Gefahr, die von Rußland und Deutschland drohe, Polen und Litauen dringend ein Bündnis eingehen müßten, und lud schließlich die Litauer ein, an der „Arbeit bei der Wiederherstellung des Landes" teilzunehmen.[11]

Über das Treffen referierte Biržiška auf einer Sitzung des PLKV, bei der auch beschlossen wurde, Osmołowski eine schriftliche Antwort zu geben.

---

8 Biržiška, Dėl (wie Anm. 2), S. 61.

9 Ebenda, S. 153.

10 Nauja valdžia (Die neue Macht), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 1 vom 25. April 1919.

11 Laikinojo Vilniaus lietuvių komiteto 1919.04.23 posėdžio protokolas (Sitzungsprotokoll des Provisorischen Litauischen Komitees von Wilna vom 23.4.1919). (Lietuvos Respublikos mokslų akademijos centrinė biblioteka (Zentralbibliothek der Litauischen Akademie der Wissenschaften Handschriftenabteilung) (LAB). Laikinojo Vilniaus lietuvių Komitetas (Provisorisches Litauisches Komitte in Vilnius) (LVLK), F. 105-600, S. 5 f.

Der Schriftsatz, der Osmołowski dann am 27. April überreicht wurde, war gleichfalls keine Protestnote, sondern in Form eines Memorandums abgefaßt.

Biržiška schrieb in seinen Erinnerungen, daß er damals keinerlei Verbindung mit Kaunas gehabt habe und daher gezwungen gewesen sei, sich einigermaßen an der Situation vor Ort zu orientieren.[12] Aber aus dem Archiv des PLKV läßt sich ersehen, daß der aus Kaunas angereiste Ignas Jonynas am 26. April im Komitee befragt wurde und unter anderem auch über die Mission von Mykolas Riomeris Bericht erstattete.[13] Über die sogenannte Riomeris-Mission hat der polnische Historiker Ochmański einen ausführlichen Artikel verfaßt.[14] Darum soll, ohne in Details zu gehen, nur angemerkt werden, daß nach den anfänglichen Vorstellungen Piłsudskis eine litauische Regierung aus Vertretern verschiedener auf dem Territorium des Großfürstentums lebender Nationalitäten gebildet werden sollte, was der erste Schritt zu einer Wiedererschaffung des historischen Litauen gewesen wäre. Danach hätte sich Litauen mit Polen unter einem Souverän, der höchstwahrscheinlich Piłsudski selbst gewesen wäre, zu vereinen gehabt.[15] Es gelang Riomeris jedoch nicht, mit den Vertretern der litauischen linken Parteien ins Gespräch zu kommen. Šleževičius empfing ihn nicht persönlich, er hatte allerdings eine Unterredung mit den Kabinettsmitgliedern Steponas Kairys und Jonas Vileišis.

Beide pflichteten ihm bei, der Idee eines „nationslosen" Litauen nicht zuzustimmen, sprachen sich aber dafür aus, die schon 1917 begonnene Tätigkeit der litauischen Taryba einzustellen.[16] Vor diesem Hintergrund verkündete Piłsudski dann anstelle des Aufrufs „Die litauisch-polnischen Staatsverbindungen" die unklarer gefaßte „Selbstbestimmung der Bewohner des Großfürstentums Litauens".

---

12 Biržiška, Dėl (wie Anm. 2), S. 153.

13 LVLK 1919.04.26 posedžio protokolas (Sitzungsprotokoll des PLKV vom 26.4.1919). LAB, F. 105-600, S. 15.

14 J. Ochmański, Kulisy wyprawy Wileńskiej Piłsudskiego 1919 r. (Die Kulissen des Wilnamarsches von Piłsudski im Jahre 1919), in: Z dziejów stosunków polsko-radzieckich (Aus der Geschichte der polnisch-russischen Beziehungen). Warszawa 1968.

15 Später verglich Riomeris Piłsudskis Plan mit einem Kondominium. Vgl. M. Riomeris, Lietuvos konstitucines teisės paskaitos (Vorlesungen zum litauischen Verfassungsrecht). Bd.1, Kaunas 1937, S. 79; Lietuvių atgimimo istorijos studijos (Studien zur Geschichte der litauischen Wiedergeburt). 3. Lietuvos valstybė idėja (XIX a.-XX a. pradžia) (Die litauische Staatsidee <19. bis Anfang 20. Jahrhundert>). Vilnius 1991, S. 460 f.

16 Laut Riomeris habe er nur von einer Person eine volle Zustimmung zu Piłsudskis Idee erhalten, nämlich von Stanislovas Narutavičius, einem ehemaligen Mitglied der litauischen Taryba und Litauer mit „polnischer Kultur".

Die Mitglieder des PLKV wußten also vor Übergabe ihres Memorandums an Osmołowski von den verschiedenen Varianten des Piłsudskischen Aufrufs vom 22. April und hatten die Meinung des Kabinetts Šleževičius (oder besser: die unterschiedlichen Meinungen) zu bedenken.

Vergleicht man das Memorandum mit den ersten Äußerungen in der Wilnaer litauischen Presse zum Einmarsch des polnischen Militärs, findet sich darin ein neuer Akzent, nämlich der Begriff der Okkupation: „Wir, die Vertreter der litauischen demokratischen Gruppierungen von Wilna", heißt es im Memorandum, „sprechen uns für ein unabhängiges demokratisches Litauen aus. Die Anwesenheit des polnischen Militärs in Wilna betrachten wir als Okkupation."[17]

Unter den Litauern gab es wegen dieser Formulierung Auseinandersetzungen, wie die litauische Presse belegt.[18] Auch nach der Übereinkunft, von „Okkupation" zu sprechen, hörte der Streit nicht auf. Denn im Prinzip ging es nicht um den Begriff an sich, sondern um die dahinterstehenden Zielsetzungen. Während ein Teil der Wilnaer Litauer schon in den ersten Amtshandlungen der polnischen Behörden Usurpationsabsichten erkannte und eiligst protestierte,[19] widmeten andere in erster Linie dem Aufruf Piłsudskis ihre Aufmerksamkeit: Sie sahen darin eine annehmbare Perspektive, vor der sogar Hausdurchsuchungen und Arreste als „unangenehme Episoden" in den Hintergrund rückten.[20] Anscheinend herrschte letztere Meinung vor: „Wir", heißt es weiter im Memorandum des PLKV, „möchten gerne dem Willen des Obersten Führers des polnischen Militärs glauben, daß lokale nationale und religiöse Belange ohne Druck und Zwang von polnischer Seite in Freiheit entschieden werden". Man wollte alle lokalen demokratischen Kräfte zur Wiederschaffung des Landes und zur Stärkung der wiedererstehenden litauischen Eigenstaatlichkeit vereinigen. Damit die Litauer an der Aufgabe teilnehmen könnten, wurden folgende Bedingungen gestellt: alle Verfügungsgewalt mit Ausnahme der

---

17 Sprawy (wie Anm. 3), S. 414 f.

18 [J. Vitalis], Okupacija ir lietuviai tarnautojai (Die Okkupation und die litauischen Beamten), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 3 vom 27. April 1919; P. Mašiotas, Kiti laikai, kiti obalsiai (Andere Zeiten, andere Parolen), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 5 vom 30. April 1919. Mašiotas schrieb hier unter anderem: „Selbst die Vertreter der neuen Macht sagen, daß sie den Feldzug des polnischen Militärs nicht anders bezeichnen könnten. Einige Einwohner Wilnas zerbrechen sich den Kopf, um den Tatsachen eine passendere Bezeichnung zu geben, wobei das Ziel der Okkupation ja noch auf einem anderen Blatt steht (...)"

19 Lietuvių Krikščionių Demokratų partijos Vilniaus skyriaus balandžio 24 d. susirinkimas (Versammlung der Wilnaer Abteilung der Litauischen Christdemokratischen Partei vom 24. April), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 11 vom 8. Mai 1919.

20 Mašiotas, Kiti laikai (wie Anm. 18).

unmittelbaren Frontangelegenheiten sollte den lokalen Einwohnern übergeben und auf demokratischen Prinzipien errichtet werden, wobei abzusichern sei, daß alle Nationen des Gebietes gleichberechtigt seien, was insbesondere durch die freie Entfaltung ihrer Sprachen (litauisch, polnisch, weißrussisch, jiddisch) sicherzustellen sei. Weiter gehörten dazu: Garantie der Bürgerrechte, Entwaffnung terroristischer Gruppen, Schutz litauischen Eigentums.

Bei den im Memorandum gestellten Bedingungen sollte besonderes Augenmerk auf zwei Aspekte gerichtet werden. Zum einen wurde die Gleichheit der vier Nationalitäten in Wilna gefordert, was vice versa eine Anerkennung der Gleichberechtigung bedeutete, zum anderen wurde nichts über die Kompetenzen der Kaunaer Regierung im Wilnagebiet ausgesagt. Diese beiden Kernpunkte sowie die Benutzung des Begriffs „Okkupation" legen den Schluß nahe, daß das PLKV-Memorandum nicht nur politischen Charakter hatte,[21] sondern auch von der traditionellen Formulierung der Taryba „eines ethnographischen Litauen mit der Hauptstadt in Wilna" (also: „ein Volk, ein Territorium") Abstand genommen wurde.

Nach dem Erhalt des Memorandums stimmte Osmołowski allen Bedingungen (mit Ausnahme der Rechte für die Juden) zu und versprach, das Memorandum nach Warschau zu bringen und dort die Zustimmung der polnischen Regierung zu erreichen.[22]

In Abwesenheit Osmołowskis wurde dem PLKV ein weiterer Vorschlag, diesmal vom Wilnaer Bürgermeister V. Abramovičius, unterbreitet, nämlich „einen litauischen Kandidaten für den Stadtrat vorzuschlagen". Aber im Komitee beschloß man, daß man bis zur Antwort auf die Osmołowski übergebenen Bedingungen keinen Kandidaten bestimmen, sondern nur einen litauischen Sachverständigen (D. Alšeika) entsenden wolle.[23]

Osmołowski kehrte am 20. Mai aus Warschau zurück, viel später als erwartet. Das PLKV bereitete sich auf ein offizielles Treffen mit ihm vor und stellte aus diesem Grund sogar eine Delegation, bestehend aus Mykolas Biržiška, Pranas Mašiotas und Juozas Tumas-Vaižgantas, zusammen.

---

21 Mykolas Biržiška interpretierte auf der Sitzung des litauischen Ministerkabinetts vom 3.6.1919 seine Tätigkeit als Vorsitzender des PLKV entschieden als inoffiziell und unpolitisch. LVA, F. 923., Ap. 1, B. 24, S. 44 ff. Vgl. auch seine Interpretation in den Erinnerungen: Biržiška, Dėl (wie Anm. 2). S. 155.

22 LVLK 1919.04.28 posėdžio protokolas (Sitzungsprotokoll des PLKV vom 28.4.1919). LAB, F. 105-102, S. 7.

23 LVLK 1919.05.2 posėdžio protokolas (Sitzungsprotokoll des PLKV vom 2.5.1919). LAB, F. 105-602, S. 1.

Aber Osmołowski zeigte keinerlei Initiative. (Später erklärte er auf die Frage, was mit dem Memorandum geschehen sei, er habe es wahrscheinlich weggeworfen).[24]

2. Warum das Memorandum des PLKV ohne Antwort blieb

Über die Meinung der polnischen Regierung zum Memorandum des PLKV sowie diesbezügliche Instruktionen an Osmołowski, sofern er überhaupt welche erhielt, lassen sich keinerlei Dokumente nachweisen. Ein allgemeiner Überblick über die Ereignisse kann jedoch zumindest eine Teilantwort liefern.

Piłsudskis Aufruf vom 22. April stand im Gegensatz zu den Plänen der von Roman Dmowski angeführten Opposition, die polonisierten Gebiete des ehemaligen Großfürstentums Litauen an Polen anzuschließen, wobei man vor allem Wilna im Sinn hatte. So reagierten die Nationaldemokraten sofort nach Bekanntwerden des Aufrufs. In Wilna wurden Versammlungen organisiert, Petitionen veröffentlicht, Unterschriften für den Anschluß Wilnas an Polen gesammelt.[25] Parallel zu diesen Aktionen wurden Personen, die mit dem bolschewistischen Regime zusammengearbeitet hatten oder dessen verdächtigt wurden, terrorisiert. Die Intensität des Terrors unterschied sich klar nach den jeweiligen Nationalitäten. Am meisten litten die Juden.[26] An zweiter Stelle standen die Litauer, da sie nach Ansicht der polnischen Nationalisten unter dem bolschewistischen Regime „privilegiert" waren. Die Litauer wurden vorwiegend psychisch unter Druck gesetzt: ständig fanden Hausdurchsuchungen und Verhaftungen statt.[27] Dabei ließ sich nicht genau erkennen, ob die bewaffneten Selbstverteidigungsgruppen die Aktionen auf eigene Faust unternahmen oder die Initiative dazu aus der Verwaltung stammte. Im übrigen war die Verwaltung auch nationalistisch erhitzt. Einige der leitenden Personen, unter ihnen auch Osmołowski, wurden augenscheinlich wegen ihrer Zurückhaltung als „Verräter" beschimpft.[28]

---

[24] Biržiška, Dėl (wie Anm. 2), S. 174.

[25] J. Tumas Vaižgantas, Nesveikaisiais laikais (Ungesunde Zeiten), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 6 vom 1. Mai 1919.

[26] Ein Teil der Juden hatte besonders während der wiederholten Kämpfe um Wilna vom 29.4. bis zum 1.5. der Roten Armee bewaffnete Unterstützung geleistet.

[27] Protestoįteikimas (Protest einlegen), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 17 vom 15. Mai 1919.

[28] Su lenkais nebėra ko tartis (Mit den Polen gibt es nichts zu verhandeln), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 8 vom 4. Mai 1919.

Die Wilnaer Stimmung machte sich auch in Warschau bemerkbar. Dort wurde auf Initiative der Nationaldemokraten der Aufruf Piłsudskis vom 22. April als ungültig erklärt. Am 29. April nahm der Sejm eine Resolution an, nach der das besetzte litauische Territorium, „das Nordostgebiet mit der Hauptstadt Wilna", an Polen angeschlossen werden sollte.[29] Die Reaktion der Nationaldemokraten erreichte ihren Höhepunkt mit dem Gedenktag an die polnische Verfassung, an dem der Aufruf Piłsudskis an den Wänden von Wilna mit dem Text der Sejmresolution vom 29. April überklebt wurde.[30]

Nach diesen Vorfällen verlangsamte die polnische Regierung das Tempo. Ihre Hauptargumente waren, die europäische öffentliche Meinung werde Aktionen nicht zustimmen, die nicht im Einklang mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker stünden, und die einseitige Deklaration des Sejms werde Polen während der Friedenskonferenz sehr schaden. Dank der Diplomatie Piłsudskis und Paderewskis ging der Sejm allmählich von seiner besitzergreifenden Position Litauen gegenüber ab und nahm am 15. Mai eine Deklaration im Geist des Aufrufs vom 22. April an, mit der das Selbstbestimmungsrecht des Großfürstentums Litauen anerkannt wurde.[31] Das begeisterte die Piłsudskianhänger in Wilna, die sich um die Zeitung „Nasz Kraj" (Unser Land) geschart hatten. Es erschienen Artikel, die sich entschiedener als bisher für eine Unterstützung der Warschauer Regierung aussprachen.[32] „Das Nachkriegseuropa", so resümierte ein Beitrag in der „Nasz Kraj", „hat noch keine derartige allgemeine Anerkennung erlebt, wie sie Piłsudskis Litauenlösung erfahren wird. Darum müssen alle unverzüglich beginnen, ‚Brücken des Vertrauens zwischen Litauen und Polen zu errichten'." Besonders radikal wandte man sich an die Wilnaer Polen, von denen man forderte, daß sie auf den „lokalen Patriotismus" und „Egoismus" verzichten, „Panik" und „Stolz" ablegen und ihre Schuld gegenüber Litauern und Weißrussen eingestehen sollten, um auf diese Weise deren Vertrauen wiederzugewinnen. Gleichzeitig empfahl man den Polen, die Kraft der jungen litauischen Kultur anzuerkennen, sich um deren Verständnis zu bemühen und ihre Ansicht hinsichtlich der litauischen Eigenstaatlichkeit von Grund auf zu ändern, „die nach den

29 Varšuvos Seimo nusprendimas (Die Entscheidung des Warschauer Sejms), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 8 vom 4. Mai 1919.

30 Głos Litwy Nr. 4 vom 18. Mai 1919.

31 „Sejm oświadcza uroczyście..." („Der Sejm erklärt feierlich..."), in: Nasz Kraj Nr. 23 vom 20. Mai 1919.

32 Wola i karność narodowa (Wille und Volkszucht), in: Nasz Kraj Nr. 27 vom 27. Mai 1919; Trzeźwy głos o porozumieniu z Litwinami (Eine nüchterne Stimme zur Übereinkunft mit den Litauern), in: Nasz Kraj Nr. 32 vom 30. Mai 1919.

gleichen Rechtsprinzipien wie die polnische wiederentsteht". Im litauischen Staat waren die Polen gezwungen, sich mit der Minderheitenlage abzufinden und darauf zu vertrauen, daß ihre nationalen und staatsbürgerlichen Rechte in einer „brüderlichen Union" gewährt sein würden. Erwartete man doch von den Litauern nur „großzügiges Vergessen der Beleidigungen" und „Annäherung". Die lokale Verwaltung wurde angewiesen, entschieden „ein Programm in Kraft zu setzen" und „alle Hindernisse zu beseitigen".[33]

Damit war ein Maximum dessen erreicht worden, was die polnische Seite hinsichtlich einer Übereinkunft mit den Litauern anzubieten bereit war. Bald darauf erschien in „Nasz Kraj" ein Artikel, der die Variante einer polnischen Minderheit in Litauen verwarf.[34] Die Wilnaer Litauer blieben angesichts der Ereignisse nicht gleichgültig. Doch gleichzeitig registrierten sie aufmerksam die unterschiedlichen Haltungen. Aus den Reihen derer, die die Differenzen der polnischen Gruppen als rein taktische Manöver erachteten, wurde Stasys Matjošaitis zum stellvertretenden Redakteur der „Nepriklausomoji Lietuva" ernannt. In einem seiner Artikel mit der Überschrift „Es ist gut, wenn die Linke weiß, was die Rechte tut" bezeichnete er Piłsudskis Aufruf vom 22. April als eine „Komödie für den Export nach Paris".[35] In einem anderen Beitrag vertrat Matjošaitis die Meinung, die Piłsudskianhänger würden den Litauern mehr als die Nationaldemokraten schaden, denn diese seien wohl oder übel bereit, ein unabhängiges Litauen, „wenn auch ein sehr verkleinertes" (also ohne Wilna), anzuerkennen, während sich jene „maskiert" hätten und beabsichtigten, „die Litauer zu spalten". „Schütze uns Gott vor Freunden, vor den Nationaldemokraten schützen wir uns selbst", schmähte Matjošaitis.[36] Übrigens hatte Matjošaitis' Position einen klar erkennbaren sozialen Hintergrund. Er begriff die Union als Formgebung feudaler Ausbeutung und war im Kampf dagegen sogar bereit, den Bolschewismus zu unterstützen. „Die rote Fahne lockt unser Volk mehr als die Rufe der mittelalterlichen Bojaren."[37]

---

[33] Wola (wie Anm. 32). Im allgemeinen pflegten solche Zeitungsartikel eher eine Ausnahme darzustellen. Das Mißtrauen gegenüber selbständig handelnden Litauern überwog.

[34] O skonkretyzowanie program i dążeń (Konkretisierung der Programme und Forderungen), in: Nasz Kraj Nr. 39 vom 7. Juni 1919.

[35] (Stasys), Gerai žino kairė, ka daro dešinė (Es ist gut, wenn die Linke weiß, was die Rechte tut), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 21 vom 20. Mai 1919.

[36] Ders., Katra politika geresnė? (Welche Politik ist die bessere?), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 28 vom 28. Mai 1919.

[37] (Kraujiečių Stasys), Du aru (Zwei Adler), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 5 vom 30. April 1919.

Andere Litauer unterstützten die Piłsudskianhänger, da sie sich in ihrem Programm von den Nationaldemokraten unterschieden. Zu dieser Gruppe kann man Juozas Tumas-Vaižgantas, Pranas Mašiotas und Mykolas Biržiška, also die Führung des PLKV, rechnen. In ihren Artikeln kritisierten sie den primitiven Fanatismus der Nationaldemokraten scharf und konfrontierten ihn mit dem von Piłsudski vertretenen „Prinzip der freiwilligen Übereinkunft".[38] Dennoch konnte auch diese litauische Gruppe die grundlegende Komponente der Konzeption Piłsudskis, nämlich die Union, nicht akzeptieren. Nach Meinung von Biržiška assoziierten die Litauer mit dem Begriff Union eine nationale Erniedrigung. „Die Polen ärgern sich natürlich über die Litauer wegen ihrer Nüchternheit und betrachten die Union vielfach feindlich", schrieb Biržiška, „dennoch ist die litauische Mäßigung keine Hartnäckigkeit, sondern ein Resultat trauriger Erfahrungen (...) Wenn die um ‚Nasz Kraj' vereinigten Kreise hartnäckig die Inkraftsetzung ihres litauisch-polnischen Verständnisprogramms anstreben, ohne Feindschaft in der Öffentlichkeit und Bedenken in der polnischen Politik zu ernten, werden sie in uns angenehme Nachbarn finden. Der ehrliche Wunsch, sich mit den Litauern zu verständigen, gestützt auf die Anerkennung der litauischen Kultur und der politischen Tendenzen, wird diesen Schichten helfen, sich von der Unionskonzeption zu lösen. Damit (...) werden sie in uns glaubwürdige Bündnispartner finden."[39]

Die Meinungsverschiedenheiten über den Sinn einer Union sind nicht in wenigen Sätzen darzulegen. Im Durcheinander der verschiedenen Projekte für eine litauische Lösung wurden zum einen die Begriffe Union, Verband, Föderation identisch gebraucht, zum anderen läßt sich das ohnehin komplizierte Vorhaben unter verschiedenen Aspekten betrachten. Es scheint, als habe Vaižgantas in seinem Artikel „Freiheit und Macht" den Kern der Meinungsverschiedenheiten getroffen, da sich in ihm sowohl die Prinzipien des Piłsudskischen Programms als auch die litauischen Gründe für eine Ablehnung widerspiegeln.[40]

Freiheit nach Piłsudski sei das Potential der Einwohner des ehemaligen Polen-Litauen, seiner Elemente mit ererbter persönlicher Freiheit, eine bürgerliche Zivilisation zu begründen. Macht sei die Feindschaft der er-

---

38 M. Biržiška, Rimta valanda (Eine ernste Stunde), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 10 vom 17. Mai 1919; Mašiotas, Kiti laikai (wie Anm. 18); Vaižgantas, O tai kas (Und wenn was), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 26 vom 25. Mai 1919.

39 Głos Litwy vom 29. Mai 1919.

40 Vaižgantas, Laisvė ir Galybė (Freiheit und Macht), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 17 vom 15. Mai 1919.

wähnten Zivilisation gegenüber barbarischen und aggressiven Staaten. Nach Piłsudskis Konzept seien diese Dinge untrennbar verbunden, ein Element vervollkommne das andere. Es sei unvorstellbar, eine freie Gesellschaft im ethnographischen Polen zu begründen, und noch weniger im ethnographischen Litauen. Andererseits könne man sich von der im Osten drohenden Gefahr nur durch Gewalt schützen. Nach Ansicht der Litauer seien Freiheit und Macht jedoch Gegensätze. Der demokratische Flügel der politisch aktiven Litauer möchte zweifellos dem engen ethnischen Nationalismus entgehen, wobei ihnen aber klar sei, daß das Bestreben einer Staatsgründung auf litauisch-weißrussischem Gebiet, verbunden mit Polen, keine Freiheiten garantiere. Ein fremdbestimmtes Weißrußland werde der Polonisierung zum Opfer fallen. Das aber heiße nichts anderes, als daß eine Union mit Weißrußland als Streitobjekt zwischen Polen und Rußland in ständiger Kriegsgefahr schwebe.

Es klingt paradox, aber das Dilemma der Litauer als Bündnispartner wurde von polnischer Seite nicht erkannt. Sowohl Piłsudski als auch seine Anhänger um „Nasz Kraj" nahmen mit bewundernswerter Kurzsichtigkeit den entstehenden litauischen Staat nur als „Brücke" Deutschlands zu Rußland wahr; die ethnographischen Litauer, die ja nun einmal da waren, wurden ihrer Meinung nach von Deutschland unterjocht und assimiliert.[41] Völlig unerwartet trat die eigenständige litauische Kultur in ihr Gesichtsfeld, vor allem die Perspektiven der Sprache und der Gedanke, daß das kulturelle Erbe des Großfürstentums Litauen politisch aufgeladen werden und so ein moderner genuiner litauischer Staat geschaffen werden könnte, was anscheinend doch nur mit Hilfe der polnischen Kultur (und Sprache) möglich war, so jedenfalls die Ideologie der sich formierenden linken Kräfte.

Wenn Piłsudskis Programm das Gewissen der Litauer wenigstens theoretisch vom angeborenen Druck des „ethnokulturellen Fundamentalismus" befreien sollte, verneinte es doch praktisch das litauische Volk als Subjekt. Man kann sagen, Piłsudski und seine Anhänger blickten auf Litauen, ohne die Litauer wahrzunehmen. Daraus ergab sich, daß völlig unklar blieb, wer mit wem verhandelte.

Das Knäuel der litauisch-polnischen Meinungsverschiedenheiten besaß auch einen internationalen Kontext. Piłsudskis Aufruf vom 22. April wurde von den Wilnaer Litauern allgemein wohlgesonnen aufgenommen. Die Regierung Geleževičius in Kaunas zeigte keine klare Reaktion, was die litauische Delegation in Paris mit ihrer entschiedenen antipolnischen Hal-

[41] Nasz Kraj Nr. 8 1919, S. 14 f.

tung jedoch nicht anfocht. Am 29. April übergab der Delegationsleiter Augustinas Voldemaras der Friedenskonferenz eine scharfe Protestnote wegen des polnischen Einmarsches in Litauen.[42] Darüber hinaus ersuchte Voldemaras um Unterstützung in der russischen Vertretung in Paris.

Voldemaras' Protestnote hatte Folgen. Der Rat der Entente war schon im voraus über den drohenden litauisch-polnischen Konflikt informiert worden und suchte Mittel, ihn nicht zum Ausbruch kommen zu lassen.[43] Vielleicht beeinflußte das auch den Entschluß, am 26. Mai die Regierung des Admirals Kolčak anzuerkennen. Aufgrund dieser Entscheidung befand sich Litauen innerhalb der russischen Grenzen, ein klarer Schlag gegen Piłsudskis Konzeption. Polens Regierung konnte die Lage jetzt nur noch mit Hilfe radikaler Mittel verändern.

Über die Zusammenarbeit mit der Vertretung Kolčaks in Paris gab es später eine heftige Diskussion in der litauischen Regierung.[44] Jedoch fühlten die politischen Führer Litauens die kräftige Strömung und setzten sich ihr in der Hoffnung aus, daß Litauen früher oder später in die sichere Bucht der Unabhängigkeit getragen werden würde.

3. Die Lösung

Natürlich ist eine Bewertung, wie stark sich die besprochenen allgemeinen Prozesse auf das Verhältnis des PLKV zur polnischen Verwaltung auswirkten, schwierig. Es läßt sich nur feststellen, daß die Logik beider Seiten die gleiche Richtung hatte. Am 29. Mai verkündete Osmołowskis Verwaltung ein Wahlgesetz für ein provisorisches Wilnaer Stadtparlament. Das Gesetz war ohne Mitarbeit oder Zustimmung der Litauer vorbereitet worden, so daß schon allein seine Existenz nicht zu einem vertrauensbildenden Klima beitragen konnte. Darüber hinaus mißfielen den Litauern verschiedene Paragraphen sowie vor allem die Tatsache, daß ausnahmslos Polnisch als offizielle Verwaltungssprache vorgesehen war.[45]

Kurz darauf erfuhren die Litauer von einem weiteren Vorfall. Am 5. Juni fand eine Hausdurchsuchung in der Litauischen Wissenschaftlichen

---

42 Sprawy (wie Anm. 3), S. 420f.
43 Ebenda, S. 416-419 u. 437-442.
44 Lietuvos TSR Mokslų Akademijos darbai (Arbeiten der Akademie der Wissenschaften der Litauischen SSR). Vilnius 1988 (Serija A. T. 1.), S. 88-97.
45 Głos Litwy Nr. 15 vom 1. Juni 1919.

Gesellschaft und bei deren Vorsitzenden Jonas Basanavičius statt. Man suchte Waffen.[46] Das wirkte auf die Litauer wie ein Alarmzeichen.

Zur Zeit der Haussuchung bei Basanavičius war Biržiška nicht in Wilna, sondern in Kaunas, wo er am 3. Juni dem Ministerkabinett über die Tätigkeit des PLKV Rechenschaft abzulegen hatte.[47] Nach seiner Rückkehr begann er Osmołowski anzugreifen. Am 12. Juni erschien in „Głos Litwy" (Stimme Litauens), der in polnischer Sprache erscheinenden Zeitung des litauischen Komitees, ein großer Artikel über Osmołowskis anfängliches Wohlwollen gegenüber den Litauern, seine Versprechungen und deren Nichteinhaltung. Die Öffentlichkeit wurde auch über das Memorandum, das ohne Antwort geblieben war, informiert. Zudem zitierte der Artikel aus einer von Osmołowski unterzeichneten geheimen Anweisung, nach der nicht mehr als 30 Litauern ein Arbeitsplatz bei der Wilnaer Eisenbahn zugestanden wurde (von insgesamt 4000 Beschäftigten).[48] Biržiška schrieb in seinen Erinnerungen, Osmołowski sei sehr daran interessiert gewesen, zu erfahren, wie man an die geheime Anweisung gekommen sei, was ihm jedoch nicht gelungen sei.[49]

Vom 9. bis 11. Juni fand in Wilna eine Zusammenkunft weißrussischer Gruppierungen statt, die der litauischen Regierung nicht gewogen waren. Litauer waren zu dem Treffen nicht eingeladen, jedoch las man über den Verlauf und die gefaßten Beschlüsse in der Wilnaer (polnischen) Presse. Obwohl die Meinung vorherrschte, daß „die Weißrussen unselbständig seien und nur nach Anweisung" weißrussisch-polnische Einheit demonstrierten, bestätigten die Erklärungen diese Ansicht nicht. Man sprach sich für die Gründung eines litauisch-weißrussischen Staates aus, wobei die Beziehungen zu Polen zwar nicht definiert, aber der Aufruf Piłsudskis vom 22. April positiv bewertet wurde. Dennoch schöpften die Litauer angesichts eines hinterher stattfindenden polnisch-weißrussischen Festessens Verdacht.[50]

---

[46] LVLK 1919. 06. 06 posėdžio protokolas (Sitzungsprotokoll des PLKV vom 6.6.1919). LAB, F. 105-601, S. 7.

[47] Lietuvos Ministrų kabineto 1919. 06. 03 posėdžio protokolas (Sitzungsprotokolle des litauischen Ministerkabinetts vom 3.6.1919). LVA, F. 923, Ap. 1, B. 24, S. 44 ff. Biržiška bekam die Anweisung, die Litauer bei den Wahlen zur Stadtverwaltung nicht teilnehmen zu lassen.

[48] M. Biržiška, Na Posterunku Wileńskim (Auf Vilniusser Posten), in: Głos Litwy Nr. 23 vom 12. Juni 1919, S. 42 ff.

[49] Biržiška, Dėl (wie Anm. 2), S. 172.

[50] Vaižgantas, Gudų diplomatijos klausimų (Die Frage der weißrussischen Diplomatie), in: Nepriklausomoji Lietuva Nr. 40 vom 13. Juni 1919; Biržiška, Dėl (wie Anm. 2), S. 294-304.

Es ist nicht verwunderlich, daß der polnisch-litauische Konflikt einen Kampf um die Anhängerschaft der übrigen Nationalitäten mit sich brachte. Offensichtlich hätte sich in Wilna, wo keine der vier vorherrschenden Nationalitäten allein regieren konnte, eine Übereinkunft zweier Volksgruppen bestimmend ausgewirkt. Tatsächlich aber war es anders: Schon Ende 1918 gelang es der litauischen Regierung, sich mit den weißrussischen und jüdischen Organisationen zu einigen, wobei die Übereinkunft aber die litauische Position in Wilna kaum stärkte, sondern statt dessen den litauisch-polnischen Konflikt vertiefte.

Zu jener Zeit verschlechterten sich die Beziehungen des PLKV nicht nur zu Osmołowskis Verwaltung, sondern auch zu den Kreisen um „Nasz Kraj" sichtlich.[51] „Nasz Kraj" beschuldigte die Litauer des Nationalismus und Imperialismus. Nach der litauischen Konzeption der „gemeinsamen Herkunft" bleibe in dem von ihnen beanspruchten Territorium kein Platz für andere Nationalitäten mit Ausnahme der Juden. Andererseits entspreche das von Litauen geforderte Gebiet in etwa den Grenzen von Oberost, umfasse also außer Kaunas und der Suvalkija den größten Teil der Gouvernements Wilna und Grodno. Nach statistischen Angaben könne nur ein Drittel der Einwohner dieser Territorien Litauer bzw., genauer gesagt, litauischsprachig sein.

Daher wurden die Litauer beschuldigt, keinen Nationalstaat, sondern einen Nationalitätenstaat begründen zu wollen.[52] Biržiška verteidigte die litauische Konzeption. Zunächst bestätigte er, die Litauer würden sich nicht von ihren nicht litauisch sprechenden Landsleuten trennen. „Kann man uns deswegen des Raubes bezichtigen?", fragte Biržiška in einem seiner Artikel und antwortete selbst: „Man kann — in Unkenntnis der konkreten Situation oder wenn man sehr an dieser Position interessiert ist."

Das Argument, daß Wilna eine polnische Stadt sei, hatte für Biržiška nur zeitweilig Bedeutung. Er stritt nicht ab, daß Litauen mehr als das ethnographische Gebiet im Sinn habe. Aber die angestrebte Ostgrenze war laut seiner Aussage von den führenden politischen weißrussischen Gruppierungen anerkannt worden. Damit bezog er sich auf eine Vereinbarung, die die litauische Regierung 1918 mit der weißrussischen Rada von Wilna und der weißrussischen Uprava von Grodno getroffen hatte. Andererseits bestand seiner Meinung nach kein Anlaß dafür, daß sich Litauer und Weiß-

51 Im Juli 1919 plante die polnische Verwaltung, das PLKV überhaupt aufzulösen (LAB, F. 105-603, S. 2). Nahm man Litauer fest, beschuldigte man sie gewöhnlich bolschewistischer Agitation.

52 (Vedamasis), in: Nasz Kraj Nr. 56 vom 29. Juni 1919.

russen im Falle einer möglichen weißrussischen Unabhängigkeit nicht bilateral einigen könnten.

Vor allem aber wies Biržiška Anschuldigungen einer Relituanisierung von sich: „Die litauischen Politiker und besonders deren demokratische Vertreter sind nicht an einer künstlichen zwanghaften Lituanisierung weißrussifizierter Litauer interessiert, sondern an einer Verbindung der arbeitenden Bevölkerung ganz Litauens", schrieb er. „In der demokratischen Öffentlichkeit wird die Frage, ob Litauen ein National- oder Nationalitätenstaat sei, gar nicht auftreten. Das unabhängige Litauen wird demokratisch sein, vor allem für die arbeitende Bevölkerung wirken und Nationalitätenkämpfe werden in ihm nicht auftreten. Darum braucht niemand eine Sprach- oder Nationalitätenverfolgung zu fürchten."[53]

Es scheint, als wollte Biržiška mit seinen Ausführungen das Programm der polnischen Linken aufgreifen (oder neutralisieren). Gleichfalls hatte er sich aber, wie zufällig, von den im PLKV-Memorandum dargelegten Möglichkeiten entfernt. Es ist verständlich, daß das von Biržiška gezeichnete sozial orientierte Gesellschaftsmodell sich noch nicht einmal theoretisch an die bürgerliche Gesellschaft angleichen ließ. Die Einigung zwischen der litauischen und der polnischen Gesellschaft mißlang einerseits, weil die Litauer in ihrer Unreife Schutz forderten, und andererseits, weil die Polen, leider genauso unreif, nicht bereit waren, diesen Schutz zu gewährleisten. Immerhin hatte das PLKV eine paritätische Lebensweise für Wilna vorgeschlagen. Aber die polnische Seite war noch nicht einmal zu einer solchen Variante bereit und wählte die primitivere Alternative. Mitte Juni beschloß Piłsudski, eine Verschwörung der POW, der polnischen Militärorganisation, in Litauen zu organisieren.[54]

[53] Głos Litwy Nr. 39 vom 2. Juli 1919.
[54] Biržiška, Dėl (wie Anm. 2), S. 94.

Die polnische Minderheitenpolitik im Wilnagebiet (1916–1939)

von Andrzej Skrzypek

Im folgenden Beitrag soll versucht werden, die Politik der polnischen Regierungen gegenüber den Hauptminderheiten im Wilnagebiet aufzuzeigen.

Der Begriff Wilnagebiet („Wileńszczyzna") ist mit der Wojewodschaft Wilna gleichzusetzen. Nach der Volkszählung von 1931[1] umfaßte es ein Gebiet von 29000 km² (7,4% der Landesfläche), es unterteilte sich administrativ in acht Landkreise und die Stadt Wilna. Im Süden grenzte es an die Wojewodschaften Nowogródek und Białystok, im Westen an Litauen, im Norden an Lettland und im Osten an die UdSSR (Weißrussische SSR). Die Kriegsjahre 1915–1920 zerstörten das Land und entvölkerten Wilna, die Zahl der Einwohner fiel unter eine Million. Später wuchs die Bevölkerung wieder schnell an. 1931 betrug sie 1276000 (3,9% der Gesamtbevölkerung des polnischen Staates).

Bevölkerung der Wojewodschaft Wilna (in Tsd.) und ihre Sprache

	poln.	litau.	weißr.	ruthen.	ukr.	russ.	jüd.	dt.	and.
Insgesamt	761,7	65,3	289,7	1,2	0,4	43,3	108,9	1,3	4,2
Stadtbevölk.	164,5	1,6	7,8	0,1	0,2	9,7	75,6	0,6	1,2
Landbevölk.	597,2	63,7	281,9	1,1	0,2	33,6	33,3	0,7	3,0

Die Bevölkerung der Wojewodschaft Wilna und ihre Glaubensbekenntnisse (in Tsd.)

	röm.-kath.	griech.-kath.	griech.-orthod.	andere christ.	evang.	mos.	nicht christ.	unbest.
Insgesamt	797,5	1,0	324,7	34,7	3,5	110,8	2,8	1,0
Stadtbevölkerung	159,0	0,3	19,6	3,0	2,0	76,2	1,0	0,2
Landbevölkerung	638,5	0,7	305,1	31,7	1,5	34,6	1,8	0,8

[1] Mały rocznik statystyczny, 1939 (Kleines Jahrbuch der Statistik, 1939). Warszawa 1939. Bezüglich der folgenden Tabellen seien einige Begriffe erläutert: Jüdische Spra-

Wenn man annimmt, daß nicht alle, die Polnisch als Muttersprache angegeben haben und es tagtäglich sprachen, Polen waren, und wenn man weiterhin annimmt, daß die Weißrussen dem orthodoxen Glauben anhingen (obwohl dem Namen nach Weißrussen, gab es viele Katholiken unter ihnen), bekommen wir folgende Zahlen:[2]

	Polen	Weißrussen	Juden	Litauer	Russen
Insgesamt	734,8	317,3	110,8	65,3	42,1
Stadtbevölkerung	158,9	13,1	76,2	1,6	9,5
Landbevölkerung	575,9	304,2	34,6	63,7	31,7

Außer diesen zahlreichen Gruppen fanden sich im Wilnagebiet noch andere Minderheiten bzw. Migranten. Zu ihnen gehörten 1300 Deutsche, 2000 Tataren, 1200 Karelier sowie je 400 Letten und Ukrainer.

Die Glaubwürdigkeit dieser Statistik wird oft in Frage gestellt, allerdings sollte man berücksichtigen, daß sich ein Nationalbewußtsein unter den Einwohnern im Wilnagebiet noch nicht herausgebildet hatte. Auf die Frage nach der Volkszugehörigkeit bezeichneten sie sich als „Hiesige" („tutejszy").

Biographische Studien belegen zudem, daß sich nicht selten unter leiblichen Brüdern der eine als Pole, der andere als Litauer und der dritte als Weißrusse bezeichnete.[3] Außerdem muß man die Ungleichmäßigkeit in der Entwicklung der nationbildenden Prozesse berücksichtigen. Dies gilt vor allem für die Weißrussen, deren Nation erst im Entstehen begriffen war. Die grammatischen Regeln der Sprache standen noch nicht fest; vor allem stellte sich die Frage, in welchem Alphabet Texte gedruckt werden sollten: in Latein oder in Grashdanka. Dennoch dürfte die Volkszählung aus dem Jahre 1931 annähernd Aufschluß über die Verhältnisse im Wilna-

---

che meint Jiddisch und Hebräisch. „Andere christliche Bekenntnisse" bedeutet ostslawischer Ritus. „% der Ackerflächen" meint Prozent der gesamten Nutzfläche.

[2] Eigene Schätzung. Zusätzlich Polen nach Bekenntniszugehörigkeit:

insg.	kath.	griech.-kath.	evang.
734,8	732,2	0,6	1,8
158,9	157,4	0,1	1,4
575,9	574,8	0,5	0,4

[3] J. Turonek, Wacław Iwanowski. Warszawa 1993.

gebiet geben. Die Polen stellten nicht weniger als die Hälfte der Bevölkerung (bei einer optimistischeren Schätzung sogar 60%). Der Anteil der Weißrussen betrug ca. ein Viertel, der der Juden weniger als ein Zehntel (wobei sie zahlreicher als die Litauer waren), der der Russen ca 3%. Klassifiziert man die Bevölkerung nach ihrem Bekenntnis, ergeben sich folgende Zahlen: 62,5% katholischen, 28% orthodoxen und 9% jüdischen Glaubens. Zusammenfassend kann man feststellen, daß jeder zweite Einwohner im Wilnagebiet einer nationalen und jeder dritte einer religiösen Minderheit angehörte.

Wilna war die einzige Großstadt mit 200000 Einwohnern. Die übrigen 14 Städte der Wojewodschaft wurden von ca. 70000 Menschen bewohnt, auf dem Lande lebten dagegen 1013000 Menschen, also fast 80% der Gesamtbevölkerung. Einen großen Prozentsatz der Bevölkerung in Wilna (fast 28%) stellten die Juden dar, was jedoch für die größeren Städte in Polen typisch war. Die Litauer wohnten vor allem im Landkreis Svenčionis und im Süden des Landkreises Trakai. Auch im Norden der Wojewodschaft Białystok existierte eine litauische Minderheit. Allerdings stellte sich diese Minorität aus Sicht der Behörden nur als außenpolitisches Problem dar.

Die nationalen Konflikte und Streitigkeiten äußerten sich auf unterschiedliche Weise. Die meisten Emotionen weckten, verbunden mit den Besitzverhältnissen, soziale Probleme, denn das Wilnagebiet war ein rückständiges Agrarland.

Landwirtschaft im Wilnagebiet

Größe in ha	0–2	2–5	5–10	10–15	15–50	50–100	100–500	500–1000	> 1000
Anzahl in Tsd.	14	52	50	14	12	1,4			
Anzahl in %	9	36	34	10	8	1,0			
% des Ackers	0,8	8	16	14	11	5,6	12	4,4	23,3

Ca. 650000 Menschen (Familienangehörige mitgerechnet) lebten von der Arbeit im eigenen landwirtschaftlichen Betrieb, ungefähr 250000 Personen hingegen bearbeiteten das Land, ohne es jedoch zu besitzen, und weitere 200000 Menschen ernährten sich durch Arbeit in Handel oder Handwerk.

Im Wilnagebiet gab es nur wenige Sägewerke und Werkstätten zur Instandhaltung der Eisenbahnen, bedeutende Industriebetriebe fehlten.

In den Städten dominierten Kleinhandel und Handwerk; die Erträge reichten jedoch gerade zum Überleben. Das Interesse an Regierungs- oder Verwaltungsstellen, welche ein festes Einkommen sicherten, reizten nur jene, die diese Ämter nicht erreichen konnten. Die Landwirtschaft besaß einen extensiven Charakter, was wiederum Hunger nach Ackerland weckte und Haß gegen die Besitzer schürte.

Die anfängliche Politik Polens hinsichtlich des Wilnagebietes zielte darauf ab, es in den wieder entstehenden polnischen Staat einzugliedern. Es gibt genug Beispiele dafür, daß die Polen das Gebiet in ihrem Bewußtsein als Teil ihrer Heimat betrachteten; andererseits jedoch entstand in der polnischen Sprache am Anfang des 20. Jahrhunderts die Bezeichnung „kresy" (Randgebiet). Geographisch gesehen assoziierte man den Begriff mit denjenigen Gebieten, die Polen zwar 1772 an Rußland verloren hatte, die aber nicht zum polnischen Königreich gehörten und deshalb einer starken Depolonisierung unterlagen. Die Polen stellten in dieser Region eine spezifische soziale Schicht dar.

Die großen Ländereien wurden meistens von polnischen Pächtern und Unterpächtern bestellt. Diese pauperisierte Masse von Pächtern und Verwaltern bildete die Grundlage des Polentums unter der weißrussischen, litauischen und jüdischen Bevölkerung.[4] Da der Adel und die katholische Kirche zu Trägern eines polnischen Nationalgefühls gegen den russischen Druck wurden, geriet die Bewahrung des polnischen Besitzstandes und des katholischen Glaubens zu einem Dogma, das dem Patriotismus der Randgebiete eine konservative Färbung verlieh.[5]

Polen als Staat wurde im Zusammenhang mit den Ereignissen des Ersten Weltkrieges wiedergegründet, wobei die Proklamation der Kaiser von Deutschland und Österreich vom 5. November 1916 eine entscheidende Rolle spielte. Zu jener Zeit entstanden in der polnischen Gesellschaft zwei Konzepte der zukünftigen Unabhängigkeit. Ein solcher Ideendualismus war — unabhängig vom konkreten Anlaß seiner Entstehung — in bezug auf die Minderheiten immer vorhanden. Einer der Ansätze konzentrierte sich um die nationale Idee der Nationaldemokratischen Partei mit Roman Dmowski als ideologischem Führer. Er forderte einen starken Staat, der

[4] Um die Ausführungen zu verallgemeinern, wären die polnisch-ukrainischen Verhältnisse zu berücksichtigen, da sie aber im Wilnagebiet nicht auftreten, verzichte ich darauf.

[5] S. Kieniewicz, Wpływ zaboru rosyjskiego na świadomość społeczeństwa polskiego (Der Einfluß der russischen Besetzung während der Teilung auf das Bewußtsein der polnischen Gesellschaft), in: Dzieje Najnowsze (1977), H. 4, S. 112.

im Osten folgende Gouvernements umfassen sollte: Kaunas, Wilna, Grodno, einen Teil von Minsk und von Wolhynien. Seiner Meinung nach konnte das künftige Polen zwischen Deutschland und Rußland eine „Trennwand" bilden, nicht aber einen „Damm" (Bollwerk) gegen Rußland. Die polnische Nation sollte die Rolle des eigentlichen Souveräns spielen, andere Völker sich der Dominanz der Polen unterordnen. Man beabsichtigte, die slawischen Minderheiten zu polonisieren, wobei die Juden isoliert werden sollten.[6] Das Konzept bekam die Bezeichnung „Inkorporation", und seine Voraussetzungen bildeten die Grundlage des Programms des nationaldemokratischen Lagers in den folgenden Jahren.[7]

Die zweite der erwähnten Orientierungen entstand auf dem Boden der sozialdemokratischen Idee, genannt „Föderation", mit Józef Piłsudski als Führer. Ihre Anhänger behaupteten, die Vermischung der verschiedenen Nationalitäten verhindere eine klare Bestimmung der ethnographischen Grenzen in Osteuropa. Eine Lösung der Widersprüche sollte auf dem Wege der Selbstbestimmung der Bevölkerung in freiwilligen Föderationen der Nachbarnationen und -staaten gesucht werden.[8] Diese Idee, verbreitet durch demokratische Intellektuelle, griff das Lager der Legionäre und Polska Organizacja Wojskowa (POW) auf, die von einer Föderation der Nachfolgestaaten des zaristischen Rußland — Litauen, Ukraine, Weißrußland etc. — unter polnischer Vorherrschaft träumten.

Die Herren der Situation im Jahre 1918 jedoch waren die Deutschen. Sie schlossen im März in Brest-Litovsk am Bug einen Friedensvertrag mit Lenins Bolševiki, in dem Moskau unter anderem das Wilnagebiet verlor. Das Gebiet wurde der „Militärverwaltung Litauen" eingegliedert, das zur territorialen Grundlage für das nach Unabhängigkeit strebende Litauen wurde — besonders erfolgreich seit dem 16. Februar im festen Pakt mit Deutschland.[9]

---

6 R. Dmowski, Zagadnienia środkowo- i wschodnioeuropejskie (Probleme Mittel- und Osteuropas). Częstochowa 1937, S. 264-350 (Pisma. 6.); R. Wapiński, Endecja wobec kwestii ukraińskiej i białoruskiej (Nationaldemokratie im Blick auf die ukrainische und weißrussische Frage), in: Słowianie w dziejach Europy (Die Slawen in der Geschichte Europas). Poznań 1974, S. 303.

7 J. Pajewski, Odbudowa państwa polskiego 1914–1918 (Der Wiederaufbau des polnischen Staates 1914–1918). Warszawa 1978, S. 178.

8 J. Bardach, Inflanty, Litwa i Białorus w twórczości B. Limanowskiego (Livland, Litauen und Weißrußland in den Werken von B. Limanowski), in: Przegląd Historyczny (1974), H. 3, S. 488; H. Jabłońska, Polityka PPS w czasie wojny 1914–1918 (Die Politik der PPS in der Kriegszeit 1914–1918). Warszawa 1958, S. 329 ff.

9 P. Łossowski, Stosunki polsko-litewskie 1918–1920 (Die polnisch-litauischen Beziehungen 1918–1920). Warszawa 1966.

Es ist nicht unsere Aufgabe, die deutschen Bemühungen zur territorialen Neuordnung des Ostens Europas zu schildern. Nicht unberücksichtigt kann jedoch bleiben, daß die deutschen Behörden sowohl den Litauern als auch den Weißrussen eine Reihe von Versprechungen machten, um deren nationale Ambitionen zu befriedigen. In der Folgezeit wurden diese Versprechungen und die erwähnte straffe Verwaltung zum Angelpunkt der litauischen und weißrussischen Forderungen an die polnischen Behörden.[10]

Die Kapitulation Deutschlands 1918, die Annullierung der Vertragsbedingungen von Brest-Litovsk und der Rückzug der deutschen Truppen stellten noch einmal das Problem der Zugehörigkeit von Wilna in Frage. Die litauische Taryba unter Mykolas Šleževičius zog nach Kaunas um. Auch von den Polen wurde Wilna nicht verteidigt. Die russische Armee rückte am 5. Januar 1919 in Wilna ein und proklamierte eine litauische Sowjetrepublik. Die Regierungsgewalt in der Stadt übte der Rat der Deputierten der Werktätigen mit Unterstützung des revolutionären, proletarischen Judentums aus. Bald darauf wurde die litauische Sowjetrepublik mit der Weißrussischen Republik vereinigt.[11]

Die Politik der ersten Regierung im unabhängigen Polen wurde durch den erwähnten Dualismus charakterisiert. Der Sejm plädierte für die Rückforderung der Länder der ehemaligen Republik im Sinne der Inkorporation. Der Exekutiv- und Heerführer, Staatsoberhaupt Piłsudski, strebte ebenfalls nach dem Wiederaufbau des Staates in den ehemaligen Grenzen vor den polnischen Teilungen, wobei er jedoch auf das Föderationskonzept setzte. Diesen Plan realisierte er „manu militari", indem er am 19. April 1919 Wilna eroberte.

Dieser Erfolg und kurze Zeit später die Besetzung des ganzen Gebietes bedeuteten den Übergang von verbalen Absichtserklärungen zu realer Politik, wobei drei Faktoren eine Rolle spielten: der außenpolitische, der innere und der soziale. Die Meinungen der ortsansässigen Bevölkerung waren unterschiedlich. Die Polen freuten sich, als sie ihre Landsleute auf den Straßen sahen. Die Juden standen den polnischen Absichten eher skeptisch gegenüber. Sie merkten nämlich, daß die Unterzeichnung des im Versailler Vertrag verankerten Minderheitenschutzes durch die polnische

---

10 K. Srokowski, Sprawa narodowościowa na kresach wschodnich (Die Nationalitätenfrage in den östlichen Randgebieten). Kraków 1924, S. 7.

11 B. Waligóra, Walka o Wilno (Der Kampf um Wilna). Wilno 1938; A. Deruga, Polityka wschodnia Polski wobec ziem Litwy, Białorusi i Ukrainy w 1918–1919 (Die Polnische Ostpolitik gegenüber den Gebieten Litauens, Weißrußlands und der Ukraine in den Jahren 1918–1919). Warszawa 1969.

Regierung von den Polen als Niederlage betrachtet wurde. Die Juden dagegen sahen darin eine Hoffnung auf Autonomie im polnischen Staat.

Die Unzufriedenheit der Juden äußerte sich auch in ihrer Reaktion auf das Dekret des Oberbefehlshabers vom Februar 1919, das bei der Bestimmung der Kompetenzen der jüdischen Gemeinden als Glaubensinstitution die Orthodoxen bevorzugte. In Wilna hingegen dominierten die Anhänger der Nationalgemeinden, welche mit einer kulturellen und politischen Autonomie gerechnet hatten. Sie behaupteten, daß sie ihre Ziele leichter erreichen könnten, wenn Wilna der litauischen Gesetzgebung unterliege. In dieser Hinsicht einigte Juden und Litauer die Idee von „Großlitauen" mit der Hauptstadt Wilna. Die Anhänger der Bolševiki provozierten sogar lokale Unruhen in Wilna.[12]

Eine aktive polnische Politik begann Piłsudski am 22. April 1919 mit dem Aufruf „An die Bevölkerung von Litauen". Er versprach die Einführung einer territorialen Verwaltung und ermutigte zur föderativen Lösung.[13]

Die ersten Reaktionen der Minderheiten waren nicht sehr verheißungsvoll. Der weißrussische Rat in Wilna forderte die Befreiung der übrigen weißrussischen Gebiete und die Bildung eines weißrussischen Staates. Mit dieser Zielsetzung wurde der Weißrussische Zentralrat gegründet. Die Litauer ihrerseits riefen das Litauische Wilnakomitee ins Leben. Die Freiheiten, die die Minderheiten formell gewonnen hatten, waren bedeutend: sie organisierten sich, druckten Zeitungen und eröffneten Schulen.

Es wäre eine große Übertreibung, die Situation als idyllisch zu bezeichnen. Der Liberalismus der Behörden resultierte aus dem administrativen Chaos, den fehlenden Kompetenzen, der Nähe eines polnisch-sowjetischen Krieges und der Instabilität der polnischen Lage.

Im Namen Polens agierte ein spezifisches Organ: die Zivilverwaltung der Ostgebiete (Zarząd Cywilny Ziem Wschodnich), berufen vom Staatsoberhaupt und nicht aus dem Willen der Bewohner hervorgegangen. Diese Verwaltung zeigte sich eher fähig, den Besitzzuwachs der Minderheiten einzuschränken als eine gegenteilige Entwicklung einzuleiten. Das wiederum führte zu neuen Konflikten und Klagen.[14]

---

[12] E. Mendelsohn, Żydzi Europy Środkowo-Wschodniej w okresie międzywojennym (Die Juden Mittel-Osteuropas in der Zwischenkriegszeit). Warszawa 1992, S. 61, 69 u. 83.

[13] J. Piłsudski, Pisma zbiorowe (Gesammelte Werke). Bd. 5, Warszawa 1937, S. 75; J. Lewandowski, Federalizm (Föderalismus). Warszawa 1962.

[14] B. Makowski, Litwini w Polsce 1920–1939 (Die Litauer in Polen 1920–1939). Warszawa 1986, S. 89.

Die Föderationspläne vertraten ausschließlich die Piłsudski-Anhänger, die vor allem in Heereskreisen zu finden waren. Sie schürten auch im Sommer den mißlungenen Putsch in Kaunas. Das Bekanntwerden der Vorgänge machte letztlich jegliche Chancen zur Verständigung zwischen Kaunas und Warschau zunichte. Die „Pro Kaunas"-Option und die „Pro Polen"-Option unterschieden sich bei den litauischen Organisationen im Wilnagebiet deutlich.[15] Um den wachsenden Konflikt zu lokalisieren, schlug Marschall Foch im Namen des Obersten Rates eine Demarkationslinie parallel zur Eisenbahnlinie Grodno-Wilna-Dünaburg vor, wobei die Strecke selbst und die an ihr liegenden Orte auf der polnischen Seite bleiben sollten.

Im Frühjahr 1920 unternahm Polen einen selbständigen Versuch, den Osten Europas zu organisieren.[16] Der polnisch-sowjetische Krieg brachte für beide Seiten wechselnde Erfolge. Zuerst besetzten die Polen Kiev, aber schon drei Monate später stand die Rote Armee an der Weichsel. Im August wandte sich das Kriegsglück, und die Septemberschlacht an der Memel besiegelte den Sommerfeldzug. Scheinbar ging Polen als Sieger aus dem Konflikt hervor, aber von seinem ursprünglichen Ziel, die Verhältnisse im Osten nach eigenen Ideen zu gestalten — sei es durch Bildung einer Föderation oder sei es durch Schaffung einer exklusiven Einflußzone —, blieb es genau so weit entfernt wie vor dem Kiever Feldzug. Die am 11. September in Warschau erarbeitete Anweisung für die Friedensdelegation legte fest, daß Wilna an Polen fallen sollte. Der nördliche Teil der Grenze verlief entlang der deutschen Schützengräben aus den Jahren 1915/1917, d.h. an einer Linie von Dünaburg bis Baranowicze.[17]

Die erwähnte Vorstellung von der Ostgrenze, die wohlgemerkt von den Bolševiki akzeptiert wurde, spiegelte die Meinung der Heeresfachleute wider. Sie stimmte mit den Inkorporationsforderungen von Dmowski überein. Auf diese Weise steckte man die Ostgrenze Polens ab, die gleichzeitig die Ostgrenze des Wilnagebietes darstellte. In der Region selbst spielte sich die Dramatik der Ereignisse auf andere Weise ab. Während des

---

15 Ebenda, S. 36 f.

16 T. Jędruszczak, Powstanie II Rzeczypospolitej — problem granic (Die Entstehung der Zweiten Republik — das Grenzproblem), in: Z Perspektywy 60 lat (Aus der Perspektive 60 Jahre später). Warszawa 1982, S. 26; P. Łossowski, Stosunki Polski z sąsiadami (Polens Beziehungen zu den Nachbarn), in: Ebenda, S. 303; M. Kukiel, Dzieje Polski porozbiorowej (Geschichte Polens nach den Teilungen). Londyn 1961, S. 573.

17 Instrukcja ROP z 11 IX 1920 (Die Instruktion des Staatsschutzrates vom 11.9.1920), in: Dokumenty i materały do historii stosunków polsko-radzieckich (Dokumente und Materialien zur Geschichte der polnisch-sowjetischen Beziehungen). T. 3, Warszawa 1964, S. 419-422.

triumphalen Feldzuges der Roten Armee nach Westen schloß Rußland mit Litauen am 12. Juli 1920 einen Friedensvertrag, der dessen territoriale Bestrebungen zufriedenstellte und ihm die Landstriche um Grodno, Wilna und Lida zuerkannte. Die Gebiete wurden an die Litauer erst nach der Niederlage bei Warschau Ende August übergeben. Da die Kämpfe zwischen Polen und Sowjets sich auch im Wilnagebiet abspielten, geriet Polen mit den Litauern in einen Krieg, den es gerade vermeiden wollte. Um das Problem der Zugehörigkeit des Wilnagebietes zu lösen, organisierte Piłsudski einen Putsch, dessen Hintergrund damals geheim blieb. Aus der polnischen Armee sonderte man eine litauisch-weißrussische Division aus, in der angeblich nur Litauer und Weißrussen dienten. Diese Einheit, befehligt von General Żeligowski, wiegelte demonstrativ die Bevölkerung auf und „befreite" am 9. Oktober Wilna. Nach einer Woche Kampf stabilisierte sich die Front auf der „Foch-Linie". Auf dem Gebiet östlich dieser Linie, im Osten und Süden beschränkt durch die Grenze, die die Bolševiki Litauen zugestanden hatten, proklamierte Żeligowski einen Staat mit der Bezeichnung Mittellitauen (Litwa Środkowa). Er umfaßte die Landkreise Wilna, Trakai, Oszmiany, Święciany und einen Teil von Postawy: insgesamt 15 000 km² mit 400 000 Einwohnern. Żeligowski behielt die oberste Gewalt in seiner Hand. Seine Dekrete vom 12. Oktober bestimmten die politische Ordnung in Mittellitauen. Am 21. November wurde der Waffenstillstand zwischen Litauen und Mittellitauen unterzeichnet, dem eine Woche später ein Waffenstillstandsprotokoll folgte.

Der polnisch-litauische Streit wurde chronisch, man versuchte ihn aber nicht mehr mit Waffengewalt auszutragen.[18] Der polnisch-litauische Waffenstillstand fiel mit dem Beginn der polnisch-sowjetischen Friedensverhandlungen in Riga zusammen, die am 18. März 1921 mit einem „ewigen" Frieden ihren Abschluß fanden. Das wiedergeborene Polen mit 30 Millionen Einwohnern wurde zu einem großen Staat im Nordosten Europas.[19]

Die in Riga vereinbarte Grenzziehung halbierte Weißrußland und band seinen östlichen Teil an Rußland und den westlichen an Polen. Der Vertrag bestimmte außerdem den nationalen Charakter des polnischen Staates.

---

[18] P. Łossowski, Po tej i tamtej stronie Niemna (Diesseits und jenseits des Niemen). Warszawa 1985, S. 183 u. 190.

[19] M. Bobrzynski, Dzieje Polski w zarysie (Geschichte Polens im Abriß). T. 3, Warszawa 1931, S. 408; A. Skrzypek, Rewolucja Pázdziernikowa a niepodległość Polski (Die Oktoberrevolution und die Unabhängigkeit Polens), in: Kwartalnik Historiczny (1978), Nr. 4, S. 838.

Die Föderalisten verschoben die Parole eines unabhängigen Weißrußland auf spätere Zeiten[20] und forderten eine Lösung nach autonomem Muster.

Die Piłsudski-Anhänger sicherten der Minderheit ihre staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu, die verbal durch die internationalen Verpflichtungen in Paris und Riga bestätigt wurde. In der Verfassung vom 19. März 1921 wurde den Minderheiten der Artikel 109 gewidmet, der der nichtpolnischen Bevölkerung das Recht zur selbständigen Entwicklung „mit Hilfe der autonomen Minderheitenvereine mit öffentlich-rechtlichem Charakter innerhalb der allgemeinen Verwaltungspraxis" sicherte. Somit entstand ein Programm der staatlichen Assimilation, das von Natur aus einer liberalen Doktrin entsprach.

Die Zukunft war nun mit dem Geschehen in jenem Staatsgebilde, das Mittellitauen genannt wurde, verbunden. Die Machtbefugnisse in Händen von General Żeligowski und der Tymczasowa Komisja Rządząca (TKL; der Interimsregierungskommission) ließen viele Möglichkeiten zu. Das war aber nicht als ein Ergebnis des Liberalismus der Regierung zu verstehen, sondern vielmehr als Folge des allgemeinen Chaos, von Drohungen und der Furcht vor einer populistischen Lösung. Die Behörden stimmten eilig der Reaktivierung von Vertretungen der Litauer und Weißrussen zu. Ihnen wurden viele Zugeständnisse hinsichtlich des Schutzes der Minderheiten, der Verteidigung ihrer bürgerlichen und nationalen Rechte, der Schulkuratorien und anderer Einrichtungen gemacht. Jeder Minderheit gestattete man, in Wilna ein Privatgymnasium zu eröffnen. In der Umgebung gab es mehrere Schulen mit der jeweiligen Muttersprache als Unterrichtssprache. Mehrere litauische und weißrussische Vereine wurden wiedergegründet. Neben diesen beiden Minderheiten erhielten auch die Juden die Möglichkeit, mehrere Zeitungen herauszugeben, um den Bedürfnissen der Leser nachzukommen. Dennoch war das Verhalten der Behörden nicht rundweg großzügig, denn oft wurden Publikationen als unerwünscht eingestuft oder konfisziert bzw. aufgehoben. Gleichzeitig stellte es kein Problem dar, die Zeitschriften nach einer minimalen personellen Veränderung in der Redaktion umgehend neu zu gründen. Im allgemeinen kann festgehalten werden, daß sich die Behörden nach einer national-kulturellen Autonomie richteten, in der Hoffnung, auf diese Art und Weise die Minderheiten zu gewinnen. Man beabsichtigte, die Aktivitäten der weißrussischen Intelligenz auf bildungspolitischem Gebiet aufzufangen und durch ihre Anstellung in öffentlichen Ämtern vom Staat finanziell abhängig zu machen.

---

[20] S. Mikulicz, Prometeizm w polityce II Rzeczypospolitej (Promethidentum in der Politik der Zweiten Republik). Warszawa 1971.

Die weißrussische Sprache sollte Amtssprache werden. Als beste Form der staatlichen Schule wurde die zweisprachige vorgeschlagen.[21] Der Weißrusse Bronisław Taraszkiewicz wurde ein Mitarbeiter im Bildungsministerium der TKL. In der historischen Literatur wirft man der Regierung von Mittellitauen in ihrer Minderheitenpolitik einen Mangel an Konsequenz vor, der sich aus der Personifizierung vieler Entscheidungen und dem Fehlen an menschlichen und materiellen Ressourcen ergab. Die Unmöglichkeit, Litauen (Kaunas) für die Föderation mit Polen zu gewinnen, der Mißerfolg der Kantonisation ganz Litauens, die vom Vertreter des Völkerbundes Paul Hymans vorgeschlagen worden war, sowie die Ablehnung einer Lösung durch ein Plebiszit entschieden über das Schicksal von Mittellitauen. General Żeligowski ordnete Wahlen zu einem Ortsparlament an. Die nationalen Minderheiten beschlossen, den Urnengang zu boykottieren. Man kann dieses Vorgehen nicht als weitsichtigen Schritt bezeichnen, denn nach offiziellen Angaben erreichte die Wahlbeteiligung am 8. Januar 1922 64%. Das Ergebnis bestätigte eher die polnische These von den nationalen Verhältnissen, als daß es sie widerlegte.

Auf polnischer Seite waren folgende Gruppierungen von Bedeutung:

1. die Konservativen und Gutsbesitzer (ihre Ansichten vertrat die Zeitung „Słowo").
2. die nationale Option („Dziennik Wileński")
3. die Liberalen und Piłsudski-Anhänger („Kurier Wileński")
4. die „Landesoption"[22] („Przegląd Wileński").

Die Mehrheit erhielten die Anhänger der Inkorporation, d.h. die beiden zuerst Erwähnten. Daher legte der Wilnaer Sejm auf seiner ersten und einzigen Sitzung in einem Beschluß fest, das Wilnagebiet Polen einzuverleiben. Die Anhänger der autonomen Lösung hatten verloren.[23] Nach einigen Verfahrensverzögerungen, die durch das Veto von Piłsudski zustande kamen, akzeptierte der Sejm der Republik Polen die Entscheidung der Kammer von Wilna. Mittellitauen wurde von Polen vereinnahmt.

Die Bildung der Wojewodschaft Wilna, die ein Gebiet doppelt so groß wie Mittellitauen umfaßte, eröffnete einen neuen Abschnitt in der Geschichte des Gebietes. Wilna wurde zu einem politischen, kulturellen und

---

[21] Memoriał Referatu Narodowościowego „Polska a sprawa białoruska" (Memorandum des Nationalitätenreferates „Polen und die weißrussische Sache"). Archiwum Polskiej Akademii Nauk (Archiv der Polnischen Akademie der Wissenschaften) (APAN), Materiały Ludwika Eckerta (Materialien Ludwig Eckert), III-180/71.

[22] Diesen Begriff sollte man erklären als Vertretung der Hiesigen, Ortsansässigen und Autonomen.

[23] S. Bukowiecki, Polityka Polski Niepodległej (Politik des unabhängigen Polen). Warszawa 1922; T. Hołówko, Kwestia narodowościowa w Polsce (Die Nationalitätenfrage in Polen). Warszawa 1922.

religiösen Zentrum für einen Landstrich größer als die Wojewodschaft, der im Süden durch den Prypjet und im Westen durch die Biber begrenzt wurde. Für Weißrussen, Juden und Litauer, die sich auf diese Weise innerhalb des Staatsgebietes Polens wiederfanden, ergab sich das Dilemma, Mitglieder einer neuen Gesellschaft zu sein. Die Bemühungen um Revision, auf die die Litauer ostentativ zielten, da sie sich mit dem Verlust von Wilna nicht einverstanden erklären wollten, stießen auf Gegenmaßnahmen der polnischen Regierung. Ähnlich verfolgt wurden die Weißrussen, die als Zentrum der Wiedervereinigung Minsk ansahen.

Bei Betrachtung der Minderheitenpolitik sollte bedacht werden, daß der polnische Staat in vielen Bereichen, z.B. rechtlichen, infrastrukturellen, wirtschaftlichen, schulischen, usw. ein Konglomerat aus Regionen darstellte. Der Starost konnte also relativ weitläufig Recht interpretieren. Die Regierungsbehörden huldigten einer liberalen Doktrin in anachronistischer Gestalt, d.h. die Sorge um das Schulwesen, das Gesundheitswesen und die soziale Fürsorge überließ man den Betroffenen. Auf diese Weise wuchs die Bedeutung aller Selbstverwaltungsorganisationen, Vereine und Religionsgemeinschaften. Deren Entwicklung wurde einerseits durch die materielle Armut der durch den Krieg ruinierten Gemeinden, andererseits durch den gebieterischen Eifer der Verwaltung, die leider nur über geringe Qualifikation verfügte, behindert. Ein fundamentales Problem für Polen stellte die Durchführung einer Agrarreform dar, die eine gesunde Struktur in der Landwirtschaft sichern sollte. Nach damaliger Meinung identifizierte man die Reform hauptsächlich mit einer Parzellierung der großen Gutshöfe. Wäre es im Wilnagebiet dazu gekommen, dann hätte sich die Minderheitenproblematik geändert. Umgekehrt führte das Blockieren der Reform zu einem winterschlafartigen Bewahren des erwähnten polnischen Besitzes und Kulturgutes. Die Armut der Dorfbevölkerung begrenzte wiederum die Möglichkeiten, die Bedürfnisse nach Schulen und Kultur erfüllen zu können.

Ein anderer Antagonismus offenbarte sich bei der Stellenbesetzung in Verwaltung und Regierungsämtern. Die Arbeit bei Post, Eisenbahn oder dem Forstdienst stellte in einer Zeit ein Privileg dar, in der ein festes Einkommen mit dem Recht auf Rente nur schwer zu erlangen war. Gegen die Beschäftigung von Nicht-Polen auf diesen Stellen wandten sich die Anhänger der nationalen Assimilation aus dem Lager der Nationalen Demokraten.[24]

---

[24] A. Chojnowski, Koncepcje polityki narodowościowej rządów polskich w latach 1921–1939 (Konzeptionen der Nationalitätenpolitik der polnischen Regierungen in den Jahren 1921–1939). Wrocław 1978, S. 24.

Große Hoffnungen auf eine Polonisierung verband die Regierung mit der Ansiedlung von Militärangehörigen. Nach dem Gesetz vom 19. Dezember 1920 sollten die Veteranen aus dem Krieg gegen die Bolševiki staatliches oder aufgegebenes Land nebst Krediten für die Bewirtschaftung erhalten. Die Siedler galten als Fels des Polentums, was im Klartext bedeutete, daß man ihnen staatliche und kleinere Verwaltungsstellen sowie die Zusammenarbeit mit der Polizei anvertraute. Dieser Sachverhalt wurde zu einer Quelle der Zwietracht in den Konflikten mit der alteingesessenen Bevölkerung.[25]

Zu einem folgenschweren Ereignis wurden die Wahlen zum Sejm im Jahre 1922. Die nationalen Minderheiten im Wilnagebiet verzichteten auf einen nochmaligen Boykott und beschlossen, ihre konstitutionellen Rechte in Anspruch zu nehmen, indem sie sich für das Programm der staatlichen Assimilation aussprachen. Im Gegenzug fanden die Kandidaten der Minderheiten in die Regierungsliste Aufnahme, wie z.B. Bronisław Taraszkiewicz. Das Wahlkomitee der Weißrussen operierte mit drei Schlagworten:

1. Land für die Bauern ohne Ablösung,
2. Schulunterricht in der Muttersprache,
3. territoriale Autonomie.

Diese Prioritäten kennzeichneten sehr deutlich die Größe der Erwartungen.[26] Man erreichte Mandate: die Abgeordneten der nationalen Minderheiten verfügten über 89 von 444 Sitzen im Wilnaer Sejm. Hatte Polen die Wahlen in den Randgebieten verloren? Diese Frage muß man verneinen: die Zusammensetzung des Parlaments spiegelte die nationalen Verhältnisse im Lande wider.

Im Sejm hatte das Bündnis der Linken und der nationalen Minderheiten keinen Erfolg. Die Einigung der Großgrundbesitzer, der National-Demokratischen Partei und der Polskie Stronnictwo Ludowe Piast (PSL; der Bauernpartei) vom Mai 1923 ebnete den Weg für eine Zentrum-Rechts-Regierung. Es eröffneten sich schlechte Aussichten für die Minderheiten. Die politische Einigung verzögerte die landwirtschaftliche Reform und förderte die Beschneidung der Rechte von nationalen Minderheiten auf dem Gebiet von Kultur und Wirtschaft sowie die Ausweitung der Rechte der katholischen Kirche auf Kosten anderer Bekenntnisse. Die Anhänger der Zentrum-Rechtspartei wollten sich einen nationalen

---

[25] W. Pobóg-Malinowski, Najnowsza historia polityczna Polski (Die neueste politische Geschichte Polens). Bd. 2/1, Paryż 1956, S. 441.

[26] A. Bregman, Rzecz o Bronisławie Taraszkiewiczu (Die Angelegenheit Bronisław Taraszkiewicz). Warszawa 1977, S. 81.

Anstrich geben, indem sie an dem Prinzip festhielten, daß Polnisch die ausschließliche Amtssprache und in der staatlichen Schule die einzige Unterrichtssprache sein sollte. Die Minderheiten durften ihre eigenen Schulen und wirtschaftlich-kulturellen Institutionen behalten. Für deren Unterhalt mußten sie jedoch alleine aufkommen. Auch die nationale Assimilation der Weißrussen sollte verstärkt werden.[27]

Viele Angaben deuteten darauf hin, daß in diesen Absichten mehr Wollen als Realismus steckte. Man schikanierte Menschen, die der staatlichen Assimilationspolitik zugeneigt waren, wie z.B. Taraszkiewicz, und unterstützte damit die Gegner. Die weißrussische Bewegung radikalisierte sich und verwarf den Gedanken einer nationalen Autonomie zugunsten revolutionärer Bestrebungen. Diesen Stimmungsumschwung versuchten die Kommunisten mit Erfolg auszunutzen und gründeten die Kommunistische Partei Weißrußlands mit Zentrum in Wilna.[28]

Die sowjetische Politik erschien den Weißrussen attraktiv, weil sie mit dem Trugbild einer Autonomie im Sowjetstaat operierte. Für diese Richtung setzte sich auch die Intelligenz ein, die von den polnischen Machthabern sich selbst überlassen worden war. Der von der Agrarreform beeindruckte Bauer setzte die Bestrebungen der sowjetischen Politik mit der Enteignung der Großgrundbesitzer gleich und neigte zum bewaffneten Kampf gegen die Verwaltung in den Randgebieten, Großgrundbesitzer und Siedler unter der Parole einer Angliederung an die Weißrussische SSR.[29]

In dieser Atmosphäre nahm der aus Minsk und Kaunas unterstützte Partisanenkampf zu. Sein Höhepunkt fiel auf den Sommer 1924. Die Militärbehörden verlangten die Übernahme der ganzen Macht von der unfähigen Verwaltung.[30] Zum designierten Wojewoden von Wilna wurde General Władysław Raczkiewicz bestimmt, der die Verfügungsgewalt über das Heer erhielt. Der Grenzschutz übernahm vom Heer eine parapolizeiliche Formation, Korpus Ochrony Pogranicza (KOP; Grenzschutzkorps). Ein Militäreinsatz unterdrückte den Aufruhr. Mitte des Jahres 1925 gab der

---

27 S. Grabski, Z codziennych walk i rozważań (Aus den alltäglichen Kämpfen und Überlegungen). Poznań 1923, S. 45.

28 A. Bregman, Sprawy białoruskie w II Rzeczypospolitej (Die weißrussischen Fragen in der Zweiten Republik). Warszawa 1984, S. 106.

29 Srokowski, Sprawa (wie Anm. 10), S. 24.

30 Sytuacja na Kresach i konieczność sanacji polityki narodowościowej. Referat II Oddziału Sztabu Generalnego z 24 III 1924 (Die Situation in den Randgebieten und die Notwendigkeit der Sanierung der Nationalitäten. Referat der zweiten Abteilung des Generalstabes vom 24.3.1924). Centralne Archiwum Ministerstwa Spraw Wewnętrznych (Zentrales Archiv des Innenministeriums) (CA MSW), B II-1/2.

Vorstand der Kommunistischen Partei Westweißrußlands, der Komunistyczna Partia Zachodniej Białorusi (KPZB), die Hoffnung auf einen Aufstand auf: die Partisanentruppen wurden aufgelöst.

Die Litauer paßten sich erfolgreicher an, indem sie die allgemeine Zustimmung der Regierung für die Hebung der Bildung und die Unterstützung der Wirtschaft ausnutzten, sofern dies den Haushalt nicht belastete. Hierbei half die von Kaunas an das Litauische Interimskomitee (TKL) fließende Finanzhilfe.

Im September 1922 entstand auf Veranlassung des Komitees der Bildungsverein „Rytas", um das litauische Schulwesen zu organisieren. Es gab damals etwa 60 litauische Schulen im Wilnagebiet. Der litauische katholische Verein der Enthaltsamkeit wurde wiedergegründet, der unter anderem Lesesäle unterhielt.[31]

Die erste Regierung der Republik Polen, die sich effektiv mit dem Problem der Minderheiten beschäftigte, war das im Dezember 1923 gebildete Kabinett von Władysław Grabski. Die Taktik eingeschränkter Kompromisse ordnete der Ministerpräsident der Integrität des Staates unter. Als erstes regelte man die Sprachenfrage und die Organisation des Schulwesens in den Ostgebieten. Die entsprechenden Gesetze beschloß der Sejm am 31. Juli 1924. Die von Grabski vorgeschlagenen Lösungen stimmten mit den internationalen Verpflichtungen Polens überein und entsprachen einer pragmatischen Konzeption, aber die Chance einer allgemeinen Eintracht wurde nicht völlig ausgenutzt, da die Anhänger der polnischen Rechtsparteien eine solche Lösung als zu weitgehend ablehnten. Die Minderheiten ihrerseits beurteilten die erhaltenen Zugeständnisse als zu gering. Die Schulen sollten jetzt aus dem Staatsbudget finanziert werden, und die Eltern bestimmten, welche Schule ihr Kind zu besuchen habe. Grabski verringerte die Zahl der Schulen, sorgte aber zugleich dafür, daß sie mehrere Klassen und einen besseren pädagogischen Lehrkörper erhielten.[32] Außerdem bevorzugte er zweisprachige Schulen, wobei die Zahl der Unterrichtsstunden in Polnisch nur geringfügig höher war als die der Sprache der jeweiligen Minderheit.

Die Reformen von Grabski wurden von den Litauern unterstützt, die, was Lehrkräfte und Organisation betraf, auf einen solchen Schritt gut vorbereitet waren. Der Wojewode Malinowski schätzte ihre Loyalität und unterstützte sie bei der Reform des Schulwesens. Das Privatgymnasium

---

31 Makowski, Litwini (wie Anm. 14), S. 54 ff., 125, 137 u. 237.

32 S. Mauersberg, Szkolnictwo powszechne dla mniejszości narodowych w Polsce w latach 1918–1939 (Volksschulwesen für die nationalen Minderheiten in Polen 1918–1939). Wrocław 1968, S. 107 u. 115.

„Vytautas der Große" erhielt den Status einer staatlichen Schule. Im Mai 1925 wurde der Verein der Litauischen Lehrer registriert und im Oktober die Litauische Gesellschaft Heiliger Kasimir, die die Verbreitung von Bildung und Kultur unter den Jugendlichen zur Aufgabe hatte. Die Gesellschaft war im folgenden Jahrzehnt besonders auf dem Lande aktiv, um dort das litauische Volkstum zu festigen. Im Oktober 1925 kam „Vilniaus Aidas" heraus, eine Zeitung, die unter den litauischen Blättern mit 5 000 Exemplaren die höchste Auflage hatte.[33]

In der Fachliteratur findet man nur wenige Informationen über das Verhältnis der Regierung zur jüdischen Minderheit. Wie es scheint, hielt sich die Regierung zurück bzw. distanzierte sich von den Assimilationsparolen, die besonders laut unter den Angehörigen der PPS (Polska Partia Socjalistyczna; Polnische Sozialistische Partei) zu hören waren. Die Juden von Wilna waren untereinander mit dem Streit zwischen den Anhängern des Bundes (Ogólny Żydowski Związek Robotniczy w Polsce i Rosji; Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund in Polen und Rußland), den Anhängern der Volkspartei (Żydowska Partia Ludowa; Jüdische Volkspartei in Polen) und den Zionisten beschäftigt. Aufgrund der Emigration erfreuten sich letztere der Protektion seitens der Regierung. Doch auch die Bemühungen ihrer Rivalen waren nicht erfolglos. Im Jahre 1925 entstand in Wilna das Jüdische Wissenschaftliche Institut (YIWO).[34] Die Regierung beschloß, die staatlichen Abiturzeugnisse des jüdischen Lehrerinstituts anzuerkennen.

Im Gegensatz zur staatlichen Assimilation im Bereich des Schulwesens herrschte auf dem Gebiet der lokalen Stellenbesetzung Kampf. Die Ortsverwaltung und die staatlichen Ämter stellten niemanden ein, der sich offen zu einer nationalen Minderheit bekannte. Das Innenministerium (Ministerstwo Spraw Wewnętrznych) empfahl den Wojewoden, in der örtlichen Verwaltung „Kolonisten" einzustellen. Wenn die Besetzung der Gemeindeverwaltung die nationalen Proportionen widerspiegelte, dann dominierten die Polen auf der Landkreisebene.[35]

Große Probleme bereitete den Behörden die Kirche. Die Regierung der Republik Polen strebte die Unabhängigkeit der orthodoxen Kirche in Polen von der Obrigkeit des allrussischen Patriarchen an. Für diese Politik

---

[33] Makowski, Litwini (wie Anm. 14), S. 54 ff., 125, 137 u. 237.

[34] Mendelsohn, Żydzi (wie Anm. 12), S. 98.

[35] In den Gemeinden fielen auf 1 175 Abgeordnete 64,4% Polen, 28,6% Weißrussen, 5,6% Litauer und 1,5% andere. In den Landkreisparlamenten waren von 229 Mitgliedern 184 Polen, 37 Weißrussen und nur fünf Litauer. Makowski, Litwini (wie Anm. 14), S. 57.

gewann man einen Teil des Episkopats, obwohl seine Vertreter russischer Nationalität waren. Im September 1921 wurde der Erzbischof Jerzy Jaroszewski zum Exarchen gewählt, und im Juni 1922 erklärte die Bischofssynode die Autokephalie der orthodoxen Kirche in Polen. Die Bischöfe der nordöstlichen Gebiete, darunter der Bischof von Wilna und der litauische Bischof Eleuterios, widersprachen der Entscheidung.[36]

Der Bischof von Wilna initiierte sogar einen Protest gegen die Abtrennung der orthodoxen Kirche in Polen von der russischen Mutterkirche. Unter dem Druck der Verwaltungsbehörden wurde ihm am 6. September 1922 die Leitung der Diözese Wilna entzogen. Bischof Eleuterios wurde zuerst interniert; später erlaubte man ihm dann aufgrund der Proteste der orthodoxen Bevölkerung Wilnas, Polen zu verlassen.[37]

In der Wojewodschaft Wilna, in der die Orthodoxie für Weißrussen gewissermaßen als Nationalkirche galt, gab es 1924 91 Gemeinden und 22 Filialgemeinden, die ca. 270000 Gläubige betreuten. Wider Erwarten bereitete auch die Hierarchie der katholischen Kirche Schwierigkeiten. Nach 1918 wurde ein Litauer Ordinarius von Wilna. Die Polen meinten anfänglich, er unterstütze die Idee der Union oder der Föderation. Die Anhänger der nationalen Assimilation zählten bei der Polonisierung der Weißrussen auch auf die Kirche. Als sie enttäuscht wurden, begann man plötzlich, sie zu bekämpfen. Ergebnisse blieben jedoch bis zum Abschluß eines Konkordats im Herbst 1925 aus. Der Vertrag bestätigte die neue Kircheneinteilung Polens. Wilna stieg zum Erzbistum auf, und der demissionierte Matulewicz wurde durch Romuald Jałbrzykowski ersetzt, der nun seinerseits von den Litauern negativ beurteilt wurde.[38] Jałbrzykowski genoß dagegen das Vertrauen der staatlichen Behörden, denn gegenüber dem griechisch-orthodoxen ostslawischen Ritus war er gemäßigter als die anderen. Nach Auffassung der Kurie in Rom sollte die Aktion die Orthodoxen in den Schoß der katholischen Kirche zurückbringen. Nach Meinung der Warschauer Behörden schürte sie Konflikte in den nationalen Beziehungen und schadete damit sowohl der Polonisierung der Weißrussen als auch deren Konvertieren zum Katholizismus.

---

[36] J.S. Langrod, O autokefalii prawosławnej w Polsce (Über die orthodoxe Autokephalie in Polen). Warszawa 1931; M. Papierzyńska-Turek, Między tradycją a rzeczywistością (Zwischen Tradition und Wirklichkeit). Warszawa 1989, S. 108 ff.; W. Lubicz, Z zagadnień narodowościowych i ustrojowych w Cerkwi prawosławnej w Polsce (Über die Probleme der Nationalitäten und Gesellschaftsordnungen in der orthodoxen Kirche in Polen), in: Sprawy Narodowościowe (1928), Nr. 2, S. 181-187.

[37] Papierzyńska-Turek, Między tradycją (wie Anm. 36), S. 115.

[38] J. Wisłocki, Konkordat polski z 1925 r. (Das polnische Konkordat des Jahres 1925). Poznań 1977, S. 123.

Die Machtübernahme durch Józef Piłsudski nach dem Putsch im Mai 1926 begrüßten die Minderheiten mit Hoffnung. Optimismus verbreitete der neue Premier K. Bartel. Er versprach die loyale Einhaltung der Verfassung und der Verpflichtungen aus den internationalen Verträgen sowie die Aufhebung jeglicher rechtlicher Beschränkungen hinsichtlich Nationalität und Religion.[39] Piłsudski erkannte die Notwendigkeit für ein Regierungsprogramm zur Minderheitenfrage. Mit dieser Aufgabe beauftragte er zwei Minister: Kazimierz Młodzianowski (Inneres) und Antoni Sujkowski (Ministerium für Glaubensfragen und öffentliche Bildung).

Am 18. August 1926 stellte Młodzianowski dem Ministerrat einen Entwurf vor. Der allgemeine Teil, den man aus der Perspektive des Wilnagebietes als an die Weißrussen adressiert ansah, deutete darauf hin, daß das Ziel der Politik die staatliche Assimilation sein sollte. Dagegen sah das Konzept vor, die kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Minderheiten auf Ebene der Selbstverwaltung durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu befriedigen.[40] Auch wurde die Durchführung einer Agrarreform vorgesehen.

Als diese Pläne, die dem paradoxen Bündnis der Rechten und der Minderheiten zu verdanken waren, dem Sejm vorgestellt wurden, entließ das Parlament ihre geistigen Urheber.[41] Piłsudski, der das Problem der Polonisierung der litauischen Minderheit bagatellisierte, erklärte weitere Konzessionen zu politischen Tauschobjekten gegenüber Kaunas.

Von nun an entschieden über die Politik gegenüber der litauischen Minderheit nicht ihre Forderungen oder Bedürfnisse oder gar ihre Einstellung zum polnischen Staat, sondern die Interessen der polnischen Außenpolitik gegenüber Litauen. Anfänglich hatten die Litauer in Wilna Nutzen davon: Sowohl das Vytautas-Gymnasium als auch das Lehrerseminar in Wilna erhielten öffentlich-rechtlichen Status. Außerdem bekam die Litauische Gesellschaft der Wohltätigkeit ein neues Statut, das ihren Wirkungsbereich vergrößerte.[42]

Die Unruhen nach dem Mai-Putsch nutzten auch die Weißrussen aus. Sie ließen in Wilna im Mai 1926 den Weißrussischen Bauern-Arbeiter-Verein „Hromada" registrieren. Die Organisation ging aus dem Zusammenschluß einiger linksgerichteter Abgeordneter hervor, die sich vom Weißrussischen Club innerhalb des Sejms abgesondert hatten, darunter auch

---

39 K. Bartel, Mowy parlamentarne (Parlamentsreden). Warszawa 1928, S. 22.

40 Protokół posiedzenia Rady Ministrów RP 18.VIII.1926 (Sitzungsprotokoll des Ministerrates der Republik Polen 18.8.1926), in: Dzieje Najnowsze (1972), H. 3, S. 148-160.

41 Chojnowski, Koncepcje (wie Anm. 24), S. 130.

42 Makowski, Litwini (wie Anm. 14), S. 48 f. u. 114.

Taraszkiewicz. „Hromada" entwickelte sich stürmisch und zählte in wenigen Monaten 100 000 Mitglieder. Der Vorstand befand sich in Wilna. Die Organisation war plebejisch mit einem demokratischen Programm und forderte die Vereinigung der weißrussischen Gebiete. Innerhalb des Vereins existierten verschiedene Richtungen, darunter auch eine, die für eine Aussöhnung mit der Regierung eintrat. Andererseits wurde die Organisation stark von den Kommunisten unterwandert.[43]

Das Phänomen der „Hromada" entstand als Konsequenz sozialer Mißstände — besonders in der Landwirtschaft und innerhalb der Bildungsschicht. Diese wurde sich selbst überlassen und glaubte nicht mehr an die ehrlichen Absichten der polnischen Demokratie. Nachdem Młodzianowski und Sujkowski geopfert worden waren, die an die Forderungen der landwirtschaftlichen Reform erinnert hatten, beschritt Piłsudski den Weg der Verständigung mit den Großgrundbesitzern. Ende November 1926 kam er nach Wilna, wo er mit Vertretern des Grundbesitzes und der örtlichen Verwaltung, an deren Spitze wieder Władysław Raczkiewicz stand, eine Konferenz abhielt. Unter dem Druck der Großgrundbesitzer, die ihren Fürsprecher in Justizminister A. Meysztowicz fanden, wurde die Regierung zu einer Aktion gegen die „Hromada" bewogen.[44] Nach zahlreichen Festnahmen, Durchsuchungen und Beschlagnahmen auch in der Gesellschaft der Weißrussischen Schule wurde die „Hromada" am 21. März 1927 verboten. Ein Jahr später fand ein Prozeß gegen ihre Führer statt, der die Abhängigkeit der Organisation von der Komintern nachwies. Trotz der Repressalien gegenüber der „Hromada" hielten die Behörden am Kurs der staatlichen Assimilation fest. Der Minister Gustav Bobrucki (WRiOP) erließ eine Verfügung, die Weißrussisch in polnischen Gymnasien einführte und damit eine Präferenz für zweisprachige Schulen bedeutete. Daneben wurden neue weißrussische Schulen eröffnet, andere bekamen einen öffentlichen Status.[45] Im Geistlichen Orthodoxen Seminar in Wilna wurde Weißrussisch als Unterrichtsfach eingeführt. Die in Wilna lernende und studierende Jugend erhielt zur Andacht eine kleine griechisch-katholische Kirche. Die Zahl der orthodoxen Gemeinden stieg im Wilnagebiet um 8%, aber die Bemühungen der Weißrussen um eine eigene Kirchengemeinde in Wilna hatten keinen Erfolg. Die Behörden übertrugen die Entscheidung dem Bischof Teodozjusz. Dieser, unterstützt durch

---

[43] Bregman, Sprawy (wie Anm. 28), S. 114 ff.

[44] S. Rudnicki, Nieznany dokument w sprawie Sylwestra Wojewódzkiego (Ein unbekanntes Dokument in Sachen Sylwester Wojewódzki), in: Przegląd Historyczny (1976), H. 1, S. 72.

[45] Mauersberg, Szkolnictwo (wie Anm. 32), S. 109.

den russischen Episkopat und durch die Großgrundbesitzer der Randgebiete, widersetzte sich den Forderungen. Er sprach sich auch gegen Weißrussisch als Unterrichtssprache im Seminar von Wilna aus, wodurch die Schule ihren russischen Charakter bewahrte. Der darüber erstaunte Wojewode kommentierte die Entscheidung als Symptom für die Schwäche der weißrussischen Bewegung.[46]

Gleichzeitig bemühten sich die Wojewodschaftsbehörden, die Stimmung innerhalb der litauischen Minderheit zu verbessern. Als am 16. Februar 1927 Jonas Basanavičius starb, der sich um die litauische Nation sehr verdient gemacht hatte, erlaubte man nicht nur ein feierliches Begräbnis, sondern auch die Teilnahme einer umfangreichen Delegation aus Litauen. Die Hoffnung auf Entspannung erwies sich als trügerisch, und ein im Sommer unternommener Versöhnungsversuch anläßlich der Krönungsfeierlichkeiten des Bildes der Mutter Gottes zu Ostra Brama entpuppte sich als Fehlschlag.[47]

Besonders nach dem Rechtsputsch in Kaunas wünschte die Regierung von Antanas Voldemaras keine Detente, da profilierte Vertreter der politischen Opposition im Wilnagebiet Zuflucht gefunden hatten. Gleichzeitig wurde das Interimskomitee angewiesen, Informationen über eine ablehnende Haltung polnischer Behörden gegenüber Minderheiten sorgfältig zu sammeln.[48] Die Regierung der Republik Polen nahm die Herausforderung aus Kaunas an, zumal man dort erklärte, Litauen befinde sich mit Polen im Kriegszustand.

Die Spannung in den äußeren Beziehungen spiegelte sich in der Politik der Wojewodschaftsbehörden gegenüber den Litauern des Wilnagebietes wider. Als Vergeltungsmaßnahmen wurden viele bekannte Persönlichkeiten interniert, andere deportiert.

Fraglich blieb die Existenz von „Rytas", der zwei Gymnasien (in Wilna und in Święciany), ein Lehrerseminar und über 160 Grundschulen leitete. Zum Glück entspannten sich die Beziehungen durch das Treffen von Piłsudski und Voldemaras auf dem Forum des Völkerbundes in Genf.[49] Als Novum in der Politik der Behörden gegenüber der litauischen Minderheit erwies sich eine — im übrigen relative — Unterstützung der litauischen Opposition, vor allem der Sozialdemokraten um die Zeitung „Pir-

[46] Papierzyńska-Turek, Między tradycją (wie Anm. 36), S. 227.
[47] Makowski, Litwini (wie Anm. 14), S. 65 f.
[48] Ebenda, S. 51.
[49] S. Sierpowski, Piłsudski w Genewie. Dyplomatyczne spory o Wilno w 1927 r. (Piłsudski in Genf. Diplomatische Streitigkeiten um Wilna 1927). Poznań 1990.

myn",[50] die in Wilna Zuflucht gefunden hatten. Außerdem erlaubten die Behörden am 4. Dezember 1927, die Litauische Bildungsgesellschaft „Kultura" zu gründen, die, mit dem sozialdemokratischen Zirkel verbunden, angeblich in einer gewissen Opposition zur TKL stand. Selbst die TKL konnte sich nicht beklagen, denn auch sie entfaltete ihre Wirkung und gründete neue Zeitungen wie „Vytis" oder bald den meist gelesenen „Vilniaus Rytojus".[51]

Um die Stimmung unter den Litauern zu befrieden, erteilte man ihnen weitere Konzessionen, die die materielle Lage dieser Minderheit besserten. Die Litauische Gesellschaft der Landwirte wurde registriert, gleichzeitig stimmte man einer Reform des landwirtschaftlichen Kreditwesens zu. Man gestattete, eine Pfadfinderorganisation zu gründen. An der Universität von Wilna errichtete man ein Lektorat für Litauisch; Bestrebungen, einen Lehrstuhl für litauische Literatur zu gründen, erfüllten sich jedoch nicht. Wenn man die Minderheitenpolitik der Regierung nach dem Mai-Putsch Ende der 20er Jahre bewertet, so läßt sich nur schwer sagen, ob sie Erfolg hatte oder eine Niederlage erlitt. Raczkiewicz hütete sich sicherlich vor schwerwiegenden Mißerfolgen. 1928 wußte er die Minderheiten für die Wahlen zum Sejm zu gewinnen, und bereits zuvor schaffte er es, Kommunalwahlen durchzuführen — selbst die zu den jüdischen Kultusgemeinden. Im Bereich der Kommunalverwaltung überlagerte die Bürokratie die Funktionen der Selbstverwaltung. Dabei handelte es sich aber nicht um die Schuld von Raczkiewicz, sondern um die traurige Erbschaft der hundertjährigen Regierung der Zaren. Das niedrige Niveau der Verwaltung entsprach den Bedenken der Zentralbehörden und der Bevölkerung, besonders der Minderheiten. Die Großgrundbesitzer bagatellisierten die strukturellen Ursachen der Armut der Bevölkerung im Wilnagebiet, die die Behörden zwar wahrnahmen, aber nicht fähig waren, Abhilfe zu schaffen. Die Wirtschaftskrise und die Mißernten der örtlichen Landwirtschaft ließen den Kontrast zu der prosperierenden litauischen Landwirtschaft hervortreten.[52]

Zum Schauplatz der Auseinandersetzungen wurde die historisch-religiöse Ebene. Aus Anlaß des 500. Todestages ihres Nationalhelden, des Großfürsten Vytautas, begannen die Litauer das Jubiläum mit der Aufrichtung spezieller Kreuze zu feiern, die die Polizei mit Zustimmung der Kirche entfernte. Raczkiewicz bezeichnete die Litauer als entschlosse-

---

50 Łossowski, Po tej (wie Anm. 18), S. 224.
51 Makowski, Litwini (wie Anm. 14), S. 73 ff.
52 Z. Landau, J. Tomaszewski, Druga Rzeczypospolita (Die Zweite Republik). Warszawa 1977, S. 71.

ne Separatisten, die von außen beeinflußt würden.[53] Im Rahmen der Ausgewogenheit erhielten jetzt die Weißrussen Konzessionen. Die Regierung erteilte kleine Subventionen an weißrussische Kultureinrichtungen: die Wissenschaftliche Gesellschaft und das Museum. Die Forderung eines staatlichen Lehrerseminars in Wilna wurde nur teilweise erfüllt. Im Schuljahr 1930/31 wurde lediglich das utraquistische Seminar eröffnet.

Schlecht war auch das Verhältnis zwischen Regierung und katholischer Kirche; es herrschte Streit um den ostslawischen Ritus. Ein weiteres Problem bildete der Anspruch der katholischen Kirche auf das Kirchenvermögen der Orthodoxen, das jene in Besitz genommen hatten, als die Rom unterstellte Unierte Kirche vom Zaren aufgelöst worden war. Der Erzbischof Jałbrzykowski überzog die Gerichte mit Hunderten von Rückgabeforderungen für ehemals der Unierten Kirche gehörende Gebäude. Wegen der politischen Komponente der Angelegenheit gaben die Gerichte den Ansprüchen nicht statt.

Die Wahlen zum Sejm im Jahre 1930 setzten das Signal für eine Wende der Regierungspolitik den Minderheiten gegenüber. Nun sorgten die Behörden dafür, daß die Vertreter der Minderheiten nicht ins Parlament kamen. Ihre Interessen sollte dagegen der Vizepräsident der Gruppierungen, die die Regierung stellten, des Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem (BBWR; Parteilose Block der Zusammenarbeit mit der Regierung), Tadeusz Hołówko wahren, der lange Jahre mit den Problemen vertraut und einer der Urheber des sog. Prometheus-Gedankens war.

Während einer Reise durch das Wilnagebiet kam er zu der Überzeugung, daß der Programmaximalismus eine der Schwächen der weißrussischen wie auch der litauischen Minderheit sei. Die These, die Polen stellten Einwanderer dar und sollten deswegen aus dem Wilnagebiet entfernt werden, schien ihm als Basis für eine konstruktive Diskussion nicht geeignet.[54] Statt dessen forderte er die Ablehnung jeglichen Nationalismus' zugunsten einer Zusammenarbeit der verschiedenen Nationalitäten im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, und zwar besonders auf dem Gebiet der Selbstverwaltung. Zum Sprachrohr seiner Politik wurde die Staatsideologie, die in der Nationalitätenfrage die These einer nationalkulturellen Autonomie ablehnte.

Ich erwähnte früher, daß das neugegründete Polen anfänglich ein Flickwerk verschiedener Faktoren darstellte. Ungefähr 1932 ging dieser Zu-

---

[53] Protokół z konferencji wojewodów z Kresów Wschodnich z 3 XII 1929 (Konferenzprotokoll der Wojewoden der Randgebiete vom 3.12.1929), in: Dzieje Najnowsze (1972), H. 3, S. 165 ff.

[54] T. Hołówko, Kresy (Randgebiete), in: Gazeta Polska Nr. 231 vom 23. August 1930.

stand zu Ende. Die Normierung der Justiz, des Schul- und Verkehrswesens etc. brachte Erfolge. Der Sejm beschloß viele Gesetze, die das Recht im ganzen Staat einheitlich gestalteten. Unter diesen Gesichtspunkten wurde auch die Reform der Selbstverwaltung und des Schulwesens durchgeführt. Die Grundlage des Bildungssystems sollten die staatlichen Schulen sein, die ein Lehren nach einheitlichem Standard und auf einem besseren Unterrichtsniveau möglich machten. Die Privatschulen sollten als elitäre Ausnahmen existieren. Im Unterricht wurde das Programm staatstreuer Erziehung verwirklicht, die Opposition schikaniert. Die Minderheiten, deren Schulwesen einer drastischen Einschränkung unterlag, betrachteten die Reform als eine Erscheinung der Polonisierung. Die litauische Gesellschaft „Rytas" bekam dies schmerzlich zu spüren, denn ihre schulische Arbeit wurde auf die Leitung der Bibliotheken/Lesesäle reduziert. Zu einem wichtigen Faktor der staatlichen Erziehung sollte das Heer werden. Die Einheiten wurden so aufgestellt, daß zu den Bewohnern des Umlandes keine Verbindung bestand. Mit Zufriedenheit stellte man fest, daß der Prozentsatz von Weißrussen und Litauern, die sich der Aushebung entziehen wollten, kleiner war als bei den Polen. Trotzdem war das Plätzekontingent für die Vertreter der Nationalitäten in den Unteroffiziersschulen minimal. Ausnahmen wurden nur den Juden erteilt, die man heimlich für den Kader der „Hagana" schulte.[55]

Daneben ist erwähnenswert, daß das Litauische Interimskomitee mit stiller Unterstützung der Behörden die Rolle einer Konsularvertretung erfüllte, deren offizielle Existenz angesichts der fehlenden zwischenstaatlichen Beziehungen unmöglich war. Dieses Vorgehen ermöglichte das Überschreiten der geschlossenen Grenzen und legalisierte so einen kleinen Besucheraustausch.

Die nächste Zäsur in der Nationalitätenpolitik setzte der Tod von Piłsudski, der geradezu als Symbol des Wandels bezeichnet werden kann, verband sich mit ihm doch eine allgemeine Änderung des Regierungssystems in Polen und eine Verfestigung autoritärer Tendenzen. Innerhalb der Regierungselite kam es zur Synthese der zwei erwähnten gegensätzlichen Strömungen: der staatlichen und der nationalen. Auf der Sitzung des Ministerrates vom 19. Dezember 1935 gründete man das Komitee für Nationalitätenangelegenheiten. Das Gremium betonte die Priorität der nationalen Assimilation und bewahrte die Reste der föderativen Anschauungen. Man proklamierte einen konsequenten Festigungskurs des Polentums in der Republik. Die Polonisierung der orthodoxen Kirche

[55] W.T. Drymmer, Zagadnienie żydowskie w Polsce (Das jüdische Problem in Polen), in: Zeszyty Historyczne (1968), Nr. 13, S. 70 ff.

wurde geplant, um sie für die Verbreitung der polnischen Kultur in den Ostgebieten zu benutzen. Die polnische Sprache sollte in die Liturgie eingeführt werden. Bischof Teodozjusz fügte sich dem Druck und instruierte die Pfarrer der Garnisonsstädte, die orthodoxen Messen auf polnisch zu halten. Die Behörden begünstigten nationalstaatliche Forderungen, die von den Gegnern oft als faschistoid bezeichnet wurden. Die Anhänger der Landespartei („Krajowcy") in Wilna fielen in Ungnade, und die Zensur interessierte sich eifrig für das Blatt „Przegląd Wileński" (Wilnaer Rundschau). Premierminister Kościałkowski verkündete in seinem Exposé ein Monopol der staatlichen Schulen, was der Wojewode von Wilna, Ludwik Bociański, als ein Signal zur Auflösung des litauischen Schulwesens verstand.[56] Die Neigung zur Unterstützung der autoritären Regierung führte gegenüber den Minderheiten zu verschiedenen Einschränkungen. Der Wojewode Bociański bereitete sich sorgfältig auf die Aktion vor.[57] Straßenkundgebungen und Presseschlagzeilen zeugten von einer Hetze gegen die Minderheiten. Man verbreitete überall „Beweise" über die Gefährdung des Staates und rief zur Anwendung von Repressalien gegen diejenigen Personen auf, die das „Vereinsrecht" und das „Gesetz über die Versammlungen" verletzten.

Ab Januar 1936 schlugen die Wojewodschaftsbehörden einen Kurs der Unterdrückung der nicht-polnischen Presse ein. Bociański bewog den Erzbischof Jałbrzykowski, die litauischen Priester aus dem Wilnagebiet zu versetzen. Der Litauischen Interimskommission (TKL) wurde die Veränderung ihres Statuts und eine Namensänderung zum Litauischen Nationalkomitee (Narodowy Komitet Litewski; NKL) befohlen.[58] In den gesamten polnischen Zeitungen begann eine Kampagne gegen den NKL-Präsidenten K. Stasys. Man stellte ihn als „Agenten eines fremden Staates" hin. Nach einigen Festnahmen wurde Stasys am 9. Januar 1937 endgültig in Haft behalten. Die Behörden der Republik Polen entschieden im voraus, daß er in einem Gerichtsverfahren verurteilt werden sollte. Der Kern des Problems steckte aber nicht so sehr in der Verurteilung, sondern mehr im Ziel des polnischen Vorgehens. Die Meinung, daß die völlige Auflösung des Volkstums der litauischen Minderheit angestrebt wurde, ist nicht von der Hand zu weisen. Man handelte nämlich konsequent und methodisch. Am 16. Februar 1937 löste der Wojewode das Litauische Nationalkomitee auf, dem am 7. Juni der Litauische Lehrerverband und am

[56] Makowski, Litwini (wie Anm. 14), S. 171 f.
[57] Memoriał Bociańskiego z 11 lutego 1936 r. (Bocianowski's Memorandum vom 11. Februar 1936), in: Dzieje (wie Anm. 53), S. 168 ff.
[58] Makowski, Litwini (wie Anm. 14), S. 105, 280 u. 289 ff.

20. November die Litauische Gesellschaft der Wohltätigkeit folgten. Am 31. Dezember schloß man endgültig die Gesellschaft des Heiligen Kasimir, am 22. Januar 1938 wurde die Litauische Gesellschaft der Landwirte aufgelöst, am 4. Februar die älteste Litauische Wissenschaftsgesellschaft, die seit 1907 existierte, und am 28. Februar mußte die bedeutendste aller litauischer Einrichtungen, der „Rytas", seine Tätigkeit einstellen. Gleichzeitig ging man gegen die litauische Presse vor.

Waren diese umfangreichen Repressalien, die das soziale Netz der litauischen Minderheit zerstörten, ein Versuch der Zwangspolonisierung oder dem geplanten Spiel mit Litauen auf der zwischenstaatlichen Ebene untergeordnet? Im März 1938 richtete nämlich die Regierung der Republik Polen das bekannte Ultimatum an Kaunas. Ein Ergebnis war die Aufnahme zwischenstaatlicher Beziehungen nach zwei Dekaden der gegenseitigen Ignoranz. Doch sollte man neben der diplomatischen Komponente nicht vergessen, daß auch gegen die Weißrussen in ähnlicher Weise vorgegangen wurde: 1936 stellte man die Tätigkeit der Gesellschaft der Weißrussischen Schule ein und ein Jahr später die des Weißrussischen Wirtschafts- und Kulturinstitutes.[59] Im Januar 1938 wurde auf administrativem Wege das Weißrussische Nationalkomitee aufgelöst, das alle weißrussischen Organisationen umfaßte. Im September 1937 veranlaßten die Wojewodschaftsbehörden den Episkopat, den orthodoxen Religionsunterricht auf polnisch abzuhalten.[60] All diese Maßnahmen belegen ein Streben nach einer vollständigen Integration der Minderheiten, das dem Geist des europäischen Vorkriegsnationalismus entsprach. Diesem Sog suchten sich die Litauer wiederholt zu entziehen. Nach der formalen Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und Litauen rechnete die litauische Minderheit im Wilnagebiet mit einem Wiederaufbau der eigenen Einrichtungen und einer Eingliederung in das staatliche Leben.

Die diplomatischen Unterredungen Anfang des Jahres 1939 benutzte die litauische Minderheit, um dem Ministerpräsidenten am 31. März eine Denkschrift vorzulegen, in der sie den Wiederaufbau der geschlossenen Gesellschaftszentralen, Freiheit der Schulentwicklung und Gleichberechtigung im Beschäftigungsbereich verlangte. Die Abteilung für Nationalitäten im Innenministerium berücksichtigte jedoch Bociańskis negative Einstellung in ihren Richtlinien und erklärte eine Reaktivierung der auf-

[59] J. Tomaszewski, Ojczyzna nie tylko dla Polaków (Heimat nicht nur für Polen). Warszawa 1985, S. 89.

[60] W. Mysłek, Kościół katolicki w Polsce (Katholische Kirche in Polen). Warszawa 1966, S. 113.

gelösten Institutionen für unmöglich. Sie schloß aber nicht aus, neue mit ähnlichen Zielsetzungen ins Leben zu rufen. Eventuelle Konzessionen knüpfte sie an Gegenleistungen von seiten Litauens und generell an die Sicherung des polnischen Besitzstandes. Es wurde empfohlen, die Richtlinien abhängig vom Prinzip der Gegenseitigkeit flexibel auszulegen. Dies wurde denn auch in den diplomatischen Gesprächen im Frühjahr 1939 vereinbart, aber man schaffte es nicht mehr, die den Minderheiten versprochenen Bestimmungen in die Tat umzusetzen.

In historischer Rückschau durchlief die Politik Polens gegenüber den Minderheiten im Wilnagebiet von 1916 bis 1939 vier Stadien. Zunächst ging es um ihre Eingliederung in den neu entstehenden Staat und die Bewahrung des polnischen Volkstums, das mit dem Großgrundbesitz identifiziert wurde. Den Nicht-Polen versprach man, ihre nationale und kulturelle Autonomie zu achten. Nach der Einverleibung des Wilnagebietes ersetzte das Programm der staatlichen Assimilation die Autonomieparolen. Die Rechte der Nicht-Polen auf ihre Eigenart sollten unter der Bedingung respektiert werden, daß sie Loyalität dem Staat gegenüber wahrten. In der Wende von den 20er zu den 30er Jahren, einer Phase des Übergangs, versuchte man, den Minderheiten Aufmerksamkeit zu schenken und sie mit den Polen auf ein Niveau zu bringen, wobei man mittel- und langfristig auf die Überlegenheit der polnischen Kultur setzte. Die letzte Phase stand im Zeichen der Polonisierung mit aktiver Unterstützung des Staates.

Perspektiven der Nationalitätenfrage in Litauen

von Alfred Erich Senn

Zweimal in diesem Jahrhundert entstand ein unabhängiges Litauen als Folge des Prinzips der nationalen Selbstbestimmung; eine Doktrin, die auf dem im Grunde unrealisierbaren Ideal beruht, eine geopolitische Einheit mit einer homogenen Bevölkerung zu formen. In Wirklichkeit hatten die Litauer — wie auch andere Nationen — ihre Probleme im Umgang mit Minderheiten, die diesem Ideal widersprechen.

Der vorliegende Beitrag untersucht die Nationalitätenfrage in Litauen zu Beginn der 20er Jahre, wie sie sich im Tagebuch meines Vaters, Professor Alfred Senn, eines Schweizers, widerspiegelt, der von 1921 bis 1929 in Litauen arbeitete. Daneben möchte ich die Aufzeichnungen mit meinen eigenen Beobachtungen als Amerikaner, der einige Zeit in Litauen in den Jahren 1988 bis 1991 verbrachte, vergleichen. Natürlich besitzen sowohl die Schweiz als auch die Vereinigten Staaten Einwanderungsgesetze, die den Anschein erwecken, als lebten nur Einheimische in den beiden Staaten, und doch gibt es eine große Zahl von Ausländern in der jeweiligen Bevölkerung. Folglich resultierte die eidgenössische und die amerikanische Sichtweise der Nationalitätenprobleme in Osteuropa aus einer umfangreichen Erfahrung im Umgang mit ähnlichen Sachverhalten.

Um nicht mißverstanden zu werden: Natürlich hat sich die Nationalitätenfrage in Litauen im Laufe des Jahrhunderts gewandelt. Nach der litauischen Volkszählung des Jahres 1923 (die Memel und Wilna nicht einschloß) betrug die Zahl der Litauer bei einer Gesamtbevölkerung von 2 028 971 83,88%. 7,58% waren Juden, 3,23% Polen, 2,70% Russen und 1,44% Deutsche. Nach dem sowjetischen Zensus aus dem Jahr 1989 waren von der Bevölkerung der Litauischen SSR 79,6% Litauer, 9,4% Russen, 7,0% Polen, 1,7% Weißrussen und nur 0,3% Juden.[1]

In den 20er Jahren galt die polnische Kultur als größte Bedrohung für eine volle Entwicklung der litauischen Gesellschaft; die Juden dagegen spielten eine große Rolle in der städtischen Kultur der Republik. Nach der Einnahme Memels 1923 wurden auch die Deutschen zu einer bedeuten-

[1] Die statistischen Angaben nach: The Baltic States, hrsg. v. Royal Institute of International Affairs. London 1938, S. 30; Lietuvos gyventojai. Statistikos rinkinys (Die Einwohner Litauens. Statistische Sammlungen), hrsg. v. Statistikos departementas prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės (Statistische Abteilung der Regierung der Litauischen Republik). Vilnius 1990, S. 13 f.

den Minorität in Litauen. 1990 überdeckten russische und sowjetische Einflüsse die polnische Bedrohung, und eine jüdische Frage existierte nur noch in der historischen Erinnerung. Dennoch hat die Lage zu Beginn der 20er einige auffällige Ähnlichkeiten mit der Situation zu Beginn der 90er Jahre.

Die Schweizer

Obwohl die Schweizer zweifellos keine bedeutende Funktion innerhalb der Nationalitätenfrage in Osteuropa besaßen, stellen sie die erste Minderheit dar, mit der sich dieser Beitrag beschäftigen wird, denn ihre Rolle im Litauen der 20er Jahre sollte erklärt werden. Schon einige Jahre waren litauische Studenten an die dominikanische Universität Fribourg in der Schweiz gekommen und hatten die Aufmerksamkeit und Sympathie von schweizerischen Kommilitonen gefunden. Diese bereits in Fremdsprachen versierten Schweizer halfen den Litauern, lernten deren Sprache und sahen für ihre eigene Zukunft interessante Karrieren in dem neuen Staat. Da viele der Litauer nach ihrer Heimkehr hohe politische Funktionen übernahmen, konnten sie im Gegenzug den Schweizern helfen, Arbeit zu finden.

Josef Ehret, der später in Litauen als Juozas Eretas bekannt wurde, war der erste Schweizer, der Nutzen aus der Situation zog, und wurde so zu einem Vorbild für seine Mitstudenten. 1896 geboren, wurde er 1918 promoviert. Noch als Student begann er für das litauische Informationsbüro in Lausanne und später kurze Zeit für die litauische Gesandtschaft in Berlin zu arbeiten. Nachdem Juozas Puryckis, ein ehemaliger Student in Fribourg, Außenminister geworden war, ging Ehret nach Kaunas. Dort organisierte er das Informationsbüro des litauischen Außenministeriums, die Agentur „Elta", und half seinen Freunden aus Fribourg, seinem Beispiel zu folgen.

Alfred Senn, 1899 geboren, begann sein Studium in Fribourg im Frühjahr 1918. Er unterstützte die Idee der nationalen Selbstbestimmung: Als Jugendlicher hatte er die Gründung Albaniens begrüßt und war als Student Mitglied einer irischen Gesellschaft geworden. Seine Studienjahre in Fribourg (1918–1921) fielen mit der Umformung Osteuropas zusammen; nach seiner Promotion war er von der Möglichkeit, daran teilhaben zu können, begeistert. Als ein anderer Student ihm von seinen „Pläne(n) zur Gründung einer schweizerisch-litauischen Handelsgesellschaft" berichtete, „stand" er „ihm mit meinen Auskünften und durch Vermittlung an Posa (d.i. Ehret, A.E.S.) und die litauische Regierung getreu zur Seite".

Für sich selbst wollte er, wie er am 16. Februar 1921 in sein Tagebuch schrieb, „(...) chercher à connaître les conditions pour établir une grande typographie en Lituanie et l'édition des écrits pour aider aux Lituaniens à leur travail culturel".

Wie Ehret konnte Senn auf die Unterstützung von Litauern zählen, denen er an der Universität geholfen hatte. Am 26. Februar 1921 schrieb er in sein Tagebuch:

„Durch Vermittlung der litauischen Gesandtschaft Berlin (W 50, Kurfürstendamm 242) erhielt ich fünf Exemplare ‚Die Glaubenspaltung in Litauen' von Dr. phil. Jozef Puryckis, gegenwärtig Minister des Auswärtigen. Es ist seine Doktordiss., an deren Drucklegung ich seinerzeit auch noch etwas mitgeholfen habe."

Am 4. April 1921 schrieb Senn an Ehret und bat „um ein Schriftstück, daß ich in Litauen eine Stelle anzutreten habe. Dadurch hoffe ich etwelchen Schwierigkeiten beim Gesuch um militärischen Auslandsurlaub begegnen zu können." Am Montag, den 13. Juni, verließ er die Schweiz: „Basel Bad. Bahnh. — Berlin — Königsberg — Eydtkuhnen — Kowno. Mittwoch abend kam ich in Kowno an. Da ich diplomatisches Gepäck bei mir hatte, ging es an den Grenzen überall sehr leicht." Am Freitag, den 17. Juni, „trat ich meine Stelle als Referent in der Elta, Ausw. Amt an".

Es gab genügend Schweizer in Kaunas, um einen Klub aufzumachen. 22. Juni: „Der Schweizerklub war von Dr. Ehret zu einer ‚Vakariene' (d.i. Abendessen, A.E.S.) eingeladen worden, auf Kalnų gatvė 20. Da er aber krank ist, musste ich die Sache veranstalten und leiten. Der Abend war hübsch. Bei dieser Gelegenheit wurde ich gerade auch aufgenommen."

Die Schweizer hatten gute Beziehung zur christdemokratischen Regierung Litauens. 30. August 1921:

„Auf 3¼ Uhr von Aussenminister Dr. Puryckis zusammen mit Herrn Prof. Niedermann, Dr. Ehret (...) eingeladen im Metropol (...) Herr Prof. Dr. Niedermann hielt eine kleine Ansprache, die von Herrn Minister auf Liebenswürdigste (sic!) erwidert wurde, indem er auf die Beziehungen hinwies, die Litauen mit der Schweiz verbinden: 1. Die Litauer, die in der Schweiz studiert haben, 2. Die Schweizer, die am Aufbau des litauischen Staates arbeiten, 3. Die grosse Rolle der Schweiz als Aufenthaltsort politischer Verbannter, Wiege verschiedener litauischer Organisationen, die ersten litauischen Konferenzen in Lausanne und Bern usw."

Aber auch für die Schweizer gab es Probleme mit der „Einlebung". Am 16. August schrieb Senn:

„Bei Kossakowski's (sic!) wurden zwei Zimmer requiriert. Die Frau berief sich auf Herrn Dr. Ehret, der diese Zimmer für sich in Aussicht genommen habe. Darauf haben die beiden Offiziere gesagt, ja Ehret ist ein Schweizer, wir aber sind in Litauen, die Schweizer haben hier überhaupt nichts zu suchen. — Diese Abneigung und Misstrauen gegen die Ausländer habe ich schon in vielen Orten bemerkt. Deshalb will ich auch nicht mein Leben lang für ein fremdes Volk arbeiten, das meine gute Gesinnung u. die zu seinem Nutzen geleistete Arbeit nicht würdigen will (...) Ich habe auch gerade letzten Sonntag dem Seimdeputierten Radzevičius gesagt, dass ich auf keinen Fall länger hier bleiben werde, als bis die einheimische Intelligenz genügend erstarkt ist(,) um alle Plätze selbst auszufüllen. Er meinte dann, daß es bis zu diesem Zeitpunkt noch viele Jahre brauche. Ich weiß das auch. Aber bei den Litauern sehen das nicht alle ein."

In einer solchen Umgebung konnte sich die Stimmung rasch wandeln, und bereits eine Woche später sah sich Senn als Schweizer in Litauen geehrt. Als er am 23. August sein Büro betrat, wurde er mit folgenden Worten begrüßt: „Tamstos tevyne pripažino Lietuvą de jure (Ihre Heimat hat Litauen de jure anerkannt)." „Großer Jubel bei den Litauern", — und die Schweizer genossen einen Anstieg ihrer Popularität:

„Die Kunde über den Schritt freute aber auch in außerordentlichem Maße (sic!) die in Litauen weilenden Schweizerbürger (...) Während schon früher die Schweizer im Lande in gutem Ansehen standen, wurde ihre moralische Stellung jetzt erst noch recht verbessert."[2]

1922 jedoch warnte er, daß die Schweizer Schwierigkeiten mit einer Ansiedlung in Litauen hätten, hauptsächlich wegen der Inflation und aus einer Unkenntnis des Litauischen. Dennoch seien kapitalkräftige Anleger weiterhin willkommen: „Besonders hoffen wir, Leute für Bauten (Hotels, Geschäfts- und Wohnhäuser usw.) gewinnen zu können."[3]

Senn fand eine Anstellung an der Universität Litauens als Dozent für Klassische Sprachen und Literatur. In einem Brief an Prof. Niedermann, der die Öffnung der Universität schilderte, erklärte der Linguist Jonas

---

2 Correspondenzblatt für die Schweizer und Schweizervereine im gesamten Auslande (1921), S. 431.

3 Brief an Der Bund und Correspondenzblatt (wie Anm. 2) vom 8. April 1922.

Jablonskis: „Am Angenehmsten (sic!) sind Schweizer, Süddeutsche gehen auch noch an, obwohl schon schwerer, auf jeden Fall keine Norddeutschen. Während den ersten Jahren müsste er wohl deutsch lesen, Französisch wird schwerer verstanden."[4] Senn lehrte bis zum Herbst 1929 an der Universität.

Eindrücke vom litauischen Nationalbewußtsein

Manche von Senns Einträgen in sein Tagebuch klingen sehr vertraut. Am 24. August 1921 veröffentlichte die Memelgauzeitung einen Bericht aus Polen: „Ungeheure Mengen — man schätzt sie auf Hunderttausende — wälzen sich, vor Hunger völlig verzweifelt, aus Russland nach Westen." Wiederholt klagte Senn über die Inflation und die fallende Kaufkraft der Währung, die 1921/22 noch an die Deutsche Mark angebunden war. Litauens Zukunft schien sehr unsicher.

Senn betrachtete den litauischen Nationalismus als ein auf Sprache und Religion basierendes Phänomen. Obwohl die Straßen von Kaunas „eine kleine Vorstellung der Sprachenverwirrung beim Turmbau von Babel" boten, dominierte auf dem Lande das Litauische. „Die Leute sind sehr religiös. Auf jedem(,) den ich sprach, bemerkte ich ein Skapular, ob er nun 30 oder 70 Jahre alt war." Überall „tritt einem auf dem Lande draussen ein so warmes überzeugungstreues katholisches Glaubensleben entgegen, dass man sich über die Ursache des Misserfolges der russischen Kirchenverfolgung gleich vollkommen klar ist".[5]

Obwohl er ursprünglich nach Litauen gegangen war, um sich in der Wirtschaft, vielleicht im publizistischen Bereich, zu engagieren, wandte Senn sich bald dem intensiven Studium der litauischen Sprache zu. Am 27. Juli 1921 machte ihn ein Schweizer Gastprofessor, Max Niedermann von der Universität Neuchâtel, mit Kazys Buga, einem litauischen Linguisten und Lexikographen, bekannt. Damals gingen die Linguisten daran, die Verwendungsmöglichkeiten der litauischen Sprache auszubauen, indem sie ein neues Vokabular entwickelten, so daß Litauisch auch in Bereichen, wo es bisher nur in geringem Umfang gebraucht wurde, wie der Physik und der Wirtschaft, als Kommunikationsmedium benutzt werden konnte. Senn begrüßte die Möglichkeit, an dieser Entwicklung teilzuhaben.

Senn neigte dazu, die Probleme in den Beziehungen von Nationalitäten durch das Prisma der Sprache zu betrachten. Obwohl er die Sprache selbst

---

4 Kopie des Briefes vom 13. Oktober 1923. Privatarchiv Senn.
5 „Brief aus Litauen", Manuskript vom 13. Juni 1922.

gut beherrschte, hatte er Zweifel am Eifer, mit dem manche Zeitgenossen sich dem Studium des Litauischen widmeten. 9. Oktober 1921:

„Zwei für die litauische Sprachbewegung sehr interessante Dokumente: Im Postgebäude von Kaunas ist folgendes Plakat angeschlagen: ‚Lietuvi, atsimink, kad laisvoje Lietuvoje tu igijai teisės kreipties visose įstaigose į jos tarnautojus savo gimtaja lietuviu kalba. Taja savo teise naudokis visur.' (Litauer, erinnere dich daran, daß du im freien Litauen das Recht bekommen hast, die Beamten in allen Stellen in deiner litauischen Muttersprache anzusprechen. Gebrauche dein Recht überall.)

Dies wirft ein Licht auf die Sprachenfrage! Leider gibt es aber auch nur zu viele übereifrige Chauvinisten, die jeden Menschen belästigen, der nicht Litauisch spricht, ‚Wenn einer in Kowno ist, so muss er einfach Litauisch sprechen!' so lautet ihre Forderung. Dass eine solche Haltung der friedlichen Entwicklung des Landes sowohl im Innern als auch nach aussen schaden muss, sehen sie leider nicht ein.

Welche Blüten dieser Chauvinismus zeitigen kann, zeigt folgende Anzeige, die in den letzten Tagen von allen Zeitungen wiedergegeben wurde (...)".

In das Tagebuch eingeklebt findet sich die Ankündigung eines Vortrages mit dem Titel „Lietuvių kalba labai sena ir artima gimine senos hebrajų kalbos" (Die litauische Sprache ist sehr alt und dem Hebräischen nah verwandt). Senn kommentierte: „Man würde wirklich glauben, die Sprachwissenschaft stecke im tiefsten Stadium des Mittelalters. Dass natürlich bei einem solchen Zustande der führenden Geister eine ruhige wissenschaftliche Arbeit ohne Störung nicht existieren kann, begreift sich von selbst."

Zweifellos färbte Senns biographische Herkunft aus der mehrsprachigen Schweiz auf seine Haltung gegenüber dem politischen Benutzen von Sprache ab, aber dennoch war er nicht vollständig in der Lage, die Tiefe der Gefühle, die sich mit dem Sprachenstreit verbanden, zu verstehen. Die Erfahrung, in der neutralen Schweiz aufgewachsen zu sein, ließ Senn in seinem Eintrag vom 15. August 1921 über die Rolle von Krieg und Gewalt im Leben der Litauer nachdenken:

„In diesem Park stiessen wir auf einen Soldatenfriedhof. Während im Soldatenfriedhof in Kowno alle Inhaber der Gräber bekannt sind, ist das hier nicht der Fall. Nur auf zwei russischen Kreuzen waren Namen. Aber auf den andern hiess es nur: ‚Drei russische Krieger', ‚Fünf russische Krieger' usw., usw. Namenlose Gräber!! u. jedes Grab bedeutet wenigstens ein zerstörtes Familienglück!"

Am folgenden Tag tauschten er und Niedermann ihre Eindrücke aus Litauen aus und zogen im Hinblick auf die Erfahrung des Ersten Weltkrieges die Schlußfolgerung:

„Im Allgemeinen beurteile man die deutsche Okkupation ziemlich mild. Sie hätten nur dort gestohlen, wo Schlösser bz(w.) Besitzungen leer standen, wo aber Bewohner waren, hätten sie nichts genommen. Natürlich hätten sie von Zeit zu Zeit Requisitionen vorgenommen. Dagegen urteilt man hart über den Vandalismus der bolschewistischen Besetzung, die nachher kam."

Für viele Fremde ist nur schwer nachvollziehbar, welche Bedeutung die sowjetischen Deportationen noch heute, in der post-sowjetischen Ära für Litauen besitzen. 1941, 1948 und 1949 wurden in Massendeportationen ca. 200000 Litauer aus ihrer Heimat verfrachtet. Im Denken der heutigen Litauer wurden diese Menschen deportiert, eben weil sie Litauer waren; und dieser Glaube stärkt ihre Überzeugung, daß dies *ihr* Geburtsland und ihre Heimat ist und sie ein Recht besitzen, hier die Herren zu sein.

Heute ist die litauische Sprache weit besser verbreitet als in den frühen 20er Jahren; die Behörden verlangen, daß ansässige Nicht-Litauer sie ebenfalls benutzen. Natürlich bleibt Russisch die „Sprache der Kommunikation" in Orten wie beispielsweise dem Kernkraftwerk Ignalina, aber so wie litauische Linguisten in den 20ern Polonismen aus ihrer Sprache entfernen wollten, so kämpfen die Linguisten heute gegen russische Einflüsse im Sprachgebrauch.

Die Polen

Das Problem der polnisch-litauischen Beziehungen beunruhigte Senn, der der Meinung war, ihr gemeinsamer katholischer Glaube hätte die zwei Nationen zusammenbringen sollen. Am 5. August 1921 berichtete er in seinem Tagebuch von einem Gespräch mit seiner polnischen Wirtin:

„Beim Nachtessen sprach ich mit Frau Pozażeska über das Verhältnis zwischen Litauern und Polen. Ich verhehlte ihr nicht, dass dieser Nationalitätenhass mir sehr weh tut. Anstatt dass man sich gegenseitig zu vertragen sucht, wird nur gehasst und gehetzt und unterdrückt und Repressalien werden in Aktion gesetzt. Gegenwärtig wird von der polnischen Presse sehr viel über die Unterdrückung der polnischen Bevölkerung Litauens

geschrieben. Dabei ist die Sache gewöhnlich so dargestellt, dass sich leicht die Möglichkeit denken lässt, als müsste die polnische Bevölkerung dadurch geschützt werden, dass Żeligovski einrücke.

Frau Pozażeska zählte mir einige Tatsachen auf, die ich, objektiv genommen, auch nicht billigen kann. Der polnische ‚Sokol' sei aufgelöst worden. Ich weiss nun allerdings nicht, ob es sich, wie sie beteuerte, wirklich nur um einen harmlosen Turnverein handelte, oder ob nicht etwa die äussere Form politische Umtriebe verdecken sollte. Ebenso sei ein polnisches Gesangkränzchen ‚Liutnia' verboten worden, nur weil es eben polnisch war. Da sie aber nicht litauisch verstehe, sondern polnisch ihre Muttersprache sei, sei sie jetzt geistig vollständig verödet. Man solle doch nicht auch die Sprache unterdrücken!

Das sind allerdings Sachen, die ich als Schweizer nicht billige, die sich aber in so jungen Staaten mit all den Gärungen verstehen lassen."

Er wiederholte diesen Gedanken in einem längeren Gespräch mit Professor Niedermann am 16. August:

„Er hat während seines Aufenthaltes viel beobachtet und gehört, was er als Schweizer nicht billigen konnte, so besonders das unvernünftige Vorgehen gegen die polnische Sprache und die Durchführung der Agrarreform nach einer Schablone. Ich bin ja in dieser Hinsicht vollständig mit ihm einig, was ich ihm auch nicht verhehlte. Der grösste Teil jener Leute, die polnisch sprechen, möchten gute Litauer sein und am Aufbau des Staates mitarbeiten, wenn man sie nur nicht bei jeder Gelegenheit vor den Kopf stossen würde. Viel, viel haben wir darüber gesprochen."

Er erkannte die Bedeutung der Polen für die Agrarreform, die politische Macht und auch für die kulturelle Unabhängigkeit Litauens. Dennoch kehrte er häufig zum Thema der Aussöhnung der Nationen zurück. Er registrierte die Furcht der Litauer vor einer „starke(n) Überschwemmung des Landes mit russischen, jüdischen, polnischen, deutschen Elementen", drückte aber zugleich Sorge vor dem „starke(n) Anwachsen des litauischen Nationalbewusstseins" aus, „das sich nur zu oft von engherzigem, blindem Chauvinismus nicht mehr all zu stark unterscheidet."[6]

[6] Brief an Der Bund und Correspondenzblatt (wie Anm. 2) vom 8. April 1922. Man sollte dabei bedenken, daß einige polnische Führer aktiv gegen Litauen intrigierten. Dazu Alfred Erich Senn, Lithuania through Polish Eyes, 1919–1924, in: Lituanus 26/1, S. 13-18.

In den 90er Jahren besitzt die polnische Frage ein anderes Format. Ein halbes Jahrhundert sowjetischer Herrschaft hat den Umfang der polnischen Bevölkerung, die nun vor allem im südöstlichen Teil Litauens zu finden ist, reduziert und sie mit einem starken Zusatz russischer Kultur versehen. Die politischen Führer der Regionen tendierten vor dem Putsch im August 1991 nach Moskau und suchten danach Unterstützung von Warschau.

Die Litauer selbst haben ein gebrochenes Verhältnis zu diesen Polen, denn sie betrachten sie als ethnische Litauer und nehmen ihnen daher übel, daß sie sich wehren, die litauische Sprache „wiederzulernen". Die Litauer sind gegen die Forderungen mancher Polen nach einem autonomen Bezirk; sie setzten die lokale Verwaltung in den südöstlichen Gebieten der Republik ab, und sie werden die Unterstützung, die Moskau von manchen Polen in der Vergangenheit erhielt, nicht vergessen. Wie auch immer die politischen Konflikte gelagert sein mögen, haben die Litauer doch beträchtliche Summen in den Betrieb polnischer Sprachschulen investiert.

Die Juden

Senn schrieb, daß die Städte „sowohl in Polen wie in Litauen ein fast ausgesprochen jüdisches Gepräge aufweisen". In Kaunas hielt Senn sie für eine stärkere Gemeinde als die Polen. Während die Litauer die Regierung in Händen hatten, beherrschten die Juden den Kleinhandel in Kaunas, und jeder Kunde kam in Kontakt mit ihnen. Obwohl viele Litauer die jüdische Bevölkerung als die Quelle ärgster kommunistischer Agitation betrachteten, schienen sie die Juden nicht als eine so große Bedrohung für die litauische Kultur anzusehen wie die Polen.

Unweigerlich drehte sich bei der Einteilung Ostmitteleuropas in Nationalstaaten die jüdische Frage um das Problem, ob die Juden als nationale oder religiöse Minderheit betrachtet werden sollten — sollten sie wie die Polen oder wie beispielsweise litauische Protestanten behandelt werden? In seinem Tagebuch zeichnete Senn die Aussage eines polnischen Zionisten auf: „nous voulions être des sujets polonais non pas de religion juive, mais de nationalité juive." Da sie sowohl eine religiöse als auch eine nationale Gruppe darstellten, konnten die Juden selbst nicht immer entscheiden, was gewichtiger war, und sie forderten daher nationale und religiöse Rechte.

Die Juden verstanden ihre eigene schwierige Lage in Litauen und den anderen osteuropäischen Staaten. Eine Jüdin erzählte Senn, sie sorge sich,

„dass bei den polnisch-litauischen Verhandlungen in Genf sowohl auf polnischer wie auf litauischer Seite Juden beteiligt waren (sic!), wenn es schief gehe, würde man ja doch nur die Schuld auf die Juden schieben". Im Litauen der frühen 20er Jahre war das angespannte Verhältnis für die Lage der Juden nicht gefährlich, aber man kann die Ursachen der vernichtenden Katastrophe der 40er Jahre erkennen.

Im heutigen Litauen stellen die Juden nur noch einen Schatten ihrer früheren Präsenz dar. Emmanuel Singer, der Direktor des staatlichen litauischen jüdischen Museums, sagte einmal zu mir, die Situation der Juden ähnele jetzt „einem Leben nach dem Tode" (pomirtinis gyvenimas). Es bleibe nur noch übrig, so fuhr er fort, „ihren Platz in der litauischen Geschichte auszumachen".

Manchmal erscheint der jüdische Schatten in Litauen wie ein Gespenst: Im Herbst 1991 beispielsweise erhob sich ein internationaler Proteststurm, als die New York Times den Vorwurf erhob, die Litauer würden Kriegsverbrecher begnadigen. Die litauische Regierung stimmte später zu, bestimmte Fälle nochmals zu überprüfen, aber der Aufruhr hinterließ Wunden bei allen Beteiligten.

Da sowohl die Litauer als auch die Juden sich an das Schicksal ihres Volkes erinnern, nehmen sie das Unvermögen anderer, diese Leiden anzuerkennen und ihrer zu gedenken, übel. Die Litauer fühlen noch den Schmerz, der ihnen von den sowjetischen Behörden zugefügt wurde, die fast ein Zehntel ihrer Brüder und Schwestern nach Sibirien deportierten, und viele glauben, daß Juden einen ungewöhnlich hohen Prozentsatz der sowjetischen Vertreter ausmachten, die die Aktionen durchführten. Die Juden erinnern sich an das Grauen des Zweiten Weltkrieges, der ihre Gemeinden zerstörte und das Leben ihrer Brüder und Schwestern in Litauen forderte, und wollen, daß die Litauer ihre Verantwortung für die Teilnahme an diesen Verbrechen zugeben. Bemühungen zu einer Diskussion endeten bisher in einer Debatte über die Vergleichbarkeit der Leiden.

Beide Perspektiven sind widersprüchlich in sich selbst; jeder hält den anderen als Kollektiv für schuldig, während jeder eine eigene kollektive Verantwortung für Taten von Konnationalen ablehnt. Die Spannung kann solange nicht gelöst werden, wie beide Seiten keine Basis für ein gegenseitiges Verstehen von kollektiver und individueller Schuld sowie beiderseitigem Leiden unter unmenschlichen Regimen finden.[7]

---

[7] Zu den Juden in Litauen vgl. Aleksandras Shtromas, The Jewish and Gentile Experience of the Holocaust: A Personal Perspective, in: Assumption College Eleventh Annual Rabbi Joseph Klein Lecture. o.O. 1989. Antanas Terleckas, Führer des natio-

Nationalitätenkonflikte sind von „außen" äußerst schwierig zu verstehen, und in einem neu entstehenden Staat verstärkt sich das Problem noch. Die neue souveräne Nation hat ihre eigenen Vorstellungen von historischer Gerechtigkeit; was die neuen Führer als gerecht empfinden, werden die abgesetzten Führer ungerecht nennen. Ich erinnere mich an einen alten adligen polnischen Emigranten, der einmal zu mir sagte: „Ich verstehe überhaupt nicht, weswegen sich die Litauer beschweren; ich bin immer gut mit den Bauern auf meinem Gutshof ausgekommen."

Senn begrüßte die Idee des Nationalstaates, aber er war gegen eine Unterdrückung der Rechte anderer nationaler Gruppen. Er favorisierte einen Weg, bei dem alle Nationalitäten die gleichen kulturellen Rechte besaßen:

„Der einfachste Weg zur Lösung so schwieriger Fragen wäre wohl der, dass man alle eingesessenen Bewohner Litauens als gleichberechtigte Bürger, ohne Rücksicht auf Sprache und Religion, erklären würde. Doch so weit konnte sich die litauische Mehrheit nicht bringen lassen, sondern die litauische Sprache, welche bisher nur von der Landbevölkerung gesprochen worden ist, wurde zur alleinigen Amtssprache ernannt, was eine unsinnige Lituanisierung aller Namen (hervor)gerufen hat, die trotz des Protestes der Fremden von ungebildeten, groben Beamten durchgeführt wird."

Doch trotz dieser administrativen Fehler kam er zu dem Schluß, daß die Minderheiten in Litauen beträchtliche kulturelle Rechte hätten:

„Im Allgemeinen sind sonst aber die völkischen Minderheiten ganz gut gestellt, so weit es Regelung eigener Angelegenheiten (Schule, Kirche usw.) betrifft, anders aber in bezug auf Geltendmachung ihres Einflusses auf den Gang der Politik."[8]

Schließlich entschloß sich Senn, nicht in Litauen zu bleiben. Er stellte keinen Antrag auf die litauische Staatsbürgerschaft. Da er feststellte, daß seine Position als Ausländer an der Universität nicht abgesichert war, gab er 1929 seine Tätigkeit auf, um eine Gelegenheit, in den Vereinigten Staaten zu studieren, zu ergreifen. Er empfand keine Reue über die Zeit, die er

nalistischen litauischen Freiheitsbundes (Lietuvos Laisves Liga), erklärte in der Zeitung „Lietuvos rytas" vom 7. Februar 1990: „Daß Litauer während des Krieges Juden ermordeten, halte ich für eine große Tragödie des litauischen Volkes."

8 „Brief aus Litauen" vom 13. Juni 1922.

in Litauen verbracht hatte. Nachdem er sich in den USA niedergelassen hatte, schrieb er seinem Freund Juozas Tumas-Vaižgantas: „Ich liebe Litauen."[9] Obwohl er niemals mehr nach Litauen zurückkehrte, waren für den Rest seines Lebens Gedanken an dieses Land niemals fern.

Die Probleme, die Senn in Litauen erkannte, sind heute zurückgekehrt, wenn auch in einer etwas anderen Weise. Im postkommunistischen Osteuropa hat das Nationalbewußtsein über den „proletarischen Internationalismus" triumphiert; das Problem der Beziehungen zwischen den Nationalitäten stellt eine große Gefahr in einer zerbrechlichen intellektuellen Umgebung dar. Die Ökologie interethnischer Beziehungen bedarf einer sorgfältigen und vorsichtigen Annäherung, die die Empfindlichkeit und die Bedürfnisse jeder nationalen Gruppe, ob groß oder klein, in Betracht ziehen muß. Es gibt keine leichten und einfachen Antworten: Die beteiligten Parteien müssen alle große Anstrengungen unternehmen, um ein dauerhaftes Gleichgewicht zu finden.

[9] Brief an Juozas Tumas-Vaižgantas vom 23. August 1930. Vilniaus Universiteto Biblioteka (Bibliothek der Universität Vilnius), Tumas, Korrespondenz, S. 248.

FORSCHUNGSBERICHT

Die Darstellung der deutsch-litauischen Beziehungen in litauischen Geschichtslehrbüchern

von Adomas Butrimas

Zwischen Balten und Germanen existierte in der Vorzeit so gut wie keine direkte Nachbarschaft, da zwischen ihnen die westslawischen Stämme siedelten. Seit dem 12. Jahrhundert konnte man hinsichtlich der Beziehungen eher von einem Zusammenstoß zweier ethnischer Gruppen sprechen, nach der Entstehung eines litauischen Staates im 13. Jahrhundert von ökonomischen und kulturellen Verbindungen, allgemeinen Beziehungen und Kriegen zwischen zwei Staaten. Dies alles hat eine deutliche Spur in der litauischen Geschichtsschreibung hinterlassen, die schon von mehreren Autoren abgehandelt wurde.[1] Im folgenden Beitrag soll dargestellt werden, wie sich die deutsch-litauischen Beziehungen in den litauischen Geschichtslehrbüchern, die schon von mehreren Generationen benutzt wurden, auch heute noch die Meinung über den Nachbarn mitprägen, widerspiegeln.

Die ersten litauischen Geschichtslehrbücher erschienen im 18. Jahrhundert für Studenten der Universität Wilna. Sie waren in polnischer Sprache verfaßt und so breiten litauischen Gesellschaftskreisen zugänglich. Eines der ersten Lehrbücher war das von dem Wilnaer Universitätsprofessor F. Paprocki veröffentlichte „Domowe wiadomości o Wielkim Księstwie Litewskim z przyłączeniem historyi tegoż narodu" (Hausnachrichten über das Großfürstentum Litauen mit einem Anhang zur Geschichte dieses Volkes),[2] das anhand des ausführlichen Werkes „Historia Litvanae" von Alberto Wiiuk Koialowicz,[3] gleichfalls Wilnaer Universitätsprofessor, verfaßt wurde. Doch sowohl Paprocki als auch Koialowicz, die beide

---

1 R. Varakauskas, Lietuvos ir Livonijos santykiai XIII–XVI a. (Die Beziehungen zwischen Litauen und Livland im 13.–16. Jahrhundert). Vilnius 1982, S. 5-54; M. Jučas, Lietuvių karo su kryžiuočiais istoriografija (Die Historiographie der litauischen Kriege mit den Kreuzrittern), in: Lietuvių karas su kryžiuočias (Der Kampf der Litauer mit den Kreuzrittern). Vilnius 1960, S. 5-49.

2 F. Paprocki, Domowe wiadomości o Wielkim Księstwie Litewskim z przyłączeniem historyi tegoż narodu (Hausnachrichten über das Großfürstentum Litauen, mit einem Anhang zur Geschichte dieses Volkes). Wilno 1763.

3 A.W. Koialowicz, Historia Litvanae. Dantisci 1650.

ausführlich über die Kriege zwischen den Litauern und den Kreuzrittern berichteten, erklärten viele historische Ereignisse mit übernatürlichen Ursachen. So hätten die Krieger des Großfürsten Vytenis das Heer der Ordensritter geschlagen, wären aber anschließend für einen Kirchenraub bestraft worden, indem sie auf dem Heimweg fast alle von Kreuzrittern umgebracht wurden. Der Vorzug von Paprockis Werk bestand darin, daß es nicht in lateinischer, sondern in polnischer Sprache abgefaßt war und so von breiten Adelsschichten und dem Bürgertum gelesen werden konnte. Bis zur Schließung der Universität Wilna 1832 blieb es das wichtigste litauische Geschichtsbuch.

Eine Periode der Wiedergeburt des litauischen Volkes ist mit der Zeitung „Aušra" (Morgenröte) verbunden, die 1883–1886 in Ragnit und Tilsit erschien. Unter den Lesern der Zeitung, den sogenannten „Aušrininkai", gab es mehrere Freizeithistoriker, wie J. Basanavičius, J. Šliupas und Maironis, die der bereits von Simonas Daukantas propagierten patriotisch-romantischen Sichtweise anhingen und sie förderten. Maironis, wohl bedeutendster Dichter der litauischen Wiedergeburt, verfaßte das erste litauische Geschichtsbuch für Schüler, das 1886 in Tilsit unter dem Pseudonym Stanislovas Zanavykas erschien und den schöngeistigen Titel „Apsakymai apie Lietuvos praeiga" (Erzählungen über Litauens Vergangenheit) trug.[4] Der wichtigste Vorzug des Bandes war, daß er in litauischer Sprache erschien. Das Buch, das noch zwei Nachauflagen zur Zeit des litauischen Sprach- und Druckverbotes erlebte, schuf eine völlig neue nationale Denkart, die sich auf Optimismus und der nicht versiegenden Hoffnung einer Eigenstaatlichkeit Litauens gründete. Wie die anderen „Aušrininkai" legte Maironis in seinem Werk den Schwerpunkt auf das 13. bis 15. Jahrhundert, also die Zeit der heldenhaften Kämpfe zwischen Litauern und Ordensrittern, die er mit zahlreichen Beispielen belegte (S. 30-145). Den historischen Ereignissen des 16. bis 19. Jahrhunderts wurde hingegen nur ein Fünftel des Bandes gewidmet (S. 146-182). Maironis schildert bis in Einzelheiten die Ansiedlung des Kreuzritter- und des Schwertbrüderordens an der Ostsee, ihre Vereinigung 1237, die Schlachten bei Durbe und Tannenberg und die Kämpfe zu Zeiten der Großfürsten Vytenis, Gediminas, Kestutis und Vytautas. Obwohl Maironis selbst Priester war und mit seinem Gesamtwerk den christlich-patriotischen Geist der Landbevölkerung unterstützte, unterstreicht er die Aggression des Ordens und den frevelhaften Kampf gegen Prussen und Litauer, auch wenn er in missionarischer Absicht vollzogen wurde.

---

[4] S. Zanavykas, Apsakymai apie Lietuvos praeiga (Erzählungen über Litauens Vergangenheit). Tilsit 1891; 2. Aufl., Tilsit 1903; 3. Aufl., Tilsit 1906; 4. Aufl., Tilsit 1926.

Das 16. bis 19. Jahrhundert wird, wie bereits erwähnt, auf relativ wenigen Seiten abgehandelt, wobei die deutsch-litauischen Beziehungen nur zweimal Erwähnung fanden: Zum einen beschreibt er die Umwandlung Preußens in ein weltliches Herzogtum, wobei die Reformation in Deutschland, in Preußen und deren Auswirkungen auf Litauen in groben Zügen umrissen werden; zum anderen bespricht er auf den letzten Seiten die nationale Wiedergeburt der Litauer in Kleinlitauen im 18. Jahrhundert. Der Autor betont die engeren Beziehungen Kleinlitauens zu Westeuropa, behandelt die Weiterentwicklung des Litauischen auf literarischem und wissenschaftlichem Gebiet sowie das schöpferische Werk von Kristijonas Donelaitis und stellt resümierend fest, die relativ geringe Germanisierung Kleinlitauens im 18. Jahrhundert sei für die nationale Wiedergeburt weitaus günstiger gewesen als die Polonisierung Großlitauens zur gleichen Zeit.

Als das Sprach- und Druckverbot für Litauisch 1904 aufgehoben wurde und die Zahl litauischer Studenten an westeuropäischen Universitäten, auch an deutschen Hochschulen, allmählich zunahm, fanden sich auch die ersten professionellen Historiker. Da nicht alle sofort darauf bedacht waren, Lehrbücher zu verfassen, sondern sich überwiegend speziellen litauischen Geschichtsproblemen widmeten, wurden litauische Geschichtsbücher dennoch weiterhin von Pfarrern, Lehrern und Journalisten geschrieben.

Vor dem Ersten Weltkrieg erschienen Lehrbücher von vier Autoren: Pajauta-Skirmuntaitė, Antanas Alekna, Pranas-Klimaitis und Paparonis-Šmulkštys.[5] Am umfangreichsten (167 Seiten) war das in polnischer Sprache verfaßte Werk von Konstancija Skirmuntaitė, das später in litauischer Übersetzung mit einer Auflage von 1000 Exemplaren in den USA erschien und 1901 auch in einer französischen Fassung unter dem Titel „Histoire de la Lithuanie" herausgegeben wurde. In ihm wurde, wie auch in anderen zeitgenössischen Arbeiten, die Vergangenheit Litauens idealisiert, die Politik der Großfürsten romantisch verherrlicht und die Ordenspolitik natürlich verurteilt, wobei den Kriegen der Zeit und verschiedenen heroischen Episoden der Kämpfe viel Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Zum ersten Mal wurden einem litauischen Geschichtslehrbuch farbige Landkarten beigegeben, an deren Auswahl gleichfalls zu erkennen ist, auf

[5] K. Skirmunt, Dzieje Litwy (Geschichte Litauens). Wilno 1886; ders., Lietuvos istorija (Geschichte Litauens). Chicago 1887; A. Pajauta [A. Skirmuntaitė], Trumpai išpasakota Lietuvos istorija (Kurze Geschichte Litauens). Vilnius 1912; A. Alekna, Lietuvos istorija (Geschichte Litauens). Kaunas 1911; 4. Aufl., Kaunas 1923; Paparonis [A. Šmulkštys], Lietuvos istorija (Geschichte Litauens). Seinai 1910; Pranas [P. Klimaitis], Lietuvos istorija (Geschichte Litauens). Vilnius 1912; 6. Aufl., Kaunas 1922.

welche Perioden die Verfasserin ihr Hauptaugenmerk richtete: die erste Karte zeigt die von den baltischen Stämmen bis zum 13. Jahrhundert bewohnten Territorien, die zweite die litauischen Staatsgrenzen während dieser Epoche, die dritte Litauen im 14. und 15. Jahrhundert.

Hinsichtlich Struktur und Inhalt ähneln sich die Lehrbücher von Pranas (P. Klimaitis) und Paparonis (A. Šmulkštys). In beiden Werken, das von Pranas umfaßt 142, das von Paparonis nur 89 Seiten, werden der Geschichte der litauischen Großfürsten und den Kämpfen mit den Kreuzrittern 90% des Textes gewidmet, während die litauische Geschichte des 16. bis 19. Jahrhunderts auf zehn bis 15 Seiten dargestellt wird. Insbesondere bei Paparonis werden die Ansiedlung des Ordens, seine Organisationsstruktur und Ziele im südöstlichen Ostseeraum relativ detailliert beschrieben: der Orden habe die Absicht gehabt, das litauische Volk unter dem Vorwand der Verbreitung des christlichen Glaubens gnadenlos auszurotten.[6] Er schildert in sämtlichen Einzelheiten alle Kämpfe mit den Kreuzrittern von den ersten Zusammenstößen bis zu den Schlachten von 1248, 1251, 1345, 1410 und fügt eine Landkarte „Die Territorien der Kreuzritter zur Regierungszeit von Vytautas" bei. Deutlich hervorgehoben werden die Auswirkungen der Kriege und die Untaten der Kreuzritter. Beide Autoren, der eine Pfarrer, der andere Lehrer, waren nur Amateurhistoriker und suchten ähnlich wie ihre Vorgänger die heroischen Taten des litauischen Volkes zu schildern. Im letzten Kapitel ihrer Werke gehen beide kurz auf die Lubliner Union ein und bezeichnen die Staatsunion mit Polen als Unglück, da Litauen seine Eigenstaatlichkeit eingebüßt habe und später von Rußland besetzt worden sei.

Das Lehrbuch des Pfarrers Antanas Alekna unterscheidet sich stark von den beiden zuvor erwähnten. Die erste Auflage erschien 1911, die erweiterte vierte, der zahlreiche Quellen zu Grunde lagen, wurde 1923 verlegt, als der Autor bereits den Lehrstuhl für Geschichte an der theologisch-philosophischen Fakultät der Universität Kaunas innehatte.[7] Obwohl nicht speziell für Schüler verfaßt, wurde das Buch in den litauischen Schulen lange Zeit verwendet und gilt als das erste von einem professionellen Historiker entworfene litauische Geschichtslehrbuch. Schon im ersten Kapitel werden die Beziehungen der baltischen Stämme zu den Deutschen und deren Ansiedlung auf baltischem Territorium besprochen. Der Autor merkt an, daß die Deutschen relativ schnell die Prussen besiegten, ihr Gebiet besetzten, befestigte Städte errichteten und deutsche Bewohner in

6 Pranas, Lietuvos istorija (wie Anm. 5). 6. Aufl., Kaunas 1922, S. 21.
7 Z. Ivinskis, Lietuvos istorija (Geschichte Litauens). Roma 1978, S. 60.

ihnen ansiedelten. Die überlebenden Prussen wanderten entweder nach Litauen aus oder wurden germanisiert.

Lettland, das noch früher besetzt wurde, habe ein etwas anderes Schicksal gehabt: Weit weniger Letten seien getötet worden , ihre Sprache erhalten geblieben, und nach 700 Jahren Unterwerfung seien für sie bessere Zeiten gekommen. Alekna weist darauf hin, daß die Letten viele landwirtschaftliche und handwerkliche Fähigkeiten von den Deutschen erlernten und daher mit ihnen hätten konkurrieren können. Die Litauer, die zwischen ihren baltischen Brüdern lebten, hätten dagegen mehr Glück gehabt: Während einerseits die Letten und andererseits die Prussen mit den Deutschen Krieg führten, hätten sie Zeit gefunden, sich zu einigen und dem Feind Widerstand zu leisten.

In den Kapiteln zwei bis sieben werden die Kriege zwischen Litauern und Deutschen von der Zeit des Königs Mindaugas bis zur Schlacht bei Tannenberg gemäß der Regierungsfolge sämtlicher litauischer Großfürsten behandelt, wobei die Betrachtungsweise den vorher besprochenen Büchern stark ähnelt. Der Unterschied zu den Arbeiten von Pranas und Paparonis besteht hauptsächlich darin, daß in Aleknas Geschichtswerk die Epoche bis zur Schlacht bei Tannenberg etwa ein Drittel ausmacht und in den restlichen zwei Dritteln die litauische Geschichte vom 16. bis zum 19. Jahrhundert dargestellt wird, die bei den anderen Autoren deutlich zu kurz kam. Als neuer Aspekt der deutsch-litauischen Beziehungen findet der russisch-litauische Krieg um Livland 1559 Erwähnung (Kapitel 13). Der Autor begründet die Schwächung des Schwertbrüderordens mit einem Mangel an christlicher Gesinnung, der Verbreitung der lutherischen Lehre und der Abschaffung der katholischen Kirche. Als die Verwirrung im Land zunahm, hätten sich die Ordensritter dem Großfürstentum Litauen ergeben, da sie Moskau keinen Widerstand zu leisten vermochten. Die Ländereien der Schwertritter seien an Litauen angegliedert und Kurland als weltliches Herzogtum Kettler und seinen Nachfolgern zugestanden worden.

Das gesamte 16. Kapitel beschäftigt sich mit der Verbreitung des protestantischen Glaubens in Litauen. Alekna schildert die Entstehung des Protestantismus in Deutschland, die Tätigkeit von Luther, Calvin und weiteren Reformatoren sowie die Ausbreitung des neuen Glaubens in Preußen 1525 und 1551–1571 im gesamten südöstlichen Ostseeraum. Über die deutschen Universitäten, in den Städten und unter dem Hochadel habe der Protestantismus, insbesondere der Calvinismus, auch in Litauen Fuß gefaßt. Der Autor ist der Ansicht, der Wunsch des Adels, sich aus der bischöflichen Macht zu lösen und kirchliche Ländereien selbst in Besitz zu nehmen, habe die Verbreitung des Protestantismus sehr begün-

stigt. Zugleich äußert er die Überzeugung, die Reformation habe die katholische Kirche gezwungen, sich stärker für die Bildung der Bevölkerung einzusetzen und für die Verbreitung des Katholizismus in der gesamten Gesellschaft zu sorgen. In Litauen trug das Vorhaben — im Gegensatz zu Livland und Preußen — Früchte; die Mehrzahl der Gläubigen kehrte zum Katholizismus zurück.

Als weiteres wichtiges Faktum der deutsch-litauischen Beziehungen findet der Druck des ersten litauischen Buches in Preußisch-Litauen, des von Martynas Mažvydas übersetzten lutherischen Katechismus, im Jahr 1547 Erwähnung (Kapitel 21). In diesem Zusammenhang geht Alekna auch auf die von den litauischen Calvinisten in Kėdainiai und Wilna herausgegebenen Bücher ein. In einem Kapitel über die Verbreitung des litauischen Schrifttums werden die Herausgabe von litauischsprachigen Büchern und Zeitungen in Preußen und für die Zeit von 1864 bis 1904 ihr Transport nach Litauen erwähnt. Damals hatte die zaristische Regierung über Litauen ein Druckverbot in litauischer Sprache verhängt.

Nach der Wiederherstellung der litauischen Unabhängigkeit 1918 veränderte sich der litauische Geschichtsunterricht immens. Sowohl an Grundschulen wie an Gymnasien wurde Geschichte in zwei konzentrischen Kreisen gelehrt. Der Nationalstaat legte großen Wert auf seine Geschichte, weswegen an der Universität von Kaunas professionelle Geschichtslehrer und Lehrbuchautoren ausgebildet wurden. Im ersten Jahrzehnt der Unabhängigkeit waren aber noch die bereits besprochenen Lehrbücher sowie einige von anderen Autoren in Gebrauch.

Zu den neueren Geschichtswerken gehört die „Lietuvių tautos istorija" (Die Geschichte des litauischen Volkes) von Stasys Matulaitis,[8] der, eigentlich Arzt, Politiker und Publizist, schon Anfang des Jahrhunderts heimlich in Wilna Schüler versammelt hatte, um sie litauische Geschichte zu lehren. Später war er auch als Geschichtslehrer tätig und verteidigte seine Dissertation über ein historisches Thema.[9] Seine Arbeiten zeichnen sich durch einen polemischen Ton aus, von dem auch „Die Geschichte des litauischen Volkes" nicht frei ist. Das Lehrbuch unterscheidet sich auch insofern von den bisher behandelten, als in ihm erstmals die litauische Geschichte vor dem Hintergrund der europäischen Geschichte dargestellt wird. Der zweite Teil des Buches beginnt mit dem Kapitel „Litauen bis zur Ankunft der Kreuzritter", wobei der breite europäische Kontext der

[8] S. Matulaitis, Lietuvių tautos istorija (Die Geschichte des litauischen Volkes). Kaunas/Vilnius 1918; 2. Aufl., Kaunas/Vilnius 1923.

[9] Lietuvių enciklopedija (Litauische Enzyklopädie). T. XVII, Boston 1959, S. 520.

Kreuzzüge aufgezeigt wird. Auch spätere Lehrbuchautoren vermochten nicht, ihre litauische Geschichte im Rahmen des europäischen Zusammenhangs zu schildern. In besagtem Kapitel wird ausführlich auf das erste Jahrzehnt des Kreuzritter- und des Schwertbrüderordens auf prussischem und lettischem Boden, die ersten Bischöfe, ihre Tätigkeit, ihre jährlichen Reisen nach Deutschland und die stete Rückkehr in Begleitung neuer Krieger eingegangen. Dabei erfährt Bischof Albert eine positive Bewertung, indem seine Verdienste um die Verbreitung des Christentums auf lettischem Gebiet hervorgehoben werden. Der Autor zeigt die Beziehungen zwischen dem Ordensmeister und dem Papst auf und erwähnt die päpstliche Unterstützung bei der Ansiedlung im Kulmer Land. Der Burgenbau, die gut bewaffneten Ritterscharen, der Wunsch der Ritter, sich im Kampf mit den Heiden auszuzeichnen, und die mangelnden Möglichkeiten, in Palästina Krieg zu führen — alle diese Faktoren hätten die europäische Jugend, allen voran die deutsche, zum Kampf mit den Prussen bewogen. Auch einfache deutsche Bauern seien in der Hoffnung auf ein besseres Leben hierher gezogen. Das Kapitel schließt mit der Schilderung des heldenhaften, aber aussichtslosen Kampfes der Prussen gegen die Kreuzritter.

Im darauffolgenden Kapitel „Von der Ankunft der Kreuzritter bis zur Annahme des Christentums" steht die litauische Staatsgründung im Mittelpunkt. Die Lage des neuen Staates sei kompliziert gewesen, da die Litauer im Norden vom Schwertbrüderorden, im Westen von den Kreuzrittern bedrängt worden seien. Anschließend schildert der Verfasser die bekannten Kriege von der Regierungszeit Mindaugas' bis hin zu Vytautas und der Schlacht von Tannenberg.

Im 16. Jahrhundert finden die deutsch-litauischen Beziehungen erneut Interesse. Im Kapitel „Die Reformation des Glaubens" behandelt Matulaitis Luthers Lehre, die Tätigkeit seiner Anhänger in Deutschland und die Verbreitung des Luthertums innerhalb des Ordens. Ein Unterkapitel (S. 133-136) erörtert den Übertritt der Ordensritter zum Protestantismus, als dessen Folge Litauen nördlich und westlich von Gebieten mit lutherischem Bekenntnis umgeben war. In einem weiteren Abschnitt beschreibt Matulaitis Personen, die das Luthertum verbreiteten, wie Abraomas Kulvietis oder Pfarrer Vinkleris, und setzt sich mit der Haltung des Adels und den Ursachen für dessen rasche Reformationswilligkeit auseinander. Als einflußreichste Adelsfamilie hätten die Radvilai (Radziwill) die Reformatoren unterstützt. Während des Studiums im Ausland seien sie zu Anhängern der Reformation geworden und hätten deshalb den Vertretern der neuen Lehre, die aus den europäischen Ländern, u.a. auch aus Deutschland, nach Litauen gekommen seien, Hilfe gewährt. Matulaitis beschreibt

die Tätigkeit der reformierten und lutherischen Druckereien in Litauen, wobei er nicht unerwähnt läßt, daß es Anhänger des Luthertums waren, die die ersten wissenschaftlichen Schriften auf Litauisch verfaßten, was sich als bedeutungsvoll für die litauische Kultur erweisen sollte. Zu diesem Personenkreis gehörten Stanislovas Rapagelionis (Professor der Königsberger Universität), Martynas Mažvydas, der Königsberger Pfarrer Vilentas, der Pfarrer von Labiau und Königsberg Bretkūnas, der Pfarrer von Ragnit Vaišnora und der Königsberger Pfarrer Senstokas.

Erst am Ende des Bandes im Kapitel über „Die gesellschaftliche Bewegung in Litauen während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zur Aufhebung der Leibeigenschaft" kommt die Rede wieder auf die deutsch-litauischen Beziehungen, wobei die Kultur der Preußisch-Litauer im Vordergrund steht, die aber nach Ansicht des Autors zu jener Zeit bereits im Aussterben begriffen war. Für erwähnenswert hält Matulaitis allein die litauische Liedersammlung von Ludwig Rhese (1825) und verschiedene litauische Zeitungen (1832 in Königsberg, 1848 in Memel), wobei die Presse nicht dem nationalen Erwachen der Preußisch-Litauer gedient habe, sondern deren Germanisierung eindämmen sollte. Das Wirken Friedrich Kurschats bewertet er negativ, obwohl er seine Verdienste um die litauische Sprache und die Erstellung eines litauischen Wörterbuches anerkennt. Die Aufhebung der Leibeigenschaft in Preußen (1811), die früher als in Litauen erfolgt sei, habe einen positiven Einfluß auf die nationale Wiedergeburt gehabt und zur Herausbildung einer breiten nationalen Bildungsschicht in Preußen beigetragen. Nach dem gescheiterten Aufstand 1864 in Litauen und dem darauf verhängten Druckverbot sei Tilsit zum Zentrum der litauischen Literatur geworden. Hier sei auch die „Aušra" erschienen, die die Liebe zum Vaterland und zur litauischen Sprache weckte (s. Kapitel „Die nationale Wiedergeburt", S. 253-258).

Gleichzeitig erschien Biržiškas Grundschullehrbuch mit 103 Seiten Länge.[10] Etwa in diesem Umfang wurden auch weiterhin die Geschichtslehrbücher für Grundschüler herausgegeben. Der Band war von einem professionellen Historiker erarbeitet worden und unterschied sich von allen bisherigen und zukünftigen Lehrbüchern. Der Autor verzichtete auf ein chronologisches Prinzip und erörterte nur historische Quellen und Hilfsmittel, mit denen Informationen über Volk, Land, Familie, Vorfahren und Religion vermittelt werden. Zahlreiche Abbildungen illustrieren das Alltagsleben der alten Litauer, ihre von der Jahreszeit abhängigen

[10] M. Biržiška, Lietuvos istorijos pradžiamokslis (Elementarbuch zur litauischen Geschichte). Kaunas/Vilnius 1923.

Arbeiten und ihren Glaûben. Die litauisch-deutschen Beziehungen werden wie auch die zu anderen Nachbarn nicht berührt.

Für die Epoche der unabhängigen Republik Litauen stellte das Jubiläumsjahr des Großfürsten Vytautas (1930) ein besonderes Datum dar. Zu jener Zeit tauchte der „Kreis der jungen Historiker" auf,[11] der aus den ersten Absolventen der Universität Kaunas bestand, die mit einer Gemeinschaftsarbeit über Vytautas den Großen und Jogaila an die Öffentlichkeit getreten waren und anschließend (1936) eine umfangreiche, für breite Kreise der Bevölkerung bestimmte Geschichte Litauens unter der Redaktion von A. Šapoka veröffentlichten. Viele Vertreter dieser jungen Historikergeneration wurden Geschichtslehrer an litauischen Gymnasien, veröffentlichten Aufsätze in der Presse, und einige legten sogar wissenschaftliche Arbeiten und Lehrbücher vor.

Zunächst wurden die Grundschulen mit Geschichtslehrbüchern versorgt. Von 1931 bis 1937 erschienen sieben verschiedene Schulbücher unterschiedlicher Autoren, die vielfach neu aufgelegt wurden.[12]

In dem Werk von Esmaitis werden die litauisch-deutschen Beziehungen zur Zeit der Ordensritter fast so ausführlich wie in den allerersten litauischen Geschichtsbüchern behandelt. Noch detaillierter als in den vorangegangenen Werken wird die Eroberung des prussischen Gebietes durch den Orden dargestellt. Ganze Kapitel sind dem ersten (1242–1249) und dem zweiten (1260–1273) Prussenaufstand sowie den Kämpfen der Samen gegen die Eroberer gewidmet. Die Niederlage verbindet der Autor mit der Ankunft neuer Ritter aus Deutschland. Dem Buch ist eine Karte der prussischen Stämme beigelegt. Die Regierungszeiten sämtlicher litauischer Großfürsten sind ein weiteres Thema, wobei gesonderte Abschnitte jeweils die Schlachten gegen die Heere der Kreuzritter und Schwertbrüder schildern. Die Reformation wird ohne jeglichen Bezug zu Deutschland nur kurz gestreift. Erstmals wird im Kapitel „Der neue litauische Staat" zahlreiches Material über den Ersten Weltkrieg, den Abzug der Russen aus Litauen und den Einmarsch der deutschen Truppen 1915 vorgelegt. Dabei erwähnt der Autor die Lasten der Besatzung wie beispielsweise Abgaben, hohe Steuern und die Beschlagnahme von Vieh. Nur die in Deutschland ausgebrochene Revolution habe zum Rückzug der Deut-

---

11 Ivinskis, Lietuvos istorija (wie Anm. 7), S. 63.

12 Esmaitis [Stasys Matijosaitis], Lietuvos istorijėlė (Kleine Geschichte Litauens). Vilnius 1931; Petrauskas, Lietuvos istorija (Geschichte Litauens). Kaunas 1931; P. Šinkunas, Krašto mokslo vadovelis. Istorijos pradžiamokslis (Lehrbuch für Landeskunde. Elementarbuch für Geschichte). Kaunas 1926; 2. Aufl., Kaunas 1936; J. Geniušas, Lietuvos istorijos vadovėlis (Lehrbuch der litauischen Geschichte). Kaunas 1937.

schen aus Litauen geführt. Langwieriger sei der Kampf mit den Bermondt-Truppen gewesen, die von der litauischen Freiwilligenarmee gezwungen worden seien, Litauen zu verlassen.

Das Geschichtswerk des Kaunaer Universitätsdozenten Pranas Penkauskas widmet den Ansiedlungen der Ordensritter im Ostseeraum und den Kriegen der Litauer mit ihnen große Aufmerksamkeit. Im Kapitel „Litauen nach Vytautas" (S. 59-74) werden erstmals Fakten über die deutsch-litauischen Beziehungen vermittelt. Dabei ist von der Ansiedlung deutscher Kaufleute und Handwerker in litauischen Städten die Rede, wobei der Autor deren positiven Einfluß bei der Errichtung von Burgen, Häusern und Kirchen sowie im Handel, Handwerk und kulturellen Bereich hervorhebt. In demselben Kapitel wird auch die bereits in früheren Lehrbüchern besprochene Verbreitung der Reformation in Litauen abgehandelt. Dabei unterstreicht Penkauskas das Wirken Luthers und den Einfluß der deutschen Universitäten. Ausführlicher als in früheren Lehrbüchern wird der Zerfall des Ritterordens aufgrund der sich ausbreitenden Reformation erörtert.

Im Kapitel „Litauen in der Sklaverei der Russen" wird der Weg litauischer Bücher aus Preußen nach Großlitauen und die Zeitung „Aušra" besprochen. Im Kapitel „Litauen ist wieder unabhängig" schildert der Autor kurz den Ersten Weltkrieg und die deutsche Okkupation 1915. Er betont, die Besatzungsmacht habe eine ruinöse Politik betrieben und die Bürgerrechte eingeschränkt (so sei es verboten gewesen, ohne Genehmigung des Gendarmen von einem Kreis in einen anderen zu fahren). Trotzdem sei es nicht gelungen, das Land lange in Besitz zu halten. Nachdem sich die internationale Situation für Deutschland ungünstig gestaltet habe, hätten die Deutschen 1917 eine Versammlung litauischen Vertreter in Wilna in der Hoffnung zugelassen, Litauen werde sich freiwillig an Deutschland anschließen. Doch die Litauer hätten die Unabhängigkeit beschlossen, und die Reste der deutschen Truppen seien aus Litauen vertrieben worden. Erstmals wird das Problem Kleinlitauen angesprochen, der „Aufstand" von 1923 und der Anschluß des Memelgebietes an Litauen, wodurch Deutschland zum südlichen Nachbarn Litauens wurde.

Ähnliche Form besitzt die Darstellung der deutsch-litauischen Beziehungen in den erwähnten Grundschullehrbüchern. Aufgrund des geringen Umfangs der Lehrbücher (120 bis 170 Seiten) kann man von vornherein keine umfassendere und tiefgreifendere Analyse erwarten, doch läßt sich feststellen, daß die Berührungspunkte (insbesondere für den Zeitraum des 13. bis 15. Jahrhunderts) recht umfangreich behandelt werden.

Das Lehrbuch von Sležas und Čižiūnas[13] soll jedoch im folgenden separat vorgestellt werden, da es sich der europäischen und litauischen Geschichte der Neuzeit widmet, viele neuzeitliche Themen, darunter auch die deutsch-litauischen Beziehungen, bedeutend ausführlicher als in anderen Grundschullehrbücher erörtert werden und gänzlich neue Aspekte Erwähnung finden.

Die Reformationsbewegung in Deutschland und die Reformation in Litauen bilden den Auftakt, wobei die Autoren den gemeinsamen Ursprung, die Träger des neuen Glaubens sowie Preußen und das Memelland als Brücke für die Ausbreitung nach Litauen behandeln. Verschiedene Varianten der Reformationsbewegung zur Regierungszeit von Sigismund dem Alten (Žygimantas Senasis) und Sigismund August (Žygimantas Augustas) werden aufgezeigt. Dabei merken die Autoren an, daß Sigismund Augusts Bibliothek protestantisch gewesen sei und sich der neue Glaube vom Schloß her sowohl durch Bücher als auch durch Menschen ausgebreitet habe. Die ersten in Kleinlitauen herausgegebenen Bücher werden wie auch bei früheren Autoren kurz erwähnt. Größere Aufmerksamkeit wird dem Beginn der Sachsendynastie Ende des 17./Anfang des 18. Jahrhunderts gewidmet, als mit der Wahl August II. zum polnisch-litauischen König die Herrschaft der Sachsenkönige in Litauen begann. Litauen-Polen habe sich auf Kriege mit Schweden und Rußland eingelassen, während das benachbarte Preußen, das sich 1701 zum Königreich erklärt habe, immer mehr erstarkt und zu einem gefährlichen Nachbarn Litauens herangewachsen sei. 1708 bis 1711 habe die Pest gewütet, die auch auf Kleinlitauen übergegriffen habe. Nachdem ein großer Teil der Einwohner gestorben sei, seien die verödeten Orte durch deutsche Kolonisten besiedelt worden. Zugleich habe Rußland in dem schwächer werdenden litauisch-polnischen Staat festen Fuß gefaßt, bis es mit den beiden anderen Nachbarn Litauen-Polen in drei Schritten endgültig aufgeteilt habe. Ein Teil des litauischen Territoriums, das Sudauengebiet (Suduva), sei unter preußische Herrschaft geraten. Die Autoren heben den Wandel des rechtlichen Status hervor, durch den Rechte des Adels beschnitten wurden, die Lage der Bauern sich aber gebessert habe. Eine Germanisierung habe unter Mithilfe der Kirche eingesetzt. Die Bistümer Wilna und Žemaitija hätten einen Teil ihrer Territorien abtreten müssen, aus denen 1798 das Bistum Vygriai hervorgegangen sei. Da Preußen jedoch Sudauen nicht lange verwaltet habe, seien die Versuche der Germanisierung nicht

[13] P. Sležas, V. Čižiūnas, Lietuvos istorija (Geschichte Litauens). Kaunas 1936 (Für die sechste Klasse).

erfolgreich gewesen. Später habe das Gebiet zum Großfürstentum Warschau gehört. Im Kapitel über die Wiederentstehung des litauischen Staates kehrt man zu den litauisch-deutschen Beziehungen zurück, wobei vor allem die Organisation des Buchdrucks, die Bücherschmuggler und die Herausgabe verbotener litauischer Zeitungen in Kleinlitauen geschildert werden.

Dem Leben der preußischen Litauer wird in diesem Lehrbuch ein gesondertes Kapitel gewidmet (Kapitel 11). Das Verhältnis der litauischen Bürger Preußens zum Herrscherhaus findet ebenso Erwähnung wie die Verschlechterung ihrer Lage im 18. Jahrhundert, als sich die preußischen Fürsten aus der Macht der litauischen und polnischen Könige befreiten. Mitte des 19. Jahrhunderts, als über Europa eine Aufstandswelle hinwegrollte, hätten sich die preußischen Einwohner das Wahlrecht für einen Landtag erkämpft; auch den Preußisch-Litauern sei das Recht eingeräumt worden, ihre Vertreter in den preußischen Landtag zu entsenden.

Nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 wurde der König von Preußen deutscher Kaiser, was auch die Lage der Litauer geändert habe. Man habe begonnen, die litauische Sprache aus den Schulen hinauszudrängen, um sie schließlich ganz zu verbieten (mit Ausnahme des Religionsunterrichts). Allmählich seien auch die litauischen Gottesdienste eingeschränkt worden. Die Litauer hätten versucht, Widerstand zu leisten: sie richteten von Tausenden unterzeichnete Gesuche an den Kaiser, um litauischen Schulunterricht zu erwirken und die Verwendung des Litauischen vor Gericht und bei Behörden zuzulassen. Mit dem Erscheinen der „Aušra" in Tilsit habe sich auch der Inhalt der von preußischen Litauern herausgegebenen Zeitungen verändert: man habe ermuntert, die Muttersprache zu pflegen, die alten Bräuche zu ehren und sich nicht der Germanisierung zu unterwerfen. Endlich hätten 1898 die preußischen Litauer ihren ersten Vertreter in den deutschen Reichstag gewählt. Als herausragendste Persönlichkeiten im Prozeß der preußisch-litauischen Wiedergeburt werden Martynas Jankus und Wilhelm Storost-Vydūnas vorgestellt. Der erste litauische Verein, „Birutė", sei 1886 gegründet worden. In diesem Zusammenhang werden auch die Tätigkeit anderer Vereine, die Konfrontationen ihrer Vertreter mit den preußischen Behörden und die Haltung der Deutschen geschildert.

Bedeutend ausführlicher als in den vorangegangenen Lehrbüchern werden die Geschehnisse im Ersten Weltkrieg dargestellt. Dabei beurteilt der Autor die unter Führung der Heeresleitung Ober-Ost stehende deutsche Besatzungsmacht, die ihren Sitz in Kaunas hatte, äußerst negativ. Das gesamte Land sei in kleine territoriale Einheiten (Kreise) aufgeteilt worden, die man mittels Vorsteher und Gendarmen verwaltet habe. Die Deut-

schen hätten sämtliche Versammlungen, Zeitungen, Vereine verboten, ein Reise- und Korrespondenzverbot verhängt. Hohe Steuern und Zwangsabgaben hätten die Dorfbewohner endgültig verarmen lassen. Für den geringsten Widerstand habe man verhaftet werden, nach Deutschland zur Zwangsarbeit deportiert oder gar erschossen werden können. Durch den Krieg seien mehrere Städte, z. B. Šiauliai, zerstört worden, der Handel sei darniedergelegen, die Industrie quasi ausgelöscht worden. Die Situation nach der deutschen und russischen Okkupation habe die Wiederherstellung einer unabhängigen Republik Litauen beträchtlich erschwert. Während der Unabhängigkeitskriege habe die litauische Freiwilligenarmee noch im Juni-Dezember 1919 mit den deutschen Bermondt-Truppen zu kämpfen gehabt. Die Kämpfe mit Polen hätten noch länger angedauert. Kurz wird auch auf den „Aufstand" in Memel und die Bedeutung des Gebietes für Litauen hingewiesen.

Die bekannte Pädagogin und Historikerin Vanda Daugirdaitė-Sruogienė übertrifft alle bisher behandelten Autoren bei weitem. Schon in ihrer Jugend trat sie mit umfangreichen historischen Studien an die Öffentlichkeit und verfaßte 1935 ein populäres Gymnasiallehrbuch, das, mehrfach ergänzt, immer wieder neuaufgelegt wurde. Vor kurzem wurde der Band in einer für Litauen äußerst hohen Auflage von 100000 Exemplaren herausgegeben und findet mangels anderer, nicht der sowjetischen Ideologie unterliegenden Lehrbücher übergangsweise in den Schulen Verwendung.[14] Was die litauisch-deutschen Beziehungen angeht, sind diese Lehrbücher von besonderer Bedeutung. Der 1935 erschienene Band war für memelländische Schulen bestimmt und enthielt deswegen viele neue, für unsere Untersuchung interessante Bereiche. Sie sind auch in dem Band von 1990 enthalten, der aber durch zusätzliche Abschnitte über die unabhängige Republik Litauen (1918–1940), die deutsche Okkupation im Zweiten Weltkrieg sowie die erste und zweite sowjetische Besatzung weitaus umfangreicher ist.

Das Auftreten eines neuen, nämlich des deutschen Nachbarn an der litauischen Grenze und die Kriege der Litauer mit den Ordensrittern werden ähnlich wie in den oben erwähnten Lehrbüchern, jedoch vor einem allgemeineren Hintergrund behandelt und nehmen daher nicht viel Raum ein. Die Verfasserin bespricht auch kurz einige kleinere, bisher nicht

[14] V. Daugirdaitė-Sruogienė, Lietuvos istorija (Geschichte Litauens). Kaunas 1935; dies., Lietuvos istorijos vaizdai ir raštai (Bilder und Schriften der litauischen Geschichte). Kaunas 1939; dies., Lietuvos istorija. Lietuva amžių sūkuryje (Geschichte Litauens. Litauen im Wirbel der Jahrhunderte). Chicago 1956; dies., Lietuvos istorija (Geschichte Litauens). Chicago 1987; dies., Lietuvos istorija (Geschichte Litauens). Vilnius 1990.

behandelte Themen: den Bau der Burg Memel, die Kolonialisierung der prussischen Stämme (deren Beginn sie auf 1280 datiert) sowie recht detailliert den Frieden am Melnosee, das Schicksal des Memellandes und die Schlacht bei Pabaiskas.

Auch für das 15. und 16. Jahrhundert werden neue Akzente gesetzt, wie beispielsweise Fragen zum preußischen Territorium im 15. Jahrhundert, die litauische Haltung während des dreizehnjährigen Krieges zwischen Polen und dem Orden oder der Anschluß des Memellandes an das Gebiet des Livländischen Ordenszweiges. Neue Strömungen im politischen und wirtschaftlichen Leben hätten den Orden veranlaßt, einen Konsens mit breiteren Bevölkerungsschichten, bestehend aus Rittern, Gutsbesitzern, freien deutschen und prussischen Bauern und auch Bürgern zu suchen, weswegen der Orden sich nach der Niederlage im Krieg gegen Polen schnell erholt und dem polnischen König 1497 den Gehorsam verweigert habe. Erstmals werden in einem litauischen Geschichtslehrbuch die Funktion der Hansestädte in Litauen beschrieben und die positiven Aspekte des Städtebundes auf die wirtschaftliche Entwicklung von Wilna, Trakai und Kaunas hervorgehoben.

Die Reformation in Preußen wird im sechsten Kapitel behandelt. Wie in den vorher besprochenen Lehrbüchern, nur bedeutend ausführlicher, erscheint die Rolle Luthers bei der Gründung der Evangelischen Kirche in Deutschland. Ferner werden beschrieben: die letzten Jahre des Ordens, die Person des brandenburgischen Herzogs Albrecht (wobei auf seine Verwandtschaft zu den litauisch-polnischen Fürsten hingewiesen wird), die Verbreitung der lutherischen Lehre innerhalb des Ordens, der Widerstand des Komturs von Memel und das Verschwinden des Katholizismus im gesamten Territorium. Gleichzeitig wird ein breites Panorama von Preußen geboten: die gemeinsamen Aufstände der deutschen, prussischen und litauischen Bauern, die Verwaltungsreform Herzog Albrechts, die Ausdehnung des Handwerks in den Städten. Herzog Albrecht habe die litauische Sprache belebt, um mit ihrer Hilfe das Luthertum zu verbreiten, wozu er gebildete Bürger aus Litauen eingeladen und neue Kirchen gestiftet habe, in denen die Pfarrer auf litauisch predigten.

Durch seine Initiative und mit seinem Geld sei auch das erste litauische Buch, der Katechismus von Martynas Mažvydas, gedruckt worden. Der Herzog habe auch die Universität Königsberg gegründet, die mit dem Aufstieg der litauischen Kultur und Wissenschaft sowie der Tätigkeit zweier litauischer Professoren, Stanislovas Rapagelionis und Abraomas Kulvietis, verbunden sei. Darüber hinaus unterstreicht die Autorin die Bemühungen Albrechts, das Luthertum durch litauische Intellektuelle nicht nur in Preußen, sondern auch in Litauen und Polen zu verbreiten,

wozu die Absicht gedient habe, kontinuierlich litauische Pfarrer an der Königsberger Universität auszubilden.

Große Aufmerksamkeit wird dem Zerfall des Livländischen Ordens gewidmet, d.h. dem Erscheinen des letzten Großmeisters Gotthard von Kettler im großen Sejm zu Wilna, seiner Unterwerfung und der Aufteilung der vom Orden verwalteten Ländereien. Bisher in keinem Schulbuch behandelt wurde die Geschichte Preußens zur Zeit der schwedischen Kriege und die Besetzung des preußischen Territoriums 1624 bis 1635.

Ausführlich geht die Verfasserin auf das Schicksal der preußischen Litauer im 17. und 18. Jahrhundert (S. 140-144) ein. Nach den Kriegen mit Schweden habe unter dem strengen Reglement des Kurfürsten Friedrich Wilhelm der Aufstieg Preußens begonnen. Gleichzeitig hätten sich die litauisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen intensiviert und der Einfluß Bogusław Radziwiłłs in Preußen zugenommen. Da der Kurfürst ein genaues Reglement angeordnet habe, seien diverse Gesetze (so auch eine Kleiderordnung) erlassen worden, die die Litauer aussonderten und diskriminierten. Wiederholt seien die von Litauern bewohnten Gebiete in jener Zeit (während der Kriege zwischen Deutschland und Frankreich) von Schweden besetzt gewesen.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts sei das von Berlin verwaltete Gebiet von der großen Pest und zusätzlich 1709 von einer Hungersnot heimgesucht worden. Nach diesem Unheil sei das Gebiet verödet, die letzten Prussen und viele Litauer gestorben. Kolonisten seien als neue Einwohner angesiedelt worden, doch auch nach der Kolonisierung sei Ostpreußen weiterhin hauptsächlich von Litauern bewohnt gewesen.

Während der Regierungszeit der preußischen Könige Friedrich Wilhelm und Friedrich II. habe sich Preußen zu einem führenden europäischen Staat mit einer strengen Ordnung entwickelt, während sich der litauisch-polnische Staat in gänzlicher Auflösung befunden habe. Der Aufstand der litauischen Bauern 1775/76 sei gewaltsam niedergeschlagen worden: ein Teil der Bauern habe sich im Gefängnis von Memel wiedergefunden, andere seien gezwungen gewesen, weiter als Leibeigene zu arbeiten. Am Schluß dieses Kapitels steht eine kurze Schilderung von Werk und Person des Kristijonas Donelaitis.

Behandelt werden außerdem der Sieg Napoleons über Deutschland und Preußen, der Frieden von Tilsit 1807, die Aufhebung der Leibeigenschaft, die Reformen in Preußen nach dem Tilsiter Frieden und die Verbesserung der Lage der Litauer, die nun Grund und Boden erwerben durften. Auch die Situation der Städter habe sich verbessert, als ihnen Rechte auf privates Handwerk und Handel ohne Zunftzwang eingeräumt worden seien. Was den litauischen Bevölkerungsanteil betrifft, betont die Autorin die noch

schwache Germanisierung, deren Einfluß auf die litauische Kultur und das Einwirken von Friedrich Wilhelm IV. auf die Ausbildung litauischer Pfarrer und Beamter.

Ein ganzes Kapitel (S. 167-169) ist dem Schicksal von Litauern und Preußen im 19. Jahrhundert gewidmet. Nach der Revolution von 1848 in Deutschland durften auch die ostpreußischen Einwohner ihre Vertreter in den preußischen Landtag wählen. Die Preußisch-Litauer hatten das Recht, acht Vertreter in den preußischen Landtag zu entsenden. Nach der Gründung des Deutschen Reiches 1870/71 habe eine der Hauptaufgaben der Bismarckschen Politik darin bestanden, die Bevölkerung ganz Deutschlands zu germanisieren. 1872 sei daher der litauische Schulunterricht verboten und Litauisch als Kirchensprache in Königsberg untersagt worden. Nach Meinung der Autorin führte eben die Repression des Litauertums zum Wiederentstehen eines litauischen Nationalgefühls: man habe Zeitungen herausgegeben, Vereine gegründet und schließlich 1898 den ersten litauischen Abgeordneten in den Deutschen Reichstag entsandt. Unter den national gesinnten Preußisch-Litauern hebt die Autorin besonders Wilhelm Storost-Vydūnas hervor, der den Geist der preußischen Litauer geweckt habe.

Dem Ersten Weltkrieg, im Buch der „Große Krieg" genannt, gilt gleichfalls ein ganzes Kapitel (S. 176-180). Zum ersten Mal wird in einem Schulbuch der Drang Rußlands nach Ostpreußen beschrieben, wobei Städte verbrannt, Hab und Gut beschlagnahmt und Bewohner ins Innere Rußlands verschleppt worden seien. Erst danach erfolgt eine Schilderung des deutschen Einmarsches in Litauen 1915, wobei ebenfalls Brände gelegt und Industrieanlagen zerstört worden seien. Die Besatzungsmacht habe hohe Steuern erhoben und persönliche Freiheiten eingeschränkt. Alle Geschehnisse dieser Zeit in Litauen wurden bereits in anderen Lehrbüchern geschildert. Dann folgt ein Abriß der unmittelbaren Nachkriegszeit: die Revolution 1918/19 in Deutschland, die Flucht des Kaisers nach Holland und der Friedensvertrag von Versailles, durch den Deutschland u.a. auch auf das Memelland verzichtete.

Unter der Überschrift „Die Wiedergeburt des unabhängigen Litauen" stellt die Autorin die Beziehungen zwischen der deutschen Regierung und der litauischen Taryba, den deutschen Unwillen, Litauens Unabhängigkeit anzuerkennen, sowie die günstige internationale Lage, die es Litauen gestattete, sich der deutschen Vorherrschaft zu entledigen, vor. Nur die Freiwilligenverbände unter Oberst Bermondt, die sich noch in Litauen aufgehalten hätten, hätten geraume Zeit die litauische Freiwilligenarmee beschäftigt, deren Kampf für Litauens Unabhängigkeit auch an anderen Fronten von großer Wichtigkeit gewesen sei.

Schon im Frieden von Versailles sei beschlossen worden, das Memelgebiet Litauen zu übergeben, da dort vorrangig Litauer lebten und es für Litauen der einzige Zugang zur Ostsee sei. Während das Gebiet zeitweise von den Franzosen verwaltet worden sei, hätten die Deutschen versucht, ihre Stellung zu sichern. Nach dem „Aufstand" 1923 hätten die Litauer die französischen Einheiten zum Abzug gezwungen und die versammelten Vertreter der litauischen Organisationen des Memellandes den Anschluß des Gebietes an Litauen in Heydekrug verkündet. Dennoch sei das Memelland relativ selbständig geblieben. Zweifellos habe es vor und nach dem Anschluß deutsch-litauische Konflikte gegeben, insbesondere im Zusammenhang mit der Entstehung der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland.[15] Deutschland habe auf Litauen ökonomischen Druck ausgeübt, was für die litauische Wirtschaft, die stark am deutschen Markt orientiert gewesen sei, schwere Folgen gehabt hätte.

Selbst die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag zugunsten Litauens sei von Deutschland mißachtet worden. Zwischenzeitlich habe sich der Nationalsozialismus in Deutschland immer mehr ausgeweitet. 1939 habe Deutschland der litauischen Regierung ein Ultimatum gestellt und das Memelland abgetrennt; am 22. März sei die deutsche Wehrmacht einmarschiert. Eine grausame Verfolgung der memelländischen Litauer habe begonnen. Litauische Behörden und einzelne Familien seien manchmal unter Zurücklassung ihres Vermögens gezwungen worden, Memel zu verlassen.

Nachdem 1939 der Molotov-Ribbentrop-Pakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion abgeschlossen worden war, begann der Zweite Weltkrieg. Stalin und Hitler hätten sich Litauen geteilt. Außer dem bereits besetzten Memelland habe Deutschland noch das Gebiet von Suwalki beansprucht, während das übrige Litauen an Rußland fallen sollte. Nach einer grausamen, obwohl kurzen sowjetischen Besatzung mit Deportationen, Verhaftungen und Massenerschießungen von Litauern (1940/41) seien einige litauische Politiker der Ansicht gewesen, von deutscher Seite drohe weniger Gefahr als von Rußland. Der Einmarsch der deutschen Wehrmacht am 22.6.1941 sei mit dem Angriff litauischer Partisanen auf die noch verbliebenen Kommunisten, sich zurückziehende sowjetische Einheiten und der Befreiung der letzten schon zur Verbannung nach Sibirien vorgesehenen Transportzüge zusammengefallen. Ohne Rücksicht auf eine rasch gebildete litauische Regierung hätten die Deutschen jedoch alles in die eigene Hand genommen und im Juli 1941 ihre Zivilverwaltung für

[15] Daugirdaitė-Sruogienė, Lietuvos istorija (wie Anm. 14), S. 333-337.

Litauen, Lettland und Estland unter der Bezeichnung Ostland etabliert. Obwohl es wieder Opfer an Menschenleben gegeben habe (Massenerschießungen von Juden), sei diese Okkupation zweifellos weder mit den Grauen der ersten noch der zweiten sowjetischen Besatzung vergleichbar. Die Autorin fügt einen umfangreichen Auszug aus den Erinnerungen ihres Mannes an seine Zeit in einem deutschen Konzentrationslager bei, in das er, ein bekannter Schriftsteller und Wilnaer Universitätsprofessor, als litauische Geisel geriet, als sich junge Litauer 1943 weigerten, einem deutschen Mobilisierungsaufruf Folge zu leisten.[16]

Am Ende des Krieges seien die Litauer in eine besonders tragische Lage geraten. Einerseits habe noch der Druck der deutschen Besatzungsmacht bestanden, andererseits sei die kommunistische Gefahr im Anmarsch gewesen. Doch die Litauer hätten sich den Bolševiki nicht so einfach unterwerfen wollen und daher mit Genehmigung der Deutschen Selbstschutzeinheiten unter Führung des Generals Plechavičius aufgestellt.

Für die Geschichte der litauisch-deutschen Beziehungen spielt auch das Kapitel „Litauer im Exil" eine wichtige Rolle. Angesichts der zweiten russischen Okkupation flüchteten etwa 100 000 Litauer unter Zurücklassung ihres gesamten Besitzes nach Deutschland. Dort wurden sie in Lagern für „Displaced Persons" untergebracht. In den Lagern habe es Kindergärten, verschiedene Kurse, Grund- und Mittelschulen gegeben. In der Nähe von Hamburg seien Litauer gemeinsam mit Letten und Esten an einer baltischen Universität tätig gewesen, in Freiburg an einer Kunstschule. Man habe Zeitungen verlegt, Konzerte veranstaltet, Lehrbücher verfaßt, Bücher veröffentlicht, kurzum: die Flüchtlinge seien auf ein zukünftiges Leben im Westen vorbereitet worden.

Das Werk von Vanda Daugirdaitė-Sruogienė stellt die litauisch-deutschen Beziehungen in ihrem ganzen Umfang bis jetzt wohl am folgerichtigsten dar: von den Kämpfen mit den Ordensrittern, den Beziehungen der preußischen und litauischen Einwohner zu den Deutschen und deren Beitrag zur litauischen Kultur, dem Germanisierungsprozeß in Kleinlitauen, dem Memellandproblem im Laufe der Jahrhunderte bis zum Ersten und Zweiten Weltkrieg als Höhepunkte der negativen Beziehungsphase. Das Lehrbuch selbst endet allerdings mit einem positiven Aspekt: Deutschland wurde das Sprungbrett der litauischen Flüchtlinge (vor allem aus der Bildungsschicht) auf dem Weg in die Emigration.

---

[16] Ebenda, S. 386-389. Auszug aus: B. Sruoga, Dievų miškas (Der Götterwald). Chicago 1959.

In verwandter historiographischer Tradition wurde ein vierbändiges Werk von Vincentas Liulevičius verfaßt und in Chicago herausgegeben.[17] Es handelt sich um ein hervorragend illustriertes Lehrbuch, das bestimmt ist für die Nachkommen der Emigranten, die Litauen nicht kennen. Das Lehrbuch behandelt die Ereignisse nicht chronologisch, sondern nach Themenkomplexen geordnet. So werden die Beziehungen der Litauer zu ihren Nachbarn, zu Russen, Polen, Deutschen und Schweden, im dritten Band geschildert, wobei die litauisch-deutschen Beziehungen fast ein Drittel des Inhalts einnehmen.[18]

Zweifellos kann man nach einer so detaillierten Abhandlung der litauisch-deutschen Beziehungen im Lehrbuch von Vanda Daugirdaitė-Sruogienė keine neuen Bereiche, Tatsachen und Ereignisse erwarten, zumal ein gewisser Umfang nicht überschritten werden kann. Es lohnt sich dennoch, einige Interpretationen des Buches vorzustellen. Dabei geht es vor allem um die litauisch-deutschen Beziehungen im 20. Jahrhundert. Bemerkenswert detailliert bespricht der Autor, eingebunden in den internationalen Hintergrund, die Ursachen der Konferenz von Wilna (17.-23.9.1917) und die unterschiedlichen Absichten der Deutschen und Litauer. Obwohl die Deutschen die Genehmigung für die Konferenz gegeben hätten, hätten sie selbst nicht daran teilgenommen. Im Unterschied zu Kurland und der Ukraine sei es den Deutschen nicht gelungen, einen vertrauenswürdigen Rat zu bilden, da die Litauer fürchteten, ein derartiges Gremium werde ein Instrument der Besatzungsmacht werden. Daher sei einstimmig beschlossen worden, einen unabhängigen litauischen Staat zu gründen.

Doch auch nach der Unabhängigkeitserklärung vom 16.2.1918 habe man in Deutschland geplant, Litauen in Personalunion mit den Fürstenhäusern Preußen oder Sachsen zu verbinden und einen Sohn des Kaisers auf den litauischen Thron zu setzen, während die litauische Taryba dem politisch ungefährlicheren Fürst Urach von Württemberg ein Thronangebot unterbreitet habe. In Litauen hätte sich jedoch Widerstand gezeigt, und die ganze Angelegenheit sei durch die Revolution in Deutschland in Vergessenheit geraten. Bei der Behandlung der Besatzung im Zweiten Weltkrieg wird erwähnt, daß in dieser Zeit 125 000 Juden erschossen wurden und Bischöfe sowie andere herausragende Persönlichkeiten dagegen zu protestieren wagten. Etwa 29 500 Litauer seien ins Gefängnis oder in

[17] V. Liulevičius, Lietuvių tautos ir valstybės istorija (Die Geschichte des litauischen Volkes und Staates). Bd. I-IV, Chicago 1973–1976.

[18] Ebenda, Bd. III, S. 107-162.

Arbeitslager geraten, ca. 6 000 dabei umgekommen. Mehr als 30 000 Personen seien zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich deportiert worden, von denen ein Teil der in der Rüstungsindustrie Arbeitenden bei Bombenangriffen umgekommen sei. Bereits Vanda Daugirdaitė-Sruogienė hatte erwähnt, daß beim Heranrücken der Sowjets Selbstschutzeinheiten unter General Plechavičius aufgestellt wurden. In Liulevičius' Lehrbuch finden sich neue Fakten: die Deutschen versuchten nämlich, die Verbände in die SS einzugliedern, woraufhin die Männer flüchteten. Ein Teil der Soldaten und Offiziere sei erschossen, Plechavičius und der gesamte Stab ins Konzentrationslager gebracht worden. Daher seien in Litauen im Unterschied zu Estland und Lettland keine SS-Einheiten entstanden. Durch die deutsche Niederlage sei das Memelgebiet dem besetzten Litauen zurückgegeben und das Königsberger Gebiet an die Sowjetunion angeschlossen worden. Nun hätten Litauen und Deutschland keine gemeinsame Grenze mehr gehabt.

Mit diesem kurzen Kommentar zu Liulevičius' Lehrbuch sei jener Teil der Analyse beendet, der sich auf die von der jungen Historikergeneration der Republik Litauen zwischen 1918 und 1940 verfaßten Lehrbücher bezieht bzw. auf die in der gleichen historiographischen Tradition stehenden Lehrbücher der Emigration, deren Autoren die Universität Kaunas absolvierten.

Inzwischen setzte sich im sowjetisch besetzten Litauen die marxistisch-sowjetische Geschichtsauffassung durch, die sich scharf „gegen antiwissenschaftliche und bourgeois-nationalistische Geschichtskonzeptionen, gegen nationalistische Strömungen"[19] abgrenzte. Die marxistische Schule bestimmte auch den Blickwinkel auf die deutsch-litauischen Beziehungen und gestattete den litauischen Historikern nur ein schmales Themenspektrum, wobei Forschungen über die litauischen Kämpfe gegen die Ordensritter stets gefördert wurden. In den Arbeiten von R. Jašas, M. Jučas, R. Varakauskas, K. Sideravičius, B. Dundulis und insbesondere von P. Pakarklis wurde versucht, die Deutschen und vor allem die Päpste als ewige Feinde des litauischen Volkes zu porträtieren. Ein weiteres, im katholischen Litauen gefördertes Forschungsthema umfaßte den Bereich von Renaissance und Reformation, wobei letztere positiv bewertet wurde und so auch Forschungen über die kulturellen litauisch-preußischen Beziehungen zuließ. Auf diesem Gebiet haben sich J. Jurginis, I. Lukšaitė und A. Bumblauskas sowie weitere Historiker Verdienste erworben.

[19] K. Sideravičius, Lietuvos TSR istorija (Geschichte der Litauischen SSR), in: Tiesa Nr. 137 vom 12. Juni 1959.

Alle erwähnten Tendenzen spiegeln sich auch in den Nachkriegslehrbüchern wider. In den Grundschulen wurde litauische Geschichte leider überhaupt nicht gelehrt, in den Mittelschulen unterrichtete man „Geschichte der UdSSR", in deren Rahmen die litauische Geschichte nur ein kleines, stark ideologisiertes Fragment darstellte, das sich hauptsächlich mit der Darstellung der Klassenkämpfe und der Veränderung von Gesellschaftsordnungen beschäftigte. So wurde die Tradition der litauischen Geschichtslehrbücher unterbrochen.

Eines der länger benutzten Lehrbücher war das vergleichsweise recht wenig ideologisch ausgerichtete Werk von M. Jučas und V. Merkys, das dem Lehrbuch für Geschichte der UdSSR (Klasse sieben bis neun) beigelegt wurde.[20] Es umfaßt den Zeitraum vom Altertum bis 1917. Traditionsgemäß stehen die Kämpfe der Prussen und Litauer mit den Ordensrittern im Vordergrund, wobei die heroischen Momente der Schlachten stark betont werden. Leider werden die Reformation und der Livländische Krieg nur flüchtig gestreift. Am Ende des Bandes kommen die Autoren anläßlich der Erörterung der deutschen Herrschaft im Memelland sowie der deutschen Okkupation im Ersten Weltkrieg auf die litauisch-deutschen Beziehungen zurück. Die Kapitelüberschriften zeugen von der Absicht, vorrangig die Germanisierungspolitik hervorzuheben, anstatt die litauische nationale Wiedergeburt in den Vordergrund zu rücken. Dabei handelt es sich um ein Zugeständnis an die Zensur, denn inhaltlich ist der Band wie auch die Werke anderer gewissenhafter Historiker relativ objektiv. Im Vergleich zu anderen Lehrbüchern wird ausführlich auf die Entwicklung von Handel, Hafen und Industrie in Memel eingegangen, natürlich nicht ohne die in der marxistischen Geschichtsschreibung üblichen Übertreibungen zur schweren Lage des Proletariats, zum Klassenkampf und zur großen Bedeutung des Memellandes bei der Beförderung marxistischer Literatur nach Rußland.

Ähnlich ist auch das von J. Jurginis und V. Merkys verfaßte Lehrbuch für die siebte bis neunte Mittelschulklasse zu bewerten.[21] Das für drei Schuljahre vorgesehene Lehrbuch umfaßt nur 130 Seiten. Im Vorwort wird darauf hingewiesen, daß die Geschichte Litauens in den Schulen nicht mehr als gesondertes Fach, sondern als Bestandteil der Geschichte der UdSSR gelehrt wird. Schon im Kapitel über die Entstehung des litauischen Großfürstentums wird ausgeführt, die Errichtung des litauischen

---

[20] M. Jučas, V. Merkys, Marksistinė Lietuvos istorija (Marxistische litauische Geschichte). Vilnius 1978; 6. Aufl., Vilnius 1986.

[21] J. Jurginis, V. Merkys, Lietuvos TSR istorija (Geschichte der Litauischen SSR). Vilnius 1978; 4. Aufl., Vilnius 1984.

Staates sei eine Reaktion auf die äußeren Gefahren gewesen, da im 12. Jahrhundert der Einbruch der deutschen Feudalen in die baltischen Länder begonnen habe, der von der katholischen Kirche unterstützt worden sei. Im folgenden Kapitel „Die Stärkung des litauischen Staates" stehen schon die konkreten Kämpfe gegen die Kreuz- und Schwertordensritter im 13. Jahrhundert und der von Herk Monte angeführte Prussenaufstand im Mittelpunkt. In den folgenden Kapiteln werden die Kriege mit den Ordensrittern in Abfolge der Regierungsperioden einzelner Fürsten kurz aufgezählt. Einzig im Kapitel „Die Union mit Polen und der Sieg über die Kreuzritter" wird dargelegt, daß die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen den Orden maßgeblich die Union von Kreve 1385 zwischen Litauen und Polen bestimmt habe. Dieses Bündnis habe maßgeblich den litauisch-polnischen Sieg in der Schlacht von Tannenberg begründet. Im darauffolgenden Kapitel „Leibeigenschaft und Herrschaft des Adels" wird kurz auf die Schlacht von Pabaiskas 1435 eingegangen, in der der Livländische Ordenszweig geschlagen wurde.

Unter der Überschrift „Aufstieg der Kultur" wird die Rolle Königsbergs bei der Ausbreitung der Reformation nach Litauen flüchtig gestreift. Auf die litauisch-deutschen Beziehungen kommt man dann erst wieder am Buchende, im Kapitel „Das Memelland unter preußischer Herrschaft" zu sprechen. Hauptsächlich werden die Germanisierungspolitik und der litauische Widerstand dagegen behandelt, abschließend Arbeiterunruhen im Memelland und in Preußen 1848 erwähnt, wobei der Angriff auf Betriebe in Prökuls hervorgehoben wird.

Eines der am stärksten ideologiebefrachteten Lehrbücher stellt die „Geschichte der Litauischen SSR" von A. Gaigalaitė und R. Žepkaitė dar, die den Zeitabschnitt 1917 bis 1971 behandeln.[22] Bereits während der Entstehung der Litauischen Republik habe einzig die Litauische Kommunistische Partei den Willen des Volkes vertreten, während die Konferenz der Litauer und die Taryba mit der deutschen Besatzungsmacht zusammengearbeitet und sich „für ewige, feste Bündnisbeziehungen mit Deutschland" ausgesprochen hätten. Erst die Oktoberrevolution in Rußland und der revolutionäre Kampf in Litauen 1917/18 habe Deutschland gezwungen, seine Truppen aus Litauen abzuziehen, während die litauische Bourgeoisie nur danach gestrebt habe, ihr Schicksal mit dem imperialistischen Deutschland zu verknüpfen. Den Angriff der Roten Armee auf Litauen 1919 bezeichnen die Verfasserinnen als „Kampf des Volkes gegen die

[22] A. Gaigalaitė, R. Žepkaitė, Lietuvos TSR istorija (Geschichte der Litauischen SSR). Kaunas 1968; 4. Aufl., Kaunas 1972.

Bourgeoisie und die deutsche Besatzung", während sie die Vertreibung der russischen Armee aus Litauen als einen von Konterrevolutionären unternommenen Erstickungsversuch der Sowjetmacht interpretieren. Ähnlich verdreht wird der Kampf mit den Bermondt-Truppen geschildert: Die bourgeoise Regierung Litauens habe die Einwohner der Dörfer und Kleinstädte nicht beschützt, weswegen die Volksmassen eingreifen mußten. Erst dann sei, völlig unerklärlich woher, die bourgeoise Armee erschienen und habe die Bermondt-Truppen bei Radviliškis am 21. November 1919 zerschmettert.

Der Anschluß des Memelgebietes an Litauen erfährt ebenfalls eine interessante Neuinterpretation. Einzig die sowjetrussische Regierung habe dafür gekämpft, daß das Memelland an Litauen übergeben werde. Die litauische bourgeoise Regierung dagegen habe sich erst nach der französischen Ruhrbesetzung zum Anschluß des Memellandes entschlossen. Natürlich findet die litauische „Revolution" 1940 wie auch der „Anschluß" an die Sowjetunion eine positive Bewertung, die Deportationen und die hohe Zahl an menschlichen Opfern werden nicht berücksichtigt. Zur deutschen Okkupation heißt es nur: „Einmarsch der deutschen Wehrmacht am 22.7.1941." Anschließend wird vom Widerstand der Roten Armee bei Raseiniai, Šiauliai, Alytus und Zarasai berichtet. Das deutsche Besatzungsregime wird mit allen Grausamkeiten geschildert, wobei die bourgeoisen Nationalisten natürlich den Okkupanten beistanden. Kein Wort über die Aktivitäten der Litauer bei der Verjagung der Kommunisten aus dem Land. Quellenmäßig nicht verifizierbar bleibt die Behauptung, 500000 Zivilpersonen seien in Litauen umgekommen.

Der Kampf gegen die deutsche Besatzung wird eingehend dargestellt, wobei aber jede Handlung auf das Wirken der von Moskau geschickten roten Partisanen zurückgeführt wird. Obwohl die Kapitelüberschrift „Der Kampf des litauischen Volkes gegen die deutschen Okkupanten" lautet, ist vom Kampf des „Volkes" nichts zu bemerken, und die Partisanen werden von Männern geleitet, die zu jener Zeit in Moskau saßen: der Stab der litauischen Partisanenbewegung unterstand dem Sekretär der Litauischen Kommunistischen Partei, Antanas Sniečkus. „Die ständige Unterstützung des Volkes war die Quelle ihrer unerschöpflichen Kraft", wird in diesem Kapitel behauptet, obwohl sich diese „ständige Unterstützung" durch keinerlei historische Dokumente bestätigen läßt. In der Sowjetunion wurde die 16. Schützendivision aufgestellt, deren Soldaten in der Mehrzahl schon aufgrund mangelnder Ausbildung und Führung während der ersten Kämpfe fielen. Als die Reihen der Division wieder aufgefüllt waren, konnte man sie nicht mehr als litauisch bezeichnen, da die Litauer nur noch eine Minderheit darstellten. In dem Lehrbuch wird „die

Befreiung" von der deutschen Okkupation ausführlich geschildert und natürlich kein Wort über den Beginn der noch schlimmeren zweiten sowjetischen Besetzung verloren, durch die nahezu ein Drittel des litauischen Volkes umgekommen ist. Bei der Arbeit handelt es sich um ein „normales" Nachkriegslehrbuch, das nicht besser und nicht schlechter ist als die übrigen. Es wurde besonders hervorgehoben, da es der litauischen Schuljugend ein typisches, nach dem Kanon der marxistischen Geschichtsschreibung zusammengestelltes, auf Demagogie und Fälschungen beruhendes Geschichtsbild vermittelte, um sie im Geist eines Sowjetpatriotismus zu erziehen. Die junge Generation sollte nie vergessen, daß die Deutschen ewige Feinde des litauischen Volkes seien, die Freundschaft zu den Russen jedoch schon seit der Kiewer Rus bestünde.

Seitdem man in den letzten drei Jahren begonnen hat, ein nationales Schulkonzept einzuführen, und auch die staatliche Unabhängigkeit wieder hergestellt wurde, hat sich die Lage stark verändert. Litauische Geschichte wird nicht mehr als Teil der Geschichte der UdSSR, sondern als eigenständiges Fach von der fünften bis zur zwölften Klasse gelehrt. Doch es war unmöglich, so schnell neue Lehrbücher herauszugeben. So wurde anfangs das bereits besprochene Werk von Vanda Daugirdaitė-Sruogienė benutzt, bis im letzten Jahr einige neue Lehrbücher litauischer Autoren erschienen.

In der fünften Klasse beginnt man mit einem Einführungskurs in die litauische Geschichte, bei dem mit Hilfe populärer Sujets ein Überblick gegeben wird. Nicht zufällig schreibt man im Kapitel „Litauens Feinde" über die Ansiedlung der Kreuzritter und des Schwertbrüderordens an der Ostsee, dem sich ein Beitrag über den großen Prussenaufstand 1260 bis 1274 anschließt. In dem Kapitel „Wie die Vorväter Litauen verteidigten" wird die jedem Litauer gut bekannte Geschichte „Die Verteidigung von Pilenai" dargestellt. Es geht um den Heldenmut des Fürsten Margiris und seiner Anhänger, die lieber im Feuer verbrannten, als in die Gefangenschaft der Kreuzritter zu geraten. Ein umfangreicher Abschnitt steht im Zeichen der Schlacht von Tannenberg. Damit wird offensichtlich, daß die deutsch-litauischen Beziehungen — wenigstens in bezug auf das Mittelalter — gemäß der schon besprochenen traditionellen litauischen Geschichtsschreibung behandelt werden. Sie treten erst am Ende des Buches anläßlich der Behandlung des Ersten und Zweiten Weltkrieges sowie der deutschen Besetzungen wieder in den Vordergrund. Die Darlegung folgt den traditionellen Linien, ähnlich den im Exil erschienenen Lehrbüchern.

In dem neuen Lehrbuch von Adomas Butrimas[23] für die sechste und siebte Klasse (Vom Altertum bis zum Tod Vytautas' des Großen) werden die Beziehungen zwischen Balten und Germanen anhand neuester Forschungsmaterialien erörtert. Das Buch beginnt im Kapitel „Die Balten zur Zeit der Völkerwanderung" mit dem Verhältnis zwischen Goten und Westbalten, wobei sich der Autor auf historische Quellen und von Archäologen entdeckte gotische Gräber am Unterlauf der Memel stützt. Im Kapitel „Die Entstehung der Litauer und Litauens" wird das Schicksal der baltischen Stämme außerhalb des litauischen Staates besprochen. Ein Teil der Nadrauer sei nach Litauen abgewandert, ähnlich hätten sich Pogesanier und Barten nach dem prussischen Aufstand (1260–1274) verhalten. Ihren Kampf gegen die Kreuzritter hätten sie als Bewohner des Großfürstentums Litauen fortgesetzt. Zwischen 1250 und 1283 sei ein Teil der Jodvinger nach Litauen eingewandert, und nach der Schlacht von Durbė hätten sich auch die Kuren zwischen 1261 und 1267 nach Litauen zurückgezogen. Als der Livländische Ordenszweig Ende des 13. Jahrhunderts die Semgallen unterjocht habe, seien ca. 10000 Semgallen nach Litauen gezogen. Die Niederlagen in den Kriegen mit dem Orden habe das von Balten bewohnte Territorium beträchtlich beschränkt, und zwar auf den Raum zwischen Weichsel und Memel.

Zwei Kapitel des Lehrbuches werden den Kriegen zwischen Litauern und Ordensrittern gewidmet. Nach der Vorstellung ikonographischen Materials und diversen Schemata werden der Zeitabschnitt vom 13. bis zum 14. Jahrhundert und die Schlacht von Tannenberg geschildert. Im Kapitel „Der Weg des Christentums nach Litauen" behandelt Butrimas eine diplomatische Niederlage des Ordens gegen Litauer und Polen beim Reichstag von Konstanz 1415, infolgedessen 1477 das Bistum Schemaiten gestiftet wurde. Im letzten Kapitel des Buches werden die positiveren Seiten der deutsch-litauischen Beziehungen hervorgehoben, etwa der vom Hochmeister des Ordens gegebene Empfang für die Gemahlin Vytautas' des Großen auf der Marienburg 1408, wobei ihr Ulrich von Jungingen ein Klavichord und Portativ schenkte und damit bewies, daß der Orden nicht nur im Kriegführen vorbildlich war.

Die „Litauische Geschichte für die neunte Klasse" von A. Brazauskas umfaßt den Zeitabschnitt von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1918.[24] Im Kapitel „Litauen unter der Herrschaft des deutschen Kaiserreiches" wird der Themenkomplex in traditioneller Weise abgehandelt, wobei der Autor

[23] A. Butrimas, Lietuvos istorija (Litauische Geschichte). Vilnius 1992.
[24] A. Brazauskas, Lietuvos istorija IX klasei (Litauische Geschichte für die neunte Klasse). Kaunas 1992.

sich auf von P. Čepėnas und V. Merkys veröffentlichte Untersuchungen stützt. Neu ist, daß zeitgenössische Erinnerungen an den Ersten Weltkrieg beigefügt wurden. Im vorletzten Kapitel „Die politische Situation in Litauen nach der Verkündigung der Unabhängigkeit" werden der diplomatische Kampf zwischen der litauischen Taryba und Deutschland sowie der allmähliche Rückzug des deutschen Heeres aus Litauen ganz im Geist der jungen Kaunaer Historiker anhand der Werke von A. Šapoka und P. Klimas geschildert.

Anhand unseres Überblicks zur Darstellung der deutsch-litauischen Beziehungen in litauischen Geschichtslehrbüchern lassen sich folgende Schlußfolgerungen ziehen:

1. Besonders in den frühen Lehrbüchern konzentrieren sich die Autoren auf die Kriege zwischen Litauern und Kreuzrittern, wobei das Bild des Deutschen als eines grausamen Feindes des litauischen Volkes entsteht.
2. Die Historiker der unabhängigen Republik Litauen waren dagegen in der Lage, den kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen Preußen und Litauen vom 16. bis zum 19. Jahrhundert auch positive Seiten abzugewinnen.
3. Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Litauen wurden dabei völlig außer acht gelassen.

Bleibt zu hoffen, daß nach den Gesprächen zur Gründung einer deutsch-litauischen historischen Schulbuchkommission 1992 auch die Beziehungen zwischen beiden Völkern objektiv und vielseitig in den litauischen Geschichtslehrbüchern dargestellt werden und so zur Erziehung der Jugend im Geist von Demokratie und nachbarschaftlicher Verständigung beitragen.

MITTEILUNGEN

Die Vergangenheit ist kein anderes Land. Literarische und übrige Topoi deutsch-litauischer Nachbarschaft

„Den äußersten Nordosten der Provinz Ostpreußen nimmt die Landschaft Litauen ein, im Süden durch den Goldapfluß von Masuren geschieden, im Westen bis zur Alle und Deime reichend. Von der Deimemündung bis Cranz bildet der Südrand des Kurischen Haffes die Grenze gegen das Samland; im Nordwesten rollen die Wogen der Ostsee gegen die Dünenketten der Kurischen Nehrung, die ebenso wie das Haff der litauischen Landschaft zuzurechnen ist. Im Südwesten ziehen wir die Grenzlinie von der Goldapmündung über Nordenburg und Gerdauen nach Friedland und greifen der natürlichen Abrundung zu Liebe ein wenig über das eigentlich litauische Gebiet hinaus. Im Osten bildet gegen Rußland die Szeszuppe auf kurze Erstreckung eine natürliche Grenze. Wo wir aber auch von Litauen aus das russische Reich betreten, überall werden wir mit einem Schlage in eine andere Welt versetzt. Wir finden ein anderes Volk, eine andere Sprache, eine andere Religion und anderes sittliches Empfinden, andere Sitten und Gebräuche, eine andere Lebensweise."

„Litauen" bedeutet für Albert Zweck, Oberlehrer am Königlichen Luisen-Gymnasium zu Memel, in seiner 1898 erschienenen Landes- und Volkskunde gleichviel wie Preußisch-Litauen und eröffnet ganz selbstverständlich als erster Band die Reihe „Deutsches Land und Leben in Einzelschilderungen". 1808 war die Gumbinner Kriegs- und Domänenkammer in „Kgl. Preußische Litthauische Regierung" umbenannt worden; als östlichster Regierungsbezirk des Königreichs Preußen umfaßte Gumbinnen neben den masurischen Kreisen und mit der Ausnahme von Stadt und Kreis Memel, die zum Regierungsbezirk Königsberg zählten, eben dieses „Preußisch Litauen", dem faktisch 1920 und völkerrechtlich 1924 mit der Konvention über das Memelland die Teile nördlich der Flüsse Memel, Ruß und Skierwiet und nördlich des Nehrungsdorfes Pillkoppen amputiert wurden. Ein halbes Jahrtausend, seit im Jahre 1422 Deutscher Orden und Litauens Großfürst sich die Große Wildnis teilten, hatte hier die Grenze Preußens und des Deutschen Reiches Bestand. Sie war eine der stabilsten in Europa überhaupt.

Der Generation von Flüchtlingen und Vertriebenen, die ihre Erinnerung pflegen an die Heimat in Ostpreußen, ist die litauische Prägung des

östlichen Preußenlandes in Vergessenheit geraten — eine nachwirkende Prägung der „Erlebnisgeneration" durch die Germanisierungspolitik der Nationalsozialisten. Sie hatten Darkehmen zu Angerapp, Stallupönen zu Ebenrode, Pillkallen zu Schloßberg, die Szeszuppe zum Ostfluß umbenannt, von den zahllosen Dörfern und Gütern zu schweigen, deren Namen litauische Nähe spiegelten. Mühsam nur findet historisch und topographisch sich der zurecht, dem die Kartennachdrucke des Berliner Instituts für Geodäsie die Wege weisen sollen: sie zitieren allein den zuletzt gültigen Namensstand. Eine doppelte und dreifache Namenskonkordanz nur hilft dem, der etwa mit Adolf Boettichers „Bau- und Kunstdenkmälern der Provinz Ostpreußen" das alte Preußenland bereisen will. Heft V seiner Reihe hat Boetticher 1895 mit „Litauen" überschrieben; es behandelt die Kirchspiele zwischen Schmalleningken und Nidden, zwischen Memel und Nemmersdorf.

Die Öffnung der Grenzen zum Osten, die neue Kenntnis der Landschaften zwischen Oder und Memel, zwischen Düna und Dnjestr, ruft auch Preußens Litauen ins Gedächtnis zurück als eine jener Zonen Sarmatiens, in denen Deutsche, Litauer, Russen, Polen, Ruthenen einander begegneten, unter ihnen allen die Judenheit.

Schriftsteller und Theologen des Preußenlandes haben litauische Kultur und Sprache ins Bewußtsein gerufen und lebendig erhalten. Beiden haben sie in Königsberg eine wissenschaftliche und pädagogische Heimat geschaffen, die im 19. und ins 20. Jahrhundert hinein wesentliche Impulse aussandte zum Neugewinn litauischen Selbstbewußtseins und zur Begründung nationallitauischer Identität jenseits der Grenzen Preußens.

Aus der recht kargen litauischsprachigen Tradition leuchtet Kristijonas Donelaitis — latinisiert Christian Donalitius. In Lasdinehlen, wenige Kilometer ostwärts von Gumbinnen, wird Donelaitis 1714 geboren. Ende der 80er Jahre unseres Jahrhunderts, kurz vor der großen Wende noch, haben Bulldozer die Häuser und Gärten des Guts zu weiten Ackerschlägen planiert. Litauer haben im Frühjahr 1992 ihrem Donelaitis hier einen Findling gesetzt, die Erinnerungsschrift russisch und litauisch, und ihm ein paar magere Bäumchen gepflanzt, ein Zeichen lutherischer Hoffnung.

Als Armenstudent, der sich mühsam über Wasser hält, studiert Donelaitis in Königsberg Theologie. 1740 geht er als Kantor und Rektor nach Stallupönen, 1743 als Pfarrer nach Tollmingkehmen. Im Siebenjährigen Krieg weicht er vor den russischen Besatzungstruppen mit seiner Gemeinde mutig in die Wälder der Rominter Heide. Donelaitis predigt und schreibt deutsch und litauisch. Seinen litauischen Bauern ist er bis zum Tode 1780 Seelsorger und Entwicklungshelfer zugleich, baut Klaviere ebenso wie Thermometer. Sein Epos in Hexametern „Metai", „Jahreszeiten" markiert

den Aufbruch litauischer Literatur. Deftig und lehrhaft malt es Preußisch-Litauens dörfliche Wirtschaft: „Nicht nach französischer, oder nach deutscher Art euch belobend, / Sondern nach Art der Bauern, als Freund und alter Bekannter, / Ehrlich herausgesagt, so wie sich die Worte mir fügten."

Unweit der litauisch-preußischen Grenze erreichen wir von Stallupönen südwärts über leere Asphaltstraßen und durch Felder, auf denen die Natur zu Atem kommt, das Dorf Tollmingkehmen, Čistye Prudy; sein deutscher Name hat sich groß und deutlich am halb verwaisten Bahnhof gehalten. Litauische Initiative hat hier, eine halbe Stunde südostwärts von Gumbinnen, aus Ruinen und Schutt Kirche und Pfarrhaus und die Gebeine des Christian Donalitius gerettet. Ein Museum ist ihm im Kirchenraum gewidmet; in der Gruft unter dem Altar liegt Donelaitis begraben.

Martin Ludwig Rhesa, als Reehse im heute verwehten Karwaiten geboren, zwischen Nidden und Schwarzort auf der Kurischen Nehrung, hat 1818 als erster die „Jahreszeiten" ins Deutsche übertragen. Seit 1810 Professor in Königsberg und Direktor des neugeschaffenen Litauischen Seminars, sammelt und übersetzt Rhesa litauische Lyrik und hebt sie ins Bewußtsein der Deutschen. Wo die Dünen sein Heimatdorf bedecken, haben die Litauer dem Avantgardisten ihrer Wiedergeburt ein Mal aus Nehrungsholz errichtet.

Ludwig Passarge aus Wolittnick am Frischen Haff, Richter in Heiligenbeil, Insterburg und Königsberg, hat Donelaitis 1894 ein zweites Mal ins Deutsche übertragen. Dauerhafter überleben seine Studien und Bilder „Aus Baltischen Landen", 1878 in Glogau erschienen, mit ihren Berichten von der Kurischen Nehrung. Passarge hat uns einen Sonntagsgottesdienst der Fischer von Nidden überliefert, ergeben, bestimmt, freudig, mit einem Gesang „von einer so gewaltigen Wirkung, daß uns jede Fiber erzittert", Kraft von tief innen. „Hier ist kein Kunstprodukt, kein Resultat ungeheurer Anstrengungen, keine raffinirte Berechnung. Wie eine Pflanze, wie ein Baum mit seinen Aesten, Zweigen, Blättern und Blüthen, ist der Gesang aufgegangen und aufgewachsen und Keiner hat etwas dazu gethan oder von ihm abgenommen. Dort ist Menschenwerk, hier ein Werk der Natur."

Zwei Jahrzehnte nach Passarges Besuch wird in Nidden eine eigene Kirche geweiht, in neugotischen Formen auf niederem Hügel über dem Haff. Heute dient sie erneut den Protestanten. Ein paar Schritte nordwärts pflegt Nidden sein Kleinod, den Friedhof. Lovis Corinth hat ihn 1893 gemalt, den Blick durch die Kiefern über die Kurenkreuze zur Weite des Haffs. Das Bild hängt in Münchens Neuer Pinakothek.

Drei Jahre zuvor schon zeichnet Corinth den Brunnen vor Niddens alter Dorfwirtschaft. Zur selben Zeit machen die Maler der Königsberger Akademie Nidden zur Künstlerkolonie. Sie nehmen Quartier im Gasthof,

den Hermann Blode seit 1867 in Skursdin, dem mittleren Ortsteil Niddens, am Ufer des Haffs betreibt. Passarge steigt dort als einer der ersten ab. Als bekanntere unter den Malern logieren in Nidden und bei Blode Ernst Bischoff-Culm, Max Pechstein, Karl Schmidt-Rottluff, später Ernst Mollenhauer, der 1923 als Schwiegersohn Blodes Gasthof übernimmt.

Vieles aus dem alten Nidden lebt, und das Neue sucht sich in die Maße der Landschaft zu fügen. Doch wer von den Fischern und Wirten ist geblieben? Wer besucht den Gottesdienst in der heimelig restaurierten Kirche? Die Enkelin Blodes ist gekommen und pflegt sein Grab; sein Gasthof macht zumindest äußerlich etwas her. Und vom hohen Ufer über Purwin grüßt das Sommerhaus Thomas Manns, 1929/30 vom Nobelpreis erbaut: ein Holzhaus unter Kiefern, die wie Pinien scheinen, reetgedeckt, rostrot die Wände und die Dachbalken in leuchtendem Niddener Blau, über den Giebel gekreuzt die heidnischen Köpfe.

Vor den Münchner Rotariern schwärmt Thomas Mann 1931 von Nidden: „Kennen Sie die Dünen bei List auf Sylt? Man muß sie sich verfünffacht denken, man glaubt in der Sahara zu sein. Der Eindruck ist elementarisch und fast beklemmend, weniger wenn man sich auf den Höhen befindet und beide Meere sieht, als in den tiefen eingeschlossenen Gegenden. Alles ist weglos, nur Sand, Sand und Himmel." 1929, während des Sommers im samländischen Rauschen, hat Thomas Mann in „Mario und der Zauberer" das Phänomen Faschismus erzählt — am Beispiel Italiens, noch. In den Sommern 1930, 1931 und 1932 wachsen nun im Niddener Refugium die Josephsgeschichten. Nach der Machtergreifung ist Thomas Mann nie mehr zurückgekehrt, zu nah saßen die Nazis Nidden im Nacken.

Klaus Mann erinnert 1942 in seinem Lebensbericht das Lager der Fliegerschüler jenseits der Grenze, „die rauhen Kommandoschreie und lustigen Gesänge der jungen Stimmen aus dem Vaterland (...). Ihre Hemden und Sweater waren mit Hakenkreuzen geschmückt. Wir beobachteten ihre ungeschlachten, etwas tollpatschig-wilden Spiele in den Dünen, in den Meereswellen. Auch ihre Badehosen zeigten an prominenter Stelle das völkische Emblem".

Vor ein paar Jahren haben litauische Germanisten und Freunde Thomas Manns hier in Nidden die litauische Thomas-Mann-Gesellschaft gegründet. Literarische Colloquia auf der Veranda über dem Haff sollen beginnen. Spenden fließen dem Thomas-Mann-Haus zu, doch administrative und wissenschaftliche Betreuung lassen zu wünschen. Ein engagiertes Kuratorium täte not, besser in Memel als im fernen Wilna. Die junge Memeler Universität, ihr Forschungsinstitut für das Memelland und die Stadtverwaltung im schmucken Niddener Rathaus könnten sich zusam-

mentun, diesen Teil ihres europäischen Erbes zu hegen, zu pflegen und zu nutzen.

Wege zu Land und Leuten! Auf dem Pflaster des Theaterplatzes in Memel erneuert der Brunnen mit dem bronzenen Annchen die Erinnerung an Simon Dach, der seinen Weg von Memel nahm. In Prökuls, auf halbem Wege von Memel ins Delta des Stroms, steht noch das Amtsgericht, an dem Ernst Wichert in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts den Stoff für seine Kriminalfälle gesammelt hat. Unweit von Prökuls birgt in Aglonen ein kleines Museum unterm Reetdach liebevoll und engagiert Erinnerungen an heimatliche Dorfkultur, deutsche und litauische, memelländische allemal. Auf dem Friedhof von Plicken, nordöstlich von Memel, findet sich ein gußeisernes Kreuz, schwarz auf weißer Emaille in altem Litauisch die Schrift: „Hier ruht in Frieden unser geliebter Sohn und Bruder, der für König und Vaterland kämpfte, Grenadier Martin Trautrims 1890–1917 Insterburg. Er ruhe sanft." (Das litauische Ulanenregiment Nr. 12 stand in Insterburg, wie eine Inschrift auf halbvergessenem Denkmalssockel vor der Ruine des Ordensschlosses dort dokumentiert.)

Friedliches Miteinander demonstrieren auf dem Friedhof von Kissinnen gußeisern und schwarz lackiert die Grabkreuze des Pfarrers Johann Ferdinand Kelch, gestorben 1877, und des Führers der litauischen Aufständischen im benachbarten Zarenreich, Antons Gielguds, gefallen 1831 — deutsch das eine, litauisch das andere. Und überm Friedhofstor von Wannaggen, dem Geburtsort der litauisch-memelländischen Dichterin Eva Simonaitytė, mahnen die Toten in gemessenem Litauisch: „Du bist, was ich war. Du wirst sein, was ich bin." Albinas Kenešis, Ingenieur, nach dem Kriege geborener Neubürger Memels, hat uns mit der Liebe dessen, der Heimat begründet, auf die Dorffriedhöfe des Memellandes geführt.

Im stehengebliebenen Brauhaus des Gutes Matzicken, wenige Kilometer nordostwärts von Heydekrug, vermutet man im Erdgeschoß das Geburtszimmer Hermann Sudermanns. Verse in Sudermanns Handschrift schmücken den Gedenkraum. Noch vor einigen Jahren mußte das Haus seiner Eltern in Heydekrug einem Wohnblock weichen. Heute ist zumindest ihr Grab gepflegt. Die Bronzebüste des Schriftstellers soll wieder aufgestellt werden, die 1945 verschwand. Chöre aus Deutschland sagen sich zu solchem Anlaß an.

Wir folgen Sudermanns „Reise nach Tilsit", steigen mit Ansas und Indre in einen der alten Haffkähne, segeln von „Wilwischken am Parwefluß" das Haffufer entlang, kreuzen um die Windenburger Ecke und südlich von Minge in den Atmathstrom, rechterhand Gut Kuwertshof. Eine hohe Brücke schafft die Verbindung nach Ruß, doch noch immer lassen die

Frühjahrswasser Weiler und Höfe des Deltas in Einsamkeit sinken. Das junge Volk flieht die Ödnis.

Vor Brionischken teilt der Rußstrom sich in Atmath und Skirweit. Im Süden bergen Moore und Bruchwälder den Elchwinkel um die weite Forst Ibenhorst, auf Königsberger Gebiet bereits. Hier läßt Ernst Wichert („Nur ein Jude") seinen Wilddieb Pawils Lauronat den Nathan Hirsch erschlagen, nicht weit von Kaukehmen, wo die Klokener Fähre über den Rußstrom fand.

Dörfer und Weiler überdauern, unentschlossen. „Ein feste Burg ist unser Gott" steht über dem Portal der protestantischen Kirche in Heydekrug, gebaut 1926 an der früheren Prinz-Joachim-Straße. Rund um den Altar zitieren überbordende Fresken, eine Biblia Pauperum, die Köpfe preußischer und heimischer Geschichte.

Wir könnten das Dorf Motzischken suchen, Brennpunkt der Kindheit und Jugend Johannes Bobrowskis, sein Orplid auf dem hohen östlichen Ufer der Jura. Wie in Bobrowskis „Käuzchen" könnten wir den Weg ohne Gräben gehen, der in die Wiesen mündet, vorüber am Hügel, der den verwilderten Friedhof trägt. Wo der Fluß wegbiegt, erreichen wir den Hof der Familie Buddrus, sicher gelegen vor Schneeschmelze und Eisstau, mit Fleiß gesparter Wohlstand. Doch der Garten ist wüst. Vom Vierseithof ist allein das Wohnhaus geblieben, lose das Dach, ein Feldsteinsockel, Ziegelmauerwerk, platzender Putz. Der einsame Insasse sammelt Pilze, brennt Schnaps, lebt in den Tag. Von diesem Hof hat sich Bobrowski mitten im Kriege, 1943, seine Frau Johanna Buddrus geholt.

„Nimmt man das Vaterland an den Schuhsohlen mit?" hat Bobrowski später gefragt, an der Ahornallee in Berlin-Friedrichshagen, 20 Jahre nach seinem letzten Besuch in Motzischken, 13 Jahre nach der Entlassung aus sowjetischer Gefangenschaft und ein Jahr vor seinem frühen Tod 1965.

Die Häuser der Großeltern Fröhlich in Motzischken und Willkischken überdauern, Herbergen etlicher Sommer in der Kindheit und Jugend Bobrowskis. Im Willkischker Haus, einen Schulweg von Motzischken westwärts, könnte für Bobrowski ein Gedenkraum eingerichtet werden; seine Bewohnerin, Lehrerin am Ort, und auch das Ministerium in Wilna sind bereit. Der Gasthof von Wythe an der Ecke der Straße zur Kleinbahn ist zum Konsum umgebaut. Hier bei Wythe huldigen in Bobrowskis „Litauischen Clavieren" die Landeskinder Preußisch-Litauens der unglücklichen Luise. Hier sitzen die Litauerfreunde Voigt und Storost Vydūnas bei Schmand und Glumse, hier dreht der Naziführer Neumann auf. In der Kirche wird Getreide gemahlen, unser täglich Brot.

„De homine publico tractatus" — Idylle erwacht in Willkischken: dörfliche Kindheit, Abgeschlossenheit, patriarchalische Welt, aus Vorzeiten herüberreichende Bilder. Hier gründet Bobrowskis Sarmatien.

Die Kleinbahn nach Tilsit fährt nicht mehr. Die Schienen sind demontiert, doch Trasse und Damm leben fort: Polompen, Trakeningken, Schakeningken, Prussellen, Übermemel, die Luisenbrücke, Tilsit. Die litauischen Zöllner sind wieder da und grüßen.

Die markantesten Punkte Tilsits sind fort: die Deutsche Kirche, das Rathaus unweit der Luisenbrücke am Memelufer, die Kirche der Litauer. Theater, Anger, Gerichtsgebäude überdauern. Am Geburtshaus Max von Schenkendorfs erinnert eine frische Tafel an den Dichter, der die französischen Besatzer vertreiben half — „Freiheit, die ich meine". Am Beginn der Grabenstraße, heute die Smolenskaja, weist seit 1992, seinem 75. Geburtsjahr, eine russisch beschriftete Marmorplatte auf das Geburtshaus des „deutschen Dichters und Kulturschaffenden" Johannes Bobrowski. Das russische Gymnasium gleich gegenüber bietet seinen Schülern erweiterten Deutschunterricht.

Das alte Memel ist preußisch-deutsche Provinz. Markt und Dom von Kaunas weisen in den protestantischen Norden, spiegeln deutsche Muster am Mare Balticum, ergänzt ums Selbstbewußtsein und die proamerikanische Orientierung der Zwischenkriegszeit. Wilna ist Krakau und Lemberg verwandt, ein Wunder kontinentaler Exotik an der Grenze des Westens. In Wilnas Luft hängt Glockenton. Die Stadt ist ein Rausch des Barock, eine Jesuitenfestung, Vorposten des Vatikan.

Wilna lehrt das Gehen auf west-östlichem Gelände. Früher sprachen die Stadtbürger Polnisch und Jiddisch; heute herrscht das Litauische. Polnisch, Russisch, Weißrussisch, ab und an Deutsch gesellen sich hinzu. Vor der Muttergottes über dem Stadttor Ostra Brama lösen sich polnische und litauische Messen friedlich ab. Doch an Allerheiligen deckt ein Meer von Kerzen den schwarzen Basalt, der auf dem Rossafriedhof das Herz des Marschalls Piłsudski birgt. Blumen und Banderolen in rotweißen Farben schmücken die Steinkreuze der polnischen Wilnakämpfer von 1919/20. Ringsum und in der Überzahl reihen sich Gräber litauischer Patrioten, Opfer von Zaren und Sowjets.

Europa minor. Auf dem Gediminasplatz zu Füßen der Burg, dem Herzstück des Großfürstentums, hat Litauen seine Freiheit erkämpft. Im klassizistischen Bau der Stanislauskathedrale drängen sich unterm Purpur des Kardinals die Gläubigen. Gegenüber, im Kaffeehaus der Literaten, sitzt im Sommer 1940 Czesław Miłosz, als plötzliches Eisengerassel die Neugier der Leute weckt. Wie versteinert schauen sie auf die staubigen Tanks,

aus deren Türmchen Sowjetoffiziere winken. Darin das Faktum einer Okkupation zu erkennen, bedurfte, wie Miłosz schreibt, einiger Anstrengung: „So ist es immer, wenn schönes Wetter, Zeitungen und Blumen in Kiosken, ein Hündchen, das an einer Linde Pipi macht, uns nicht glauben lassen, daß fern von hier gefaßte Beschlüsse uns kaum bekannter Politiker unser gewohntes Leben stören können." Einige tausend Schritte westwärts rollen im Januar 1991 erneut die Panzer; sie richten ihre Geschütze auf das verbarrikadierte Parlament. Eine lebende Mauer, stellen sich die Bürger Wilnas den Panzern in den Weg.

Wilna galt als das Jerusalem des Nordens. Wo ist die Welt seiner Juden geblieben? In den Jahren des Ersten Weltkrieges, im Troß des „Ober Ost", haben Schriftsteller und Kunstwissenschaftler aus Deutschland den historischen, architektonischen und ethnischen Bestand des besetzten Wilna aufgenommen. Paul Webers Bändchen „Wilna. Eine vergessene Kunststätte", 1917 im Verlag der Zehnten Armee in Wilna erschienen, ist ein Kunstführer auch zu den Kultstätten und Friedhöfen der Juden, der bislang seinesgleichen sucht.

Hans Sochaczewer, mit Schriftstellernamen José Orabuena, hat von 1916 bis 1918 als Etappensoldat in Wilna gedient. In der zu großen Teilen von Juden bewohnten und durch sie belebten Stadt entdeckt der junge Deutsche, dem sein Judentum abhanden gekommen ist, Würde und Stolz dieser Gemeinschaft, die sich nicht auf äußere Zeichen gründen. Die Juden Wilnas bannen den Besucher, erziehen ihn, weihen ihn ein. Ihnen hat Sochaczewer seinen wunderbaren und vergessenen Wilna-Roman „Groß ist deine Treue" gewidmet, geschrieben im Kopenhagener Exil, erschienen 1959 und noch heute zu haben.

In ihm macht sich der sephardische Arzt David Orabuena im Winter 1912 auf 1913 fast 80jährig auf, die Juden des Ostens kennenzulernen, die Welt seiner mütterlichen Vorfahren, den Spiegel seiner selbst und der ihm Vertrauten. Um diesen David Orabuena, den Weitgereisten und Gebildeten, reihen sich die Gestalten der Wilnaer Juden: mutig im Geiste, doch erschrocken, wenn der Zuruf „Jude" sie trifft und ihren Buckel krümmt. Früh gebeugt sind sie und früh vergreist. Sie warten auf die Erfüllung des Propheten Jesaja, der ihnen versprach: Gott, der Herr, wird den Tod verschwinden lassen ewiglich. So warten sie, ein Jahr, zwei Jahre. Oder 10000. Sie haben gelernt zu warten und zu hoffen. Angst haben sie vor dem Ewigen, und vorsichtig müssen sie sein, auch vor ihrem sephardischen Nächsten Orabuena. Denn was soll der Allmächtige meinen von ihnen, seinen Juden aus Wilna, wenn sie nicht zu achten wissen, daß kein Fremder sich zu ihnen tue? Sie nennen ihr Wilna „die kleine Vorstadt Gottes", mit ihren Juden, die streiten wie vor 5000 Jahren, die bald gehemmt,

bald hell krächzend ihre Ware feilbieten, überaus schmutzig oft, oft kümmerlich und oft tröstlich.

Auch Alfred Brust, mythoman in seiner Erinnerung altpreußischer, prussischer Kultur, hat als Soldat unter Ober Ost Wilna als Wegkreuz der Völker und Religionen erlebt. Jenseits des Rombinus, am Ufer der Memel zwischen Ragnit und Tilsit, nimmt Brusts Roman „Die verlorene Erde" seinen Ausgang, eine Art Nathan der Weise in der Prosa des Memellandes. In Wilna finden die Akteure des Romans aus der Wirrnis, der Verlorenheit und der Ausweglosigkeit ihrer Wanderungen. Das dauert in diesem östlichen Land. Brusts Fabulierlust verwirrt manchen Weg. Elnis, Sohn des verschollenen Grafen Sauß Dagda auf Dagdakehmen und auf der Suche nach der flüchtigen Jugendgeliebten, gelangt in den Tempel der Judenstadt. Wilnas Juden nehmen den Sohn des preußischen Grafen an.

Der Beitrag der Militärverwaltung unter dem Oberbefehlshaber Ost und der in seiner Presseabteilung versammelten deutschen Intellektuellen zur geistigen und politischen Formierung des neuen Staates Litauen bleibt noch zu untersuchen. Die Militärverwaltung Litauen bestand, wie die Presseabteilung Ober Ost 1917 schreibt, „aus dem gesamten in deutscher Hand befindlichen litauischen Sprachgebiet, so daß fast das ganze ethnographische Litauen einheitlich verwaltet wird".

Im Eifer, das unbekannte Land Ober Ost den Deutschen näherzubringen, geraten den Autoren die litauische Minderheit und die litauische Sprache *innerhalb* des Preußenlandes aus den Augen: „Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Gebiete, die unmittelbar unsere Ostgrenzen berührten, den meisten Deutschen unendlich ferner lagen als überseeische Weltteile. Das Vorhandensein eines nach seiner Geschichte, Sprache, Kultur und Religion von den Russen und Polen völlig verschiedenen litauischen Volkes war kaum Gemeingut der Gebildeten Deutschlands geworden. Allenfalls besaß man noch einige Kenntnis von Kurland und seinen Zuständen. Im allgemeinen aber war alles, was gen Osten, jenseits der schwarzweißroten Grenzpfähle lag, unbekanntes Land, das schlechterdings mit Rußland über einen Leisten geschlagen wurde."

Ein letztes großes Feuilleton der Ethnien Wilnas hat Alfred Döblin geschrieben, Erfahrungen seiner Reise nach Polen 1924. „Welch imposantes Volk, das jüdische. Ich habe es nicht gekannt, glaubte, das, was ich in Deutschland sah, die betriebsamen Leute wären die Juden, die Händler, die in Familiensinn schmoren und langsam verfetten, die flinken Intellektuellen, die zahllosen unsicheren unglücklichen feinen Menschen. Ich sehe jetzt: das sind abgerissene Exemplare, degenerierende, weit weg vom Kern des Volkes, das lebt und sich erhält. Und was ist das für ein Kern, der solche Menschen produziert wie den hinflutenden reichen Baal-schem, die

finstere Flamme des Gaon von Wilno. Was ging in diesen scheinbar kulturarmen Ostlandschaften vor. Wie fließt alles um das Geistige. Welche ungeheure Wichtigkeit mißt man dem Geistigen, Religiösen zu."

Dieses jüdische Wilna ist dahin. Stalins und Hitlers blutige Besen haben es weggefegt. Zwar finden wir die Judengasse, die Deutsche Straße mitten durch die frühere Judenstadt. Doch wo die weithin berühmte Alte Synagoge stand — magere Klettergerüste für Kinder, Hinterhöfe, keine Tafel, nichts. Eine geringe Schar gläubiger Juden sammelt sich um die Neue Synagoge, einen Bau der Jahrhundertwende im Südwesten der Altstadt. Und dann gibt es noch die Karäer, die talmudfeindlichen Lutheraner unter den Juden, winzige Gemeinden in Trakai, vor den Toren Wilnas, und in Wilna selbst, jenseits des Parlaments am Nerisfluß. Ein jüdisches Museum hat sich aufgetan. Allein, Wilnas litauische Intelligenz ignoriert bis heute den multinationalen und multireligiösen Reichtum ihrer Stadt.

Döblin entschuldigt 1924 diese Überempfindlichkeit im Nationalen wie bei einem Menschen, der einen Unfall erlitten habe und unter einer Schreckneurose stehe. Doch wen Minoritäten, Wirtschaftselend, starke Nachbarn bedrängten, müsse, um stabil zu werden, zu klugen und modernen Lösungen kommen. Historische Erinnerungen würden leicht zu Wahnideen. Welche Unmasse gefährlicher Erinnerungen habe jeder europäische Staat. „Grausig viel Polen." Döblin spricht vom polnischen Wilna. „Bündnisse sind gut, Geographie ist besser. Rußland ist Nachbar. Eine natürliche Symbiose muß sich anbahnen, in besseren loseren Formen als heute" — damals. Damals? Ist die Vergangenheit ein anderes Land?

Bis zu den Revolutionen von 1989 war Europa zu zweierlei entschlossen: die jüngste Vergangenheit zu vergessen und einen neuen Kontinent zu schaffen, im Westen übernational, zunächst durch gemeinsamen Aufbau einer modernisierten Wirtschaft, im Osten im Namen eines gemeinsamen Interesses an der sozialen Revolution, tatsächlich aber unter dem Diktat der Interessen des sowjetischen Rußland. So oder so, Europa-West und Europa-Ost überdeckten nationale Traumata, faschistische Makel, Kollaboration mit den Besatzern, Verbrechen an Minderheiten eingeschlossen. Doch nicht nur im Osten (und Südosten) Europas ist die Vergangenheit nicht einfach ein anderes Land, als Archipel verwundbarer Territorien und wunder Erinnerungen bestimmt sie Gegenwart und Zukunft.

Auch die aufgezwungenen Regime sind Teile der jeweils nationalen Geschichte, knüpfen an lokale Traditionen, an Muster des Wirtschaftens. Wiedergutmachung an den Opfern von gestern darf nicht die Mörder von vorgestern rehabilitieren. Wer die Enteignungen durch die Kommunisten rückgängig macht, darf den schlimmen Erwerb jener nicht vergessen, die von Deportationen und Ermordungen profitierten.

Das Ende der militärischen und ideologischen Blöcke zeigt, wie wenig sich geändert hat an der Art der Wahrnehmung lokaler und nationaler Interessen. In das Vakuum diskreditierter sozialistischer Tradition strömen ethnozentrische Nostalgie, Fremdenfeindlichkeit, uralte Fehden. Von Spanien bis Litauen hat „Europa" den Übergang von der Vergangenheit in die Zukunft legitimiert. Daß dieses Europa nicht so zerrinne wie der Sand, auf den das Gebäude der Nachkriegszeit baute, wird zur prominentesten Aufgabe der Gegenwart.

Eine Fahrt mit dem Faltboot memelabwärts könnte wieder zum Schönsten beschaulichen Erlebens zählen: 300 gemächliche Flußkilometer vom Nordrand der litauischen Schweiz über Kaunas nach Tilsit, Zeltplätze sind reichlich, Lebensmittel billig, und „mit der deutschen Sprache kommt man zur Not aus, da Kaufleute und Gastwirte vielfach sprachgewandte Juden sind", meint Thomaschkys Wasserwanderführer aus dem Jahre 1933.

Wo der Nevežis am westlichen Stadtrand von Kaunas von Norden kommend in den Memelstrom mündet, liegt eine halbe Stunde flußaufwärts das Kirchspiel Seteiniai, mit der nahen Holzkirche für den Alltag und der sechs Kilometer entfernten jesuitisch-barocken für die Feste. Hier wird 1911 Czesław Miłosz geboren, auf dem großelterlichen Gut von Labunava, hier lebt er seine Kindheit, bis die Mutter den Jungen über die Grenze ins polnisch besetzte Wilna holt.

Czesław Miłosz ist — wie Donelaitis, Rhesa, Passarge, Sudermann vielleicht, auch Brust, Orabuena, Bobrowski — einer jener Europäer Sarmatiens, denen der beleidigte Stolz zu kurz gekommener Nationalisten fremd ist. Ihre Weltschau überbrückt die Ethnien; sie stehen gegen Partikularismus und Chauvinismus, gegen Rassismus und Gewalt.

Die Werte, die überleben, wachsen für Miłosz aus dem Kreis der Familie, der Freunde, der Nachbarn, aus der innigen Beziehung zur Natur. Seine Existenz gründet auf den heimeligen Winkel am Ufer des Nevežis, auf die Jahre der Kindheit im „Tal der Issa". Miłosz' Erinnerungen erscheinen, als „Dolina Issy", 1955. In Osteuropa setzt Tauwetter ein.

„Es ist möglich, daß morsche Weiden, Mühlen, Ufergesträuch besonders bequem sind für Wesen, die menschlichen Augen nur dann erscheinen, wenn diese es selbst wünschen. Diejenigen, die sie gesehen haben, sagen, ein Teufel sei nicht groß, von dem Wuchs eines neunjährigen Kindes, er trage ein grünes Fräcklein, ein Jabot, die Haare zum Zopf geflochten, weiße Strümpfe und bemühe sich, durch Schuhe mit hohen Absätzen die Hufe, deren er sich schämt, zu verstecken. Diesen Erzählungen gegenüber soll man eine gewisse Vorsicht walten lassen. Es ist wahrscheinlich, daß die Teufel, da sie die abergläubische Bewunderung des Volkes für die

Deutschen kennen — Menschen des Handels, der Erfindung und der Wissenschaft —, sich mehr Ansehen zu geben versuchen, indem sie sich wie Immanuel Kant von Königsberg kleiden. Nicht umsonst ist an der Issa der andere Name für unheimliche Macht Niemczyk (Diminutiv für Deutscher, d.Ü.) — der bedeuten soll, daß der Teufel auf der Seite des Fortschritts ist. Doch ist es schwer, anzunehmen, daß sie so einen Putz für den Alltag tragen. Ihr bevorzugtes Spiel ist, in Feldscheunen zu tanzen, auch in leeren Schuppen, wo der Flachs gebrochen wird, die meistens abseits von den Behausungen stehen. Wie könnten sie denn in Fracks Wolken von Staub und Kleie aufwirbeln, ohne um die Wahrung anständigen Aussehens besorgt zu sein? Und warum sollten sie, wenn ihnen eine Art Unsterblichkeit gegeben ist, grade ein Kostüm aus dem 18. Jahrhundert wählen?

Man weiß eigentlich nicht so recht, bis zu welchem Grad sie ihre Gestalt verändern können. Wenn ein Mädchen zwei Kerzen am Vorabend des Andreastages anzündet und in den Spiegel schaut, kann es die Zukunft sehen: das Gesicht des Mannes, mit dem sein Leben verbunden werden wird, manchmal das Gesicht des Todes. Ist es der Teufel, der sich so verkleidet, oder wirken hier andere magische Mächte? Und wie soll man die Wesen, die hier mit dem Anbruch des Christentums erschienen sind, von den anderen alteingesessenen unterscheiden: von der Waldhexe, die Kinder in der Wiege auswechselt, oder von dem kleinen Völkchen, das nachts aus seinen Palästen unter den Wurzeln des Holunders hervorkommt? Haben wohl die Teufel und die verschiedenen Kreaturen so etwas wie eine Verständigung? Oder sind sie einfach nebeneinander da wie Eichelhäher, Spatzen und Krähen? Und wo ist das Land, darin sie Zuflucht finden, die einen und die anderen, wenn die rollenden Panzerraupen die Äcker zermalmen, wenn am Fluß diejenigen flache Gräber für sich ausheben, die erschossen werden sollen? Und die Industrialisierung unter Blut und Tränen in der Aureole der Geschichte aufgeht? Ist es möglich, sich einen Reichstag in den Grüften unter der Erde, wo es von den Feuern des flüssigen Zentrums des Planeten schon heiß ist, vorzustellen, einen Reichstag, in dem Hunderttausende kleiner befrackter Teufel ernsthaft und voll Trauer den Rednern, die das Zentralkomitee der Hölle repräsentieren, zuhören? Grade verkünden die Redner, daß im Interesse der Sache das Herumhüpfen in Wäldern und Wiesen beendet ist, daß der Augenblick andere Mittel verlangt und daß die hochqualifizierten Spezialisten so handeln werden, daß ihre Anwesenheit von keinem irdischen Gehirn beargwöhnt werden kann. Beifallsklatschen, aber ein erzwungenes, denn die Anwesenden verstehen nun schon, daß sie nur im Vorbereitungsstadium gebraucht wurden, daß der Fortschritt sie in düstere Erdspalten ein-

sperrt und daß sie nie mehr Sonnenuntergänge, Eisvogelflug, funkelnde Sterne, keines der Wunder der unfaßbaren Welt sehen werden.

Die Ackerbauern an der Issa stellten auf die Schwelle ihrer Hütten ein Schüsselchen mit Milch für die sanften Wasserschlangen, die keine Angst vor Menschen haben. Später wurden sie eifrige Katholiken, und die Anwesenheit der Teufel erinnerte sie an den Kampf, der um die endgültige Herrschaft über die Menschenseele geführt wird. Was werden sie morgen sein? Während man erzählt, weiß man nicht, welche Zeit man zu wählen hat, die Gegenwart oder die Vergangenheit, als wäre das Vergangene nicht gänzlich vergangen, solange es noch im Gedächtnis der Generation oder auch nur in dem einer Chronik fortdauert."

Dietmar Albrecht, Lübeck-Travemünde

Das Litauische Kulturinstitut in Deutschland

I.

Bevölkerungsverschiebungen sind ein allgemeines Phänomen der Weltgeschichte. Einzelne, Familien, Sippen oder auch ganze Völker wandern von einem Ort zum anderen, sei es freiwillig, um bessere Lebensbedingungen zu suchen, sei es gezwungenermaßen, um einer unwirtlichen Gegend oder einem Feind zu entfliehen. Die Litauer bilden hier keine Ausnahme. Die letzte große Welle der Emigration setzte 1944 ein, als Litauen wieder von den vorrückenden sowjetischen Truppen besetzt wurde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg befanden sich über 60000 litauische Flüchtlinge und Vertriebene in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands (in ganz Europa über 70000). Nicht eingerechnet in dieser Zahl sind Personen litauischer Abstammung aus dem Memelgebiet. Die ersteren waren an vielen Stellen lagermäßig in Einheiten von mehreren Hunderten oder Tausenden zusammengefaßt und konnten schon in den ersten Nachkriegsjahren eine lebhafte kulturelle Tätigkeit entwickeln.

1949 setzte eine Auswanderungswelle ein, nach deren Ausklang Ende 1954 noch etwa 7000 Litauer in der Bundesrepublik Deutschland verblieben. Dies mußte natürlich Rückwirkungen auf das entstandene kulturelle Leben der Volksgruppe haben. Die Anzahl der Volksangehörigen wurde zwar durch jene Personen ergänzt, die seit 1957 aus der Sowjetunion ausreisen durften, aber die kulturellen Zentren hatten sich nach Übersee, vornehmlich in die USA, verlagert.

Heute, im Rahmen der alle Litauer in der Bundesrepublik in 30 Ortsverbänden umfassenden „Litauischen Volksgemeinschaft e.V.", sind über 20 litauische Organisationen und Institutionen aktiv tätig, ein privates litauisches Gymnasium wird unterhalten.

Die Mehrzahl der litauischen Flüchtlinge und deren Nachkommen haben es abgelehnt, sich einen Weg in den Hauptstrom der Gesellschaft zu bahnen, indem man sich angleicht, indem man untertaucht und gleichzeitig versucht, auch das biologische Erbe abzustreifen. Man war nicht gewillt, sich von der auf die Zukunft ausgerichteten Ideologie der „normalen" Einwanderer überfluten zu lassen, und begriff sich statt dessen als politische Emigration, die nicht freiwillig ihr angestammtes Land verlassen hatte. Man bekannte sich weiterhin zur litauischen Nation. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, das litauische kulturelle Erbe zu bewahren und weiter zu entwickeln. Es war notwendig, Jugendlichen die litauische Kultur in einer möglichst großen Breite zu vermitteln, um zu erreichen,

daß sie sich bewußt als Angehörige des eigenen Volkes fühlten, unbeschadet ihrer Bindungen an den Staat, in dem sie leben. Es waren ferner zusätzliche Möglichkeiten zu schaffen, um die kulturellen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem litauischen und deutschen Volk zu pflegen und zu vertiefen, die Kenntnisse über Litauen, seine Kultur, geschichtliche Entwicklung und gegenwärtige Lage zu verbreiten.

II.

Der Zweite Weltkrieg, die Besetzung und die Flucht trafen die Litauer auch in einem weiteren Bereich gänzlich unvorbereitet. Zwar blühte in den Jahren der Unabhängigkeit das kulturelle Leben auf, man studierte verstärkt an westeuropäischen Universitäten, diplomatische sowie Handelsbeziehungen wurden zu den meisten Staaten geknüpft, aber man versäumte, Institutionen im Ausland zu schaffen, die eine planmäßige wissenschaftliche oder kulturelle Zusammenarbeit hätten fortführen können. Vielleicht war die Zeit zu kurz, um dieses aufzubauen, vielleicht erkannte man die Notwendigkeit solcher Einrichtungen nicht. So standen die Flüchtlinge 1945 auch in dieser Hinsicht vor dem Nichts.

Weitsichtige Köpfe wie der litauische Diplomat Albertas Gerutis, der nach dem Krieg die politische Führung dazu drängte, ein litauisches Kulturzentrum in Europa zu gründen, konnten sich kein Gehör verschaffen. Man hatte ja Wichtigeres zu tun. So setzte die Gründung wissenschaftlich-kultureller Einrichtungen, die über den engen eigenen Kreis hinausgingen, trotz der anfänglichen regen kulturellen Tätigkeit, in der gesamten litauischen Emigration verspätet ein. Beispielsweise wurde ein Lehrstuhl für Lituanistik erst 1983 an der Universität von Illinois in Chicago durch die Litauische Volksgemeinschaft errichtet.

In Europa blieb dieser Bereich weitgehend der Privatinitiative vorbehalten. So hat Albertas Gerutis auf eigene Faust und mit eigenen Mitteln einen riesigen Bestand an Büchern zusammengetragen sowie wichtiges Archivmaterial gelagert. Ähnlich verfährt P. Reklaitis (Litauen-Archiv). In kleinerem Umfang hat eine Vielzahl von Privatpersonen ansehnliche Sammlungen aufgebaut oder Archive der verschiedenen litauischen Organisationen aufbewahrt. Leider gehen solche Sammlungen oft mit dem Tod des Besitzers verloren.

An litauischen Institutionen in Europa, die über einen umfassenden Archiv- und Bücherbestand verfügen, ist die (Exil-)Litauische Katholische Akademie der Wissenschaften mit Sitz in Rom zu nennen. Ihre Arbeit bewältigt sie aber ausschließlich durch nebenberufliche Mitarbeiter,

weil man seinerzeit versäumt hatte, eine entsprechende finanzielle Grundlage zu schaffen. Ferner besteht in London eine Litauische Bibliothek (Leiter R. Baublys), der auch ein Archiv angeschlossen ist. In Deutschland bildete das von der Litauischen Volksgemeinschaft erworbene Anwesen Schloß Rennhof-Romuva mit dem Litauischen Gymnasium einen gewissen kulturellen Mittelpunkt. Doch es bestanden schon lange Überlegungen, auch hier ein darüber hinausgehendes Kulturzentrum zu schaffen. Mit der Gründung des Litauischen Kulturinstituts wurden diese Überlegungen teilweise in die Tat umgesetzt.

Die Gründung des Litauischen Kulturinstituts war trotzdem keine Selbstverständlichkeit, denn über den einzuschlagenden Weg gingen die Meinungen weit auseinander. Die unsichere und unbeständige Lage im Exil hat viele vorsichtig werden lassen.

Die einen wollten sich damit begnügen, Bücher und Archivmaterial der Universität Vilnius/Litauen zur Aufbewahrung zu übergeben. Die Wahrscheinlichkeit, daß das Material mit der Zeit nicht verlorengehe, sei hier am größten. Dieses Vorgehen wäre zudem mit wenig Arbeit verbunden und es entständen auch keine nennenswerte Kosten. Der Nachteil dabei bestand darin, daß das dort deponierte Material für im Westen lebende Forscher schwer, wenn überhaupt, zugänglich sein würde. Und es wäre eigentlich kein Ersatz für das, was man im Ausland trotzdem benötigte.

Andere sprachen sich dafür aus, die angesammelten Bestände deutschen Einrichtungen — Universitätsinstituten, Bibliotheken oder Archiven — zu überlassen. Dafür hätte man genug Interessenten gefunden. Auch hier würden kaum Arbeit und Kosten entstehen. Das Material wäre allerdings nicht zentral gelagert und somit auch schwer zugänglich. Es macht schon jetzt Mühe, entsprechende Fundstellen in Erfahrung zu bringen, geschweige denn das gewünschte Material einzusehen.

Alarmiert hat die litauische Öffentlichkeit auch die Praxis amerikanischer Universitäten, die wertvolle alte Buchbestände aufgekauft, verfilmt und die Bücher anschließend als Altpapier verwertet haben. Bei der Fülle des Materials und der Menge der Druckerzeugnisse war zu befürchten, daß auch deutsche Institute eines Tages wegen der geringen Nachfrage die erworbenen litauischen Sammlungen zu beseitigen beginnen könnten.

Wenn auch die Einrichtungen der Emigration oft wenig Bestand gehabt haben, so hat sich doch die Ansicht durchgesetzt, daß man selber das größte Interesse daran haben sollte, sowohl das kulturelle Erbe der in Deutschland lebenden Emigration für die Zukunft zu retten, als auch ein Zentrum zu schaffen, in dem Litauen betreffendes Material gesammelt, geordnet und für die wissenschaftliche Verwertung angeboten wird.

III.

Das am 7. März 1981 gegründete Litauische Kulturinstitut (LKI) mit Sitz in Schloß Rennhof (Romuva), 68623 Lampertheim-Hüttenfeld, verfolgt laut Satzung folgende Ziele:

1. Förderung der Tätigkeit litauischer Kulturschaffender in der Bundesrepublik Deutschland;
2. Unterstützung jeglicher Art für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden litauischen Schulen, Kindergärten, kulturellen Vereine, Volkstanzgruppen, Jugendvereine und Zusammenschlüsse ähnlicher Art;
3. Förderung deutsch-litauischer Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet;
4. Erhaltung des litauischen materiellen Kulturguts.

Bei der Verfolgung seiner Ziele führt das LKI eigene Forschungsvorhaben durch, veranstaltet wissenschaftliche Tagungen, Studientreffen, Diskussionsabende, Konzerte, Ausstellungen und ähnliche Zusammenkünfte, errichtet und unterhält eine zentrale lituanistische Bibliothek, ein zentrales Archiv und ein Heimatmuseum, gibt eigene Publikationen heraus. Folgende Arbeiten wurden inzwischen in Angriff genommen:

1. Aufbau eines nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten geführten **Archivs.** Es ist begonnen worden, Bestände der zentralen litauischen Organisationen und der einzelnen Ortsverbände der Litauischen Volksgemeinschaft zusammenzufassen, zu ordnen und das Material aus einzelnen Nachlässen sicherzustellen. Größere Einheiten bilden neben dem Archiv des Bundesvorstandes der Litauischen Volksgemeinschaft z.B. Teile des Archivs des litauischen Diplomaten Albertas Gerutis oder das gesamte Archivmaterial des Delegaten der litauischen katholischen Seelsorge in Deutschland. Anzumerken wäre, daß die Archive der litauischen Organisationen und Lager aus der Zeit zwischen 1945 und 1950 allesamt in die USA überführt worden sind.

Geplant ist künftig auch der Aufbau eines Heimatmuseums. Die Leitung des Archivs ist dem Direktor des Litauischen Gymnasiums, Andrius Šmitas, anvertraut worden.

2. Aufbau einer zentralen **Fachbibliothek** für litauische Literatur und Geschichte. Den jetzigen Bestand von über 6000 Bänden bildet der Rest der Bücherei des ehemaligen Gymnasiums in Kybartai, die lituanistische Bibliothek des Literaturkritikers Jonas Grinius, ein Teil der Privatbibliothek von Albertas Gerutis, der Nachlaß des Prälaten Jonas Aviža, Büchereien der Ortsverbände der Litauischen Volksgemeinschaft in Darmstadt, Lübeck, Stuttgart, Bad Zwischenahn u.a. Der Buchbestand enthält vor

allem Exilschriften und Literatur aus Litauen ab 1960, wobei eine gewisse Lücke zwischen 1980 und 1988 entstand, als es verboten war, Bücher ins Ausland zu verschenken. Seit 1989 besteht auch ein enger Kontakt zu der Nationalbibliothek in Vilnius. Die Doppel- und Mehrfachexemplare der im Exil erschienenen Schriften werden an sie abgegeben. Dafür erhält man Neuerscheinungen aus Litauen.

Leiter der Bibliothek ist der Diplom-Bibliothekar Arthur Hermann, der auch die Katalogisierung besorgt. Die Titelaufnahmen sind im Heidelberger Gesamtkatalog, seit 1988 in dem Südwestverbund sowie im Gesamtkatalog Ostmitteleuropa (GKO) in Marburg, im Osteuropa-Sammelkatalog der Staatsbibliothek Berlin und der Nationalbibliothek in Vilnius nachgewiesen und somit auch einer breiteren, interessierten Öffentlichkeit zugänglich.

3. Durchführung von wissenschaftlichen **Konferenzen.** Seit der Gründung hat das LKI zwölf Jahrestagungen durchgeführt, an denen außer den Mitgliedern auch viele Gäste teilgenommen haben. Die Vorträge wurden in litauischer oder deutscher Sprache gehalten und hatten einen vorwiegend wissenschaftlichen Charakter.

4. Herausgabe eigener **Publikationen.** Sie sollen der Veröffentlichung von historisch-bibliographischen Materialien und von Spezialstudien dienen.

a. Reihe kleiner Schriften:

Nr. 1: Vincas Bartusevičius, Lietuvių kultūros instituto uždaviniai ir darbai (Aufgaben und Ziele des LKI). Lampertheim 1982;

Nr. 2: Kajetonas J. Čeginskas, Juozas Lukša-Daumantas (1921–1951). Iš Lietuvos laisvės kovų istorijos (Juozas Lukša-Daumantas <1921–1951>. Ein Beitrag zur Geschichte der litauischen Freiheitskämpfe). Lampertheim 1982;

Nr. 3: Vincas Bartusevičius, Vokietijos lietuviai 1983. Asmenys, organizacijos, įstaigos (Litauer in Deutschland 1983. Personen, Organisationen, Institutionen). Lampertheim 1983;

Nr. 4: Arthur Hermann, Litauen in der deutschsprachigen Geschichtsforschung der letzten fünf Jahre. Lampertheim 1983;

Nr. 5: Kajetonas J. Čeginskas, Dešimt metų Lietuvių Katalikų Bažnyčios Kronikai 1972–1982 (Zehn Jahre Chronik der Litauischen Katholischen Kirche 1972–1982). Lampertheim 1983;

Nr. 6: Vincas Bartusevičius, Vokietijos lietuviai 1986. Asmenys, organizacijos, įstaigos (Litauer in Deutschland 1986. Personen, Organisationen, Institutionen). Lampertheim 1986.

b. Sechs Bände mit Vorträgen der Jahrestagungen:

Jahrestagung. Suvažiavimo darbai 1985. Lampertheim 1986, 128 S.; dgl.

1986. Lampertheim 1986, 152 S.; dgl. 1987. Lampertheim 1988, 168 S.; dgl. 1988. Lampertheim 1989, 98 S.; dgl. 1989/90. Lampertheim 1991, 120 S.; dgl. 1991. Lampertheim 1992, 196 S.

5. Veranstaltung von **Konzerten und Ausstellungen.** Seit 1988 finden auf den Jahrestagungen des LKI auch Konzerte statt. Die Ausführenden waren, mit einer Ausnahme, Künstler aus Litauen: Sigutė Trimakaitė (Sopran), Lijana Kopūstaitė (Sopran), Vaclovas Daunoras (Baß), Audronė Kisieliūtė (Klavier), Robertas Bekionis (Klavier), Rasa Biveinienė (Klavier), Gediminas Storpirštis (Schauspieler), Jugendkammerchor „Aidija" aus Vilnius, P. Sakalas Odinis (Querflöte) und das Vilnius-Quartett.

An Ausstellungen fanden statt: Litauen in den Karikaturen deutscher Zeitungen (1990–1991) und 10 Jahre Litauisches Kulturinstitut in Bildern.

Die notwendigen Räumlichkeiten wurden dem LKI von der Litauischen Volksgemeinschaft in Schloß Rennhof-Romuva zur Verfügung gestellt.

Geleitet wird das LKI von einem Vorstand, der sich zusammensetzt aus Vincas Bartusevičius (Leiter), Willy Lehnert (stellv. Leiter) und Kajetonas J. Čeginskas (Schriftführer).

Das LKI hat keine nennenswerten finanziellen Mittel für seine Arbeit zur Verfügung. Es ist auf Spenden und Zuwendungen von Personen und anderen Institutionen angewiesen.

Nach 50 Jahren der Besetzung erlangte Litauen inzwischen die volle Selbständigkeit. Die Zielsetzungen, die sich das Litauische Kulturinstitut unter anderen Bedingungen gestellt hat, sind aber dadurch nicht überholt worden. Wesentlich änderten sich nur die Beziehungen nach Litauen. Hier sind alle früher vorhandenen Beschränkungen fortgefallen. Aber solange die finanziellen Ressourcen des Staates stark beschränkt bleiben, kann auf die Hilfe der Einrichtungen der Auslandslitauer bei der Anknüpfung von wissenschaftlichen Beziehungen mit dem Westen nicht verzichtet werden.

Es scheint, daß auch in Deutschland das Interesse an den baltischen Staaten zugenommen hat. Die Gründung zweier neuer Einrichtungen, des Instituts für Interdisziplinäre Baltische Studien an der Universität Münster und des Instituts für Baltistik an der Universität Greifswald, sowie die Anzahl der gemeinsamen Tagungen litauischer und deutscher Historiker mag ein Indiz dafür sein. In diesem Prozeß der verstärkten Kontakte wird auch das Litauische Kulturinstitut einen positiven Beitrag leisten können.

Ein notwendiger Anfang ist gemacht worden, um sicherzustellen, daß die Spuren des unfreiwilligen Aufenthalts der Litauer in Deutschland nicht verwischt werden; darüber hinaus bieten Beziehungen zwischen

beiden Völkern eine einmalige Chance der Begegnung zweier Kulturen, deren Bedeutung weit über die gegenwärtige Zeit hinausgeht.

Vincas Bartusevičius, Lampertheim

Das neugegründete Institut für Baltistik an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

Užmigo žemė. Tik dangaus
Negęsta akys sidabrinės,
Ir sparnas miego malonaus
Nemigdo tik jaunos krūtinės.
Maironis[1]

Wer heute still durch die Höfe der Greifswalder Ernst-Moritz-Arndt-Universität (EMAU) streift, kann durch die geöffneten Fenster des Hauses, in dem zeitweise der Dichter und Theologe Gotthard Ludwig Kosegarten wirkte, mitunter dem Gesang lettischer Dainas oder Versen des litauischen Dichters Maironis lauschen. Der Eingeweihte errät, daß hier die Vorbereitungen zum lettischen Jānis-Fest (Johannis-Fest) laufen bzw. eine Dichtung zu Wort kommt, die fast 100 Jahre nach ihrer Entstehung wieder zum Symbol für den Freiheitskampf eines zahlenmäßig kleinen, aber doch sehr mutigen Volkes wurde.

Das internationale Interesse an der politisch-geographischen Region des Baltikums wurde besonders Ende der 80er Jahre geweckt, als unter den Vorzeichen von Perestroika und Glasnost in einer sehr emotional gefärbten Form der Anfang einer nationalen Wiedergeburt eingeleitet wurde. Die Völker Litauens, Lettlands und Estlands sahen die historische Chance, ihre politische Eigenständigkeit wieder zu erringen. Dies war eine Zeit, wo man nicht nur in Europa von den baltischen Völkern zu reden begann.

Beginnt man jedoch, den Begriff „baltisch" zu hinterfragen, so erfährt man, daß er mehrfach besetzt ist. Spricht man heute vom Baltikum, so beruft man sich auf die politisch-geographische Komponente. Des weiteren hat sich kultur-historisch seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die Bezeichnung „Balten" für die Deutschbalten, also der Deutschen, die u.a. in den damaligen Gebieten der russischen Ostseeprovinzen lebten, eingebürgert. Wissenschaftliche Abhandlungen und populär-wissenschaftliche

---

[1] Die Erde fiel in Schlaf, nur noch
Des Himmels Silberaugen blinken.
Des Dunkels Flügel läßt jedoch
Die junge Brust in Schlaf nicht sinken.
Maironis
Nachdichtung von Annemarie Bostroem aus: Litauische Poesie aus zwei Jahrhunderten, hrsg. v. Vytautas Kubilius. Berlin 1983, S. 32.

Literatur zu Fragen ihrer Geschichte, Literatur und Kulturentwicklung lassen sich unter dem Stichwort „baltisch" finden.

Der dritte Aspekt wird aus dem Blickwinkel des Philologen betrachtet, der den Begriff „baltisch" den Angehörigen der baltischen Sprach- und Kulturfamilie, zu denen die Letten, Litauer und Pruzzen zählen, zuordnet. Die baltischen Sprachen gehören zur indogermanischen Sprachfamilie und schließen die litauische, lettische und ausgestorbene altpreußische Sprache so wie die nur sehr wenig bekannten Idiome des Altkurischen, Jatwingischen und Gallindischen mit ein. Diese Sprachen und die Literaturen, Kulturen und Grundkenntnisse der Geschichte, die mit den Trägern dieser Sprache aufs engste verbunden sind, umfassen das Wissenschaftsgebiet der Baltistik. Im Gegensatz dazu werden das Estnische wie auch das Livische sprachwissenschaftlich der finno-ugrischen Sprachgruppe zugeordnet.

Wenn am 18. Mai 1993 an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald das Institut für Baltistik eröffnet werden konnte, so wurde damit eine Lehr- und Forschungseinrichtung geschaffen, die sich dem Studium der baltischen Sprachen und Literaturen widmet. Geisteswissenschaftlich kann es an die großen Leistungen der Wissenschaftler und Aufklärer des 18. und 19. Jahrhunderts wie Johann Georg Hamann, Gottlieb Merkel und Johann Gottfried Herder anknüpfen. Das sich an den feierlichen Akt anschließende Festkolloquium zu dem Thema „Baltistik in Greifswald" ließ erkennen, daß es bereits vorher Anfänge für eine baltistische Forschung an der Universität Greifswald gab. Im Jahre 1967 wurde zwischen ihr und der Universität Vilnius ein Freundschaftsvertrag abgeschlossen. Als im März 1992 Verträge mit der Universität Lettland und der Universität Klaipėda erstmalig unterzeichnet wurden, konnte beim Abschließen des Vertrages mit der Universität Vilnius bereits auf eine langjährige Zusammenarbeit auf den verschiedensten wissenschaftlichen Gebieten verwiesen werden, so u.a. auch auf dem Gebiet der baltistischen literaturwissenschaftlichen Forschung. Im November 1991 wurde dann am Greifswalder Institut für Slawistik mit der Einrichtung eines Lehrstuhls für Baltistik begonnen, so daß die ersten Studenten ein Studium der baltischen Sprachen und Literaturen aufnehmen konnten. Mit der Institutionalisierung wurde nun eine Forschungseinrichtung geschaffen, die in enger Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen in Litauen und Lettland zum vorliegenden Gegenstand lehrt und forscht.

Der Magisterstudiengang Baltische Philologie sieht das Studium der litauischen Sprache und Literatur sowie/bzw. der lettischen Sprache und Literatur im Haupt- bzw. Nebenfach je nach Wahl vor. Die Ausbildung erfolgt auf der Grundlage sprachpraktischer und theoretischer Lehrveran-

staltungen. Die sprachpraktische Ausbildung vermittelt den Studenten Grundkenntnisse in der gewählten Sprache, die sie befähigen, selbständig zu kommunizieren, fachwissenschaftliche Texte zu rezipieren und eigene Übersetzungen anzufertigen. Hierbei wird nicht auf eine enge theoretische Ausbildung gesetzt, sondern die Studenten sollen befähigt werden, zukünftigen beruflichen Anforderungen nicht nur in den philologischen Wissenschaftszweigen, sondern auch gerade in der Politik, Wirtschaft, Journalistik, Rechts- und Kulturwissenschaft gewachsen zu sein. Denn gerade hier werden sich den Studenten Einsatzmöglichkeiten bieten. Die sprachpraktische Ausbildung, die sich aus mehreren Teildisziplinen wie Kommunikation, praktischer Grammatik, Phonetik und Akzentologie sowie Lektürekursen zusammensetzt, wird mit dem Großen Sprachschein abgeschlossen, sofern man eine der baltischen Sprachen wie Litauisch oder Lettisch als Hauptfach gewählt hat. Das Nebenfach schließt hier mit einem Kleinen Sprachschein ab. Ist der Student am Erwerb eines Großen Sprachscheins im Rahmen eines Nebenfachstudiums aufgrund seines späteren beruflichen Einsatzes dennoch interessiert, so besteht auch diese Möglichkeit auf der Grundlage eines veränderten Verhältnisses zwischen den sprachpraktischen und theoretischen Lehrveranstaltungen.

In Zusammenarbeit mit den Universitäten in Litauen (Vilnius, Klaipėda) und in Lettland (Riga) werden mit der Zielsetzung der Erreichung eines hohen Sprachniveaus Sprachkurse und Studienaufenthalte vor Ort organisiert. Diese sollen den Studenten nicht nur den Übergang in die Alltagssprache erleichtern, sondern sie auch mit dem Land und seinen Menschen, deren Mentalität, Kultur und den Anforderungen, die der Alltag heute an die Balten stellt, vertraut machen.

Der Teil der theoretischen Lehrveranstaltungen umfaßt eine umfangreiche sprach- und literaturwissenschaftliche Ausbildung (wie Phonetik, Morphologie, Lexikologie, Syntax, Phraseologie; die Geschichte des Litauischen und Lettischen sowie der litauischen und lettischen Literatur). Weiterhin werden Kenntnisse auf dem Gebiet der ostbaltischen Volkskunde (Folklore, Mythologie) sowie der Geschichte des litauischen und lettischen Volkes vermittelt. Diese werden ab dem fünften Semester als Spezialseminare vertieft weitergeführt, in Abhängigkeit von der Spezialisierungsrichtung, für die sich ein Student des Hauptfachstudiums nach Absolvierung des Grundstudiums entscheidet.

Die Regelstudienzeit umfaßt neun Semester, wobei das Grundstudium mit einer Zwischenprüfung abgeschlossen wird. Das Hauptstudium endet mit einer akademischen Abschlußprüfung, auf deren Grundlage dann der Grad eines/einer Magister artium/Magistra artium (M.A.) verliehen wird. Die Studienordnung für den Magisterstudiengang Baltische Philologie

im Haupt- und Nebenfach richtet sich nach der Studienordnung der Philosophischen Fakultät der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Das Studium selbst kann sowohl zu Beginn des Wintersemesters als auch zu Beginn des Sommersemesters aufgenommen werden.

Mit dem Wintersemester 1993 wird ein Studiengang Litauisch und/oder Lettisch als Beifach eingerichtet, der sich überwiegend aus Lehrveranstaltungen der Sprachpraxis und der Landeskunde zusammensetzen wird. Dieses Beifach wird zunächst Studenten der Rechts- und Geschichtswissenschaften an der EMAU angeboten werden können. Studienaufenthalte in Litauen und/oder Lettland dienen zwar auch hier in erster Linie dem Vervollständigen der Kommunikationsfähigkeiten, aber sie tragen auch dazu bei, das heutige Litauen und Lettland mit all seinen politisch, wirtschaftlich und kulturhistorisch gewachsenen Problemen intensiver kennen und verstehen zu lernen.

Jedoch muß auf muttersprachliche Klänge bis dahin nicht verzichtet werden. Die Tätigkeit eines Gastdozenten aus Riga am Institut sowie die erfolgte Qualifizierung der eigenen wissenschaftlichen Mitarbeiter vor Ort lassen diese Sprachen ihre Reize und ihre Eigenart auch in der ehrwürdigen Alma mater der Hansestadt am Greifswalder Bodden zur Geltung gelangen. Und da kann es auch schon vorkommen, daß ein Weihnachtsfest von Studenten der Baltistik, Slawistik, Nordistik und Anglistik/Amerikanistik mit litauischen Mohngerichten garniert wird oder daß die Līgo-Lieder zum lettischen Jānis-Fest am Feldrain eines vorpommerschen Dorfes erklingen...

Jauni puiši, jaunas meitas,
Jāņu nakti neguļati,
Kas gulēja Jāņu nakti,
Gulēs visu vasariņu.

Junge Burschen, junge Mädchen,
schlaft nicht in der Janisnacht:
Der verschläft den ganzen Sommer,
der zum Janisfest nicht wacht.

Strophe aus einer Daina (Volkslied)[2]

Liane Klein, Greifswald

[2] Nachdichtung von Annemarie Bostroem aus: Hab fünf Truhen voller Lieder. Lettische Dainas, hrsg. v. Welta Ehlert. Berlin 1985, S. 111.

Gründung eines Instituts für Interdisziplinäre Baltische Studien an der Westfälischen Wilhelms-Universität, Münster

Am 26.1.1993 fand in der Aula der Westfälischen Wilhelms-Universität, Münster, die feierliche Eröffnung des Instituts für Interdisziplinäre Baltische Studien statt. Das auf die Initiative der Rektorin, Frau Maria Wasna, hin gegründete Institut soll eine Beschäftigung mit Problemen des Baltikums an der Universität Münster in verschiedenen Bereichen fördern und koordinieren und entsprechende Aufgaben über den Bereich der Universität Münster hinaus übernehmen. Das Institut wird von einem Vorstand geleitet, in den von der Rektorin Vertreter verschiedener Disziplinen als ehrenamtliche kommissarische Vorstandsmitglieder berufen worden sind und dem ich als ebenfalls ehrenamtlich kommissarisch bestellter Direktor vorstehe. Die Arbeit des Vorstandes wird von einem wissenschaftlichen Beirat unterstützt, der aus Vertretern verschiedener mit dem Baltikum befaßter Disziplinen aus ganz Deutschland besteht.

Im Rahmen einer Gastprofessur sollen Wissenschaftler verschiedener Disziplinen einschließlich der Naturwissenschaften von Universitäten des Baltikums für jeweils einige Monate nach Münster kommen, um hier Vorlesungen und Lehrveranstaltungen zum Teil gemeinsam mit Münsteraner Professoren abzuhalten, Kontakte mit Kollegen ihres Fachgebietes aufzunehmen und in den Bibliotheken und Laboratorien zu arbeiten. Während der Semestermonate sollen Wissenschaftler geisteswissenschaftlicher Disziplinen (Baltistik, Baltische Geschichtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Jurisprudenz, Pädagogik, Politologie, Soziologie u.a.), während der Ferienmonate Wissenschaftler aus den Naturwissenschaften eingeladen werden.

In Kooperation mit den Universitäten des Baltikums und anderen westeuropäischen Universitäten sollen wissenschaftliche Tagungen, Symposien und Kolloquien über mit dem Baltikum zusammenhängende Probleme verschiedener Disziplinen an der Universität Münster und an den kooperierenden Universitäten veranstaltet werden. Das Institut wird hier Aufgaben der Organisation und Kooperation übernehmen.

Das Institut will auch bei der Vermittlung von Stipendien für Studierende und Nachwuchswissenschaftler aller Disziplinen aus den Ländern des Baltikums sowie von Stipendien für deutsche Studierende der Baltistik und deutsche Nachwuchswissenschaftler, die sich in ihrem Bereich mit Problemen des Baltikums beschäftigen, behilflich sein. Eine Reihe von Studierenden verschiedener Fächer aus den baltischen Ländern hat sich in

den beiden vergangenen Jahren bereits ein oder zwei Semester zu Studien an der Universität Münster aufgehalten. Diese Stipendien sind zunächst von der Universität Münster im Rahmen ihres 1992 mit der Universität Lettlands in Riga abgeschlossenen Partnerschaftsvertrages vermittelt worden.

Vom Jahre 1993 an werden auch die Intensivkurse zur Erlernung der Sprachen des Baltikums, das sog. „Münsteraner Modell", von diesem Institut durchgeführt. Diese Kurse, in denen 24 Studierende aller Fachrichtungen aus allen Universitäten der Bundesrepublik Deutschland Grundkenntnisse in je einer der drei Sprachen des Baltikums (Estnisch, Lettisch, Litauisch) erwerben können, haben seit 1988 jährlich unter meiner Leitung stattgefunden.

Im Rahmen dieser Kurse ist es gelungen, jedes Jahr je acht Studierenden, die in der Mehrzahl über keine Vorkenntnisse verfügten, in je einer der drei Sprachen des Baltikums Sprachkenntnisse zu vermitteln, die sie in die Lage versetzen, landeskundliche Texte aus der Fremdsprache ins Deutsche zu übersetzen, selbst Texte über solche Themen in der Fremdsprache zu verfassen und Gespräche über solche Themen in der Fremdsprache zu führen.[1] Diese Studierenden, die zum großen Teil in ihrem Studienfach oder in dem von ihnen aufgenommenen Tätigkeitsbereich ihre in diesen Kursen erworbenen Kenntnisse einer oder mehrerer Sprachen des Baltikums bereits mit großem Nutzen verwenden, und künftige Absolventen dieser Kurse werden einem in unserem Lande bestehenden dringenden Bedarf an jungen Akademikern verschiedener Disziplinen mit Kenntnissen einer oder mehrerer Sprachen des Baltikums abhelfen. Von 1988 bis 1992 wurden diese Kurse je zur Hälfte vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen und vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft im Rahmen eines Modellversuchs finanziert, von 1993 an sind sie von der Universität Münster übernommen worden, wie es von Anfang an geplant war. Sie werden nun aus von der

[1] Die Teilnehmer der Intensivkurse erwerben zunächst in einem sechswöchigen, in Annaberg bei Bonn abgehaltenen Kurs Grundkenntnisse der baltischen Sprachen, setzen dann während des Sommersemesters das Studium der von ihnen gewählten Sprache in Eigeninitiative an ihrer Heimatuniversität fort und absolvieren dann im September einen vierwöchigen Kurs in dem jeweiligen baltischen Land. Neben praktischen Sprachstudien haben sie Gelegenheit, durch Vorlesungen über Probleme verschiedener Bereiche (Geschichte, Literatur, Sprachwissenschaft, Politikwissenschaft u.a.) sich näher mit dem Baltikum zu beschäftigen. Im Anschluß an den Kurs im September findet dann in Annaberg eine Abschlußprüfung statt, nach deren Bestehen ihnen ein Diplom ausgehändigt wird. In den vergangenen vier Jahren haben auf diese Weise 90 von 96 Teilnehmern Abschlußprüfungen abgelegt, die mit Noten von 1,0 bis 2,2 bewertet werden konnten.

Universität eingeworbenen Drittmitteln finanziert und vom neuen Institut wie bisher unter meiner Leitung organisiert und durchgeführt.

Im Rahmen des neuen Instituts werden seit dem Sommersemester 1993 auch die Lehrveranstaltungen zur Baltistik und Finnougristik abgehalten. Hier übernimmt das Institut Funktionen, die bisher von den von mir am Slavisch-Baltischen Seminar gegründeten Baltischen (seit 1968) und Finnougrischen (seit 1972) Abteilungen wahrgenommen wurden, deren gut ausgestattete Bibliotheken dem neuen Institut übereignet worden sind.

In Kursen, die von einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin abgehalten werden, und durch eine wechselnde Anzahl von Lehraufträgen werden die baltischen Sprachen (Lettisch und Litauisch) unterrichtet und wissenschaftliche Lehrveranstaltungen (Proseminare, Hauptseminare) zur Sprach- und Literaturwissenschaft für die Studierenden des Faches Baltistik durchgeführt. Für das Estnische, Finnische und Ungarische werden Kurse für Anfänger und Fortgeschrittene angeboten. Da mein seit meiner Emeritierung zum März 1993 vakant gewordener Lehrstuhl für Slavische und Baltische Philologie aufgrund der naturgemäß vorgegebenen Priorität mit einem Slavisten besetzt werden wird, wäre die Einrichtung eines Lehrstuhls für Baltische Philologie am Institut für Interdisziplinäre Baltische Studien ein dringendes Desiderat. Bei der angespannten Finanzlage des Landes ist damit in absehbarer Zukunft aber wohl kaum zu rechnen. So muß in Lehraufträgen bzw. in aus Drittmitteln finanzierten Gastprofessuren ein Ausweg gesucht werden, damit die Studierenden der Baltistik, deren Zahl in den letzten Jahren u.a. aufgrund der politischen Ereignisse größer geworden ist als in den vergangenen 25 Jahren, während derer ich dieses Fach vertreten habe, auch in Zukunft ordnungsgemäß studieren und ein akademisches Examen (Magisterprüfung, Promotion) ablegen können.

Nachdem die Länder des Baltikums nach jahrzehntelanger Unterdrückung nun endlich wieder zu selbständigen Staaten geworden sind und sich in einem Demokratisierungsprozeß befinden, der sie in die Gemeinschaft der freien Völker integrieren soll, kann das neue Institut für Interdisziplinäre Baltische Studien durch seine geplanten Aktivitäten mit dazu beitragen, diesen Prozeß im Bereich der Wissenschaften an den Universitäten des Baltikums zu fördern und durch eine Anregung zu vermehrter und intensiverer Beschäftigung mit Problemen des Baltikums in vielen Bereichen in unserem Lande die Kenntnis über das Baltikum verbreiten helfen, die die Voraussetzung für eine fruchtbare Kooperation zwischen den Ländern des Baltikums und Deutschland zu beiderseitigem Nutzen bildet.

Friedrich Scholz, Münster

Eine friedliche akademische Konferenz im stürmischen Klaipėda

Im kalten Januar 1923 begannen Soldaten, Schützen und Freiwilligenverbände den Vormarsch auf Memel, als dessen Folge das Memelgebiet nach langen diplomatischen Verhandlungen, mit Autonomierechten ausgestattet, an das litauische Staatsgefüge angegliedert wurde. Im warmen, aber stürmischen Januar 1993 fand vom 14. bis zum 18. in Klaipėda, in Giruliai eine wissenschaftliche Historikerkonferenz statt. „Vereinigung Klaipėdas mit Litauen oder Memelanschluß? Januar 1923". Das Motto ist nicht weniger kompliziert als die Ereignisse des Jahres 1923 selbst; dennoch verlief die Diskussion der litauischen und deutschen Historiker (die von den Gastgebern eingeladenen polnischen Historiker erkrankten plötzlich und erschienen leider nicht) friedlich und sachlich, abgesehen von Schwierigkeiten für die Organisation, die auch durch den Orkan nicht zu entschuldigen waren.

Zenonas Butkus sprach in seinem Vortrag „Die Memelfrage in der Politik der Baltischen Länder" hauptsächlich über die für Litauen bedeutsame Unterstützung zur Zeit der Ereignisse von 1923 in Memel durch Lettland, das die Rolle eines ungewöhnlichen Vermittlers zwischen Litauen und den Ententemächten übernahm. Joachim Tauber analysierte vornehmlich die inneren und äußeren Faktoren der deutschen Ostpolitik 1918–1923, ohne speziell das Memelproblem hervorzuheben; trotzdem war sein Vortrag (wenigstens für die Litauer) von der Relevanz der Erkenntnisse her der interessanteste.

Was sagte man litauischerseits Neues, verglichen mit der alten Konzeption von einem Aufstand in Memel? In erster Linie muß festgestellt werden, daß die Tatsachen zeigen, daß die Bevölkerung Memels trotz der im allgemeinen wohlwollenden Haltung der Memellitauer gegenüber Litauen 1922/23, die von den Vertretern ihrer einige Dutzend zählenden Organisationen gesteuert worden war, auf solch drastische Handlungen wie z.B. einen Aufstand gegen die französische Verwaltung nicht vorbereitet war. Die Version von einem Aufstand mußte Litauen, nachdem es zuvor die Bevölkerung Memels entsprechend eingestimmt hatte, lancieren. Das propagandistische Vorgehen Litauens zielte, wie die in dem Vortrag von Alfonsas Eidintas dargelegten Fakten zeigten, darauf ab. Gegenüber Deutschland wurde erklärt, der Aufstand sei gegen die französische Verwaltung gerichtet gewesen, gegenüber den Franzosen jedoch, das deutsche Memeldirektorium nähme keine Rücksicht auf die nationalen Interessen der Litauer. Vytautas Žalys zeigte die Ursachen auf, die die nicht

sonderlich aktive Beteiligung der Memellitauer an den Januarereignissen bedingten. Den fehlenden deutschen Widerstand gegen die litauischen Militär- und Schützenverbände bewirkte anscheinend die Empfehlung Deutschlands, sich friedlich zu verhalten, denn es ist unzweifelhaft, daß Litauen den Vormarsch seiner Einheiten auf Memel mit Berlin abgesprochen und dafür dessen Zustimmung erhalten hatte. Den militärischen Aspekt derselben Aktion erörterte Vygantas Vareikis. Der Amerikaner Alfred Erich Senn, der in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg ein Interview mit dem ehemaligen Leiter der litauischen Militäraktion Jonas Polovinskas (Budrys) und dem Diplomaten Vaclovas Sidzikauskas geführt hat, bezeichnete als wohl interessantesten Punkt, daß sich beide Litauer, obwohl sie sich in der Emigration in den USA befanden, auch weiterhin an die offizielle Aufstandsversion hielten.

In den Diskussionen wurden zwangsläufig vollständigere Untersuchungen über die damalige Situation des Memelgebietes vermißt. Nach wie vor steht das Problem der Regierungskontakte zwischen Litauen und Deutschland sowie der Vereinbarung wohlwollender Haltung des letzteren gegenüber der litauischen Aktion in Memel im Raum: Litauische Quellen geben an, daß die Frage in Berlin über General von Seeckt abgesprochen worden war. Jedenfalls dürfte die Konferenz wahrscheinlich die beiden alten Konzeptionen beeinflussen: 1. die deutsche, die die litauische Aktion als einseitigen Anschluß Memels, als Okkupation interpretierte — Litauen begründete sie nämlich nicht nur mit der wohlwollenden Haltung der Memellitauer, sondern stimmte seine Schritte auch über diplomatische Kanäle ab, unter anderem auch mit Deutschland, und 2. die litauische Konzeption von einem „Aufstand", denn der Anschluß war von seiten Litauens organisiert worden, wobei man sich die wohlwollende Neutralität der Memeldeutschen und die litauischen Sympathien sowie die internationale Situation, die sich für Litauen sehr günstig entwickelt hatte, zunutze machte.

Es ist unverkennbar, daß die vereinfachte, schematische Einstellung sowohl der einen als auch der anderen Seite gegenüber der Angliederung Memels an Litauen im Jahre 1923 nicht mehr brauchbar ist, und weitere Untersuchungen werden die gesamte ökonomische, ethnisch-kulturelle und international-politische Bandbreite dieser Ereignisse aufzeigen.

Alfonsas Eidintas, Vilnius/Washington, D.C.

Deutsch-litauische Historikertagung vom 16.–18. Oktober 1992 in Lüneburg

Die Beziehungen zwischen deutschen und litauischen Historikern nach der wiedererlangten Souveränität der Republik Litauen werden immer enger. Dieses beweist eindrucksvoll eine vom Institut Nordostdeutsches Kulturwerk, Lüneburg, in Zusammenarbeit mit dem Historischen Seminar der Universität Hamburg vom 16.-18. Oktober 1992 in Lüneburg veranstaltete Tagung zum Thema „Deutschland und Litauen. Bestandsaufnahmen und Aufgaben historischer Forschung". Nicht nur Historiker aus Deutschland und Litauen nahmen daran teil: Wissenschaftler aus Frankreich, Großbritannien, der Vatikanstadt und den USA trugen ihrerseits dazu bei, dem Kongreß eine internationale Ausrichtung zu geben.

Insgesamt waren es rund 40 Personen, die während der drei Tage einen intensiven Gedankenaustausch über Möglichkeiten und Aufgaben der Geschichtswissenschaft in den beiden Ländern pflegten. Viele von ihnen hatten sich schon auf den vorangegangenen Tagungen in Wilna/Vilnius, Memel/Klaipėda und Lübeck-Travemünde kennengelernt. In seiner Begrüßung hob der Gastgeber Eckhard Matthes vom Institut Nordostdeutsches Kulturwerk hervor, daß es nicht darum ginge, fertige Synthesen zu bringen, sondern darum, Bestandsaufnahmen zu machen, um somit Anregungen zu geben und zu erhalten. Es sollten Probleme aufgegriffen werden, die über die Geschichte Deutschlands und Litauens hinaus von Bedeutung seien. Wichtig sei die Einwirkung auf Studenten und jüngere Wissenschaftler, die sich noch in der Ausbildung befänden. Die Aufgabe, sie bereits während des Studiums zu einer Spezialisierung auf die deutsch-litauischen Beziehungen anzuregen, komme zur Zeit vor allem vier Institutionen zu: 1. dem Forschungszentrum für die Geschichte Westlitauens und Preußens an der Universität Klaipėda; 2. dem Institut für Geschichte Litauens in Vilnius; 3. dem Historischen Seminar der Universität Hamburg; 4. dem Institut Nordostdeutsches Kulturwerk in Lüneburg.

Auch der Mitveranstalter Norbert Angermann vom Historischen Seminar der Universität Hamburg betonte in seiner Begrüßungsansprache die Bedeutung der Förderung des akademischen Nachwuchses. Dieses sei nicht zuletzt wegen mangelnder Sprachkenntnisse ein langer und schwieriger Weg. Außerdem gelte es, Forschungsgrundlagen zu schaffen, indem die Archivbestände ermittelt und die Quellen aufgearbeitet würden. Ihre Verfügbarkeit für die Forschung sei eine Grundvoraussetzung für das Gelingen des Unterfangens.

Um Quellen und Forschung ging es auch gleich in den ersten Vorträgen der Tagung. Bernhart Jähnig (Berlin) berichtete über „Die Quellen des historischen Staatsarchivs Königsberg zur Geschichte der deutsch-litauischen Beziehungen in der Zeit der Ordensherrschaft und des Herzogtums Preußen" und erörterte dabei sowohl die Entstehung des Königsberger Staatsarchivs als auch die dort vorhandenen Bestände zur preußisch-litauischen und livländisch-litauischen Geschichte. Aus der Zeit des Deutschen Ordens in Preußen (bis 1525) sind es die Pergament-Urkunden, das Ordensbriefarchiv (OBA) und die Ordensfolianten und -quartanten (OF),[1] aus der Zeit des Herzogtums Preußen (im engeren Sinne die Regierungszeiten der Herzöge Albrecht und Albrecht Friedrich 1525–1618) das Herzogliche Briefarchiv (HBA), die Ostpreußischen Folianten (Ostpr. Fol.) und die im Etatsministerium (EM) als Vorakten eingeordneten ungebundenen Akten der herzoglichen Oberratsstube. Reste der Königsberger Handschriftensammlung, die ebenfalls Quellen zu den deutsch-litauischen Beziehungen zur Ordens- und Herzogszeit enthielt, befinden sich heute vor allem in Allenstein/Olsztyn und Wilna.[2]

Das anschließende Referat von Stefan Hartmann (Berlin) über „Die preußisch-litauischen Beziehungen vom 17. bis zum 19. Jahrhundert. Quellenlage und Forschungsstand" gab zunächst einen historischen Abriß über das Dreiecksverhältnis Preußen – Polen – Litauen in der betreffenden Zeit und ging in dem Zusammenhang auch auf die Forschung und die bisherigen Forschungsschwerpunkte ein: litauische Nationalbewegung, Grenzfragen, litauische Einwanderung nach Preußen, preußische Landerwerbungen in Litauen etc. Es mündete in der Feststellung, daß eine grundlegende Untersuchung des preußisch-litauischen Verhältnisses vom 17. bis 19. Jahrhundert ein dringendes Anliegen der Forschung bleibt. Dies könne nur auf dem Wege enger Zusammenarbeit zwischen deutschen und litauischen Historikern verwirklicht werden. Wichtiges, noch unausgewertetes Material befindet sich im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz zu Berlin (die oben genannten HBA, Ostpr. Fol., Ostpreußisches Adelsarchiv, EM) und seiner Merseburger Abteilung, was freilich nicht ausschließt, daß das in polnischen und litauischen Archiven verwahrte Schriftgut ebenfalls herangezogen werden müßte.

---

1 Sven Ekdahl, Ordensarchivalien im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin. Ein Überblick, in: Lituanistica (im Druck).

2 Vgl. Sven Ekdahl, Archivalien zur Geschichte Ost- und Westpreußens in Wilna, vornehmlich aus den Beständen des Preußischen Staatsarchivs Königsberg, in: Preußenland 30 (1992), S. 41-55.

Über „Möglichkeiten künftiger archivalischer Forschungen zur neueren Geschichte der Litauendeutschen" sprach anschließend Harry Stossun (Ratzeburg), der sich im Rahmen seiner Dissertation mit dem Schicksal der deutschen Minderheit in Litauen während des Zweiten Weltkrieges beschäftigt hat.[3] Stossun stellte fest, daß es zu diesem Themenkomplex an wissenschaftlichen Arbeiten fehlt, die auf Quellenstudien basieren und die Zeit etwa zwischen dem Ersten Weltkrieg und der Umsiedlung im Jahr 1941 behandeln. Er verwies auf die gedruckten Quellen, vor allem Zeitungen, sowie auf die ungedruckten Quellen, die vor allem im Bundesarchiv in Koblenz, in der Abteilung Potsdam des Bundesarchivs, im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn und im Staatsarchiv Litauens in Wilna lagern. Einige Themen, die mit Hilfe von archivalischen Quellen zu bearbeiten wären, sind: „Die Partei der Deutschen Litauens", „Der Kulturverband der Deutschen Litauens" und „Die Geschichte der deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Litauen". Auch litauische Historiker sollten sich an solchen Arbeiten beteiligen. Selbst untersucht er zur Zeit das deutsche Schulwesen in Litauen.

Die Bevölkerungsentwicklung in Litauen nach dem Zweiten Weltkrieg ist in der Geschichtsschreibung kaum untersucht worden, denn die Forscher hatten keinen Zugang zu den unter Verschluß gehaltenen Akten. Vor allem betrifft dies Angaben über die Minderheiten. Deshalb betrat Nastazija Kairiūkštytė (Wilna) wissenschaftliches Neuland, als sie in einem eindrucksvollen Vortrag über „Quantitative Veränderungen der Litauendeutschen 1945–1960" erstmalig archivierte Akten des litauischen Innenministeriums auswertete. Erschreckend sind die Zahlenangaben über die Bevölkerungsverluste Litauens während des Krieges und in der ersten Nachkriegszeit: fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung kam ums Leben, wurde verschleppt oder ist geflüchtet. So gehört der Zeitraum zwischen 1944 und 1952 zu den tragischsten Kapiteln in der Geschichte Litauens, denn damals wütete der stalinistische Terror: 200 000-250 000 Menschen wurden deportiert. Die Organe des NKWD–NKGB waren mit der Aufgabe betraut, Sowjetlitauen von Personen deutscher Nationalität zu „säubern", denn die Deutschen wurden als potentielle Verbrecher angesehen. Kairiūkštytė schilderte in ihrem Vortrag auch Einzelschicksale und belegte exemplarisch z.T. bis ins Detail, wie es den Menschen damals ergangen ist. In den 50er Jahren reisten mehr als 13 000 Deutsche in die DDR oder

[3] Harry Stossun, Die Umsiedlungen der Deutschen aus Litauen während des Zweiten Weltkrieges. Untersuchungen zum Schicksal einer deutschen Volksgruppe im Osten. Diss. phil., Hamburg 1990.

die Bundesrepublik aus, die meisten von ihnen aus dem Memelgebiet. Nach Angaben der Volkszählung von 1989 lebten in jenem Jahr etwa 2100 Personen deutscher Nationalität in Litauen.

Der zweite Konferenztag begann mit einem Vortrag von Jūratė Kiaupienė (Wilna) zum Thema „Die litauische Forschung zu den litauisch-deutschen Beziehungen vom 15. bis 19. Jahrhundert". Die politisch-militärische Geschichte vom 13. bis zum Anfang des 15. Jahrhunderts, als die Beziehungen zum Deutschen Orden am gespanntesten waren und sich die Existenzfrage des litauischen Staates entschied, herrscht in den Arbeiten der litauischen Historiker des 20. Jahrhunderts vor, war jedoch nicht Gegenstand der Ausführungen von Frau Kiaupienė, der es vielmehr darum ging, Untersuchungen zu den politischen und ökonomischen Beziehungen zwischen Deutschland und Litauen aus der Zeit nach der Schlacht bei Tannenberg/Grunwald (litauisch: Žalgiris oder Grünwald) 1410 vorzustellen. Außer der 1936 erschienenen bekannten „Geschichte Litauens", herausgegeben von Adolfas Šapoka, erörterte sie Monographien und Aufsätze von Zenonas Ivinskis, Bronius Dundulis, Rokas Varakauskas und Antanas Tyla mit den wichtigsten darin enthaltenen Thesen und Forschungsergebnissen. Das Buch von Tyla über Litauen und Livland vom Ende des 16. bis zum Anfang des 17. Jahrhunderts leitet zu den ökonomischen Beziehungen über. Auch hier ragt der Name von Ivinskis hervor; daneben sind Albinas Rimka, Jonas Remeika, Zigmantas Kiaupa und Rokas Varakauskas zu erwähnen. Das bekannte, auf deutsch geschriebene Buch des Philosophen und Schriftstellers Wilhelm(as) Storost(a), Deckname Vydūnas, mit der verdichteten emotionalen Atmosphäre, wurde am Anfang der Ausführungen ebenfalls gewürdigt.

Mit einem Beitrag über „Die litauische Forschung zu den litauisch-deutschen Beziehungen im 20. Jahrhundert " knüpfte Alfonsas Eidintas (Wilna) an die Ausführungen von Frau Kiaupienė an. Während der Zeit der Unabhängigkeit Litauens zwischen den Weltkriegen erwies sich vor allem die Memelfrage als hinderlicher Faktor für die Entwicklung einer tiefergehenden Erforschung der litauisch-deutschen Beziehungen. Die bedeutendsten Untersuchungen wurden von Marija Mašiotaitė-Urbšienė durchgeführt, die sich u.a. mit der Wirtschaftspolitik der deutschen Besatzungsverwaltung und mit der deutschen Presse während des Krieges beschäftigte. Andere Namen sind Zenonas Ivinskis, Rudolfas Valsonokas, Augustinas Voldemaras und Jonas Navakas, wobei die drei letztgenannten die Memelfrage erörtert haben und dabei zu unterschiedlichen Auffassungen gelangt sind. Die offizielle litauische Einschätzung der Memelproblematik findet sich in der bereits genannten „Geschichte Litauens", herausgegeben von Adolfas Šapoka 1936. — Während der

sowjetischen Okkupation wurden nicht nur die Kämpfe zwischen Litauen und dem Deutschen Orden, sondern auch die Memelfrage aktualisiert und in der sowjetischen Propaganda als nützliche Belege für den deutschen „Drang nach Osten" und die deutsche Aggressivität gegenüber Litauen und Rußland/UdSSR ausgenutzt. Dabei kam es bisweilen zu einer eigenartigen Symbiose mit der konservativen litauischen Geschichtsschreibung, indem die deutsche Geschichte des Gebietes und der Stadt Memel verschwiegen wurde. Analytische Forschungen wurden zwischen 1944 und 1990 durch die von der kommunistischen Ideologie bestimmten Grundsätze und Schemata verhindert. Für die litauischen Historiker, die objektiv bleiben wollten, war es manchmal das beste, gar nichts zu schreiben!

Über die „Historische Litauenforschung in der Bundesrepublik Deutschland" referierte anschließend Arthur Hermann (Heidelberg). Im ersten Teil seines Vortrags stellte er die wichtigsten Forschungen zu verschiedenen Themenbereichen vor: das Großfürstentum Litauen, Litauens Beziehungen zu Rußland, zu Polen, zum Deutschen Orden und Herzogtum Preußen, ferner Litauen während der beiden Weltkriege und in der Zwischenkriegszeit, Preußisch-Litauen, das Memelland, die Litauendeutschen und schließlich Gesamtübersichten der Geschichte Litauens. Ausgeklammert wurden die meisten kultur-, sozial- und kirchenhistorischen Werke sowie Arbeiten über die Zeit der Sowjetherrschaft in Litauen. Trotzdem ist die Anzahl der Veröffentlichungen recht beeindruckend, wie aus der vom Referenten verteilten Literaturliste hervorging. Mit Recht bedauerte Hermann, daß Manfred Hellmanns ausführliche Studie über das Großfürstentum Litauen bis zur Lubliner Union 1569 in dem „Handbuch der Geschichte Rußlands" erschienen ist. Die Arbeit ist ein Fremdkörper in diesem Handbuch geblieben und hat einen Präzedenzfall für die (angebliche) Zugehörigkeit der litauischen Geschichte zur russischen geschaffen. — Im zweiten Teil des Vortrages wurden die für die Litauenforschung bedeutendsten Institutionen in der Bundesrepublik, mit Ausnahme der Archive, vorgestellt, darunter auch als die wichtigste das Institut Nordostdeutsches Kulturwerk in Lüneburg. Mit der Durchführung der Tagung „Deutschland und Litauen" hat dieses Institut praktisch die Federführung für Litauen in der deutschen Geschichtsforschung übernommen. Soll in Zukunft die historische Litauenforschung in Deutschland einen Aufschwung erleben, ist das ohne Lenkung durch eine Institution wie das Nordostdeutsche Kulturwerk schwer vorstellbar.

„Fortschrittliche Traditionen" in den deutsch-litauischen Beziehungen zu erforschen und darzustellen, gehörte zu den Aufgaben der Historiker in der ehemaligen DDR. Den Schwerpunkt bildeten dabei Untersuchun-

gen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. In einem Vortrag mit dem Titel „Kritische und selbstkritische Anmerkungen zur Forschung über die Beziehungen der deutschen und litauischen Arbeiterbewegung in der ehemaligen DDR" berichtete Berndt Frisch (Greifswald) über entsprechende Bemühungen der Historiker der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald und der Universität Vilnius, die seit 1967 durch einen Freundschaftsvertrag miteinander zusammenwirkten, sowie des Instituts für Parteigeschichte beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Litauens. Einen ersten Höhepunkt bildete ein von den beiden Universitäten 1977 veranstaltetes Kolloquium „Litauisch-Deutsche Beziehungen von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zur Gegenwart", zu dessen Ergebnissen die Inangriffnahme einer Reihe von Projekten gehörte. Der Referent erörterte ferner u.a. eine Dissertation von Dieter Langehr über „Die Politik des deutschen Imperialismus gegenüber Litauen in der Zwischenkriegszeit" und einen Quellen- und Erinnerungsband über „Die internationale Solidarität der litauischen und deutschen Arbeiterklasse von 1918 bis 1939", der 1983 in Vilnius erschien. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften blieben in jenem Band ausgeschlossen. Frisch sprach ein Wort der Entschuldigung und des Bedauerns gegenüber den litauischen Kollegen aus, weil er der Ansicht war, daß die DDR-Geschichtsschreibung zur Darstellung eines verzerrten oder falschen Bildes der litauischen Geschichte der neuesten Zeit beigetragen hat. Ein grundlegender Fehler ist die unkritische Übernahme der Thesen der damals dominierenden litauischen Parteihistoriker gewesen, so die Charakterisierung der Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft, mit der die verbrecherischen Deportationen eng verbunden waren, als „sozialistische Umgestaltung in der Landwirtschaft" und des Widerstands gegen das stalinistische Regime als „Wirken nationalistischer Banden, die auf den Ausbruch eines Krieges zwischen den Westmächten und der UdSSR hofften". Der Begriff „faschistisches Smetona-Regime" wurde ebenfalls unkritisch übernommen und das Wirken der katholischen Kirche für die Erhaltung des litauischen Nationalbewußtseins als gegen die Interessen des litauischen Volkes gerichtet beschrieben.

Zurück ins Mittelalter führte der Vortrag von Sven Ekdahl (Berlin) zum Thema „Die preußisch-litauischen Beziehungen des Mittelalters. Stand und Aufgaben der deutschen Forschung". Es wurden die folgenden Schwerpunkte der deutschen Forschung kurz erörtert: Memel/Klaipėda und das Memelgebiet; die Besiedlung Preußisch-Litauens; Frühe Christianisierungsversuche; Die polnisch-litauische Union. Christianisierung Litauens; Die Litauerreisen des Deutschen Ordens; Die Schlacht bei

Tannenberg (Grunwald/Žalgiris).[4] — Der Referent wies auf das Forschungsdefizit vor allem für die Zeit nach dem Brester Frieden von 1435 hin. Das umfangreiche, noch unvollständig oder gar nicht ausgewertete Quellenmaterial im Ordensarchiv im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem wartet auf Bearbeiter, die bereit sind, sich mit Politik, Wirtschaft, Handel, Siedlung, Kultur und den anderen vielfältigen Beziehungen zwischen Preußen und Litauen im Mittelalter zu beschäftigen. Für die Zeit nach dem Tod des Großfürsten Witold/Vytautas (1430) gibt es beispielsweise keine Quellenedition wie den „Codex epistolaris Vitoldi" — eine solche zu erstellen wäre eine große und wichtige Gemeinschaftsaufgabe, die nicht nur der deutschen und der litauischen, sondern auch der polnischen Forschung zugute kommen würde.

Als Schlüssel zum tieferen Verständnis der litauischen Geschichtsschreibung seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts erwies sich der anschließende Vortrag von Alvydas Nikžentaitis (Wilna), der mehr enthielt, als der schlichte Titel auszusagen vermochte: „Litauisch-preußische Beziehungen im Mittelalter. Der litauische Forschungsstand." In Wirklichkeit handelte es sich um eine Analyse der Umstände, die zur Formung der litauischen Historiographie, ihrer Ziele und Stereotypen beigetragen haben. So stellte Nikžentaitis fest, daß die neue Geschichtsschreibung Litauens aus der Verneinung der gemeinsamen polnisch-litauischen Vergangenheit heraus entstanden ist und sich zur Aufgabe machte, Beweise für die Notwendigkeit der Existenz des unabhängigen Staates Litauen zu sammeln. Die antipolnischen Tendenzen haben teilweise die Herausbildung antideutscher Stereotypen verhindert, dafür sind aber andere neu entstanden. Das betrifft u.a. den von den Führern der Nationalbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts beschworenen gemeinsamen Kampf aller baltischen Stämme gegen die Deutschen als leuchtendes Beispiel für die Zeitgenossen. Die negative Beurteilung der Deutschen war jedoch nur eine Übergangsphase zur Formierung antipolnischer Stereotypen. Das Ziel wurde während der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts erreicht: die litauischen Historiker haben viel zur Formung des selbständigen litauischen Nationalbewußtseins beigetragen. Zum Zentrum der historischen Forschung wurde die Universität Vytautas' des Großen in Kauen/Kaunas, wo Forscher wie Zenonas Ivinskis, Juozas Jakštas und Adolfas

[4] Was das Thema Tannenberg betrifft, sei hier ergänzend auf einen soeben erschienenen litauischen Tagungsband mit 14 Beiträgen (darunter zwei deutschsprachigen) hingewiesen: Žalgirio laikų Lietuva ir jos kaimynai (Litauen und seine Nachbarn zur Zeit der Schlacht bei Tannenberg), hrsg. v. Ruta Čapaitė u. Alvydas Nikžentaitis. Vilnius 1993 (Acta Historica Universitatis Klaipedensis.1.).

Šapoka gelehrt oder studiert haben. Besonders fruchtbar waren die Jahre 1930–1940, als mehrere wichtige Arbeiten erschienen, u.a. von Ivinskis, A. Kučinskas, J. Stakauskas und Jakštas. Um jene Zeit begann man auch, andere Seiten der litauisch-deutschen Beziehungen als nur die kriegerischen zu erforschen. Die Memelfrage stellte eine Komplikation dar, aber sie war nicht mit dem viel wichtigeren litauisch-polnischen Konflikt zu vergleichen. — Nach dem Krieg war die Forschung zweigeteilt: einige Historiker wie Ivinskis, Jakštas, P. Rabikauskas und R. Mažeika lebten im Exil und konnten ohne ideologische Zwänge ihre Arbeiten durchführen, andere, die in Litauen tätig waren, mußten sich den gegebenen Umständen fügen. Nun wurden wieder die alten Stereotypen vom gemeinsamen Kampf aller baltischen Stämme hervorgeholt und die führende Rolle der Russen während der Auseinandersetzungen mit den Deutschen unterstrichen. Während der Chruschtschow-Zeit lockerte sich die ideologische Zwingschraube, so daß Forschungen einiger litauischer Historiker (wie Dundulis, R. Jasas, M. Jučas) erscheinen konnten. Das Spektrum der Themen wurde erweitert (Varakauskas, R. Batūra, E. Gudavičius, Nikžentaitis), und zunehmend wird das Bemühen sichtbar, Stereotypen abzubauen. So versucht Gu-davičius in seinen Arbeiten, die Geschichte Litauens als Bestandteil der europäischen Geschichte zu sehen, und betrachtet die litauisch-deutschen Kämpfe im Mittelalter als Zusammenstoß zweier Gesellschaften, die sich in verschiedenen Entwicklungsphasen befanden. Jedoch lassen sich die letzten Veränderungen in der litauischen Geschichtsschreibung schwer einschätzen, weil alles noch in Bewegung ist.

Der zweite Kongreßtag ging mit einem Referat von Vincas Bartusevičius (Wittlich) „Die Litauer in Deutschland 1944–1950" zu Ende. In einem Rückblick stellte Bartusevičius zunächst fest, daß am Ende des 19. und zu Anfang des 20. Jahrhunderts insgesamt etwa 400000 Personen — ein Viertel der Gesamtbevölkerung — Litauen verlassen haben. Ursachen waren die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Lande, der beschwerliche und lange Dienst in der zaristischen Armee und die strenge Russifizierungspolitik. Weitere Bevölkerungsbewegungen folgten nach dem Kriegsbeginn und gipfelten in der Massenflucht in den Westen im Sommer 1944 angesichts der herannahenden Front. Im Oktober war fast ganz Litauen von den sowjetischen Truppen besetzt, eine Flucht nunmehr fast unmöglich geworden. Viele der Flüchtlinge gelangten nach Deutschland, so daß sich 1945 über 60000 Litauer dort aufhielten. Die meisten von ihnen wurden in Lagern in Deutschland oder Österreich zusammengefaßt. Bis Mitte 1947 standen sie unter der Obhut der „United Nations Relief and Rehabilitation Administration" (UNRRA), deren Ziel es war,

diese „Displaced Persons" (DPs) zu sammeln, zu betreuen und in ihre Heimat zurückzuführen, anschließend bis Mitte 1950 unter der Obhut der „International Refugee Organization" (IRO), die sie zurückführen oder für sie eine neue Heimat finden sollte, und schließlich ab Mitte 1950 unter deutscher Obhut mit dem Ziel der Eingliederung in die deutsche Gesellschaft. Bartusevičius' Untersuchung ist wissenschaftliches Neuland, denn weder litauische noch deutsche Historiker oder Soziologen haben sich bisher mit dem Schicksal dieser Gruppe befaßt. Die weit verstreuten Quellen befinden sich vor allem in Archiven in der Bundesrepublik Deutschland, den Vereinigten Staaten, Frankreich und Kanada.

Am letzten Tag standen zwei wichtige Vorträge auf dem Programm. Zunächst referierte Česlovas Laurinavičius (Wilna) über das Thema „Aus der Geschichte des provisorischen litauischen Komitees von Wilna (April bis Juni 1919)".

Das Komitee (PLKV) wurde am 22. April 1919 gegründet, drei Tage nachdem die Polen Wilna erobert und die Bolschewiken vertrieben hatten und am selben Tag, als Piłsudski seinen bekannten Aufruf „Die litauisch-polnischen Staatsverbindungen" erließ. Jene Proklamation hat in den folgenden Monaten eine eminent wichtige Rolle in der politischen Debatte sowohl in Litauen als auch in Polen gespielt, weil darin die Wiedererschaffung des historischen Litauen im Rahmen einer Union mit Polen und unter Beteiligung der verschiedenen auf dem Territorium des ehemaligen Großfürstentums lebenden Nationalitäten propagiert wurde. Der heftigste Widerspruch kam von den Nationaldemokraten unter Piłsudskis Gegenspieler Roman Dmowski, der die polonisierten Gebiete des Großfürstentums an Polen anschließen wollte, vor allem das Wilna-Gebiet, während der restliche Teil bei Rußland verbleiben sollte. Nachdem der Sejm in Warschau den Aufruf Piłsudskis am 29. April zunächst für ungültig erklärt hatte, nahm er am 15. Mai eine Deklaration in dessen Geist an; darin wurde das Selbstbestimmungsrecht des Großfürstentums anerkannt.

In Litauen gab es unterschiedliche Reaktionen und Positionen. Das provisorische litauische Komitee von Wilna unter seinem Vorsitzenden Mykolas Biržiška stand der Politik Piłsudskis überwiegend positiv gegenüber, konnte aber nicht den Kernpunkt der Union akzeptieren. Im Grunde haben die Polen das Dilemma der Litauer nicht erkannt, ihre auf historischen Erfahrungen beruhende Abneigung gegen eine Unionslösung verkannt. Ein Memorandum des PLKV vom 27. April an den von Piłsudski als Chef der Zivilverwaltung in Wilna eingesetzten Jerzy Osmołowski sprach sich für ein „unabhängiges demokratisches Litauen" aus und führte eine Reihe von Bedingungen für die Beteiligung der Litauer an, darun-

ter Gleichberechtigung der vier Nationalitäten (Litauer, Polen, Weißrussen und Juden), Übertragung der Verfügungsgewalt in zivilen Angelegenheiten auf die lokalen Einwohner, demokratische Prinzipien, Garantie der Bürgerrechte, Entwaffnung terroristischer Gruppen und Schutz litauischen Eigentums. Über die Kompetenzen der Regierung in Kaunas wurde nichts ausgesagt. Osmołowski stimmte allen Bedingungen mit Ausnahme der Rechte für die Juden zu und versprach, das Memorandum nach Warschau zu bringen, um dort die Zustimmung der polnischen Regierung zu erwirken. Als er am 20. Mai aus Warschau zurückkehrte, passierte jedoch nichts; später behauptete er, er habe das Memorandum wahrscheinlich weggeworfen. Dadurch und nachdem am 29. Mai Osmołowskis Verwaltung ein Wahlgesetz für ein provisorisches Wilnaer Stadtparlament ohne Mitarbeit und Zustimmung der Litauer vorbereitet und verkündet hatte, und außerdem eine Hausdurchsuchung bei Jonas Basanavičius stattfand, kam es zum Bruch mit dem PLKV. Biržiška griff nun Osmołowski heftig an und verteidigte die litauische Haltung. Die Frage, ob Litauen ein National- oder Nationalitätenstaat sein sollte, sei nicht relevant, weil ein sozial orientiertes Gesellschaftsmodell angestrebt werde. — Ein solches ließ sich jedoch nicht einmal theoretisch an die bürgerliche Gesellschaft angleichen. Die polnische Seite war nicht zu so weitgehenden Konzessionen bereit, sondern wählte eine andere Lösung: Mitte Juni 1919 beschloß Piłsudski, eine Verschwörung der polnischen Militärorganisation (POW) in Litauen zu organisieren. Zuvor war auf der Pariser Friedenskonferenz am 26. Mai beschlossen worden, die russische Regierung des Admirals Koltschak anzuerkennen. Dadurch befand sich Litauen nunmehr innerhalb der russischen Grenzen. Piłsudskis Konzeption war gescheitert, und die Regierung Polens konnte die Lage jetzt nur noch mit Hilfe radikaler Mittel verändern.

Den Schlußvortrag der Tagung hielt Joachim Tauber (Lüneburg) zum Thema „Die Memelfrage im Rahmen der deutsch-litauischen Beziehungen 1919–1939". Sein Anliegen war es, die Rolle der Memelfrage im größeren Rahmen der Außenpolitik beider Staaten zu bestimmen und zu zeigen, daß die Beziehungen zwischen den Weltkriegen weitaus komplexer waren als bisher angenommen. Durch die jüngsten Forschungen von Vytautas Žalys wissen wir, daß der von Kaunas gesteuerte „Aufstand" im Memelgebiet im Januar 1923 nicht ohne Wissen der deutschen Regierung erfolgte.[5] Berlin war vorher über die Absicht informiert worden und hatte

[5] Vortrag von Vytautas Žalys 1992, veröffentlicht in litauischer und deutscher Sprache unter dem Titel: Kova dėl identiteto. Kodėl Lietuvai nesisekė Klaipėdoje tarp 1923–1939 m. / Ringen um Identität. Warum Litauen zwischen 1923 und 1939 im Memelgebiet keinen Erfolg hatte. Lüneburg 1993.

dem Vorgehen grünes Licht gegeben. Die Entrüstung der Reichsregierung nach außen erfolgte nur aus innenpolitischen Gründen; in Wirklichkeit wurde der Anschluß des Memelgebiets an Litauen als das kleinere Übel bewertet, als defensiver Schritt gegen polnisches Eindringen. Für beide Seiten — für Deutschland und für Litauen — führte der Gegensatz zu Polen zu einer Annäherung, wenn auch mit verschiedenen Zielsetzungen. Der vierte, eminent wichtige Machtfaktor war die Sowjetunion. Die Befürchtung, Litauen könne zum Vasall Warschaus werden, bestimmte die deutsche und sowjetische Politik. An einer Eskalation der Gegensätze im Memelgebiet bestand in den 20er Jahren deshalb deutscherseits kein Interesse, obwohl Berlin andererseits nie bereit war, die Ansprüche Litauens auf das Memelland anzuerkennen. Die deutsche Haltung verhärtete sich zu Beginn der 30er Jahre trotz der gemeinsamen Frontstellung gegen Polen, vor allem nach der „Machtergreifung" Adolf Hitlers. Für den „Führer" stand eine gewaltsame Lösung der Memelfrage bereits 1935 fest. Nun wurde die politische Isolierung Litauens immer bedrohlicher, zumal Polen im März 1938 durch ein Ultimatum mit Kriegsandrohung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Kaunas erzwang und weder Deutschland noch die Sowjetunion den litauischen Anfragen nach Unterstützung entsprachen. Die verschärfte Lage wurde durch die Sudetenkrise und das Münchner Abkommen besonders deutlich und führte auf litauischer Seite zu einem Nachgeben hinsichtlich der deutschen Forderungen für das Memelgebiet. Dies konnte jedoch nicht verhindern, daß Litauen im März 1939 unter massiver, ultimativer Kriegsdrohung gezwungen wurde, seine Rechte in Memel aufzugeben. Am 23. März hielt Hitler seinen triumphalen Einzug in die Stadt. Genau ein halbes Jahr später besiegelten er und Stalin gemeinsam das Schicksal nicht nur Litauens, sondern auch das der anderen baltischen Staaten.

In bewunderungswürdiger Weise hat Frau Irena Tumavičiutė (Wilna) während der ganzen Tagung die deutschsprachigen Vorträge simultan ins Litauische und die litauischsprachigen ins Deutsche übersetzt, eine nicht hoch genug einzuschätzende Leistung, die wesentlich zum Gelingen des Kongresses beigetragen hat. Dadurch wurde trotz der Sprachbarriere eine fruchtbare Kommunikation möglich. Dieses zeigte sich nicht zuletzt in der regen Abschlußdiskussion, als vor allem der Vortrag von Alvydas Nikžentaitis einige litauische Kollegen (A. Bumblauskas, R. Vėbra) zum Widerspruch veranlaßte. Es entwickelte sich ein intensiver Gedankenaustausch über Begriffe wie „nationale" und nationalistische" Geschichtsschreibung.

Abschließend wurde von dem Vorsitzenden des Vereins Nordostdeutsches Kulturwerk, Karl-Heinz Ruffmann, in einem Schlußwort in gewohnt souveräner Weise eine Bilanz der ergebnisreichen und zukunftsweisenden Tagung gezogen.

Sven Ekdahl, Berlin

Die Tagungen zum 150. Gründungsjubiläum der Estländischen Literärischen Gesellschaft am 22.–23. September 1992 in Tallinn/Reval und zum 200. Gründungsjubiläum der Livländischen Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät am 25. September 1992 in Tartu/Dorpat

Als im ersten Jahr des estnischen Freiheitskampfes 1988 mehrere Vereine aus der Zwischenkriegszeit wiederbegründet und zahlreiche neue ins Leben gerufen wurden, kam es in Tallinn/Reval durch eine kleine Gruppe von Historikern, Kunsthistorikern und Archivaren auch zur Gründung der „Gesellschaft für deutschbaltische Kultur in Estland". Ihr erstes größeres Projekt war die im folgenden Jahr zusammengestellte Ausstellung zum Gedenken der 50 Jahre zurückliegenden Umsiedlung der Deutschbalten. Als Ausstellungsplakat diente eine Kopie des geheimen Zusatzprotokolls des Hitler-Stalin-Paktes in der aus dem deutschen Archiv bekannten Form, das so zum ersten Mal in der damaligen Sowjetunion an die Öffentlichkeit gebracht wurde. Aufgabe der Gesellschaft ist es, die Rolle der deutschbaltischen Volksgruppe in der Geschichte Estlands sowie besonders während der Zwischenkriegszeit in der Republik Estland einer breiteren Öffentlichkeit bewußt zu machen. Mit der Ausstellung wollte man daran erinnern, daß das sowjetisch-deutsche Abkommen, das die Okkupation Estlands und weiterer baltischer Staaten zur Folge hatte, auch für die Deutschbalten eine tragische Wende bedeutete. Die Ausstellung stieß auf erhebliches Interesse und gab Anlaß zu mehreren Rundfunksendungen und einer Reihe von Fernsehsendungen.

Die Gesellschaft für deutschbaltische Kultur sollte ursprünglich nicht nur Interessenten aus Tallinn aufnehmen, bald jedoch wurde mit der Akademischen Gesellschaft für deutschbaltische Kultur in Tartu/Dorpat eine ähnliche Vereinigung begründet. Daß in Estland fast gleichzeitig zwei Vereine entstanden, welche die Deutschbalten und deren kulturelles Erbe erforschen und darstellen wollen, zeigt einen bereits traditionellen Widerspruch zwischen der Hauptstadt und der Universitätsstadt. Im vorliegenden Fall allerdings gilt die Erklärung, es handle sich dabei um den Konflikt zwischen Macht und Geist, nicht, dienen doch beide Gesellschaften letztlich dem Geist.

Wenn es auch zu einer nennenswerten Zusammenarbeit bisher noch nicht gekommen ist, so gelang immerhin die Organisation und Abstimmung zweier Tagungen im Jahre 1992. Die Aktivitäten der Gesellschaft in

Tallinn, deren Mitglieder vielfach persönliche Kontakte mit Deutschbalten haben, erstrecken sich noch etwas einseitig vorwiegend auf die akademische Tätigkeit. Neben regelmäßig stattfindenden Vortragsabenden konnten pro Jahr ein bis zwei kleinere Tagungen durchgeführt werden. Anläßlich des 150. Gründungsjubiläums der Estländischen Literärischen Gesellschaft (ELG) wurde in Kooperation mit dem Estnischen Historischen Museum und der Baltica-Abteilung der Wissenschaftlichen Bibliothek der Estnischen Akademie der Wissenschaften am 22. und 23. September 1992 eine Konferenz in den Räumen des Tallinner Stadtarchivs durchgeführt, wo auch sonst die Versammlungen der Gesellschaft stattfinden.

Derartige vielseitige Gelehrte Gesellschaften sowie von Ideen der Aufklärung getragene Gesellschaften zur Erforschung der lettischen und der estnischen Sprache hatten deutschbaltische Literaten in den benachbarten Provinzen Kurland und Livland bereits früher ins Leben gerufen. Es war ein durchaus anspruchsvolles Unternehmen, im Jahre 1842 in Reval — damals noch eine entlegene Provinzstadt — einen Verein mit einem anspruchsvollen Programm zu begründen, das alle Wissenschaften und Künste umfassen sollte. Von den 37 Gründungsmitgliedern waren etwa die Hälfte Lehrer. Die Estländische Literärische Gesellschaft erstreckte ihre Aktivitäten auf die unterschiedlichsten Sektionen wie Vaterlandskunde, Rechtskunde, Literatur, Poesie und Kunst, Philologie und Sprachkunde sowie ebenfalls auf Natur- und Heilkunde. Später traten die Sektionen für Technik und Naturkunde Estlands hinzu. Die gegen Ende des 19. Jahrhunderts entstandene Sektion zur Erhaltung einheimischer Altertümer zeichnete sich durch intensive praktische Arbeit aus.

Voraussetzung zur Gründung und Kern der Sammlung bildete die Estländische Öffentliche Bibliothek. Mit der Eröffnung des Provinzialmuseums gelang es der Gesellschaft im Jahre 1864, ein breiteres Publikum anzusprechen. Neben wissenschaftlichen, für Sachkundige bestimmten Referaten in den Sektionen veranstaltete die ELG auch Vortragsversammlungen zu allgemeinen Themen. Von Anfang an nahm dabei historische Forschungsarbeit eine zentrale Stelle ein. Die von der ELG publizierten Quellensammlungen zur Geschichte Est-, Liv- und Kurlands sowie Revals bieten für mehrere Historikergenerationen reichliches Quellenmaterial. Bis Ende der 1930er Jahre erschien die von der ELG herausgegebene Zeitschrift „Beiträge zur Kunde Est-, Liv- und Kurlands". Nach einem Fund des damaligen Bibliothekars der Gesellschaft, Hellmuth Weiss, den er zusammen mit dem Leiter des Stadtarchivs und Archivar der ELG, Paul Johansen, identifizieren konnte, wurde es im Jahre 1935 möglich, das 400jährige Jubiläum des ersten estnischsprachigen Buches in großem Rahmen zu feiern.

Nach der Auflösung der ELG im Jahre 1940 entstanden auf der Grundlage ihrer wertvollen Sammlungen das Estnische Historische Museum und das Museum für Naturkunde. Das der Gesellschaft gehörende Gebäude auf dem Domberg, das auch Sitz der Deutschen Kulturselbstverwaltung gewesen war, wurde von der Estnischen Akademie der Wissenschaften ebenso übernommen wie der größere Teil der numismatischen Sammlungen und der beinahe 100000 Bände umfassenden Bibliothek. Über die Kostbarkeiten und über die Geschichte der Baltica-Sammlung hat die estnische Bibliothekarin Kyra Robert eingehend geforscht und publiziert. Der größere Teil der Veröffentlichungen über die ELG sind in estnischer Sprache abgefaßt. Nur wenigen Historikern ist die von Paul Jordan zum 50. Jahrestag der Gesellschaft verfaßte Geschichte bekannt. Eine neuere Zusammenfassung stammt von Hellmuth Weiss in dem Sammelband über die deutschbaltische Geschichtsschreibung, wo er feststellt: „(...) durch ihr Programm erhielt die Gesellschaft in gewissem Sinne Akademiecharakter". Eine ausführlichere Beschreibung dieser zeitweise über 500 Mitglieder zählenden Organisation aber fehlt.

In seinen Eröffnungsworten erwähnte Indrek Jürjo die für die Gründung der ELG erforderlichen Voraussetzungen: Es waren Revaler Literatenkreise, von denen die Idee ausging, eine Bibliothek und später die Gesellschaft zu errichten. In einem kurzen Abriß der Geschichtsquellen und der Forschung der ELG mußte Jürjo feststellen, daß im Unterschied zum reichlich vorhandenen Archivmaterial die Historiographie über die ELG nur spärlich ist. Er ging ferner auf die bisher kaum bekannt gewordenen Referate und Arbeitspläne der ELG ein, die im April 1933 auf der Versammlung der deutschen Historiker Estlands im Museum vorgetragen wurden.

Der leider einzige ausländische Referent war Gert von Pistohlkors, dem der Ausbau der unmittelbaren Kontakte zwischen estnischen Historikern und der Baltischen Historischen Kommission zu verdanken ist. In seinem Referat „Tradition und Wirkung der gelehrten Gesellschaften in den baltischen Provinzen" bezeichnete er den Anstieg des Selbstbewußtseins der Literaten als Grund für die Errichtung dieser Vereinigungen, die ursprünglich eine romantische Zielsetzung hatten. Er führte ferner aus, daß „baltisch" zu jener Zeit noch keine Verallgemeinerung bedeutete, sondern „dem Stil des aufgeklärten Provinzialismus, begrenzt mit dem Land" angehörte. „Der politische Bezug als Vorpostenrolle" sei erst später aufgekommen und habe auch bei der Begründung der Baltischen Historischen Kommission noch später eine nicht unwesentliche Rolle gespielt. Diese sieht von Pistohlkors in gewisser Hinsicht als Nachfolgerin der ELG.

Der stellvertretende Direktor des Estnischen Historischen Museums, Vello Kuldna, berichtete ausführlich über das Provinzialmuseum, über dessen Sammlungen und Ausstellungen. Als derzeit zweifellos beste Kennerin der Bibliothek der ELG verwies Kyra Robert in ihrem Referat über die Geschichte der Bibliothek unter anderem darauf, daß Nichtmitglieder die Bibliothek nur mit Genehmigung des Vorstands benutzen durften. In den 30er Jahren wurde unter Leitung von Hellmuth Weiss eine enorme Arbeit für die Zusammenstellung des neuen Katalogs der Bibliothek geleistet. Wegen Raummangels übergab man damals den ganzen Bestand an schöngeistiger Literatur dem Deutschen Frauenverein; das weitere Schicksal dieser Sammlung ist nicht bekannt.

Von den zahlreichen Sektionen der ELG wurden zwei eingehender behandelt. Rein Loodus bezeichnete das Kunstleben in Reval als recht systemlos, obwohl die ELG dank ihrer Beziehungen zu einer Rigaer Organisation für Wanderausstellungen auch in Reval interessante Ausstellungen zeigen konnte und obwohl die ELG ein eigenes Schiller-Stipendium zur Förderung von Kunststudenten eingerichtet hatte. Die Lage wurde deutlich besser, als 1897 beim Museum eine gesonderte Kunstabteilung begründet wurde, von der übrigens auch Werke estnischer Künstler erworben wurden. Eine unmittelbare Reaktion auf die Bitte, seine Werke zur Verfügung zu stellen, zeigte der aus Estland gebürtige Eduard von Gebhardt aus Düsseldorf. So konnte anläßlich seines 100. Geburtstages die letzte und repräsentativste Kunstausstellung der ELG im Jahre 1938 stattfinden. — In kurzer Beschreibung der Arbeit der technischen Sektion würdigte Ante Juske deren Bedeutung für die Vereinigung der technischen Fachleute Revals und bei der Vorstellung technischer Neuerungen der Jahrhundertwende.

Jüri Kivimäe, der sein Referat nach dem Titel der Zeitschrift der ELG „Beiträge zur Kunde Estlands" überschrieben hatte, behandelte sowohl die umfangreichen Quellenpublikationen, die in der von Friedrich Georg von Bunge begründeten und von der ELG übernommenen Reihe erschienen sind, als auch die Geschichte der Zeitschrift seit ihrer Gründung. Vielfach sind Hintergründe der Tätigkeit der ELG selbst bei estnischen Historikern nicht bekannt, die deren Veröffentlichungen benutzen. Besonders das in der Zwischenkriegszeit veröffentlichte Material ist relativ wenig bekannt.

In das Programm integriert waren auch zwei Ausstellungseröffnungen. Zum einen konnte das Estnische Historische Museum sein 150jähriges Bestehen feiern, da die Gründung eines eigenen Museums von Anfang an von der ELG geplant worden war. Zum anderen zeigte eine Ausstellung in der Bibliothek der Akademie der Wissenschaften Exponate aus

den Sammlungen der Bibliothek der ELG. Bereits im Sommer des vergangenen Jahres hatte das Museum für Naturkunde das Jubiläum der ELG mit einer entsprechenden Ausstellung aus dieser Sektion begangen. Die Mitglieder der Gesellschaft für deutschbaltische Kultur sorgten für eine Beachtung des Jubiläums in den Medien. Denn die Bedeutung dieser Vereinigung für die Kulturgeschichte Estlands wird noch nicht hinreichend öffentlich gewürdigt, auch wenn nunmehr einiges in Bewegung geraten ist. Inzwischen will auch die Estnische Akademie der Wissenschaften, deren Präsidium im Gebäude der ELG untergebracht ist, deren wissenschaftliche Tradition fortsetzen.

Am 25. September folgte in Tartu/Dorpat eine Konferenz anläßlich des 200jährigen Gründungsjubiläums der ersten wissenschaftlichen Gesellschaft in den baltischen Provinzen: der Livländischen Gemeinnützigen und Ökonomischen (zwischenzeitlich auch „Kaiserlichen") Sozietät. Sie wurde von der akademischen Gesellschaft für deutschbaltische Kultur und vom Museum der Tartuer Universität organisiert. Im Museum als dem Tagungsort waren entsprechende Archivalien ausgestellt, während in der Universitätsbibliothek zahlreiche Veröffentlichungen der Sozietät gezeigt wurden.

Während der Tätigkeitsbereich der ELG auf nur eine Provinz beschränkt blieb und ihr Einfluß als Stimulans des geistigen Lebens vor allem unter den Revaler Deutschen zur Geltung kam, läßt sich die vielfältige Rolle und Bedeutung der Sozietät für alle drei Provinzen sowohl im wirtschaftlichen als auch im kulturellen und politischen Bereich kaum vollständig erfassen. Nach dem Wunsch des Rigaer Kaufmanns Peter Heinrich Blanckenhagen, der für die Gründung der Sozietät anonym Geld gestiftet hatte, sollte diese aus 13 zum livländischen Adel gehörenden wirklichen Mitgliedern bestehen. Das anfangs ausschließlich durch ihre Publikationen zum Ausdruck gebrachte Ziel der Sozietät wurde mit der Zeit immer konkreter durch ihre Filialen und Tochtergesellschaften realisiert. Auch in diesem Fall läßt sich feststellen, daß estnische Forscher vor allem hinsichtlich der Geschichte der Landwirtschaft die Materialien in großem Umfang ausgewertet haben. Nach dem Vorbild dieser Vereinigung gründeten estnische Bauern später zahlreiche eigene landwirtschaftliche Vereine, von denen jüngst manche wieder ins Leben gerufen worden sind. Die Tagungsteilnehmer wurden vom Vorsitzenden des Tartuer Estnischen Landwirtschaftlichen Vereins begrüßt, der diesen als älteste estnische landwirtschaftliche Vereinigung für den Nachfolger der Sozietät hielt und ihr postum eine Verdienstmedaille verlieh.

Für die vor zehn Jahren von der Baltischen Historischen Kommission herausgegebene und vom Kieler Historiker Hubertus Neuschäffer in Zu-

sammenarbeit mit dem letzten Sekretär der Sozietät, Hans-Dieter von Engelhardt, verfaßte Geschichte der Sozietät wurde deren Archiv noch nicht benutzt. Da diese Monographie auch bei estnischen Wissenschaftlern wenig bekannt ist, lag es auf der Hand, daß Neuschäffer noch einmal die Bedeutung der Sozietät hervorhob, die ihrem Wesen nach eine landwirtschaftliche Institution war, ihrer Organisation nach jedoch aufgrund ihrer besonderen Stellung in Livland inhaltlich zur Landwirtschaftskammer der Ritterschaft wurde. Die Mitglieder der Sozietät waren ehrenamtlich tätig.

Gert von Pistohlkors sprach über die Reformpolitik der Ritterschaft um die Mitte des vorigen Jahrhunderts und kennzeichnete diese konsequent von ständischer Ideologie getragene Politik dennoch als soziale Revolution. In der Tat unterschieden die Vorgänge in den baltischen Provinzen diese Region vom übrigen russischen Reich eindeutig und können als Voraussetzung für die Entstehung der Nationalstaaten nicht unterschätzt werden. Abgesehen von reaktionären Äußerungen bei den Diskussionen während der Vorbereitung der Agrarreformen/Bauerngesetze hat die agrarpolitische Bedeutung der Sozietät in der estnischen Forschung wenig Beachtung gefunden. Betont wird aber immer wieder, daß der erste ständige Sekretär der Sozietät, der aus dem deutsch-französischen Grenzgebiet gebürtige Georg Friedrich Parrot, als Hauslehrer nach Livland gekommen war, wo er zum ersten Rektor der wiedereröffneten Dorpater Universität wurde. Seine liberalen Ansichten werden der konservativen Haltung des dortigen Adels gegenübergestellt.

Karl Martinson (Tallinn) betrachtete die wissenschaftlich-organisatorische Tätigkeit der Sozietät sowie die von ihr und ihren Filialen geleistete wissenschaftliche Arbeit. Ihr Beitrag war maßgebend für die Entwicklung der Landwirtschaft in Livland und in den benachbarten Provinzen. Dazu gehört, daß der Wald und dessen Wirtschaft zum Forschungsobjekt und anschließend die Forstwirtschaft zu einem selbständigen Wirtschaftszweig wurde, wofür besonders die Sekretäre Wilhelm Christian Friebe und Andreas von Löwis of Menar sorgten. Über die forstwissenschaftliche Tätigkeit in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts berichtete als der derzeit einzige Forscher auf diesem Gebiete in Estland Toivo Meikar. Paavo Kuiv behandelte meteorologische Beobachtungen, die bereits vor Gründung der Sozietät in den baltischen Provinzen durchgeführt worden waren. 1853 gelang es unter Beteiligung auch der Sozietät, ein Netz von Regenstationen zu schaffen. Im selben Jahr wurde bei der Sozietät auf die Initiative einiger Lehrkräfte der Dorpater Universität sowie der Mitglieder der Akademie der Wissenschaften in Sankt Petersburg, Karl Ernst von Baer und Alexander von Middendorf, die Naturforscher-Gesellschaft ge-

gründet. Über ihre Arbeit bis zur Verlegung an die Universität im Jahre 1878 sprach Linda Kongo. Diese Naturforscher-Gesellschaft ist die einzige bis heute bestehende Organisation der ehemaligen Sozietät.

Von dieser wurde auch die Tradition landwirtschaftlicher Ausstellungen im estnischen Gebiet begründet, die später populär wurden und deren alljährliche Großausstellungen in Dorpat vom livländischen Verein zur Beförderung der Landwirtschaft und des Gewerbefleißes organisiert wurden, einer der größten Tochtergesellschaften der Sozietät. Diese Ausstellungen waren das Thema des Referats von Tiit Rosenberg. Als weiterer Tartuer Wissenschaftler berichtete Jaan Lepajöe über die Aktivitäten der Sozietät bei der Förderung des Pflanzenanbaus, wobei er besonders die Einführung neuer Getreide- und Kartoffelsorten hervorhob. Mit fortschreitender Spezialisierung der Landwirtschaft in Estland und Livland wurden Meliorationen dringend notwendig. Die Sozietät und der Estländische Landwirtschaftliche Verein gründeten daher gegen Ende des vorigen Jahrhunderts gemeinsam ein Landeskulturbüro, das unter der Leitung dänischer Ingenieure stand. Anton Juske behandelte den Anfang der Drainage-Arbeiten in Estland.

In allen estnischen Referaten wurden aufgrund des reichlich vorhandenen Quellenmaterials verschiedene konkrete Arbeitsbereiche und Projekte der Sozietät behandelt. Eine wichtige Quelle bilden dabei die Publikationen der Sozietät, die als wissenschaftlicher Verein um eine möglichst schnelle Veröffentlichung ihrer Forschungsergebnisse bemüht war. An die Stelle der unter wechselnden Titeln erschienenen Jahrbücher trat 1864 die „Baltische Wochenschrift für Landwirtschaft, Gewerbefleiß und Handel". Diese Wochenschrift, über die Informationen schneller verbreitet werden konnten, widerspiegelte in vielfältiger Weise ebenso die landwirtschaftlichen Neuerungen wie die agrarpolitischen Bestrebungen der baltischen Gutsbesitzer. Sirje Kivimäe betonte in ihrer Analyse dieses Publikationsorgans, daß es seit 1907 das gemeinsame Organ der landwirtschaftlichen Zentralverbände aller drei baltischen Provinzen war — ein weiteres Indiz für die Wende zur Vereinheitlichung in der deutschbaltischen Politik jener Zeit.

In der Republik Estland bestand die Livländische Gemeinnützige und Ökonomische Sozietät zwar weiter, mit der Bodenreform war jedoch der Großgrundbesitz beseitigt worden, womit die Sozietät sowohl ihre Basis als auch ihre Adressaten verlor. In ihr Gebäude zogen mehrere andere deutschbaltische Institutionen ein, und sie konzentrierte sich nun mehr auf Südestland. Nach dem zweifellos vorhandenen Verdrängungsprozeß der Deutschbalten im estnischen Nationalstaat haben die Esten heute nach der 50jährigen sowjetischen Besatzung ihre Deutschfeindlichkeit jedoch

überwunden. Vieles wird nunmehr umgewertet, und man hat erkannt, daß Estland vor allem durch die deutsche Herrschaft dauerhaft dem europäischen Kulturraum angehört. Daß in Estland endlich die eigene Geschichte und der Anteil der Deutschbalten daran vorurteilsfrei betrachtet werden können, haben diese beiden Tagungen bewiesen, denn bisher waren überwiegend nur Leben und Wirken vereinzelter estophiler Deutschbalten Gegenstand der Forschung gewesen.

Sirje Kivimäe, Tallinn

Erster baltischer Kongreß in Frankreich

Das baltische Kolloquium, welches vom 23.–25. Oktober 1992 an der Universität Paris XII-Val de Marne, Créteil stattfand, hatte „Die Unabhängigkeit der Baltischen Staaten. Ursprünge, Gründe und Folgen. Ein Vergleich der kritischen Jahre 1918/19 und 1990/91" zum Thema.

Am 22. Oktober 1992 leitete Eberhard Demm (Frankreich), der Organisator der Konferenz, als Vorgriff auf das Kolloquium ein round-table-Gespräch, welches im Institut Finlandais in Paris stattfand und Probleme des Baltikums zum Gegenstand hatte.

Während seiner Eröffnungsansprache benannte Gérard Beauprètre, Direktor der Unterabteilung für Sozial- und Humanwissenschaften des französischen Außenministeriums, drei grundlegende Probleme der gegenwärtigen Entwicklung der baltischen Region:

1. Die Transformation der Wirtschaft aus dem Kommunismus,
2. Die Dekolonisierung, die politische Reorganisation Osteuropas und die Zukunft Rußlands und
3. Probleme des Umgangs mit kulturellen und ethnischen Beziehungen in Osteuropa.

Bezüglich der Russen, die noch immer im Baltikum leben, sah Beauprètre vor allem drei Alternativen: die politische Integration, einen Sonderstatus oder die Vertreibung.

Die Konferenzteilnehmer konzentrierten sich vor allem auf die internationalen politischen und ethnischen Probleme, wobei ein besonderes Schwergewicht auf Fragen der Kooperation zwischen den drei Republiken und auf die Problematik ihrer russischen Bewohner gelegt wurde. Peter Vares (Estland), Vytautas Žalys (Litauen) und Arturs Puga (Lettland) behandelten direkt diesen Forschungsgegenstand, und die Diskussion besaß an allen drei Tagen die Tendenz, immer wieder zu ihm zurückzukehren. Die Teilnehmer stimmten darin überein, daß die drei Republiken Wege zu einer engeren Kooperation finden sollten, obwohl auf der einen Seite die Führungen der Republiken wenig Neigung dazu gezeigt hatten und obwohl es auf der anderen Seite gewisse Meinungsunterschiede unter den Referenten gab, inwieweit die Republiken der Kooperation untereinander mehr Aufmerksamkeit widmen oder ob sie eher die Zusammenarbeit mit allen Anrainerstaaten der Ostsee fördern sollten.

Bezüglich der Frage der russischen Bewohner der Republiken betonte Rein Ruutsoo (Lettland), daß die Russen eher als Emigranten denn als eine Minderheit zu betrachten seien, und Juris Bojars (Lettland) unterstrich, daß die lettische Regierung zur Zeit damit beschäftigt sei, die

Staatsbürgerrechte definitorisch zu greifen. Das Manuskript von Abram Kliotzkin (Lettland) über die jüdische Gemeinde in Lettland stellte den einzigen Bericht dar, der in vergleichender Weise die Position einer Minderheit im Baltikum aufzeigte.

Die kritischen Sichtweisen, die über Gorbatschows Politik und die Politik der nachfolgenden russischen Regierung im Baltikum geäußert wurden, spiegelten die Überzeugung wider, daß, obwohl die baltischen Staaten eine ideale Lage besitzen, um eine Rolle als Korridor zwischen Rußland und Europa zu spielen, die Völker des Baltikums selbst zu Europa gehören wollen. Die baltischen Staaten seien, wie Olga Zurjari-Ossipova (Estland) und Peter Krupnikov (Lettland) ausführten, zu häufig „Objekte" einer Großmachtpolitik gewesen denn „Subjekte" ihres eigenen Lebens.

Obwohl jeweils eine Sektion einer jeden der drei großen kontinentalen Mächte — Rußland, Deutschland und Frankreich — gewidmet war, beschäftigte sich lediglich die französische Sektion, an welcher auch Jean Grison, Guy Serbat und Jan Trapans (München) beteiligt waren, mit Ereignissen der Gegenwart. In der russischen Sektion brachte Karlis Kangeris (Stockholm) die Frage in die Diskussion, inwieweit die Republiken angehalten werden könnten, in die internationalen Verpflichtungen der Sowjetunion einzutreten, und die deutsche Sektion, u.a. Inesis Feldmanis (Lettland), Eberhard Demm (Frankreich), Joachim Lehmann (Deutschland), Helena Šimkuva (Lettland) und Olavi Arens (USA), konzentrierte sich auf die Ereignisse der Jahre 1918–1920.

Sara Ginaite (Kanada) und Jolanda Kriskovičienė (Litauen) beschäftigten sich in ihren Referaten mit gegenwärtigen wirtschaftlichen Problemen. Frau Ginaite argumentierte, daß die Konfrontationen mit Moskau den Litauern erhebliche Kosten verursacht hätten, daß diese sich aber nicht darauf verlassen könnten, daß der Westen zu ihrer Rettung herbeieilen würde; Frau Kriskovičienė drückte ihre Enttäuschung über den langsamen Fluß westlicher Investitionen in die baltischen Staaten aus und betonte, daß Rußlands eigene wirtschaftliche Probleme einen wichtigen Anteil zu denen des Baltikums beigetragen hätten.

Die Referate über Litauen umfaßten u.a. einen Bericht von Alfonsas Eidintas (Litauen) über die Aktivitäten des litauischen politischen Aktivisten Juozas Gabrys, eine Bestandsaufnahme der Ereignisse in Litauen 1990–1991 von Rimantas Vebra (Litauen), eine kritische Betrachtung der derzeitigen in Litauen herrschenden öffentlichen Meinung von Jerzy Targalski (Frankreich) und einen Bericht über die französisch-litauischen kulturellen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg von Zivile Kriaučiunienė (Litauen).

Die Konferenz besaß internationalen Charakter — von den 46 angekündigten Referaten wurden 19 in Englisch, 15 in Deutsch und 12 in Französisch gehalten. 14 Referate betrafen direkt Lettland, 11 Litauen und 10 Estland.

Alfred Erich Senn, Madison, WI

REZENSIONEN

Die baltischen Nationen: Estland, Lettland, Litauen, hrsg. v. Boris Meissner. Köln: Markus Verlagsgesellschaft 1990, 324 S., Tabellen u. Karten (Nationalitäten- und Regionalprobleme in Osteuropa. 4).

Die erste Auflage dieser wichtigen Artikelsammlung (erschienen 1990), die sicher auch als Kollektivmonographie bezeichnet werden kann, rief in Litauen ein lebhaftes Interesse hervor, was nicht zuletzt die positiven Rezensionen von Arthur Hermann[1] und Mindaugas Tamošiunas[2] belegen. Es ist symbolisch, daß das Vorwort zur zweiten, ergänzten Ausgabe vom Herausgeber nach dem mißlungenen Putsch in Moskau (August 1991) geschrieben wurde, der zu einer radikalen Veränderung in den baltischen Staaten führte: Das sowjetische Imperium, krankend an inneren Problemen und Widersprüchen, trat in eine neue Phase der Auflösung; in wenigen Wochen wurden die baltischen Staaten international anerkannt, in die UNO und andere internationale Organisationen aufgenommen, während aus der ehemaligen UdSSR die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) entstand. Nach der Prophezeiung von Boris Meissner sind mehrere Varianten der zukünftigen Entwicklung denkbar: Die GUS kann sich entweder zu einer Konföderation entwickeln und ihre Außenbeziehungen auf internationalem Recht aufbauen oder, falls Moskau große Initiativen in dieser Richtung entfaltet, zu einer selbständigen, durch internationale Verträge konstituierten Union der Staaten (Föderation) werden, die ihre Beziehungen auf staatlichem Recht aufbaut.

In beiden Fällen ist eine Teilnahme von Estland, Lettland und Litauen mehr als zweifelhaft, und zwar um so mehr, als der höchste Rat Litauens 1992 den Beschluß faßte, sich keiner Union in Osteuropa anzuschließen und seine Beziehungen zur GUS auf bilaterale zwischenstaatliche Verträge zu begründen. Dem Beispiel der baltischen Länder kann allerdings auch die Ukraine folgen, die zu einer bedeutenden Kraft in Osteuropa geworden ist. Durch eine selbständige Position der Ukraine ist nicht ausgeschlossen, daß alle Kombinationen von Konföderation bzw. Föderation zunichte und Anstöße für Aserbaidschan oder sogar Moldawien gegeben werden. Am wichtigsten jedoch erscheint die Feststellung, daß die Freiheit der baltischen Staaten bereits erkämpft worden ist. Dies ist anscheinend

---

1 Vgl. Lituanistica 4 (1991), S. 109 f.
2 Vgl. ebenda, S. 110 ff.

die Meinung der Autoren der Beiträge, die insgesamt nicht nur die deutsche, sondern auch die internationale Geschichtsschreibung zum Baltikum bereichern.

In der zweiten Auflage verzichtete man auf den Forschungsüberblick zur Geschichte der baltischen Länder (Artikel von Wilfried Schlau und Roland Götz). Dafür scheint das fünfte Kapitel um so notwendiger zu sein, ergänzt es doch die schon früher dargelegten historischen und politisch-juristischen Aspekte der Entwicklung der drei Staaten. Insbesondere die chronologische Tabelle der Ereignisse von 1986 bis 1991 sowie das historische Kartenmaterial konkretisierten die Vorgänge und machten sie noch eindringlicher.

Interessant ist das Bemühen der Kollektivbeiträge von sowjetischen Historikern, in ihren Darstellungen die in den baltischen Staaten stattgefundenen „Revolutionen" 1918/19 und 1940 zu nivellieren und eine Ähnlichkeit der Erfahrungen für die drei in Geschichte, Kultur und Sprache völlig unterschiedlichen Staaten aufzubauen.

Gert von Pistohlkors widmete sich der schwierigen Frage, in historischer Synthese das Allgemeine und das Besondere in der Geschichte der drei Nationen, soweit diese Aufgabe bereits heute zu leisten ist, aufzuzeigen. Es gelingt dem Autor, die Unterschiede zwischen Estland und Lettland, die lange in der deutschen Kulturzone lagen, gegenüber Litauen aufzuzeigen. Außerdem war die Urbanisierung weiter fortgeschritten, und es bestanden bessere Möglichkeiten zur eigenen kulturellen Entwicklung (besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts). Demgegenüber gelangte Litauen, im Mittelalter über eigene Staatlichkeit verfügend, in den Einflußbereich der polnischen Kultur und war noch im 20. Jahrhundert ein wenig urbanisierter oder industrialisierter Bauernstaat. Vielleicht hat Litauen heute deswegen auch weniger Probleme mit der sowjetischen Russifizierungspolitik. Aus litauischer Sicht wäre es allerdings wünschenswert, wenn Litauen im Vorwort etwas mehr Aufmerksamkeit gewidmet worden wäre.

Für H.J. Uiboppu, A. Silde und V.S. Vardys war es zweifellos einfacher, die Geschichte von Estland, Lettland und Litauen in den Jahren 1918 bis 1991 zu schreiben. Beim Lesen ihrer Beiträge richtet sich der Blick eines Historikers aus einem der drei Länder zwangsläufig auf die Nachkriegszeit und dies um so mehr, als es keine größeren Differenzen in der Öffentlichkeit oder der Geschichtswissenschaft für die Periode zwischen 1918 und 1940 gibt, während die Prozesse der Nachkriegszeit mangels genauer Kenntnis von Fakten und Statistiken noch nicht neu bewertet werden konnten. So weist Vardys darauf hin (S. 227), daß während der Partisanenkämpfe nach 1945 in Litauen 40000-60000 Menschen getötet worden

seien. Nach der Veröffentlichung eines Teils der KGB-Statistiken läßt sich nun konstatieren, daß die obige Zahl nicht zutrifft: Die Sicherheitsorgane der UdSSR liquidierten nach eigenen Angaben 20165 Partisanen; außerdem sind zwischen 17000 und 25000 Zivilisten oder sog. „sowjetische Aktivisten" umgekommen.[3] Die Aufzeichnungen des KGB belegen zudem, daß rund 120 größere bewaffnete Gruppierungen gegen die Sowjets kämpften, die bis 1953 vernichtet wurden. Im Laufe der Jahre nahmen 77108 Menschen auf seiten der Aufständischen an den Kämpfen teil, von denen zwischen 1945 und 1959 38927 in die Legalität zurückkehrten, 18016 vom NKWD verhaftet und 20165 getötet wurden.[4] In diesen Jahren wurden ungefähr 31000 Litauer von den Sowjets verurteilt. Noch größere Unterschiede dürfte es bei der Zahl der nach Sibirien Deportierten geben. Vardys spricht von 350000 Personen, während die Dokumente der sowjetischen Organe maximal eine Zahl von 120000 bis 150000 Deportierten belegen. Die aufgeführten Unterschiede sind nicht als Vorwurf an den Autor gedacht, sondern sollen die Größe des Problems belegen, das nur durch eine lange und differenzierte Arbeit an den Quellen (die zudem widersprüchlich und bei weitem nicht vollständig sind!) gelöst werden kann.

Die Autoren widmen der Politik der baltischen Staaten, insbesondere den Versuchen, Verhandlungen mit der Führung der UdSSR aufzunehmen, viel Aufmerksamkeit. Sowohl Meissner als auch andere Verfasser betonen dabei die Versuche der Volksfronten und von Sajudis, eine möglichst einheitliche und aufeinander abgestimmte Politik zu führen, und heben die Bedeutung des baltischen Rates hervor. Dennoch bleibt das Problem der baltischen Entente oder eines anderen Bündnisses sowohl vor dem Krieg als auch jetzt aktuell; eine derartige Konstellation dürfte nur schwer realisierbar sein. Die Kontakte Estlands mit Finnland lassen nicht selten Lettland und Litauen völlig beiseite; der litauische Maximalismus im Dialog mit dem Osten versetzt häufig Lettland in eine peinliche Lage, während Litauen überzeugt ist, daß es seine Nachbarn „mitschleppe". Die historischen und psychologischen Unterschiede zwischen den drei Staaten sind für Politologen und Journalisten leicht erkennbar: So kommentierte ein Amerikaner, der das Vorgehen bei der Demontage der Lenindenkmäler in den drei baltischen Staaten beobachten konnte, ironisch: „Die Litauer haben Lenin gleich nach dem Putsch abgerissen, die Letten bildeten eine Kommission für die Behandlung dieses Problems,

[3] A. Endriukaitis, Represijų statistika (Statistik der Repressalien), in: Lietuvos aidas Nr. 132 vom 9. Juli 1992, S. 4.

[4] Ebenda.

und die Esten beauftragten eine finnische Firma." Die Frage der Kooperation der baltischen Länder bleibt daher aktuell und bedürfte einer Analyse, und zwar um so mehr, als Rußland in seinen Verlautbarungen zum Abzug der Roten Armee aus den baltischen Staaten gewisse Unterschiede macht und auf diese Weise eine gemeinsame Einstellung der Balten zu stören sucht. Unter diesem Aspekt ist auch die von Meissner geleistete Analyse der Beziehungen der west- und mitteleuropäischen Staaten zu den baltischen Staaten besonders wertvoll.

Die baltischen Staaten haben ihre Freiheit friedlich erkämpft, mit Unterstützung des demokratischen Rußland und der demokratischen westlichen Staaten. Dieser Kampfweg ist singulär und aufschlußreich. Ungeachtet der historischen, ökonomischen, sozialen und demographischen Unterschiede werden diese jungen/alten Staaten, und insbesondere ihre Geschichte in diesem Jahrhundert, die die von Meissner vereinten Forscher dargelegt haben, sowohl der Wissenschaft als auch den Politikern dienlich sein, vor allem auch, weil sich nach der zweiten Auflage schon vieles verändert hat. So steht zu hoffen, daß die erste wissenschaftliche Behandlung, die der Analyse der gesellschaftlich-politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklung Litauens, Lettlands und Estlands gewidmet ist, in kurzer Zeit eine dritte Auflage erleben wird.

Alfonsas Eidintas, Vilnius/Washington, D.C.

David M. Crowe, The Baltic States and the Great Powers. Foreign Relations, 1938-1940. Boulder, Col.: Westview Press 1993, xvi, 264 S.

Der baltische Weg in den Krieg und der Verlust der staatlichen Unabhängigkeit in der Zwickmühle der Großmächte hat in der Geschichtsschreibung seit einigen Jahren wieder Konjunktur. Dies belegt eine Reihe neuerer Publikationen zu diesem Thema.[1] Das Interesse daran läßt sich leicht

[1] Neben zahlreichen Aufsätzen: John Hiden, The Baltic States and Weimar Ostpolitik. Cambridge, Mass. 1987; Georg von Rauch, Geschichte der baltischen Staaten. 3. Aufl., München 1990; Die baltischen Nationen. Estland, Lettland, Litauen, hrsg. v. Boris Meissner. 2. Aufl., Köln 1991; Robert A. Vitas, The United States and Lithuania: the Stimson Doctrine of Nonrecognition. New York 1990; Isidors Vizulis, The Molotov-Ribbentrob Pact of 1939: the Baltic Case. New York 1990; The Baltic and the Outbreak of the Second World War, hrsg. v. John Hiden u. Thomas Lane. Cambridge, Mass. 1992; Bernhard Press, Judenmord in Lettland 1941–1945. Berlin 1992.

erklären. Die Neugründung der baltischen Staaten nach der Gorbačevschen Revolution im Jahre 1991 hat zu historischer Rückbesinnung geführt und das Bedürfnis nach überzeugenden Erklärungen der in der Tat epochalen Ereignisse geweckt. Für den Historiker eröffneten sich gleichzeitig mit den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbrüchen neue Möglichkeiten der Forschung, als im Zuge der neuen Offenheit in Osteuropa sowjetische Archive auch für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden und die Hoffnung erwuchs, tiefere Einsichten in ungeklärte Fragen der jüngsten Geschichte der sowjetischen Regionen zu gewinnen. Der konkrete Anlaß für eine Neueinschätzung des Verlustes der staatlichen Autonomie der baltischen Staaten im Zweiten Weltkrieg dürfte u.a. mit der Tatsache zu tun haben, daß russische Historiker und Politologen die Existenz der Zusatzprotokolle zum Hitler-Stalin-Pakt in der Zeit der Glasnost' offen bestätigten und damit alte Positionen aufgaben. Der Hitler-Stalin-Pakt ist umstritten wie kein anderes Dokument zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Dies gilt besonders hinsichtlich der Frage, welche reale Bedeutung ihm für das Schicksal der ostmitteleuropäischen Staaten zuzumessen sei. Die baltischen Länder waren die ersten, die die Wirkungen dieses Paktes zu spüren bekamen. In diesem Sinne ist das vorliegende Buch ein Produkt dieses Aufbruches zu neuen Antworten auf die alte Frage, wie es denn nun eigentlich gewesen sei.

David M. Crowe hat sich seit 1974 zu einem ausgewiesenen Experten für die Geschichte der baltischen Staaten im 20. Jahrhundert entwickelt. Mit seiner neuesten Veröffentlichung faßt er die Früchte seiner rund 15jährigen, ursprünglich aus einer Dissertation zu diesem Thema[2] erwachsenen Forschung zusammen. An seiner fachlichen Kompetenz kann schon wegen der zahlreichen Artikel und Aufsätze, die er über die Geschichte des Baltikums während der Zwischenkriegszeit veröffentlicht hat, kein Zweifel bestehen. Trotzdem ist er in seiner Darstellung einigen konzeptionellen Widersprüchen nicht entgangen. Gegen die Suggestion des Buchtitels behandelt er nicht die außenpolitischen Beziehungen der baltischen Staaten zwischen 1938 und 1940, sondern bezieht sich auf einen viel größeren Zeitraum, nämlich auf die Periode von 1918 bis 1940. Damit nicht genug, erweitert er das zeitliche Konzept auch noch um einen Ausblick bis zur Wiedererringung der staatlichen Unabhängigkeit des Baltikums im August 1991. Freilich, Crowes Buch ist nicht das erste zum Thema der Außenbeziehungen der baltischen Staaten. Es ist ganz gewiß auch nicht

[2] David M. Crowe, The Foreign Relations of Estonia, Latvia, and Lithuania, 1938–1939. Phil. Diss. University of Georgia 1974.

das letzte und umfassendste. Aber einmal abgesehen von einigen Spezialforschungen zur Rolle des Baltikums als Pufferzone zwischen dem expansionslüsternen Deutschen Reich und der von einem großen Sicherheitsbedürfnis geplagten Sowjetunion sowie vereinzelten Reflexionen über die Ausnutzung des Baltikums als Unterpfand bei der Neudefinition der diplomatisch-militärischen Beziehungen der beiden Großmächte bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, ist in der bisherigen Literatur tatsächlich wenig getan worden, um die Frage zu klären, welche außenpolitischen Konzepte die baltischen Staaten selber in diesem Großmachtpoker verfolgten. Auch eine Geschichte der baltischen Außenpolitik unter Durchbrechung binärer Darstellungsverfahren aus dem deutschen bzw. sowjetischen Blickwinkel zugunsten eines multiperspektivistischen Ansatzes existierte bisher nicht, und es konnte sie auch nicht geben, weil wichtige Dokumente bis heute noch nicht freigegeben sind. Crowe behauptet zwar, den Anspruch einer umfassenden Geschichte der baltischen Außenpolitik nun eingelöst zu haben, doch bleibt auch bei ihm noch vieles offen.

Der diplomatische und militärische Druck der beiden Großmächte, der seinen ersten Höhepunkt in der sowjetischen Okkupation im Sommer 1940 erreichte, spielt bei Crowe weiterhin eine zentrale Rolle. Darüber hinaus versucht er, auch die Rolle Englands und Frankreichs sowie historische und ethnische Gesichtspunkte im Innern der baltischen Staaten ins Spiel zu bringen. Dieser Versuch scheint jedoch weitgehend steckengeblieben zu sein. Der Autor beschränkt sich im wesentlichen auf die Untersuchung der außenpolitischen Entwürfe „großer Persönlichkeiten". Im Mittelpunkt des Interesses stehen Hitler und Stalin, Ribbentrop und Molotov. Und das ist, mit Verlaub, denn doch etwas zu wenig, wenn man eine Geschichte der baltischen Staaten in ihren internationalen Verflechtungen schreiben will. Schon bei der Darstellung des prägenden Einflusses einzelner historischer Figuren fehlen bei Crowe die englischen, französischen und amerikanischen Protagonisten. Außerdem sind ihm institutionelle Faktoren wie beispielsweise der Völkerbund einigermaßen fremd geblieben. Sie finden nur dann sporadisch Erwähnung, wenn einzelne Persönlichkeiten als Vertreter solcher Einrichtungen auftreten. Letztlich entpuppt sich das Ganze dann doch als ein ziemlich konventionelles Stück Geschichtsschreibung der großen Mächte in der Manier des 19. Jahrhunderts.

Dieser Verdacht wird bei der Inspektion der benutzten Materialien erhärtet. Die Grundlage der Beschreibung bilden überwiegend gedruckte Quellen aus dem Baltikum, Deutschland, Großbritannien, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Darin jedoch darf sich eine solche Geschichte nicht erschöpfen. Wie steht es mit den Beziehungen des Balti-

kums und der Großmächte zu den kleineren Staaten der nordosteuropäischen Region? Hier hätte man sich einige ausführliche Bemerkungen zur Rolle Skandinaviens, insbesondere Finnlands gewünscht, das Ende der 30er Jahre in ähnliche Nöte geriet wie die baltischen Staaten. Auch die Rolle Schwedens als möglicher Bündnispartner gegen die sowjetische Pressionspolitik oder die Verhandlungen mit Polen hätten eingehender behandelt werden müssen. Welche Rolle erhoffte man sich von anderen neutralen Ländern wie der Schweiz oder von den Südamerikanern, die sich ein Veto zugunsten der kleinen Staaten ohne große Nebenkosten leisten konnten und im Winterkrieg zugunsten Finnlands tatsächlich geleistet haben? All das wird lediglich gestreift, hätte aber ein eigenes Kapitel verdient, weil man sich bei einer modernen Geschichte der Außenpolitik einen Verzicht auf die dialektische Kehrseite von Großmachtansprüchen gegenüber kleinen Staaten nicht mehr leisten kann.

Andererseits ist zu loben, daß Crowe die Frage der ethnischen Minderheiten in den baltischen Staaten in zwei eigenen Kapiteln in den Mittelpunkt seiner Darstellung rückt. Der Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik gehört ja seit langem zum Kernbestand jeder historischen Darstellung zwischenstaatlicher Beziehungen. Mit unausweichlicher Notwendigkeit behandelt Crowe hier das Problem der baltischen Deutschen. Nicht nur, weil es sich dabei um einen spektakulären Fall handelt, sondern weil man aus dieser Episode ein historisches Prinzip lernen kann. Dennoch hat sich der Autor nicht darauf beschränkt, sondern unterzieht auch das polnische Flüchtlingsproblem in Litauen einer historischen Würdigung. Beide Fälle zeigen in aller wünschenswerten Klarheit, wie vorgebliche oder reale ethnische Spannungen als innenpolitisches Problem außenpolitisch funktionalisiert werden und den Großmächten zum Vorwand für eine expansive Sicherheitspolitik dienen können. Trotzdem stellt die ethnische Problematik natürlich nur eine Facette der Interdependenz innen- und außenpolitischer Entwicklungen dar. Die Analyse sozialer, wirtschaftlicher und mentalitätsmäßiger Faktoren für die internationalen Beziehungen aller beteiligten Mächte hätte ebenfalls zu einer tieferen Sicht der Dinge führen können, ist jedoch unterlassen worden.

Alles in allem also kein schlechtes, aber auch kein überragendes Buch über dieses dramatische Kapitel der an Dramatik nun keineswegs so armen baltischen Geschichte. Daß es „die erste vollständige Darstellung der diplomatischen Beziehungen und militärischen Schritte, die zur gewaltsamen Einverleibung Estlands, Lettlands und Litauens in die UdSSR führten" (S. 252) darstellen soll, ist natürlich grob übertrieben. Um eine solche Geschichte zu schreiben, muß man mehr auffahren als einige willkürlich zusammengestellte Ansichten über das Thema. Zudem dürfte es

zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch noch zu früh sein, dieses zweifellos wichtige Kapitel der Zeitgeschichte in seiner ganzen Komplexität darzustellen. Der Autor konnte zwar vereinzelt auf neues Material aus sowjetischen Archiven zurückgreifen, doch handelt es sich dabei nur um verstreute Einzeldokumente, die keineswegs zu neuen Einsichten in das Problem führen konnten. Das Gros der benutzten Quellen ist seit langem auch im Westen greifbar und umspielt Erkenntnisse, wie sie aus der etablierten Forschungsliteratur bereits bekannt sind. Daß Crowe die Perspektive auf die Großmächte auch jenseits der eigentlich beteiligten Kontrahenten erweitert hat, darf nicht unterschätzt werden. Die ganze Geschichte der baltischen Außenpolitik ist damit jedoch noch lange nicht geschrieben.

Ralph Tuchtenhagen, Heidelberg

Gilbert H. Gornig, Das Memelland: gestern und heute. Eine historische und rechtliche Betrachtung. Bonn: Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen 1991, 303 S., Karten.

Obwohl der wichtigste und interessanteste Teil dieses Buches die juristischen Aspekte des Memelproblems erörtert, wird dennoch ein Fünftel (60 Seiten) des Bandes der memelländischen Geschichte gewidmet (besonders nach dem Frieden von Versailles), so daß auch einem Historiker erlaubt sei, seine Meinung zu einigen hier aufgeworfenen Fragen zu äußern.

Gornigs Buch bietet ein konzentriertes Bild der deutschen Geschichtsschreibung zur Memelfrage. In dokumentarischer und bibliographischer Hinsicht läßt sich wenig Kritisches vorbringen: Interessante Dokumente werden veröffentlicht, das Buch verfügt über ein erschöpfendes Literaturverzeichnis usw. Kurz gesagt: gut gemacht. Leider läßt sich dieses Lob für den gesamten historischen Teil nicht wiederholen.

Nach der Lektüre kann der Historiker festhalten, daß es sich aus Sicht seines Fachgebietes um keine originelle Arbeit handelt. Faktisch geht es mehr um eine Übersicht über die deutsche Geschichtsschreibung, wobei der Verfasser sich darauf beschränkt, Forschungen und Schlußfolgerungen anderer Autoren zu nutzen. Diese Methode ist vollkommen verständlich, da Gornig sein Hauptaugenmerk auf die Analyse der juristischen Probleme richtet und der historische Aspekt nur zweitrangig ist. Dennoch

hat ein solches Vorgehen auch offensichtliche Mängel. Eine historisch-kritische Bewertung der von Gornig benutzten Sekundärliteratur und der Autoren, deren Schlußfolgerungen er zitiert, fehlt völlig. Nolens volens entsteht somit der Eindruck, daß der Autor nur seiner Konzeption entsprechende Fakten und Interpretationen ausgewählt hat. Einige Beispiele seien angeführt: Der Autor zitiert Ernst von Weizsäckers Charakterisierung der Unterzeichnung des Vertrages durch den litauischen Außenminister Urbšys (S. 60), die „halb freiwillig, halb unfreiwillig" gewesen sei, ohne dies zu kommentieren. So soll der Leser die Vorstellung erhalten, der litauische Außenminister habe den Vertrag wirklich fast freiwillig unterschrieben. Doch ein Historiker, der weiß, in welcher Atmosphäre die Unterredungen zwischen Urbšys und dem deutschen Außenminister von Ribbentrop im Auswärtigen Amt am 20. März 1939 verliefen, kann sich darüber nur wundern.

Übrigens ist das nicht der einzige Vorwurf bezüglich der Interpretationen des Autors zu den Ereignissen der Jahre 1938–1939. So schreibt Gornig auf S. 57: „Gegen Ende des Jahres 1938 zeigten sich deutliche Anzeichen, daß Litauen bereit war, mit dem Deutschen Reich über das Memelland zu verhandeln." Durch ein Zitat aus einem Interview des damaligen litauischen Außenministers Lozoraitis (Anm. 275) und die Erklärung von Urbšys am 20. November 1938 gegenüber dem deutschen Gesandten in Kaunas, Zechlin, die litauische Regierung sei zu Verhandlungen über alle schwebenden Fragen bereit (S. 57 f., Anm. 276), entsteht durch die fehlende Analyse der litauischen Position der Eindruck, daß Litauen schon 1938 die Absicht gehabt habe, bezüglich der souveränen Rechte des Memellandes mit dem Deutschen Reich zu verhandeln. Doch 1938 zielte die litauische Regierung allein darauf ab, die von Deutschland gewünschte Statusinterpretation anzunehmen. Die litauischen Empfehlungen an das Deutsche Reich stützten sich auf das Prinzip des Status quo, weswegen von einer freiwilligen Abtretung der Souveränität überhaupt keine Rede sein konnte. „Das ist die äußerste Grenze, die Litauen als unabhängiger Staat beschreiten kann (...) Sollte das Reich diese Grenze überschreiten, würde das als Anschlag auf die litauische Unabhängigkeit und deren territoriale Gesamtheit verstanden werden und in diesem Fall würde sich Litauen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen", schrieb Urbšys am 31. Dezember 1938.[1]

[1] 1938.12.31. J. Urbšio aplinkraštis Lietuvos generaliniam konsului Kionigsberge L. Dymšai. Rundschreiben von J. Urbšys an den litauischen Generalkonsul L. Dymša in Königsberg vom 31. 12. 1938. Lietuvos Valstybinis Archyvas (Litauisches Staatsarchiv) (LVA), F. 383, Ap. 7, B. 2048, S. 3.

Gornig betont, man habe Litauen keinen Termin für die Antwort auf die Forderung zur Herausgabe Memels gesetzt. Welchen Wert hat ein solches Argument, wenn man den fordernden Ton des Ultimatums und die unverhohlenen Drohungen gegenüber Urbšys in Betracht zieht? Es sei nur an die für sich sprechende Episode mit dem Telefon erinnert,[2] um sich darüber klar zu werden, welche Terminvorstellungen die deutsche Seite hatte. Andererseits begnügt sich der Autor mit der Feststellung, daß der litauische Ministerrat und der Seimas „zustimmten", das Memelland an das Reich „zurückzugeben" (S. 59 f.).

Getreu seiner Methode versucht Gornig auch nicht, sich in die näheren Umstände dieses „Einverständnisses" zu vertiefen. Im Gegenteil: er schreibt, daß das Kommuniqué der litauischen Regierung nach der Kritik der deutschen Reichsregierung „schließlich zurückgenommen wurde" (S. 60). In der Erklärung wurde die erzwungene Abtretung des Memelgebietes hervorgehoben und angemerkt, das Recht sei auf litauischer Seite. Bleibt nur zu sagen, daß besagtes Kommuniqué nicht freiwillig zurückgezogen wurde, sondern aufgrund grober Erpressungen durch Zechlin.

Bei der Erwähnung der Anwendung strenger Maßnahmen im Memelland durch die litauische Regierung ignoriert Gornig das Vorgehen der Nationalsozialisten in diesem Gebiet völlig. Solange Litauen über die Souveränität des Memelgebietes verfügte, war es nicht verwunderlich, daß staatsfeindliche Tätigkeit nicht geduldet wurde. Andererseits sollte man auch die „rücksichtslose" Lituanisierung des Landes und den Wunsch der litauischen Regierung, „die deutsche Sprache und Kultur zu verdrängen", nicht übertreiben (S. 50, Anm. 212). Während der gesamten 15 Jahre unter litauischer Herrschaft waren faktisch nicht die Deutschen, sondern die Litauer die nationale Minderheit des Gebietes. Die Position der Deutschen war, nimmt man 1934 oder 1937, nicht schwächer als 1923. In der Anmerkung 212 (S. 50) wird auf die Pflege und Förderung der litauischen Sprache und Kultur im Kaiserreich verwiesen. Dazu muß angemerkt werden, daß dieser Sachverhalt nur bis zum Beginn der Bismarckära gilt, da unter dem ersten Reichskanzler ein plötzlicher Germanisierungsprozeß auch gegen die Preußisch-Litauer einsetzte.

Die unkritische Verwendung von Zitaten bringt den Autor auch an anderen Stellen in eine schwierige Lage. So schreibt er über die nationale

---

[2] Während der Unterredung zwischen Urbšys und von Ribbentrop am 20. März erklärte der litauische Außenminister, daß er keine Regierungsbefugnis habe, um die Angelegenheit Klaipėda auf dieser Ebene zu entscheiden. Der Reichsminister empfahl ihm, die Vollmacht telephonisch von seinem Arbeitszimmer aus einzuholen. Juozas Urbšys, Lietuva lemtingaisiais 1939–1940 metais (Litauens Schicksalsjahre 1939–1940). Vilnius 1988, S. 11.

Zusammensetzung des Memelgebietes (S. 22) und benutzt eine Statistik, aus der hervorgeht, daß am 1.12.1910 von den 140675 Bewohnern des Gebietes 71114 deutsch sprachen und 66686 litauisch (die entsprechenden Angaben vom 30.11.1920 lauten: 140746 Einwohner, davon 71156 deutschsprachig, 67259 litauischsprachig). Ausgehend davon ließe sich behaupten, daß die Litauer etwa 47,5% der Gesamteinwohner darstellten. Auf S. 31 jedoch zitiert Gornig ein Dokument, das den Besuch einer Delegation aus Memel bei Reichspräsident Friedrich Ebert (14.5.1919) schildert, wobei die Bitte ausgesprochen wurde, wieder ans Deutsche Reich angeschlossen zu werden, „da 90% der Bevölkerung deutsch" seien. Diese sich widersprechenden Fakten werden vom Autor überhaupt nicht kommentiert. Damit stellt sich dem Leser die Frage, welche Angabe nun die zutreffende ist, die eingangs zitierte Statistik oder das später erwähnte Dokument. Natürlich findet sich auch in dieser Monographie die schon wahrhaft chrestomathisch gewordene Aussage von Wilhelm Gaigalat (S. 41, Anm. 149) über den Unwillen der Preußisch-Litauer, sich einem litauischen Staat anzuschließen. Man sollte nicht vergessen, wo und wann Gaigalats Büchlein herauskam — in Berlin 1915, also während des Ersten Weltkrieges, als die deutschen Truppen eben Litauen besetzt hatten!

Auch einige Verallgemeinerungen Gornigs sind nicht völlig zutreffend. So wird auf S. 28 f. behauptet, die Bewegung zum Anschluß Memels an Litauen habe erst nach der Revolution 1918 in Deutschland begonnen, was nicht den Tatsachen entspricht. Auf den Kampf des litauischen Großfürstentums mit dem Deutschen Orden um diese Küstenregion zwischen dem 13. und 15. Jahrhundert soll nicht in extenso eingegangen werden. Es genügt festzuhalten, daß die Memelfrage am Ende des 19. Jahrhunderts in den neuzeitlichen Vorstellungen eines zukünftigen litauischen Staates wieder auftauchte, zeitgleich mit der Wiedergeburt der Idee, Groß- und Kleinlitauen zu verbinden. Auch die französische Politik und ihre Reaktion auf die litauische Aktion im Januar 1923 werden vom Autor nicht völlig richtig wiedergegeben. Die Aprilereignisse 1923 in Memel bleiben unkommentiert. Gornig reicht die Feststellung, daß „litauisches Militär auf die Demonstranten schoß" (S. 47). Um der Richtigkeit willen kann man den Autor dahingehend ergänzen, daß das litauische Militär den Feuerbefehl erhielt, als aus der Menschenmenge heraus das Feuer eröffnet und dabei ein litauischer Soldat, der eine Stromstation bewachen sollte, verletzt wurde. Bei diesem unglücklichen Zwischenfall kamen ein (vielleicht auch zwei) Demonstranten ums Leben, sechs wurden verletzt.

In der Monographie finden sich noch mehr Ungenauigkeiten: Nach welchen Kriterien übernimmt Gornig die Aussage einer Arbeit von 1927 (!), die von „einem wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes" (S. 50,

Anm. 215) spricht? Die Entscheidung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes von Den Haag wird, sogar im juristischen Sinn, widersprüchlich behandelt (S. 53) usw.

Gornigs Überlegungen zur eventuellen Verbindung des Kaliningrader Oblast (des ehemaligen Nordostpreußen) mit dem Memelgebiet, seine gewundene Argumentation hinsichtlich eines russischen Rechtsanspruchs, das Verwenden eines Zitates von Gorbatschow und die Erwähnung von Projekten zur Ansiedlung von Wolgadeutschen im Kaliningrader Bezirk zeigen das politische Engagement des Autors und schwächen den wissenschaftlichen Wert der Monographie.

Abgesehen von vielen anderen Eigenheiten des Buches stellt somit die unkritische Verwendung zahlreicher Zitate aus der Sicht des Historikers einen der größten Mängel dar.

Vytautas Žalys, Vilnius/Washington D. C.

Die Grenze als Ort der Annäherung. 750 Jahre deutsch-litauische Beziehungen, hrsg. v. Arthur Hermann unter Mitarbeit v. Helga-Martina Skowera. Köln: Mare Balticum 1992, 218 S., Abbildungen.

Sarmatische Herausforderung

Für die Deutschen gibt es eigentlich Dinge auf der Welt, über die sie einer Meinung sein können: eine Revolution ohne Gewalt, der friedliche Rückzug hunderttausender fremder Soldaten, ein Ende der staatlichen Provisorien in einer gemeinsamen Nation. Wird diese Nation den Deutschen nun Vaterland werden, ihnen kulturell, historisch, politisch Geborgenheit bieten?

Die deutsche Nation in den Grenzen von 1945 ist nicht das „Vaterland im Raum", in dem alle sich in Herkunft und Heimat geborgen wüßten. Die neue Einheit Deutschlands hat die Verluste des letzten Krieges besiegelt. Die Öffnung der Grenzen zum Osten, die neue Kenntnis der Landschaften an Oder, Weichsel, Pregel und Memel rücken diese Verluste stärker ins Bewußtsein als zuvor. Doch die Besiegelung der Grenzen von 1945 in den Verträgen zur neuen deutschen Einheit bettet sich in ein Europa, das sich nicht nur öffnet für den Austausch von Waren und Diensten, sondern zugleich für den Austausch geistiger, kultureller und geschichtlicher Erfahrung, die den Deutschen und ihren Nachbarn im Osten gemeinsam ist. So macht die Einheit der Nation in einem sich einigenden Europa eine

Rückkehr der Deutschen in das ihnen Eigene möglich, in die *Mitte* Europas, die die Deutschen dem Osten in gleicher Weise verbindet wie dem Westen.

In diesem Europa können die Deutschen an ihre Geschichte knüpfen, die auch die Geschichte ist der Landschaften und Regionen im Osten. Indem wir uns dieser Bindung erinnern, schaffen wir ein Gutteil der uns allen notwendigen heimatlichen Geborgenheit und begründen wir eine Zukunft, die wir mit unseren Nachbarn teilen können — ohne Sorge für sie wie für uns.

Zu den Stillen im Lande, die beharrlich solchen Brückenschlag üben, zählt der Herausgeber des vorliegenden Bändchens, das sich der Nachbarschaft von Deutschen und Litauern widmet.

Arthur Hermann, 1958 als Zwölfjähriger von Litauen nach Westdeutschland übergesiedelt, hat als Historiker und Bibliothekar etliches zur Geschichte der Litauendeutschen und der Memelländer ebenso wie zum deutsch-litauischen Miteinander in Preußisch-Litauen beigetragen. Seine Kenntnis der Entwicklungen in Litauen, seine Distanz zu Vertriebenenrhetorik und seine Kritik sowjetwissenschaftlicher oder großlitauischer Parteilichkeit und Geschichtsklitterung haben Hermann befähigt, der Begegnung und dem wissenschaftlichen und politischen Austausch von Deutschen und Litauern manchen Weg zu ebnen.

Der nun vorgelegte Band sammelt Arbeiten litauischer und deutscher Autoren zu verschiedenen Tagungen und Colloquia in Deutschland und in Litauen. Die Mehrzahl behandelt Entwicklungen in Preußisch Litauen, jener Regionen im Osten und Nordosten Alt-Preußens, ohne die das Überleben und Wiedererstarken litauischer Kultur und litauischen Nationalbewußtseins und schließlich die staatliche Wiedergeburt Litauens kaum denkbar sind.

Ein erster Teil ist „Litauern und Prußen in Ostpreußen" gewidmet. Manfred Klein, Jahrgang 1937, Professor für Ästhetik und Kommunikation in Bielefeld und Autor einer größeren Studie zum ländlichen Leben der Litauer im 19. Jahrhundert, die 1993 erscheinen wird, skizziert eingangs Aufgaben kulturanthropologischer Forschung zu Preußisch-Litauen. Über den mit Fleiß betriebenen wissenschaftlichen Begründungen politischer Ansprüche und Rechtfertigungen auf deutscher, litauischer, russischer und polnischer Seite sei, so Klein, die Faszination Ostpreußens als multiethnischer Grenzraum bislang ausgespart geblieben. Akkulturation durch Kulturwandel betreffe, so Klein, immer *beide* Partner. Wie weit haben nun die litauische und die masurisch-polnische Ethnie ihrerseits auf die dominierende deutsche Kultur eingewirkt? Wie weit

ist es den ethnischen Gruppen tatsächlich gelungen, ihre Identität zu erhalten — in der Volksbildung, in der Alltagskultur? Ein weites Feld öffnet sich der erneuten Suche nach Identität im Kleinlitauen von heute, in Masuren und im Ermland, in der oblast Kaliningrad gar.

Algirdas Matulevičius, Jahrgang 1939, zählt (oder zählte) zu den Rechtfertigern litauischer Ansprüche auf ein zur Disposition stehendes Gebiet um Königsberg. Der seit wenigen Jahren erst politisch und ideologisch ungehinderte (dafür nun materiell schwer überwindbare) Zugang zu *allen* Quellen hat das Urteil von Matulevičius über den Umgang Preußens mit seiner litauischen Minderheit gemildert, wie sein reich dokumentierter Beitrag zu den „Deutsch-litauischen Beziehungen in Preußisch-Litauen" belegt. Ein Anschluß Königsbergs an Litauen scheint ad acta gelegt. Als Weg zur kulturellen Wiedergeburt Preußisch Litauens und zur Rückkehr seiner autochthonen Bevölkerung bietet Matulevičius uns die Gründung Ostpreußens als vierte baltische Republik.

Alfred Kelletat, Jahrgang 1916, der noch in Königsberg und Prag Germanistik studierte und nun als Emeritus im Wendland Ostpreußen zur literaturwissenschaftlichen Renaissance verhilft, gedenkt des 75. Geburtstages Johannes Bobrowskis im April 1992. Eingeladen hatte die Universität in Wilna, vorausgegangen war ein Colloquium der Ostsee-Akademie in Lübeck-Travemünde. Das übrige Deutschland hatte geschwiegen zum Jubiläum dieses Erzählers und Dichters, dessen Werk wie das keines zweiten Polen, Litauer, Russen und Deutsche in sarmatischem Zwischenland sich begegnen läßt, unter ihnen allen die Judenheit. An Interpretationen zweier Gedichte zum engsten und zum weitesten Sarmatien schließt Kelletat den Ruf Potschkas, des Lehrers und Liedersammlers, am Ende der „Litauischen Claviere", imperativisch, „mit einem Mund, der das Sprechen erlernen, mit einer Stimme, die ihre Laute noch finden wird, heute oder morgen: Herrufen, hierher. Wo wir sind". Ein Fragment, das in die Zukunft weist.

Audronė Barūnaitė Willeke, Professorin für deutsche Literatur in Ohio und Jahrgang 1944, schließt den ersten Teil des Bandes mit einer Bestandsaufnahme der „Prußen in der deutschen Literatur seit der Romantik", ruft Zacharias Werners „Kreuz an der Ostsee" von 1806 oder Agnes Miegels „Fahrt der sieben Ordensbrüder" von 1926 in die Erinnerung. Werners Drama ebenso wie Miegels balladeske Erzählung bezeugen zwar Wohlwollen für Integrität und Kultur der Prußen, doch Moral und Christentum machen für beide Autoren den Sieg der Ordensritter unausweichlich. Für Alfred Brust, 1934 gestorben und zu Unrecht so ganz vergessen, ist das prußische Element im Land an der Memel ein Gegengewicht zum Materialismus des Westens (in seinen Romanen „Festliche Ehe", „Die ver-

lorene Erde", „Eisbrand"). Brust mag seine Besinnung auf prußische Ursprünge als Möglichkeit wiedergeborener Menschlichkeit in einer utopischen Zukunft an den jungen Bobrowski weitergegeben haben, für den die Unterwerfung der Prußen erstes Glied ist in einer Kette deutscher Schuld. Die suggestive Kraft des prußischen Mythos, die gleicherweise in den „Hundejahren" von Günter Grass lebendig bleibt, scheint auch kleinlitauische Wiedergeburt heute zu beflügeln.

Ein zweiter Teil des vorliegenden Bandes sammelt Beiträge über Wilhelm Storost genannt Vydūnas, Schullehrer und Schriftsteller aus Tilsit, der seit der Jahrhundertwende vom Förderer und Forscher litauischer Volkskultur zum geistigen Führer der litauischen Bewegung in Ostpreußen aufstieg — und zu Ende des Krieges mit den Deutschen nach Westen floh. 1953 starb er 86jährig in Detmold; 1991 wurde seine Urne an den heimischen Rombinus überführt.

„Vermittler der Kulturen" — der Titel des Herausgebers wird Leben und Werk des Storost-Vydūnas eher gerecht als nationaler Alleinanspruch. Vacys Bagdonavičius, geboren 1941, Direktor des Instituts für Philosophie, Soziologie und Recht an der Akademie der Wissenschaften in Wilna, referiert Leben und Denken von Storost-Vydūnas. Wir wünschten uns allerdings endlich eine *kritische* Darstellung des schriftstellerischen Werkes und der verwirrenden Ideenwelt, die recht unorthodox Ost und West mischt und an die Konventikler der vom Schaktarp umschlossenen Weiler im Delta der Memel erinnert. Bagdonavičius ignoriert die *preußisch*-litauische Orientierung des Storost, seine regionale Bindung, seinen Protestantismus — Komponenten eines Selbstbewußtseins im Land an der Memel, das zunehmend Geltung beansprucht im zentralistischen Litauen.

Jürgen Storost, geboren 1940, bis 1991 am Zentralinstitut für Sprachwissenschaft der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin, hat Dokumente aus den Geheimen Staatsarchiven in Merseburg und Berlin und aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes hervorgeholt, die in den Sticheleien und Schikanen örtlicher deutscher Behörden und Presseorgane das gespannte Miteinander von Deutschen und Litauern an der neuen Memelgrenze belegen. Der Autor räumt ein, daß Sympathie für seinen Großonkel Storost-Vydūnas die Auswahl seiner Texte bestimme. Ein Mehr an Objektivität hätte allerdings dem mit Fleiß recherchierten Beitrag seinen Ruch von Übereifer genommen. Die Bedeutung Preußens für die Wiedergeburt Litauens überdauert den Bekennerdrang örtlicher Schulräte und die Borniertheit Tilsiter Polizisten.[1]

---

[1] Jochen D. Range hat hierzu eine gründliche Untersuchung vorgelegt: Preußisch-Litauen in kulturhistorischer Sicht, in: Deutsche, Slawen und Balten. Aspekte des

An wenigen Persönlichkeiten nur, so scheint es, orientiert sich die Renaissance nationaler litauischer Kultur — und diese wenigen haben ihre Wurzeln im preußischen Litauen und leugnen dies nicht. Mit großer Emotion pflegt Litauen das Erbe dieser Personen, von Ludwig Rhesa über Christian Donalitius bis zu Storost-Vydūnas. Da geraten die Briefe, die Vydūnas aus seinen letzten Lebensjahren in Detmold an den Baltisten Viktor Falkenhahn schreibt, rasch in die Nähe von Devotionalien. Leonas Stepanauskas, Jahrgang 1925, seit 1963 Berichterstatter aus Ost-Berlin fürs Baltikum, hat die Zeugnisse aus Detmold gesammelt und kommentiert.

Sicherheit und Unabhängigkeit wissenschaftlichen Arbeitens werden wachsen mit der Konsolidierung Litauens und seiner Öffnung zu westlichem Denken und Handeln. Der Beitrag von Nastazija Kairiūkštytė im dritten Teil des Bandes — gewidmet den Deutschen in Litauen — demonstriert selbstverständliches Bemühen um objektive Darstellung und Interpretation der verfügbaren Quellen. Kairiūkštytė, Jahrgang 1935, Mitarbeiterin am Wilnaer Institut für die Geschichte Litauens, sammelt behördliche Daten der Jahre 1945 bis 1960 zu den in Litauen verbliebenen oder nach Litauen zurückkehrenden Deutschen und zum Verhalten der Behörden gegenüber den Deutschen, soweit die Akten Auskunft geben. Die verfügbaren Zahlen bleiben unzuverlässig, waren doch den Menschen nacktes Überleben, Furcht vor Repressalien oder umgekehrt die Möglichkeit der Aussiedlung nach Deutschland wichtiger als Ehrlichkeit bei ihren Angaben zur nationalen Zugehörigkeit. So mögen um die 12 000 Deutsche Ende der 50er Jahre in Litauen gelebt haben, darunter Rückkehrer der Nachkriegszeit, Flüchtlinge aus Ostpreußen, jene, die 1941 in Litauen blieben, und jene, denen nach 1955 mit der Option für Deutschland die Möglichkeit einer Umsiedlung nach Westen winkte.

Harry Stossun, geboren 1959 und litauisch-deutscher Herkunft, wird in Kürze seine Arbeit über die Umsiedlung der Litauendeutschen 1941 veröffentlichen. Im vorliegenden Band gibt er einen gerafften Überblick über die Geschichte der Deutschen in Litauen von den ersten Privilegien des Fürsten Mindaugas im 13. Jahrhundert bis zum Exodus im Frühjahr 1941, der sich — nach der Rückkehr weniger zur Zeit der deutschen Besetzung — 1944 wiederholte.

Arthur Hermann endet schließlich den Band mit einem Beitrag zu den Hungerfahrten der Deutschen aus dem russisch besetzten Königsberger

---

Zusammenlebens im Osten des Deutschen Reiches und in Ostmitteleuropa, hrsg. v. Hans Hecker u. Silke Spieler. Bonn 1989, S. 55-81.

Gebiet, die in den Jahren nach 1945 in Litauen um Nahrung bettelten — und Hilfe und Aufnahme fanden. Zehntausende werden es gewesen sein. 4000 melden sich zu Anfang 1951, als die sowjetische Regierung ihren Abtransport in die DDR anordnet. Wenige blieben, heirateten, helfen heute deutsche Kulturvereine gründen. Die Solidarität der litauischen Bevölkerung für die hungernden Grenzgänger aus Ostpreußen ist ein rühmlicher Schlußstein 700jähriger deutsch-litauischer Nachbarschaft — und ein versöhnlicher Auftakt zu neuer Begegnung. Die Beiträge dieses Bandes in ihrer Vielfalt deutschen und litauischen Bemühens zeugen von den Möglichkeiten und den Fortschritten eines neuen Miteinanders, zeugen von der Grenze an der Memel als Ort der Annäherung.

Im Memelland, nahe dem Dorf Bittehnen über dem Strom, ist der Berg Rombinus mit dem Opferstein des Perkun Sammelpunkt und Festplatz für Litauer und Deutsche. Drüben, in dem über die Ostsee benachbarten Herzogtum Schleswig, finden wir gleiche Sammelpunkte: Skamlingsbanken über dem Kleinen Belt für die Dänen, den Knivsberg über der Bucht von Genner für die Deutschen. Volkstumskampf hat es auch in Schleswig gegeben. Doch Deutsche und Dänen, Mehrheit und Minderheit zu beiden Seiten der Grenze, die gleichfalls von 1920 datiert, haben gelernt, in Frieden miteinander zu leben und im Wohlstand obendrein. Jeder lebt seiner Kultur und weiß die Vorteile europäischen Miteinanders zu nutzen.

Unweit vom Berg Rombinus ist im Dorf Bittehnen ein Schulhaus geblieben, in preußischer Backsteinarchitektur der Jahrhundertwende, samt Störchen, Heuschober, Obst und Blumen. Birute, die alte Lehrerin, freundlich, gütig, hütet in den beiden Schulräumen ein kleines Museum, das Martynas Jankus gewidmet ist, dem Drucker, Redakteur, Verleger, Volkskundler, Mitglied im Rat Litauens, Patriarch Kleinlitauens.

Geboren in diesem Dorf Bittehnen, zeitlebens und kämpferisch litauischer Patriot, war Martynas Jankus zu Kriegsende dennoch mit den Deutschen gezogen, gleich seinem Landsmann und Mitkämpfer Wilhelm Storost-Vydūnas. Das Bittehner Museum hegt Bilder und Berichte vom Tod dieses Jankus 1946 in Flensburg, drüben in Schleswig. So wie in mehr als vier Jahrzehnten Sonne und Regen auf seinem Stein das Bild vom litauischen Reiter ausgebrannt und ausgewaschen hatten, so war das Grab von Martynas Jankus in Vergessenheit geraten. Zu Pfingsten 1993 ist seine Urne nun heimgekehrt wie zwei Jahre zuvor die Urne von Vydūnas, heimgekehrt in schöner deutsch-litauischer Gemeinsamkeit.

Das neue, aus Holz geschnittene Grabmal für Martynas Jankus auf dem Bittehner Waldfriedhof zeigt die Form einer Tulpe. Aus dem Westen Europas vor geraumer Zeit eingeführt, sind die Tulpen allen Litauern heu-

te vertraut. Sie blühen auf der zerstörten Hofstelle von Jankus ebenso wie auf den verwildernden Friedhöfen zu beiden Seiten der Memel. So wie ihre im Boden überdauernden Zwiebeln Jahr für Jahr neue Blüten treiben, so mahnt das Grabmal für den heimgekehrten Jankus an Geduld und Zähigkeit, an Widerstand und an Kraft aus dem Verborgenen — mahnt uns, mit den Versen Bobrowskis, an dieses Lebens Stromland der Liebe vertane Worte zu lernen, „die Reiser, die wir pflanzen den Kindern, würden ein Garten. Im Licht".

Dietmar Albrecht, Lübeck-Travemünde

Manfred Hellmann, Grundzüge der Geschichte Litauens und des litauischen Volkes. 4. Aufl., Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1990, 179 S.

Im Hinblick auf die Geschichtsforschungen, die die beiden Nachbarn Deutschland und Litauen miteinander verbinden, und deren Perspektive, ist es sinnvoll, das Werk Manfred Hellmanns zu besprechen, auch wenn der Autor nicht mehr unter den Lebenden weilt.

Hellmanns Arbeit, die 1966 erstmals veröffentlicht wurde und 1976 sowie 1990 Nachauflagen erfuhr, bleibt vorläufig die einzige Geschichte des litauischen Volkes und Staates von den Anfängen bis 1940, die von einem deutschen Historiographen des 20. Jahrhunderts verfaßt wurde. Hier soll nur ein Teil der Arbeit, etwa die Hälfte des Bandes, besprochen werden — der Abschnitt über die Geschichte Litauens vom 13. bis zum 18. Jahrhundert. Die historischen Forschungen zu diesem Zeitabschnitt haben die längste Tradition in der litauischen Geschichtsschreibung, die sich im 19. Jahrhundert entwickelte. Arbeiten litauischer Historiker, die während der sowjetischen Periode verfaßt wurden, sind vor allem faktographisch abgefaßt und recht wenig ideologisiert.

In seinem Vorwort formuliert der Autor die vielversprechende Absicht, geistig über den Unstimmigkeiten und Spannungen zu stehen, die wegen des Memellandes zwischen den beiden Nachbarn entstanden, und seinen Blick auf das Schicksal der Angehörigen eines kleinen Volkes, die zur deutschen Kultursphäre gehören, zu richten. Damit deutet sich an, daß Hellmann in seinem Essay die bisher wenig erörterte Seite der deutsch-litauischen Beziehungsgeschichte, den Kulturaustausch, aus dem allgemeinen Geschichtskontext hervortreten lassen und aufzeigen will, daß

sich die Litauer und der Deutsche Orden nicht nur auf den mittelalterlichen Schlachtfeldern begegneten. Es war daher zu erwarten, daß der Autor den Spuren der deutschen Kultur jener und späterer Jahrhunderte in der Geistes- und Alltagskultur Litauens und seines Volkes nachgehen und Mittel sowie Formen dieser Verbreitung in der litauischen Gesellschaft analysieren würde.

Aber Hellmann wählt das Genre der politischen Geschichte, konzentriert seine gesamte Aufmerksamkeit auf das Referieren der innen- und außenpolitischen Ereignisse und gelangt nicht zu einer tieferen Analyse des historischen Kulturphänomens und der im Vorwort erhobenen These von der Zugehörigkeit des litauischen Volkes zum deutschen Kulturkreis.

So erwähnt Hellmann die Taufe des Fürsten Mindaugas 1251 und seine Krönung 1253, die immerhin von Personen vollzogen wurden, die deutlich unter dem Kultureinfluß des Deutschen Ordens standen (S. 17), ohne den geistlichen Kontext zur westlichen christlichen Welt hervorzuheben, der damit eingegangen wurde oder an den zumindest angeknüpft werden sollte.

Hellmann versäumt, seine Leser darauf hinzuweisen, welchen Einfluß die deutsche Kultur im 14./15. Jahrhundert auf die Verbreitung der lateinischen Schrift hatte, wodurch auch die Kanzlei der litauischen Großfürsten und der diplomatische Dienst ihre Prägung erfuhren, was die Reformation bewirkte und welche Bedeutung die Universität Königsberg, das nächstgelegene Zentrum der westlichen Kultur, für Litauen hatte.

Die gesamte Geschichte des litauischen Großfürstentums wird durch das Prisma der litauisch-polnischen Beziehungen dargestellt. Hier werden auch die Akzente der wichtigsten kulturellen Veränderungen gesetzt.

Der Autor bezeichnet die Union von Krevė 1385 zwischen dem Großfürstentum Litauen und dem Königreich Polen (geschlossen anläßlich der Wahl Jogailas zum polnischen König und der Taufe Litauens) als „(...) für die Litauer selbst den wichtigsten und entscheidendsten Einschnitt ihrer Geschichte" (S. 37) und betont, daß Litauen nun mit der Übernahme des katholischen Glaubens „ein vollgültiges Mitglied der abendländischen Völker- und Staatenfamilie" geworden sei (S. 37). Der Prozeß der Polonisierung, der in allen Sphären des öffentlichen und staatlichen Lebens stattfand, wird als wichtigstes Geschichtsmerkmal des 17./18. Jahrhunderts eingestuft. Die letzten zweihundert Jahre des litauischen Großfürstentums charakterisiert Hellmann als „(...) nicht mehr Geschichte des litauischen Volkes", denn: „Das Großfürstentum repräsentierte eine Schicht von Menschen, die in ihrer Lebensform, in Sprache und Kleidung dem Polentum zugehörte." (S. 87)

In seiner Schlußfolgerung schreibt der Autor unter anderem: „Über 400 Jahre lang hatten das Großfürstentum Litauen mit seiner litauischen, in der Mehrheit freilich ostslawischen Bevölkerung, und das Königreich Polen das geschichtliche Schicksal miteinander geteilt. Die führende Schicht beider Länder, der grundbesitzende Adel, vor allem das Magnatentum, waren zusammengewachsen, Sozial- und Wirtschaftsstruktur hatten sich einander angeglichen." (S. 94) Diese Aussage bestätigt, daß Hellmann einer historiographischen Konzeption der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts folgt, die behauptete, daß das Großfürstentum Litauen seit dem Ende des 14. Jahrhunderts bis zu den Teilungen des polnisch-litauischen Staates politisch, kulturell, wirtschaftlich und sozial unter dem Einfluß Polens, das Litauen den Weg nach Europa öffnete, stand.

Am Ende des Buches steht ein 1976 verfaßter Zusatz, in dem sich der Autor recht ausführlich über zwei seiner Rezensenten äußert, zwei litauische Historiker, den Marxisten J. Jurginis und den in Deutschland arbeitenden Emigranten P. Rėklaitis. Dabei unterstreicht Hellmann nur einen, seiner Meinung nach den wichtigsten Grund für die Kritik an seinem Werk und charakterisiert ihn folgendermaßen: „Soweit dem Verfasser litauische Rezensionen dieser Schrift bekannt geworden sind, sind einige wenige von ihnen sich in der bösartigen Ablehnung einig; dabei ist die Übereinstimmung von marxistisch-leninistischen Historikern (J. Jurginius, Wilna) und Emigranten (P. Rėklaitis, Marburg) bemerkenswert. Sie spiegeln die nationalistische Haltung wider, die zwischen den beiden Weltkriegen das Verhältnis der Nachbarländer Deutschland und Litauen vergiftet hat." (S. 179)

Diese Erklärung zwingt gerade dazu, einen Blick auf die in der Historiographie vorhandenen Konzeptionen zur Darstellung der litauischen Volks- und Staatsgeschichte zu werfen. Es ist nicht einfach, Konzeptionen abzustimmen und zu vereinheitlichen. Meinungsunterschiede lassen sich nicht durch die eine oder andere Epoche der litauischen Staatsgeschichte abwägen, wie beispielsweise das deutsch-litauische Verhältnis in der Zwischenkriegszeit angesichts des Memellandes. Die gesamte Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Region hat die Herausbildung der verschiedenen litauischen Geschichtskonzeptionen mitbestimmt.

1918, nach der über hundert Jahre währenden russischen Okkupation, fanden die Historiker der Republik Litauen, die Wegbereiter der modernen litauischen Geschichtsschreibung, zwei wesentliche Entwicklungskonzeptionen des litauischen Staates vor, die sich beide im 19./20. Jahrhundert herausgebildet hatten. Das Grundproblem der Nation — die Eigenstaatlichkeit — wurde in beiden unterschiedlich dargestellt.

In der russischen Historiographie bildete sich um die Jahrhundertwende eine Schule heraus, deren Vertreter zu beweisen versuchten, daß das Großfürstentum Litauen in seinem gesamten Geist, in der Staats-, Rechts- und Kulturtradition, ein litauisch-russischer Staat sei, der vor allem russischen Charakter trage.

Auch die polnische Historiographie hatte ihre eigene Konzeption über den litauischen Staat des 13. bis 18. Jahrhunderts. Bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts herrschte hier die Ansicht vor, daß Litauen seit der Union von Krevė 1385 ein untrennbarer Bestandteil des polnischen Staates gewesen sei, dessen Bedeutung nach der Union von Lublin 1569 zu einer gewöhnlichen polonisierten Provinz herabgesunken sei.

Die Historiker der Republik Litauen begriffen, daß die Vorstellung eines litauischen Volkes und Staates im Bewußtsein der Europäer durch die 200 Jahre in der Föderation mit Polen und die 100 Jahre im russischen Reich fast völlig ausgelöscht war, und schufen ihre eigene Konzeption einer Volks- und Staatsgeschichte. Dabei stützten sie sich auf Behauptungen, daß der im 13. Jahrhundert von den Litauern gegründete Staat, der seine Existenz gegen die Aggression des Deutschen Ordens verteidigte und in den ostslawischen Raum expandierte, bis 1569 als selbständige Vielvölkermonarchie unter der litauischen Dynastie der Gediminen existiert habe. In der Zeit von 1385 bis 1569 war das litauische Großfürstentum mit dem Königreich Polen durch persönliche Beziehungen der Herrscher aus der Gediminisch-Jogailaschen Dynastie verbunden. Im darauffolgenden Zeitraum (1569–1795) wurde die Staatlichkeit der Litauer im föderativen polnisch-litauischen Dualstaat realisiert. Die intensive, aber bei weitem nicht voll durchgesetzte kulturelle Polonisierung der Adligen im 17./18. Jahrhundert löschte die Vorstellung von einem eigenstaatlichen Großfürstentum Litauen nicht aus. Trotz ihres polnischen Sprachgebrauchs blieben die meisten Bürger Staatsangehörige des litauischen Großfürstentums.

Die Arbeit an dieser Konzeption, die in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts formuliert, aber aus Zeitgründen noch nicht allseitig durch Forschungen untermauert werden konnte, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch litauische Historiker in der Emigration sowie durch Berufskollegen in Sowjetlitauen fortgesetzt. Durch weitere Forschungen und Veröffentlichungen neuer Quellen ließ sich ein Großteil der aufgestellten Thesen zur Entwicklung des litauischen Volkes und Staates vom 13. bis zum 18. Jahrhundert bestätigen. In der zweiten Jahrhunderthälfte wurde diese Konzeption auch von der europäischen Historiographie anerkannt.

Das bestätigen auch neue in Polen veröffentlichte Arbeiten, die sich mit der Thematik beschäftigen. In ihnen verzichtet man auf kategorische

Behauptungen über eine vollständige Verschmelzung beider Völker und Staaten zu einer polnischen Gesellschaft und einem polnischen Staat. Daneben wird zugestanden, daß eine gewisse modifizierte Staatsform des Großfürstentums auch nach der Lubliner Union bis zu den Teilungen des polnisch- litauischen Staates existierte. Zwischen den Historikern hat sich ein sachlicher wissenschaftlicher Dialog erfolgreich entwickelt.

Von diesen Veränderungen der Geschichtsschreibung kann man in Hellmanns Werk nichts bemerken. Nachkriegsforschungen litauischer und polnischer Historiker, deren Ergebnisse und Schlußfolgerungen bleiben völlig unberücksichtigt.

Ausschlaggebend für die kritischen Anmerkungen zu dieser schon in die Geschichtswissenschaft eingegangenen Arbeit war die Tatsache, daß Hellmanns Entwicklungsgeschichte des litauischen Volkes und Staates für den Zeitraum 13. bis 18. Jahrhundert, auf dem historiographischen Niveau des Jahrhundertbeginns stehend, 1990 schon zum vierten Mal den deutschen Lesern präsentiert wird.

Jūratė Kiaupienė, Vilnius

John Hiden and Patrick Salmon, The Baltic Nations and Europe. Estonia, Latvia and Lithuania in the Twentieth Century. London/New York: Longman 1991, 224 S.

Überblicksdarstellungen, die einer schnellen Orientierung der Leserschaft dienen, haben Konjunktur; daher überrascht es nicht, daß zwei renommierte britische Historiker, John Hiden und Patrick Salmon, eine Geschichte der baltischen Staaten im 20. Jahrhundert vorlegen. Von vornherein sind daher weniger neue Forschungsergebnisse als vielmehr grundsätzliche Informationen zu erwarten. Entscheidend ist dabei, wie das Altbekannte gegliedert ist, welcher 'rote Faden' das Werk durchzieht.

Der Historiker bringt eigene zeitgeschichtliche Erfahrungen immer in seine Arbeiten ein, und so steht auch dieses Buch ganz im Zeichen der wiedererlangten Selbständigkeit Litauens, Lettlands und Estlands. Insbesondere die Darstellung der Zwischenkriegszeit als erster Phase der Existenz dreier souveräner Staaten lebt von einer solchen rückwärtsgewandten Prophetie. Für die Autoren geht es daher vor allem um die wirtschaftliche Entwicklung, die Minderheitenproblematik und die anfängliche Skepsis der Westmächte gegenüber den Souveränitätsbestrebungen (S. 59 ff.).

Nicht zufällig wiederholen sich die eben erwähnten Problemfelder bei der Beschreibung des baltischen Weges in die Unabhängigkeit seit 1988 (S. 147 ff.). Trotz aller phänomenologischen Analogien stellt sich die Situation heute jedoch grundsätzlich anders und damit unvergleichbar dar.

Eine Komparation der wirtschaftlichen Entwicklung im Baltikum in den 20er und 30er Jahren mit der jetzigen Situation (S. 78) bietet keinen Erkenntniswert, allenfalls ein psychologisches Moment. Nicht zufällig zählt daher das Kapitel über die ökonomischen Perspektiven zu den schwächsten des Buches (S. 168 ff.). Die am Ende des Jahres 1990 geschriebenen Passagen entsprechen heute bereits nicht mehr der Realität: Von der so positiv beurteilten Aussicht eines „Baltic common market" (S. 180) läßt sich keine Spur entdecken; die baltischen Staaten stecken in einer katastrophalen wirtschaftlichen Krise, die sich vor allem in Unterbeschäftigung, rapide steigenden Inflationsraten, fehlenden Investitionen von privater wie staatlicher Seite und den sozialen Folgeerscheinungen äußert. Während Litauen bis zum Sommer 1993 noch vor einer vollständigen Währungsreform zurückschreckte und sich mit einer Übergangswährung (Talonen) behalf, haben Lettland und Estland inzwischen ihre Landeswährungen eingeführt: das Resultat ist in allen Fällen wenig ermutigend, das Ziel einer „hard currency" eher eine politische Versprechung denn reale Perspektive.

So wenig überzeugend die Aussagen zur aktuellen Situation, so gelungen erscheint die Darstellung der sozio-ökonomischen Entwicklung der Zwischenkriegszeit. Einer der Vorzüge des Buches liegt darin, daß Wirtschafts- und — mit Abstrichen — Sozialgeschichte gleichrangig neben der klassischen Politik- und Diplomatiegeschichte stehen. Auch für den Spezialisten bietet das Kapitel „The economies of survival" (S. 76 ff.) in seiner konzisen Geschlossenheit manche interessante Einsicht.

Im Bereich der sozialen Fragen steht naturgemäß die Situation der Minderheiten bzw. die von den jeweiligen Regierungen verfolgte Politik im Mittelpunkt. Als überaus gelungen sind die diesbezüglichen Ausführungen für die Zeit nach 1945 („Soviet Winter" S. 126 ff.) zu bezeichnen. Vielfältige Informationen über die Immigration, die zahlenmäßige Veränderung der ethnischen Zugehörigkeit insbesondere in Lettland und Estland werden vermittelt und die Ursachen für die weitaus geringere Einwanderung nach Litauen erörtert. Dabei vermeiden die Autoren eine undifferenzierte Darstellung der „Sowjetisierung", sondern zeigen vielmehr die Dynamik eines Prozesses, der sicherlich den politischen Zielsetzungen in Moskau entsprach, aber doch auch aus anderen Quellen gespeist wurde. Die latente Resistenz von Litauern, Letten und Esten als ethnische Gruppen bildet folglich eine der Grundvoraussetzungen für die Wiedererlan-

gung der Unabhängigkeit „(...) the drive to win freedom from Soviet control comes exclusively from the Baltic peoples themselves" (S. 1).

Im Gegensatz dazu wird die Minderheitenpolitik während der ersten Phase der Unabhängigkeit relativ kurz und wenig gelungen abgehandelt. Insbesondere die Beurteilung der Deutschbalten schwankt zwischen extremen Wertungen. Zu den Ereignissen der Revolution von 1905 kommentieren die Autoren: „The Baltic German nobility were revealed as an isolated caste, relics of a medieval pattern of colonisation which had made them rulers not of German farmers, but of an alien peasantry." (S. 21) Die Umsiedlungsaktion 1939/40 wird als das Ende einer „bastion of western civilization" (S. 58) bezeichnet. Der in dieser Formulierung aufscheinende falsche Zungenschlag zeigt mehr als alles andere, wie unbefriedigend die Autoren die Materie bewältigen. Aus aktueller Sicht stellen die jeweiligen Minoritäten ein für die Zukunft der drei Staaten mindestens ebenso zentrales Problem dar wie die wirtschaftliche Entwicklung. Dies kommt in dem vorliegenden Buch nicht zum Ausdruck. Die Autoren weisen zwar auf die Problematik hin, zeigen sich auch durchaus skeptisch, aber hinterlassen doch den Eindruck, die historische „tradition of tolerance both in law and everyday practice" (S. 188) werde zu einer konstruktiven Politik führen. Das lettische Staatsbürgerschaftsgesetz, um nur ein besonders schlagkräftiges Beispiel anzuführen, weist leider in die entgegengesetzte Richtung.

Was die Darstellung der politischen Geschichte angeht, so mischen sich gelungene Abschnitte mit stark deskriptiven Passagen. Aus Sicht des Rezensenten sind nur wenige Aspekte wirklich unbefriedigend: Bei der Entstehung des litauischen Staatsrates (taryba) im September 1917 übersehen Hiden und Salmon die polnische Komponente der deutschen Politik vollständig. Litauen wurde für die deutsche Politik als eigenständige Größe erst interessant, als sich klar abzeichnete, daß die Polenpolitik in eine Sackgasse geraten war. Ärgerlich bleibt auch, daß der Umschwung zu autoritären Regimen ohne kritische Interpretation in aller Kürze abgehandelt wird. Daß Smetona, Ulmanis und Päts keine „kleinen Hitler" waren (S. 55), ist eine Binsenwahrheit, die dem Scheitern der Demokratie in allen Staaten Ostmitteleuropas (mit Ausnahme der ČSR) als historischem Problem nicht gerecht wird.

Im positiven Sinne zu erwähnen ist die Darstellung der Außenpolitik in den 30er Jahren. Überzeugend zeigen Hiden und Salmon, daß aus baltischer Perspektive die Jahre 1934 und 1938 als Zäsuren anzusehen sind. Der deutsch-polnische Nichtangriffsvertrag, die Baltische Entente und der Plan des französischen Außenministers Barthou für ein „Ostlocarno" markieren das eine, Hitlers aggressive Politik gegen Österreich und die

Sudetenkrise sowie das polnische Ultimatum an Litauen vom März 1938 und die Beteiligung Warschaus am territorialen Gewinn durch das Münchener Abkommen das andere Epochenjahr.

Die diplomatischen Verhandlungen der Großen Vier 1944/45 bilden einen weiteren Höhepunkt des Buches. Deutlich wird die skeptische Kontinuität insbesondere der englischen Politik hinsichtlich der 'Lebensfähigkeit' der baltischen Staaten, die Hiden und Salmon bereits am Ende des Ersten Weltkrieges aufzeigten und die sie, was die westliche Politik im Zeichen der Perestroika Gorbatschows angeht, keineswegs zufällig auch für die erste Phase des baltischen Weges zur Unabhängigkeit nachweisen. Dem lakonischen Fazit der Autoren ist nichts hinzuzufügen: „The Baltic Republics were the only members of the League of Nations not to be restored to full sovereignity after the Second World War. Written off by the West, they were subjected for nearly fifty years to a Soviet state determined that they should never regain their independence." (S. 125)

„Reawakening" lautet die Kapitelüberschrift zu den Ereignissen ab etwa 1988 (S. 147 ff.). Leider fehlt eine Konzeption, die über eine Referierung verschiedener Ereignisse und Beschlüsse diverser Gremien hinausgeht. Weniger wäre mehr gewesen. So verliert der Leser im beständigen Hin und Her zwischen Moskau, Vilnius, Riga und Tallinn, zwischen Oberstem Sowjet, Reform-, National- und Sowjetkommunisten, Volks- und Interfronten relativ schnell den Überblick.

Abgerundet wird das Buch durch eine annotierte Auswahlbibliographie, die sich verständlicherweise an einem englischsprachigen Publikum orientiert, und einen Anhang, der Karten und statistisches Material enthält. Beides sind sinnvolle Ergänzungen und bieten die Möglichkeit zu einer vertieften Auseinandersetzung mit der Thematik.

So bleibt abschließend die Feststellung, daß Hiden und Salmon ein wichtiges und verdienstvolles Buch geschrieben haben, das als Einstieg in die moderne Geschichte Litauens, Lettlands und Estlands im angelsächsischen Sprachraum sicherlich nicht nur unter Studenten seine Verbreitung finden wird. Immerhin liegt damit erstmals in englischer Sprache eine Arbeit vor, die der „Geschichte der baltischen Staaten" Georg von Rauchs nachzueifern trachtet, wobei aus den obigen Ausführungen hervorgeht, daß Rauchs grundsätzliche Darstellung, die auch in englischer Übersetzung erschienen ist, für die Zeit zwischen 1918/19 und 1940 weiterhin unverzichtbar bleibt.

Joachim Tauber, Lüneburg

Ulla Lachauer, Land der vielen Himmel. Memelländischer Bilderbogen. Die Photosammlung Walter Engelhardt. Berlin: Verlag Wolf Jobst Siedler 1992, 153 S., Abbildungen u. Karte.

In den 30er Jahren ließ sich der aus Thüringen stammende Lehrer für Deutsch und Kunsterziehung, Walter Engelhardt, nach Memel versetzen. Das fremde Land faszinierte ihn, und das Medium, mit dessen Hilfe er diese Faszination dokumentierte, war die Photographie. Damals publizierte er in dem Berliner Verlag Grenze und Ausland ein „Memelbilderbuch" (2. Aufl. 1936). Aus dem Nachlaß des Photographen veröffentlicht Ulla Lachauer nun eine reiche Auswahl, und sie ergänzt diese Sammlung durch Texte von Historikern, von Literaten sowie durch memoirenartige Aufzeichnungen. Eine Einleitung der Herausgeberin führt knapp in die Geschichte des Memellandes und in die Situation des Photographen ein.

Das Buch ist nicht nur wegen der einzigartigen Schönheit der Aufnahmen und wegen ihres dokumentarischen Werts interessant. Auch der einleitende Text der Herausgeberin ist ein Dokument. Ulla Lachauer, im Münsterland nach 1945 geboren, schreibt, wie sehr ihr das alte Ostdeutschland zunächst fremd gewesen sei — nicht nur deshalb, weil sie keine Kenntnisse und kein Interesse hatte, sondern auch deshalb, weil die Äußerungen der Vertriebenenpolitiker ihr einen Widerwillen einflößten. Ihr Interesse an diesem Teil der ostdeutschen Geschichte knüpfte also an keinerlei biographische Vorgegebenheiten an. Das Memelland wurde ihr gänzlich zu einer Entdeckung, zum Traumland zeitweise, aber doch auch zu einem Motiv für ein Studium, dessen Gegenstand sich am Ende nicht als ein beliebig exotisches Land erwies, sondern als Teil der eigenen Geschichte. Insofern hat man es hier mit einem Beispiel dafür zu tun, daß die geläufige Rede davon, es würde, wenn nicht auf die Erlebnisgeneration selbst, so doch auf deren Kinder und Kindeskinder ankommen, falls die Geschichte Ostdeutschlands Teil der deutschen Geschichte bleiben soll, als zu pessimistisch erscheint.

Der Hauptwert des Buches aber liegt selbstverständlich in den nun publizierten Bildern. Ein beträchtlicher Teil von ihnen gibt die Landschaft, vor allem die Flußregion wieder. Dafür hat man auch andere Beispiele, wenn auch selten so schöne. Als einzigartig aber darf man die szenischen Photos bezeichnen: Der Ferkelmarkt in Tilsit, die ländlichen Szenen in der Moorkolonie Bismarck, das Leben auf dem Fluß: das wäre, so ist zu vermuten, ohne diese Photographien unwiederbringlich dahin.

Die Verfasserin hat sich um einschlägige Literatur bemüht. Entgangen ist ihr K.H. Ruffmann, Deutsche und Litauer in der Zwischenkriegszeit.

Erinnerungen eines Memelländers, Überlegungen eines Historikers (Lüneburg 1989).

Hartmut Boockmann, Göttingen

Lietuvos valstybės tarybos protokolai 1917–1918 (Protokolle des Litauischen Landesrats 1917–1918), hrsg. v. Alfonsas Eidintas u. Raimundas Lopata. Vilnius: Mokslas 1991, 536 S.

Trotz aller Not und Elend können Kriege gelegentlich Auswege aus einer scheinbar aussichtslosen Situation bieten, besonders bei der Anwendbarkeit des bekannten Sprichworts „wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte". Der Erste Weltkrieg eröffnete für Litauen diese Möglichkeit: der neue Okkupant Deutschland bot von sich aus die Errichtung eines unabhängigen Staates unter der Schutzhoheit des Deutschen Reiches an. Der deutsche Plan von 1917 war höchst einfach: Die besetzten Gebiete Polen, Litauen und Kurland erklären formell ihre Unabhängigkeit und somit ihren Austritt aus dem russischen Staatsverband, doch zugleich treten sie in enge Verbindung mit Deutschland und werden praktisch seine Satellitenstaaten. Zu diesem Zweck sollte auch in Litauen ein Landesrat mit willigen Politikern gebildet werden, der zur gegebenen Zeit im großen Weltspiel einige Unterschriften im Namen des litauischen Volkes unter die von deutschen Stellen vorbereiteten Dokumente setzen sollte. Für Litauen hätte eine lose Anbindung an Deutschland zweifellos mehr Vorteile gebracht als die ab 1905 schwer erkämpfte begrenzte Autonomie im Russischen Reich. Diese Vorteile sahen auch die litauischen Politiker ein. Dennoch ging es ihnen darum, möglichst viel an Selbständigkeit und bei einer günstigen Gelegenheit auch die volle Unabhängigkeit zu erreichen. Von dieser Sehnsucht eines Volkes nach nationaler Freiheit, von dem scheinbar aussichtslosen Bemühen ihrer Vertreter, bei einer Großmacht eigene Vorstellungen durchzudrücken und die Okkupation zu mildern, berichten die Protokolle der Litauischen Taryba.

Solche, einen neuen Zeitabschnitt einleitenden Dokumente ruhen gewöhnlich nicht 75 Jahre in Archiven. Auch diese Protokolle sollten viel früher erscheinen. Noch 1928, beim zehnjährigen Jubiläum der Unabhängigkeit, wurde eine Kommission zur Erfassung der zum Teil noch in privaten Archiven verbliebenen Protokolle gebildet. Offensichtlich aber gab es damals bei einigen Politikern innere Widerstände gegen eine Veröffent-

lichung. Erst 1938 nahm eine andere Kommission die Arbeit wieder auf und ließ die Stenographietexte mit der Schreibmaschine abschreiben. Jedoch sind sie vor der Besetzung des Landes durch die Sowjetunion nicht erschienen. Die Sowjetmacht hatte hingegen kein Interesse, ein eigenständiges Handeln litauischer Politiker zu belegen. Wohl durften sowjetische Historiker die Akten einsehen, doch nur zum Zwecke einer Beweisführung für die Willfährigkeit der litauischen Politiker gegenüber den Deutschen.[1] Eine Veröffentlichung hätte diese Auslegung gestört.

Erst bei der nationalen Erhebung unter der Fahne von Sąjūdis ab 1988 wurde das Aufzeigen der wahren Hintergründe von 1917–1920 akut. Die Ziele von damals sollten dem Volk Mut geben, die volle Freiheit von der Sowjetunion anzustreben. Das Institut für die Geschichte Litauens betraute Alfonsas Eidintas, der davor mit einer Monographie über einen der wichtigsten Politiker der Taryba und späteren Präsidenten und Diktator Antanas Smetona hervorgetreten war,[2] und Raimundas Lopata mit der Herausgabe. Die Auflage von 10000 Exemplaren zeugt von der enormen Aktualität der Veröffentlichung beim litauischen Volk. Da die Protokolle die Ereignisse außerhalb der Taryba nicht sichtbar werden lassen, hat Eidintas im Vorwort die Entstehung und die Arbeit der Taryba bis zu ihrer Auflösung bei der Zusammenkunft des Gründungsparlaments im Frühjahr 1920 vorgestellt. In diesem Band reichen die Protokolle bis Ende 1918, als Wilna von der Roten Armee besetzt wurde und die Taryba, die sich ab Juli 1918 Staatsrat nannte, nach Kaunas ausweichen mußte. Diese Periode ist zweifellos die wichtigste in der Tätigkeit der Taryba. Es wurden die Grundlagen für die volle Unabhängigkeit gelegt, eine provisorische Regierung gebildet und die ersten Schritte zu einer eigenständigen Außenpolitik unternommen. Die politischen Parteien und Gruppierungen konnten erste Erfahrungen in der parlamentarischen Demokratie machen. Die kleine Schar von Akteuren war sich ihrer politischen Aufgaben sehr bewußt, doch wie überall in der Politik wurde im Namen von hehren Zielen auch um eigene Macht und zukünftige Positionen gekämpft. Andererseits lernte man gerade in dieser Zeit der Bedrängung das Eingehen von Kompromissen und im Bewußtsein einer 'historischen Sendung' das einhellige Eintreten für die Unabhängigkeit Litauens. Die Protokolle belegen, daß alle in der Taryba vereinigten Gruppierungen — nur die litaui-

---

1 Die sowjetische Linie gibt sehr deutlich wieder: Aba Stražas, Der Litauische Landesrat als Instrument der deutschen Ostpolitik 1917–1918, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 25 (1977), S. 340-363.

2 Alfonsas Eidintas, Antanas Smetona. Politinės biografijos bruožai (Antanas Smetona. Grundzüge einer politischen Biographie). Vilnius 1990.

schen Kommunisten waren nicht vertreten — in der Frage der Unabhängigkeit einig waren. Der Streit entfachte sich jeweils bei der Kompromißsuche mit Deutschland, bei der Einführung der Monarchie oder wegen der Legitimierung der Arbeit der Taryba durch das Volk.

Für die Forschung bedeutungsvoll ist die Mitveröffentlichung der Protokolle des Organisationsausschusses zur Vorbereitung der litauischen Konferenz und der Konferenz selbst vom 18.-23. September 1917. Auf dieser Konferenz berieten 222 aus allen Kreisen des Landes benannte (nicht gewählte, da die deutsche Verwaltung dies nicht erlaubte) Abgeordnete über die politischen Ziele Litauens, die in einem Rahmenprogramm festgehalten wurden und verbindlich für die gewählte Taryba sein sollten: die Wiederherstellung eines eigenen demokratischen Staates und das Eingehen eines Bündnisses mit Deutschland *nur* bei Anerkennung der litauischen Unabhängigkeit noch vor der Friedenskonferenz. Schon der Organisationsausschuß legte das ethnographische Prinzip des zukünftigen litauischen Staates fest. Schon jetzt wurden die verschiedenen Positionen der großen Kontrahenten Antanas Smetona und Steponas Kairys als Vertreter des konservativen und des sozialdemokratischen Lagers deutlich. Smetona appellierte für ein Entgegenkommen gegenüber den deutschen Forderungen, ohne das große Ziel der völligen Unabhängigkeit aus den Augen zu verlieren. Kairys wandte sich hingegen gegen jegliche Anbindung an Deutschland und sprach sich für ein unabhängiges demokratisches Litauen aus. Der spätere Diplomat Petras Klimas, der stets eine Vermittlerrolle zwischen den verfeindeten Lagern einnahm, empfahl (Mitte 1917!) auf günstige Verträge mit Deutschland einzugehen, weil bei der erwarteten Niederlage des Deutschen Reiches diese sowieso bald bedeutungslos würden.

Die gegensätzlichen Vorstellungen der beiden Lager über den Weg zur vollen Unabhängigkeit sowie die Form der Staatlichkeit mündeten in zwei große Krisen der Taryba. Als sich am 7. Dezember 1917 die Taryba mit Stimmenmehrheit zwar formell für die Unabhängigkeit, doch de facto für die Anbindung an Deutschland entschied, verließen sie die linken Vertreter. Erst das Zögern der deutschen Regierung, die eingeschränkte Unabhängigkeit auszurufen, bewog die konservative Mehrheit der Taryba mit den zurückgekehrten Linken zur Proklamierung der Unabhängigkeit ohne formelle Anbindung an ein anderes Land vom 16. Februar 1918. Zum zweiten Mal schieden die linken Vertreter am 11. Juli 1918 nach der Ausrufung der Monarchie in Litauen aus. Als diese Entscheidung mit der deutschen Niederlage ungültig wurde, kehrten zwei der ausgeschiedenen Vertreter, Vaclovas Biržiška und Jonas Vileišis, nicht aber Steponas Kairys zurück. Doch die Linken bestanden nach der veränderten Situation durch

die deutsche Niederlage auf eine Legitimierung der Arbeit der Taryba durch eine zusammenzurufende Volksvertretung. Da die Wahlen eines Parlaments wegen der chaotischen Zustände im Lande wenig sinnvoll erschienen, wollte man wieder eine Konferenz von Kreisvertretern einberufen. Das Präsidium und die provisorische Regierung sprachen sich dagegen aus, aber die linken und gemäßigten Mitglieder der Taryba erreichten in zähen Beratungen ein solches Vorgehen. Die Konferenz ist allerdings wegen der Besetzung eines Teils des Landes durch die Rote Armee nicht zusammengetreten. Doch nicht nur in den politischen Fragen gab es Differenzen. Die Gesamtheit der Taryba beschwerte sich mehrmals über die eigenmächtigen Entscheidungen des Präsidiums und später der provisorischen Regierung, daß sie nicht rechtzeitig informiert werde usw. Teilweise waren die Klagen der Taryba allerdings auch unbegründet, besonders nach der Errichtung der Ministerien, die immer mehr die Arbeit der Tarybaausschüsse übernahmen. Die Taryba mußte zuerst lernen, ihre Rolle als 'Ersatzparlament' zu begreifen und die Verlagerung der Entscheidungen auf die Exekutivorgane hinzunehmen.

Trotz dieser Meinungsverschiedenheit hat die Taryba enorm viel geleistet: Sie kritisierte die Besatzungspolitik und drängte auf Milderung der Ausbeutung des Landes, führte Sondierungen und Gespräche mit verschiedenen deutschen Stellen und Persönlichkeiten und unterbreitete Vorschläge für eine gedeihliche Zusammenarbeit mit Deutschland, sie bildete eine provisorische Regierung, arbeitete die provisorische Verfassung des Landes aus und bereitete in zahlreichen Ausschüssen die Grundlagen des zukünftigen Staates vor. Trotz der Aufstockung der ursprünglich aus 20 Mitgliedern bestehenden Taryba durch Vertreter der weißrussischen und jüdischen Minderheiten (die polnische wollte keine Zusammenarbeit mit einer litauisch geprägten Organisation) im November 1918 mußte jedes Mitglied in mehreren Ausschüssen arbeiten. In den Sitzungsperioden — 1917–1918 immerhin zehn Sitzungsperioden, die jeweils eine bis zwei Wochen andauerten — fanden Sitzungen jeden Tag statt, wobei die strittigen Fragen zwischen den Sitzungen in den Ausschüssen beraten werden mußten. Diese enorme, bis zum physischen Zusammenbruch führende Belastung wird sehr gut von Petras Klimas in seinem Tagebuch beschrieben.[3]

Die Protokolle des Organisationsausschusses und der Konferenz sowie von 125 Sitzungen der Taryba sind in ihrer Ausführlichkeit unterschied-

[3] Petras Klimas, Dienoraštis 1915.IX.1–1919.I.19 (Tagebuch 1.11.1915–19.1.1919). Chicago 1988.

lich. Die Protokolle der Taryba fallen teilweise sehr kurz aus, wobei nur die wichtigsten Aussagen festgehalten wurden. Sehr oft wird nicht einmal deutlich, über welche Eingaben abgestimmt wurde, wenn lediglich der Autor der Eingabe erwähnt wird. Ausführlichkeit und Klarheit hingen von der Person der Sekretäre ab, die abwechselnd während der Sitzungen stenographiert haben. Doch nirgends wird deutlich, daß irgendwelche Aussagen aus Angst vor einer deutschen Zensur verändert wurden. In den Sitzungen wurde völlig ungeniert und frei von jeglicher Bespitzelung oder sonstiger Einengung durch die deutsche Militärverwaltung debattiert. Nur gelegentlich nahmen Vertreter der deutschen Stellen an den Sitzungen teil, die ausschließlich in litauischer Sprache geführt wurden, so daß die Reden der deutschen Gäste übersetzt wurden. Es wird offenbar, daß die Taryba in ihren Entscheidungen freie Hand besaß. Deren Annahme oder gar Verwirklichung hing jedoch vom deutschen Wohlwollen ab. Die Einflußnahme der Taryba auf die deutsche Politik im Lande blieb bis zur deutschen Niederlage sehr gering. Wohl konnte sie eine gemäßigtere Okkupationspolitik und sogar die offizielle Anerkennung der Unabhängigkeit erreichen, doch erst der deutsche Zusammenbruch eröffnete ihr die Möglichkeit zur Übernahme der Selbstverwaltung und der Geschicke des Landes.

Keine Epoche der litauischen Geschichte ist von der deutschen Historiographie so gut dargestellt wie die deutsche Besatzung Litauens im Ersten Weltkrieg und die Wiederherstellung der Staatlichkeit (dabei sprechen die deutschen Historiker von der Errichtung und nicht von der Wiederherstellung der Eigenstaatlichkeit).[4] Doch den deutschen Historikern standen lediglich die deutschen Archive offen. Die Protokolle der Taryba konnten sie nicht einsehen. Allerdings hat ein Mitglied der Taryba, Petras Klimas, schon 1919 eine vorzügliche Dokumentensammlung über die Entstehung des litauischen Staates herausgegeben, in der gerade die Tätigkeit der Taryba ausführlich dargestellt wird.[5] Diese Ausgabe von Klimas ist nie in litauischer Sprache erschienen, so daß sie der litauischen Öffentlichkeit praktisch nicht zugänglich war. Der finnische Historiker Börje Colliander hat die Protokolle in seiner deutschsprachigen Dissertation

---

4 Marianne Bienhold, Die Entstehung des litauischen Staates in den Jahren 1918–1919 im Spiegel deutscher Akten. 2. Aufl., Bochum 1978; Lilly Lewerenz, Die deutsche Politik im Baltikum 1914–1918. Hamburg 1958; Gerd Linde, Die deutsche Politik in Litauen im Ersten Weltkrieg. Wiesbaden 1965; Bernhard Mann, Die baltischen Länder in der deutschen Kriegszielpublizistik 1914–1918. Tübingen 1965.

5 Petras Klimas, Der Werdegang des Litauischen Staates von 1915 bis zur Bildung der provisorischen Regierung im November 1918. Berlin 1919.

von 1935 über die deutsche Okkupation in Litauen ausgewertet.[6] Somit war die Entwicklung der Taryba den deutschen Historikern recht gut bekannt. Doch die Veröffentlichung der Protokolle hat auch für die deutschen Historiker den Vorteil, daß sie den direkten Zugang erleichtert und besonders den Reifeprozeß der litauischen Parteien und das selbständige Handeln der litauischen Politiker belegt.

Arthur Hermann, Bammental

Hubertus Neuschäffer, Das „Königsberger Gebiet". Die Entwicklung des Königsberger Gebietes nach 1945 im Rahmen der baltischen Region im Vergleich mit Nord-Ostpreußen der Vorkriegszeit. Plön: Sönksen 1991, 224 S., Karten.

Die Geschichte des Königsberger Gebiets hat immer zum Interessenbereich deutscher Historiker gehört. In den Jahren seit Kriegsende durften Deutsche nur in den seltensten Fällen in das nun umbenannte Kaliningrader Gebiet kommen, und das Geheimnisvolle, das die Region umgab, verstärkte das Interesse noch mehr. Über die Entwicklung im ehemaligen Ostpreußen ist in Deutschland wohl etwas mehr bekannt als in Litauen. Dennoch besteht ein Desiderat, das durch die Erinnerungen der Vertriebenen aus dieser Region nur teilweise kompensiert wurde; waren diese Publikationen für die Forscher viele Jahre lang doch die einzige, wenn auch sehr subjektive Quelle. Eine andere Quelle, die die Lücken der historischen Forschung auffüllen konnte, stellte die tendenziöse offizielle Statistik dar. Erst Ende 1991 änderte sich die Situation, denn seitdem wurden viele — wenn auch nicht alle — Quellen zugänglich, die die jüngste Vergangenheit der Region beleuchten. Gerade dieser Umstand sollte berücksichtigt werden, bevor man sich der Rezension des 1991 erschienenen, aber bereits früher verfaßten Buches unterzieht.

Wie schon der Titel zeigt, hat sich der Verfasser zum Ziel gesetzt, eine vergleichende Arbeit über Ostpreußen und das Kaliningrader Gebiet vorzulegen. Der erste Teil des Buches enthält einen Überblick über die ostpreußische Geschichte bis 1939 (S. 13-60), der zweite Teil befaßt sich mit

[6] Börje Colliander, Die Beziehungen zwischen Deutschland und Litauen während der Okkupation 1915–1918. Turku 1935.

der Geschichte des Gebietes in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg. Als komparative Arbeit besteht das Buch aus vielen kleineren Kapiteln, deren Überschriften in beiden Teilen fast übereinstimmen. Viel Raum widmet der Verfasser der Übergangszeit der einen historischen Epoche in die andere, die für den jetzigen Status des Gebietes von entscheidender Bedeutung ist. Die Kapitel drei und vier befassen sich mit Ostpreußen im Rahmen der alliierten Kriegskonferenzen und in der Nachkriegszeit (S. 60-80); außerdem wird der Angriff der Roten Armee auf Ostpreußen 1944/45 und die Eroberung Königsbergs behandelt (S. 81-102).

Diejenigen, die über die Situation im Kaliningrader Gebiet mehr oder weniger informiert sind, erkennen bereits im Vorhaben des Verfassers, das ehemalige Ostpreußen mit dem zu vergleichen, was aus ihm nach dem Zweiten Weltkrieg geworden ist, eine gewisse Voreingenommenheit. Dieser Verdacht verstärkt sich bei einem ersten flüchtigen Blättern. Aus unerfindlichen Gründen fehlt die Darstellung des Zeitraumes zwischen 1939 und 1944, eines der schwärzesten Kapitel der ostpreußischen Geschichte. Auch wird der Titel des Buches — „Das Königsberger Gebiet" — unverständlich, wenn daneben noch ein kurzer Überblick über die Geschichte des Memelgebietes gegeben wird. Um diesem Vorwurf gleichsam zuvorzukommen, schreibt der Autor, daß der Begriff Memelgebiet erst spät, nämlich Anfang des 20. Jahrhunderts, entstanden sei (S. 162). Das ist aber bei weitem kein Grund, ohne Rücksicht auf historische Realitäten zu verfahren, die alle doch, unabhängig davon, wann sie entstanden sind, ein Ergebnis menschlicher Tätigkeit sind. Auch hätte sich kaum etwas geändert, wenn der Verfasser sein Buch „Ostpreußen" genannt hätte.

Bereits in der Einleitung (S. 9) hebt der Autor die bekannte Äußerung Stalins hervor, daß Ostpreußen eine seit alters her von Slawen bewohnte Region sei. An diese absurde Behauptung, mit der lange Zeit der Anschluß des Königsberger Gebietes an Rußland begründet wurde, wird an mehreren Stellen erinnert (S. 65 u. 105 ff.). Man kann zwar den Ärger eines ehemaligen Königsbergers verstehen, das Verständnis schwindet aber, sobald man auf ähnliche „neue Entdeckungen" stößt. So äußert der Verfasser die Meinung, daß die Prussen wohl schon seit alters her zusammen mit den Germanen gelebt hätten („Wie weit sie sich mit den einst dort gesiedelten Germanen ihrerseits bereits vermischt hatten, bleibt im Dunkel der Geschichte.", S. 14). Oder wie soll man die Behauptung des Autors, die Schemaiten seien als „ein pruzzischer Stamm" der Grund vieler Auseinandersetzungen zwischen den Litauern und den Deutschen (vielleicht denjenigen, die bereits seit alters her unter den Prussen gelebt hatten?) gewesen (S. 166), beurteilen — als Mangel an elementarsten historischen Kenntnis

sen oder als einen Versuch, die Geschichte zu revidieren? Mangel an Objektivität findet sich auch an anderen Stellen: So hebt der Autor bei der Darstellung der Geschichte Ostpreußens vor 1939 die Bemühungen der Deutschen als „Kulturträger" für die baltischen Stämme (S. 14-19), insbesondere um die Erhaltung der litauischen Sprache (S. 168) hervor, läßt dabei aber außer acht, daß die Grundlagen dieser Kultur den Interessen der Neusiedler dienten. Um objektiv zu bleiben, sei bemerkt, daß in der litauischen Geschichtsschreibung zu dieser Frage eine völlig entgegengesetzte Meinung vertreten wird, die allerdings auch als bereits überholtes Extrem einer nationalen Historiographie zu betrachten ist.

Im Buch wird der Änderung der Ortsnamen im Kaliningrader Gebiet nach 1945 viel Platz eingeräumt. Man muß dem Verfasser völlig zustimmen, daß dieses Vorgehen einen Beleg für Stalins absurde Behauptung „von dem alten russischen Land Preußen" liefern sollte (S. 110-116). Dabei erscheint es notwendig, daran zu erinnern, daß Stalin in dieser Hinsicht nur einen Schüler Hitlers darstellte, der bereits seit 1937 mit der Umbenennung von Orten experimentierte. Hitlers Neubildungen, die sogar noch in Schulatlanten nach dem Zweiten Weltkrieg zu finden waren, bilden ein Desiderat der deutschen Forschung. Um so bedauerlicher ist, daß dieses Faktum, das für den Vergleich zwischen Ostpreußen und dem Kaliningrader Gebiet ein ergiebiges Material böte, leider nur einseitig dargestellt wird.

Die Vorgänge in Ostpreußen und die Einnahme Königsbergs während des Zweiten Weltkrieges gehören zu den wenigen Themen der jüngsten Geschichte, die in den von beiden Seiten veröffentlichten Quellen ihren Niederschlag gefunden haben. Damit wären für den Autor die Voraussetzungen gegeben gewesen, das Ende des Krieges in Ostpreußen objektiv zu behandeln. Leider ist er einen anderen Weg gegangen. Neuschäffer hat nicht einmal versucht, die sowjetische militärische Planung für den Angriff auf Königsberg zu analysieren, vielmehr beruht seine Darstellung fast ausschließlich auf den Erinnerungen von Deutschen. Man muß zugeben, daß diese Seite der Kriegsereignisse in Ostpreußen den litauischen Historikern, geschweige denn der Öffentlichkeit, wenig bekannt ist. Sie haben eher vom „Heldenmut der Russen beim Angriff auf die nationalsozialistische Zitadelle" gehört. Dennoch werden wir hier mit der Kehrseite derselben Medaille konfrontiert. Zugegebenermaßen hat der Verfasser eine lebendige, zugleich aber auch erschütternde Schilderung der letzten Kriegstage in Ostpreußen gegeben, nur hat dabei der Publizist den Sieg über den Historiker davongetragen.

Bei der Darstellung der Nachkriegsjahrzehnte macht sich der Mangel an Quellen bemerkbar, weswegen oft ausschließlich offizielle statistische

Angaben herangezogen werden. Die Darstellung der industriellen Entwicklung beschränkt sich häufig auf die Referierung wichtiger Zahlen sowie auf deren Vergleich mit Angaben aus der Vorkriegszeit. Der Leser erfährt dabei, wo welche Betriebe stehen und was in welchen Mengen produziert wird. Auch die Migrationsprozesse werden recht ausführlich behandelt. Dabei steht zwar das Kaliningrader Gebiet im Vordergrund, aber es werden auch Probleme des Memelgebietes und seiner angestammten Bevölkerung angesprochen. Da diese Fragen in den letzten Jahren in Litauen eingehend behandelt wurden, bietet sich eine gute Möglichkeit, die Ergebnisse Neuschäffers mit denen der litauischen Historiker zu vergleichen.

Den Angaben des Autors zufolge zählte man Ende des Krieges ca. 4 000 alteingesessene Bewohner, die litauischen Historiker haben dagegen anhand von Archivmaterialien festgestellt, daß es Anfang 1945 20 000 und Ende Oktober 1945 nur noch 2 800 alteingesessene Bewohner gab.[1] Demnach dürfte sich der Verfasser erheblich verrechnet haben.

Bei der Schilderung der ersten Nachkriegsjahre hebt Neuschäffer die große Unterstützung hervor, die Litauer den Flüchtlingen aus Preußen gewährten. Leider waren viele von ihnen auch hier einem traurigen Schicksal ausgeliefert. Es ist kein Zufall, daß nach Kriegsende die Deutschen in Litauen als erste in entfernte Gebiete der UdSSR deportiert wurden. Daß die Nationalität das entscheidende Kriterium für die erste Deportationswelle von Deutschen war, dürfte in Litauen während der Nachkriegszeit einmalig sein.

Das alles liefert einen deutlichen Beleg dafür, welches Risiko ein Historiker eingeht, wenn er Interpretationen anstellt, die nicht auf Archivmaterialien beruhen. Zugleich muß aber auch zugegeben werden, daß der Verfasser den Mut zeigt, ein solches Risiko einzugehen. Seine Prognosen fallen noch gewagter aus, wenn sie sich auf die Zukunft speziell des Kaliningrader Gebietes beziehen. Die Ansicht von Neuschäffer, die Zukunft Kaliningrads mit einer eventuellen Autonomie der ehemaligen Wolga-Deutschen zu verbinden, wird sich wohl kaum bewahrheiten. Die Zeit für die Verwirklichung dieser Idee, die die deutsche Minderheit in Rußland einmal attraktiv fand, ist schon vorbei. Verschiedenen Angaben zufolge leben zur Zeit im Kaliningrader Gebiet ca. 4 000 bis 5 000 deutsche Neusiedler, und diese Zahl scheint sich in der letzten Zeit stabilisiert zu haben. Die Frage nach der Zukunft Kaliningrads dürfte also weiter offen bleiben.

---

[1] Nastazija Kairiūkštytė, Klaipėdos krašto repatriantai ir jų padėtis (Die Repatriierten des Memelgebietes und ihre Lage), in: Lituanistica (1991), Nr. 2, S. 35.

Wie ist nun abschließend das Buch zu bewerten? Keinesfalls läßt sich sagen, daß alle Ausführungen in einem negativen Licht zu sehen sind. Wer sich für die ostpreußische Vergangenheit interessiert, wird einen Überblick sowohl über die alte als auch die neuere Geschichte der Region und statistische Angaben finden. Nicht weniger wichtig ist, daß das Buch die Vielzahl der in Zukunft noch zu lösenden Probleme verdeutlicht. Deutsche, litauische, russische und polnische Historiker werden in dieser Arbeit Anregungen für weitere Forschungen erhalten, denen hoffentlich keine nationalistischen Ideen anhaften werden. Die komplizierte und ungenügend erforschte Geschichte des Gebietes stellt zugleich eine gute Grundlage für gemeinsame Forschungen von Historikern aus allen Ostseeländern dar. Ein solcher Ansatz für das „Kaliningrader Problem" sollte und wird gefördert werden durch die nun zugänglichen Archivbestände, die zur Überprüfung vieler, vor Jahrzehnten aufgestellter Hypothesen anregen.

Alvydas Nikžentaitis, Klaipėda

Polacy, Litwini, Niemcy w kręgu wzajemnego oddziaływania. Z zagadnień Litwy Pruskiej i stosunków niemiecko-litewskich i polsko-litewskich w drugiej połowie XIX i XX wieku (do 1939 roku), ed. Andrzej Skrzypek, Stanisław Szostakowski (Polen, Litauer und Deutsche im Kreis gegenseitiger Beeinflussung. Zu Fragen Preußisch-Litauens sowie der deutsch-litauischen und polnisch-litauischen Beziehungen in der zweiten Hälfte des 19. und im 20. Jahrhundert <bis 1939>). Olsztyn: Wydawnictwo Szkoły Pedagogiczny 1992, 117 S. (Wyższa Szkoła Pedagogiczna w Olsztynie. Studia i Materiały. Historia. 37).

Der vorliegende, von der Pädagogischen Hochschule in Allenstein herausgegebene Band, stellt vor allem die Vorträge einer Tagung des historischen Institutes der Hochschule vom Dezember 1989 zur Diskussion. Gerade der Zeitpunkt, an dem die Tagung stattgefunden hat, die Umbruchszeit in Polen kurz nach dem Regierungsantritt des Kabinettes Mazowiecki, bildet eine beachtenswerte Facette bei der Lektüre der sieben Artikel. Die Anmerkung im Vorwort (S. 7 f.), einige Vorträge seien für den Druck erheblich modifiziert worden, weist darauf hin.

Der eindeutige Schwerpunkt der Beiträge liegt im 20. Jahrhundert. Die Artikel sind von recht unterschiedlicher Themenstellung: Detailstudien

wechseln mit überblicksartigen Darstellungen; mit Pressefragen beschäftigen sich die Beiträge von Stanislaw Szostakowski und Andrzej Staniszewski, die auch die einzigen sind, die einen Schwerpunkt im 19. Jahrhundert setzen. Die übrigen Aufsätze konzentrieren sich auf die polnisch-litauischen Beziehungen; die deutsch-litauischen Beziehungen werden eher gestreift denn ausführlich in die Betrachtung einbezogen.

Allen Beiträgen gemeinsam ist die noch wenig differenzierende Sicht auf die deutsch-polnischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit: die Politik der Republik von Weimar wird als politische und geistige Vorbereitung für den Nationalsozialismus nach 1933 verstanden, aus der die nationalsozialistische Polenpolitik ihre logische und unausweichliche Fortsetzung erfahren habe. Die Ereignisse im Deutschland des Jahres 1933 werden nicht als Schritt von einem — wenn auch instabilen — demokratischen Verfassungssystem hin zu einer autoritären Diktatur verstanden, durch den sich die Motivationen politischen Handelns in Deutschland gerade in der Außenpolitik veränderten. Daß dabei verschiedentliche politische Konsense der Weimarer Ostpolitik zur Grundlage genommen wurden, aus der sich die nationalsozialistische Politik entwickelte, kann und darf nicht bestritten werden. Die Annahme einer Zwangsläufigkeit der Entwicklung von Weimar zum 1. September 1939 ist jedoch heute — nach dem demokratischen Wandel in Polen — nicht mehr die Basis der historischen Forschung.

Stanisław Szostakowski untersucht in seinem Aufsatz (S. 9-26) die Verwurzelung der wohl wichtigsten Zeitschrift der Litauer in Deutschland, der „Aušra" (Morgenröte) in ihrer Gründungsphase 1883–86. Er betont ihre Bedeutung für das litauische Erwachen im 19. Jahrhundert, im Umfeld des Kulturkampfes und ihre Vorbild- und Leitfunktion für die Neugründungen diverser Publikationsorgane der Litauer in Ostpreußen. Die Vorgeschichte der „Aušra" als hektographiertes Blättchen litauischer Studenten in Rußland um das Jahr 1880, in dem bereits die Ideen für eine litauischsprachige Zeitung in Ostpreußen diskutiert werden, findet ebenso seine Beachtung wie die in der „Aušra" veröffentlichten Organisationsschritte hin zu einer politischen Gruppenbildung der litauischen Bevölkerung in Deutschland. Die Funktion Tilsits als des Zentrums der litauisch-nationalen Bewegung in Ostpreußen wird hier offenbar. Zur Leserschaft der Zeitung macht Szostakowski keine Ausführungen, ebensowenig zu Fragen nach dem sich ausbildenden Bürgertum und der sich konstituierenden litauischen Nationalbewegung.

Andrzej Staniszewskis Beitrag zur „Darstellung Litauens und der Litauer in der masurischen Presse" (S. 27-46) umfaßt für die Jahre 1895–1939 einen recht breiten Beobachtungszeitraum. Er wertet primär die

Leitartikel der Zeitungen „Gazeta Lecka", „Gazeta Ludowa" und „Mazur" aus, die ein besonderes Interesse für die Beziehungen zwischen Polen und Litauern in Ostpreußen hegten. In diesem Zusammenhang besäßen etwa die Protokolle der Redaktionskonferenzen, die die Motivationen klären hülfen, warum und zu welchem Zeitpunkt welche Artikel erschienen, erhebliche Bedeutung. Szostakowski gibt jedoch keinen Verweis auf eventuell relevante Archivmaterialien.

Die Funktionen der Minderheitenpresse in wechselnden Regierungssystemen und an den Schnittpunkten von Staatsinteressen in einer relativ kleinräumigen Region bleiben unbeachtet. Die angenommene Kontinuität preußisch-deutscher Herrschaft vom letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis zum Jahr 1939 versperrt auch dem Leser den Blick auf diese Frage. Insgesamt zeigt sich daran die Notwendigkeit der Untersuchung von Zeitungen und Zeitschriften in den nicht zur Ruhe gekommenen Grenzgebieten der Zwischenkriegszeit, von denen viele in deutschen Bibliotheken nicht einmal vorhanden sind.

Mit dem Artikel von Tadeusz Maria Gelewski (S. 47-64) zur „Rolle Preußisch-Litauens in den polnisch-litauischen Beziehungen zu Anfang des 20. Jahrhunderts" wendet sich der Band genuin politischen Themen zu. Gelewski untersucht fast ausnahmslos die Politik der Taryba, des litauischen Landesrates, in den Jahren 1919 und 1920. Die Ereignisse hin zu einer litauischen Staatsgründung werden breit geschildert. Von erheblichem Gewicht ist Gelewskis Wertung des Einmarsches der Truppen General Želigowskis nach Wilna 1920: er bezeichnet — entgegen verbreiteter nationalpolnischer Sicht — die Aktion als bewußten Versuch, vollendete Tatsachen gegen das geltende Recht und internationale Vereinbarungen zu schaffen (S. 56).

Im Fazit Gelewskis (S. 61) verbergen sich ganz aktuelle Probleme und Fragestellungen Ostmitteleuropas — auch an die Geschichtswissenschaft: „Heute gibt es das Problem Preußisch-Litauens nicht mehr, ebensowenig wie es ein Ostpreußen gibt. Hingegen gibt es einen polnischen Staat, der, obwohl er in seinem souveränen Gebiet kein Wilna und kein Wilnaproblem mehr hat, doch eine Grenze mit Litauen besitzt. Man soll nicht annehmen, daß die gegenseitige Grenze einer Veränderung unterläge, ebenso wie der litauische Realitätssinn eigentlich nicht eine Inkorporation der alten preußisch-litauischen Gebiete vorsieht (bekanntlich gehören diese heute zum Bestand der Russischen Sowjetrepublik)." — Man denke an die Diskussion um den Begriff Ostdeutschland und die mit ihm zusammenhängenden Regionalbezeichnungen in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren und auch noch zur Zeit; und man beachte die litauisch-polnischen Verhandlungen über einen Grundlagenvertrag, des-

sen Abschluß durch litauische Forderungen nach Aufnahme einer Verurteilung der Annexion Wilnas 1920/22 zumindest verzögert wurde.

Während Andrzej Skrzypek die „Stellung der nordöstlichen Gebiete der Republik im polnischen politischen Denken des Ersten Weltkrieges" (S. 65-78) und damit überblicksartig die Bedeutung der Grenzfrage im Norden eines zukünftigen polnischen Staates während des Ersten Weltkrieges und in den Friedensverhandlungen untersucht, beschäftigt sich Paweł Woroniecki mit der „Konsolidierung der baltischen Staaten und Polens in den Jahren des Krieges mit Sowjetrußland (1918–1920)" (S. 79-94). Woroniecki legt besonderes Gewicht auf die Darstellung militärischer Faktoren des Konfliktgeflechtes dieser Jahre und betont die integrative Bedeutung des Krieges als des wesentlichen Elementes hin zu einer Zusammenarbeit der drei jungen baltischen Staaten.

Ebenfalls einen militärischen Schwerpunkt setzt Marek Jabłonowski in seinem Beitrag zu den „Polnisch-litauischen Auseinandersetzungen im Lichte der Lageberichte des Oberkommandos des polnischen Heeres" 1920 (S. 95-104). Diese Lageberichte, die nahezu vollständig erhalten sind, bieten einen interessanten Einblick in die militärischen Konzeptionen des polnischen Staates und damit in die Kriegsziele des Jahres 1920 und der Verteidigungspolitik der frühen 1920er Jahre. Ein Schwerpunkt liegt wegen der noch ungeklärten Territorialfragen in Ostmitteleuropa in diesen frühen Jahren nach dem Ersten Weltkrieg auf der Darstellung möglicher Grenzverläufe und der dafür notwendigen militärischen Voraussetzungen.

Der abschließende Aufsatz von Małgorzata Szostakowska behandelt „Die preußischen Litauer in den Jahren 1918–1933 im Lichte der Akten des Archives Neuer Akten in Warschau" (S. 105-117). Die Autorin stellt in einem raschen Durchgang die Geschichte der Organisationen der litauischen Bevölkerung Ostpreußens dar. Besonderes Gewicht legt sie dabei — der Bedeutung dieser Frage entsprechend — auf die Beziehungen zwischen den Litauern und der polnischen Minderheit in Deutschland. Leider fehlen an einigen Stellen Nachweise, die es ermöglichten, verschiedene Angaben zu verifizieren. So wird letztlich nicht ganz klar, wie die folgenreiche Initiative des Bundes der Polen in Deutschland zustandekam, die ostpreußischen Litauer mit ihrer Konzentration um die Tilsiter Druckerei „Lituania" zur Mitarbeit im Verband der Minderheiten in Deutschland 1923/24 zu motivieren. Nichtsdestoweniger enthält gerade dieser Beitrag einige entscheidende Grundinformationen zur Thematik und überführt die Fragestellung des Bandes in den Bereich der Diplomatie auf unterer Ebene, der gerade für die Zeit der Weimarer Republik und die entsprechenden Jahre in Ostmitteleuropa von so entscheidender Bedeutung war.

Zusammenfassend bleibt der Eindruck eines interessanten, jedoch — oder gerade weil so — stark von der Umbruchzeit in Polen geprägten Tagungsbandes. Die Themen der verschiedenen Beiträge werfen jeder für sich neue Anregungen auf — genug Beschäftigung für erneute Tagungen.

Sabine Bamberger-Stemmann, Lüneburg

Alfred Erich Senn, Lithuania Awakening. Berkeley/Los Angeles: University of California Press 1990, 294 S., Ill.

Schriften über die jüngste politische Entwicklung in Osteuropa, speziell über die Wiedererlangung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten existieren, zuhauf. Die meisten von ihnen zeichnen sich eher durch reißerischen Stil und emotionale Bekenntnisse als durch eine eindringliche Analyse aus. Besonders problematisch sind Stellungnahmen zu aktuellen politischen Ereignissen für Historiker; von ihnen wird der Leser zu Recht mehr erwarten dürfen als eine bloße Reisebeschreibung oder die Schilderung dramatischer Ereignisse. Alfred Erich Senn, Nestor der englischsprachigen Litauenforschung, hat sich dieser Herausforderung gestellt. Der Autor hielt sich im Sommer und Herbst 1988 in Vilnius auf und wurde Augenzeuge der ersten Etappe des litauischen Weges in die Souveränität: „The study (...) purposes to explain the background and development of Lithuanian politics through the summer and fall of 1988, concentrating first of all on the Lithuanians' historical consciousness as a factor in the development of their national consciousness and of their political and cultural life." (S. 15)

Im Zeichen der Perestroika, die in Litauen zunächst von Schriftstellern und Künstlern aufgegriffen wurde, reagierte, so die Analyse von Senn, die litauische Geschichtswissenschaft anfänglich zögerlich. Doch sehr bald kristallisierte sich das Institut für litauische Geschichte als Motor einer kritischen Geschichtswissenschaft heraus, während das Institut für Parteigeschichte der klassischen sozialistischen Geschichtsdoktrin verhaftet blieb. Vor allem drei Bereiche der Geschichte Litauens im 20. Jahrhundert wurden zu Zentren der Auseinandersetzung: die „faschistisch-bourgeoise" Republik Litauen in der Zwischenkriegszeit; der Hitler-Stalin-Pakt mit seinen Folgen, kulminierend im „freiwilligen" Eintritt Litauens in die Sowjetunion im Sommer 1940; die Deportationen Zehntausender Litauer in stalinistische Lager 1941 und nach 1945, sowie der bis ca. 1954

andauernde Partisanenkampf gegen die Rote Armee. Senn gelingt eine präzise Skizze der Debatte, die, wie er zu Recht betont, sich vor allem in Wochen- und Tageszeitungen abspielte, was eine große Öffentlichkeit sicherte.

Schon nach kurzer Zeit befand sich die parteioffizielle Geschichtswissenschaft auf dem Rückzug, ein Mitarbeiter des Instituts für litauische Geschichte erhob öffentlich die Forderung, den vollständigen Text des Hitler-Stalin-Paktes zu veröffentlichen, Erinnerungen von Deportierten wurden in Tageszeitungen veröffentlicht, das Institut für litauische Geschichte machte sich daran, die Geschichte der unabhängigen litauischen Republik zu schreiben.[1] Fast jeden Tag erschienen Beiträge von Historikern in den Zeitungen des Landes.

Zur selben Zeit schlug die Gründungsstunde von „Sajudis". Senn zeigt, daß sich die Gruppierung zunächst als Bewegung für Perestroika in Litauen verstand, was auch aus ihrem ursprünglichen Namen hervorgeht (Lietuvos persitvarkymo sajudis — Litauische Bewegung für Umgestaltung). Die Hälfte der Mitglieder der Initiativgruppe von „Sajudis" gehörte der kommunistischen Partei an. Senn belegt, wie wichtig diese Verbindung war, erlaubte sie doch „Sajudis", quasi als semilegale Organisation tätig zu werden, die zudem zunächst Unterstützung aus Moskau fand (Besuch von Gorbatschows Vertrauten Alexander Jakovlev in Vilnius im August 1988; S. 96 ff.). Eindrucksvoll schildert der Autor die schwankende Rolle der Kommunistischen Partei Litauens (KPL), die einerseits eine Kampagne startete, um „Sajudis" zu diffamieren, andererseits immer deutlicher zu Zugeständnissen gezwungen wurde und zuletzt gar versuchte, die Reformbewegung für sich zu reklamieren.

Senn gelingt es, die Dynamik jenes Jahres zu verdeutlichen: Nicht zuletzt durch eine politisch emotionalisierte Öffentlichkeit, die durch Massenkundgebungen ihrer Unterstützung für die Reformer Ausdruck verlieh (S. 74 ff.), wandelte sich das Ziel einer bloßen Reform innerhalb der Sowjetunion: Vor 100000 Menschen erhob am 9. Juli 1988 ein Sprecher von „Sajudis" erstmals die Forderung nach der Wiedergeburt (atgiminas) der litauischen Nation. Das Absingen der verbotenen Nationalhymne und das Zeigen der Flagge des souveränen litauischen Staates der Zwischenkriegszeit waren inzwischen zu Selbstverständlichkeiten geworden.

---

[1] Dazu Alfonsas Eidintas, Lietuvos respublikos prezidentai (Die Präsidenten der Litauischen Republik). Kaunas 1991; ders., Antanas Smetona. Vilnius 1990; Algirdas Banevičius, 111 Lietuvos valstybės 1918–1940 politikos veikėjų (111 Politiker des litauischen Staates 1918–1940). Vilnius 1991, sowie die Rezension von Arthur Hermann in diesem Band.

Die konservativen Kräfte verloren immer mehr an Boden; sie konnten ihre Meinung fast nur noch in russischsprachigen Periodika publizieren, die litauischsprachigen Zeitungen wurden zum Sprachrohr kritischer Historiker. Zum Gedenken an den Hitler-Stalin-Pakt waren in Vilnius am 23. August 1988 150000–200000 Menschen auf den Straßen.

Der erste Kongreß von „Sajudis" (22.-24. Oktober 1988) wurde in vielfacher Hinsicht zum Wendepunkt. Ganz Litauen saß vor den Fernsehern, denn erstmals übertrugen die Massenmedien live. Eine neue Parteiführung nahm am Kongreß teil, die alten Genossen wurden, nachdem sie versucht hatten, eine Demonstration mit Polizeigewalt zu unterdrücken, von der Öffentlichkeit zum Rücktritt gezwungen. Senns profunde Analyse wirft nicht zuletzt ein Schlaglicht auf die jetzige politische Situation in Litauen, denn den Posten des KPL-Führers übernahm nun Algirdas Brazauskas (S. 98 ff.). Den spektakulärsten Schachzug des neuen KPL-Funktionärs stellte die Rückgabe der Kathedrale von Vilnius an die katholische Kirche dar. Die Menge dankte Brazauskas an jenem 22. Oktober 1988 mit anhaltenden Dankesrufen (S. 224 ff.).

Der Versuch der litauischen Kommunisten, auf der nationalen Welle mitzuschwimmen, verdeckte die bevorstehende Konfrontation mit „Sajudis" nur kurzzeitig. Bald schon kam es zum Streit über die Frage, inwieweit Gesetze, die in Moskau erlassen wurden, in Litauen Gültigkeit hätten. Auf dem Kongreß begann endgültig ein Prozeß, dessen Ergebnis am Ende des Jahres klar zu erkennen war: Es ging nunmehr um die Souveränität Litauens. Zugleich änderte sich die Moskauer Politik: Die Warnungen vor extremistischen Ansichten waren nicht mehr zu überhören, eine moskautreue Vereinigung namens „Einheit" (Eidinstvo) wurde gegründet. Damit war der Weg potentieller Gewaltandrohung, kulminierend in den blutigen Ereignissen des Januar 1991, eingeschlagen.

In einem kurzen Nachwort führt Senn die Ereignisse bis zur Unabhängigkeitserklärung vom 11. März 1990 weiter. „Whatever the settlements that might come out of the crisis of March and April 1990 (Moskau verhängte eine Wirtschaftsblockade, J. T.), Lithuania cannot return to its docile status before 1988. After two generations of repression, the Lithuanians had awakened and their memory had returned." (S. 260)

„Lithuania awakening" ist ein imponierendes Beispiel für eine eingehende, historische Analyse eines Zeitzeugen. Senn hat ein Standardwerk zur politischen Geschichte Litauens in einer entscheidenden Epoche des Landes vorgelegt, an dem niemand, der sich über die Ereignisse informieren will, vorbeigehen kann. In seltener Weise verbindet der Autor seine persönlichen Erfahrungen mit seiner historischen Profession. So bleibt

abschließend nur ein Desideratum offen: Senn möge seine Darstellung in einer zweiten Arbeit bis zum August 1991 fortführen.

Joachim Tauber, Lüneburg

Liudas Truska, Vytautas Kancevičius, Lietuva. Stalino ir Hitlerio sandėrio verpetuose (Litauen. Im Strudel der Abmachungen Stalins und Hitlers). Vilnius: Mintis 1990, 256 S., Abbildung.

Am 1. August 1940 sandte der Botschafter der Republik Litauen beim Vatikan, S. Girdvainis, ein Telegramm folgenden Inhalts nach Kaunas: „Es lebe Litauen, das freie und unabhängige, das ihr vergebens begrabt! (...) Wenn ich gegen die schändliche Schwäche, Litauen zu verkaufen, protestiere, weiß ich, daß sich meiner Stimme das gesamte Gebiet vom Tor der Tränen bis zu Birutes Geburtsort, von Vaizgantas' Heimat bis zu Kudirkas Grab anschließen wird, daß sich ihm alle Menschen anschließen werden, denen ihr mit fremden Bajonetten das Wort abschnürt." Dieses Telegramm war fast schon das Finale zu dem „makabren Drama", das die Autoren Truska und Kancevičius in ihrer „Chronik der politischen Ereignisse von 1939 bis zum 3.8.1940", dem Tag der Aufnahme Litauens in die UdSSR, zu rekonstruieren suchen.

Fast 50 Jahre lang ein Tabu-Thema für die sowjetische Geschichtsschreibung, konnte es erst mit der Zeit von „Glasnost" wieder öffentlich aufgegriffen werden.

So sah auch ich mich, geboren und aufgewachsen in der DDR, während meines einjährigen Aufenthaltes in Litauen in den Umbruchmonaten der Jahre 1987/88, mit nüchternen Tatsachen historischer Realität konfrontiert, die mir bis dahin nicht bekannt waren. Ein DDR-Historiker erzählte mir in Vilnius von dem gemeinsamen Aufmarsch von Truppen der Wehrmacht und der Roten Armee im September 1939 in Brest und der damit verbundenen, für die sowjetische Bevölkerung irreführenden Demonstrierung eines neuen Freundes; ich erfuhr von der Existenz einer *anderen* litauischen Fahne und hörte von den Zahlen der litauischen Toten aus Sibirien; ich las die grobschlächtigen, sich auf Panzer berufenden Worte eines Dekanozov im 15. Band einer Bostoner Enzyklopädie, den mir eine Litauerin zu lesen gab, die selbst das Schicksal der Verbannten als Zweijährige auf dem Schoße ihrer Großmutter miterlitten und die Folgen bis in die 80er Jahre zu tragen hatte. Was blieb, war ein Gefühl der unendlichen

Einsamkeit, das einer ohnmächtigen Wut darüber wich, daß man in dieser Auseinandersetzung mit der Geschichte allein gelassen wurde. Statt in der DDR offiziell davon Kenntnis zu nehmen und dieses zerstörte Weltbild verantwortungsbewußt historisch zu hinterfragen, verbot man sowjetische Zeitschriften und Filme, die sich der Aufarbeitung solcher Themen zu stellen begannen.

Hier ist ein Grund zu finden, warum ich mich als Nicht-Historikerin dennoch zu einer Vorstellung des in litauischer Sprache vorliegenden kleinen Bandes zu den Ereignissen der Jahre 1939/40 bereit erklärte, in der Hoffnung, es unseren Historikern erschließbar zu machen, auch wenn bereits vieles davon bekannt sein mag. Das Interessante besteht darin, wie versucht wird, in einer nüchtern konstatierenden, aber ungeheuer präzisen Art den Ablauf der damaligen Ereignisse synchron vor und hinter dem Vorhang der Diplomatie zu rekonstruieren. Offizielle Zeitungsmeldungen, Regierungsabkommen werden inoffiziellen Gesprächen, Tagebuchaufzeichnungen, Telegrammen, Telefonaten usw. gegenübergestellt. Die peinlich genaue Rekonstruktion der bis dato verbalen Ostpolitik der Großmächte Deutschland und UdSSR wird in außenpolitisch, statistisch gesicherte Ereignisse erster militärischer Aggressionen im Zweiten Weltkrieg eingebettet.

Wenn hiermit auch eine Befragung der Haltung der damaligen litauischen Regierungen erfolgt, deren Zwänge und Freiräume offengelegt werden (die litauische Zeitschrift „Nemunas" begann im September 1988, einen Auszug aus den Erinnerungen des damaligen Außenministers Litauens, J. Urbšys, abzudrucken), ist die Demonstration eines — für die Mitte des 20. Jahrhunderts in Europa fast typischen — Szenariums der Beraubung kleiner Völker ihres Rechts auf Selbstbestimmung und ihres dem Willen der Großmächte vollkommenen Ausgeliefertseins auf diplomatischem Wege das, was nicht nur die Menschen in Litauen erschüttern dürfte.

Truska und Kancevičius haben mit ihrer Arbeit den Versuch unternommen, nach der sehr emotional gefärbten nationalen Wiedergeburt der Jahre 1987/88 eine dokumentarische, faktengetreue und sachliche Bestandsaufnahme der Ereignisse von 1939/40 zu geben. Sie ordnen die historischen, synchron ablaufenden Geschehnisse in Europa mit dem Ziel ein, jedes Glied der Kette auffindbar und seine Bindung an andere Ereignisse wie etwa den Haltungen Frankreichs, Englands und der USA durchschaubar zu machen, die der Rekonstruktion des Zustandekommens und der Umsetzung der Vereinbarungen zwischen der UdSSR und Deutschland im Bezug auf das weitere Schicksal Litauens dienen. So erscheint das Ringen um die Aufteilung Osteuropas zwischen zwei Großmächten als Kern-

punkt einer Chronik, die die Methoden des Ausschaltens der Souveränität kleiner Völker am Vorabend des Zweiten Weltkrieges verdeutlicht.

Der vorliegende Band läßt sich in drei Bereiche aufgliedern, die aus litauischer Sicht dargestellt werden:

1. Wie lief die Übergabe des Memelgebietes an Deutschland ab?
2. Wie schlug sich der Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der UdSSR in der litauischen Außenpolitik nieder und wie kam es zur Übergabe des Wilnagebietes an Litauen?
3. Mit welchen Mitteln wurde erreicht, daß es zur Aufnahme Litauens in die UdSSR kommen konnte?

Zu 1: Den ersten Schwerpunkt setzen die Autoren auf die Besetzung des Memelgebietes durch Hitler im März 1939. Der damalige Außenminister, J. Urbšys, wurde am 20.3.1939 auf seiner Rückkehr aus Rom nach Kaunas über Berlin vom deutschen Außenminister, von Ribbentrop, empfangen und mit einem Ultimatum konfrontiert, das die Abgabe des Memelgebietes an Deutschland vorsah. Im Falle der Nichtannahme würden deutsche Truppen einmarschieren, bei einer positiven Antwort auf das Ultimatum wäre Deutschland bereit, litauische Interessen hinsichtlich einer Freihandelszone im Hafen Memels zu berücksichtigen.

Sodann in Kaunas, der damaligen Hauptstadt Litauens, angekommen, wurde J. Urbšys bereits vom deutschen Botschafter, E. Zechlin, aufgesucht, der ihm mitteilte, daß die litauische Delegation nicht später als am 22.3.1939 in Berlin einzutreffen habe. Am 21.3.1939 beschloß der Ministerrat Litauens, auf die Forderungen Deutschlands einzugehen, da er keinen anderen Ausweg sah.

Zu 2: Im Hintergrund liefen die Verhandlungen zwischen Frankreich, England und der UdSSR, die an der baltischen Frage scheitern sollten. Wenn die UdSSR forderte, daß sie uneingeschränkt die Garantieleistungen für die baltischen Länder und Finnland im Falle einer Aggression übernehmen dürfe, so wurde dies von den betroffenen Ländern und damit auch von England und Frankreich, die den kleinen Staaten die Anerkennung ihrer Neutralität zugestehen wollten, abgelehnt. (Die litauische Regierung hatte bereits am 10.1.1939 ihre neutrale Haltung im Falle eines Krieges aufgrund der komplizierten Situation in Europa beschlossen.) Die westlichen Staaten lenkten mit dem Kompromißvorschlag ein, daß ein solches Vorgehen nach einer Konsultation mit den betroffenen Regierungen erfolgen könne. Das wiederum wurde von der UdSSR abgelehnt. Da jedoch die Furcht vor einem Überfall Deutschlands auf die UdSSR zu groß war und Frankreich sowie England auch Polen nicht davon überzeugen konnten, sowjetische Truppen im Ernstfall auf sein Territorium zu

lassen, wandte sich die UdSSR Deutschland als Vertragspartner in der Hoffnung zu, damit einer Aggression Deutschlands von Rumänien bzw. dem Baltikum aus vorbeugen zu können.

Als Ergebnis dieses Vorstoßes kam ein Handels- und Kreditabkommen zwischen beiden Ländern zustande, das deutsche Lieferungen von Maschinen und Einrichtung im Wert von 200 Millionen Mark an die UdSSR enthielt, sowie die Verpflichtung der UdSSR, Waren an Deutschland in Höhe von 180 Millionen Mark im Laufe der nächsten zwei Jahre zu liefern. Daneben wurde ein Nichtangriffsvertrag vorbereitet, der auf Stalins Vorschlag am 27. oder 28.8.1939 in Moskau unterzeichnet werden sollte. Dieser sollte nur in Verbindung mit einem „speziellen Protokoll, in dem Fragen der Außenpolitik, die für die Hohen Vertragsbildenden Seiten von Interesse sind" (S. 27), behandelt werden, Gültigkeit haben. Hitler drängte und teilte Stalin in einem Telegramm vom 20.6.1939 mit, daß er darum bitte, seinen Außenminister am 22.8., spätestens aber am 23.8.1939 zu empfangen. Bevor es dann am 23.8.1939 zur Unterzeichnung dieses für das Baltikum so verhängnisvollen Vertrages kam, mußte von Ribbentrop noch um die Zusage Hitlers zur Forderung Molotows ersuchen, der Sowjetunion auch die Häfen Liepaja und Ventspilis in Lettland als Interessensphäre zuzugestehen. Mit der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls geriet Litauen in die Interessensphäre Deutschlands. Der Vertragstext selbst wird von Truska und Kancevičius im Anhang nicht mit angeführt, ein Zeichen dafür, daß die Diskussionen, die im Jahre 1987/88 heftig geführt worden waren, abgeschlossen sind. Der Text ist jetzt bekannt. Die Autoren interessierte vielmehr, wie er zustande gekommen war. Zwei Staaten hatten sich in diesem Vertrag u.a. gegenseitig die baltischen Länder als ihre Interessensphären zugesprochen und einander freie Hand im Sinne dieser Absprachen zugesichert.

Mit der Abgabe des Memelgebietes an Deutschland hatte Litauen den zweiten Gebietsverlust hinnehmen müssen, da Wilna und das umliegende Gebiet schon im Jahre 1920 von Polen besetzt worden waren. Im Mai des Jahres 1939 spekulierte nun der litauische Botschafter in Berlin, K. Škirpa, mit der Möglichkeit, daß Litauen im Falle einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Polen dieses Gebiet wiedererlangen könnte. Škirpa forderte den direkten Einmarsch der litauischen Truppen ins Wilnagebiet (S. 18). Diese Forderungen wurden in den Tagen vom 13. bis 15.9.1939 nicht nur wiederholt von Škirpa, sondern auch vom Militärattaché der Deutschen Botschaft in Kaunas, E. Justas, an General S. Raštikis und vom deutschen Botschafter in Kaunas, Zechlin, an den Vorsitzenden des Litauischen Ministerrats, J. Černius, herangetragen. Die Erklärung Litauens, es sei neutral und werde nicht mit militärischen Mit-

teln im Wilnagebiet eingreifen, war für Škirpa sogar ein Grund, sein Rücktrittsgesuch einzureichen, da seine Ansichten zu bestimmten außenpolitischen Fragen mit denen des litauischen Außenministeriums nicht übereinstimmten.

Nachdem bis Mitte September alle Versuche von deutscher Seite, die Litauer zur militärischen Einnahme der Wilnaregion zu ermutigen, gescheitert waren, wurde die Frage am 16. September in Moskau in einem Gespräch zwischen Schulenburg und Molotow aufgeworfen. Einen Tag später marschierte die Rote Armee in die Westukraine und in Westbelorußland ein. Der Vorsitzende des Ministerrates, J. Černius, verkündete über den Rundfunk, daß Litauen gewillt sei, Wilna mit friedlichen Mitteln zurückzuerhalten. L. Natkevičius, litauischer Botschafter in Moskau, bekam von der sowjetischen Regierung eine Note überreicht, die besagte, daß Moskau gewillt sei, das Neutralitätsprinzip der Republik Litauen zu achten (S. 45). Zwei Tage danach, als Hitler in Danzig verkündete, daß Polens Schicksal nur von zwei Staaten entschieden werden könne, nämlich von Deutschland und der UdSSR, besetzte die Rote Armee Wilna. Natkevičius machte sofort offiziell darauf aufmerksam, daß sie damit litauisches Territorium eingenommen habe. 14 000 polnische Soldaten und 2 000 Zivilisten flüchteten danach über die Grenze nach Litauen und wurden dort interniert (S. 47 f.). Nach diesen Ereignissen forderte Molotow die deutsche Regierung auf, die Verhandlungen in Moskau fortzusetzen und die Aufteilung Polens zu realisieren. Ribbentrop ließ daraufhin der litauischen Regierung über ihren Botschafter in Berlin mitteilen, daß er Urbšys am 23.9.1939 zu Gesprächen in Zoppot erwarte. Diese Einladung wurde unter der Bedingung angenommen, daß sie offiziell bekannt gegeben werde. Daraufhin zog Ribbentrop seine Einladung zurück.

In den späten Abendstunden des 28.9.1939 wurden in Moskau vier Dokumente von Ribbentrop, Schulenburg, Molotow und Stalin unterzeichnet: 1. eine gemeinsame Erklärung des Reiches und der UdSSR, 2. ein Grenz- und Freundschaftsvertrag zwischen Deutschland und der UdSSR, 3. eine Absprache der Regierungen Deutschlands und der UdSSR zum Ausbau der gemeinsamen Handelsbeziehungen, 4. ein Geheimprotokoll zwischen Deutschland und der UdSSR. Während im zweiten Punkt die neue Grenze zwischen Deutschland und der UdSSR festgelegt wurde (die einem Zusatz nach später veröffentlicht werden sollte), enthielt das Geheimprotokoll die für Litauen entscheidende Abmachung, daß es jetzt in die Einflußsphäre der UdSSR geriet, wofür diese das Lubliner und das Warschauer Gebiet sowie den südwestlichen Teil westlich der Memel mit dem Gebiet um Suvalki an Deutschland abtrat (S. 51 f.). Damit war einem Wunsch Stalins entsprochen worden, den dieser am 25.9.1939 in einem

Gespräch mit Schulenburg geäußert hatte (S. 49). Die vollkommene Aufteilung von Gebieten ohne jegliche Beteiligung der betroffenen Staaten war von zwei Großmächten heimlich und skrupellos legitimiert worden.

Am 29.9.1939 informierte Molotow den litauischen Botschafter in Moskau darüber, daß die sowjetische Regierung an einer Besprechung der sowjetisch-litauischen Freundschaftsbeziehungen interessiert sei und daher den Vorsitzenden des Ministerrates oder ein anderes Mitglied der litauischen Regierung zu sich einlade. Litauen entsandte daraufhin Außenminister Urbšys mit der Maßgabe, das Neutralitätsprinzip als Grundlage litauischer Außenpolitik zu vertreten. Als Urbšys den deutschen Botschafter in Kaunas, Zechlin, von der bevorstehenden Reise unterrichtete, war dieser nicht verwundert, sondern äußerte nur, daß er es lieber gesehen hätte, wenn Urbšys in die entgegengesetzte Richtung gefahren wäre (S. 55). Molotow wiederum unterrichtete Schulenburg am 3.10.1939 von der bevorstehenden Ankunft Urbšys' in Moskau und schlug vor, daß gleichzeitig mit dem Vertrag zur gegenseitigen Hilfeleistung zwischen Litauen und der UdSSR Deutschland den Vertrag mit Litauen hinsichtlich der Übergabe des litauischen südwestlichen Streifens an Deutschland unterzeichnen solle. Deutschland lehnte ab, weil es in der Öffentlichkeit im Schatten des anstehenden litauisch-sowjetischen Vertrages nicht in die Position des „Räubers" (S. 55) geraten wollte. Ribbentrop ließ Molotow über Schulenburg bitten, daß die deutsch-litauischen Angelegenheiten außer acht gelassen werden und sowjetische Truppen dieses Gebiet nicht besetzen sollten, da Deutschland den Zeitpunkt der Übernahme selbst bestimmen wolle (S. 57).

Urbšys wurde am 4.10.1939 in Moskau von den Verträgen des 28.9.1939 in Kenntnis gesetzt. Gleichzeitig wurden ihm zwei Vertragsentwürfe zur Übergabe des Wilnaer Gebietes mit Wilna an Litauen durch die Rote Armee und zur gegenseitigen Hilfeleistung zwischen der UdSSR und Litauen vorgelegt. Der letztere sah die Stationierung von 50 000 sowjetischen Soldaten in und um Wilna vor (die gesamte litauische Armee bestand aus 20 000 Soldaten). Stalin war jedoch bereit, die Zahl auf 35 000 herabzusetzen.

Am 5.10.1939 beauftragte Ribbentrop den deutschen Botschafter in Kaunas, die litauische Regierung „wortgetreu und streng geheim" davon zu unterrichten, daß er in den Gesprächen vom 23.8.1939 u.a. den Vorschlag gemacht hätte, das Wilnagebiet der litauischen Regierung zurückzugeben und die sowjetische Regierung sich damit einverstanden erklärt habe. Weiterhin hielt er den Zeitpunkt für die neue Grenzziehung im Suvalkizipfel noch nicht für gekommen. Dennoch ließ er Molotow über Schulenburg von diesem Gespräch in Kenntnis setzen. Der Ministerrat

Litauens stellte indessen eine Kommission unter Vorsitz von Urbšys zusammen, der er die Annahme des ersten Vertrages empfahl, den zweiten aber abzuändern riet, indem die UdSSR keine Truppen im Wilnagebiet in Friedenszeiten stationieren, sondern dort nur eine Militärinspektion unterhalten könne. Im Falle eines Krieges sei man bereit, eine militärische Zusammenarbeit im Kampf gegen den Aggressor zu vereinbaren.

Während die litauische Regierungszeitung am 7.10.1939 an die freundschaftlichen Absichten der UdSSR appellierte, wurde am 8.10.1939 der Vorschlag der litauischen Regierung von Stalin abgelehnt. (Gleichzeitig gab es in Wilna Demonstrationen, die forderten, daß die Stadt an Belorußland angegliedert werden sollte.) Da Urbšys sich nicht bevollmächtigt sah, den von Stalin geforderten Vertrag zu unterzeichnen, kehrten K. Biezauskas und S. Raštikis nach Kaunas zurück, wo sie die Ermächtigung der litauischen Regierung erhielten, den von Stalin geforderten Vertrag zu unterzeichnen.

Am 10.10.1939 unterschrieb die litauische Delegation den Vertrag über „Die Übergabe von Wilna und des Wilnagebietes an Litauen und über gegenseitige Hilfeleistung zwischen der UdSSR und Litauen". Dieser bestand aus drei Dokumenten: dem Vertrag selbst, einer geheimen Anlage zum Vertrag, die die Zahl von 20000 im Wilnagebiet zu stationierenden sowjetischen Soldaten beinhaltete, sowie einer Landkarte, die das Gebiet kennzeichnete, das Litauen jetzt zugesprochen bekam und das etwas mehr als einem Viertel dessen entsprach, das ihm nach dem Friedensvertrag von 1920 zugestanden hatte. Dafür wurde die Gültigkeit des Vertrages anstelle der vorgesehenen zehn Jahre auf 15 Jahre festgelegt.

Die feierliche Übernahme des Wilnagebietes durch Litauen erfolgte am 28.10.1939. Um 14.00 Uhr wurde der erste aus Kaunas kommende Personenzug begrüßt (S. 67). Später erwog die litauische Regierung die Verlegung ihres Sitzes von Kaunas nach Wilna (S. 83).

In Paris verabschiedeten unterdessen am 2.11.1939 die Botschafter Litauens in Italien, England und Frankreich ein „Memorandum der Botschafter", das sich gegen die militärische Besetzung des Wilnagebietes durch sowjetische Truppen aussprach, sich mit einer möglichen Emigration der litauischen Regierung auseinandersetzte, Konstruktionen für die anderen Botschafter Litauens bezüglich des Moskauer Vertrages enthielt und außen- sowie innenpolitische Fragen Litauens behandelte.

Zu 3: Am 4.2.1940 kam es zu einem Zwischenfall in den im Wilnagebiet stationierten Garnisonen der Roten Armee, der von Moskau ausgenutzt wurde. Dem Verschwinden des Leutnants G. Butaev folgte das Nichtauffinden zweier Rotarmisten, wofür Moskau die litauische Regierung verantwortlich machte. Butaev hatte sich, nachdem er von der litauischen

Sicherheitspolizei gestellt worden war, erschossen. (Die anderen Vermißten fanden sich später in der Garnison ein.) Des weiteren warf die UdSSR Litauen militärische geheime Absprachen mit den baltischen Republiken Lettland und Estland vor, die aber nicht den Tatsachen entsprachen. Die Beziehungen zwischen Litauen und der UdSSR wurden damit künstlich dermaßen zugespitzt, daß A. Merkys als Vorsitzender des Ministerrates am 9.6.1940 aus Moskau (wo er sich zur Aufklärung des Verschwindens der Rotarmisten aufhielt) nach Kaunas telegraphierte: „Die Lage ist ernst." Urbšys informierte Molotow am 11.6.1940 über den Charakter der Verträge der sogenannten baltischen Entente aus dem Jahre 1934. Molotow verhehlte nicht, daß ihn die Beteuerungen der litauischen Regierung nicht überzeugten. Als Urbšys ihn beim Abschied fragte, ob sie noch einmal die Ehre haben würden, sich zu sehen, antwortete Molotow „lächelnd": „Natürlich" (S. 123).

Am 13.6.1940 entließ die litauische Regierung auf Druck Moskaus den Innenminister K. Skuča und den Direktor des Staatlichen Sicherheitsdepartments A. Povilaitis (S. 125). An dem Tag, als man in England begann, die Glocken nur noch zu läuten, wenn deutsche Landekorps gesichtet wurden, am 14.6.1940 wurde dem litauischen Außenminister Urbšys in Moskau ein Ultimatum der sowjetischen Regierung überreicht, in dem Litauen vorgeworfen wurde, daß es Bürger Litauens, die im Dienste sowjetischer Truppen stünden, ergreife und in Konzentrationslager schicke mit dem Ziel, militärische Geheimnisse des Sowjetstaates zu erlangen. Des weiteren sei Litauen ein antisowjetisches Militärbündnis mit Estland und Lettland eingegangen. Damit hätte Litauen den mit der UdSSR abgeschlossenen Vertrag verletzt und einen Überfall auf die sowjetischen Truppen in Litauen vorbereitet. Die UdSSR forderte daher 1. die Übergabe von Skuča und Povilaitis an ein Gericht (beide sind 1941 in der Ljubjanka erschossen worden), 2. die sofortige Bildung einer neuen Regierung, die dazu befähigt sei, den litauisch-sowjetischen Vertrag einzuhalten und dessen Feinde entschlossen zurückzuweisen, sowie 3. den freien Einmarsch der sowjetischen Truppen in ganz Litauen. Als Termin des Ultimatums wurde der 15.6.1940, 10.00 Uhr angesetzt (S. 127 f.). Dazu bekam die litauische Regierung im Juni 1940 noch die Zusicherung der sowjetischen Regierung, daß diese an einem Systemwandel in Litauen nicht interessiert sei. Dies bildete den Auftakt zu einem Szenarium, das am 3.8.1940 mit der Aufnahme Litauens in die UdSSR einen seiner Kulminationspunkte fand.

Truska und Kancevičius haben mit dem Band einen Beitrag zur Aufarbeitung jüngster Vergangenheit geleistet. Im Anhang bringen sie Texte bis dahin nicht veröffentlichter Aufzeichnungen des litauischen Botschafters in Moskau, Natkevičius, zum Ablauf der Gespräche vom Oktober 1939

und Juni 1940 im Kreml sowie den Wortlaut des Memorandums der drei litauischen Botschafter vom 2.11.1939 in Paris. Die Autoren sparen eine nachträgliche Zusammenfassung der Ereignisse aus. Sie lassen die Fakten sowie die Kriterien, nach denen sie ihre Auswahl getroffen haben, für sich sprechen. Ein Nachteil ihrer sehr sorgsamen Arbeit ist darin zu sehen, daß sie keinerlei Quellenangaben liefert, so daß dieses Material zwar Anregungen für weitere wissenschaftliche Arbeiten geben kann, dennoch aber keine Nutzung in dem Sinne zuläßt, wie sie zu wünschen wäre. Fragen wie nach den vollständigen Hintergründen für die Nichtteilnahme von Paleckis in der entscheidenden Zeit vom 22.6. bis zum 5.7.1940 an den Sitzungen der Regierung bleiben offen. Dadurch, daß sich die Chronik ganz genau an die Darstellung der Ereignisse in der Zeit vom 1.1.1939 bis zum 3.8.1940 hält, sind eigene Vorkenntnisse über die Geschehnisse in der baltischen Region insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg unerläßlich (Memelfrage, Litauens Entwicklung zur Eigenstaatlichkeit usw.). Mit der vorliegenden Arbeit haben die Autoren jedoch ein Ziel erreicht: Sie haben völkerrechtlich unwürdige Mechanismen des Verhaltens von Großmächten bloßgelegt und ein Zeichen für die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes kleiner Völker gesetzt. Ein Wunsch, der auch zum Ausgang des 20. Jahrhunderts noch nicht zur Selbstverständlichkeit geworden ist.

Liane Klein, Greifswald

Joachim Wallat, Die völkerrechtliche Stellung des Memelgebietes. Frankfurt a. M./Bern/New York: Verlag Peter Lang 1991, 127 S. (Europäische Hochschulschriften. R. 2: Rechtswissenschaft. 1059.).

In dem vorliegenden Buch wird die sowohl für Litauen als auch für Deutschland interessante und wichtige Memelfrage unter völkerrechtlichem Aspekt analysiert und gewertet. Sie hat in der Vergangenheit die Beziehungen der beiden Staaten belastet. Nach der Vereinigung Deutschlands und der Wiedererlangung der litauischen Unabhängigkeit kann die Geschichte dieser Region neu durchdacht werden. Dabei haben Litauen und Deutschland die Chance, alte Stereotype zu vermeiden.

Eingangs sei unterstrichen, daß es sich bei dem Buch um die Dissertation des Autors handelt. Es besteht aus drei Teilen. Der erste beschreibt die geographische Situation sowie in aller Kürze die Geschichte des Gebietes bis zum Frieden von Versailles (S. 3-6). Untersucht werden Detail-

fragen des Versailler Vertrages, soweit sie von juristischer Bedeutung für das Memelland waren, die Situation des Gebietes unter französischer Verwaltung, die Art des Anschlusses an Litauen und die Entwicklung des Territoriums innerhalb Litauens bis zum litauisch-deutschen Vertrag vom 23. März 1939 sowie dessen Entstehungsgeschichte (S. 7-39). Der zweite Teil (S. 41-58) ist einer ausführlichen Analyse des Vertrages gewidmet, während im dritten Teil die völkerrechtliche Situation des Memellandes von 1945 bis zur Gegenwart untersucht wird.

Es sei angemerkt, daß der Autor die rechtliche Stellung des Memellandes nicht isoliert darstellt, sondern im engen Zusammenhang mit anderen juristischen und historischen Faktoren und im Kontext der internationalen Lage. Beispielsweise wird der Analyse der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ein ganzes Kapitel gewidmet (S. 73-77).

Joachim Wallats Arbeit stützt sich auf eine breite Grundlage vorwiegend vor 1945 erschienener Literatur. Bis dahin wurde in juristischen und historischen Arbeiten die Herrschaft der Alliierten meistens als Kondominium bezeichnet. Wallat erklärt überzeugend, daß eher der Begriff des Koimperiums zutrifft, der auch ein Herrschaftsprovisorium bezeichnet (S. 22).

Die grundsätzlich positive Bewertung der Arbeit steht nicht in Frage, wenn auch Detailfragen der Darstellung angezweifelt werden müssen. Hierzu gehört etwa das Problem der Rechtmäßigkeit des Status des heutigen Klaipėda. Im ersten Teil wird der deutsche Charakter des Memellandes hervorgehoben und erklärt, die Abtrennung von Deutschland auf der Grundlage des Artikel 99 des Versailler Vertrages sei ungerechtfertigt gewesen.

Um die litauische Prägung des Memellandes zu bestreiten, bedient sich der Autor in erster Linie nicht der offiziellen Zahlen zur ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung, sondern zieht seine Schlußfolgerungen aus indirekten Angaben. So führt er z.B. die Ergebnisse einer im März/April 1921 unter den Eltern schulpflichtiger Kinder des Memellandes durchgeführten Befragung zur Unterrichtssprache an, nach der nur 2% der Eltern wünschten, daß ihre Kinder in Litauisch unterrichtet würden. Diese Tatsache ist auf den ersten Blick sehr eindrucksvoll, läßt aber keine Schlüsse auf die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung oder deren politische Position zu. Der Autor verbindet die Problematik der Unterrichtssprache mit den Ergebnissen der Volkszählung vom 20. Januar 1925. Er führt an, daß sich damals nur 26,5% der Bewohner des Memellandes als Litauer eintragen ließen, und folgert daraus, daß die Abtrennung „demnach dem Willen des weitaus überwiegenden Teils der Bevölkerung im

Memelgebiet widersprach" (S. 9). Allerdings unterläßt der Autor zu erwähnen, daß sich 24,2% der Bevölkerung als „Memelländer" eintragen ließen. Der Jurist Rudolfas Valsonokas hat die Einwohnerzählung aus entgegengesetzter Sichtweise analysiert und daraus den Schluß gezogen, daß der Anteil der Litauer 1925 nicht 26,5%, sondern 52,7% der Bewohner des Memellandes betrug.[1]

Der Lituanisierung des Memelgebietes nach dessen Anschluß an Litauen hat Wallat sogar ein eigenes Kapitel gewidmet (S. 31 ff.). Dagegen wird die jahrhundertelange Germanisierung des Memellandes mit keinem einzigen Wort erwähnt. Aus der Arbeit wird nicht klar, wer im Memelland vor der deutschen Ansiedlung im 13. Jahrhundert lebte.

Nach 700jähriger deutscher Prägung des Memelgebietes wurden Gegensätze zwischen Deutschen und Litauern im nationalistischen Sinne erst im 19. Jahrhundert verstärkt. Man braucht nur an die Gesetze zu erinnern, die während der Kanzlerschaft Bismarcks erlassen wurden, z.B. die am 2. September 1872 eingeführte deutsche Unterrichtssprache und deren Anwendung in allen Schulen.[2] Diese Politik zeigte Wirkung: Laut Erhebungen waren 1870 75,2% der Bewohner des Territoriums Litauer, 1878 72,9% und 1897 63,3%.[3] Selbst die für die Litauer am ungünstigsten erscheinende deutsche Statistik zeigt, daß 1905 48,9% aller Bewohner des Memellandes Litauer waren, sogar 1% mehr als deutsche Bewohner. Ohne die Stadt Memel, in der vorwiegend Deutsche lebten, waren es sogar 57,4%.[4] Verallgemeinernd und analysierend stellt Vincas Vileišis fest, daß 1910–1912 der litauische Bevölkerungsanteil 50,3% betrug, ohne die Stadt Memel sogar 57,1%.[5]

Wie man auch den Vertrag von Versailles bewertet, der Beschluß hinsichtlich des Memellandes erscheint nicht unberechtigt. Als der Vorsitzende der Friedenskonferenz, Clemenceau, der deutschen Delegation den Beschluß erläuterte, unterstrich er: „Die alliierten und assoziierten Mächte weigern sich anzuerkennen, daß es sich bei der Abtrennung des Memelgebietes um eine Verletzung der nationalen Prinzipien handelt. Dieses Territorium war immer litauisch, die Mehrheit seiner Bewohner sind nach

---

1 R. Valsonokas, Klaipėdos problema (Das Klaipėdaproblem). Vilnius 1989, S. 267-272.
2 S.K. Gudas, Lietuvių vokietinimas Mažojoje Lietuvoje per švietimo įstaigas 1871–1890 m. (Die Germanisierung der Litauer in Kleinlitauen durch die Bildungseinrichtungen zwischen 1871 und 1890), in: Lituanistica (1990), Nr. 3, S. 41.
3 V. Vileišis, Tautiniai santykiai Mažojoje Lietuvoje ligi diažiojo karo istorijos ir statistikos šuviesoje (Die nationalen Verhältnisse in Kleinlitauen bis zum Weltkrieg im Spiegel der Geschichte und Statistik). Kaunas 1935, S. 156 f.
4 Ebenda, S. 178.
5 Ebenda, S. 180.

ihrer Herkunft und Sprache Litauer; die Tatsache, daß die Stadt Memel hauptsächlich deutsch ist, kann nicht den Verbleib dieses Gebietes unter deutscher Souveränität rechtfertigen, besonders auch deswegen, da der Hafen von Memel der einzige Zugang Litauens zum Meer ist."[6]

In dem vorliegenden Band wird die litauische Einnahme des Memellandes im Januar 1923 als „occupatio quasi bellica" gewertet (S. 25). Gewiß hat Litauen bewaffnete Gewalt eingesetzt und mit militärischen Einheiten den 'Aufstand' unterstützt und sogar zu dessen Organisation beigetragen. Nach dem Ersten Weltkrieg bemühten sich die Litauer des Memellandes und anderer Gebiete Preußens, ihr Selbstbestimmungsrecht zu nutzen. Am 16. November 1918 wurde der Nationalrat der preußischen Litauer gegründet. Schon am 30. November nahm dieser Rat den Beschluß an, die litauischen Gebiete Preußens an Litauen anzuschließen. Die Vertreter des Nationalrates wurden 1920 in den Litauischen Staatsrat kooptiert. Der Gründungsseimas Litauens nahm am 11. November 1921 eine Resolution an und beauftragte die Regierung, den Anschluß des Memelgebietes anzustreben. Diese Tatsachen erwähnt der Autor nicht.

Als die Botschafterkonferenz am 17. Februar 1923 Litauen die souveränen Rechte über das Memelland übertrug, wurde damit nicht eine Annexion, sondern das litauische Recht auf dieses Territorium anerkannt. Der Anschluß an Litauen wurde durch die am 8. Mai 1924 in Paris unterzeichnete Memelkonvention rechtskräftig.

Auf den Vertrag zwischen Litauen und Deutschland über die Grenzlinie im Memelland vom 29. Januar 1928 geht Joachim Wallat nicht ein.

Am schwächsten erscheint die Darstellung in dem Kapitel „Das Memelgebiet unter der Souveränität Litauens" (S. 31-36). Wallat setzt sich nicht mit den Meinungsverschiedenheiten auseinander, die zwischen den Vertretern Deutschlands und Litauens im Völkerbund und anderen internationalen Organisationen über die Einhaltung der Memelkonvention stattfanden. Der Autor erwähnt ferner nicht, daß die Auseinandersetzung 1932 vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag in wesentlichen Punkten zugunsten Litauens entschieden wurde. Genauso wird die deutsche Unterstützung, die den antilitauischen Organisationen im Memelland in finanzieller und anderer Hinsicht gewährt wurde, sowie die Tätigkeit der Nationalsozialisten in diesem Gebiet verschwiegen.

Ausführlich wird auf den polnischen Standpunkt zur Memelfrage eingegangen. Demgegenüber wird die Haltung zum nördlichen Nachbarn, zu Lettland, gänzlich außer acht gelassen. Gerade Lettland trug zum Anschluß Memels an Litauen nicht wenig bei. 1923 gestattete Lettland die Durchfahrt von litauischem Militär und Waffen durch sein Gebiet. Die Beförderung fand auf der Bahnlinie Mažeikai-Priekule-Skuodas-Kretinga

statt, die teilweise durch lettisches Gebiet (über den Bahnhof Priekule) führt. Lettische Diplomaten vermittelten zwischen Litauen und den Alliierten im Januar und Februar 1923. Auch später bemühte sich Lettland, Litauen bezüglich des Memellandes zu unterstützen.[7]

Sorgfältig versucht Wallat die These zu belegen, Deutschland habe Litauen am 20. März 1939 kein Ultimatum gestellt. Vielmehr habe Litauen am 23. März auf der Grundlage eines Staatsvertrages Memel an Deutschland übergeben. Er kommt zu der Schlußfolgerung: „Daher ist davon auszugehen, daß von dem Deutschen Reich weder völkerrechtswidriger Zwang noch Androhung von Zwang gegenüber Litauen ausgeübt wurde". (S. 45) Eine solche Interpretation läßt eine völlig unkritische Sichtung juristischer und historischer Dokumente vermuten. Weiß denn der Autor nicht, wie die internationale Situation 1939 war, wie die damalige Politik Deutschlands aussah, mit welchen Methoden sie verfuhr? Natürlich gab es kein schriftliches Ultimatum. Aber Ribbentrop gab dem litauischen Außenminister klar zu verstehen, wenn Litauen das Memelland nicht freiwillig zurückgebe, sei mit einer gewaltsamen militärischen Besetzung zu rechnen, deren Vormarsch nicht so leicht zu begrenzen sei.[8] Diese Drohung gelangte auch auf anderen diplomatischen Kanälen, in erster Linie durch den deutschen Botschafter in Kaunas, nach Litauen.

Der Autor weist dem litauischen Außenminister Urbšys einen Teil der Verantwortung für die folgende Entwicklung zu, ohne dessen Erinnerungen, die übrigens auch auf deutsch erschienen sind, zur Kenntnis genommen zu haben. Die Vorgänge werden aus zahlreichen Quellen belegt, so auch aus den Erinnerungen des litauischen Gesandten in der Tschechoslowakei, Edvardas Turauskas, der sich am 20. März 1939 gemeinsam mit Urbšys in Berlin aufgehalten und detailliert über das Ultimatum berichtet hat.[9]

Die Drohungen Ribbentrops gegenüber dem litauischen Außenminister Urbšys waren nicht aus der Luft gegriffen. Schon am 21. Oktober 1938 hatte Hitler eine geheime Anweisung unterschrieben, nach der die deutsche Wehrmacht nicht nur die restliche Tschechoslowakei einnehmen,

---

7 Klaipėdos kraštas — istorija ir žmones (Das Memelland — Geschichte und Menschen). Klaipėda 1991, S. 10 ff.

8 R. Žiugžda, Vokietijos ir Lietuvos santykiai 1919–1940 (Die Beziehungen Deutschlands und Litauens 1919–1940). Vilnius 1981, S. 49.

9 E. Turauskas, Lietuvos Nepriklausomybe netenkant (Der Verlust der litauischen Unabhängigkeit). Kaunas 1990, S. 29 ff.

sondern auch die Memelregion besetzen sollte.[10] Über diese und spätere Vorbereitungen waren die litauischen Politiker informiert. Unmittelbar vor der Verkündung des Ultimatums berichtete der litauische Vertreter Škirpa aus Berlin der litauischen Regierung, daß das Oberkommando der Wehrmacht am 14. März den Geheimbefehl zur Besetzung Memels geben werde.[11]

Aber ein anderer historischer Präzedenzfall spricht noch mehr für sich. Am 15. März 1939 besetzte Deutschland die Tschechoslowakei. Die litauische Regierung wußte, daß die Reihe nun an Memel sei. Man kann sich fragen, warum Deutschland Memel nicht früher einforderte. Die Antwort darauf findet sich in einem Dokument des Auswärtigen Amtes mit Datum vom 10. Dezember 1938. Hier heißt es, daß Litauen selbst „noch nicht reif" für die Übergabe Memels sei, sondern sich noch dagegen wehren werde. Darum müsse man den Anschluß des Memellandes vertagen, bis Litauen überhaupt keinen Widerstand mehr leiste.[12]

Deutschland wollte sich also das Memelland nicht nur einverleiben, sondern auch erreichen, daß Litauen sich nicht dagegen sträube. Litauen wollte jedoch protestieren. Am Abend des 21. März 1939 überreichte die litauische Regierung der Presseagentur ELTA ein Kommuniqué, in dem das Zusammentreffen von Ribbentrop und Urbšys beschrieben wurde. Aber auf Anweisung des Staatssekretärs Ernst von Weizsäcker forderte der deutsche Gesandte in Kaunas, Zechlin, kategorisch die Rücknahme des Kommuniqués durch die litauische Regierung. Es wurde daraufhin zurückgezogen und durch eine vom Auswärtigen Amt redigierte Fassung ersetzt.[13]

Dennoch sprechen nach Meinung Wallats folgende drei Überlegungen für die 'Freiwilligkeit' der litauischen Entscheidung. Er führt wörtlich aus:

— „Litauen hätte, falls es sich erpreßt gefühlt hätte, den Vertrag unter Protest unterschreiben können. Ein solcher Protest ist ausgeblieben.
— Ferner hätte der litauische Ministerrat die Haltung Urbšys' mißbilligen können. Auch das ist nicht geschehen.
— Das litauische Parlament hätte zumindest durch Gegenstimmen seinen Unwillen äußern können. Die Zustimmung zur Ratifizierung erfolgte jedoch einstimmig und ohne Stimmenthaltung." (S. 44 f.)

---

10 P. Žostautaitė, Klaipėdos kraštas 1923–1939 m. (Das Memelland 1923–1939). Vilnius 1992, S. 310.
11 Lietuvos Valstybinis Archyvas (Litauisches Staatsarchiv) (LVA), F. 923, Ap. 1, B. 1082, S. 186.
12 Documents on German Foreign Policy. Series D. Vol. 5, London 1953, S. 500 f.
13 Ebenda, S. 528 f.

Diese Sichtweise auf die historischen Fakten ist rein formalistisch. Alle beteiligten litauischen Staatsorgane handelten in Absprache und sahen sich gezwungen, die von den Deutschen diktierte Lösung ohne formellen Widerspruch zu akzeptieren. Für diese stillschweigende Akzeptanz hatte Ribbentrop den Litauern günstige Bedingungen für die weitere Nutzung des Hafens von Memel vorgeschlagen. Da zu diesem Zeitpunkt 80% des litauischen Außenhandels über diesen Hafen liefen, hatte das Angebot besonderes Gewicht. So spielten pragmatische Überlegungen für die litauische Vorgehensweise eine nicht unbedeutende Rolle.

Gleichfalls wurde diese Haltung durch die internationale Lage und vor allen Dingen durch die Politik der Signatarmächte der Memelkonvention bestimmt. Sie boten Litauen nämlich keinerlei Hilfe an, sondern empfahlen nachzugeben. Schon am 13. Dezember 1938 hatte der Leiter der nordischen Abteilung im britischen Außenministerium, Collier, dem litauischen Botschafter in London, Balutis, erklärt, es sei für Litauen besser, aus Memel abzuziehen, falls Deutschland es besetzen wolle.[14] Am 17. März 1939 wandte sich Litauen mit einer Anfrage an England und Frankreich, welche Stellung London und Paris angesichts eines deutschen Einmarsches in Memel beziehen würden. Auf diese dringende Anfrage wurde nicht einmal geantwortet.[15]

Nach dem Erhalt des Ultimatums nahm die litauische Regierung sofort Verbindung mit England und Frankreich auf. Der Vertreter im Foreign Office begnügte sich mit der „Versicherung der tiefsten Sympathie in dieser schweren Stunde". Ähnlich verhielt sich Frankreich. Auch von Polen und den baltischen Nachbarn konnte sich Litauen keine Hilfe erhoffen. Mit dieser Hoffnung verbanden litauische Politiker auch Überlegungen zum Widerstand. Am Morgen des 21. März 1939 wandten sich die litauischen Vertreter Jurgis Šaulys und Edvardas Turauskas an Leon Noël, den französischen Botschafter in Warschau, und erklärten: „Wenn Frankreich und England beschließen, daß die Zeit zum Widerstand gegen Deutschland gekommen ist, wird Litauen seine Unabhängigkeit verteidigen, auch wenn es von Deutschland vernichtet wird."[16]

Gegen Mittag des gleichen Tages erwog die litauische Regierung auch die Möglichkeit eines bewaffneten Widerstandes. Eine Entscheidung hierzu hätte nur dann Sinn gehabt, wenn Litauen „wenigstens ein paar Wochen" die deutsche Wehrmacht hätte fernhalten können. Aus der Sicht

---

[14] Žiugžda, Vokietijos (wie Anm. 8), S. 47.
[15] Žostautaitė, Klaipėdos (wie Anm. 10), S. 325.
[16] L. Noël, Agresja Niemiecka na Polsce (Die deutsche Aggression in Polen). Warszawa 1968, S. 266; Turauskas, Lietuvos (wie Anm. 9), S. 31 f.

des Verteidigungsministers hätten die litauischen Truppen der deutschen Armee „keine drei Tage" widerstehen können.[17] Aus allen diesen Gründen entschied man sich, das Ultimatum anzunehmen. Der gewaltsame Anschluß des Memellandes an Deutschland ist nicht nur in der litauischen, sondern auch in der polnischen und deutschen Geschichtswissenschaft beschrieben worden.[18]

Die völkerrechtliche Situation des Memellandes nach dem Zweiten Weltkrieg hat Wallat weniger kontrovers dargestellt. Mit seiner rechtlichen Beurteilung und den daraus abgeleiteten politischen Konsequenzen jedoch befindet sich Wallat im Umkreis von Fragestellungen, die durch die aktuellen Veränderungen in Europa überholt wurden.

Zenonas Butkus, Vilnius

Petronelė Žostaustaitė, Klaipėdos kraštas 1923–1939 (Das Memelland 1923–1939). Vilnius: Mokslas 1992, 405 S.

Zweifellos weckt die erstmalige Edition einer derartigen Arbeit im Jahre 1992 eine gewisse Erwartungshaltung, die leider qualitativ überhaupt nicht befriedigt werden kann. Aus dem Band selbst läßt sich die chronologische Genese des Werkes nicht ersehen, einzig aus den bibliographischen Angaben (S. 368-371) geht hervor, daß die Autorin seit 20 Jahren zu diesem Thema in der Sowjetrepublik Litauen publiziert hat, also in gewisser Weise mit dieser Monographie ihre wissenschaftliche Arbeit am Historischen Institut der jetzigen Litauischen Akademie der Wissenschaften zum Abschluß bringt.

Es ist unmöglich, das gesamte Werk in allen Einzelheiten zu besprechen, da innerhalb des Bandes eine Vielzahl von Fakten, Zahlen und Details angeführt werden. Quantitativ gesehen, handelt es sich um eine beachtli-

17 Žostautaitėdos (wie Anm. 10), S. 327.

18 Z.B. S. Mikulicz, Klaipėdos w polityce europejskiej 1918–1939 (Klaipėda in der europäischen Geschichte 1918–1938). Warszawa 1976, S. 245-286; M. Hellmann, Grundzüge der Geschichte Litauens. Darmstadt 1976, S. 165 ff. u.a.

che Leistung. Das Lesen des Bandes ist jedoch mühsam. Sätze wie: „Die Geschichte der lokalen Einwohner Kleinlitauens war ein ständiger Kampf mit den deutschen Gutsbesitzern und Beamten gegen soziale und nationale Unterdrückung" (S. 11), die dem Duktus der Geschichtslehrbücher der Brežnev-Zeit entsprechen, verleiden die Lektüre und ziehen von vornherein die Absicht der Autorin stark in Zweifel, die behauptet: „Die Autorin hofft, daß diese Monographie den Lesern zu verstehen hilft, was das autonome Memelgebiet war, welche Bedeutung es für die litauische Republik hatte, welche Zusammenstöße und Konflikte hier unter der litauischen Regierung von 1923 bis 1939 stattfanden und ihnen bei der objektiven Wertung behilflich ist." (S. 9)

Prinzipiell muß man sich darüber im klaren sein, daß ein großer Teil der Arbeit zu diesem Buch während einer Zeit stattfand, in der Forschungen nur gefördert und unterstützt wurden, die dem sowjetischen Weltanschauungsprinzip zu Hilfe kamen. Zu dieser Ideologie gehörte auch die Schaffung eines starken Feindbildes gegenüber dem historischen Deutschtum an der baltischen Ostseeküste. So wurden auch Forschungsarbeiten über die Kämpfe der Balten gegen die Expansion des Deutschen Ordens in der sowjetischen Zeit stets gefördert. Die Ergebnisse aller dieser Arbeiten werden auch heute nach Entfernung gewisser marxistisch-leninistischer Appendices unkritisch weiterverwendet. Auch wenn diese Forschungsterrains (nicht nur die Ordenszeit, sondern auch das Memelland) von einem Teil der Historiker als ideologisch ungefährlich angesehen wurden, sind die daraus hervorgegangenen Arbeiten von nationalistischer Sicht durchtränkt und insgesamt ziemlich einseitig betrachtet. Schließlich funktionierten sie auch als genau berechnetes Ventil nationaler Identität. Die Arbeiten der Nachkriegszeit waren zwar ein immenser quantitativer Fortschritt, aber durchaus kein qualitativer, da sie niemals einer produktiven Kritik ausgesetzt werden konnten. Die sowjetische Wissenschaftspolitik hat sozusagen unter ihren Fittichen die Nationalgeschichte im Stil des 19. Jahrhunderts fortschreiben lassen, ohne Möglichkeiten der Weiterentwicklung zu gestatten. Somit wurde in den letzten 50 Jahren auf einigen Gebieten ein anachronistisches nationalhistorisches Fundament eher ausgebaut als abgearbeitet. Nachfolgend soll auf wenige Details hingewiesen werden, die stellvertretend für die vorrangige Sichtweise der Autorin sind.

Aus heutiger Sicht läßt sich deutlich erkennen, daß eine 100%ige Trennung in Litauer oder Deutsche in diesem Gebiet nicht immer möglich war, ja bis 1919 auch nicht thematisiert wurde. Žostaustaitė schreibt in ihrem Kapitel „Einwohnerzahlen, nationale und soziale Zusammensetzung": „Die nationale Zusammensetzung der Einwohner war wie folgt: der Anteil der Litauer an der Gesamteinwohnerzahl (141 645) stellte 26,6%

dar, die Klaipėdaer oder Memelländer bildeten 24,2%, die Deutschen 45,2%, Übrige 4%. In der Presse gab es Diskussionen darüber, wem die Kategorie der Memelländer zuzuordnen sei: Welcher nationalen Gruppe sie angehören. Die litauischen Juristen, Publizisten und Politiker ordneten sie im Gegensatz zu den deutschen Publizisten den Litauern zu. Gestützt auf Untersuchungen, behaupteten sie, daß die Memelländer lokale Einwohner seien, auf die eine dauerhafte Germanisierung eingewirkt habe, wodurch sie ihr nationales Bewußtsein eingebüßt hätten, doch zu Hause sprächen sie litauisch; ihnen sei eine prodeutsche politische Orientierung eingeimpft worden. So stellen die Litauer gemeinsam mit den Memelländern 50,8% dar, also mehr als die Hälfte der Gesamteinwohner". (S. 55) Die Autorin handelt die Frage der nationalen Zugehörigkeit der Memelländer allein in diesen wenigen Sätzen ab und führt im Gegensatz zu den sonst so zahlreichen Angaben keine Quelle für die erwähnten Untersuchungen an oder zeitgenössische Presseveröffentlichungen, die für den Leser äußerst interessant wären und die doch etwas vagen Aussagen erhärten könnten. Auch an anderer Stelle, im Zusammenhang mit den Geburtsraten, erwähnt die Verfasserin nur: „Der Kampf um die ‚Memelländer' mit verschiedenen Methoden war während der gesamten Zwischenkriegszeit spürbar." (S. 60)

Die Beschränkung auf ein nationales Entweder-Oder und die ideologische Prägung dieser Alternative verhindern die Einsicht dessen, was eigentlich in jener Zeit in diesem Gebiet endgültig durch die kompromißlosen Ansprüche sowohl der Deutschen als auch der Litauer verlorenging, eine Situation, die man im allgemeinen als ethnische Gemengelage bezeichnet und die die Historikerin Ulla Lachauer so treffend als „Zwischenland" beschreibt.[1]

Nach Erachten der Rezensentin wäre es von Interesse, die Gruppe der Memelländer soziologisch zu untersuchen. Bei Ulla Lachauer liest man über den Zwischenkriegszeitraum: „Fließende Identitäten zwischen den Sprachen und Völkern waren nicht mehr zugelassen. Tatsächlich gab es sie immer noch, wenn auch immer weniger."[2] Interessant wäre gleichfalls, die Beziehungen und Stimmungen zwischen Groß- und Kleinlitauern zu untersuchen. Die Vereinigung eines Volkes läßt sich ja nicht vom grünen Tisch aus vollziehen, und das Wissen um das derzeitige deutsch-deutsche Beziehungsgeflecht schärft zusätzlich den Blick für die Problematik.

---

1 Ulla Lachauer, Land der vielen Himmel. Berlin 1992, S. 16.
2 Ebenda, S. 101.

In dem Kapitel „Bildung und Kultur" heißt es über die Lehrpläne in den Grundschulen, daß das „litauische Sprachprogramm (...) sehr schmal war: in litauischen Schulen wurde nur Schreiben und Lesen gelehrt" (S. 205). Wiederholt wird der Mangel an litauischen Lehrbüchern erwähnt und auch als Grund für die dürftige Qualität des Unterrichts angeführt. Diese Angaben besagen ohne Kontext sehr wenig. Um den Zustand an den Grundschulen im Memelland zu bewerten, müßten Vergleichsangaben zum Schulniveau in Großlitauen gegeben werden. Dann würde sich wahrscheinlich auch herausstellen, daß der Mangel an Lehrbüchern beispielsweise ein generelles und typisches Problem junger Nationalstaaten war.

Die Autorin geht nicht weiter auf die Motivation der Schüler ein, die litauische Gymnasien besuchten. Bei Befragungen von Memelländern nach ihrer Zweisprachigkeit wurde von Betroffenen angeführt, daß Kinder von Angestellten litauischer Behörden, wie z.B. Beschäftigten bei der Eisenbahn, die litauische Schule zu besuchen hatten.[3] Es ist zwar nur eine Nuance, doch man könnte ohne weiteres zugestehen, daß auch von den Litauern die Schule politisch instrumentalisiert wurde.

An anderer Stelle heißt es: „Die Elternbefragung, die von den einheimischen Lehrern durchgeführt wurde, geschah sehr tendenziös, die endgültige Entscheidung oblag der Leitung des Lehrerverbandes oder häufig den Schulleitern. So bat der Schulleiter von Vannagen, K. Haack, das Direktorium, der Unterricht solle in Deutsch stattfinden, obwohl von 104 Schülern 90 litauisch sprachen. (...) Die gegenteilig gesinnten Lehrer vermochten den Willen der Eltern zu ihrem Nutzen zu lenken, damit sie sich für Deutsch als Unterrichtssprache entschieden." (S. 202) Es erscheint doch ziemlich unrealistisch, ausschließlich von der häuslichen Umgangssprache auf den elterlichen Wunsch für die Ausbildungssprache der Kinder zu schließen. In einer Zeit, in der es schon relativ üblich war, sein Geld in der Ferne zu verdienen (viele Litauer gingen damals nach Übersee), hatte es wenig Sinn, sich auf eine Sprache zu beschränken, die schon 50 km entfernt kaum jemand mehr verstand. Derartige Intentionen der Eltern werden hier zugunsten einer ideologischen Wertung unterschlagen. Es ist auch einseitig, Nationalität einzig an der Herkunft des Familiennamens oder am häuslichen Sprachgebrauch festzumachen, der auch nicht immer einschichtig ausgerichtet war. Ein illustratives Beispiel für die Vielfalt des Sprachgebrauchs ist in einem Aufsatz von Georg Gerullis seinerzeit be-

[3] Ruth Kibelka, Berichte von Memelländern 1945–1950. Berlin 1992 (unveröffentl. Manuskript).

schrieben worden.[4] Selbst Žostautaitė gibt an anderer Stelle zu, daß „das Memelland alte Traditionen eines zweisprachigen Gebietes hatte" (S. 38).

Einige Seiten weiter wird das Ergebnis einer erneuten Elternbefragung vom Januar 1939 geschildert. Dabei heißt es: „Fast alle Lehrer von deutschen und gemischten Schulen übergaben der Bildungsabteilung des Direktoriums Erklärungen der Eltern, daß nur Deutsch als Unterrichtssprache gefordert werde. Auch in den litauischen Grundschulen fanden sich Schüler, die nur Deutsch lernen wollten." (S. 210) Im Gegensatz zu dem vorhergehenden Beispiel enthält sich die Autorin nun jeglichen Kommentars, der gerade hier aus ihrem Munde angebracht wäre.

In der Einleitung zu dem Buch schreibt Žostaustaitė: „(...) In den Jahren des Stalinkultes und der Stagnation wurde die Analyse objektiver Forschungen oft durch unbegründete, vorformulierte Behauptungen ohne Argumente gehemmt." (S. 5) Der Stil jener Zeit hat sich auch auf ihre Forschungen in nicht geringem Maße ausgewirkt. Es ist äußerst bezeichnend, wie die Autorin in ihrer Einführung das Buch eines Exilanten über das Memel-Thema[5] bewertet: „Die systematische Einmischung der deutschen Vertreter in die litauischen inneren Angelegenheiten rechtfertigt er, während er das Handeln der litauischen Regierung und ihrer Mitarbeiter kritisch und mit Ironie bewertet, als wären besonders unkompetente Leute von niederer Kultur tätig gewesen. (...) Die Bemühungen der litauischen Behörden, die lange getrennten litauischen Gebiete ökonomisch und gesellschaftlich zu vereinen, betrachtet der Autor als litauische Kolonisierung und Zwangslituanisierung. Dieses Buch drückt vor allem die Ansicht und Stimmung eines entnationalisierten memelländischen Litauers aus." Wäre der Autor so „entnationalisiert", wie er hier dargestellt wird, hätte er wohl schwerlich ein Werk zu diesem Thema, noch dazu in litauischer Sprache, veröffentlicht. Anhand dieses Zitats wird, wie auch an zahlreichen anderen Stellen, die mangelnde Konfliktfähigkeit der Autorin deutlich — eine Eigenschaft, typisch auch für wissenschaftliche Arbeit im Sozialismus; Meinungspluralismus ist grundsätzlich nicht vorgesehen, nicht opportun, Äußerungen, die nicht dem gewünschten Duktus entsprechen, werden nicht nur mißbilligt, sondern geradezu dämonisiert. Mit diesem Erbe wird die litauische Gesellschaft, wie es scheint, noch einige Zeit zu kämpfen haben.

---

[4] Georg Gerullis, Muttersprache und Zweisprachigkeit in einem preußisch-litauischen Dorf, in: Studii Baltici 2 (1932).

[5] M. Anysas, Kova dėl Klaipėdos (Der Kampf um Klaipėda). Chicago 1978.

Ferner liest man in der Einleitung: „Bei der Zusammenstellung der Monographie über das Memelland (...) wurde besonderer Wert auf die Analyse der inneren Angelegenheiten des Landes gelegt (...)." (S. 9) Das Wort Analyse taucht vielfach auf, doch eine Untersuchung findet nicht statt, immer nur eine Stoffsammlung. Das gesamte Material wird nicht hinterfragt, nicht auf Zweideutigkeit untersucht, etc.

Der Band stellt quasi die Antithese zur Argumentation von deutschen Heimatvertriebenen dar, bildet einen weiteren Beitrag zu einem verbalen perspektivlosen Stellungskrieg, der nicht mehr up to date ist. Bleibt die Frage, wieso das Buch überhaupt und in einer für Litauen nicht geringen Auflage (4 000 Exemplare) erscheinen konnte. Aus dem Bündel der Gründe sollen nur zwei genannt werden, die für die postkommunistische Gesellschaft (nicht nur in Litauen) noch immer symptomatisch sind:

1. Die Beschäftigung mit einem Thema, das jahrzehntelang ein Tabu darstellte, wird häufig automatisch als progressive Enttabuisierung verstanden, ohne sich bewußt zu werden, daß die Darstellung nur innerhalb eines relativ eng gesteckten Rahmens erfolgt. Die allgemeine Optik hatte durch die ständige Beschränkung eine deutliche Trübung erfahren und orientierte sich eigentlich nur noch in geringem Umfang neu.
2. Es herrscht unter den Bewohnern der ehemaligen Sowjetunion heute noch oft der Mythos vor, daß die nationale Idee gegen den Totalitarismus gerichtet und daß der Ausdruck nationaler Gefühle etwas Fortschrittliches sei.

Von daher ist das Erscheinen dieses Buches nicht verwunderlich, eher für den Gang der Entwicklung symptomatisch, was bei weitem nicht bedeutet, daß der Stand der litauischen Forschung zum Thema Memel auf dem Niveau dieser Monographie stehengeblieben ist.

Ruth Kibelka, Berlin

Die Autoren der Abhandlungen

Adomas Butrimas, Forschungszentrum für die Geschichte Westlitauens und Preußens an der Universität Klaipėda, Tilžes 13, 5800 Klaipėda, Litauen.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungszentrums für die Geschichte Westlitauens und Preußens an der Universität Klaipėda, seit 1993 Dozent am Lehrstuhl für Geschichte der Universität Klaipėda. Wissenschaftlicher Schwerpunkt: Frühgeschichte der baltischen Stämme. Verfasser dreier Schulbücher „Geschichte Litauens".

Prof. Dr. Manfred Klein, Auf dem Rain 53, A-9074 Keutschach/See, Österreich.
Professor für Ästhetik und Kommunikation am Fachbereich Sozialwesen der FH Bielefeld. Seit 1982 Forschungsprojekt über Elemente sozialer Kultur in litauischen Dörfern des späten 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, damit verbunden jährliche Forschungsaufenthalte in Litauen. Seit 1989 Erweiterung des Projektes auf den von Litauern besiedelten Raum Ostpreußens und die interethnischen Beziehungen zwischen Deutschen und Litauern in diesem Gebiet. Eine Monographie gemeinsam mit G. Bauer „Leben in litauischen Dörfern vor 100 Jahren" ist im Druck. Weitere Veröffentlichungen u.a. zu Märchen und Sagen aus dem Baltikum und deren Rezeption.

Dr. Česlovas Laurinavičius, Institut für Geschichte Litauens, Kosciuškos 30, 2600 Vilnius, Litauen.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für litauische Geschichte, Promotion 1993 mit dem Thema „Der litauisch-sowjetische Friedensvertrag vom 12. Juli 1920".

Prof. Dr. habil. Piotr Łossowski, ul. Prosta 2/14 m 177, PL-00-850 Warszawa, Republik Polen.
Leiter der Abteilung Geschichte Europas im 19. und 20. Jahrhundert am Institut für Geschichte der polnischen Akademie der Wissenschaften. Forschungen und Veröffentlichungen zur Geschichte der baltischen Staaten, zur polnischen Außenpolitik der Jahre 1918 bis 1939 und den internationalen Beziehungen in Ost- und Mitteleuropa.

Die Autoren der Abhandlungen

Adomas Butrimas, Forschungszentrum für die Geschichte Westlitauens und Preußens an der Universität Klaipėda, Tilžes 13, 5800 Klaipėda, Litauen.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungszentrums für die Geschichte Westlitauens und Preußens an der Universität Klaipėda, seit 1993 Dozent am Lehrstuhl für Geschichte der Universität Klaipėda. Wissenschaftlicher Schwerpunkt: Frühgeschichte der baltischen Stämme. Verfasser dreier Schulbücher „Geschichte Litauens".

Prof. Dr. Manfred Klein, Auf dem Rain 53, A-9074 Keutschach/See, Österreich.
Professor für Ästhetik und Kommunikation am Fachbereich Sozialwesen der FH Bielefeld. Seit 1982 Forschungsprojekt über Elemente sozialer Kultur in litauischen Dörfern des späten 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, damit verbunden jährliche Forschungsaufenthalte in Litauen. Seit 1989 Erweiterung des Projektes auf den von Litauern besiedelten Raum Ostpreußens und die interethnischen Beziehungen zwischen Deutschen und Litauern in diesem Gebiet. Eine Monographie gemeinsam mit G. Bauer „Leben in litauischen Dörfern vor 100 Jahren" ist im Druck. Weitere Veröffentlichungen u.a. zu Märchen und Sagen aus dem Baltikum und deren Rezeption.

Dr. Česlovas Laurinavičius, Institut für Geschichte Litauens, Kosciuškos 30, 2600 Vilnius, Litauen.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für litauische Geschichte, Promotion 1993 mit dem Thema „Der litauisch-sowjetische Friedensvertrag vom 12. Juli 1920".

Prof. Dr. habil. Piotr Łossowski, ul. Prosta 2/14 m 177, PL-00-850 Warszawa, Republik Polen.
Leiter der Abteilung Geschichte Europas im 19. und 20. Jahrhundert am Institut für Geschichte der polnischen Akademie der Wissenschaften. Forschungen und Veröffentlichungen zur Geschichte der baltischen Staaten, zur polnischen Außenpolitik der Jahre 1918 bis 1939 und den internationalen Beziehungen in Ost- und Mitteleuropa.

Prof. Dr. Karl-Heinz Ruffmann, Rommerskircher Str. 12, 50739 Köln.
1962–1990 ordentlicher und seither emeritierter Professor für osteuropäische Geschichte und Zeitgeschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg. Wissenschaftliche Schwerpunkte: Geschichte Rußlands und der Sowjetunion, zeitgeschichtliche vergleichende Deutschlandforschung, deutsch-litauische Beziehungen im 20. Jahrhundert, Geschichte an Gymnasien. Veröffentlichungen u.a.: „Sowjetrußland. Struktur und Entfaltung einer Weltmacht." München 1967; 9. Aufl. 1984, „Fragen an die sowjetische Geschichte. Von Lenin bis Gorbatschow." München 1987, und „Oldenbourg Geschichte an Gymnasien 11", hrsg. v. K.-H. Ruffmann. München 1993.

Prof. Dr. Alfred Erich Senn, Department of History, University of Wisconsin, Madison, WI 53706, USA.
Dissertation an der Columbia University 1958, seit 1976 Professor für Geschichte an der University of Wisconsin. Forschungsschwerpunkte im Bereich der litauischen Geschichte, vornehmlich des 20. Jahrhunderts und zu Fragen der Beziehungen der baltischen Staaten mit der Sowjetunion. Zahlreiche Veröffentlichungen, u.a.: The Emergence of Modern Lithuania. New York 1959, und Lithuania Awakening. Los Angeles 1990.

Prof. Dr. habil. Andrzej Skrzypek, ul. Inflancka 19/119, PL-00-189 Warszawa, Republik Polen.
Studium an der Universität Warszawa, Mitarbeiter am Institut für Polnisch-Sowjetische Beziehungen der Polnischen Akademie der Wissenschaften. 1975–1990 Mitherausgeber des „Kwartalnik Historyczny". Wissenschaftliche Schwerpunkte und Veröffentlichungen im Bereich der Beziehungen mit Deutschland, der Sowjetunion und den Baltischen Staaten u.a.: Związek Bałtyki. Olsztyn 1979. Stellvertretender Rektor der Pädagogischen Hochschule Olsztyn.

Dr. Vytautas Žalys, 2622 16th St N.W., Washington, D.C. 20009, USA.
Studierte 1974–1979 an der Historischen Fakultät der Universität Vilnius, 1989 Dissertation „Litauen und die baltische Entente 1934 bis 1940". 1992/93 stellvertretender Direktor des Instituts für Geschichte Litauens, seit Dezember 1993 Erster Sekretär der litauischen Botschaft in Washing-

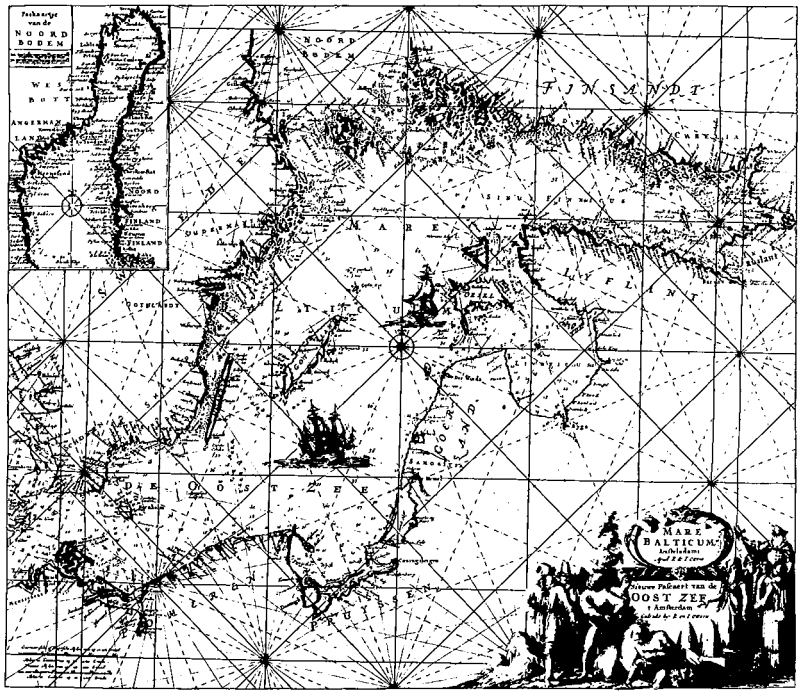
ton. Er veröffentlichte Beiträge zu Fragen der litauischen Außenpolitik und der Diplomatiegeschichte, u.a.: Kova dėl identiteto. / Ringen um Identität. Lüneburg 1993.

Dr. habil. Regina Žepkaitė, Institut für Geschichte Litauens, Kosciuškos 30, 2600 Vilnius, Litauen.
Seit 1961 im Institut für Geschichte Litauens der Litauischen Akademie der Wissenschaften, Promotion 1965 in Vilnius, 1983 Habilitation. Forschungsschwerpunkte auf dem Gebiet der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen Litauens zwischen 1918 und 1940. Im Rahmen dieser Schwerpunkte Veröffentlichung von vier Monographien und diverser wissenschaftlichen Artikeln.

Klaus Zernack

NORDOSTEUROPA

Skizzen und Beiträge zu einer Geschichte der Ostseeländer



Verlag Nordostdeutsches Kulturwerk

288 Seiten, 10 Abbildungen und Karten, Format 17 x 24 cm.
Gebunden 70,— DM, 546,— ÖS, 71,80 SFr. ISBN 3-92226-67-X

Vytautas Žalys

Ringen um Identität

Warum Litauen zwischen 1923 und 1939 im Memelgebiet keinen Erfolg hatte

Kova dėl identiteto

Kodėl Lietuvai nesisekė Klaipėdoje tarp 1923–1939 m.

Nach mehreren hundert Jahren getrennter Entwicklung fanden sich 1923 mit der Eingliederung des Memellandes in das litauische Staatsgebiet erstmals Deutsche, Groß- und Kleinlitauer in einem selbständigen litauischen Staat.

Die vorliegende Arbeit analysiert das Verhältnis dieser Bevölkerungsgruppen untereinander sowie die von Kaunas und Berlin ihnen gegenüber verfolgte Politik. Beide Seiten gingen von einseitig nationalistisch geprägten Vorstellungen aus, denen das politische und soziale Verhalten der Bevölkerung nur teilweise entsprach. Das Scheitern des Zusammenlebens in einer nationalen Konfrontation und schließlich die Erfahrungen und Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges führten zum Ende der gemeinsamen kleinlitauischen und deutschen Prägung des Memelgebietes.

Auf der Grundlage der Ergebnisse dieses Buches ist in der weiteren Diskussion deutscher und litauischer Historiker über die Geschichte des Memelgebietes die Frage nach Alternativen der Entwicklung zwischen 1923 und 1939 neu zu stellen.

Dr. Vytautas Žalys, geb. 1956 in Klaipeda, studierte 1974–1979 an der Historischen Fakultät der Universität Vilnius. 1989 Dissertation „Litauen und die Baltische Entente 1934–1940". Er veröffentlichte Beiträge zu Fragen der litauischen Außenpolitik und der Diplomatiegeschichte. Seit 1992 stellvertretender Direktor des Instituts für Geschichte Litauens.

104 Seiten, 10 Abb., Preis: 20 DM, 156 ÖS, 21,20 SFr.
ISBN 3-922296-70-X

Verlag Nordostdeutsches Kulturwerk
Lüneburg 1993